HUBERT WOLF

Papst & Teufel

DIE ARCHIVE DES VATIKAN UND DAS DRITTE REICH

beck'sche reihe

Hubert Wolf

Papst & Teufel

Die Archive des Vatikan
und das Dritte Reich

Verlag C.H.Beck

---

beck'sche reihe

ZUM BUCH

Der Umgang des Heiligen Stuhls mit Weimarer Republik und «Drittem Reich» ist von Spekulationen und Mythen umrankt. Im Jahr 2006 wurden endlich die entscheidenden Akten für die Zeit bis 1939 freigegeben. Damit werden erstmals die harten Kämpfe hinter den hohen Mauern des Vatikans sichtbar. Philosemiten und Antisemiten, geschmeidige Diplomaten und dogmatische Fundamentalisten, selbstbewußte Bischöfe vor Ort und mächtige Kardinäle in Rom rangen um den richtigen Umgang mit den Mächten der Moderne: Liberalismus, Kommunismus und Nationalsozialismus. Hubert Wolf erklärt, warum eine philosemitische Vereinigung aufgelöst, gleichzeitig aber der Antisemitismus verurteilt wurde, wie es 1933 zum Konkordat mit dem «Dritten Reich» kam, warum Hitlers «Mein Kampf» nicht verboten wurde und wie es sich mit dem päpstlichen «Schweigen» zur Judenverfolgung verhält. Wer sich ernsthaft mit dem Verhältnis des Vatikans zum Nationalsozialismus beschäftigen will, wird an diesem Maßstäbe setzenden Buch nicht vorbeikommen.

ÜBER DIE AUTOR

Hubert Wolf, geb. 1959, ist Professor für Kirchengeschichte an der Universität Münster. Er wurde 2003 mit dem Leibnizpreis der DFG und 2004 mit dem Communicator-Preis ausgezeichnet. Sein Buch über den Index der verbotenen Bücher liegt bei C.H.Beck inzwischen in mehreren Auflagen und Ausgaben vor (Beck'sche Reihe, 2007). Bei C.H.Beck erschien von ihm außerdem «Erinnerungsorte des Christentums» (Hg. mit Christoph Markschies, 2010). Darüber hinaus ist Hubert Wolf durch zahlreiche Artikel, Interviews und Vorträge bekannt.

INHALT

PAPST UND TEUFEL?

«Wenn es sich darum handeln würde, auch nur eine einzige Seele zu retten, einen größeren Schaden von den Seelen abzuwenden, so würden Wir den Mut aufbringen, sogar mit dem Teufel in Person zu verhandeln.»[1] Pius XI., von dem diese Aussage stammt, hat während seiner Amtszeit als Papst in den Jahren von 1922 bis 1939 in der Tat mehrfach den Mut gehabt, mit Personen zu verhandeln, die oftmals für Inkarnationen des Bösen gehalten wurden: Benito Mussolini, Adolf Hitler und Josef Stalin. Dabei ging es dem «Stellvertreter Jesu Christi auf Erden» stets primär um das Seelenheil der Gläubigen und um Garantien für eine ungehinderte Seelsorge der katholischen Kirche. Für die Sicherung des ewigen Lebens der ihm anvertrauten «Schäfchen» war der oberste Hirte der Kirche auf dem Feld der irdischen Existenz sogar bereit, dem Teufel in Gestalt totalitärer Ideologien und ihrer Anführer diplomatisch bis an die Grenzen des Möglichen entgegenzukommen. Im Austausch für die Gewährung geistlicher Freiheit sollte die Kirche zur Not auf alle weltlichen Aktivitäten verzichten und sich aus Politik und Öffentlichkeit im wahrsten Sinn des Wortes in die Sakristeien zurückziehen.

Rom und die Herausforderungen des 20. Jahrhunderts

Pius XI. hielt diese Rede am 16. Mai 1929. Auf den ersten Blick scheinen sich seine Worte ausschließlich auf die ein Vierteljahr zuvor, am 11. Februar 1929, zwischen dem faschistischen Italien und dem Heiligen Stuhl abgeschlossenen Lateranverträge zu beziehen. Dieses Abkommen hatte nach über einem halben Jahrhundert heftiger Konflikte zwischen dem Königreich Italien und dem Heiligen Stuhl endlich eine Lösung der «Römischen Frage» gebracht. Seit der Besetzung des Kirchenstaates und der Stadt Rom durch italienische Truppen im Jahr 1870 im Zuge des *Risorgimento,* der Entstehung des italienischen Nationalstaats, hatten sich die Päpste als Gefangene im Vatikan

gesehen. Der traditionelle päpstliche Segen «Urbi et Orbi», für die Stadt Rom und den ganzen Erdkreis, wurde an den kirchlichen Hochfesten wie Weihnachten und Ostern nicht mehr von der äußeren Loggia der Peterskirche gespendet, sondern nur noch von der inneren Loggia in die Basilika hinein, damit die italienischen «Räuber des Kirchenstaates» davon nur ja nichts abbekämen. Für die maßgeblichen Vertreter der Römischen Kurie und den Papst selbst war es schlicht undenkbar, sich den Stellvertreter Jesu Christi auf Erden, das Oberhaupt von Abermillionen katholischen Gläubigen weltweit, als Untertan des italienischen Königs und gewöhnlichen Bürger Italiens vorzustellen. Zur Ausübung seines universalen geistlichen Amtes brauchte der Papst ihrer Ansicht nach die Souveränität eines eigenen Staates, der ihm völlige Unabhängigkeit von weltlichen Mächten gewährte. Umgekehrt konnte das neue Königreich Italien im Interesse seiner gerade gewonnenen nationalen Einheit auf gar keinen Fall Teile des Kirchenstaates und schon gar nicht die Hauptstadt Rom dem Papst zurückgeben. Staat und Kirche blockierten sich so jahrzehntelang gegenseitig. Während des Ersten Weltkriegs gab es sogar Überlegungen, den Heiligen Stuhl von Rom nach Liechtenstein oder Mallorca zu verlegen. Was mit parlamentarisch gestützten Regierungen Italiens stets gescheitert war, die *Conciliazione,* die Verständigung zwischen der Römischen Kurie und dem italienischen Nationalstaat, kam zwischen dem totalitären Regime Mussolinis und Pius XI. 1929 schließlich zustande: Faschismus und Katholizismus einigten sich. In den Lateranverträgen, die aus einem Staatsvertrag, einem Konkordat und einem Finanzabkommen bestanden, wurden der souveräne Staat der Vatikanstadt errichtet und damit für den Papst zumindest ein kleiner Kirchenstaat geschaffen sowie als Gegenleistung für eine Entpolitisierung von Klerus und Kirche die katholischen Glaubens- und Moralprinzipien staatskirchenrechtlich in Italien besonders geschützt. Gleichzeitig schaffte der Papst den Faschisten die ungeliebte politische Konkurrenz katholischer Provenienz, die Volkspartei, vom Hals. Die Verhandlungen und der Abschluß der Lateranverträge mit dem Italien Mussolinis können durchaus auch als Pakt des Papstes mit «dem Bösen» im Interesse der Seelsorge interpretiert werden.

Auch wenn Pius XI. in seiner Ansprache im Rahmen einer Privataudienz für katholische Professoren und Studenten den italienischen Bezug seiner Äußerungen akzentuierte, ergibt sich aus dem Kontext klar und deutlich, daß

der Pontifex maximus seine Aussagen nicht nur anlaßbezogen beziehungsweise auf die italienische Situation fixiert, sondern in viel grundsätzlicherer Weise verstanden wissen wollte. Es ging ihm nicht nur um die gerade abgeschlossenen Verhandlungen mit Mussolini und den italienischen Faschismus. Pius XI. nutzte die Audienz vielmehr, um am Beispiel des Themas Bildung und Erziehung Rolle und Funktion der Kirche angesichts der Herausforderungen der modernen Welt in prinzipieller Weise zu umreißen. Dabei sahen sich Papst und Kurie seit dem 19. Jahrhundert mit den zunehmenden Versuchen der Staaten konfrontiert, den Einfluß der Kirche in zentralen Bereichen wie der Erziehung der Kinder und Jugendlichen zurückzudrängen oder sogar ganz auszuschalten. Der Papst betrachtete die kirchliche Erziehung als einen unabänderlichen ewigen göttlichen Auftrag an die Kirche zur Rettung der Seelen der jungen Menschen. Die katholische Kirche als «Mater et Magistra», als Mutter und Lehrerin, hatte für ihn nicht nur das unaufgebbare Recht, sondern auch die heilige Pflicht, den Eltern, denen das Erziehungsrecht im Schoß der Kirche nach göttlichem Recht unverrückbar zukam, ihre Hilfe in diesem Bereich angedeihen zu lassen, weil die einzelnen Familien ansonsten überfordert wären. Der Staat indes dürfe sich dieses Recht der Erziehung in gar keinem Fall anmaßen, das wäre «absurd» und «gegen die Natur» – so der Papst. In der vollständigen Kontrolle von Erziehung und Bildung der jungen Generation, die von zahlreichen Staaten, gleich welcher Weltanschauung sie auch folgten, angestrebt wurde, sah Pius XI. eine Hauptgefahr nicht nur für das zeitliche Wohl, sondern auch für das ewige Heil der Kinder und Jugendlichen. Hier war die Kirche gefordert, hier standen ewige Werte auf dem Spiel, hier ging es um Sein oder Nichtsein, hier mußte man notfalls sogar mit dem Teufel in Person verhandeln. Der Papst unterstrich in seiner Ansprache, daß er in dieser Weise schon mehrfach mit den Staaten verhandelt habe und bis an die Grenzen des für die Kirche Möglichen gegangen sei, «wenn davon das Schicksal unserer geliebten Katholiken abhing». Aber wenn es um die naturrechtlichen Prinzipien und das göttliche Recht selbst ging, mußte die Kirche nach Ansicht Pius' XI. unnachgiebig bleiben, weil diese «unanfechtbar, unabdingbar, unwiderstehbar» seien, also schlicht nicht zur Disposition der Menschen – auch nicht der Kirche – stünden.

Der moderne Staat, gleichgültig auf welcher weltanschaulichen Grundlage er basierte, versuchte nach Ansicht von Papst und Kurie einen umfassenden beziehungsweise totalen Anspruch auf seine Bürger durchzusetzen, der mit dem nicht minder totalen Anspruch der katholischen Kirche auf ihre Gläubigen in Konflikt geraten mußte. Die katholische Weltanschauung sah sich im Laufe des 20. Jahrhunderts immer stärker mit totalitären Ideologien konfrontiert, die als politische Religionen das Christentum und seinen absoluten Wahrheitsanspruch bis aufs Messer bekämpften. Ideologien traten mit einem ebensolchen Anspruch und dem Ziel einer totalen Vereinnahmung von Staat, Gesellschaft und Individuen auf. Sie vergötterten sich selbst in Pervertierung des biblischen Gebots «Du sollst keine anderen Götter neben mir haben». Daß die katholische Kirche mit ihrem dem Selbstverständnis nach in Gott selbst gründenden Wahrheitsanspruch und der Papst als Repräsentant Jesu Christi angesichts dieser vielfältigen, nicht minder umfassenden Heilsangebote und alternativen politischen Religionen herausgefordert waren, liegt auf der Hand. «Der Begriff des Totalitarismus» – so hieß es in einem internen Papier des Päpstlichen Staatssekretariates vom Herbst 1933 – «darf aber keinesfalls dazu mißbraucht werden, um politische und weltliche Ziele zu erreichen. Die Kirche selbst strebt nach Totalität, um den ganzen Menschen und die ganze Menschheit für Gott zu verlangen.»[2]

Wenn im folgenden von «Totalitarismus» und «Totalitarismen» gesprochen wird, dann geschieht dies eher aus pragmatischen Gründen; eine Anlehnung an eine bestimmte Theorie ist damit nicht verbunden. Die Verwendung des Totalitarismusbegriffs könnte in der Tat dazu führen, die Gemeinsamkeiten ganz unterschiedlicher politischer Systeme wie des Kommunismus und des Faschismus zu stark zu betonen. Hier geht es nur darum, den umfassenden Anspruch, den unterschiedliche politische Ideologien und religiöse Glaubensgemeinschaften erhoben haben, im wahrsten Sinn des Wortes auf einen Begriff zu bringen. Im kurialen Sprachgebrauch der dreißiger Jahre scheinen die Begriffe «total» und «totalitär» ohnehin synonym verwendet worden zu sein, so daß in den dreißiger Jahren noch nicht von einem elaborierten Totalitarismusbegriff ausgegangen werden kann.

Das dualistische Weltbild der Katholiken ist ernstzunehmen, an ihm orientierten sie sich im Kampf mit den neuen Ideologien. «Eine religiöse Betrachtung des Nationalsozialismus muß» – so schrieb Eric Voegelin (1901–

1985), der den Begriff der «politischen Religion» wissenschaftlich maßgeblich prägte, 1938 im amerikanischen Exil – «von der Annahme ausgehen dürfen, daß es Böses in der Welt gebe; und zwar das Böse nicht nur als einen defizienten Modus des Seins, als ein Negatives, sondern als eine echte, in der Welt wirksame Substanz und Kraft.» Und er fügte hinzu, «einer nicht nur sittlich schlechten, sondern religiös bösen, satanischen Substanz» könne «nur aus einer gleich starken religiös guten Kraft der Widerstand geleistet werden». Man könne «eine satanische Kraft» mit «Sittlichkeit und Humanität allein» schlicht nicht «bekämpfen». Letztlich seien nur «große religiöse Persönlichkeiten» zum «Widerstand gegen das Böse» fähig, nur sie könnten den Kampf gegen die äußerst attraktive Kraft des «Luziferischen» in die Hand nehmen.[3] Wenn überhaupt jemand, dann war aus der Sicht der Kirche der Papst als Stellvertreter Jesu Christi auf Erden als Nachfolger der Inkarnation der Güte Gottes dazu berufen, den Kampf gegen das Böse zu organisieren.

Die Lehre der Kirche malte diesen Kampf zwischen Gut und Böse in grellen Farben aus, und in der Vorstellungswelt der Päpste und vieler Katholiken war er durchaus real. Der Papst hatte den damit verbundenen Erwartungen gerecht zu werden, und die papsttreuen Gläubigen sahen sich vor die Wahl gestellt: Sie mußten sich entscheiden zwischen Wahrheit und Irrtum, zwischen ewigem Heil und ewiger Verdammnis – zwischen Papst und Teufel eben. An dieser Grundentscheidung hatten sie ihr Handeln auszurichten. So wie Christus in der Wüste dreimal vom Teufel versucht wurde und ihn dreimal zurückwies (Matthäus 4,1–11), so sah sich der Papst als Repräsentant Christi auf Erden gefordert, sich dem Bösen zu stellen, um als «guter Hirte» die ihm anvertraute Herde sicher durch die finsteren Schluchten zu den ewigen Weideplätzen im Himmel zu führen und keines seiner Schäfchen auf dem Weg durch diese Zeit mit all ihren Gefährdungen zu verlieren.

Es ging Pius XI. also um den Schutz ewiger, unveränderlicher Wahrheiten und damit letztlich um den Heilsauftrag der katholischen Kirche in dieser Welt, deren Verteidigung den Papst sogar mit dem, was er für das Böse in Person hielt, in Kontakt treten ließ. Damit sind nicht nur die totalitären Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts wie Kommunismus, Nationalsozialismus, Faschismus, Franquismus oder ein radikal antikirchlicher Liberalismus als «böse» antichristliche Ideologien gemeint,

auch nicht nur Stalin, Hitler, Mussolini oder Franco als dunkle Fürsten dieser Welt. Hinter dem Satan verbergen sich in den Augen des Papstes auch nicht nur die totalen Ansprüche der modernen Nationalstaaten auf die Seelen ihrer Bürger. Der Teufel steht für ihn vielmehr als Chiffre für all die modernen Versuchungen und prinzipiellen Infragestellungen der ewigen göttlichen Wahrheit, die Jesus Christus geoffenbart hat und deren Garant in der Welt die katholische Kirche und nicht zuletzt der Nachfolger des Apostelfürsten Petrus, der Papst selbst, ist. Der «böse» Zeitgeist will durch seine Einflüsterungen, seien sie materieller oder ideeller Art, die Christgläubigen vom rechten Weg abbringen, so daß sie ihren von Gott gewiesenen Lebensweg und ihr ewiges Seelenheil verlieren. Es geht um nichts weniger als die alles entscheidende Frage, ob es dem Papst als Haupt der *ecclesia militans,* der streitenden Kirche in dieser Welt, gelingt, für die Katholiken das Tor zum Himmel offenzuhalten und die Pforten der Hölle zu verschließen.

Die Existenz der Hölle als Ort ewiger Verdammnis und das Wirken des Teufels in dieser Welt standen zur Zeit Pius' XI. für gebildete Theologen und einfache Katholiken gleichermaßen außer Frage, sie waren bedrohende Realität. «Die Offenbarungen Christi über den Teufel sind von großem Ernst», schrieb etwa der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber (1872–1948) 1937 in seinem immer wieder aufgelegten *Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen.* Dreimal nenne ihn Christus im Johannesevangelium den «Herrscher dieser Welt» (Johannes 12, 31, 14, 30 und 16, 11), und Paulus spreche sogar vom «Gott dieser Weltzeit» (2. Korinther 4,4). Für Gröber ist der Teufel nach dem eindeutigen Zeugnis der Heiligen Schrift «der Feind» schlechthin, der auf dem «Acker des Gottesreiches das Unkraut sät. … Der Teufel führt die Bösen an, die, sei es innerhalb der sichtbaren Kirche, sei es von außen, an dem Untergang des Reiches Christi arbeiten; aber er wird die auf den Felsen Petri gebaute Kirche nicht überwältigen.»[4] Die dualistische Annahme zweier gleichrangiger ewiger Prinzipien, Gott auf der einen und der Teufel auf der anderen Seite, hat die Kirche aber stets abgelehnt. Vielmehr wurde Luzifer als gefallener Engel betrachtet, wie schon das Vierte Laterankonzil 1215 festgehalten hat: «Der Teufel und die anderen Dämonen sind zwar von Gott der Natur nach gut geschaffen, aber sie sind von sich aus böse geworden. Der Mensch jedoch hat aufgrund der Einflüsterung des Teufels gesündigt.»[5] Die Ursünde der gefallenen Engel, die aus dem

Himmel auf die Erde gestürzt sind, und der Sündenfall der Menschen im Paradies liegen somit auf einer Linie. Seither ist die Schlange, der Teufel, der Satan in der Welt und verführt in ganz unterschiedlichen Gestalten die Menschen immer neu zum Bösen. «Diese Gewalt Satans ist sehr ernst zu nehmen», heißt es im einschlägigen Teufelsartikel des *Lexikons für Theologie und Kirche* aus dem Jahr 1938, dem Standardwerk für katholische Theologen und Pfarrer. Christus, der ihn einen «Menschenmörder von Anfang an» (Johannes 8,44) nennt, habe im Teufel «den Feind seines ganzen Erlösungswerkes» gesehen.[6] Durch Christi Erlösertod am Kreuz habe die Kirche zwar ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Teufels in der Hand. Das bedeutet allerdings nicht, daß das Böse, wie wiederum Gröber ausführt, damit «einfach aus der Welt ausgeschlossen wäre». Vielmehr bleibe «die Macht des Satans zwar ‹bis zur Ernte› im Unkraut erkennbar», aber im Weltgericht werde seine Macht endgültig zerbrochen. «Im Hinblick darauf … wartet die Kirche in Zeiten der Verfolgung auf den Endsieg Christi.»[7] Bis zur Wiederkehr des Herrn zum Jüngsten Gericht sind der einzelne Christ und die Kirche den Versuchungen des Teufels ausgesetzt, wird der Kampf zwischen Gut und Böse unerbittlich ausgefochten.

Als natürlicher Gegenspieler des Bösen, gleich in welcher Gestalt es sich auch zeigte, war der Papst sowohl nach eigenem Selbstverständnis als auch nach den Erwartungen der Gläubigen gefordert. Der «Bischof von Rom, Stellvertreter Jesu Christi, Nachfolger des Apostelfürsten, Oberster Pontifex der universalen Kirche, Patriarch des Abendlandes, Primas von Italien, Erzbischof und Metropolit der römischen Kirchenprovinz und Souverän des Staates der Vatikanstadt»,[8] wie die offizielle Titulatur nach dem *Annuario Pontificio,* dem jährlich erscheinenden offiziellen päpstlichen Handbuch, lautet, mußte sich wie Jesus Christus selbst in der Heiligen Schrift dem Versucher und Fürsten der Welt stellen. Denn nach katholischer Glaubensüberzeugung «vertritt der Papst die Stelle Jesu Christi auf Erden».[9] In den heftigen Auseinandersetzungen mit dem absolutistischen Kirchenregiment zahlreicher meist protestantischer Staaten des 19. Jahrhunderts hatten nicht wenige Katholiken im Zuge des sogenannten Ultramontanismus ihre Hoffnungen *ultra montes,* über die Berge, nach Rom, auf den Papst als den in der Ewigkeit gründenden Petrusfelsen gerichtet, der in den tosenden Stürmen der Moderne Halt und Sicherheit bot, an den man sich in den Fluten des Bösen festklammern konnte. Man sah im Papst

«gleichsam eine Inkarnation der übernatürlichen Ordnung», in der die Völker Christus selbst erkennen, «der deshalb in allen und für alle im Papst und mit dem Papst und durch den Papst ist»[10] – wie ein italienischer Bischof 1870 auf dem Ersten Vatikanischen Konzil formulierte. Die Volksfrömmigkeit ging noch einen Schritt weiter mit Formulierungen wie «Wenn der Papst meditiert, ist es Gott, der in ihm denkt».[11] Schließlich wurde sogar eine dreifache Inkarnation, eine dreifache Menschwerdung des Sohnes Gottes propagiert: durch die Geburt des ewigen Logos im Jesuskind im Stall von Bethlehem, durch die Wandlung von Brot und Wein in Leib und Blut Christi in der Heiligen Kommunion und schließlich durch die geheime Wahl eines Kardinals im Konklave zum Papst.

Diese Vorstellungen führten auf dem Ersten Vatikanischen Konzil zur Dogmatisierung der Unfehlbarkeit und des universalen Jurisdiktionsprimats des römischen Papstes. Durch diese Dogmen wurde allen Katholiken als zu glauben verbindlich vorgeschrieben: Der Papst ist infolge seiner Unfehlbarkeit der Garant für die sichere Erkenntnis der geoffenbarten göttlichen Wahrheiten, nach denen «Gott aus seiner unendlichen Güte den Menschen auf das übernatürliche Ziel hingeordnet hat, nämlich zur Teilnahme an den göttlichen Gütern, die jede Einsicht des menschlichen Geistes übersteigen».[12] Daher ist er unverzichtbar, «um das heilbringende Werk der Erlösung auf Dauer zu gewährleisten». Sein Primat «über den gesamten Erdkreis», den Christus, der Herr, «unmittelbar und direkt dem seligen Apostel Petrus verheißen und übertragen» hat, und in Petrus zugleich all seinen Nachfolgern auf dem Apostolischen Stuhl, sichert die «Stärke und Festigkeit der ganzen Kirche», zumal in Zeiten, «da sich die Pforten der Unterwelt von Tag zu Tag mit größerem Haß und von überall her gegen das von Gott gelegte Fundament erheben». Wenn der Papst in Ausübung seines Amtes als oberster Hirte und Lehrer der Kirche spricht, sind seine Entscheidungen in Glaubens- und Sittenfragen «unfehlbar aus sich selbst, nicht erst aufgrund der Zustimmung der Kirche».[13]



Pius XI. auf der Sedia gestatoria.

Wenn sich Pius XI. auf der Sedia gestatoria, angetan mit den Pontifikalgewändern, gekrönt mit der Tiara, unter einem Baldachin durch die Schar der Gläubigen in die Peterskirche tragen ließ, wurde seine Rolle als Repräsentant der Güte Gottes und Gegenspieler des Teufels in all seinen Erscheinungsformen in augenscheinlicher Weise symbolisch inszeniert. Der tragbare Thronsessel und die Gewänder, die auf das antike Kaiserzeremoniell zurückgehen, weisen auf den umfassenden herrschaftlichen Anspruch des römischen Bischofs in Kirche und Welt hin. Die dreifache Krone steht für die allumfassende päpstliche Autorität und seine universale Vollmacht als «Vater der Fürsten und Könige, Lenker der Welt und Stellvertreter Christi auf Erden», wie es im *Pontificale Romanum* von 1596, dem großen Zeremonienbuch der Päpste, treffend heißt.[14] Unter dem Baldachin wird normalerweise während der Fronleichnamsprozession vom Priester das Allerheiligste getragen, die in eine prächtige Monstranz eingesetzte gewandelte Hostie, in der Christus selbst sakramental gegenwärtig ist. Die Stelle des eucharistischen Brotes nimmt hier der Papst als Realsymbol Jesu Christi in dieser Welt ein.

Die wahrhaft teuflisch anmutenden Herausforderungen für Pius XI. waren groß und vielfältig. Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die sein Pontifikat weitgehend abdeckt, war durch gewaltige Umbrüche geprägt. In der Sowjetunion etablierte sich nach der Oktoberrevolution der Kommunismus, was mit einer rigiden Kirchenverfolgung verbunden war. In Deutschland hatte die Novemberrevolution das Ende der Monarchie gebracht; auf die Weimarer Demokratie folgten die nationalsozialistische Diktatur, der «Anschluß» Österreichs und die Sudetenkrise. Im Spanischen Bürgerkrieg unterlag die Volksfrontregierung, und Franco errichtete sein autoritäres Regime. In Italien entstand der Faschismus, und Mussolini stieg zum Diktator auf. Überall radikalisierten sich alte und neue Nationalismen, eine sozialdarwinistische Rassenlehre und ein biologistischer Antisemitismus gewannen an Boden. Der antikirchliche Zeitgeist stellte christliche Werte und Überzeugungen grundsätzlich in Frage.

Nicht weniger als dreimal hatte der Papst in den zwanziger Jahren der Sowjetunion unter Stalin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl und die völkerrechtliche Anerkennung des kommunistischen Regimes der UdSSR durch die katholische Kirche angeboten, wenn im Gegenzug die Christenverfolgungen in dem bolschewistischen System aufhörten und wenigstens eine Grundversorgung der Katholiken mit den Sakramenten, den Gnadenmitteln der Kirche, garantiert würde. Gleichzeitig hoffte man wohl auch auf eine Aufwertung des Katholizismus gegenüber der verfolgten orthodoxen Staatskirche. Erste Auswirkungen des antikirchlichen kommunistischen Terrors nach der Oktoberrevolution von 1917 hatte Achille Ratti als Apostolischer Visitator in Polen und Nuntius in Warschau am Ende des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1918 bis 1921 aus eigener Anschauung kennengelernt. Seither war der russische Bolschewismus für den späteren Papst wie einen Großteil der Römischen Kurie die Verkörperung des Bösen par excellence, vor dem Kirche und Welt unbedingt geschützt werden mußten, mit dem man aber im Interesse der Rettung der Seelen zur Not auch verhandeln mußte.

Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, das 1933 wenige Monate nach der «Machtergreifung» Hitlers abgeschlossen wurde, galt nicht wenigen als der Pakt des Papstes mit dem Teufel schlechthin. Auch wenn Pius XI. im Frühjahr 1933 Hitler als einzigen Staatsmann gelobt hatte, der – außer dem Papst selbst – sich öffentlich und

eindeutig gegen den Kommunismus ausgesprochen habe, gaben sich der Pontifex maximus und sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli – der spätere Papst Pius XII. – über den menschenverachtenden und kirchenfeindlichen Charakter des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland keinerlei Illusionen hin. In den vierziger Jahren scheint Pius XII. Hitler sogar ausdrücklich als vom «Teufel besessen» betrachtet zu haben. Nach Aussagen des Jesuiten Peter Gumpel, der als Untersuchungsrichter der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungen seit Jahren die Erhebung Pius' XII. zu den Ehren der Altäre betreibt, habe der Papst per «Fernexorzismus» mehrfach versucht, eine Teufelsaustreibung bei Hitler vorzunehmen und diesen so – allerdings ohne Erfolg – «vom Satan zu befreien».[15] Der Pakt mit Hitler war für die Kurie im Grunde ein Akt katholischer Vorwärtsverteidigung im Hinblick auf die schlimmen Zeiten, die man in Rom auf die Kirche unter nationalsozialistischer Herrschaft zukommen sah. Mit dem Reichskonkordat wollte man einen hohen Wall errichten, hinter dem die katholische Kirche ihrer von Gott übertragenen totalen Verantwortung für das ewige Seelenheil der ihr anvertrauten Gläubigen gegen den Absolutheitsanspruch des Nationalsozialismus und seiner Weltanschauung wenigstens halbwegs gerecht werden konnte.

Diese Rechnung scheint in seelsorgerlicher Hinsicht aufgegangen zu sein. Tatsächlich blieb die katholische Kirche die einzige Institution im «Dritten Reich», die sich der Gleichschaltung weitgehend erfolgreich entziehen und eine Eigenständigkeit ihrer Liturgie und Verkündigung erhalten konnte. Anders als bei der evangelischen Kirche, in der die Deutschen Christen als nationalsozialistischer Brückenkopf installiert werden konnten, gelang es den «braunen Truppen» nicht, in nennenswertem Umfang in den Innenraum der katholischen Kirche vorzudringen. Das Reichskonkordat verhinderte in Deutschland ein neues Seelsorge-Desaster, wie es während des Kulturkampfs der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts geherrscht hatte, als tausende Pfarreien und zahlreiche Bischofsstühle wegen des kirchenpolitischen Konflikts zwischen der katholischen Kirche und dem neuen deutschen Nationalstaat Otto von Bismarcks nicht besetzt werden konnten und daher zahllosen Gläubigen die Tröstungen der Heiligen Sakramente vorenthalten blieben. Damals waren Taufen, Firmungen, Eheschließungen und die Feier der heiligen Eucharistie in der Messe vielfach nicht möglich. Selbst die Sterbesakramente konnten oft nicht gespendet

werden, so daß Katholiken ohne Beichte und Sündenvergebung, ohne seelsorgerlichen Beistand und Letzte Ölung vor Gottes Angesicht treten mußten.

Aber war der Preis für diese seelsorgerliche Selbstbehauptung der katholischen Kirche während des «Dritten Reichs» nicht viel zu hoch? Hatte der Papst mit seiner Konzentration auf das ewige Seelenheil der Katholiken nicht das zeitliche Wohlergehen aller Menschen vergessen? Wie kamen der Papst und seine engsten Mitarbeiter mit dem doppelten Anspruch zurecht, als oberste Hirten die ihnen anvertraute Herde durch finstere Schluchten zu sicheren Weideplätzen ans Wasser des Lebens zu führen und gleichzeitig Anwalt aller Menschen als Ebenbilder Gottes sein zu müssen? Wie sahen Pius XI. und sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli die Entwicklung in Deutschland? Wie beurteilten sie die politischen Konstellationen in der Weimarer Republik? Wie nahm man den Aufstieg der Nationalsozialisten wahr? Hatte sich die Kurie auf Hitler und sein totalitäres Regime ausreichend vorbereitet? Glaubte man mit dem Nationalsozialismus nach dem Modell des italienischen Faschismus, mit dem man 1929 in den Lateranverträgen zu einer Verständigung gekommen war, umgehen zu können? Unterschätzte man aufgrund der «guten» Erfahrung mit dem Diktator Mussolini den Diktator Hitler? War der «Pakt mit dem Teufel», dem die Sorge um das Seelenheil der Gläubigen als oberstes Prinzip zugrunde lag, letztlich verantwortlich für das «Schweigen» Roms zur Verfolgung und systematischen Ermordung von Millionen von Juden durch die Nationalsozialisten? Gingen gar traditioneller kirchlicher Antijudaismus und moderner Rassenantisemitismus – zumindest indirekt – eine unheilige Allianz ein? Oder wollte Pius XI. den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, indem er mit den «braunen» Machthabern in Berlin einen Vertrag schloß, um ein Bollwerk zum Schutz Europas vor dem russischen Kommunismus zu errichten? Und spezieller: Was bedeuten die deutschen Erfahrungen des Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli, der nicht weniger als zwölf Jahre in der entscheidenden Phase von 1917 bis 1929 als Nuntius in München und Berlin tätig war, für seine Einschätzung der Situation im Reich und für die vatikanische Deutschlandpolitik? Welche personellen Netzwerke hat er in seiner Zeit in Deutschland geknüpft? Lassen sich bestimmte Handlungsmuster des späteren Pius XII. gar auf deutsche Erfahrungen

zurückführen? Hängt vielleicht sogar sein viel diskutiertes «Schweigen» zum Holocaust damit zusammen?

Diese und zahlreiche andere Fragen konnten bislang nur unzureichend beantwortet werden, weil die Forschung nicht hinter die Mauern des Vatikans blicken konnte. Zwar ermöglichten die öffentlichen und veröffentlichten Äußerungen und Handlungen von Papst und Kurie entscheidende Einsichten, und in zahlreichen staatlichen Archiven und Privatnachlässen tauchte äußerst interessantes Material auf. Aber die römische Zentralüberlieferung mit den Berichten der Nuntien, den Beratungsprotokollen der verschiedenen kurialen Kongregationen als vatikanischen Ministerien, die Akten des Heiligen Offiziums als oberster Glaubensbehörde, die Beratungen zwischen Kardinalstaatssekretär und Papst waren für diesen Zeitraum bislang verschlossen. Über die internen Diskussionen der Kurie konnte man daher nur spekulieren. Das Vatikanische Geheimarchiv schien seinem Namen wieder einmal alle Ehre machen zu wollen.

In den geheimen Archiven des Vatikans

Sollte letztlich Dan Brown also doch recht haben, der in seinem Thriller *Illuminati* beschrieb, wie es im Geheimarchiv aussieht und wer reinkommt und wer nicht?[16] «Das *Archivio Vaticano.* Einer von Robert Langdons Lebensträumen wurde wahr. … Langdon kannte keinen einzigen amerikanischen nichtkatholischen Gelehrten, dem Zutritt zu den Vatikanischen Geheimarchiven gewährt worden wäre. … Das Bild, das er sich im Lauf der Jahre von diesem Raum gemacht hatte, hätte unzutreffender nicht sein können. Langdon hatte sich staubige Bücherregale vorgestellt, die von alten, zerfledderten Folianten überquollen, Priester, die bei Kerzenlicht die Bestände katalogisierten, Bleiglasfenster und Mönche mit Federkielen über Schriftrollen … was nicht einmal annähernd der Wirklichkeit entsprach. Auf den ersten Blick erschien der Raum wie ein dunkler Flugzeughangar, in dem jemand ein Dutzend frei stehender Racquetballfelder mit gläsernen Wänden gebaut hatte. … Es waren Büchertresore, hermetisch gegen Feuchtigkeit und Wärme isoliert, luftdichte Kammern, die verhindern sollten, daß das alte Papier und Pergament noch weiter zerfiel.» Sie zu betreten, ist

bei Dan Brown wegen des dort herrschenden Unterdrucks und des geringen Sauerstoffgehalts lebensgefährlich, wenn nicht von außen ein «fremder Bibliothekar die Sauerstoffzufuhr regulierte».

Dan Brown baut hier die perfekte Kulisse für einen spannenden Thriller. Nur leider muß man sagen: Das Bild, das sich Dan Brown vom Vatikanischen Geheimarchiv gemacht hat, könnte unzutreffender nicht sein. Die Szenerie ist nicht einmal gut erfunden. Das einzige, was stimmt, ist, daß für den Historiker, der in dieser einmaligen Sammlung arbeiten darf, tatsächlich ein Lebenstraum in Erfüllung geht. Das Vatikanische Geheimarchiv ähnelt einem Flugzeughangar jedoch so wenig wie einer gotischen Krypta. In den meisten Räumen stehen ganz normale, aber schier endlose Aktenregale, insgesamt über fünfundachtzig Kilometer. Der Zugang zum Vatikanischen Geheimarchiv wird keineswegs nur papsttreuen Katholiken erlaubt. Im Gegenteil: Das Taufbuch spielt dabei überhaupt keine Rolle. Ausschlaggebend ist allein der Nachweis wissenschaftlichen Könnens. Wer das Empfehlungsschreiben einer Universität oder einer anderen Forschungseinrichtung in der Tasche hat, wer Erfahrungen mit der Recherche in großen Archiven vorweisen kann, wer gute Kenntnisse in Latein und Italienisch hat und im Entziffern alter Handschriften geübt ist, bekommt uneingeschränkten Zutritt.

Daß die Vatikanischen Archive «geheim» sind, bedeutet nicht, daß etwas verborgen und vertuscht werden soll. Der Ausdruck «geheim» ist vielmehr im Sinne von «privat» zu verstehen. Das «Archivio Segreto Vaticano» ist kein öffentliches Archiv im gewöhnlichen Sinne, sondern das Archiv eines Souveräns, des Papstes, der deshalb auch das volle und alleinige Verfügungsrecht über alle Bestände hat. Ursprünglich hatte das Geheimarchiv einzig die Aufgabe, den Päpsten und der Kurie als Verwaltungsregistratur zu dienen. Solche Geheimarchive waren in Europa gang und gäbe, als Beispiele zu nennen sind hier etwa das «Preußische Geheime Staatsarchiv» in Berlin oder das «Geheime Hausarchiv» der Wittelsbacher in München.

Wer in die Vatikanischen Archive möchte, muß also keinen Taufschein vorlegen – aber zumindest beim ersten Besuch ein Tagesvisum, schließlich ist die Vatikanstadt ein unabhängiger Staat. Und zu jedem Archivbesuch muß man von der Republik Italien in die Città del Vaticano einreisen und einen Grenzübertritt hinter sich bringen. Dieses Visum erhält man nach dem

Ausfüllen eines Formulars, wenn man den Schweizer Gardisten sein Anliegen schildert, die den einzigen offiziellen Grenzübergang zwischen Italien und dem Vatikan bewachen, die rechts vom Petersplatz gelegene Porta Santa Anna. Der Weg zum Archiv, die Via del Belvedere, führt vorbei an den turmhohen Mauern des Vatikanischen Palastes. Vatikanischer Supermarkt, vatikanische Post und die Bank des Vatikans in ihrem runden Turm bleiben rechts und links des Weges liegen. Durch eine weite Einfahrt gelangt man in einen der Innenhöfe des Gebäudekomplexes, der neben den Vatikanischen Museen auch die Vatikanische Bibliothek umfaßt. Der Eingang zum Archiv liegt auf der rechten Seite dieses Innenhofs, des Cortile del Belvedere. Um Punkt halb neun am Morgen beginnt der stets freundliche Mitarbeiter hinter der Rezeptionstheke, die *Tessere* der Wissenschaftler einzusammeln und im Gegenzug Schließfachschlüssel zu verteilen. Die *Tessera,* den Benutzerausweis, stellt nebenan ein anderer Mitarbeiter aus. Wer zum ersten Mal im Vatikanischen Geheimarchiv, das zur Zeit unter der Leitung des ausgewiesenen Archivars und Historikers Bischof Sergio Pagano steht, forschen will, muß ihm das Empfehlungsschreiben vorlegen, einige Angaben zur Person und zu seinen Forschungsgegenständen machen und sich für die *Tessera* digital fotografieren lassen. Das war es dann aber auch.

Der modern ausgestattete Lesesaal befindet sich im dritten Stock, er bietet Sitzplätze für etwa siebzig Forscher, von denen die meisten immer ihren Laptop dabei haben. Zwar wird um angemessene Kleidung gebeten, aber gerade die jüngeren Historiker tragen manchmal auch Turnschuhe und Jeans zum Sakko. Durch große Fenster und eine stets nur angelehnte Tür fällt der Blick auf einen grünen Hinterhof, den Cortile della Pigna, der auf derselben Geländehöhe wie der Lesesaal im dritten Stock liegt – hier merkt man, daß der Vatikan ein Hügel ist. In diesem Hof plätschert ein kleiner Brunnen; die freundlichen Mitarbeiter einer kleinen Cafeteria servieren einen erstklassigen Cappuccino und verkaufen belegte Sandwiches. Für den phantasievoll mordenden Mönch aus Dan Browns Thriller wäre das vermutlich ein wenig inspirierendes Umfeld. Hier treffen sich Historiker aus aller Welt zum Erfahrungsaustausch. Manches Forschungsprojekt und internationale Symposion wurde hier schon geplant.



Der Lesesaal des Vatikanischen Geheimarchivs in seiner alten Bestuhlung. Heute finden sich moderne Schreibtischstühle, Leselampen und Steckdosen an jedem Platz. Die Lesepulte sind jedoch geblieben, auf sie sind die Archivalien zu legen. Hinten im Lesesaal führt eine Tür direkt zur Vatikanischen Bibliothek.

Seriöse Wissenschaftler glauben selbstredend auch nicht daran, daß die katholische Kirche hinter den hohen Mauern des Vatikans den Heiligen Gral oder sonstige Geheimnisse versteckt, die den Bestand der Kirche gefährden könnten. Mystische Verschwörungstheorien und Schauermärchen sind Sache der Romanautoren, nicht der Historiker. Und doch argwöhnen auch einige Geschichtswissenschaftler, daß der Vatikan ihnen durch seine Archivpolitik unliebsames Material vorenthalten könne oder es zumindest am nötigen Interesse für die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit mangeln lasse. Konkret kritisieren sie die Praxis des Vatikans, zwar immer alle Akten aus der gesamten Regierungszeit eines Papstes gleichzeitig zugänglich zu machen, dabei aber keinem festen Zeitplan zu folgen. Es werden also nicht wie etwa in deutschen Staatsarchiven bestimmte Aktentypen wie Personalakten oder Sachakten nach bestimmten Fristen benutzbar, die allgemein bekannt sind. Vielmehr liegt die Entscheidung über die Öffnung bestimmter Bestände allein in der souveränen Entscheidung des jeweiligen

Papstes. So wurden etwa zuletzt zu Beginn der neunziger Jahre auf Weisung Johannes Pauls II. (1978–2005) die Akten Benedikts XV. einsehbar, der von 1914 bis 1922 auf dem Stuhl Petri saß. Es folgte 1998 im Vorfeld des Heiligen Jahres 2000 und des päpstlichen Schuldbekenntnisses die von vielen als Sensation bewertete Öffnung der Archive der «Heiligen Römischen und Universalen Inquisition» sowie der Indexkongregation, die als die geheimsten Kirchenarchive überhaupt galten. Diese Bestände befinden sich jedoch nicht im Vatikanischen Geheimarchiv, sondern in der Obhut der Kongregation für die Glaubenslehre, im Palazzo del Sant'Uffizio links vom Petersplatz.

Die Tatsache, daß die vatikanischen Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht zugänglich waren, führte zu wilden Spekulationen. Besonders hitzig wurde gestritten, als das bis heute andauernde Seligsprechungsverfahren von Pius XII. aufgenommen wurde, der von 1939 bis 1958 Papst war und zu den umstrittensten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts zählt. Für die einen war er «Hitlers Papst» (John Cornwell), für die anderen der «größte jemals lebende Wohltäter des jüdischen Volkes» (Pinchas Lapide). War Pius XII. tatsächlich, wie ihm viele vorwerfen, «der Papst, der zum Holocaust schwieg»? Hegte er vielleicht insgeheim Sympathien für den Nationalsozialismus? War er vielleicht sogar Antisemit? Um solche Fragen zu klären, wurde 1999 von Papst Johannes Paul II. eine Historikerkommission ins Leben gerufen, der drei katholische und drei jüdische Wissenschaftler angehörten. Ihre Aufgabe sollte es eigentlich sein, die umfangreichen, auf Weisung Pauls VI. (1963–1978) bereits veröffentlichten vatikanischen Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs durchzuarbeiten und mit Blick auf die Rolle Pius' XII. neu zu bewerten. Doch die meisten Mitglieder der Kommission gaben sich damit nicht zufrieden, sondern forderten einen ungehinderten und unbegrenzten Zugang zum Vatikanischen Geheimarchiv. Dieser wurde ihnen verweigert mit der Begründung, daß die Bestände noch nicht archivarisch aufbereitet seien. Denn bevor die Akten zugänglich werden, müssen die Blätter gebündelt, inventarisiert, paginiert und gestempelt werden. Es kam zum Zerwürfnis, die Kommission löste sich auf.

Nicht zuletzt die daraufhin einsetzende heftige Kritik bewog Papst Johannes Paul II. dazu, von der üblichen vatikanischen Archivpolitik abzuweichen. Im Jahr 2003 wurden im Vatikanischen Geheimarchiv vier

Serien aus der Regierungszeit Pius' XI., also aus den Jahren von 1922 bis 1939, gesondert zugänglich gemacht. Es handelte sich dabei zum einen um die Archive der Nuntiaturen, der diplomatischen Vertretungen des Vatikans in München und Berlin, die nach Rom überführt worden waren. Zum anderen wurde die vatikanische Gegenüberlieferung zu diesen deutschen Beständen in den Archiven des Päpstlichen Staatssekretariats beziehungsweise der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten einsehbar, den vatikanischen Schaltstellen für die politischen Beziehungen zu den Staaten in aller Welt. Sie tragen die sprechenden Titel «Baviera» und «Germania». Damit waren die Nuntiaturberichte aus Deutschland und die Weisungen an die Nuntien in Deutschland für die Zeit bis 1939 erstmals zugänglich.

Diese Quellen sind besonders in bezug auf die Person von Eugenio Pacelli interessant. Während seiner Zeit in Deutschland schrieb er Tag für Tag oder sogar mehrmals täglich nach Rom; fast fünftausend detaillierte Berichte sind bislang im Vatikanischen Geheimarchiv aufgefunden worden. Dazu kommt, daß Pacelli nach seinem Weggang aus Deutschland, 1930, von Pius XI. zum Kardinalstaatssekretär ernannt wurde. Jetzt war er der vatikanische Empfänger der Berichte seines Nachfolgers, Cesare Orsenigo (1873–1946). Jetzt analysierte er mit dem Papst die Situation in Deutschland und zog daraus Schlüsse für seine Politik. Diese knapp tausend archivalischen Einheiten stellen für die Kenntnis der vatikanischen Sicht auf Deutschland bereits einen Quantensprung dar, auch wenn die Erschließungsarbeit der Quellen erst am Anfang steht. Die internen Diskussionen der Kurie, die Sitzungsprotokolle der verschiedenen Kongregationen, die Unterredungen des Papstes mit seinem Kardinalstaatssekretär, die Aufzeichnungen über die Audienzen der beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter lagen jedoch genausowenig vor wie die Berichte der Nuntien aus der ganzen Welt und die römischen Weisungen an sie sowie die entsprechenden Nuntiaturarchive. Diese braucht man aber, um Licht in den römischen Informationsstand zu bestimmten Fragen und vor allem die internen römischen Meinungsbildungsprozesse bringen zu können. Im Februar 2006 machte Papst Benedikt XVI. deshalb alle Akten des Vatikanischen Geheimarchivs aus dem Pontifikat Pius' XI. vom 6. Februar 1922, dem Tag der Wahl Achille Rattis zum Papst, bis zum 10. Februar 1939, dessen Todestag, der Forschung zugänglich. Dabei handelt es sich um die gewaltige Menge von rund

hunderttausend archivalischen Einheiten, also Schachteln, Faszikeln, Konvoluten oder Aktenbündeln mit jeweils bis zu tausend Blatt Umfang.

Die im Vatikanischen Geheimarchiv 2003 und 2006 neu zugänglich gewordenen Quellen bieten, wenn sie einmal erschlossen und ausgewertet sein werden, die einmalige Möglichkeit, die Konfrontation der mit absolutem Wahrheitsanspruch auftretenden katholischen Kirche mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts aus der Sicht der Kurie zu rekonstruieren. Für den Bolschewismus der Sowjetunion, den Faschismus Italiens, den Franquismus Spaniens, den Antiklerikalismus in Mexiko, den Austro-Faschismus und den österreichischen Ständestaat und nicht zuletzt den Nationalsozialismus in Deutschland liegen umfangreiche Bestände vor. Diese Akten aus verschiedenen Länderserien des Staatssekretariats beziehungsweise der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten und aus den verschiedenen Nuntiaturarchiven sind alle ins Vatikanische Geheimarchiv überführt worden.

Auch die internen Akten des Staatssekretariats, die Unterredungen des Kardinalstaatssekretärs mit den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern und nicht zuletzt die Notizen Pacellis über seine fast täglichen Audienzen bei Pius XI. enthalten äußerst interessante Informationen. Dazu kommen die Überlieferungen der unterschiedlichen Kongregationen und vor allem auch des Heiligen Offiziums als der obersten römischen Glaubensbehörde.

Eine umfassende Analyse der geradezu endzeitlichen Konfrontation des *totalitarismo* der Kirche mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts kann nur in einer internationalen historischen Zusammenschau Erfolg haben. Dafür ist es so kurz nach der Archivöffnung von 2006 angesichts der immensen Aktenmassen noch zu früh. Zudem sind noch nicht einmal alle Akten, die Deutschland und den Nationalsozialismus betreffen, gehoben, geschweige denn ausgewertet, obwohl sie bereits 2003 zugänglich wurden. Immerhin sind hier aber erste Aussagen auf sicherer Quellengrundlage möglich. Darüber hinaus ist eine Reihe französischer, italienischer und deutschsprachiger Arbeiten, die auf der Basis der neuen vatikanischen Quellen erschienen sind, hilfreich für dieses Buch gewesen. Hier sind an erster Stelle die Studien von Thomas Brechenmacher zu nennen, der eine Internet-Edition der Nuntiaturberichte Cesare Orsenigos aus Berlin in den Jahren 1930 bis 1939 vorbereitet. Neben den Werken von Gerhard Besier,

Giovanni Sale, Andrea Tornielli und Matteo Napolitano sei besonders auf zwei Biographien verwiesen: Emma Fattorinis *Pio XI, Hitler e Mussolini,* in der bereits einige der erst seit 2006 konsultierbaren Bestände verarbeitet sind, sowie das bereits 2003 erschienene große Lebensbild Pius' XII. aus der Feder von Philippe Chenaux. Auf eine ausdrückliche Diskussion der verschiedenen Positionen wird jedoch bewußt verzichtet.

Eine Geschichte des Verhältnisses zwischen dem Vatikan und Deutschland in der Zeit von 1917 bis 1945, die alle Aspekte berücksichtigt, läßt sich auf der Basis der zugänglichen Quellen und der bislang vorliegenden Forschungsliteratur jedoch nicht schreiben. Einerseits fehlen die Archivbestände zu den entscheidenden Jahren des Zweiten Weltkriegs noch völlig, weil diese ganz in den Pontifikat Pius' XII. fallen. Wann diese Akten von Rom zugänglich gemacht werden, ist derzeit nicht abzusehen. Andererseits erlauben die vatikanischen Quellen zumeist nur eine Rekonstruktion des «view from Rome» (David G. Schultenover) auf Deutschland und die deutsche Situation. Es geht in ihnen um die römische Perspektive, um den Blick des Papstes, des Kardinalstaatssekretärs, des Nuntius in Berlin und München auf Deutschland und den Nationalsozialismus. Die neuen Quellen zeigen so vor allem die vatikanische Einschätzung der Vorgänge im Reich, sie dokumentieren aber auch die kurieninternen Diskussionen um eine angemessene Reaktion der Kirche auf deutsche Herausforderungen. Dieser Blick von Rom auf Deutschland und nach Rom hinter die hohen Mauern des Vatikans, wo über deutsche Angelegenheiten diskutiert wurde, ist deshalb auch die bestimmende Perspektive dieses Buches.

1. DAS BÖSE NEUTRALISIEREN? VATIKANISCHE DIAGNOSEN UND REZEPTE FÜR DEUTSCHLAND (1917–1929)

«Die katholische Presse in Bayern hat trotz vielfältiger Bemühungen keine großen Fortschritte gemacht … Die bayerischen Katholiken haben immer noch nicht die Notwendigkeit begriffen, Geld zu sammeln, um eine neue Zeitung zu gründen, die das Böse neutralisieren kann, das der Lektüre der *Münchener Neuesten Nachrichten* entspringt. Diese ist die am meisten gelesene und verbreitete Zeitung: Sie dringt aufgrund des niedrigen Preises und des Überflusses an Nachrichten und Anzeigen überall ein. Das Böse, das sie tut, ist unabsehbar. Vor dem Krieg konnte man jeden Tag Nachrichten und Artikel nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen das Christentum an sich und überhaupt gegen jede Religion lesen. Diese Zeitung kann als Organ des Freidenkertums und des Monismus betrachtet werden.»[1] Mit diesen drastischen Formulierungen beschrieb Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri (1852–1934) in der Generalinstruktion für den neuen Münchener Nuntius vom November 1916 die schwierige Situation, in der sich aus seiner Sicht die katholische Kirche in Bayern und Deutschland auf dem äußerst umkämpften Markt der Meinungen und Meinungsmacher befand. Daß die *Münchener Neuesten Nachrichten* ein liberales Organ war, das auch fortschrittlicheren Katholiken seine Spalten öffnete, verschwieg die Instruktion geflissentlich. Liberale Katholiken, die vom Zeitgeist infiziert waren, waren eben allenfalls «halbe» Katholiken. Aus römischer Perspektive fehlte jedenfalls eine gut gemachte ultramontane katholische Tageszeitung, die den erfolgreichen liberalen und sozialistischen Massenblättern, den entscheidenden weltanschaulichen Gegnern der katholischen Kirche jener Jahre, Paroli bieten konnte. Die Weisung an den Vertreter des Heiligen Stuhles in Deutschland fiel deshalb sehr eindeutig aus: «Da dem Hochwürdigsten Herrn Nuntius der enorme Einfluß der Presse auf die öffentliche Meinung und ihre immensen Vorteile, aber auch ihr ungeheurer Schaden für den Heiligen Stuhl, für die

Kirche und die Religion wohl bekannt sind, wird er deshalb jede Anstrengung unternehmen, die gute Presse zu unterstützen und zu verbreiten.»

Jeder Nuntius, den Rom auf den Weg schickte, um als diplomatischer Vertreter die Interessen des Heiligen Stuhles bei einer Regierung wahrzunehmen und zugleich die jeweilige katholische Landeskirche zu beaufsichtigen, erhielt vom Kardinalstaatssekretär, dem alle päpstlichen Gesandten unterstanden, zwei wichtige Dokumente mit ins Handgepäck. Das eine war das Kreditiv, das er bei seiner feierlichen Akkreditierung dem jeweiligen Staatsoberhaupt zu präsentieren hatte, das andere war die sogenannte Generalinstruktion, die dem neuen Nuntius, der nicht selten zum ersten Mal in das Land reiste, in dem er seinen diplomatischen Dienst versehen sollte, einen ersten Überblick über die dortige politische und religiöse Lage gab. Während sich diese Anweisungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zumeist auf wenige Seiten beschränkten, gab man sich im römischen Staatssekretariat seit der Jahrhundertwende mit der Ausarbeitung dieses Textes wesentlich mehr Mühe. Der Umfang stieg nicht selten auf über hundert Seiten an. Grundlage für die Ausarbeitung dieser differenzierten Situationsanalysen waren die Berichte, die die jeweiligen Vorgänger als päpstliche Gesandte abgefaßt hatten. Dabei muß man allerdings bedenken, daß hier die Wirklichkeit selbstredend nicht eins zu eins abgebildet wurde, sondern die Dinge stets durch die römisch getönte Brille des päpstlichen Nuntius beziehungsweise aus Sicht des römischen Staatssekretariats wahrgenommen wurden. Nach der Beschreibung der Zustände in seinem neuen Einsatzgebiet erhielt der Nuntius von Rom einen Aufgabenkatalog, den er während seiner Amtszeit möglichst zu erledigen hatte.

Über den Fortgang seiner Bemühungen, die Erfolge und Mißerfolge bei der Abarbeitung seiner To-Do-Liste, hatte der Nuntius – wie jeder weltliche Diplomat seinem Außenminister – dem Kardinalstaatssekretär in Rom regelmäßig Bericht zu erstatten, aber den Heiligen Stuhl natürlich gleichzeitig auch über aktuelle politische und religiöse Entwicklungen in seinem Gastland auf dem laufenden zu halten. Diese Nuntiaturberichte, die meist im Wochenabstand, im 20. Jahrhundert nicht selten auch täglich, nach Rom gingen, enthalten nicht nur die Darstellung der Fakten und ihre Beurteilung durch den Nuntius. Von großem Interesse sind auch die zahlreichen Beilagen. Dabei handelt es sich etwa um interessante Zeitungsausschnitte, um Gutachten, die die Nuntiatur eingeholt hatte, aber auch um

Denunziationsschreiben und Beschwerdebriefe ganz unterschiedlicher Absender. Hier wird gleichzeitig das personelle Netzwerk sichtbar, auf das sich ein Nuntius bei der Einholung von Informationen vor Ort stützte. Die einzelnen Nuntiaturberichte nahm der Kardinalstaatssekretär meist ohne größeren Kommentar zur Kenntnis. Wenn es sich aber aus der Sicht von Papst und Kurie um wichtige Themen handelte, reagierte er mit einer speziellen Weisung an den Nuntius vor Ort.

Der vom Kardinalstaatssekretär unterzeichneten Generalinstruktion als Bestandsaufnahme und Aufgabenkatalog zu Beginn einer Nuntiatur entspricht die sogenannte Schlußrelation an deren Ende. In einer zumeist recht umfangreichen Summe zog ein Nuntius hier die Bilanz seiner Tätigkeit. Er legte sich selbst und vor allem seinen Dienstvorgesetzten in Rom gegenüber Rechenschaft darüber ab, welche Punkte seiner Liste er abarbeiten konnte und welche nicht. Zugleich wies er auf die während seiner Nuntiaturzeit neu aufgetauchten Probleme und Fragen hin, die für seinen Nachfolger von besonderer Bedeutung sein könnten. Sowohl die Generalinstruktion als auch die Schlußrelation bieten die einmalige Möglichkeit, die römische Perspektive auf die politische und religiöse Situation in dem Land, für das der Nuntius zuständig war, zu rekonstruieren. Dieser «view from Rome» offenbart den römischen Informationsstand. Er macht nachvollziehbar, was der Vertreter des Papstes vor Ort wann und von wem wußte und welche Informationen er wie nach Rom weiterleitete und welche nicht. Daraus läßt sich der jeweilige Wissensstand des Kardinalstaatssekretärs – als politischem Kopf der Kurie – und damit auch des Papstes ableiten. Außerdem wird in den Bewertungen, die die Instruktionen und Berichte vornahmen, die Stärke und Tönung der Brille deutlich, welche die «römischen» Beobachter, der päpstliche Nuntius vor Ort und der Kardinalstaatssekretär und sein Stab in Rom, jeweils trugen. Die Parameter, die sie ihrem Urteil zugrunde legten, und die theologischen Kategorien, die ihre Handlungsmaximen bestimmten, werden hier deutlich sichtbar. Nicht selten spielte dabei – wie bei der Beurteilung der deutschen Presselandschaft gesehen – eine dualistische Weltsicht die Hauptrolle: Ein Phänomen, eine Person oder ein Ereignis waren entweder «gut» oder «böse». Sie dienten entweder Papst und Kirche oder deren Widersachern – dem Teufel und seinen Handlangern.

Für Deutschland erlauben die nun im Vatikanischen Geheimarchiv neu zugänglichen Quellen für den Zeitraum zwischen dem Ende des Kaiserreichs und der Krise der Weimarer Republik einen in mehrfacher Hinsicht besonders spannenden «view from Rome», der sich vor allem auf die Jahre 1916/17 und 1929/30 fokussiert. Denn im Frühjahr 1917 trat mit Eugenio Pacelli ein neuer Nuntius in München seinen Dienst an, der über zwölf Jahre bis zum Sommer 1929 in Deutschland tätig sein sollte. Auch für ihn galt die über hundertzehn Seiten umfassende Generalinstruktion, die das Staatssekretariat auf der Basis der äußerst differenzierten Berichte von Andreas Frühwirth (1845–1933) verfaßt hatte, der zwischen 1907 und 1916 als Nuntius in München tätig gewesen war. Am Ende seiner Zeit in Deutschland legte Pacelli selbst eine gut hundert Seiten umfassende Finalrelation vor. Dazwischen liegen über fünftausend Berichte, die Pacelli über die Situation in Deutschland nach Rom sandte. Diese sind noch nicht einmal vollständig im Archiv aufgefunden, geschweige denn erfaßt und ausgewertet worden. Generalinstruktion und Schlußbericht bieten aber, ergänzt durch eine Reihe interessanter Einzelberichte, die Möglichkeit, für zwei historisch zunächst eher zufällige Zeitpunkte, nämlich den Amtsantritt und das Dienstende eines Nuntius, den römischen Blick auf Deutschland genauer kennenzulernen.

Daß das Jahr 1917 sowohl weltgeschichtlich als auch kirchenhistorisch zu den bewegtesten Jahren des 20. Jahrhunderts gehört, macht diesen Blick besonders interessant. Allgemeinhistorisch sind hier die Oktoberrevolution in Rußland und das Aufkommen des Bolschewismus, die gescheiterten Versuche zur Beendigung des Ersten Weltkriegs – etwa durch das berühmte 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson (1856–1924) – und der bevorstehende Zusammenbruch des Deutschen Reichs mit dem Ende der Monarchie zu nennen. Innerkirchlich sticht ein Ereignis besonders hervor: das Inkrafttreten des neuen zentralistischen Kirchenrechts durch den *Codex Iuris Canonici* (CIC), der auch das Verhältnis von Staat und Kirche grundsätzlich neu bestimmen sollte. Gleichzeitig hatte aber der Amtsantritt Benedikts XV. dem Furor der Modernistenverfolgung unter seinem Vorgänger Pius X. (1903–1914) ein Ende gesetzt. Reformkatholische Strömungen, die sich für eine grundsätzliche Versöhnbarkeit von Kirche und Moderne, von Glaube und Wissen, von Naturwissenschaft und Offenbarung einsetzten, wurden in Rom zwar weiter kritisch beobachtet, ihnen wurde aber nicht mehr grundsätzlich und von vornherein die Kirchlichkeit abgesprochen.

Überdies kam es auch innerhalb der katholischen Kirche zu einer verstärkten Rezeption der Jugendbewegung, für die Stichworte wie Gemeinschaft und Erfahrung von zentraler Bedeutung waren. Pacellis Abschiedsjahr 1929 hingegen steht für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, das Ende der «Goldenen Zwanziger», die rapide steigende Massenarbeitslosigkeit und den Anfang vom Ende der Weimarer Republik sowie den sich abzeichnenden Aufstieg der NSDAP. Kirchenpolitisch konnte Pacelli mit dem Abschluß des Preußenkonkordats just in jenem Jahr den größten politischen Triumph seiner Tätigkeit als Nuntius in Deutschland feiern.

Instruktionen für einen Nuntius

Bereits in ihrem ersten Satz wies die Generalinstruktion vom November 1916 dem neuen Nuntius in München eine doppelte Aufgabe zu: Neben der Wahrnehmung «der diplomatischen Mission» beim König von Bayern erhielt der päpstliche Gesandte «zugleich die delikate und bedeutende Kompetenz, sich mit den religiösen Angelegenheiten im ganzen Deutschen Reich zu beschäftigen». Gemeinsam mit den anderen am Münchener Hof akkreditierten Botschaftern unterschiedlichster Staaten bildete er das Diplomatische Corps. Freilich ist es überraschend, daß der einzige Nuntius, den der Heilige Stuhl in Deutschland hatte, in München – wie seine Akkreditierung beim bayerischen König zeigt – und nicht in der Reichshauptstadt Berlin ansässig war. Dies hängt mit der komplizierten Geschichte des päpstlichen Gesandtschaftswesens und der verspäteten Errichtung eines deutschen Nationalstaates zusammen.

Ursprünglich hatte es keine ständigen Nuntiaturen des Papstes gegeben. Vielmehr hatte Rom jeweils aus konkreten Anlässen reisende Legaten an die Höfe entsandt. Seit der Ausbildung eines ständigen päpstlichen Gesandtschaftswesens in der Frühen Neuzeit wurde ab 1513 der Nuntius am Kaiserhof in Wien mit der Vertretung der Interessen des Heiligen Stuhles für das gesamte Reichsgebiet betraut. Nach und nach etablierten sich im deutschsprachigen Raum neben Wien auch in Köln (1584) und Luzern (1579) zwei weitere ständige Nuntiaturen als politisch-diplomatische Interessenvertreter des Papstes bei Kaiser und Fürsten und innerkirchliche Kontrollinstanzen und geistliche Oberaufseher über die Diözesanbischöfe. Die

Nuntien hatten stets den Rang eines Erzbischofs inne, um hierarchisch den einfachen Bischöfen überlegen zu sein. 1785 kam es neben den drei bestehenden päpstlichen Vertretungen zusätzlich zur Errichtung einer eigenen bayerischen Nuntiatur in München, die als Instrument des bayerischen Staatskirchentums gedacht war. Da das Kurfürstentum Bayern auf seinem Territorium über keinen eigenen Bischofssitz verfügte, seine Untertanen vielmehr der Jurisdiktion mehrerer «ausländischer» Fürstbischöfe in Freising, Regensburg, Salzburg, Passau, Eichstätt, Augsburg oder Bamberg unterstanden, versuchte man mit Hilfe des Papstes, in München einen Nuntius als Oberbischof und staatlichen Kontrolleur dieser Bischöfe zu installieren. Dieser Schritt führte im Kontext des sogenannten Febronianismus, einer Reformbewegung in Deutschland, die die Eigenständigkeit des Bischofsamtes gegenüber päpstlichen Ansprüchen betonte, zu heftigen Streitigkeiten. Es gelang den deutschen Erzbischöfen allerdings nicht, Rom und München zur Aufhebung dieser Nuntiatur zu bewegen. Sie sollte seit der Säkularisation von 1803 sogar von entscheidender Bedeutung für ganz Deutschland werden. Denn die Kölner Nuntiatur ging in den Wirren der Umbruchszeit unter; die Luzerner Nuntiatur bestand zwar noch bis 1873, konzentrierte sich aber weitgehend auf die Schweiz, und der Wiener Nuntius war nur noch für die österreichische Doppelmonarchie zuständig. Zwar erstreckten sich die Kompetenzen des Münchener Nuntius formaljuristisch nach wie vor lediglich auf Bayern. Faktisch wurde München aber im 19. Jahrhundert mehr und mehr zur deutschen «Reichsnuntiatur». Schließlich folgte dieser faktischen Ausweitung der Kompetenzen auch die römische Doktrin nach, wie die Hauptinstruktionen und das Münchener Nuntiaturarchiv insgesamt eindeutig belegen. Während die politische Funktion des Nuntius als diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhles im katholischen Deutschland weitgehende Anerkennung fand, zogen seine Versuche einer strikten Überwachung der deutschen Ortskirche teilweise heftige Kritik nach sich. So entstand im 19. Jahrhundert im Umfeld liberaler Katholiken die böse Formel «Nuntius = Denuntius», und in der Tat gelangten zahlreiche Denunziationen von aufgeklärten und fortschrittlicheren Vertretern des deutschen Katholizismus über die Kanäle der Münchener Nuntiatur nach Rom ins Heilige Offizium, wo ihnen nicht selten der Prozeß gemacht wurde.



Das Nuntiaturgebäude in der Brienner Straße in München.

Zwar unterhielt Preußen eine eigene Gesandtschaft beim Vatikan, ein päpstliches Pendant in Berlin existierte zunächst jedoch nicht. Erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollte 1920 eine Vertretung des Heiligen Stuhles beim Deutschen Reich eingerichtet werden. Die Münchener Nuntiatur blieb bis 1934, bis kurz nach der Gleichschaltung der Länder, ebenfalls bestehen. So kam es, daß Eugenio Pacelli von 1917 bis 1920 zunächst ausschließlich als Nuntius in München, von 1920 bis 1925 in einer Doppelakkreditierung gleichzeitig in München und Berlin und von 1925 bis 1929 ausschließlich in Berlin tätig sein sollte. Die Nuntiaturen in München und später vor allem in Berlin entwickelten sich in dieser Zeit zur Drehscheibe der vatikanischen Europapolitik. Da die diplomatischen Beziehungen des Heiligen Stuhles zu zahlreichen europäischen Regierungen wie etwa Italien, Spanien und Frankreich abgebrochen waren, kam der Brienner Straße Nummer 15 in München – zumal nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs – zentrale Bedeutung zu.

Die Generalinstruktion von 1916 folgt weitgehend dem klassischen Schema für derartige Anweisungen an päpstliche Nuntien, wie es sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte. Im Mittelpunkt steht eine Bestandsaufnahme des politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens

in den einzelnen Ländern des Deutschen Reichs. Hierauf folgen eine Liste der Mängel und erste, allerdings meist recht allgemein gehaltene Rezepte, diesen beizukommen. Nach einem Blick auf Bayern weitet sich die Perspektive in der Instruktion auf ganz Deutschland. Als Schwerpunkte der römischen Diagnose kristallisieren sich neben der grundsätzlichen Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat, der interkonfessionellen Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten und der kirchlichen Bindung der Laien vor allem die Rekrutierung und Ausbildung des Klerus und die Besetzung der Bischofsstühle heraus.

Mit der herrschenden bayerischen Dynastie der Wittelsbacher war man in Rom halbwegs zufrieden. Ludwig III. (1845–1921) «ist tief katholisch», heißt es lapidar. Kronprinz Rupprecht (1869–1955) wurde zwar aufgrund seiner Intelligenz geschätzt, galt aber in Rom als Antiklerikaler. In neuerer Zeit habe er jedoch «viele seiner alten Ideen modifiziert». Im Hinblick auf die Religion «zeigt er sich jetzt weniger liberal und dem katholischen Klerus gegenüber weniger kritisch als früher». Der frühe Tod seiner Frau Marie Gabriele (1878–1912), die ein Vorbild an «Tugend» und «Frömmigkeit» gewesen sei, dürfe für diese Wende zum Guten entscheidend mit verantwortlich sein.

Die kirchenpolitische Situation in Bayern insgesamt sah man in Rom aber immer noch von «Regalismus und Liberalismus» dominiert. Das Verhältnis von Staat und Kirche war dem Kardinalstaatssekretär dabei ein besonderer Dorn im Auge. Das bayerische Konkordat von 1817 sei durch die Regierung einseitig durch ein Religionsedikt ausgehebelt worden, das vom falschen Grundsatz der «Souveränität des Staates und seiner Superiorität gegenüber der Kirche» ausgehe. Diesem staatskirchenrechtlichen Konzept widersprach das von Gasparri und Pacelli ausgearbeitete neue römische Kirchenrecht, das den Einfluß des Staates in Angelegenheiten der Kirche völlig ausschalten wollte, in der Tat diametral. Die Freiheit der Kirche hatte der Nuntius mit allen Mitteln anzustreben. Notfalls sollte er sich wenigstens um eine mildere Anwendung des rigiden bayerischen Staatskirchenrechts in der Praxis bemühen.

«Das Bürgertum und die Aristokratie sind in ihrer Mehrheit liberal. Sie halten zwar die religiösen Pflichten ein; in der Politik wollen sie jedoch von der Kirche völlig unabhängig sein und im Privatleben dulden sie keine Zügel. Welches Buch oder welche Zeitung auch immer veröffentlicht wird, sie lesen es, und sie schließen Beziehungen mit Protestanten und Menschen von jeder

anderen Religion, so daß sich die Mischehen auch in Bayern merklich vermehren mit schwerstem Schaden für die katholische Kirche.» Um den Schaden zu begrenzen, wurde der Nuntius zu einer intensiven Unterstützung des bayerischen Zentrums angehalten, weil die Kirche nur von dieser katholischen Partei wirkliche kirchenpolitische Unterstützung erfahren könne. Dazu sollte er «alle Mittel, die ihm zur Verfügung stehen», einsetzen. Die Verfasser der Instruktion hofften so, die Möglichkeiten einer römischen Beeinflussung des politischen Katholizismus in Deutschland weiter ausbauen zu können. Pacelli sollte auch die veröffentlichte Meinung gezielt instrumentalisieren und eine offensive Presse- und Informationspolitik in ganz Deutschland im Sinne der Kirche betreiben. In Rom sah man als Ideal offenbar einen vom Klerus kontrollierten Journalismus an.

Mit bemerkenswerter Offenheit räumte die Instruktion die kirchliche Hilflosigkeit angesichts des Verlustes der Arbeiterschaft auch in Bayern ein: «In München ist die Zahl der sozialistischen Arbeiter viel größer als die der Katholiken. Man weiß nicht, wie man diese mißliche Tatsache beheben kann: Eine größere Energie von Episkopat und Klerus könnte vielleicht irgendwie Einhalt gebieten; man muß jedoch beachten, daß sich die Arbeiter infolge der … sehr aktiven sozialistischen Propaganda leicht anlocken lassen und der sozialistischen Partei beitreten oder, ohne ihr beizutreten, ihre Mitglieder in die Parlamente wählen.» Für die Lösung der Arbeiterfrage erhielt Pacelli aus Rom also kein Rezept mit auf die Reise. Man hatte schlicht keines in der Schublade.

War das Verhältnis von Staat und Kirche schon im katholischen Bayern dem Kardinalstaatssekretär ein Dorn im Auge, um wieviel mehr widersprachen die staatskirchenrechtlichen Regelungen in den meisten anderen deutschen Ländern den Vorstellungen einer völligen kirchlichen Autonomie, wie sie an der Römischen Kurie im Umfeld der Arbeiten am *Codex Iuris Canonici* entwickelt worden waren. Die Hauptaufgabe des neuen Nuntius mußte folgerichtig darin bestehen, eine umfassende Korrektur des deutschen Staatskirchenrechts herbeizuführen. Bei der Bestellung des kirchlichen Führungspersonals, speziell bei der Ernennung der Bischöfe und Pfarrer, mußte die Kirche jeden staatlichen Einfluß abschütteln. Das hieß konkret: möglichst weitgehende Durchsetzung des freien päpstlichen Ernennungsrechts der Bischöfe und Eindämmung des Patronatsrechts. Tatsächlich konnten die Bischöfe in zahlreichen deutschen Diözesen nur

wenige Pfarrstellen eigenständig besetzen, weil das Ernennungsrecht wie zum Beispiel in Württemberg aufgrund königlichen Patronats fast ausschließlich in der Hand der Regierung lag. Diese nutzte nicht selten die Möglichkeit, liberale und «ökumenisch» orientierte Geistliche auf wichtige und gut dotierte Stellen zu befördern, während man «ultramontanen» papsttreuen Heißspornen eine endgültige Anstellung als Pfarrer häufig verweigerte. In unterschiedlicher Art und Weise waren diese Möglichkeiten der staatlichen Beeinflussung kirchlicher Personalpolitik während des Kulturkampfes der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts in den einzelnen deutschen Staaten weiter intensiviert worden.

Die vollständige Rücknahme der Kulturkampfgesetze und die gleichzeitige Überwindung dieser Situation durchzieht die Instruktion wie ein roter Faden. Als entscheidendes Kriterium für die Beurteilung der kirchlichen Lage in den einzelnen deutschen Ländern diente der Instruktion deshalb der Grad des Abbaus dieser «Christenverfolgung» Bismarcks, wie man in Anspielung auf christenfeindliche Maßnahmen der römischen Kaiser Nero und Decius drastisch formulierte. Nachdrücklich wurde dem Nuntius befohlen, auf dem Verhandlungswege möglichst überall für die Kirche befriedigende staatskirchenrechtliche Lösungen zu erreichen. Ob Gasparri bereits 1917 an neue Konkordate dachte, steht dahin. Pacelli hatte allerdings drei Jahre zuvor, 1914, erfolgreich einen Staatskirchenvertrag mit Serbien ausgehandelt. Insofern war er für eine Lösung der Staatskirchenproblematik in Deutschland der ideale Mann, kam er doch wie der Kardinalstaatssekretär selbst aus der Kirchenrechtsschule von Sant'Apollinare in Rom.

Während man im 19. Jahrhundert in Deutschland aufgrund der alten römischen Konkordatsdoktrin zwar mit dem katholischen König in Bayern ein Konkordat abschließen konnte, sah sich der Heilige Stuhl gezwungen, den evangelischen Potentaten, etwa den Königen von Preußen und Württemberg, ein solches zu verweigern. Denn man verband mit dem Abschluß eines Konkordats zumindest implizit eine Anerkennung des staatlichen Vertragspartners beziehungsweise der von ihm repräsentierten Staatsform. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sich jedoch an der Römischen Kurie die von Adolfo Giobbio (1868–1932) an der Schule von Sant'Apollinare vertretene Konkordatstheorie mehr und mehr durch, nach der es bei einem Konkordat in erster Linie um die Sicherung der katholischen Autonomie und des kirchlichen Lebens, namentlich um die Freiheit der Seelsorge, ging. Ein

Konkordatsabschluß bezog sich nunmehr lediglich auf den Inhalt der Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, bedeutete jedoch nicht mehr eine gleichzeitige prinzipielle Anerkennung der vertragsschließenden Regierung. Ihre Konfession, die von ihr repräsentierte Staatsform oder die hinter ihr stehende Weltanschauung spielten für den Abschluß keine Rolle mehr. Dadurch wurde der Weg nicht nur für Konkordate mit protestantischen Königen und parlamentarischen Demokratien frei. Vielmehr sollten so auch Vereinbarungen mit dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland möglich werden.

Der Kardinalstaatssekretär war sich jedoch völlig im klaren, daß sich in Deutschland nicht alles auf dem Verhandlungsweg durchsetzen lassen würde. Der Kirche stehe in allen deutschen Ländern eine Phalanx weltanschaulicher Gegner vor allem aus Liberalismus, Sozialismus und Protestantismus gegenüber, heißt es in der Instruktion. Um diese Feinde wirksam bekämpfen zu können, plante man in Rom die Bündelung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Katholizismus in der «Katholischen Aktion», unter der in der Instruktion jedoch ein noch eher unspezifischer Zusammenschluß aller bereits existierenden katholischen Vereine und Parteien verstanden wurde. An einen geschlossenen katholischen Block unter der Leitung der Bischöfe dachte man damals offenbar noch nicht. Dieses Modell sollte erst unter Pius XI. zum römischen Konzept schlechthin werden.

Die Ökumene oder wenigstens eine kirchenpolitische Verständigung mit den Protestanten spielte in der Instruktion kaum eine Rolle. Mit den deutschen «Häretikern» glaubte man sich in Rom nicht intensiver auseinandersetzen zu müssen. Gasparri brachte sogar seine Überzeugung zum Ausdruck, daß «die nationale lutherische Kirche ohne Zweifel nahe daran» sei, «zusammenzubrechen». Die «einzige Triebfeder, die sie noch am Leben hält, ist die mächtige Unterstützung durch die preußische Regierung». Dem Protestantismus in Deutschland werde nach und nach jedes Fundament entzogen, weil einerseits die Sozialisten den «Massenaustritt» aus der offiziellen Kirche förderten – vor allem um der Kirchensteuer zu entgehen – und andererseits seine «dogmatische Basis» mehr und mehr wegbreche. Die Pfarrer und mehr noch die evangelischen Theologieprofessoren seien immer mehr vom Pantheismus und vom Liberalismus infiziert und verbreiteten diese gefährlichen Ideen unter ihren Pfarrkindern. Während der Protestantismus in anderen Ländern Europas den Katholiken gegenüber durchaus «toleranter»

geworden sei, habe er in Deutschland die alte Feindseligkeit des 16. Jahrhunderts beibehalten.

Allerdings wurde die Frage einer Zusammenarbeit von Katholiken mit Protestanten im Kontext des Gewerkschaftsstreits durchaus zum Problem. Im deutschen Katholizismus und unter den Bischöfen hatten sich in dieser Frage um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zwei unterschiedliche Richtungen etabliert. Während die sogenannte Kölner Richtung sich für die Zusammenarbeit beider Konfessionen in interkonfessionellen Gewerkschaften einsetzte, verbot die sogenannte Berliner Richtung dieses «ökumenische» Engagement und erlaubte katholischen Arbeitern lediglich den Zusammenschluß in katholischen Arbeitervereinen. Pius X. und die Hardliner in Rom hatten sich faktisch dieser Position angeschlossen, die sich allerdings in Deutschland als wenig praktikabel erwies, weil die Katholiken nur gemeinsam mit den Protestanten auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik die nötige gewerkschaftliche Durchschlagskraft entfalten konnten. Die gemäßigten Kräfte an der Römischen Kurie sahen interkonfessionelle Gewerkschaften als das geringere Übel angesichts der drohenden Alternative des Eintritts von Katholiken in sozialistische Arbeiterverbände an. Dieser Richtung schloß sich auch die Instruktion von 1916 weitgehend an, nicht ohne die Situation angesichts dieses Streits innerhalb der deutschen Kirche für den Nuntius ausdrücklich als «difficilissima» zu bezeichnen. Gasparri äußerte hier zumindest zwischen den Zeilen auch Kritik an Papst Pius X., der durch seine Äußerungen zur Verschärfung des Konflikts beigetragen hatte.

Neben der Organisation des Kampfes auf dem politischen und gesellschaftlichen Feld gegen das Böse, das sich hinter allen Regungen der modernen Zeit verstecken konnte, hatte der neue Nuntius vor allem die innerkirchlichen Zustände und das religiöse Leben der Katholiken in Deutschland zu überwachen. Die Lage auf diesem Gebiet wird als im großen und ganzen «nicht schlecht» charakterisiert: «Der höchst praktische Sinn der Deutschen, ihre Unterordnung unter die Autorität und das Gesetz, die ernsthafte Schulbildung … machen sie der Religion und deren Dienern gegenüber ehrfürchtig. Das katholische Volk, besonders auf dem Land, zeigt sich tief gläubig und geht in Massen zu den Sakramenten.» Und: Es zeigt sich bei kirchlichen Kollekten spendenfreudig. In den großen Städten und den Industriezentren hingegen «richtet der Sozialismus unter den Arbeitern ein Blutbad an, während die religiöse Gleichgültigkeit und der Monismus die

gebildeten Klassen ins Verderben stürzen». Der Klerus, der vom gläubigen Volk geliebt werde, sei glaubensfest und durchaus nicht modernistisch gesinnt. Hier zeigt sich in der Instruktion der mäßigende Einfluß von Nuntius Andreas Frühwirth, der den Scharfmachern an der Kurie Pius' X. mehrfach den Wind aus den Segeln genommen hatte. Eine modernistische Verseuchung des Klerus hatte er vor Ort nicht feststellen können, während man in Rom im Umfeld des Papstes Deutschland als «Sammelbecken aller Häresien» sah.[2] Diese moderatere Sichtweise paßte durchaus zur Politik des neuen Papstes, Benedikt XV., der die Modernistenjagd seines Vorgängers beendete und zu Unrecht verfolgte Priester und Professoren rehabilitierte.

Zwar wurde die Situation der Seelsorge in den großen Städten Deutschlands und vor allem in der Diaspora als defizitär beurteilt. Aber auch hier nennt die Instruktion keine Patentrezepte, sondern zollt den verschiedenen Bemühungen der deutschen Kirche auf diesem Feld Anerkennung. Besonderes Augenmerk sollte der Nuntius allerdings auf die Erhaltung der konfessionellen Volksschule richten. Allen Versuchen, eine sogenannte Simultanschule oder christliche Gemeinschaftsschule einzurichten, in der Schüler aller christlichen Konfessionen von Lehrern aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet würden, sollte er sich entschieden entgegenstellen. Nicht nur im Religionsunterricht, sondern in allen Fächern von Deutsch über Mathematik bis zu den Naturwissenschaften sollten katholische Kinder ausschließlich von katholischen Lehrern unterrichtet werden. Nur so glaubte man in Rom die katholische Erziehung sichern und gefährliche «ökumenische» Einflüsse ausschließen zu können.

Die Bischöfe, so kann man der Instruktion weiter entnehmen, müßten vom Nuntius nicht selten zu größerem Eifer für die Durchsetzung der katholischen Interessen angetrieben werden. Was man in Rom von den deutschen Oberhirten außer den menschlichen Tugenden wie Klugheit und Begabung forderte, war vor allem eine kindliche Ergebenheit gegenüber dem Apostolischen Stuhl. Der römische Blick richtete sich im Fall des deutschen Episkopats vor allem auf die von der gesamtkirchlichen Praxis abweichende Besetzung der Bischofsstühle in Deutschland. Insbesondere die preußische Regierung unterlaufe bei den großen Diözesen wie Köln oder Breslau immer wieder das Kapitelswahlrecht. Statt ausreichend Kandidaten auf den von den Domkapiteln vorgelegten Listen stehen zu lassen, präsentiere die Berliner Regierung nicht selten nur noch einen einzigen Namen, den das Domkapitel

zu wählen habe. Dies komme faktisch der Ernennung eines katholischen Bischofs durch einen evangelischen Landesherren gleich. Dieser «Mißbrauch» sei zuletzt 1914 in Breslau aufgetreten, als Berlin lediglich den Hildesheimer Bischof Adolf Bertram (1859–1945) «zur Wahl» stellte. Der Nuntius wurde ausdrücklich angewiesen, alle Bischofswahlen in Deutschland genauestens zu beobachten, darauf zu achten, daß die Vorschriften des Heiligen Stuhles exakt eingehalten würden und im Fall von Verstößen dem Staatssekretariat umgehend davon zu berichten.

Was aus römischer Sicht in Deutschland am meisten zu wünschen übrig ließ, war die Priesterausbildung und hier besonders das Studium der angehenden Geistlichen an Katholisch-Theologischen Fakultäten innerhalb staatlicher Universitäten. Da die Professoren ihr Gehalt vom Staat erhielten, genossen sie eine zu große Unabhängigkeit von der kirchlichen Autorität. Die Bischöfe müßten deshalb vor der Neuberufung eines Professors dessen Lehre, Lebenswandel und Betragen sehr sorgfältig prüfen. Dabei könne aber eine Verweigerung des Nihil obstat durch die Kirche Konflikte mit dem Staat zur Folge haben, weshalb einige Stimmen die völlige Abschaffung der Staatsfakultäten forderten. Inhaltlich kritisierte die Instruktion an den Universitätsfakultäten vor allem den Mangel an scholastischer Philosophie und Theologie beziehungsweise die nicht ausreichende Berücksichtigung der Lehre des Heiligen Thomas von Aquin, den Leo XIII. (1878–1903) zu dem verbindlichen Kirchenlehrer schlechthin erklärt hatte. «Der junge Klerus ist wissensdurstig und … eher für die Analyse und das Experiment als für die Abstraktion und Synthese begabt, so daß er sich den historischen und kritischen Studien mit Eifer widmet, ohne eine entsprechende Grundlage zu haben, da die philosophische und theologische Ausbildung in den theologischen Fakultäten … nicht besser als diejenige eines mittelmäßigen italienischen Seminars ist. … Wer also den schwierigen Weg der biblischen Studien und der Dogmengeschichte mit Hingabe auf sich nimmt, … muß sich weitgehend der Werke protestantischer Wissenschaftler bedienen, die von kantischer Philosophie, von frechen und willkürlichen Theorien durchdrungen sind. … Daraus kann man aber nicht schließen, daß der deutsche Klerus vom Modernismus vergiftet ist, wie einige Pessimisten behaupten.» Dessenungeachtet wurde Pacelli zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber dem Reformkatholizismus angehalten, den man in Rom für nichts anderes als eine deutsche Spielart des Modernismus hielt. Schlecht ausgebildete, das heißt

nicht neuscholastisch geprägte junge Pfarrer waren für Rom das Haupteinfallstor der Einflüsterungen des modernen Zeitgeistes und damit des Bösen in die Kirche hinein.

Zum Abschluß ermahnte der Kardinalstaatssekretär den neuen Nuntius nachdrücklich, dafür Sorge zu tragen, «den Heiligen Stuhl regelmäßig und unverzüglich zu informieren», sobald sich auf den genannten Arbeitsfeldern neue Entwicklungen ergäben, namentlich, wenn sich ein Eingreifen des Heiligen Stuhles als notwendig erweisen sollte. Soweit möglich sollten die Nuntiaturberichte ausschließlich auf gut recherchierten, mehrfach überprüften und deshalb sicheren Informationen beruhen, damit der Heilige Stuhl sachkundige Entscheidungen treffen könne. Ein Bericht durfte nicht mehr als ein Thema enthalten, welches klar als «Oggetto» in der Überschrift vermerkt sein sollte. Falls der Nuntius glaubte, mit anderen Kongregationen der Römischen Kurie in Kontakt treten zu müssen, hatte er eine Kopie für das Staatssekretariat anzufertigen, damit die politische Zentrale des Vatikans über alles auf dem laufenden blieb. So gerüstet, konnte der neue Nuntius seinen Dienst in Deutschland antreten.

Mit dieser Auflage nahm die Instruktion für den Münchener Nuntius im Jahr 1916 zumindest indirekt eine der entscheidenden Bestimmungen der Kurienreform Pauls VI. aus dem Jahr 1967 vorweg. Bis dahin hatten sich nämlich, ohne das Staatssekretariat einzuschalten, alle Kongregationen der Kurie, insbesondere das Heilige Offizium, an andere kirchliche Stellen, etwa Bischöfe oder Nuntien, wenden können. Damit gab es zahlreiche Aktionen, die an der politischen Zentrale des Vatikans vorbeiliefen. Manchmal wußte die rechte Hand der Kurie im wahrsten Sinne des Wortes nicht, was die linke tat. So war es unter Benedikt XV. durchaus vorgekommen, daß das Staatssekretariat Überlegungen anstellte, einen Professor durch die Verleihung des Prälatentitels für seine Kirchlichkeit zu ehren, während gleichzeitig in der obersten Glaubensbehörde ein Lehrzuchtverfahren gegen diesen anhängig war. Solche Widersprüche wollte Gasparri vermeiden. Faktisch sollte das Staatssekretariat die Superbehörde sein, zu der Paul VI. es 1967 auch juristisch machte, über die alle Korrespondenzen liefen und die deshalb über alles bestens informiert war. Hier deutet sich eine Konkurrenz zwischen Staatssekretariat und Heiligem Offizium, zwischen Diplomatie und Dogma an, der gerade während der NS-Zeit besondere Bedeutung zukommen sollte.

Ein Römer in Deutschland: Eugenio Pacelli

Am 29. Mai 1917 übergab Eugenio Pacelli sein Kreditiv, das päpstliche Beglaubigungsschreiben, in der Münchener Residenz an den bayerischen König Ludwig III. Er trat damit seinen Dienst als «Päpstlicher Nuntius in Bayern» an, nachdem er wenige Tage zuvor von Benedikt XV. zum Titularerzbischof von Sardes geweiht worden war. Der Papst hatte dadurch seine besondere Hochschätzung gegenüber dem vermeintlich begabtesten Diplomaten der Kurie in jenen Jahren zum Ausdruck gebracht. Der neue Nuntius stellte in seiner Antrittsrede sein Engagement für den Frieden und die Beendigung des Ersten Weltkriegs in den Mittelpunkt: «Die Notwendigkeit, die menschliche Gesellschaft auf der sicheren Grundlage der christlichen Weisheit wiederaufzubauen, und die Tatsache, daß ein gerechter und dauerhafter Friede nur auf der Grundfeste des öffentlichen christlichen Rechtes bestehen kann, ist kaum jemals so sonnenklar zutage getreten als in dieser sorgenschweren Stunde. Die Mission, an diesem Friedenswerke mitzuarbeiten, ist meinen schwachen Kräften in einem Zeitpunkte anvertraut worden, der in der Geschichte vielleicht nicht seinesgleichen hat.»[3]



Eugenio Pacelli 1920. In diesem Jahr erhielt er seine Doppelakkreditierung als Nuntius in München und Berlin.

Wer war der Mann, dem Benedikt XV. den wichtigsten Außenposten der vatikanischen Diplomatie im Schicksalsjahr 1917 anvertraute? Wodurch hatte er sich für diese heikle diplomatische Mission qualifiziert? Welche theologischen und kirchenpolitischen Vorstellungen brachte er aus Rom nach Deutschland mit?

Eugenio Pacelli wurde am 2. März 1876 als Sohn der Eheleute Filippo (1837–1916) und Virginia Pacelli (1844–1920), geborene Graziosi, in Rom geboren. Seit der endgültigen nationalen Einigung Italiens 1870 war die Bevölkerung der Hauptstadt in Anhänger des modernen nationalliberalen Staates und des «im Vatikan gefangenen» Papstes gespalten. Die Familie Pacelli gehörte dabei zum «schwarzen Rom», stellte sie doch seit Generationen Laienjuristen, die an der päpstlichen Kurie Karriere gemacht hatten. Die Kinder wurden in einer Atmosphäre strenger und behütender traditioneller katholischer Frömmigkeit erzogen. Dies hinderte Pacellis Eltern allerdings nicht, ihren Sohn mit zehn Jahren auf das Liceo Ennio Quirino Visconti, das führende liberale Gymnasium Roms, zu schicken, wo er eine solide klassische Bildung vermittelt bekam. Pacelli war ein sensibler und

hochbegabter Schüler, der 1894 seine Reifeprüfung mit Bestnoten ablegte. Seine Vorlieben galten der Musik und der lateinischen Klassik.

Sein Theologiestudium begann der junge Römer am prestigeträchtigen, tridentinisch geprägten Seminar Collegio Capranica sowie an der Jesuitenuniversität Gregoriana. Bereits nach wenigen Monaten mußte er jedoch seine Studien aus gesundheitlichen Gründen abbrechen und einen längeren Erholungsaufenthalt auf dem Landsitz der Familie antreten. Aufgrund einer Sondergenehmigung durfte er später seine Studien vom Elternhaus aus fortsetzen, nun an der im Palazzo Sant'Apollinare untergebrachten Fakultät des Seminarium Romanum, der späteren Lateran-Universität. Pacelli hat also nie in einem Priesterseminar gewohnt. Verglichen mit anderen italienischen Ausbildungsstätten erwies sich Sant'Apollinare als relativ liberal. Der Neuthomismus, der in Rom Ende des 19. Jahrhunderts als die katholische Theologie schlechthin propagiert wurde, hatte sich dort noch nicht komplett durchgesetzt. Neben spekulativen Fächern wie Dogmatik und Philosophie wurde auch positive Theologie, also biblische Exegese und Kirchengeschichte, angeboten. Pacelli, der 1899 seine Examina ablegte, scheint zwar antikantianisch und thomistisch geprägt worden zu sein, aber doch eher juridisch-praktische, jedenfalls nicht ausgesprochen spekulative Interessen entwickelt zu haben. Am 2. April 1899 empfing er in Anwesenheit zahlreicher Kardinäle und Bischöfe in einer römischen Privatkapelle die Priesterweihe. Seine Eltern waren fest entschlossen, ihm durch ihre guten Beziehungen eine Karriere an der Kurie zu ermöglichen. Folgerichtig setzte Pacelli seine Studien an Sant'Apollinare mit dem für einen Aufstieg in der kirchlichen Verwaltung wichtigen Kirchenrecht und dem Ziel eines römischen Doktors beider Rechte fort. Inzwischen hatte Kardinal Vincenzo Vannutelli (1836–1930) den jungen Priester an den neu ernannten Sekretär der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten, Pietro Gasparri, empfohlen, der Pacelli ab 1901 als «Apprendista», also neudeutsch als «Azubi», beschäftigte.

Besonders prägend scheint für Pacelli neben dem obligatorischen Studium an der Accademia dei Nobili Ecclesiastici, der kurialen Kaderschmiede für Vatikandiplomaten, die Kirchenrechtsschule am Seminarium Romanum gewesen zu sein. Diese vertrat einerseits die Lehre vom Heiligen Stuhl als Völkerrechtssubjekt, das für seine Existenz nicht notwendigerweise ein eigenes Territorium benötige. Damit versuchte man, auf die Besetzung des

Kirchenstaats und der Stadt Rom durch italienische Truppen im Zuge der italienischen Einigung zu reagieren. Da der Papst keinen eigenen Staat mehr besaß, hätte er nach allgemeinen völkerrechtlichen Gepflogenheiten auch nicht mehr die Möglichkeit gehabt, Nuntien zu entsenden und Diplomaten fremder Höfe beim Heiligen Stuhl zu akkreditieren. Andererseits akzentuierte man hier in besonderer Weise die «Societas-perfecta-Lehre», die an der Kirche als einer eigenständigen juristischen Person festhielt und vor allem staatlichen Übergriffen auf den kirchlichen Bereich einen Riegel vorschieben wollte.

Am 3. Oktober 1903 wurde Pacelli Minutant, also eine Art Sachbearbeiter, in der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten, am 7. März 1911 «Sottosegretario» und schließlich am 1. Februar 1914 Sekretär. Seit 1912 war er zugleich Konsultor des Heiligen Offiziums. Dieser rasche Aufstieg an der Kurie Pius' X. wäre kaum möglich gewesen, wenn Pacelli nicht den rigiden Antimodernismus geteilt hätte, mit dem der Papst und sein Kardinalstaatssekretär Raffaele Merry del Val (1865–1930) alle modernen Regungen und Reformansätze innerhalb der katholischen Kirche bekämpften. Inwieweit er allerdings in das mit dem Namen Umberto Benigni (1862–1934) verbundene antimodernistische Spitzelnetzwerk des «Sodalitium Pianum» verwickelt war, ist umstritten. Einiges spricht jedoch dafür: Pacelli war immerhin fünf Jahre unmittelbarer Zuarbeiter Benignis in der Kongregation gewesen und wurde sein Nachfolger auf dem Posten als Untersekretär. In gut informierten kurialen Kreisen wurde damals kolportiert, mit Pacelli sei ein guter Freund und treuer Mitarbeiter Benignis diesem nachgefolgt. Zudem stützte sich Pacelli bei seinen kirchenpolitischen Entscheidungen wiederholt auf die Informationen des von Benigni koordinierten «Geheimdienstes».[4] Pacelli indes war klug genug, sich nicht durch eine zu offenkundige Zusammenarbeit mit Benigni und dessen «Geheimdienst» zu diskreditieren. Dies hätte ihm sonst unter dem neuen Papst Benedikt XV., der die Modernistenhetze seines Vorgängers beendete, leicht zum Verhängnis werden können.

Zum entscheidenden Mentor an der Kurie war für Pacelli jedoch Pietro Gasparri geworden, mit dem er seit 1904 engstens bei der Ausarbeitung des neuen zentralistischen Kirchenrechts zusammengearbeitet hatte. Gasparri, selbst Professor für Kirchenrecht in Paris und Vertreter der Kirchenrechtsschule des Seminarium Romanum, war seit 1901 als Sekretär der

Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten Pacellis Dienstvorgesetzter gewesen. 1907 zum Kardinal ernannt, berief ihn Benedikt XV. nach seiner Papstwahl am 3. September 1914 zum Kardinalstaatssekretär. Damit war Pacellis größter Förderer im Vorzimmer der Macht angekommen. Das kirchliche Gesetzbuch von 1917, der *Codex Iuris Canonici,* für das die Namen Gasparri und Pacelli stehen, atmete ganz den Geist des Ultramontanismus und der Beschlüsse des Ersten Vatikanischen Konzils von 1870. Die dort verabschiedeten Dogmen von der päpstlichen Unfehlbarkeit und dem universalen Jurisdiktionsprimat des Papstes wurden damit in Kirchenrecht umgesetzt. Römischer Zentralismus statt Eigenständigkeit der Ortskirchen, Papstkirche statt Bischofskirche, römische Einheit statt landeskirchlicher Vielfalt waren die Grundpfeiler des neuen kirchlichen Gesetzbuches. Pacelli sollte es sich zur Lebensaufgabe machen, Buchstaben und Geist des CIC möglichst ohne Abstriche in die Praxis umzusetzen. Dies galt insbesondere für Deutschland, das sich relativ viel Eigenständigkeit von der römischen Zentrale bewahrt hatte.

Seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren an der Kurie mehrfach Gerüchte aufgetaucht, Eugenio Pacelli solle als fähigster Diplomat, über den der Vatikan in jenen Jahren verfügte, zum Nuntius in Deutschland ernannt werden. Offenbar hat Pacelli selbst eine Ernennung als realistische Möglichkeit betrachtet und sich deshalb so gut wie möglich auf eine Tätigkeit in Deutschland vorbereitet. Er machte sich mit dem Zeitgeschehen und namentlich mit der Geschichte des Deutschen Reichs durch eine Lektüre der einschlägigen, auch in Italien greifbaren Publikationen vertraut. So studierte er etwa Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen,* die 1898, im Jahr ihres Erscheinens, auch in italienischer Übersetzung herausgekommen waren. Im ersten deutschen Kanzler sah Pacelli eine Lichtgestalt der preußischdeutschen Geschichte. Einzig und allein Bismarck habe es vermocht, das schwer zu bändigende Militär, das mit den Einigungskriegen zu einem der Grundpfeiler Preußen-Deutschlands geworden sei, in seine Schranken zu verweisen. Daß sich Helmuth von Moltke (1800–1891) nach dem Krieg von 1870/71 mit seinem ausgeprägten Eroberungsdrang nicht habe durchsetzen können, sah er als Verdienst Bismarcks an, dessen politisch kluge Kompromißbereitschaft zu einem «schnellen Frieden» mit Frankreich geführt habe. Dagegen habe der Erste Weltkrieg gezeigt, daß sich in Deutschland die immer schwächer werdende Politik kaum mehr gegen die militärische Übermacht habe

behaupten können. Es fehle, so beklagte Pacelli, nicht nur «eine starke politische Persönlichkeit», vielmehr seien auch die an das Militär übertragenen Kompetenzen «unvergleichlich viel größer».[5]

Allen Gerüchten zum Trotz wurde am 17. Januar 1917 jedoch der bislang in Brasilien tätige päpstliche Gesandte Giuseppe Aversa (1862–1917) als Nuntius an die Isar entsandt. Da Gasparri die Erfolgsaussichten einer päpstlichen Friedensinitiative offenbar nach wie vor sehr skeptisch beurteilte, wollte er verhindern, daß sein Musterschüler Pacelli zu früh ins Rennen geschickt wurde. Als aber Aversa bereits am 9. April infolge einer Blinddarmoperation an Herzschwäche starb, war für den Papst der Weg frei. Er ernannte nach einem heftigen Konflikt mit Gasparri – der Papstfreund Carlo Monti (1851–1924) sprach sogar von einer offenen «Opposition» des Kardinalstaatssekretärs[6] – Eugenio Pacelli zum Nuntius in München. Gasparri war aber immer noch nicht bereit, inhaltlich auf die Linie Benedikts XV. einzuschwenken und teilte Pacelli schlicht mit, die für Aversa im Herbst 1916 verfaßte Generalinstruktion sei für ihn ohne Abstriche gültig.[7]

Einmischung oder Neutralität: Die päpstliche Friedensinitiative

Diese Instruktion[8] ging nämlich auch auf die entscheidende Frage nach der Rolle des Heiligen Stuhles im Ersten Weltkrieg ein, über die in jenen Jahren an der Kurie heftig diskutiert und gestritten wurde: Hatte der Vatikan nicht als Anwalt der Menschenwürde die moralische Pflicht, durch eine Friedensinitiative dem sinnlosen Morden in den Schützengräben und dem Giftgaskrieg ein Ende zu machen? Oder mußte sich der Heilige Stuhl aus allem heraushalten, um die Neutralität des Papstes als über den Kriegsparteien stehenden Vaters aller gläubigen Katholiken, die es eben auf allen Seiten der Front gab, nicht zu riskieren?

Eine einheitliche Linie des Heiligen Stuhles in dieser Frage war zunächst nicht zu erkennen. Die vatikanische Politik mußte erst mühsam zwischen dem Papst und seinem Staatssekretär Gasparri abgestimmt werden, da beide unterschiedlichen Rechtsschulen entstammten und schon deswegen konträre Vorstellungen von der adäquaten politischen Rolle des Papsttums hatten. Gasparri stand für das Konzept eines strikten Neutralitätskurses. Als

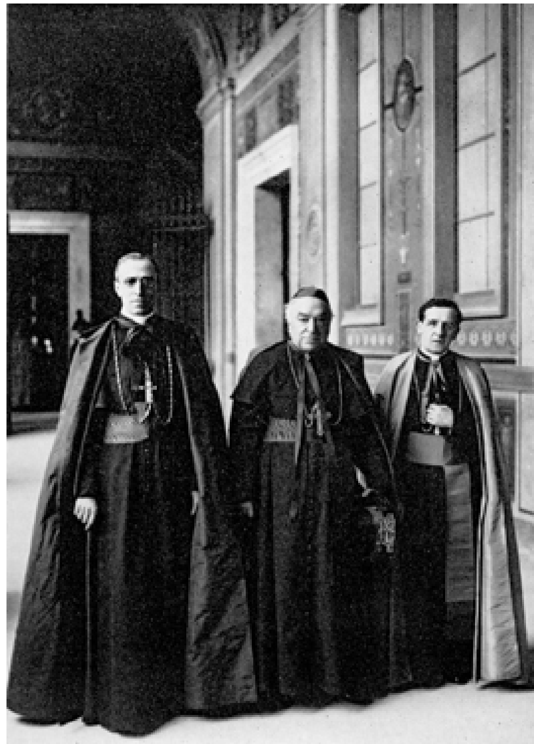
Oberhaupt einer Weltkirche müsse der Papst über den Parteien stehen und alles vermeiden, was ihm beispielsweise von französischen Katholiken als zu deutschfreundlich oder umgekehrt von deutschen Katholiken als zu frankreichfreundlich ausgelegt werden konnte. Der Papst dürfe nicht Partei werden. Daher habe er entweder zu schweigen oder seine Ermahnungen an die Kriegsparteien allenfalls abstrakt auszusprechen, vor allem um die katholische Kirche in ihrem seelsorglichen Leben und ihrer Jurisdiktion auf allen Seiten der kriegführenden Parteien nicht zu gefährden. Der Papst hingegen neigte zu einer aktiven Vermittlungs- und Friedenspolitik nach dem Vorbild Leos XIII. Er sah sich zwar nicht mehr als Schiedsrichter der Welt, aber die furchtbaren Materialschlachten, mit denen die Kriegführung eine ganz neue Dimension des Schreckens erreichte, riefen ihn als Anwalt aller leidenden Menschen auf den Plan. Benedikt XV. meinte, daß er gerade als Papst nicht länger zum Krieg schweigen dürfe, sondern sich durch konkrete Vorschläge zum Frieden ganz bewußt positionieren müsse. Gleichzeitig sollten damit jedoch auch die vitalen politischen Interessen des Heiligen Stuhles aktiv gewahrt werden.

Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri hatte trotz dieses Dissenses mit dem Papst als Chef der vatikanischen Außenpolitik seine Position im November 1916 dem neuen Münchener Nuntius im wahrsten Sinn des Wortes ins Stammbuch geschrieben: «Während sich fast die ganze Welt Deutschland gegenüber feindselig zeigt», habe sich der Heilige Stuhl seit Kriegsausbruch dem Kaiserreich gegenüber «äußerst korrekt verhalten» und insbesondere stets strikte Unparteilichkeit im aktuellen Konflikt bewahrt. Diese Neutralität, die eine implizite Sympathie für die Mittelmächte erkennen ließ, während man Italien wegen der ungelösten Römischen Frage, Frankreich wegen des Laizismus sowie der Trennung von Kirche und Staat und Großbritannien als protestantischer Macht an der Kurie doch eher skeptisch gegenüberstand, betrachtete Gasparri als die einzige dem Wesen der katholischen Kirche angemessene Haltung. Außerdem hätten nicht wenige Deutsche, die der Kirche vor dem Krieg indifferent oder gar ausdrücklich ablehnend gegenübergestanden hätten, nicht zuletzt aufgrund dieses Verhaltens der Kurie angesichts der weitgehenden internationalen Isolierung des Deutschen Reichs inzwischen sogar Sympathien für Papst und Kirche entwickelt. Für den Heiligen Stuhl – so die Instruktion – sei es schlicht unmöglich, die Schuld am Krieg einfach einer der kriegführenden Parteien allein anzulasten. Vielmehr

sei das Gemetzel letztlich von der «internationalen Freimaurerei» mit dem Ziel angezettelt worden, die Kirche Gottes und die letzte katholische Dynastie, das Haus Habsburg, zu vernichten. Unschwer sind hier die klassischen Feindbilder und Denkstrukturen des «Ultramontanismus» wiederzuerkennen, der in der Instruktion wörtlich mit dem einzig «wahren Katholizismus» identifiziert wurde. Katholisch sein hieß römisch sein – also dem Heiligen Stuhl treu ergeben. «Wahre» Katholiken wußten, woran sie sich in den Brandungen der Moderne zu halten hatten: an den in der Ewigkeit fest gegründeten Petrusfelsen. «Liberale» Katholiken galten immer noch als «laue» oder «halbe» Katholiken, die sich nicht zwischen Gut und Böse entscheiden konnten.

Gegen den Standpunkt der Un- und Überparteilichkeit des Apostolischen Stuhles werde – wie Gasparri seinen Nuntius wissen ließ – von verschiedenen Seiten eingewandt, der Papst müsse die Verletzung des Völkerrechts durch den Überfall Deutschlands auf Belgien und Luxemburg sowie die dort von deutschen Soldaten verübten Kriegsverbrechen scharf verurteilen. Gegen diese Einwände könne man aber mit dem deutschen Kanzler erwidern, es habe sich dabei um einen Verteidigungsakt gehandelt, da Frankreich unmittelbar vor einem Einmarsch nach Deutschland gestanden habe. In Belgien seien überdies Dokumente aufgetaucht, die die Behauptung der belgischen Neutralität widerlegten. Zudem hätten auch Belgier an Deutschen Verbrechen verübt. Insgesamt könne man sich aber angesichts der äußerst verworrenen Lage kaum ein klares Bild darüber machen, was an diesen Meldungen lediglich Kriegspropaganda sei und was tatsächlich der Wahrheit entspreche. Ein sicheres und unparteiliches Urteil in der Kriegsschuldfrage hielt Gasparri deshalb für ausgeschlossen. «Die Anklagen gegen die Kirche wegen ihrer strikten Neutralität und absoluten Unparteilichkeit seit Beginn des Konflikts allen kriegführenden Staaten gegenüber sind bekannt. Die kirchenfeindliche Presse hätte es gern gesehen, daß der Heilige Stuhl die Exkommunikation und den Kirchenbann über die Mittelmächte verhängt» sowie feierlich «die Verletzung des Völkerrechts und die von deutschen und österreich-ungarischen Truppen verübten Greueltaten» verurteilt hätte. Der Heilige Stuhl habe sich aber – so wird dem neuen Nuntius in München eingeschärft – von dieser «antiklerikalen Kampagne» nicht berühren lassen, sondern «blieb seinem Programm der absoluten Unparteilichkeit treu» und «richtete all seine Kräfte auf die

Rückkehr des Friedens». Folgerichtig erhielt der Nuntius die Weisung, diesen Kurs der strikten Neutralität in gar keinem Fall zu verlassen.



Im Staatssekretariat: Pacelli mit seinem Mentor Pietro Kardinal Gasparri und dem Untersekretär und späteren Kardinal Giuseppe Pizzardo.

Einem anderen schwerwiegenden Problem, das mit der Frage nach Einmischung oder Neutralität des Heiligen Stuhles im Krieg in engstem Zusammenhang stand und durch den Kriegseintritt Italiens virulent geworden war, widmete die Instruktion ebenfalls mehrere Seiten. Es ging um «die Gefährdung der Immunität der beim Papst akkreditierten Botschafter der Mittelmächte» und die Freiheit der Korrespondenz der Kurie mit den Bischöfen in Deutschland wie der Habsburgermonarchie. Als Nuntius im Land eines Kriegsgegners Italiens mußte Pacelli diesen Punkt unbedingt berücksichtigen. Diese Schwierigkeiten gingen letztlich auf die Besetzung des Kirchenstaates und Roms durch italienische Truppen im Zuge des *Risorgimento* im Jahr 1870 und die dadurch entstandene «Römische Frage» zurück. Der Papst war zum «Gefangenen des Vatikan» geworden, ein Zugang zu ihm war seither nur noch über italienisches Territorium möglich. Trotz des von der italienischen Regierung 1871 erlassenen Garantiegesetzes, das die

Freiheit und Souveränität des Papstes zusagte, traute man an der Kurie dem Frieden offenbar nicht. Vielmehr befürchtete Gasparri, wie er in die Generalanweisung hineinschreiben ließ, Italien werde die Gelegenheit des Weltkriegs nutzen, das Recht des Heiligen Stuhles, eigene Botschafter zu akkreditieren, grundsätzlich zu bestreiten, weil der Vatikan kein eigenes Territorium beziehungsweise Staatsgebiet besitze. Dazu würde man möglicherweise zunächst die Diplomaten der «feindlichen» Mittelmächte, die ihre Dienstsitze nicht im Vatikanpalast, sondern im Königreich Italien hatten, ausweisen. Der Papst könne diesen aber «seine Gastfreundschaft nicht anbieten», einerseits weil in den Apostolischen Palästen nicht ausreichend «Apartments» zur Verfügung stünden, andererseits, um nicht in den Verdacht zu geraten, «unter der Beeinflussung seiner Gäste zu stehen» und damit zu den Parteigängern der Mittelmächte gerechnet zu werden.

Der Nuntius in München sollte in Deutschland um Verständnis für die schwierige Lage des Vatikans werben und sich unter allen Umständen für eine Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen einsetzen: «Um mit Berlin direkte Beziehungen wie mit Wien und München zu erhalten, wäre der Heilige Stuhl sogar bereit, einen seiner Geschäftsträger beim Hof in Berlin zu akkreditieren.» Einen ungewöhnlichen Lösungsvorschlag der Römischen Frage, den der deutsche Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger (1875–1921) der Römischen Kurie unterbreitet hatte, sprach die Instruktion jedoch nicht an. Erzberger hatte angeregt, der italienischen Umklammerung des Papstes dadurch zu entgehen, daß der Heilige Stuhl aus Rom weg verlegt werden sollte. Als neue Sitze des Papsttums schlug er neben dem Fürstentum Liechtenstein auch die Mittelmeerinseln Mallorca und Menorca vor. Auch über Elba wurde kurzzeitig nachgedacht, was aber als Verbannungsort Napoleon Bonapartes für den Papst natürlich nicht in Frage kam. Letztlich scheiterten all diese Überlegungen, obwohl zum Beispiel die Vertragsverhandlungen mit dem Fürsten von Liechtenstein schon sehr weit gediehen waren und bereits ein entsprechender Staatsvertrag vorbereitet worden war. Als Entschädigung für den Verzicht auf seine Souveränität zugunsten des Heiligen Vaters hätten der Fürst und seine Nachfolger einen vererbbaren Kardinalshut erhalten.

Im Sommer 1917, bei Dienstantritt Pacellis in München, waren die politischen Analysen der im November 1916 ursprünglich für Aversa verfaßten Generalinstruktion bereits überholt, denn auf dem internationalen

politischen Parkett hatten sich tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Die Friedenssignale der Mittelmächte, die deutsche Bitte um eine Vermittlungstätigkeit des Heiligen Stuhles, der Sturz des russischen Zaren, aber auch das Scheitern der amerikanischen Friedensinitiative, verbunden mit dem wenig später erfolgenden Kriegseintritt der USA, ließen eine päpstliche Friedensvermittlung so notwendig und aussichtsreich wie nie zuvor erscheinen. Kardinalstaatssekretär Gasparri schwenkte deshalb auf die Linie Benedikts XV. ein und wies Pacelli im Juni 1917 an, bei der deutschen Regierung die Möglichkeiten für einen Frieden zu sondieren. Vom 26. bis 28. Juni verhandelte Pacelli in Berlin mit Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg (1856–1921), am 29. Juni wurde er von Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) in dessen Hauptquartier in Bad Kreuznach empfangen. Die grundsätzliche Konzessionsbereitschaft von Kanzler und Kaiser veranlaßte den Nuntius zu der euphorischen Äußerung, nun stehe zum ersten Mal die Möglichkeit eines realen Friedens vor der Tür. An Gasparri schrieb er, Wilhelm II. selbst «scheint nicht an der Wirksamkeit einer derartigen päpstlichen Initiative zu zweifeln».[9] Über die weiteren Verhandlungen zwischen Nuntius und Kaiser liegen von beiden Seiten nicht leicht harmonisierbare Darstellungen vor. Als gesichert darf immerhin gelten, daß Pacelli zufrieden nach München zurückkehrte und erwartete, daß ein Waffenstillstand verbunden mit einem deutschen Verzicht auf Belgien unmittelbar bevorstünde, während der Kaiser im Gegenzug das päpstliche Friedensengagement als Waffe gegen den Sozialismus begrüßte.

Inzwischen hatte in Deutschland jedoch Georg Michaelis (1857–1936) das Amt des Reichskanzlers angetreten. Pacelli und die Römische Kurie glaubten blauäugig, die Zusagen, die Michaelis’ gestürzter Vorgänger ohne Rückversicherung bei Kaiser und Oberster Heeresleitung gemacht hatte, würden auch weiterhin die Maximen der deutschen Politik bestimmen. Am 24. Juli unterbreitete Pacelli auf seiner zweiten Berlinreise in einem Promemoria sieben konkrete Friedensbedingungen, zu denen Berlin mündliche Einwendungen vorbrachte, die die Römische Kurie – mit Ausnahme des entscheidenden Punktes der geforderten Garantien für den deutschen Rückzug aus Belgien – auch aufgriff. Zurückdatiert auf den 1. August trat der Papst mit seinem Friedensappell an die kriegführenden Mächte an die Öffentlichkeit. Inhaltlich waren die Forderungen nach der Freiheit der Meere, wechselseitiger Abrüstung, Deutschlands Rückzug aus

Frankreich, Englands Rückzug aus den deutschen Kolonien, vor allem aber die vollständige Unabhängigkeit Belgiens die wesentlichen päpstlichen Friedensvorschläge. Hier glaubte man sich in Rom mit der deutschen Seite einig; auf diese deutschen Vorleistungen hin – so hoffte man – werde auch die Entente sich bewegen und ein entscheidender Verhandlungsdurchbruch erreicht werden können.

Doch im Gegensatz zu diesen römischen Erwartungen konnte sich nicht einmal die deutsche Regierung zu konkreten Zusagen – vor allem nicht zum Verzicht auf das von den Militärs als «Faustpfand» betrachtete Belgien – durchringen und gab daher nur ausweichende Antworten. Von den übrigen kriegführenden Mächten wurde das päpstliche Vermittlungsangebot sogar eindeutig abgelehnt. Nach diesem diplomatischen Fehlschlag unternahm der Papst im weiteren Verlauf des Ersten Weltkriegs keine Vermittlungsversuche mehr. Pacelli scheint von diesem Fehlschlag sogar derartig traumatisiert gewesen zu sein, daß er weitergehenden Bemühungen äußerst skeptisch gegenüberstand. Seine erste große diplomatische Aufgabe hatte sich als Schlag ins Wasser erwiesen. Das Credo seines Mentors Gasparri von der absoluten Neutralität des Heiligen Stuhles in politischen und militärischen Konflikten hatte sich in seiner persönlichen Erfahrung als richtig erwiesen. Eine Einmischung in politische und militärische Konflikte sollte für Pacelli seither nicht mehr in Frage kommen.

Papstknechte oder Staatsknechte: Die deutschen Oberhirten

Neben heiklen politischen Fragen wie der päpstlichen Friedensinitiative zur Beilegung des Ersten Weltkriegs kümmerte sich Pacelli von Anfang an voller Energie um innerkirchliche Themen. Dabei stand vor allem die Rekrutierung des kirchlichen Führungspersonals im Mittelpunkt seines Interesses. Denn wer die Bischöfe in Deutschland einsetzte und die Ausbildung des klerikalen Nachwuchses kontrollierte, hatte die entscheidenden Schlüsselpositionen in der Hand. Deshalb war es das vorrangige Ziel Pacellis, jeden Einfluß des Staates und der Ortskirchen in diesen Bereichen auszuschalten. Rom allein sollte hier das Sagen haben. Als Pacelli 1917 seinen Dienst in München antrat, war die Rolle des Papstes bei der Besetzung der Bischofsstühle in Deutschland jedoch marginal. Das Ende des Ersten Weltkriegs und das damit verbundene

Ende des Kaiserreichs gaben der Kurie die Möglichkeit, ihre Ansprüche neu zu formulieren und ein System in Frage zu stellen, das sich historisch herausgebildet hatte.

Bis zum Untergang der fast tausend Jahre alten Reichskirche in der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts lag das Bischofswahlrecht in Deutschland ausschließlich bei den zumeist adelig besetzten Domkapiteln, die sich auch als Anwälte der Kirche vor Ort verstanden. In dieser Zeit waren die Domherren nicht selten massiven Bestechungsversuchen von seiten der hochadeligen Dynastien wie der Wittelsbacher aus Bayern oder der Habsburger aus Österreich ausgesetzt, die einen ihrer nachgeborenen Prinzen zum Fürstbischof befördert sehen wollten. Dem Papst gelang es trotz vielfältiger Versuche indes nicht, das freie Wahlrecht der Domkapitel zu beschneiden. Wenn sich die Kapitel und der Kaiser – als Schutzherr der deutschen Kirchenfreiheit – einig waren, blieb Rom nichts anderes übrig, als den vom Domkapitel gewählten Fürstbischof notgedrungen zu bestätigen. Das war meist nichts anderes als ein rein formaler Akt.

Nach dem Zusammenbruch der Reichskirche und dem damit verbundenen Ende der Doppelstellung der Fürstbischöfe in Deutschland als weltliche Herrscher über ein Territorium sowie geistliche Oberhirten einer Diözese gelang es den Staaten, einen entscheidenden Einfluß auf die Bischofswahlen zu erlangen und in Vereinbarungen mit dem Heiligen Stuhl festschreiben zu lassen. In Bayern durfte der katholische König die Bischöfe sogar nominieren, die der Papst dann nur noch zu bestätigen hatte. In den übrigen, meist unter protestantischer Herrschaft stehenden Gebieten blieb das Wahlrecht der Domkapitel nur deshalb erhalten, weil Rom nicht bereit war, evangelischen Souveränen das Ernennungsrecht für katholische Bischöfe einzuräumen. Allerdings gestand der Papst sowohl Preußen als auch den oberrheinischen Mittelstaaten Baden, Württemberg und Hessen zu, daß die Domkapitel keinen Kandidaten zum Bischof wählen würden, der dem Staat «minder genehm» war. Diese Bestimmung lief auf eine staatliche Exklusive hinaus. Der evangelische König beziehungsweise Herzog konnte jeden katholischen Bischofskandidaten, der ihm nicht paßte, von der Wahlliste des Domkapitels streichen lassen. Faktisch konnte deshalb niemand in Deutschland ohne Zustimmung des Staates – sei er katholisch oder evangelisch regiert – einen katholischen Bischofsstuhl besteigen.

Das neue zentralistische Kirchenrecht von 1917 schrieb dagegen als gesamtkirchliche Regelung lapidar vor: «Der Papst ernennt die Bischöfe frei.»[10] Diesen absolutistischen Anspruch Roms konnte Pacelli in Deutschland allerdings in keinem einzigen Fall in Reinform durchsetzen. Ursprünglich war eine Mehrheit der Länder zu neuen Konkordatsverhandlungen mit Rom auch überhaupt nicht bereit gewesen, weil sie von einer Fortgeltung der zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschlossenen Vereinbarungen ausging. Eine Änderung der Staatsform von der Monarchie zur Republik bedeutete für sie nicht automatisch die Änderung der Substanz beziehungsweise des Rechtscharakters des Staates als solchem. Rom hingegen betrachtete die Staatskirchenverträge vom Beginn des 19. Jahrhunderts als zwischen dem Papst in Rom und dem jeweiligen Souverän von Gottes Gnaden geschlossen. Durch den Sturz der Monarchen in Deutschland war nach Meinung der Kurie einer der Vertragspartner entfallen und damit auch das Übereinkommen als solches nichtig. Dieser Position, auf der Pacelli als Nuntius nachdrücklich bestand und deretwegen er bei jeder anstehenden Bischofsstuhlbesetzung nach altem Recht den Domkapiteln und Regierungen größte Schwierigkeiten bereitete, mußten sich die deutschen Länder trotz zum Teil heftigen Widerstandes nach und nach anschließen. Dies stellte zweifellos einen der größten kirchenpolitischen Erfolge während seiner diplomatischen Mission in Deutschland dar.



Die Kirchenprovinzen und Bistümer im Deutschen Reich, für die die Nuntien in Berlin und München zuständig waren, nach Abschluß des Preußenkonkordats 1929. Im Deutschen Reich gab es 1930 sechs Erzbistümer: Köln (mit den Bistümern Münster, Osnabrück, Aachen, Trier, Limburg), Freiburg (Rottenburg, Mainz), Bamberg (Eichstätt, Würzburg, Speyer), München (Augsburg, Regensburg, Passau), Paderborn (Hildesheim, Fulda) und Breslau (Berlin, Ermland, Freie Prälatur Schneidemühl). Das Bistum Dresden-Meißen mit Sitz in Bautzen war dem Heiligen Stuhl unmittelbar unterstellt.

In fast allen deutschen Staaten kam es nämlich zu Sondierungen über die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen. Schließlich konnte Pacelli immerhin drei neue Konkordate abschließen: 1924 mit Bayern, 1929 mit Preußen und 1932 mit Baden. Für die noch fehlenden Länder wurden später dem Reichskonkordat von 1933 analoge Lösungen gefunden. Tatsächlich sind all diese Regelungen, die dem römischen Zentralismus mehr oder weniger entgegenkamen, bis heute in der Bundesrepublik Deutschland geltendes Recht. Pacellis Herzenswunsch, der Abschluß eines Reichskonkordats, sollte indes während seiner Nuntiaturzeit aufgrund der politischen Konstellationen

im Reichstag nicht in Erfüllung gehen. Liberale und protestantische Kräfte, aber auch Teile der SPD lehnten einen solchen Vertrag kategorisch ab.

Wie sehr die Besetzung der Bischofsstühle ein Herzensanliegen Pacellis war, machen die Akten seiner Nuntiaturzeit in Deutschland eindrücklich deutlich. Er war mit den alten, vor seinem Amtsantritt als Nuntius in München 1917 und vor dem gleichzeitigen Inkrafttreten des *Codex Iuris Canonici* ins Amt gekommenen deutschen Bischöfen zumeist recht unzufrieden. Für ihn waren sie nichts anderes als Staatsbischöfe, weil sie mit Unterstützung der Regierungen ins Amt gelangt und diesen deshalb zu Dankbarkeit verpflichtet seien. Er unterstellte ihnen eine latente Tendenz, die Interessen Deutschlands und ihrer jeweiligen Ortskirche über die Interessen des Papstes beziehungsweise der Gesamtkirche zu stellen.

In seinem Schlußbericht von 1929 charakterisierte Pacelli die fünfzehn Diözesanbischöfe der nichtbayerischen deutschen Diözesen, für die er als Nuntius in Berlin zuständig war. Auffällig ist der überwiegend kritische Blick auf den deutschen Episkopat. Die klaren Urteile Pacellis, denen er jeweils ein Kurzbiogramm des Betreffenden voranstellte, bezogen sich stets auf drei Themenfelder: Ausbildung und Reinheit der Lehre, Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhl und seinem Vertreter vor Ort und schließlich Charakter, Lebensführung und Umgangsformen. Da nicht wenige dieser Bischöfe auch während Pacellis Zeit als Kardinalstaatssekretär und Papst im Amt bleiben sollten, kommt dem Verhältnis des Nuntius zu ihnen zentrale Bedeutung zu: Auf wen würde er sich während der Herrschaft Adolf Hitlers stützen können und auf wen nicht? Welchem Bischof vertraute er und gegen welchen hegte er Mißtrauen? Wer war für ihn theologisch und kirchenpolitisch zuverlässig und wer nicht? Oder schlicht: Mit wem «konnte» Pacelli und mit wem nicht? Gleichzeitig läßt sich aus der Charakterisierung der einzelnen Bischöfe implizit das Bischofsideal Pacellis ableiten, das er als Beurteilungsmaßstab seinen Ausführungen zugrunde legte.

Von besonderer Bedeutung ist das Bild, das Pacelli von Adolf Kardinal Bertram, dem Fürstbischof von Breslau und Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz zeichnete.[11] 1906 zum Bischof von Hildesheim gewählt, war er 1914 vom Breslauer Domkapitel mit überwältigender Mehrheit zum Fürstbischof gewählt worden. Allerdings hatte die preußische Regierung alle übrigen vom Domkapitel vorgeschlagenen Kandidaten vorher als «minder genehm» von der Liste gestrichen, so daß Bertram als einziger Kandidat

übriggeblieben war und eine Wahl im eigentlichen Sinn nicht hatte stattfinden können. Diesen Akt betrachtete Pacelli schlicht als ungültig, denn die Wahl sei aufgrund einer massiven «Einmischung der Regierung» erfolgt, die «den Wählern jegliche Freiheit nahm», und habe «deshalb vom Heiligen Stuhl nachträglich saniert werden» müssen. Für Pacelli war Bertram der Prototyp des preußischen Staatsbischofs alter Ordnung, der ihm zutiefst zuwider war, was sich in dem Bild, das er vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz zeichnete, klar niederschlug. Der Kardinal sei «von nicht leichtem Charakter, autoritär und empfindlich. In der Verteidigung des Glaubens gegen die modernen Irrlehren hat er sich nicht selten, vielleicht infolge von Unzulänglichkeiten in seiner theologischen Ausbildung, seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.» Pacelli wurde noch deutlicher: «Ernsthafte und wirksame Reformen in der Unterweisung und Ausbildung des Klerus, die in Breslau wegen der theologischen Fakultät notwendig wären, können schwerlich von ihm erwartet werden. Für die Katholische Aktion zeigt Seine Eminenz … äußerlich Interesse und Eifer. Er … hat aber tatsächlich … alle Versuche und Initiativen – sit venia verbo – ‹sabotiert›, eine Organisation oder einen Zentralausschuß zu bilden, so wie er in Italien existiert.» Doch damit nicht genug: «Seine Eminenz Bertram hat übrigens eine hervorstechende Neigung, alles selbst zu tun und dabei, soweit er kann, sogar den Heiligen Stuhl gern außen vor zu lassen (außer in dem Fall, in dem er ihn braucht, um seine eigene Verantwortung zu überdecken).» Besonders verärgert zeigte sich Pacelli über Bertrams Position im Hinblick auf die Verhältnisbestimmung der deutschen Diözesen zur römischen Zentrale. Hier übertrug Bertram das in der katholischen Soziallehre propagierte Subsidiaritätsprinzip auf die Verhältnisse in der Kirche selbst. Der Kardinal war überzeugt, vor Ort in den einzelnen Diözesen sei mehr Sachkompetenz zur Lösung praktischer Fragen vorhanden als im fernen Rom. Der Nuntius war hier gegenteiliger Meinung: Im Vatikan wußte man alles besser als in Breslau.

Die Ursachen für Bertrams Unzuverlässigkeit sah Pacelli schlicht und ergreifend in dessen Ausbildung – er hatte nämlich nicht nur an der Gregoriana oder einer anderen Jesuitenhochschule studiert, sondern insbesondere an deutschen Staatsuniversitäten die falsche moderne, vom Protestantismus infiltrierte Theologie aufgesogen. Deshalb zeigte er sich für den Modernismus, der an seiner Breslauer Fakultät insbesondere mit dem

Namen des zunächst suspendierten, dann exkommunizierten Kirchenhistorikers Joseph Wittig (1879–1949) verbunden war, besonders anfällig. Statt entschieden gegen diese bösartige, die Kirchen von innen zersetzende Strömung vorzugehen, hatte der Kardinal sie nach Ansicht Pacellis zu lange gewähren lassen. Von einem maßgeblich in Deutschland ausgebildeten Staatstheologen war ja auch nichts anderes zu erwarten gewesen! Außerdem lehnte Bertram innerlich das Lieblingsprojekt Pius' XI., die Katholische Aktion, ab, obwohl er äußerlich Zustimmung heuchelte, und gab dem «schlimmen», weil von der Hierarchie zu unabhängigen deutschen Vereins- und Laienkatholizismus in diesem Kontext nur einen neuen Namen, ohne in der Substanz etwas zu verändern. Insgesamt agierte er aus der Sicht des Nuntius, der immerhin nur ein Titularerzbischof war und über einen in der Hierarchie der römischen Kirche über ihn stehenden Kardinal urteilte, zu selbständig. Und vor allem: Er trat dem Heiligen Stuhl und dessen Vertreter vor Ort, also ihm selbst, gegenüber zu selbstbewußt auf. Mit einem Wort: Er ließ es an der nötigen Ehrfurcht fehlen, weil er ein Bischof von Preußens Gnaden war. Mit solchen josephinisch-episkopalistischen Gestalten auf deutschen Bischofsstühlen sollte künftig Schluß sein, das hatte sich Pacelli vorgenommen. Angesichts dieser negativen Charakterisierung Bertrams von 1929 verwundert es nicht, daß Pacelli als Kardinalstaatssekretär und später als Papst zum Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz auch während der nationalsozialistischen Herrschaft und während des Zweiten Weltkriegs nie einen wirklichen «Draht» besaß und versuchte, einen anderen Vertrauensmann an Stelle des Breslauer Kardinals in der Deutschen Bischofskonferenz zu installieren. Bertrams im letzten erfolglose Eingaben bei Hitler zur Abstellung von Mißständen und zur Wahrung der Freiheit der katholischen Kirche atmeten in der Tat den Geist der Kabinettspolitik des 19. Jahrhunderts. Bertrams grundsätzliche Staatsloyalität, die sich unter anderem in den alljährlichen Gratulationsschreiben zum Geburtstag Adolf Hitlers sowie im Mai 1945 in der Anordnung eines Requiems für den Führer nach dessen Selbstmord im Führerbunker zeigen sollten, wurde in Rom als typisches Verhalten eines preußischen Staatsbischofs betrachtet.



Fürstbischof von Breslau und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz: Adolf Kardinal Bertram, für Pacelli ein «preußischer Staatsbischof», mit einer Ehrenkompanie der Reichswehr vor dem Dom zu Breslau im Jahr 1935.

Vor der negativen Folie Bertrams erschien der Mainzer Bischof Ludwig Maria Hugo (1871–1935), der von 1921 bis 1935 amtierte, als wahre Lichtgestalt des deutschen Episkopats.[12] Er kam als «ehemaliger Alumne des Collegium Gemanicum et Hungaricum» dem Idealbild Pacellis von einem guten Bischof schon sehr nahe. Bereits zu Beginn seiner Charakterisierung nannte der Nuntius das für ihn entscheidende Kriterium: «Er hat eine gute philosophische und theologische Bildung, ist dem Heiligen Stuhl besonders treu ergeben und äußerst rechtgläubig in der Lehre. … Er widmet sich mit großer Sorgfalt seinem Seminar, das, weil es rein bischöflich ist, von jeglichem staatlichen Einfluß frei ist.» Außerdem sei er «besorgt über die unzureichende Bildung» der Alumnen, «vor allem in der lateinischen Sprache». Da einige Tendenzen der Jugendbewegung einen schlechten Einfluß auf die künftigen Seminaristen hätten, weil sie dem bösen Zeitgeist Tür und Tor öffneten, habe der Mainzer Bischof keine Priesteramtskandidaten zugelassen, «die der Gruppe ‹Quickborn› angehören».

Für Pacelli war Ludwig Hugo vor allem deshalb ein guter Bischof, weil er am richtigen Ort (nämlich in Rom) die richtige Theologie (nämlich bei den

Jesuiten) studiert hatte. Aus diesem Grund war er für die falschen Lehren der Moderne nicht anfällig und in allen Fragen ausgesprochen romtreu. Diese Ausrichtung konnte er in Mainz besonders gut umsetzen, weil es hier keine staatliche Katholisch-Theologische Fakultät an einer Universität gab, an der die angehenden Priester studieren mußten. Vielmehr existierte hier ein Tridentinisches Priesterseminar unter ausschließlich bischöflicher Aufsicht, in dem Kandidaten des geistlichen Standes ohne Staatseinfluß ganz neuscholastisch ausgebildet werden konnten. Daß der Mainzer Bischof auf Latein Wert legte und die gefährliche Jugendbewegung ablehnte, machte ihn Pacelli überdies äußerst sympathisch, denn auch dieser stand der Jugendbewegung mit ihrer Betonung des Erlebnischarakters des Glaubens und ihrer Erfahrungshermeneutik im Bereich der Frömmigkeit äußerst skeptisch gegenüber.

Ein weiterer Bischof, der während der Nuntiatur Pacellis sein Amt antrat, war Johannes Baptista Sproll (1870–1949). Er hatte den Berliner Nuntius 1927 bei seiner Bestellung zum Bischof von Rottenburg in nicht geringe Schwierigkeiten gebracht. Einerseits waren nämlich die Konkordatsverhandlungen mit Württemberg am Widerstand von Regierung und Domkapitel gescheitert, das freie Bischofswahlrecht zu opfern. Andererseits waren, nachdem Rom und Stuttgart sich nach langem Hin und Her auf Weihbischof Sproll als vom Domkapitel zu wählenden Kandidaten geeinigt hatten, plötzlich Gerüchte persönlichen Fehlverhaltens über Sproll während seiner Zeit als Pfarrer in Oberschwaben aufgetaucht. Diese konnten zwar entkräftet werden – die Urheber der üblen Nachrede mußten vor Gericht ihre Anschuldigungen zurücknehmen – und Pacelli konnte dem erwählten Bischof die römische Ernennungsurkunde aushändigen, die Frage war aber, ob beim Nuntius ein Mißtrauen Sproll gegenüber zurückgeblieben war oder nicht. Daher ist die Charakterisierung dieses Sorgenkindes im Schlußbericht des Jahres 1929 von besonderem Interesse.[13] «Er ist ein einfacher und bescheidener Prälat, vom Volk geliebt, während das alte Herrschaftshaus von Württemberg und der Adel ihm gegenüber eine gewisse Kühle zeigen, da ihm die Vornehmheit der Umgangsformen und das feine Taktgefühl seines Vorgängers abgehen. Er ist ohne Angst und ohne Menschenfurcht, wie auch seine standhafte Haltung gegen die weiblichen gymnastischen Darbietungen bewies. … Er zeigt sich ehrerbietig gegenüber der Apostolischen Nuntiatur, deren Anweisungen er getreu ausführt. Erzogen

durch die Tübinger Schule, kann er natürlich nicht für die Richtlinien und die Reformen bezüglich der Ausbildung des Klerus jenes Verständnis aufbringen, das man bei den Prälaten antrifft, die zum Beispiel in Rom am Collegium Gemanicum et Hungaricum ausgebildet wurden.»



Nuntius Pacelli im Ornat bei einer Prozession in Rottenburg.

Auch wenn offenkundig die Sympathien des Aristokraten Pacelli eher Sprolls Vorgänger Paul Wilhelm von Keppler (1852–1926) galten, der sich auf dem adeligen Parkett gekonnt zu bewegen verstanden hatte, und der «Prelato semplice» Sproll für den Nuntius doch eher ein schwäbischer Bauer ohne Umgangsformen war, konnte er gegen dessen Amtsführung nur wenig einwenden. Das ist eigentlich überraschend, hatte Sproll doch ausschließlich in dem «schlimmen» Tübingen studiert, der aus römischer Sicht unkirchlichsten aller Katholisch-Theologischen Fakultäten. Aber Sproll führte die Anweisungen Pacellis brav aus – ein entscheidendes Kriterium für einen guten Bischof! Zudem hatte er sich sogar einem Herzensanliegen des Nuntius verschrieben, dem Kampf gegen den Frauensport mit seiner unsittlichen Sportkleidung, die die weiblichen Formen zu sehr betonte.

An der sittlichen Lebensführung konnte der Nuntius bei keinem einzigen der deutschen Diözesanbischöfe nennenswerte Kritik üben. Als positive Charaktereigenschaften nannte er bei manchen Oberhirten Frömmigkeit und priesterliche Lebensführung, Eifer und Gewissenhaftigkeit sowie Ordnungsliebe. Für den Römer Pacelli war der Freiburger Erzbischof Carl Fritz (1864–1931), dessen Erzbischöfliches Archiv «in der Tat ein Vorbild an Genauigkeit und Ordnung» sei, jedoch – typisch deutsch – zu «übertrieben bürokratisch».[14] Wichtig waren ihm indes auch Intelligenz, gute Umgangsformen und gesellschaftliche Gewandtheit.

Besonders ins Auge fällt Pacellis Gewichtung des Faktors «Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhl», die seiner Meinung nach offenbar automatisch aus einem Studium an der Gregoriana in Rom oder zumindest einer anderen jesuitischen Hochschule resultierte. Die doktrinelle Zuverlässigkeit und die widerspruchslose Ausführung römischer Weisungen ließen sich demnach ebenfalls auf den einzigen Ort, wo man «richtige» katholische Theologie studieren konnte, zurückführen. Im Gegenzug war Pacelli ein Studium an einer staatlichen Katholisch-Theologischen Fakultät in Deutschland von vornherein suspekt, obwohl dieses für einen Großteil der deutschen Bischöfe und Priester die Regel war. Auch nach einem Dutzend Jahren in Deutschland blieb dem Nuntius und späteren Papst somit ein Grundcharakteristikum deutscher katholischer Theologie, die in der *universitas litterarum,* im Dialog mit allen anderen Wissenschaften betrieben wurde, innerlich fremd. Pacelli mußte jedoch trotz seiner prinzipiellen Skepsis einräumen, daß das deutsche Universitätsstudium vielen späteren deutschen Oberhirten überraschenderweise nicht bleibend geschadet hatte. Nicht wenige seien trotzdem «gute», sprich rom- und nuntientreue Bischöfe geworden.

Weiter fällt auf: Ausgerechnet die dienstältesten Bischöfe, die noch vor dem Ersten Weltkrieg und unter starker Mitwirkung der preußischen Regierung, jedenfalls aber vor den Nuntiaturjahren Pacellis, in ihr Amt gekommen waren, wie vor allem Kardinal Bertram, erfuhren die heftigste Kritik. Das bestätigt erneut, daß die sukzessive Auswechslung des deutschen Episkopats durch ein verstärktes römisches Mitspracherecht bei Wahl und Ernennung zu den wichtigsten Anliegen Pacellis zählte. Darüber hinaus ergibt sich als wichtiger Grundzug der römischen Bischofsernennungspolitik für die Zeit des Pontifikats Pius' XI. eine klare Bevorzugung von Kandidaten, die an Jesuitenhochschulen oder Jesuitenfakultäten ihre Ausbildung erhalten hatten.

Ein anderer wichtiger Punkt, der sich aus Pacellis Charakterisierung der Bischöfe ergibt, ist das eher distanzierte Verhältnis zu den meisten nichtbayerischen Bischöfen. Nach der Abfassung der Schlußrelation starb binnen weniger Jahre fast die Hälfte der deutschen Bischöfe, so daß die wesentlichen Verbindungen Pacellis seither eher zu jenen Bischöfen bestanden, die nach 1929 unter seinem maßgeblichen Einfluß als Staatssekretär ernannt worden waren. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der spätere Gegenspieler Bertrams in der Fuldaer Bischofskonferenz während des Zweiten Weltkriegs, der Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing (1880–1950), der zum wichtigsten Vertrauensmann Pius' XII. im deutschen Episkopat werden sollte.

Vertrauensmann Pacellis: Die Karriere Bischof Preysings

Eine erste Gelegenheit, Preysing überhaupt im deutschen Episkopat zu plazieren, bot sich für Pacelli nach der Vakanz des Eichstätter Bischofsstuhls im Juni 1932, als für Bayern zum ersten Mal der neue Modus der päpstlichen Ernennung nach dem Konkordat von 1924 zum Einsatz kam. Pacelli hatte den Grafen Preysing während seiner Zeit als Nuntius in München kennen und schätzen gelernt. Der Jurist hatte sich als «Spätberufener» zu einem Studium der Theologie bei den Jesuiten in Innsbruck entschlossen und entsprach damit hinsichtlich des Ausbildungsortes und der dort erlernten «richtigen» Theologie Pacellis Vorstellungen von einem idealen Bischof. Als Sekretär des Münchener Erzbischofs Franz von Bettinger (1815–1917) konnte er seit 1912 Erfahrungen in der Diözesanverwaltung sammeln. Preysing, 1921 bereits zum Domprediger in München berufen, wurde 1928 zum Mitglied des dortigen Domkapitels ernannt. In jenen Jahren hatte ihn Pacelli mehrfach für juristische und diplomatische Arbeiten in der Nuntiatur herangezogen. Die beabsichtigte Berufung Preysings auf den Bischofsstuhl des heiligen Willibald stieß allerdings weder bei der Ortskirche noch bei der bayerischen Regierung auf besondere Gegenliebe. Pacelli setzte sich über diese Einsprüche jedoch rücksichtslos hinweg, um seine Personalpolitik durchzusetzen.

Das zuständige Eichstätter Domkapitel stellte in seiner Sitzung vom 26. Juni eine alphabetisch geordnete Liste mit vier aus seiner Sicht geeigneten Bischofskandidaten auf: den Domherren Ludwig Bruggaier (1882–1970), Karl

Kiefer (1866–1940), Matthias Lederer (1875–1935) sowie den Regens des Priesterseminars und Rektor der bischöflichen Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Michael Rackl (1883–1948). Von Rom aus sollte jedoch Pacelli als Kardinalstaatssekretär die Fäden ziehen. Die Besetzung der deutschen Bischofsstühle machte er zur Chefsache. Am 27. Juli teilte er seinem Nachfolger in München, Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa (1865–1959), mit, bei den nach den Bestimmungen des Bayerischen Konkordats in Rom eingegangenen Listen konzentriere sich die Aufmerksamkeit des Heiligen Stuhles vor allem auf drei von der bayerischen Bischofskonferenz beziehungsweise den Domkapiteln vorgeschlagene Kandidaten: erstens auf Konrad Graf von Preysing, zweitens auf den vom Eichstätter Kapitel nominierten Ludwig Bruggaier und drittens den Regensburger Generalvikar Johann Baptist Höcht (1870–1950). Vom Eichstätter Vorschlag fand somit immerhin ein Kandidat Berücksichtigung.[15]



Konrad Graf von Preysing, Vertrauter Pacellis und Gegenspieler Kardinal Bertrams in der Fuldaer Bischofskonferenz.

Die Plazierung des Grafen auf dem ersten Platz stützte sich freilich nicht auf ein hervorragendes Abschneiden auf den bayerischen Triennallisten, den Vorschlägen mit geeigneten Bischofskandidaten, die alle bayerischen

Domkapitel und die bayerische Bischofskonferenz alle drei Jahre nach Rom schicken mußten. Das Gegenteil war der Fall: Preysing hatte zwar auf den Listen des Jahres 1926 gestanden – allerdings mit einem desaströsen Ergebnis. Sein eigenes Metropolitankapitel von München und Freising hatte ihn zwar als möglichen Kandidaten zur Abstimmung gestellt, er erhielt von zehn jedoch nur drei Stimmen – man hielt ihn offenbar nicht für besonders episkopabel.[16] Das gleiche Ergebnis erzielte Preysing bei der Aufstellung der Speyerer Liste.[17] Lediglich bei der bayerischen Bischofskonferenz erhielt er eine Mehrheit mit fünf von sieben Stimmen. Hier wurde er vor allem von Kardinal Michael von Faulhaber (1869–1952), seinem Ortsbischof, protegiert, der ihn als äußerst sittenstreng und als ausgezeichneten Prediger und Schriftsteller würdigte. Neben dem höchsten Ansehen in der «Adelsgenossenschaft» hob der Münchener Kardinal vor allem die Tatsache hervor, daß Preysing «von Nuntius Pacelli sehr hoch eingeschätzt» werde.[18] 1929 stand Preysing erneut auf drei Listen, 1932 schließlich schaffte er nur noch den Sprung auf zwei Listen.[19]

Der Befund ist eindeutig: Wenn Preysing außerhalb seiner Heimatdiözese und außerhalb der Nominationen der bayerischen Bischofskonferenz, die sein Heimatbischof Faulhaber eindeutig dominierte, überhaupt als möglicher Kandidat ventiliert wurde, erhielt er nur wenige Stimmen. In seinem eigenen Domkapitel war er ebenfalls erst im zweiten Anlauf mehrheitsfähig. Auch hier dürfte er seine Nominierung zum Bischofskandidaten der massiven Protektion seines Bischofs verdanken, der mit schöner Regelmäßigkeit das Argument stark machte, Preysing sei deshalb der ideale Bischofskandidat, weil er einerseits über einschlägige Romerfahrungen verfüge – er hatte 1914 Kardinal Bettinger als dessen Sekretär zum Konklave, aus dem Giacomo della Chiesa als Benedikt XV. hervorging, begleitet – und andererseits von Pacelli überaus geschätzt werde: Er sei für den Kardinalstaatssekretär «acceptissimus». Damit war das entscheidende Kriterium genannt.

Die Sondierungen von Nuntius Vassallo di Torregrossa im Auftrag Pacellis fielen allesamt ausgesprochen positiv aus. Preysing brachte nach Meinung des Nuntius alles mit, was ein künftiger Bischof brauche. Stets verteidige er die Rechte der Kirche gegenüber dem Staat und mache den kirchlichen Standpunkt auch in gesellschaftlichen Diskussionen stark. Besonders hervorzuheben sei aber seine tiefe Verehrung des Heiligen Vaters und seine «treue Anhänglichkeit gegenüber dem Vertreter des Heiligen Stuhles in

München, wie Eure Eminenz ja selbst haben erfahren können». Jedoch erhielt auch der Kandidat des Eichstätter Kapitels die besten Noten. Torregrossa bescheinigte Bruggaier ein priesterliches Leben ohne Fehl und Tadel. Er sei nicht nur sehr gut mit den Eichstätter Gepflogenheiten vertraut, vielmehr empfinde das ganze Bistum für ihn nichts als ungeteilte Sympathie. Kurzum: Bruggaier sei aus Eichstätter Perspektive der ideale Bischofskandidat.[20]

Nach diesen Informationen hätte der Heilige Stuhl zwar jeden der drei von ihm in die engere Wahl genommenen Kandidaten in Eichstätt zum Bischof ernennen können. Aber wenn er auf ein freundschaftliches Einvernehmen Wert gelegt hätte, dann hätte dies kein anderer als der vom Eichstätter Domkapitel vorgeschlagene Ludwig Bruggaier sein dürfen, da auch der kirchennahe bayerische Ministerpräsident Heinrich Held (1868–1938) im Sommer 1932 mit Nachdruck in Rom zugunsten des Eichstätter Professors intervenierte. Er halte Bruggaier – so ließ Held Pacelli wissen – «für den geeignetsten und kirchlich erfreulichsten Kandidaten». Er sei «ein Gelehrter von Ruf, dabei ein sehr erfahrener Praktiker und Priester, ein hochangesehener Seelsorger und ein Mann von feinster Erziehung und von feinstem Schliff», der sich auf jedem Parkett gekonnt bewege. In einem Satz: «Ich ... wüßte in Bayern keinen Priester, der in höherem Maße einem Bischofsstuhl zur Zierde gereichen könnte, als Bruggaier.»[21]

Held pochte zwar formal nicht auf das althergebrachte Nominationsrecht, auf das der bayerische Staat im Konkordat von 1924 schließlich verzichtet hatte. Aber einen so entschieden vorgetragenen Wunsch eines katholischen Staatsoberhaupts konnte Pacelli auch nicht ohne weiteres übergehen. Daß sich der Kardinalstaatssekretär mit einer Antwort schwer tat, zeigen die unterschiedlichen Entwürfe und Bearbeitungsstufen seines Antwortschreibens. Schließlich rang er sich zu der Formulierung durch, der Heilige Stuhl danke zwar für den Vorschlag, aber der Heilige Vater habe «schon vor geraumer Zeit einen anderen ausgezeichneten bayerischen Priester für Eichstätt ins Auge genommen». Mit diesem werde auch die Regierung zufrieden sein, da er auf Vorschlagslisten der bayerischen Bischöfe und Kapitel gestanden habe.[22] Am 9. September 1932 wurde Preysing von Pius XI. zum Bischof von Eichstätt ernannt.

Dieses Vorgehen erhellt, wie Pacelli mit den in den Konkordaten zumindest indirekt zugesicherten Mitwirkungsrechten der Ortskirchen in Deutschland umzugehen gedachte. Er berücksichtigte sie zumeist schlicht und ergreifend

nicht, um so seine eigene Personalpolitik zu betreiben, seine Wunschkandidaten zu Bischöfen zu befördern und den staatskirchlichen deutschen Episkopat möglichst rasch durch romtreue Bischöfe zu ersetzen. Im Fall seines Freundes Preysing war das kleine Eichstätt allerdings nur eine Zwischenstation. Schon ein knappes Jahr später brachte Pacelli ihn als Bischof für Berlin ins Spiel. Gegen die Voten des Berliner Domkapitels und der preußischen Bischöfe setzte er Preysing schon einmal auf Platz zwei der römischen Dreierliste. Gewählt wurde der auf Platz eins stehende Nikolaus Bares (1871–1935).[23] Als dieser im Februar 1935 überraschend starb, war das Spiel jedoch wieder offen.

Doch weder das Berliner Domkapitel noch der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz waren bereit, Preysing bei der anstehenden Besetzung zu berücksichtigen. Das Kapitel setzte neben zwei Domherren den Münsteraner Bischof Clemens August von Galen (1878–1946) auf Platz eins der Liste. Auch Bertram favorisierte Galen, während er über Preysing eher abwertend urteilte: «Ob er an Sicherheit des Urteils und Agilität des Auftretens die gleiche Eignung hat, wage ich nicht zu behaupten.» Immerhin sprachen sich fünf preußische Bischöfe für Preysing aus. Am 5. April 1935 erhielt das Berliner Domkapitel von Rom eine Dreierliste, die keinen der vom Kapitel vorgeschlagenen Kandidaten enthielt. Dafür standen auf Platz eins Preysing und auf den Plätzen zwei und drei mit Domkapitular Paul Weber (1881–1963) aus Berlin und Professor Wendelin Rauch (1885–1954) aus Mainz zwei damals weniger bekannte Kandidaten. Eine wirkliche Auswahl blieb dem Domkapitel nicht. Es wählte zähneknirschend Preysing zum Bischof von Berlin.[24] Faktisch handelte es sich damit um eine römische Ernennung.

Der Kardinalstaatssekretär machte dem neuen Berliner Bischof umgehend deutlich, daß er ihn als seinen Vertrauensmann im deutschen Episkopat und bei den zunehmenden Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung betrachtete. Durch seinen Sitz in der Reichshauptstadt habe er die Möglichkeit, «die Verhältnisse aus nächster Nähe zu betrachten» und «persönliche Kontakte direkter und indirekter Art» zu pflegen. Preysing könne «unter Umständen eine besonders wichtige Funktion zufallen». Als Bischof von Berlin erwartete Pacelli von Preysing «Initiative» und ein offensives Verständnis der Hirtenaufgabe in politischer Hinsicht. Er könne zwar das Zögern Preysings verstehen, diesen Part zu übernehmen, aber die ungewöhnlichen Umstände verlangten, daß persönliche Empfindlichkeiten in

den Hintergrund träten, «um Kirche und unsterbliche Seelen vor schweren Verlusten zu bewahren».[25]

Brave Schäfchen und aufmüpfige Intellektuelle: Die katholischen Laien

Ein Nuntius ist nicht nur der diplomatische Vertreter des Heiligen Stuhles bei einem souveränen Staat. Er hat sich nicht nur um die politischen Rahmenbedingungen für die Seelsorge zu kümmern, für die rechte Ausbildung der angehenden Pfarrer und die Installierung geeigneter kirchlicher Oberhirten zu sorgen. All sein kirchenpolitisches und politisches Tun dient vielmehr letztlich dem Zweck, die ihm vom obersten Hirten der Kirche in Rom anvertrauten Schäfchen in Deutschland «von vergifteten Weideplätzen fern zu halten»[26] und sie zu den Wassern des Lebens zu führen. In römischer Perspektive und nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch von 1917 kommt den blökenden Schafen eine Eigenverantwortung in kirchlichen Dingen nicht zu; der Hirte und seine scharfen Hirtenhunde hatten die Herde zusammenzuhalten, sie vor bösen Feinden zu schützen und auf den rechten Weg zu geleiten. Dementsprechend galt Pacellis Hauptsorge dem Schutz der katholischen Laien vor den Herausforderungen der Moderne mit all ihren vermeintlich satanischen Versuchungen, namentlich der Beeinflussung und Irreführung der Schäfchen durch die Propaganda weltanschaulich feindlich gesinnter Lager wie des Sozialismus, Liberalismus und Freimaurertums, gerade in Deutschland aber natürlich auch des Protestantismus. Es verwundert nicht, daß Eugenio Pacelli in seiner Schlußrelation von 1929 den Schafen – also den Laien in der Kirche Deutschlands – die größte Aufmerksamkeit widmete.

Für seine Leser im päpstlichen Staatssekretariat zeichnete Pacelli ein recht differenziertes Bild des deutschen Laienkatholizismus. In fast klassischer Manier wandte er sich dabei zunächst dem Glaubensleben und der Kirchlichkeit der deutschen Katholiken zu, bevor er über ihre persönliche Sittlichkeit und die öffentliche Moral berichtete. «Die Frömmigkeit und das Verhalten der Gläubigen in den Gottesdiensten lassen im allgemeinen nichts zu wünschen übrig; das Betragen der Katholiken in den Kirchen ist sogar sehr würdig und erbaulich.»[27] Soviel Disziplin und Innerlichkeit während der Liturgie dürfte der Römer Pacelli in der Tat in seiner italienischen Heimat

kaum vorgefunden haben. Mit den fünfundfünfzig Prozent sonntäglichen Kirchenbesuchern und den siebenundfünfzig Prozent Katholiken, die der jährlichen Verpflichtung zur Teilnahme an der Osterkommunion nachkamen, war der Nuntius halbwegs zufrieden, obwohl er sich eine intensivere Förderung der Kommunion von Kindern wünschte, denn «an den Orten, wo die Kinder sich häufig dem eucharistischen Tisch nähern, sieht man Wunder an moralischer Besserung und Standhaftigkeit in der Tugend».[28] Ob man mit einem solchen Konzept der Situation der Kinder und Jugendlichen in den deutschen Großstädten wirklich gerecht werden konnte, steht freilich auf einem anderen Blatt. Fast vierundvierzigtausend Austritte aus der katholischen Kirche pro Jahr während der zwanziger Jahre ließen den Nuntius nach Gründen für diesen Substanzverlust suchen. Neben der um sich greifenden religiösen Gleichgültigkeit und der Kirchenaustrittspropaganda der Kommunisten und unterschiedlicher Sekten machte Pacelli vor allem die «schlechte wirtschaftliche Lage» und die «Kirchensteuern, die an sich verhaßt sind» und nicht selten «mit Härte eingetrieben werden»,[29] verantwortlich. Allerdings hob er ausdrücklich hervor, daß die Zahl der Austritte aus den evangelischen Konfessionen sechsmal höher gewesen sei und sich die Katholiken insgesamt doch den modernen Versuchungen gegenüber als wesentlich resistenter erwiesen hätten.

Das Bild Pacellis von den Laien in Deutschland erweist sich als zweigeteilt. Auf der einen Seite stand die «Masse der einfachen Gläubigen», welche «dem Heiligen Stuhl aufrichtig ergeben»[30] war und den Weisungen des römischen Oberhirten sowie seiner Vertreter vor Ort ohne Wenn und Aber folgte. Auf der anderen Seite standen dagegen die aufmüpfigen katholischen Intellektuellen, die nicht länger bereit waren, in blindem Gehorsam der von Rom geleiteten Schafherde hinterherzutrotten, sondern selbständig als mündige Christen Wege für die Verwirklichung ihres eigenen Lebensentwurfes aus dem Glauben suchen wollten. Ziel dieser Intellektuellen war es, wie Pacelli schreibt, «die Katholiken soweit wie möglich an die moderne Kultur heranzubringen» und dabei «selbst die Grenzen einer solchen Annäherung festzulegen, unabhängig von der kirchlichen Behörde und auch gegen diese».[31] Wem die Sympathie des Nuntius galt, ist evident.

Diese Spaltung zeigte sich exemplarisch an den «zwei liturgischen Bewegungen», die Pacelli ausmachen konnte. Für die lobenswerte Form der Beschäftigung der Laien mit der Liturgie stand das Projekt des Beuroner

Benediktiners Anselm Schott (1843–1896), der ein deutsch-lateinisches Volksmeßbuch herausgegeben hatte, das zahlreiche Auflagen erlebte. Dadurch wurde es für die lateinunkundigen Gläubigen möglich, die grundsätzlich und ausschließlich auf Latein zelebrierte Liturgie nach dem Römischen Meßbuch von 1570 auf Deutsch parallel mitzulesen und so verstehend mitzuverfolgen. Zwar hob Pacelli die in Deutschland weitverbreitete Praxis, während der Messe statt lateinischer Gesänge deutsche Kirchenlieder zu singen, lobend hervor, weil sie «wirksam zur Frömmigkeit und zum häufigeren Besuch der Gottesdienste» beitrage, obwohl dies den römischen Vorgaben nicht wirklich entsprach. Der weitverbreitete Brauch, auch Frauen während der feierlichen Hochämter in den Kirchenchören mitsingen zu lassen, war für den Römer jedoch völlig unerträglich. Er wünschte, diesen «Mißbrauch» möglichst umgehend abzuschaffen.[32] Die intellektuelle liturgische Bewegung von Maria Laach um den Benediktiner Odo Casel (1886–1948) war für Pacelli grundsätzlich überspannt. Die Behauptungen der «Mysterientheologie», für eine objektivere und gemeinschaftliche Frömmigkeit im Gottesdienst zu stehen, hielt der Nuntius für nicht überzeugend. Überlegungen, auch Laien könnten möglicherweise die Vollmacht gehabt haben, «den Leib und das Blut Christi zu konsekrieren», waren für ihn mit dem katholischen Dogma schlicht nicht vereinbar.[33] Auch die Kritik der gebildeten Katholiken an Volksandachten und Rosenkränzen wies Pacelli entschieden zurück.

Was sich im Bereich der Liturgie exemplarisch zeigte, galt für Pacelli auch in grundsätzlicher Weise. Während man mit der Kirchlichkeit der einfachen Gläubigen sehr zufrieden sein könne, könne man dasselbe nicht ohne weiteres von den sogenannten Intellektuellen behaupten. Sie sah der Nuntius – damit ganz der Auffassung der ultramontanen katholischen Restauration folgend – in einer verderblichen Tradition des Aufruhrs gegen die Kirche und die kirchliche Obrigkeit stehen, die in der Aufklärung erstmals zum Durchbruch gekommen sei und sich noch einmal verstärkt in den «modernistischen Strömungen» der Jahrhundertwende gezeigt habe. «Die von ihnen verfochtenen Ideen sind mehrdeutig oder irrig unter vielen Gesichtspunkten. Ihre Philosophie nähert sich jener der Protestanten. Die Religion wird eine gänzlich subjektive Angelegenheit, eine ausschließlich innere Erfahrung.»[34] Diese Intellektuellen lehnten die Rechtskirche ab und propagierten stattdessen eine Liebeskirche. Ferner forderten sie in Zeiten demokratischer Staatsformen auch in der Kirche demokratischere Strukturen und stellten das hierarchische

Prinzip der katholischen Kirche in Frage. Besonders empört war Pacelli über Ernst Michel (1889–1964) und dessen 1926 erschienenes Werk *Politik aus dem Glauben,* in dem dieser die freie Ernennung der Bischöfe durch den Papst kritisiert und eine stärkere Einbeziehung der Ortskirchen gefordert hatte. Das widersprach Pacellis strikt romzentriertem Kirchenmodell, das er im *Codex Iuris Canonici* 1917 festgeschrieben und zwölf Jahre lang in Deutschland umzusetzen versucht hatte. Die katholischen Intellektuellen in Deutschland träumten von einer demokratischen Kirche mit einer Mitverantwortung der Laien, während der Römer Eugenio Pacelli eine zentralistische Papstkirche mit unmündigen Schäfchen wollte. Diese Vorstellungen paßten einfach nicht zusammen. Der Nuntius forderte vor allem zum Schutz der Jugend eine strenge Zensur aller Werke der katholischen Intellektuellen, da diese es «nicht mehr wie in der Vergangenheit gewohnt ist, sich ohne weiteres der kirchlichen Autorität zu unterwerfen».[35]

Für Pacelli bestand das Patentrezept zur Lösung dieser Probleme in der Durchsetzung des Modells der Katholischen Aktion, wie es Pius XI. vor allem für Italien entwickelt hatte und das eine strikte Unterordnung der Laien unter Papst und Bischöfe vorsah. Mit diesem Konzept war allerdings das katholische Vereinswesen in Deutschland grundsätzlich nicht versöhnbar. Es handelte sich eben um Laienvereine, die Geistliche zwar nicht ausschlossen, sie aber egalitär als Mitglieder neben anderen Mitgliedern behandelten. Zwar mußte Pacelli dem katholischen Vereinswesen in Deutschland bescheinigen, «ein schöner Beweis des guten Willens und der lebendigen Arbeitskraft der Katholiken» zu sein, er kritisierte aber heftig, daß sich etwa der Volksverein für das katholische Deutschland «zu unabhängig von der kirchlichen Hierarchie gehalten und die Bedeutung der Kultur zum Schaden der Religion zu sehr akzentuiert»[36] habe. Pacellis Hoffnungen auf eine stärkere klerikale Aufsicht über das Vereinswesen erfüllten sich jedoch nicht. Die Katholische Aktion Italiens war nicht auf Deutschland übertragbar.

Auch in bezug auf die persönliche Sittlichkeit waren die gläubigen Laien vielfachen Gefährdungen ausgesetzt. Die Anwendung empfängnisverhütender Mittel und die zunehmende Zahl von Abtreibungen auch in katholischen Familien stellen «vielleicht das dornenreichste Problem des religiösen Lebens und der Seelsorge in Deutschland dar».[37] Dies führe nicht nur zu einem drastischen Geburtenrückgang, sondern auch zu einer zunehmenden Entfremdung der gebildeten Katholiken von der Kirche. Gerade

die sogenannten Intellektuellen irrten mit ihrer Behauptung, die Kirche sei in Fragen der Ehe- und Sexualmoral nicht kompetent. Die Mischehen mit Protestanten, die die deutschen Bischöfe leider bislang viel zu großzügig toleriert hätten, identifizierte der Nuntius als entscheidende Ursache für den zunehmenden Glaubensabfall der Kinder. Zumindest in Diasporagegenden gehe der katholischen Kirche der Nachwuchs aus solchen Ehen früher oder später weitgehend verloren. Auch deshalb kam für Pacelli dem Kampf um die katholische Bekenntnisschule entscheidende Bedeutung zu. Katholische Eltern sollten sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß ihre Kinder in jedem Schulfach ausschließlich von katholischen Lehrern unterrichtet würden. Nur so sei die Glaubens- und Sittenreinheit der Erziehung zu gewährleisten. Eine christliche Gemeinschaftsschule, in der katholische und evangelische Schüler gemeinsam unterrichtet würden, war für ihn nicht akzeptabel. Deshalb hatte Pacelli insbesondere in den Verhandlungen um die unterschiedlichen Länderkonkordate all seine Energie auf die Garantie der Konfessionsschule gerichtet – mit wechselndem Erfolg.

Was die öffentliche Moral anging, waren vor allem die lockeren Sitten der «Goldenen Zwanziger» dem asketischen Römer ein Dorn im Auge. Er wetterte nicht nur «gegen die perverse Propaganda der Nacktkultur»,[38] vielmehr war für ihn sogar ein gemeinsamer Sport-, Gymnastik- und Schwimmunterricht von Mädchen und Jungen moralisch schlicht unvorstellbar. «Für die Mädchen soll jeder Gymnastikanzug, der die Formen auf provozierende Art unterstreicht, oder sich ansonsten nicht für den weiblichen Charakter schickt, gemieden werden. Die Gymnastik für die Mädchen habe nur in Sälen oder an nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Orten stattzufinden.»[39] Die Katholiken sollten nach der Vorstellung des Nuntius entschieden gegen die Unsittlichkeit in Literatur, Kino und Theater kämpfen und bei gesellschaftlichen Anlässen «zur alten Einfachheit und zum alten Anstand zurückkehren». Insbesondere die modernen Tänze wie etwa der Tango seien «sehr üblen Ursprungs, welche die guten Sitten und die Scham bedrohen». Auch die Kreationen der Modezaren, wie sie auf den Laufstegen in Berlin und anderswo präsentiert wurden, riefen den entschiedenen Widerspruch Pacellis hervor: «Obwohl die katholische Moral an sich nichts gegen geziemliche und geschmackvolle Kleidung einzuwenden hat und auch nicht gegen die Wechsel der Mode, muß sie genauso resolut und unbedingt die gerade herrschende Mode mit ihren tendenziösen

Entblößungen und Unterstreichungen der Körperformen mit Abscheu mißbilligen und zurückweisen, da sie letztendlich von einer zynischen und heidnischen Lebensauffassung ausgeht und zur Aufreizung der lüsternen Sinne tendiert. Die Eltern, und besonders die Mütter, sind für die Kleider ihrer Töchter verantwortlich.»[40]

Aufgrund dieser Beschreibungen konnte man sich in Rom ein relativ klares Bild von der Situation der katholischen Laien machen. Während in den ländlichen katholischen Milieus die Welt kirchlich noch weitgehend in Ordnung war, begannen neben den Arbeitern insbesondere die katholischen Oberschichten zunehmend, sich von den Vorgaben des kirchlichen Lehramts im Bereich von Glauben und Moral zu emanzipieren. Schuld daran war der aus Pacellis Sicht falsche Versuch, Katholizismus und Moderne in allen Lebensbereichen miteinander zu versöhnen. Eine Schleifung der Bastionen lehnte Pacelli mit Nachdruck ab. Vielmehr ging es ihm darum, die Trutzburg des Katholizismus in den Stürmen der Moderne unversehrt zu erhalten. Über eine Analyse der Situation kam der Nuntius jedoch kaum hinaus. Wirklich überzeugende zeitgemäße Rezepte vermochte er nicht zu bieten.

Zwischen Skylla und Charybdis: Die katholische Zentrumspartei

Die Parteienlandschaft in Deutschland, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, blieb in ihren Grundstrukturen auch während Pacellis Nuntiatur in München und Berlin erhalten. Im Konzert der Parteien von den Kommunisten und Sozialisten auf der «Linken» über unterschiedliche liberale und bürgerliche Gruppen bis zu den konservativen und nationalistischen Kräften auf der «Rechten» spielte das Zentrum als Stimme der Katholiken eine wichtige Rolle. Dabei erwies sich diese Partei nicht nur in allen religiös-kulturellen Fragen als Interessenvertretung der katholischen Kirche, vielmehr agierte sie zugleich als schichtenübergreifende Gesinnungs- und Weltanschauungspartei, deren immer noch stark rückständige Organisationsstruktur durch die kräftige Unterstützung des Klerus vor den Wahlen weitgehend ausgeglichen werden konnte. Trotz der Diskussionen nach dem berühmten Artikel Julius Bachems (1845–1918) von 1906, «Wir müssen aus dem Turm heraus»,[41] der das Ziel hatte, die Wählerbasis des Zentrums über das katholische Milieu hinaus zu verbreitern,

und trotz einzelner Versuche der Neugründung einer interkonfessionellen Partei im Jahre 1918 gelang es dem Zentrum kaum, seine Wählerschaft über den Kreis der praktizierenden kirchentreuen Katholiken hinaus auszudehnen. Dabei war die Partei seit Beendigung des Kulturkampfes und auch noch im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik von einer ständigen und mit der Zeit immer deutlicheren Wählererosion betroffen, die mit der bereits in diesen Jahren sinkenden Zahl der Gottesdienstbesucher einherging. In Zeiten des Drucks auf die Kirche von außen hingegen, namentlich im preußischen Kulturkampf und während der antiklerikalen Maßnahmen in Preußen unter dem radikal-sozialistischen Kultusminister Adolf Hoffmann (1858–1930) im Verlauf der Revolution 1918/19, waren die Integrationskraft der Partei und die Wählerzahl deutlich gestiegen. Pacelli führte dies unter anderem darauf zurück, daß es dem Zentrum gelungen war, «sich an die neue Situation anzupassen und sich außerdem um die Interessen der proletarischen Massen zu kümmern, um zu vermeiden, daß auch die katholischen Arbeiter zum Sozialismus überliefen».[42] Dieser Linksruck hatte allerdings Abspaltungen am rechten Rand der Partei zur Folge. Insbesondere katholische Adelige, Großgrundbesitzer, Intellektuelle und Industrielle fühlten sich vom Zentrum nicht mehr vertreten und wandten sich anderen Parteien, besonders den Deutschnationalen, zu.

Seit diesen Jahren hatten sich freilich zwei einschneidende Änderungen vollzogen: Zum einen spaltete sich in Bayern während der Revolutionswirren die Bayerische Volkspartei ab, die konservativer, föderalistischer und mittelständisch-agrarischer geprägt war als das Zentrum. Zum anderen war das Zentrum infolge seiner Position in der Mitte des Parteienspektrums während der Weimarer Republik fast ständig in die Regierungsverantwortung eingebunden. So stellte es in diesen Jahren nicht weniger als vier Reichskanzler. Dabei war man zu wechselnden Koalitionen und den daraus resultierenden Kompromissen gezwungen. Diese Konstellation führte am linken wie am rechten Rand der katholischen Partei zu Abspaltungen, die allerdings nie eine breitere Wählerbasis erreichten.

Auch wenn die Generalinstruktion für Pacelli 1917 die katholische Zentrumspartei als die aus der Sicht der Kurie einzige politisch halbwegs zuverlässige Kraft in Deutschland bezeichnet hatte, war das Verhältnis des Zentrums zur Römischen Kurie keineswegs frei von Spannungen. Zunächst entsprach das Modell einer eigenständigen, von der kirchlichen Hierarchie

unabhängigen Partei, in der vorwiegend Laien das Sagen hatten, keineswegs den Vorstellungen des Papstes. Nach dem Konzept der Katholischen Aktion sollten Laien ihren Weltauftrag nämlich nicht selbständig, sondern in enger Anlehnung an Papst und Bischöfe ausüben. Bereits bei der Beilegung des Kulturkampfes in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte Papst Leo XIII. auf die katholische Partei keinerlei Rücksicht genommen, obwohl das Zentrum in der Auseinandersetzung mit dem neu entstandenen deutschen Nationalstaat preußischer Prägung fast zwei Jahrzehnte lang die römische Fahne hochgehalten hatte. Leo XIII. regelte die Angelegenheit schließlich im Stil der Kabinettspolitik mit Reichskanzler Bismarck allein, so daß der Zentrumsführer Ludwig Windthorst (1812–1891) voller Enttäuschung ausrief: «Erschossen! Vor der Front erschossen! Vom Rücken her erschossen! Ich gehe nach Hause!»[43]

Mit dem Sturz der Monarchie in Deutschland 1918 und der Abwehr der Räterepublik durch die Bildung der Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und Liberalen erhielt das Thema schließlich eine ganz neue Brisanz. Denn das römische Lehramt hatte Liberalismus und Sozialismus mehrfach als äußerst verderbliche Irrtümer verurteilt und beide Weltanschauungen für mit dem katholischen Glauben prinzipiell unvereinbar erklärt. Wie konnte da eine katholische Partei mit verurteilten Kirchenfeinden nicht nur gemeinsam die Weimarer Reichsverfassung verabschieden, sondern mit ihnen zusammen auch die Regierungsverantwortung übernehmen? Zwar mußte man in Rom einerseits anerkennen, daß es den Vertretern des Zentrums in den Verfassungsberatungen gelungen war, in den Kirchenartikeln der Weimarer Reichsverfassung eine bisher nie dagewesene Autonomie und Rechtssicherheit für die katholische Kirche und ihre Einrichtungen zu erreichen, andererseits konnte man sich aber mit einem Staatsgrundgesetz ohne Gottesbezug prinzipiell nicht anfreunden. Ein Staat, der ausschließlich auf der Volkssouveränität gründete und nicht in unveränderlichem göttlichen Recht, war nach römischer Doktrin schlicht nicht vorstellbar.

Schließlich scheint insbesondere Eugenio Pacelli selbst ein entschiedener Gegner der Zusammenarbeit des Zentrums mit den linken Parteien gewesen zu sein. Jedenfalls hat man einschlägige Äußerungen aus den Memoiren des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning (1886–1970), der von 1930 bis 1932 als Reichskanzler amtierte, entsprechend interpretiert. Über eine Audienz im Vatikan beim Kardinalstaatssekretär im August 1931 berichtete Brüning:

«Pacelli schnitt die Frage des Reichskonkordats an. … Pacelli meinte, ich müsse eben mit Rücksicht auf ein Reichskonkordat eine Regierung der Rechten bilden und dabei zur Bedingung machen, daß sofort ein Konkordat abzuschließen sei.»[44] Schon als Nuntius habe der Kardinalstaatssekretär, «obwohl er nahezu dreizehn Jahre ununterbrochen in Deutschland gelebt hatte, … weder die Grundbedingungen der deutschen Politik noch die besondere Stellung der Zentrumspartei je richtig verstanden. Fest im konkordatären System stehend, glaubte er, durch Verträge zwischen dem Vatikan und den einzelnen Ländern die Interessen der Katholiken besser wahrnehmen zu können als durch die Macht katholischer Laienpolitiker.»[45]

Pacellis Schlußrelation aus dem Jahr 1929 und zahlreiche Nuntiaturberichte, die er seit 1917 aus München und Berlin nach Rom sandte, ermöglichen nun präzisere Auskunft über seine grundsätzliche Einstellung zum Zentrum und vor allem zur Koalition der katholischen Partei mit der SPD. In seinen ersten Jahren als Nuntius fiel Pacellis Urteil über die Partei durchaus positiv aus. Als das Zentrum im Februar 1919 in das Kabinett Philipp Scheidemann (1865–1939) eintrat, begrüßte der Nuntius diesen Schritt, wenngleich ihm eine Koalition mit den Sozialdemokraten keinesfalls unproblematisch erschien. «Das Zentrum hat die schwierige Frage einer Regierungsbeteiligung meiner Ansicht nach sehr geschickt gelöst», bemerkte Pacelli in einem Bericht.[46] Die Koalition mit den Sozialdemokraten habe man der parteipolitischen Konstellation wegen eingehen müssen, da eine Allianz der bürgerlichen Parteien innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei auf Ablehnung stoße und eine Tolerierung einer sozialistischen Minderheitsregierung kurz nach den revolutionären Wirren nicht angeraten sei. Gleichwohl habe das Zentrum auf weniger Ministerposten bestanden, als ihm eigentlich vom Stimmenproporz her zustünden, was ihm ermögliche, eine gewisse Distanz zur Regierung – und besonders zum «sozialistischen» Koalitionspartner – zu wahren. Pacellis Verständnis von der Rolle des Zentrums mag an dieser Stelle stark von den Eindrücken des Kulturkampfs geprägt gewesen sein. Die Einsicht, daß Kompromisse zwischen Parteien zum demokratischen Alltag gehören, war ihm wahrscheinlich kaum bewußt.

In den zwanziger Jahren wurde das Verhältnis der katholischen Partei zur SPD immer wieder zum Gegenstand von Nuntiaturberichten. Am 12. September 1924 erhielt Pacelli vom Staatssekretariat in Rom Instruktionen, über die Zusammenarbeit des Zentrums mit den «Sozialisten in Deutschland»

zu berichten. «Insbesondere würde ich gerne wissen», schrieb Kardinalstaatssekretär Gasparri, «ob diese Zusammenarbeit in der Vorbereitungsphase der Wahlen und während der Wahlperiode zustande kam, oder erst, nachdem die Sozialisten aus eigener Kraft Mandate erringen konnten.»[47] Pacelli antwortete mit einem ausführlichen Bericht. In ihm machte der Nuntius deutlich, daß das Zentrum keinesfalls Gefahr laufe, sich dem Sozialismus zu nähern, zumal es sozialistische Theorien immer nachdrücklich bekämpft habe. Es folgte ein Rückblick auf die bisherigen Allianzen des Zentrums seit der Weimarer Nationalversammlung von 1919. Die katholische Partei, so Pacelli, habe sich stets den Interessen der Nation untergeordnet und daher auch Koalitionen mit ungeliebten Partnern eingehen müssen. Im übrigen habe das Zentrum erreicht, daß die Weimarer Reichsverfassung nicht allein nach demokratisch-sozialistischem Muster gestaltet worden sei. Allerdings habe die Beteiligung des Zentrums an der Weimarer Koalition auch eine Kehrseite: Viele konservative Katholiken sähen sich durch die Linksdrift des Zentrums veranlaßt, zu den Deutschnationalen überzulaufen. Unter den Zentrumspolitikern sei indes die Frage, ob die Deutschnationale Volkspartei anstelle der SPD als Koalitionspartner in Frage komme, umstritten: Während der Vorsitzende Wilhelm Marx (1863–1946) sowie der linke Parteiflügel um Joseph Wirth (1879–1956) einer solchen Allianz skeptisch gegenüberstünden, seien Politiker wie Adam Stegerwald (1874–1945) und Theodor von Guérard (1863–1943) der Alternative eines «Bürgerblocks» gegenüber durchaus aufgeschlossen.[48]

Die Besorgnis des Staatssekretariats nahm in der Folgezeit allerdings nicht ab. Als Paul von Hindenburg (1847–1934) 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde und sich gegen den Zentrumskandidaten Wilhelm Marx durchsetzte, erhielt Pacelli aus Rom die Anfrage, ob die SPD tatsächlich – wie Pressemeldungen berichteten – dem Vorsitzenden der katholischen Partei ihre Unterstützung versagt hätte.[49] Der Nuntius beschrieb daraufhin die Hintergründe der Wahl: Ein «Rechtsblock» habe Hindenburg, ein «Linksblock» Wilhelm Marx unterstützt. Allerdings seien in den Reihen der Sozialdemokraten besonders in Sachsen einige Stimmen laut geworden, den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (1872–1955) ins Rennen zu schicken. Das sächsische Wahlergebnis lasse vermuten, daß einige «sozialistische» Wähler Marx die Stimme verweigert hätten. Darüber hinaus habe auch die «intolerante protestantische Presse» den katholischen

Kandidaten im Vorfeld der Wahl angegriffen.[50] Der Nuntius verschwieg allerdings, daß vor allem die Bayerische Volkspartei und auch Kardinal Faulhaber sich für Hindenburg ausgesprochen und wohl auch gegen den Zentrumsmann Marx gestimmt hatten.

Das Staatssekretariat schickte daraufhin umgehend ein Schreiben an Pacelli, dessen Inhalt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Gasparri schrieb unter Berufung auf Formulierungen Pius' XI. aus dem Konsistorium im Dezember 1924: «Der Heilige Vater, der den offensichtlich antireligiösen Inhalt des sozialistischen Programms gut kennt, … ist sehr besorgt über die Tatsache, daß die Leiter der katholischen Parteien Möglichkeiten finden, mit Sozialisten Allianzen zu schließen, um einer Verhaltensweise zu folgen, die behauptet, sie sei unbedingt notwendig für die Verteidigung von politischen und ökonomischen Vorteilen. … Der Heilige Vater sorgt sich auch weiterhin um Deutschland, weil er sieht, daß sich die Katholiken des Zentrums seit vielen Jahren zu oft mit den Sozialisten einig sind, um die von ihnen sogenannten wirtschaftlichen Errungenschaften und ihre Eigenständigkeit zu verteidigen.»[51] Anschließend gab Gasparri die Anweisung, der Nuntius solle «den deutschen Bischöfen mit Vorsicht den Willen des Heiligen Vaters ins Gedächtnis rufen, daß die Katholiken, die aktiv am politischen Leben dieses Landes teilnehmen, im Lichte der unvergänglichen Prinzipien der Kirche ernsthaft hinterfragen, ob die Allianzen mit Sozialisten, die immer Gegner der katholischen Ideen gewesen sind und diese als reaktionär und fortschrittsfeindlich verleumdet haben, für die Autorität der Kirche auf lange Sicht nicht eine ernsthafte Gefahr bedeuten».[52]

Pacelli kam den Wünschen des Römischen Staatssekretariats umgehend nach. Nachdem er sich an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram, gewandt hatte, beschloß er, auch mit dem Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx ein Gespräch zu führen. Dieser beteuerte, er habe seinen Standpunkt dem Heiligen Stuhl bereits erklärt und für seine Position das päpstliche Einverständnis erhalten – eine Darstellung, die Gasparri später vehement bestritt: «Seine Heiligkeit erinnert sich sehr gut, daß Er in der Audienz im vergangenen Mai mit Herrn Marx nur über die an die Protestanten gesandte telegraphische Zustimmung gesprochen und dabei auch seine lebhafte Verwunderung über diesen Vorgang zum Ausdruck gebracht hat. Zudem hat er den Ausführungen über das vom Zentrum nach der Revolution verfolgte Ziel, einen Bürgerkrieg zu verhindern, zugehört;

aber über das Problem der Zusammenarbeit mit den Sozialisten wurde kein Wort gesprochen.»[53] Grundsätzlich, so berichtete Pacelli, befinde sich die Reichstagsfraktion, die im Januar einer Koalition unter Hans Luther (1879–1962) und ohne sozialdemokratische Beteiligung beigetreten war, auf dem Weg nach rechts; allerdings gebe es auch einflußreiche Kreise, etwa die Anhänger des Ex-Kanzlers Joseph Wirth, die eine Zusammenarbeit mit der politischen Linken befürworteten. Pacelli fühlte sich merklich unwohl in seiner Rolle: Er müsse mit sehr viel Vorsicht vorgehen, so der Nuntius, denn die Position der Berliner Nuntiatur könne «irreparabel kompromittiert werden, wenn in die Öffentlichkeit durchsickert, daß sich der Nuntius, wie und aus welchem Grund auch immer, in Parteifragen engagiert oder beabsichtigt, die Innenpolitik der deutschen Katholiken zu beeinflussen».[54]

Die politische Einflußnahme verringerte sich in der Folgezeit allerdings kaum. Nachdem die Deutschnationalen ihre Minister aus Protest gegen die auf außenpolitische Versöhnung und Verständigung zielenden Locarno-Verträge aus der Regierung zurückgezogen hatten und sich der Kasseler Parteitag des Zentrums für eine erneute Koalition mit den Sozialdemokraten ausgesprochen hatte, wurde Pacelli am 9. Dezember 1925 deutlicher: Eine Koalitionsregierung des Zentrums mit der SPD sei im Moment zwar notwendig, um die wirtschaftliche Krise zu überwinden und die Verantwortung für die Außenpolitik nicht allein den bürgerlichen Parteien aufzubürden; andernfalls würden Radikale und Kommunisten Aufwind bekommen. Er bemerkte jedoch auch: «Es wäre aber gefährlich ..., wenn die Koalition mit den Sozialisten zu einer bleibenden Methode würde.»[55]

Bereits am 1. Dezember 1925 hatte Pacelli in seinem Bericht an Gasparri unter der Überschrift «Über die Kollaboration der Sozialisten mit den Katholiken in Deutschland» dieses heikle Thema angesprochen.[56] Zunächst gab er dem Kardinalstaatssekretär einen knappen Überblick über die Parteienlandschaft in Deutschland. Das Zentrum war für ihn «trotz seiner Schwächen und Irrtümer» immer noch die einzige Partei, die die katholischen Interessen im Reichstag vertrat. Auf der Linken stünden außer den Kommunisten die Sozialdemokraten, die trotz manch taktisch bedingter Äußerung in «fundamentaler Opposition zum Christentum» verharrten, und die liberalen Demokraten, deren «notorisch antiklerikale Tendenzen» bekannt seien. Auf der Rechten stünden außer den ultranationalistisch Völkischen um Erich Ludendorff (1865–1937) und der Deutschen Volkspartei, die immer noch

in einer katholikenfeindlichen Kulturkampfmentalität befangen sei, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, deren Anhänger einen Großteil des deutschen Protestantismus repräsentierten. Diese habe sich einen heftigen Haß auf Rom auf ihre Fahnen geschrieben. Vor die Alternative zwischen Skylla und Charybdis gestellt, habe das Zentrum grundsätzlich aus Gründen «der Notwendigkeit und Opportunität» eine Zusammenarbeit mit den Linken bevorzugt. «Ich bekenne, daß im Hinblick auf die Interessen der Kirche mir diese gleichsam konstante Tendenz des Zentrums, sich mit den Sozialisten zu verbünden, mißfällt», schrieb Pacelli an Gasparri und ließ erkennen, daß er sich eine Zusammenarbeit der Katholiken mit der DNVP durchaus vorstellen könne, weil es eine weitreichende Interessenkonvergenz zwischen Katholiken und Protestanten im Hinblick auf Konkordate und Staatskirchenverträge sowie die Sicherung der Bekenntnisschule gebe. Nachdem die DNVP die Locarno-Verträge abgelehnt hatte und deswegen die Mitte-Rechts-Koalition zerbrochen war, sah es Pacelli als äußerst unklug an, wenn der Papst im Konsistorium eine Koalition mit den Sozialisten ausdrücklich verurteilen würde. Denn dem Zentrum bliebe angesichts der konkreten Situation nichts anderes übrig als eine Neuauflage der Mitte-Links-Koalition unter Einschluß der SPD. Zwischen den Zeilen forderte der Nuntius den Kardinalstaatssekretär auf, auf Pius XI. entsprechend einzuwirken und ihn von einem solch «katastrophalen» Schritt abzuhalten.

Als Pacelli im Januar 1927 nochmals aufgefordert wurde, einen Bericht über das Verhältnis der Zentrumspartei zur (durchweg als «Sozialisten» bezeichneten) SPD zu verfassen, äußerte er seine Ansichten über den idealen Bündnispartner der Zentrumspartei auf noch grundsätzlichere Weise: «Es ist richtig, daß die Parteien der Rechten, die in ihrer großen Mehrheit (aber nicht vollständig) aus Protestanten bestehen, oft der katholischen Kirche feindlich gesonnen sind, und daß sie der ‹furor protestanticus› sogar manchmal bis zur Aufopferung ihrer eigenen Interessen treibt, nur um das verhaßte Rom zu bekämpfen; dennoch stehen die atheistischen und materialistischen Sozialisten, die ihre Angriffe aus vorwiegend taktischen Motiven und daher nur vorübergehend gemäßigt haben, den katholischen Prinzipien nicht weniger ablehnend gegenüber. Die Erfahrung hat im übrigen allem Anschein nach gezeigt, daß ein gutes Konkordat (man denke an das zuvor mit Bayern geschlossene) und ein die Konfessionsschule begünstigendes Schulgesetz – momentan die beiden wichtigsten religiösen Fragen – zwar mit enormen

Schwierigkeiten, aber trotzdem mit größerer Wahrscheinlichkeit, über eine Allianz mit der Deutschnationalen Volkspartei zu erreichen sind als mit den Sozialisten.»[57]



Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas.

Diese Beurteilung der Lage führte Pacelli zu harscher Kritik am linken Flügel der Zentrumspartei. Zwar mußte er zugeben, daß die christlichen Gewerkschaften «unter den deutschen Gewerkschaften die moderatesten und vernünftigsten» seien, warf ihnen aber vor, daß sie «zu parteiisch die ökonomischen Interessen der Arbeiter *(Lohnfragen)*» ohne ausreichende Rücksicht auf die anderen Klassen der Bevölkerung verteidigt und im Zentrum eine Sozialgesetzgebung durchgesetzt hätten, die sich «zu sehr an die sozialistischen Ideen annähert und den Arbeiter total von der Hilfe des Staates abhängig macht».[58] Der linke Flügel des Zentrums habe den Anspruch, religiöse Positionen zu vertreten, zugunsten von Außen- und Sozialpolitik aufgegeben. Der vormalige preußische Ministerpräsident und Minister für Volkswohlfahrt Adam Stegerwald habe, wie man einem Artikel der *Germania* entnehmen könne, behauptet, die Schulfrage sei nicht der Angelpunkt der Zentrumspolitik.[59] Weite Kreise der Partei handelten aus einer nur zum Teil verständlichen Aversion gegen das alte Regime, fänden

dabei warme Worte für den «sozialistischen» Gegner, übersähen aber die großen Gemeinsamkeiten mit den Deutschnationalen, welche im übrigen bereit seien, potentielle Streitpunkte wie die Wiedereinführung der Monarchie zurückzustellen. Kritik am Verhalten führender Zentrumspolitiker – und besonders an dessen Vorsitzendem Wilhelm Marx, der die römischen Anweisungen schlichtweg ignoriere – ist deutlich aus Pacellis Berichten herauszulesen.[60]

Trotz aller Bedenken führte jedoch am Zentrum für Pacelli und letztlich auch für die Kurie kein Weg vorbei. Deshalb sah sich der Nuntius anläßlich seiner Schlußrelation im Jahr 1929 veranlaßt, die recht positive Einschätzung der Generalinstruktion von 1917 fast wörtlich zu wiederholen: «Sicherlich war das Zentrum nicht frei von Mängeln und Irrtümern, aber es bleibt dennoch (gemeinsam mit der *Bayerischen Volkspartei* für Bayern) die einzige Partei, auf die man zählen kann, wenn es darum geht, im Parlament die Interessen der katholischen Religion zu verteidigen.»[61] Diese positive Einschätzung hatte sich durch die Wahl von Ludwig Kaas (1881–1952) zum Vorsitzenden des Zentrums im Jahr 1928 weiter verstärkt. Prälat Kaas war ein langjähriger Vertrauensmann und Mitarbeiter Pacellis. Der Nuntius erhoffte sich durch die Klerikalisierung der Partei auch eine Annäherung an römisch-kuriale Interessen. Daher verwundert das hohe Lob nicht, das Pacelli dem neuen Vorsitzenden in seiner Schlußrelation zollt: «Äußerst lobenswert ist der Kanoniker Monsignore Dr. Ludwig Kaas, auch er Ex-Schüler des *Collegium Germanicum et Hungaricum,* ein Kirchenmann von außergewöhnlicher Begabung und Bildung, dem Heiligen Stuhl und der Nuntiatur überaus treu ergeben. Nach dem Rücktritt des Herrn Marx wurde er trotz seines Widerstandes an die Spitze der Zentrumspartei gewählt, auf die er einen sehr guten Einfluß wird ausüben können, vor allem vom religiösen Gesichtspunkt aus.»[62] Die entscheidende Frage war: Würde Pacelli über den Geistlichen Kaas endlich die Kontrolle über das Zentrum ausüben können, von der man in Rom seit Gründung der katholischen Partei in Deutschland immer geträumt hatte? Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler sollte dieses Thema besonders virulent werden.

Als «Deutscher» zurück nach Rom: Prägungen und Handlungsmuster

«Meine deutsche Mission ist zu Ende. Eine größere, umfassendere am geistigen und übernatürlichen Brennpunkt der universalen Kirche hebt an. Ich kehre zurück, wovon ich ausgegangen bin. Zu dem Grab des Felsenmannes unter der Kuppel Michelangelos, zu dem lebendigen Petrus im Vatikan. Nahe bei Petrus stehen heißt nahe bei Christus sein.»[63] Diese Worte richtete der scheidende Nuntius Pacelli zum Abschied am 10. Dezember 1929 an die Berliner Katholiken, im Rückblick auf sein zwölfjähriges Wirken als Apostolischer Nuntius in Deutschland. Kurz darauf reiste er nach Rom ab, um dort das Amt des päpstlichen Staatssekretärs anzutreten und die Würde des Kardinalats zu empfangen. Von entscheidenden Prägungen durch die deutsche Kultur im allgemeinen und den Eigenheiten des deutschen Katholizismus im besonderen verrät die Rede nur wenig. In Pacellis eigener Wahrnehmung kommt der ungewöhnlich langen Zeit seiner Nuntiatur in Deutschland nur die Funktion einer Durchgangsstation zu, in der in Rom Erlerntes angewandt und umgesetzt wurde, die aber umgekehrt nur wenig zur Herausbildung neuer «deutscher» Überzeugungen und Handlungsmuster beitrug.

Zunächst wird man Pacellis eigener Wahrnehmung grundsätzlich folgen müssen: Deutschland war für ihn nichts anderes als eine bloße Durchgangsstation von Rom nach Rom. Die eindeutigen theologischen und kirchenrechtlichen Prämissen, die Pacelli 1917 aus Rom mit nach Deutschland gebracht hatte, behielten während seiner zwölf deutschen Jahre unveränderliche Gültigkeit. Das konnte in seinen Augen auch gar nicht anders sein: Denn ewige Wahrheiten, für die die römisch-katholische Kirche stand, waren nun einmal an sich nicht änderbar oder an veränderte Situationen anpaßbar. Wenn die Aufgabe des Nuntius seiner Weisung gemäß darin bestand, das Böse zu neutralisieren, konnte das nur von einem sicheren, unverrückbaren Fundament aus geschehen, mit den Prinzipien eben, für welche das unfehlbare Lehramt des Papstes stand. Das Böse begegnete dem Vertreter Roms in Deutschland nicht nur in den modernen Ideologien des Liberalismus, Sozialismus oder Kommunismus, sondern auch und gerade bei den «Modernisten» und kirchlichen Reformern, die sich auf die deutsche Tradition eines alternativen, nicht-römischen Katholizismus bezogen, den sie für vereinbar mit der Moderne hielten.

Zahlreiche Eigenarten der deutschen Kirche, insbesondere die Beteiligung der Ortskirchen bei der Bestellung der Bischöfe und die Eigenständigkeit des deutschen Laienkatholizismus mit seinen zahlreichen von der Hierarchie

unabhängigen kirchlichen Vereinen, blieben dem Römer daher zutiefst fremd. Er vertrat radikal das Programm eines kirchlichen Zentralismus, der in seiner letzten Konsequenz die katholische Kirche mit der Papstkirche gleichsetzte. Alle zentrifugalen Tendenzen innerhalb des Katholizismus, die auf mehr Eigenständigkeit der Ortskirchen hinausliefen und in Deutschland auf eine jahrhundertealte Tradition zurückgingen, lehnte er genauso entschieden ab wie episkopalistische Strömungen, die auf einem Eigenwert der Bischöfe als Nachfolger der Apostel beharrten. Die Bischöfe waren für Pacelli im Grunde nichts anderes als päpstliche Oberministranten, die nur auf ausdrückliche Weisung des Papstes handeln sollten. Gefragt waren nicht unabhängige Persönlichkeiten mit einem eigenständigen Urteil und einem offenen Blick für die Herausforderungen der modernen Zeit, wie sie sich gerade in Deutschland nach dem Umsturz des Jahres 1918 und den immensen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Weimarer Republik auch der katholischen Kirche stellten. Gefragt waren Jasager, die sich durch kindliche Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Vater auszuzeichnen hatten. Dies war letztlich das entscheidende Kriterium Pacellis für einen guten Bischof. In geradezu rücksichtsloser Weise suchte er dieses uniformierte, zentralistische, römische Modell von Kirche gegen alle deutschen Eigenheiten durchzusetzen.

Aber nicht nur in kirchlicher Hinsicht blieb Pacelli das Deutschland der Weimarer Republik fremd. Weder mit der deutschen Kultur noch mit den «Goldenen Zwanzigern» noch mit der deutschen Universität, die damals weltweit als Markenzeichen deutschen Geistes und deutscher Bildung galt, konnte Pacelli letztlich etwas anfangen. Die kritischen Potentiale und das Selbstdenkertum, das ein geisteswissenschaftliches Studium freisetzte, waren ihm – insbesondere bei angehenden Pfarrern – zutiefst zuwider. Es entsprach nicht seinem Welt- und Menschenbild, in dem für die authentische Interpretation der gesamten Wirklichkeit (und nicht nur des Glaubens) das römische Lehramt und nicht die universitäre Wissenschaft zuständig war.

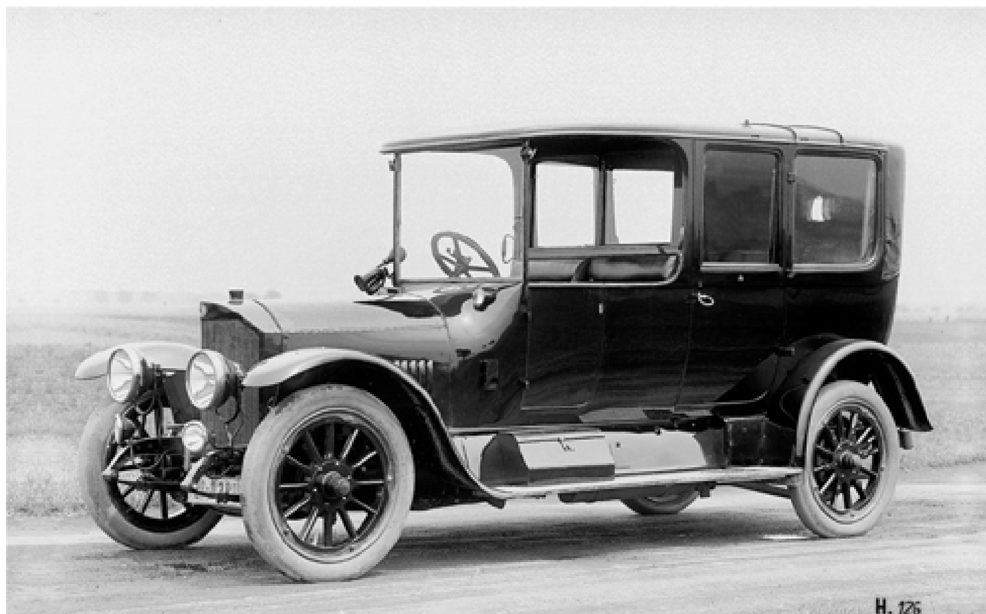
Dieses starre Festhalten an römischen Prinzipien könnte auf ein exklusives Persönlichkeitsmerkmal Eugenio Pacellis zurückzuführen sein. Dann wäre er als bornierter, starrsinniger römischer Prälat zu charakterisieren, dem jegliche Möglichkeit abging, sich an veränderte Situationen anzupassen. Zudem hat die neuere Nuntiaturforschung gezeigt, daß es ein Wesenszug vieler Nuntien der Frühen Neuzeit war, den Sinn des Fremden grundsätzlich nicht verstehen zu können, weil «ihr eigener Sinnhorizont als Kuriale und Italiener» für sie

«der einzig mögliche» war. Daß «der Glaube der Häretiker einen Sinn ergeben oder die Lebensform der deutschen der italienischen überlegen sein könnte, stelle für sie nicht einmal eine Denkmöglichkeit dar».[64] Wolfgang Reinhard hat in diesem Zusammenhang von einer «Scheinempirie» gesprochen. Wenn diese Begrenztheit der Perspektive, wenn man nicht sogar von blinden Flecken sprechen möchte, auch auf die Nuntien des 20. Jahrhunderts zutrifft, dann ist hier nicht nur eine persönliche Eigenschaft Pacellis zu erkennen, sondern ein grundsätzlicher Charakterzug der römischen Nuntien an sich.

Trotz der prinzipiellen Unveränderbarkeit und Unversöhnlichkeit von Pacellis römischem Standpunkt mit der deutschen Wirklichkeit lassen sich aber doch auch Beispiele für seine Prägung durch deutsche Erfahrungen finden. Hier ist zunächst die Hochschätzung des Römers Pacelli für die als typisch deutsch geltenden Tugenden anzuführen. Die Pünktlichkeit der Deutschen, ihr Ordnungssinn, ihre Zuverlässigkeit werden von ihm mehrfach ausdrücklich gewürdigt. Den deutschen Fleiß und eine geradezu protestantische Leistungsethik hatte er für sich selbst offenbar internalisiert, wie zahlreiche Zeugnisse seiner Zeitgenossen belegen. Im Gegensatz zu den jahrmarktähnlichen Tumulten, die Pacelli von der Feier römischer Gottesdienste kannte, war ihm das «anständige» Betragen der deutschen Katholiken während der Heiligen Messe äußerst sympathisch.

Dazu kam eine Faszination für die deutsche Technik, auch wenn er seine Angst, die ihn stets überkam, wenn er ein Flugzeug bestieg, nie ganz ablegen konnte.[65] Mit Leidenschaft und Bewunderung kann er etwa von seinem Dienstfahrzeug, einem Mercedes-Benz, berichten. Das Gefährt stand bereits vor der Tür des Münchener Nuntiaturgebäudes, als Pacelli im Mai 1917 nach einer langen Bahnreise aus Rom eintraf. Finanziert hatte es kein geringerer als der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, den Pacelli wahrscheinlich im Jahr 1915 kennengelernt und zu dem er seither engen Kontakt gehalten hatte. Erzberger war damals mehrfach in Rom, um mit dem Papst und dem Staatssekretariat über mögliche Lösungen der Römischen Frage zu verhandeln. Der Nuntius zeigte sich regelrecht begeistert von dem Wagen, dessen Baureihe erst ein Jahr zuvor in Produktion gegangen war. Automobile der Luxusklasse dürfte er in seiner Zeit im wirtschaftlich rückständigen Rom nur relativ selten zu Gesicht bekommen haben. Enthusiastisch beschrieb er den Wagen in allen Details: «Es ist ein wunderschöner Benz 18/45 H. P., stark

und elegant. Er verfügt über alle Neuheiten der Automobilindustrie, vom automatischen Anlasser bis zum elektrischen Zigarrenanzünder, vom Meßgerät für Geschwindigkeit und Steigung bis zur automatischen Sicherung. Es ist ein Automobil, das eines päpstlichen Repräsentanten wahrhaft würdig ist.» Die Zuneigung zu seinem Dienstgefährt, dessen Türbeschläge mit dem päpstlichen Wappen verziert waren, bewog den Nuntius, einen Brief an das Staatssekretariat in Rom zu richten. In ihm bat Pacelli um ein gesondertes Dankschreiben an Erzberger, das im Namen des Heiligen Vaters verfaßt werden solle. Schließlich habe der Zentrumspolitiker mit dem Geschenk nicht nur dem Apostolischen Nuntius, sondern auch dem Papst seine Referenz erweisen wollen.[66]



Pacelli besaß eine speziell für ihn gebaute Ausführung des Benz 18/45. Die Abbildung zeigt das Standardmodell.

Auch in der Folgezeit ließ Pacellis Begeisterung für Automobile nicht nach. Als er im Juni von Erzberger zu einem Gespräch mit Vertretern der Reichsregierung begleitet wurde, konnte er sich in seinem späteren Bericht einer anerkennenden Bemerkung über dessen «hinreißenden Militärwagen» nicht enthalten, der ihm persönlich während des gesamten Berlin-Besuchs zur Verfügung gestanden habe.[67] Was auch immer zu Pacellis Begeisterung beigetragen haben mag – Freude am Autofahren, naiver Besitzerstolz oder gar Interesse an den Möglichkeiten des technischen Fortschritts –, der

Dienstwagen dürfte Pacellis Verständnis für seine repräsentative Funktion befördert haben.

Sein Statussymbol sollte indes knapp zwei Jahre später eine herbe Herabsetzung erfahren. Unter der Räterepublik war am 29. April 1919 die Nuntiatur von kommunistischen Aufrührern besetzt und erst nach einigen Stunden auf Anordnung der neuen politischen Führung wieder geräumt worden. Bei dieser Gelegenheit hatte Pacelli, wenn auch widerwillig, den Weg zur Garage freigeben müssen, und obwohl sein Chauffeur zuvor geistesgegenwärtig ein funktionswichtiges Teil aus dem Benz entfernt hatte, gelang es den Störenfrieden dennoch, den Wagen in Gang zu setzen. Heftige Proteste, die Pacelli sogleich telefonisch an das Militärministerium richtete, blieben zunächst ungehört. Erst einen Tag später wurde das Gefährt, welches laut Regierung «aus militärischer Notwendigkeit beschlagnahmt» worden war, nach zahlreichen erneuten Protesten bei verschiedenen Stellen wieder zurückgegeben. Jetzt befand es sich allerdings in einem beklagenswerten Zustand. Ein Werkstattaufenthalt sorgte zwar für die wichtigsten Reparaturen, die Gummiaufsätze für die Felgen wurden allerdings als Einzelteile mitgeliefert.[68] In dem Bericht, den Pacelli sogleich an das Staatssekretariat schickte, hätte eigentlich die Besetzung der Nuntiatur im Mittelpunkt stehen sollen. Nun zog sich die traurige Geschichte um die Luxuskarosse wie ein roter Faden durch den mehrseitigen Bericht, auch wenn sich der Nuntius alle Mühe gab, den Übergriff auf das Gebäude auf das Schärfste zu verurteilen.

Waren die Begeisterung für deutsche Luxuskarossen und die Sympathie für deutsche Tugenden wirklich schon alles, was Pacelli aus Berlin nach Rom mit zurücknahm? Folgt man einem Teil der neueren Forschung, dann haben zwei Erfahrungen Eugenio Pacelli in Deutschland derartig nachhaltig beeinflußt, daß sie sich bei ihm unbewußt zu Handlungsmustern verdichteten und damit wenigstens zum Teil das «Schweigen» Pius' XII. zum Holocaust erklären könnten. Hier wird zum einen der Fehlschlag der Friedensinitiative angeführt. Daraus habe Pacelli ein für alle Mal den Schluß gezogen, daß sich der Heilige Stuhl bei internationalen Konflikten und namentlich kriegerischen Auseinandersetzungen prinzipiell strikt neutral zu verhalten habe, weil der Papst als *padre comune* aller Katholiken über den Kriegsparteien stehen müsse. Eine politische Einmischung kam für Pacelli aufgrund dieser Erfahrung grundsätzlich nicht mehr in Frage. Zum anderen wird das

Kulturkampftrauma zahlreicher führender Kirchenvertreter in Deutschland genannt, das Pacelli gleichfalls übernommen habe. Daß aufgrund einer politischen Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem preußischen Staat Tausende von Pfarreien nicht besetzt sein konnten und daher zahlreiche Gläubige ohne die Gnadenmittel der Kirche, ohne die heiligen Sakramente der Letzten Ölung, der eucharistischen Wegzehrung und der Absolution von allen Sünden in der Beichte sterben mußten und deshalb möglicherweise ins Fegfeuer oder gar in die Hölle kamen, war für Pacelli nichts weniger als ein seelsorgliches Desaster. Wenn die oberste Aufgabe der Kirche in der Sicherung des Seelenheils der ihr anvertrauten Schäfchen bestand, dann mußte die Lehre aus dem deutschen Kulturkampf lauten: keine Einmischung in politische Angelegenheiten, kein unnötiger Kampf mit dem Staat und notfalls – als Gegenleistung für die Garantie einer sakramentalen Grundversorgung der Gläubigen – Totalrückzug aus der Gesellschaft in die Sakristei, solange die Seelsorge garantiert war. Sollten diese Thesen zutreffen, hätten sich die nachhaltigen deutschen Erfahrungen tatsächlich zu Handlungsmustern verdichtet, dann hielte man in der Tat einen entscheidenden Schlüssel für ein besseres Verständnis der Motive seines «Schweigens» zur Judenverfolgung in der Hand.

Nach dem bisherigen Kenntnisstand spielt das Thema Antisemitismus in Pacellis Nuntiaturberichten nur eine geringe Rolle. 1920 berichtete der Nuntius vom Vorhaben des protestantischen Theologen Karl Dunkmann (1868–1932), eine interkonfessionell ausgerichtete christliche Zeitschrift herauszugeben. Der Nuntius riet dem Staatssekretariat eindringlich davon ab, das Projekt zu unterstützen; als Grund nannte er die möglichen Schäden durch eine ausschließlich theoretisch orientierte Zusammenarbeit für die katholische Sache sowie die Schwierigkeit, die religiösen Ziele von der Tagespolitik zu trennen. Er wies allerdings auch darauf hin, daß Dunkmanns Offenheit für interkonfessionelle Verständigung bereits zu Zeiten des Ersten Weltkriegs einen handfesten Grund gehabt hatte: «Seine wiederkehrende Behauptung der Notwendigkeit eines Friedens unter den Christen könnte darauf schließen lassen, daß ihn antisemitische Motive getrieben haben, die zur Zeit unter den alten Konservativen und Deutschnationalen sehr verbreitet sind.»[69]

Pacelli selbst war weit stärker mit den vermeintlichen Umtrieben des deutschen Protestantismus befaßt als mit der Beobachtung jüdischer

Gemeinden. Der Antisemitismus, der von der deutschen Rechten, insbesondere von völkisch-nationalen Kreisen ausging, war ihm gleichwohl bekannt und suspekt. Im März 1923 berichtete der Nuntius von einem im *Bayerischen Kurier* veröffentlichten anonymen Brief, der angeblich aus kirchlichen Kreisen stammte und an Kaiser Wilhelm II. gerichtet war. Es handele sich «um eine vulgäre Polemik gegen die Jesuiten, die beschuldigt werden, im Krieg gegen Deutschland mit den Juden und der jüdischen Freimaurerei zusammengearbeitet zu haben, um die christliche Welt nach Rom zurückzubringen und die protestantische Vorherrschaft Preußens endgültig zu brechen».[70] Der Brief war, wie Pacelli sogleich vermerkte, ganz offensichtlich mit dem Ziel lanciert worden, dem deutschen Katholizismus zu schaden. Der Nuntius räsonierte deshalb weitschweifig über die «protestantischen Kreise in Deutschland, die aus Neid über das wachsende Prestige des Heiligen Stuhles» die katholische Kirche angriffen. Über die Diffamierung der Juden, denen im Brief auch ein Zusammenwirken mit der «jüdischen Sowjetregierung» unterstellt wurde, verlor Pacelli kein Wort; als Nuntius fühlte er sich vor allem den Katholiken verpflichtet. Ein Jahr später mußte Pacelli erneut über völkisch-nationale Presseartikel berichten, die in dasselbe Horn stießen und behaupteten, «nicht-deutsche Mächte, der Jude und Rom», hätten in Deutschland die Macht übernommen.[71] Es ist kaum verwunderlich, daß er derartigen Parolen grundsätzlich ablehnend gegenüberstand. Diese waren in Deutschland durchaus keine Seltenheit: Die Verbindung von Antisemitismus und Los-von-Rom-Agitation war in völkisch-nationalen Kreisen bereits seit der Jahrhundertwende verbreitet.

Und dennoch läßt sich aus der katholisch begründeten Distanz zum deutschen Antisemitismus keinesfalls auf eine grundsätzlich offene Haltung Pacellis zum Judentum schließen. Antisemitische Stereotype sind nämlich durchaus in den Pacelli-Berichten zu finden. Besonders in den Berichten über die Münchener Räterepublik fallen des öfteren abfällige Bemerkungen über Juden. So wetterte der Nuntius über die «sehr harte russisch-jüdisch-revolutionäre Tyrannei».[72] Auch die Schilderung der Revolutionäre konnte mitunter recht ideologiehaltig ausfallen: «Ein Heer von Angestellten, die gehen, die kommen, die Befehle übermitteln, die Nachrichten verbreiten, und unter ihnen eine Schar junger Frauen, die wenig vertrauenerweckend aussehen, jüdisch wie erstere. … An der Spitze dieser Gruppe steht die Geliebte Leviens: eine junge Russin, jüdisch, geschieden, die wie eine Herrin

befiehlt. Und vor ihr mußte sich die Nuntiatur nur zu oft verneigen, um die Erlaubnis zur freien Durchfahrt zu erhalten. Levien ist ein Jüngling, auch er russisch und jüdisch, etwa dreißig oder fünfunddreißig Jahre alt. Blaß, schmutzig, mit leblosen Augen und rauher und vulgärer Stimme: ein wirklich ekelhafter Typ, aber dennoch mit einem intelligenten und listigen Erscheinungsbild.»[73] Immer wieder kam Pacelli in seinem Bericht auf die jüdische Herkunft der Revolutionäre zu sprechen. Ohne jede Hemmung garnierte er seine gedankliche Verbindung zwischen Judentum, Kommunismus und russischer Nationalität mit Bemerkungen über das wenig ansprechende Äußere der Revolutionäre, wobei auch ein Schuß Frauenfeindlichkeit zu erahnen ist. Die Vorstellung von der «jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung» wurde zwar von der deutschen Rechten mit ganz anderer Intensität und mit völlig unterschiedlichen Zielen propagiert; gänzlich unbeeinflußt blieb aber auch der Nuntius von solchen Parolen nicht.

Die Zitate zeigen, daß Pacellis judenkritische Tendenzen und seine gleichzeitige Distanz zur völkisch-nationalen Rechten nicht auf eine einfache Formel zu bringen sind. Scheinbar Nebensächliches und beiläufig Geäußertes gibt in vielen Fällen Aufschluß über seine Haltung gegenüber Juden. Unzählige weitere Nuntiaturberichte, die in den nächsten Jahren im Rahmen eines Langfristvorhabens der Deutschen Forschungsgemeinschaft erschlossen werden, können dazu beitragen, dieses Puzzle zu vervollständigen.

2. PERFIDE JUDEN? STREIT IM VATIKAN ÜBER DEN ANTISEMITISMUS (1928)

Der Rassenantisemitismus, der zur Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden führte, gilt als das Böse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schlechthin. Gerade der katholischen Kirche und ihrem Oberhaupt, dem römischen Papst, wurde und wird immer wieder vorgeworfen, zum Holocaust geschwiegen und letztlich dem Schicksal der Juden gegenüber gleichgültig gewesen zu sein: Anstatt öffentlich zu protestieren, sich als Anwältin der Menschenrechte vorbehaltlos auf die Seite der Verfolgten zu stellen, habe die Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus nur das eigene Überleben als Institution und die Sorge um das Seelenheil der eigenen Gläubigen im Blick gehabt und darüber die Gaskammern von Auschwitz vergessen oder zumindest verdrängt. Um die eigenen «Schäfchen» – im wahrsten Sinn des Wortes – «ins Trockene zu bringen», habe man 1933 mit dem Teufel in Gestalt Adolf Hitlers sogar einen Pakt, das Reichskonkordat, geschlossen. Dieser Teufelspakt sei, wenn man Daniel Goldhagens Pamphlet folgt, das er selbst zu Recht «als keine Übung in Geschichtsschreibung»[1] bezeichnet, Papst und Kirche leicht gefallen. Denn seiner Ansicht nach waren alle Katholiken Antisemiten: der Papst genauso wie sein Kardinalstaatssekretär, die Kardinäle genauso wie die Bischöfe, der Klerus ebenso wie die Laien. Nach Goldhagen hat also in puncto Judenhaß eine innere Affinität zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus bestanden.

Die Verteidiger der katholischen Kirche haben sich nicht schwer damit getan, diese pauschalen Vorwürfe zurückzuweisen. Denn die katholische Kirche hat bereits fünf Jahre vor der «Machtergreifung» Hitlers und der beginnenden Judenverfolgung in Deutschland und über zehn Jahre vor der Reichspogromnacht von 1938 den modernen Rassenantisemitismus eindeutig verurteilt. Am 22. März 1928 appro bierte Papst Pius XI. ein Dekret des Heiligen Offiziums, der obersten römischen Glaubensbehörde, in dem es

heißt: «Die katholische Kirche nämlich hat sich daran gewöhnt, für das jüdische Volk, dem die göttliche Verheißung bis zum Kommen Jesu Christi anvertraut gewesen ist, stets zu beten – trotz seiner späteren Verblendung, ja gerade wegen dieser Verblendung. Durch diese Liebe bewegt, hat der Apostolische Stuhl dieses Volk gegen ungerechte Verfolgungen geschützt. Und so wie er allen Neid und alle Feindschaft unter den Völkern verwirft, so verdammt er um so mehr den Haß gegen das von Gott einst auserwählte Volk, jenen Haß nämlich, den man heute mit dem Namen ‹Antisemitismus› zu bezeichnen pflegt.»[2]

Allerdings war es bis zur Öffnung der Archive nicht möglich, die genauen Hintergründe, die zur Verdammung von Judenhaß und Antisemitismus durch den Papst geführt haben, zu analysieren. Man war auf eine textimmanente Interpretation des Dekrets angewiesen. Aus dem Text selbst wird immerhin deutlich, daß die Beschäftigung des Heiligen Offiziums mit dem Thema Antisemitismus im Kontext eines Indizierungsverfahrens gegen ein von der Priestergruppe Amici Israel herausgegebenes Schriftchen mit dem Titel *Pax super Israel* stand. Nach gründlicher Prüfung hatte sich die Römische Inquisition zur Aufhebung dieser Vereinigung entschlossen. Man erkannte zwar die Absicht der Vereinsmitglieder, für die Bekehrung der Juden zu beten, als durchaus «lobenswert» an, glaubte aber feststellen zu müssen, das Priesterwerk habe in den beiden Jahren seit seiner Gründung «eine Handlungs- und Denkweise angenommen, die zum ‹sensus ecclesiae›, zum Denken der Heiligen Väter, und zur heiligen Liturgie im Gegensatz» stehe.

Wie das Verbot einer dezidiert judenfreundlichen Priestergemeinschaft mit über dreitausend Mitgliedern, der auch hochrangige Kurienkardinäle und Bischöfe angehörten, und die gleichzeitige Verdammung des Rassenantisemitismus zusammenpassen, wird aus dem Dekret selbst gleichwohl nicht deutlich. Auch die im Text genannten Urteilsgründe bleiben eher schwammig. Namentlich die Verstöße gegen die heilige Liturgie sind sehr allgemein formuliert. Die Forschung hat freilich schon vor der Archivöffnung vermutet, daß es sich dabei um Reformvorhaben im Kontext der Karfreitagsliturgie gehandelt haben könnte, weil hier judenkritische Elemente in besonderer Dichte vorkamen. Neben der Johannes-Passion, in der die Schuld des jüdischen Volkes an Kreuzigung und Tod Jesu stärker akzentuiert wird als in den Leidensgeschichten der synoptischen Evangelien,

sind hier vor allem die sogenannten Improperien und die Großen Fürbitten zu nennen. Die Improperien wurden während der Kreuzverehrung gesungen, in denen sich der am Kreuz erhöhte Herr über sein treuloses Volk beklagte. «Mein Volk, mein Volk, was tat ich dir? Betrübt ich dich? Antworte mir! Ich habe aus Ägypten dich befreit, du hältst bereit das Kreuz für deinen Retter. … Als schönsten Weinberg pflanzt' ich dich. Doch ach, wie herb warst Du für mich! Mit Essig hast Du mich getränkt in meinem Durst; durchstießest mit dem Speere deines Retters Brust.»[3] Und in der Achten Fürbitte des Allgemeinen Gebets in der Karfreitagsliturgie wurde für die «treulosen Juden», genauer in der vorgeschriebenen lateinischen Liturgiesprache «pro perfidis judaeis», gebetet.

Tatsächlich war es, wie sich anhand einer 2003 im Archiv der Kongregation für die Glaubenslehre aufgetauchten Akte im Bestand «Rerum Variarum» mit der Signatur «1928 N° 2» minutiös rekonstruieren läßt, vor allem die Qualifizierung des auserwählten Gottesvolkes Israel als «perfide Juden», die zum Ausgangspunkt eines heftigen Konflikts an der Kurie nicht nur über die Karfreitagsliturgie, sondern zugleich über das grundsätzliche Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum wie zum Antisemitismus werden sollte. Pius XI. selbst war darin genauso involviert wie das Heilige Offizium und die für die Liturgie der Kirche zuständige Ritenkongregation. Die ganze Bandbreite möglicher Einstellungen zum Judentum sollte in diesem Konflikt zutage treten: Ausgesprochene Antisemiten standen erklärten Judenfreunden, Anhänger Theodor Herzls (1860–1904) expliziten Antizionisten gegenüber. Die entscheidende Frage war: Wie ging der Papst mit diesen Spannungen innerhalb der Römischen Kurie um? Wie positionierte er sich persönlich? Welche offizielle Marschroute legte er fest? Was waren die genauen Hintergründe der päpstlichen Verdammung des Antisemitismus von 1928? Hat sich die katholische Kirche damit wirklich eindeutig von jedem Judenhaß distanziert? Oder verbergen sich hinter diesen Formulierungen noch ganz andere Intentionen?

«Laßt uns beten für die perfiden Juden»

«Oremus et pro perfidis Judaeis: ut Deus et Dominus noster auferat velamen de cordibus eorum; ut et ipsi agnoscant Jesum Christum Dominum

nostrum.» So lautete die Gebetseinladung zur Achten Fürbitte der Karfreitagsliturgie im Römischen Meßbuch von 1570, dessen Gebrauch für alle Gottesdienste in der ganzen Welt verbindlich vorgeschrieben war. Vor der Oration selbst wurde der Zelebrant in einer Rubrik darauf aufmerksam gemacht: «Non respondetur Amen, sed statim dicitur: Omnipotens sempiterne Deus, qui etiam judaicam perfidiam a tua misericordia non repellis: exaudi preces nostras, quas pro illius populi obcaecatione deferimus; ut, agnita veritatis tuae luce, quae Christus est, a suis tenebris eruantur. Per eundem Dominum nostrum.»[4] Damit auch die normalen Gottesdienstbesucher den Texten der lateinischen tridentinischen Liturgie folgen konnten, entschloß man sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts, in verschiedenen Ländern zweisprachige Volksmeßbücher herauszugeben. In Deutschland wurde das von Anselm Schott, einem Benediktiner der Abtei Beuron, im Jahr 1884 erstmals verlegte deutsch-lateinische Meßbuch zu einem Bestseller, der zahlreiche Auflagen erlebte. Fast jeder Gläubige, der etwas auf sich hielt, nahm neben dem jeweiligen Diözesangesangbuch auch den «Schott» mit in die Messe.

Die deutsche Übersetzung des Textes der Karfreitagsbitte für die Juden lautete: «Lasset uns auch beten für die treulosen Juden, daß Gott, unser Herr, wegnehme den Schleier von ihren Herzen, auf daß auch sie erkennen unsern Herrn Jesus Christus.» In der Übersetzung und kommentierten Erweiterung der Rubrik stand die Erläuterung: «Hier unterläßt der Diakon die Aufforderung zur Kniebeugung, um nicht das Andenken an die Schmach zu erneuern, mit der die Juden um diese Stunde den Heiland durch Kniebeugungen verhöhnten.» Dann folgte der Wortlaut der eigentlichen Oration: «Allmächtiger, ewiger Gott, der du sogar die treulosen Juden von deiner Erbarmung nicht ausschließest, erhöre unser Flehen, das wir ob jenes Volkes Verblendung dir darbringen: auf daß es das Licht deiner Wahrheit, welche Christus ist, erkenne und seinen Finsternissen entrissen werde. Durch Christus unsern Herrn. Amen.»[5]

Die Großen Fürbitten am Karfreitag enthielten nach dem Tridentinischen Meßbuch Pius' V. (1566–1572) neun Gebetsintentionen: Man betete für Kirche, Papst, Klerus, Herrscher, Taufbewerber und alle, die sich in Not und Gefahr befanden, sowie für Häretiker (gemeint waren die Protestanten), Juden und Heiden. Während bei allen übrigen Bitten, sogar bei der für die Ungläubigen, die Oration mit «Lasset uns beten – Beuget die Knie – Erhebet

Euch» und einem stillen Gebet eingeleitet wurde, entfiel diese Formel bei der Fürbitte für die Juden aus dem in der Rubrik genannten Grund. Neben dem Fehlen der Kniebeuge springen vor allem die Formulierungen «pro perfidis Judaeis» (für die treulosen Juden) und «judaicam perfidiam» (jüdische Treulosigkeit) ins Auge. Es verwundert nicht, daß eine Gruppe von Priestern, die sich die Versöhnung zwischen Judentum und Katholizismus auf die Fahnen geschrieben hatte, auf diese Elemente der Karfreitagsliturgie in dem Moment besonders sensibel reagierte, als der Rassenantisemitismus in Europa drastisch zunahm. Die Amici Israel sahen nämlich die Gefahr einer ideologischen Vereinnahmung der Rede von den «perfiden Juden» durch die Rassenideologen im Sinne eines liturgischen Antisemitismus.

Deshalb wurden sie Anfang Januar 1928 bei Pius XI. vorstellig. Sie baten in einem auf Latein abgefaßten Brief um eine Reform der Karfreitagsbitte für die Juden. Unterzeichnet war dieses Schreiben im Namen des Zentralkomitees des Priesterwerks der Freunde Israels. Dieses war am 24. Februar 1926 gegründet worden, also lediglich zwei Jahre vor der Reforminitiative. Als Präsident des Vereins fungierte der Generalabt der Benediktinerkongregation von Monte Cassino, Benedikt Gariador (1859–1936). Ein weiterer Ordenspriester, der Kreuzherr Anton van Asseldonk (1892–1973), hatte das Amt eines Sekretärs inne.

Die Initiative zur Gründung der Amici Israel war allerdings nicht von einem Priester ausgegangen, was überrascht, da ausschließlich Kleriker Mitglied des Vereins werden konnten. Die Idee ging vielmehr auf eine jüdische Konvertitin, auf Sophie Franziska van Leer (1892–1953), zurück. Bei ihrem Übertritt vom Judentum zum Katholizismus hatte neben dem Münchener Kardinal Michael von Faulhaber der Franziskanerpater Laetus Himmelreich (1886–1957) eine wichtige Rolle gespielt. Dieser vermittelte auch den Kontakt zwischen van Leer und van Asseldonk, der bald zu einem der Vordenker der Amici Israel werden sollte.



Der Präsident der «Amici Israel», Abt Benedikt Gariador.

Der Vereinigung gehörten im Jahr 1928 weltweit bereits neunzehn Kardinäle, zweihundertsiebenundachtzig (Erz-)Bischöfe und etwa dreitausend Priester an. Unter ihnen finden sich so herausragende Namen wie die Kurienkardinäle Pietro Gasparri, der Kardinalstaatssekretär Pius' XI., Raffaele Merry del Val, der Sekretär und damit Chef des Heiligen Offiziums, sowie Willem van Rossum (1854–1932), der Präfekt der so wichtigen Propagandakongregation. Dazu kamen mit dem General des Dominikanerordens und ehemaligen Münchener Nuntius Andreas Frühwirth und dem Erzbischof von München und Freising, Michael von Faulhaber, auch zwei profilierte deutschsprachige Kardinäle. Faulhaber hatte außerdem die Aufgabe eines Beichtvaters und geistlichen Mentors für Franziska van Leer übernommen. Der Kardinal hatte ihr sogar die Missio canonica zur Abhaltung von Bibelkursen für andere jüdische Konvertiten in München erteilt.[6] Von hier aus entfaltete die Konvertitin eine rege Werbetätigkeit für die Amici Israel.

Ob sich alle Mitglieder der Amici Israel bei ihrem Eintritt in den Jahren 1926/27 des gesamten theologischen und kirchenpolitischen Programms der Vereinigung völlig bewußt waren, das durchaus Sprengstoff enthielt, steht

dahin. Insbesondere die beteiligten Kurienkardinäle scheinen die Amici Israel zumindest ursprünglich ausschließlich für eine reine Gebetsbruderschaft zum Zweck der Konversion möglichst vieler Juden zum «wahren» katholischen Glauben gehalten zu haben. Tatsächlich konnte man das erste Werbeschreiben des Vereins aus dem Jahr 1926 durchaus in diesem Sinne interpretieren. Hier war von «einer schnelleren und barmherzigeren Bekehrung der Juden» sowie von der «Einrichtung ständiger Gebete» für diesen Zweck die Rede. Hauptthema des Schreibens war die «schnellere Rückkehr» Israels zur wahren Kirche.[7] Erst in der kleinen Broschüre *Pax super Israel,* die irrtümlich das Erscheinungsdatum 1925 trägt, tatsächlich aber erst Anfang 1928 mit dem Imprimatur des römischen Vicegerente Giuseppe Palica (1869–1936) erschien und damit über eine offizielle kirchliche Druckerlaubnis verfügte, legten die Macher der Freunde Israels ihr eigentliches kirchenpolitisches und theologisches Programm umfassend dar.[8] Ziel der Vereinigung war demnach nicht in erster Linie eine Gebetsbruderschaft für die Bekehrung der Juden. Vielmehr ging es in grundsätzlicher Weise um eine jüdisch-katholische Versöhnung, um wirklichen «Frieden mit Israel», wie bereits der Titel der Programmschrift signalisiert. Die Mitglieder der Priestervereinigung sollten sich mit besonderer Liebe dem Volk Israel als dem von Gott zuerst auserwählten Volk zuwenden. Ausgehend von einer Theologie des katholischen Weihesakraments, wonach der Priester in der Person Christi handelt, wird wegen der jüdischen Herkunft und Identität des Erlösers für jeden Kleriker eine aus diesem Umstand resultierende besondere Nähe zu den Juden postuliert. Denn: «Christus est primogenitus et veritas et caput Israel» (Christus ist der Erstgeborene, die Wahrheit und das Haupt Israels). Neben dem Gebet für Israel und seine Bekehrung sollte in der kirchlichen Verkündigung vor allem das Verständnis für das jüdische Volk und seine Religion, seine Geschichte mit Gott und sein Glaubenszeugnis geweckt werden.

Vor allem aber sollte durch das konkrete Verhalten der Freunde Israels, namentlich durch ihren Verzicht auf judenfeindlich klingende Elemente in der katholischen Liturgie, den Juden der Übertritt in die katholische Kirche erleichtert werden. Die Mitglieder hatten sich zu verpflichten, sowohl im Gottesdienst als auch im Alltag alle antisemitischen Formulierungen und Verhaltensweisen zu vermeiden. So sollte im katholischen Kontext

grundsätzlich nicht mehr von «den Juden als dem Volk der Gottesmörder», von «Jerusalem als der Stadt der Gottesmörder» oder von «der prinzipiellen Unbekehrbarkeit und Unbelehrbarkeit der Juden» die Rede sein. Auch die «unglaublichen Dinge, die man sich über die Juden erzählt, besonders der sogenannte Ritualmord» – eine Legende, in der den Juden vorgeworfen wurde, christliche Kinder zu kultischen Zwecken zu entführen und umzubringen – sollten mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Die Amici Israel schlugen sogar vor, auf den Begriff «Konversion» für die Juden grundsätzlich zu verzichten, weil dieser Ausdruck für jüdische Ohren «odioso», also häßlich, klinge. Für angemessener hielt man dagegen die Formulierung «Übergang vom Reich des Vaters in das Reich des Sohnes». Da die Juden mit den Christen den Glauben an den Gott des Alten Testaments teilten, den Jesus Christus auch als seinen Vater geoffenbart hatte, war eine Bekehrung im Sinne eines Übertritts von einer Glaubensgemeinschaft in eine ganz andere in der Sicht der Freunde Israels im Fall der Juden überflüssig. Es ging vielmehr um eine Umorientierung beziehungsweise Akzentverschiebung innerhalb des schon bestehenden gemeinsamen Glaubens. Auch jenseits von Liturgie und Theologie hatte sich jeder «Amicus Israel» aller Generalisierungen und jedes Pauschalvorwurfs gegen die Juden zu enthalten, wie sie etwa aus der Formulierung «Ihr Gott ist nur das Geld» sprechen. Jüdischen Lebensweisen, Zeremonien und religiösen Gebräuchen sollte im Gegenteil ausdrücklicher Respekt gezollt werden. Der abschließende Gebets- und Handlungskatalog gipfelt in der Aufforderung: «Jede Art von Antisemitismus ist zu vermeiden; dieser ist vielmehr ausdrücklich zu bekämpfen und mit den Wurzeln herauszureißen.»



Das Zeichen der «Amici Israel» macht ihr Ziel, die Versöhnung von Judentum und Christentum, deutlich. Der Davidstern ist mit Kreuz und Kreuzesinschrift kombiniert und wird von dem hebräischen und lateinischen Schriftzug «Schalom al Jisrael» beziehungsweise «Pax super Israel» eingerahmt.

Noch in ihrer Programmschrift sahen die Amici Israel in der katholischen Liturgie die Vollendung des mosaischen Kultes. Eine besondere Aufgabe bestand für sie daher im intensiven Studium und der Meditation des Alten Testaments als integrativem Bestandteil der Heiligen Schrift. Damit wandten sich die Freunde ausdrücklich gegen antisemitische Tendenzen, die gestützt auf judenfeindliche Motive im Christentum alles Jüdische und somit auch das Alte Testament aus der christlichen Religion eliminieren wollten. Den Mitgliedern der priesterlichen Gebetsbruderschaft wurde außerdem nahegelegt, sich als Zelebranten der Heiligen Messe in den Seelenzustand der jüdischen Zeitgenossen hineinzuversetzen. Gerade in ihren nicht selten mit antijüdischen Invektiven gespickten Predigten machten nicht wenige Priester deutlich, daß sie vom Judentum allgemein und von jüdischer Religion und Kultur im besonderen keine Ahnung hatten. Die Klagen vieler Juden über Verfolgungen von seiten der Christen wurden in *Pax super Israel* ausdrücklich als berechtigt anerkannt: Die Juden seien nicht nur dazu verurteilt, wie Jesus einmal sein Kreuz zu tragen, sondern sie müßten täglich schwere Kreuze tragen – und das seit neunzehn Jahrhunderten.

In Deutschland waren die Bischöfe von Danzig, Eduard Graf O'Rourke (1876–1943), von Eichstätt, Johannes Leo von Mergel (1847–1932), von Mainz, Ludwig Maria Hugo, und von Osnabrück, Hermann Wilhelm Berning (1877–1955), Mitglieder des Werks. Dazu kam der Kölner Kardinal und Erzbischof, Karl Joseph Schulte (1871–1941). Besondere Förderung erfuhren die Amici aber durch Kardinal Faulhaber in München, der eine institutionelle Verbindung mit dem dortigen Ludwig-Missionsverein herstellte.[9] Faulhaber verteidigte als ehemaliger Professor für alttestamentliche Exegese an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Reichsuniversität Straßburg mit Nachdruck das biblische Judentum, auch wenn er von antisemitischen Stereotypen, die Juden in eine Linie mit Freimaurern und Sozialisten stellten, nicht völlig frei war. Immerhin versprach er dem Sekretär der Amici, Anton van Asseldonk, umgehend, nicht nur durch die Verteilung von über hundert Flugblättern für den Verein zu werben, sondern stellte darüber hinaus in Aussicht, bei der Predigtschulung seines Münchener Klerus das Alte Testament künftig stärker zu berücksichtigen und dabei die Pfarrer seiner Diözese vor leichtfertigen, judenfeindlich zu verstehenden Formulierungen in ihrer Verkündigung zu warnen.[10]

Der Kardinal kam seinem Versprechen im Rahmen des Münchener *Homiletischen Kurses* vom Oktober 1927, der auch im Druck erschien, umgehend nach. Die Amici Israel sorgten daraufhin für eine lateinische Zusammenfassung seiner Thesen, die so weite Verbreitung fanden.[11] Die Kanzelredner hätten – so hieß es darin unter anderem – alles zu vermeiden, was «irgendwie antisemitisch klingt». Faulhaber stellte ferner klar, Synagoge und Kirche gehörten unabdingbar zusammen, denn ohne Judentum könne es – historisch wie sachlich – keinen Katholizismus geben. Die Propheten Israels hätten ihr Volk zwar oft wegen seines Götzendienstes, seines frevelhaften Verhaltens Gott und den Menschen gegenüber, seines Wuchertreibens, seines verderbten Kultes und nicht zuletzt wegen der Verfehlungen seiner Priester heftig getadelt. Ihre Worte hätten sich jedoch ausdrücklich und ausschließlich auf das jüdische Volk der damaligen Zeit bezogen. Aus prophetischen Drohreden mit konkretem Situationsbezug, die das Volk zur Umkehr bewegen sollten, überzeitliche Wesensaussagen über die Juden zu machen, sah Faulhaber als nicht statthaft an.

Hier kommt der Alttestamentler zum Vorschein, der die Kanzelredner warnt: Wenn man ein historisch bedingtes Prophetenwort einfach auf das

heutige Volk Israel übertrage, könne man bei den Zuhörern in der Kirche nichts anderes als «Pharisäismus» provozieren. Aus dem Alten Bund Gottes mit Israel habe die Kirche entscheidende Kernbestände ihrer eigenen Substanz übernommen, namentlich die Zehn Gebote, den Psalter und die Messianischen Weissagungen, so daß «wir als Christen ihm dafür zu Dank verpflichtet sind». Es sei wahrlich leicht, in der Predigt davon zu reden, «daß die Juden den Herrn gekreuzigt haben». Es dürfe dabei jedoch niemand vergessen, daß Christus, das Lamm Gottes, nicht nur die Sünden der ganzen Welt, sondern auch die seines eigenen Volkes auf sich genommen habe. Unter Anspielung auf den Römerbrief des Apostels Paulus stellte Faulhaber als Offenbarungstatsache fest: Israel wird gerettet und gelangt zum Heil. Nicht ohne Grund habe sich Jesus Christus in der Stunde der Erlösung der Welt am Kreuz als König der Juden bekannt. Zum Abschluß des *Homiletischen Kurses* unterstützte der Kardinal ausdrücklich das Programm der Amici Israel: Daher «bereiten wir diese Stunde der Gnade durch das Gebet vor, aus diesem Grunde tragen wir Sorge für eine weite Verbreitung der Schriften von *Amici Israel*».

In den Kontext dieser vielfältigen Bemühungen der Amici Israel um eine Versöhnung von Katholizismus und Judentum gehört das Schreiben, das Abt Gariador am 2. Januar 1928 dem Papst mit der Bitte vorlegte, in der Karfreitagsbitte für die Juden die Begriffe «perfidis» und «perfidiam» zu streichen, weil ihnen etwas «Verhaßtes» anhafte, was der ursprünglichen Gebetsintention der Kirche nicht entspreche. Ferner sollte auch in der Fürbitte für die Juden wie in den übrigen acht Bitten die Formel «Lasset uns beten – Beuget die Knie – Erhebet euch» eingefügt werden, die erst im 16. Jahrhundert «aus antisemitischen Gründen» entfallen sei.[12] Ein entsprechendes Fürbittformular ohne diese anstößigen Formulierungen lag dem Antrag bei.[13]

Das Votum der Ritenkongregation

Pius XI. reichte diese Eingabe umgehend, wahrscheinlich ohne sie selbst näher geprüft zu haben, an die zuständige Ritenkongregation weiter, die sie wiederum an ihre Liturgische Kommission überwies. Wie in den Kongregationen der Kurie üblich, wurde, bevor sich die Kardinäle des

Dikasteriums selbst mit einer Sache beschäftigten, ein Gutachter aus dem Kreis der Konsultoren hinzugezogen, der in der Regel ein ausgiebiges schriftliches Votum abzufassen hatte. Erst auf dieser Grundlage fällte die Kongregation dann in einer Sitzung ihre Entscheidung. Mit der Bearbeitung der Angelegenheit wurde Ildefons Schuster (1880–1954), der Abt des Benediktinerklosters Sankt Paul vor den Mauern in Rom, betraut. Er war ein bestens ausgewiesener Fachmann auf dem Feld der Liturgiegeschichte und seit 1914 als Konsultor der Liturgischen Kommission der Ritenkongregation tätig – insofern ein «alter Hase» in diesem Geschäft. Nach der Verfahrensordnung der Ritenkongregation wäre es die Aufgabe Schusters gewesen, ein Gutachten zur Eingabe der Amici Israel zu erarbeiten. Ob er tatsächlich ein solches Votum verfaßt hat oder sich nur auf kurze briefliche Äußerungen beschränkte, wird aus den Akten – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht deutlich. Zwar findet sich in den einschlägigen Unterlagen eine ausführliche Denkschrift, die den Reformvorschlag der Amici Israel mit liturgiehistorischen Argumenten unterstützte.[14] Leider ist dieses Votum aber nicht unterzeichnet.



Abt Ildefons Schuster sprach sich für eine Reform der Karfreitagsbitte für die Juden aus und mußte diesem «Irrtum» im Heiligen Offizium später abschwören.

Entweder handelt es sich bei diesem Dokument um das schriftliche Votum des Konsultors Schuster, das er seinem Antwortschreiben an den Präfekten der Kongregation beigelegt hat. Dafür spricht die profunde liturgiegeschichtliche Kompetenz des Verfassers. Und bei Ildefons Schuster handelte es sich nun einmal um einen anerkannten Liturgiehistoriker, der auch zum Thema selbst bereits publizistisch tätig geworden war. Außerdem war ihm die Aufgabe als Gutachter ausdrücklich «pro studio et voto» übergeben worden.[15] Für ein auf ausgiebigen Studien beruhendes Votum im eigentlichen Sinne scheinen die jeweils nur wenige Zeilen umfassenden Briefe Schusters vom 16. und 20. Januar 1928 an den Sekretär der Ritenkongregation doch ein wenig kurz zu sein. Allerdings wurde der Benediktiner im weiteren Verlauf des Verfahrens nie mehr ausdrücklich mit dem Promemoria in Verbindung gebracht. Die darin enthaltenen Argumente sollten ihm auch nie von der Inquisition, die das Verfahren später an sich zog, zum Vorwurf gemacht werden. Hier ging es immer nur um eine harte Formulierung in seinem Schreiben vom 20. Januar, in dem er im Zusammenhang mit der Karfreitagsfürbitte für die Juden von einem «abergläubischen Brauch» sprach. Auch erweckte er in seinem Brief vom 16. Januar an die Kongregation den Eindruck, sein Votum könne deshalb so kurz ausfallen, weil er den von anderen vorgebrachten «ausführlichen Argumenten» lediglich bestätigend sein eigenes «bescheidenes Votum» habe hinzufügen müssen. Diese Formulierung kann sich indes nur auf das Promemoria beziehen, das demnach nicht von Schuster sein kann, weil eben die «ausführlichen Argumente» bereits von «anderen» vorher vorgelegt worden waren.

Oder aber es handelt sich um eine Anlage der Eingabe der Amici Israel selbst. In niederländischen Publikationen über Sophie Franziska van Leer und Laetus Himmelreich wird gestützt auf nichtvatikanische Quellen davon berichtet, der Franziskaner Himmelreich habe gemeinsam mit Anton van Asseldonk «een ‹Pro Memoria› voor de Congregatie der Riten» verfaßt.[16] Leider hat sich ein Belegexemplar dieser Denkschrift in den von den holländischen Autoren herangezogenen Archivalien nicht erhalten. Himmelreich hatte außerdem auch für die Zeitschrift *Pax super Israel* einen ausführlichen Artikel mit liturgiehistorischen Argumenten für die Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden vorbereitet. Er sollte anläßlich des zweiten Jahrestags der Gründung der Amici Israel am 24. Februar 1928 in

Rom ebenfalls über eben dieses Thema referieren. Daher spricht viel dafür, daß die anonym in den Akten des Heiligen Offiziums erhaltene Denkschrift nichts anderes ist als das Promemoria Himmelreichs und Asseldonks.

Diese Denkschrift bringt die Grundanliegen der Amici Israel noch einmal treffend auf den Punkt:[17] «Während in diesen Tagen die Zahl der Freunde Israels wächst und das inständige Gebet für die Rückkehr Israels aus allen Teilen der Welt zu Gott aufsteigt und sich unterdessen die Zeichen mehren, die anzudeuten scheinen, daß der Augenblick der glorreichen Rückkehr dieses Volkes nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, mehren sich auch die Stimmen, die verlangen, daß alles, was hart oder weniger angenehm gegenüber Israel erscheinen könnte, aus gelehrten Disputationen und prinzipiell in jeder Art und Weise des Sprechens und Betens gestrichen werden soll.» Die Verfasser wiesen nach, daß seit den frühesten liturgiegeschichtlich greifbaren Zeiten eine spezielle Fürbitte für die Juden tatsächlich im Allgemeinen Gebet der Kirche täglicher Brauch war. Die großen Fürbitten am Karfreitag seien der letzte verbliebene Rest dieses umfassenden Allgemeinen Gebets. Für den Karfreitag lasse sich etwa seit dem Jahr 500 eine spezielle Gebetsintention für die Juden feststellen. Für Himmelreich und Asseldonk war auch klar: «Indem die Kirche für die Juden betet, betet sie für diese nicht wie für Fernstehende. Israel allein sieht nur nicht, daß der Schleier vor seinen Augen hängt, aber diesen Schleier kann Israel selbst nicht lüften, weil, wie Paulus sagt, dies auf spezielle Weise der Gnade Gottes vorbehalten bleibt» (Römerbrief 11,25–36). Dieser einleitende Teil des Promemorias schloß mit dem Stoßseufzer: «Oh, daß doch Gott bald die Bitten erhöre.»

In einem ersten Hauptteil setzt sich die Denkschrift mit den beiden inkriminierten Elementen der Karfreitagsfürbitte für die Juden auseinander, «die, wenn man sie falsch erklärt, der ganzen Bitte einen falschen Sinn zu geben scheinen». Zunächst ging es um den Begriff «perfidus». Hier mußten die Verfasser jedoch konzedieren, daß diese «für uns so hart klingende» Formulierung sich seit den ältesten liturgischen Codices bis zur Gegenwart durchgängig findet. Damit läßt sich vom liturgiegeschichtlichen Befund her eine Reform nicht rechtfertigen. Das beliebte Argumentationsschema – in der alten Kirche hat es das nicht gegeben, dieser Mißbrauch hat sich erst im Verlauf der Jahrhunderte, namentlich im «dunklen» Mittelalter, eingeschlichen, laßt uns in einer Reform diese Deformation beseitigen und

zur alten reinen Form zurückkehren – konnte somit hier nicht in Anwendung gebracht werden. Weil die historische Karte nicht stechen konnte, mußten die Antragsteller auf ein ganz anderes Feld ausweichen. Sie zogen deshalb die philologische Karte und klopften sprachgeschichtlich den möglichen Bedeutungswandel von «perfidus» ab. Die Frage, die sie sich stellten, lautete: «Vielleicht aber hatte dieser Ausdruck, der unsere Ohren derart zu verletzen scheint, von Anfang an diese Härte nicht?» Nach dem *Lexicon Totius Latinitatis* unterscheide sich «perfidiosus» von «perfidus» wie «ebriosus» von «ebrius», also wie «trunksüchtig» von «betrunken».[18] Die Antragssteller versuchten ihre subtile Interpretation an einem handfesten Beispiel aus dem Erfahrungsschatz mancher Kardinäle und Konsultoren deutlich zu machen: Einmal betrunken zu sein ist eben etwas ganz anderes, als ein Alkoholiker zu sein, der ständig seinen Pegel braucht. Übertragen auf das religiöse Feld hieße das: «‹Perfidus› ist einer, der den Glauben einige Male bricht, ‹perfidiosus› dagegen einer, dem der Glauben gänzlich fehlt. Gemäß dieser Erklärung müssen wir schließen, daß sich die Bedeutung dieses Begriffs stark gewandelt hat, weil das Wort ‹perfidus›, das als Lehnwort in fast alle moderne Sprachen Eingang gefunden hat, jetzt gewissermaßen eine völlige Verderbtheit auszudrücken scheint.»

Daraus schlossen die Verfasser: «Es scheint nicht wahrscheinlich zu sein, daß die Mutter Kirche, als sie diesen Ausdruck in die Heilige Liturgie einführte, diesen Begriff mit einer solch ätzenden Bedeutung versehen wollte. Nun steht aber heute aus Erfahrung eindeutig fest, daß die Christen, wenn sie Argumente für den Antisemitismus suchen, quasi immer und zuerst diese Formulierung anführen. Und weil die Kirche diese Härte nicht intendiert hatte und die Fürbitte ihr hartes Element nur aufgrund des Bedeutungswandels der Begriffe ‹perfidus› und ‹perfidia› erhalten hat, ist mit Nachdruck zu wünschen, daß diese Begriffe entweder ganz aufgegeben oder zum Besseren verändert werden.» Als mögliche Lösung wurde vorgeschlagen, «perfidiam Judaicam» einfach durch «plebem Judaicam», das jüdische Volk, zu ersetzen, wie dies im Codex Z des *Manuale Ambrosianum* aus dem 11. Jahrhundert bereits der Fall sei.[19] Zentrale Bedeutung kommt dem Hinweis zu, daß die Rede von den «perfiden Juden» in der Karfreitagsliturgie als starkes Argument für einen katholischen Antisemitismus verwendet worden sei, den die katholische Kirche damit sogar in ihren Gottesdiensten ganz selbstverständlich propagiere. Hier wird

bezeichnenderweise nicht nur ganz allgemein von katholischer Judenfeindschaft oder abschwächend von kirchlich-traditionellem Antijudaismus gesprochen, sondern der Kirche ausdrücklich liturgischer Antisemitismus unterstellt.

In einem zweiten Hauptteil untersucht das Promemoria das Fehlen der Formel «Oremus – Flectamus genua – Levate», die ursprünglich – jedenfalls bis ins Jahr 800 – wie bei allen Karfreitagsfürbitten auch bei der für die Juden enthalten war. Seit der Karolingerzeit bahnte sich eine Veränderung an, deren Gründe allerdings nicht mehr eindeutig nachzuvollziehen waren. Definitiv verschwand die Formel erst im Tridentinischen Meßbuch von 1570. «Seither versuchten die Liturgiker den geheimnisvollen Grund des Unterschiedes der Bitte für die Juden und der übrigen Karfreitagsbitten aufzuspüren, indem sie sagen, die Juden hätten in der Nacht der Passion mit dem Herrn Jesus ein schändliches Spiel getrieben und ihn kniebeugend verspottet und wegen dieser Schandtat seien wir abgeschreckt vor einer Kniebeuge im Gebet für die Juden. Dies jedoch widerspricht der Wahrheit des Evangeliums. Es kann nämlich den Juden in keiner Weise vorgeworfen werden, daß sie in jener Nacht kniebeugend mit Jesus ihr Spottspiel getrieben hätten. Solches wird nämlich ausschließlich von den römischen Soldaten erzählt, die den Herrn Jesus im Kerker bewachten.» Klarer kann man die Begründung des Fehlens der Kniebeuge für die Juden nicht ad absurdum führen. Das Promemoria schloß mit einer gebetsartigen Formulierung: «Oh daß doch diese Rubrik, eingeführt wegen des Hasses des Volkes und auf eine bloße Fiktion begründet, in unserer Liturgie verändert werde, auf daß die Rückkehr Israels zu Jesus dem Seelenhirten erleichtert werde und so die Erhabenheit des kirchlichen Gebets für Israel auch am Karfreitag ohne verdunkelnden Nebel in ihrem ursprünglichen Glanz erstrahle.»

In einem Brief an den Sekretär der Ritenkongregation Angelo Mariani vom 16. Januar 1928 kam Abt Schuster seiner Aufgabe als Gutachter in spartanischer Kürze nach.[20] Er schloß sich den Argumenten des Promemorias vorbehaltlos an und fügte als eigenes «bescheidenes Votum» den Wunsch nach einer raschen Überarbeitung der Karfreitagsbitte hinzu, «damit ihr das genommen werde, was der öffentlichen Gesinnung anderer Zeiten entspricht, sich aber schlecht mit dem Geist der Kirche vereinen läßt». Die von den Amici vorgetragenen historischen und philologischen Gründe

hatten den Liturgiefachmann offensichtlich vollständig überzeugt. Wenige Tage später, am 20. Januar 1928, kam er in einem weiteren Schreiben an Mariani auf sein Anliegen zurück und bemerkte, «der dreifache Vorschlag bezüglich der Ersetzung des Wortes ‹perfidis›, des ‹Oremus› und des Kniefalls scheint mir völlig gerechtfertigt durch die klassische Tradition der römischen Liturgie. Es geht im Grunde darum, einen späten und abergläubischen Brauch wieder abzuschaffen.»

Ritensekretär Mariani ließ umgehend die Lesart des Codex Z des *Manuale Ambrosianum* überprüfen, welche das Promemoria nach der Ausgabe von Marcus Magistretti (1862–1921) von 1904 als Vorbild für die geplante Reform zitiert hatte.[21] Tatsächlich fand sich dort statt «Iudaicam perfidiam» (jüdische Treulosigkeit) die Formulierung «plebem Iudaicam» (jüdisches Volk). Die Gebetseinladung lautete jedoch auch in diesem Formular aus dem 11. Jahrhundert «Oremus et pro perfidis Iudaeis», so daß das *Manuale Ambrosianum* als direkte Vorlage für die reformierte Karfreitagsfürbitte ausschied, weil auch dort – wenn auch nur einmal und nicht zweimal wie in der tridentinischen Fassung – der inkriminierte Begriff «perfidus» vorkam.[22]

In einer mit «Variazioni» überschriebenen Zusammenstellung ließ sich die Liturgische Kommission der Ritenkongregation die wesentlichen liturgiegeschichtlichen Fakten noch einmal auflisten.[23] Man kam zu dem Ergebnis: Der Begriff «perfidiam» findet sich in allen Meßbüchern und Sakramentarien. Die Kniebeuge fiel erst im 9. Jahrhundert weg, und zwar zunächst in nicht-römischen Liturgien. Das Oremus wurde ab der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts nach und nach weggelassen. Es findet sich aber noch in Pariser und Venezianischen Meßbüchern des 16. und 17. Jahrhunderts; zuletzt in einer Ausgabe von 1676.

Trotz dieses historisch nicht ganz eindeutigen Befundes schloß sich die Liturgische Kommission der Ritenkongregation in ihrer Sitzung am 18. Januar 1928 der Argumentation der Denkschrift und dem Votum Schusters an und kam zu dem Schluß, dem Reformvorschlag der Amici Israel zu folgen und die Karfreitagsfürbitte entsprechend zu ändern.[24] Man wollte in der zuständigen römischen Kongregation jeglichen liturgischen Antisemitismus beseitigen und dadurch ein klares Signal setzen. Allem Stammtischgerede auch katholischer Biertrinker sollte, in einer Zeit, als der Antisemitismus in Europa salonfähig wurde, ein viel verwendetes Argument

genommen werden, das lautete: Antisemitismus sei doch gar nicht so schlimm, im Gegenteil, er entspreche sogar bester kirchlicher Tradition, habe man doch gerade an Karfreitag wieder für die perfiden Juden gebetet, denen man beim Glauben sowenig trauen könne wie beim Geld.

Vor dem Tribunal des Heiligen Offiziums

Vor der Publikation jeder Entscheidung, zumal einer Reform eines liturgischen Textes vom Rang der Karfreitagsfürbitte, mußte die Ritenkongregation wie jede andere römische Behörde, wenn Glaubensfragen auf dem Spiel standen, die Zustimmung des Heiligen Offiziums einholen. Der Sekretär der Ritenkongregation Mariani übersandte daher mit Schreiben vom 25. Januar 1928 die gesamten Akten an den Assessor der obersten Glaubensbehörde, Nicola Canali (1874–1961).[25] Alles deutete auf eine rasche Bestätigung des Beschlusses der Ritenkongregation durch die Suprema hin. Die Überprüfung schien zu einer Routineangelegenheit zu werden, zumal Kardinalsekretär Merry del Val selbst eingeschriebenes Mitglied der Amici Israel war. Doch im Heiligen Offizium wendete sich überraschend das Blatt. Von einem Durchwinken der Entscheidung der Ritenkongregation konnte keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden und die Antragsteller der Amici Israel selbst sollte zu einem großen Inquisitionsfall werden! Erstmals lassen sich hier kurieninterne Diskussionen und Streitigkeiten verschiedener Kongregationen und Personen über den Umgang der Kirche mit dem Thema Juden und Antisemitismus nachzeichnen.

Zunächst kamen in einer ersten Stufe des Verfahrens die Konsultoren zum Zug. Ein Gutachter hatte ein schriftliches Votum zu verfassen, das in der Konsultorenversammlung zu diskutieren war, bevor sich die Kardinäle der Kongregation des Themas annehmen konnten. Mit dem fälligen Gutachten wurde nicht irgendein Konsultor beauftragt, sondern der päpstliche Hoftheologe, der Dominikanerpater Marco Sales (1877–1936), der der Suprema ex officio angehörte und als Ohr und Mund des Heiligen Vaters in der Kongregation galt. Wie üblich faßte der Gutachter für die Konsultoren und Kardinäle zunächst den bisherigen Verlauf der Causa zusammen.[26] Sales referierte über den Vorstoß der Amici sowie das Promemoria, gab das

Votum und den Beschluß der Ritenkongregation samt alter und neuer Gebetsformel wieder und kam dann zu seiner eigenen Ansicht. Der Dominikaner mußte zugeben, daß auch er in dogmatisch-lehramtlicher Perspektive der gewünschten Reform sein «Nihil obstat» nicht verweigern konnte: «Wenn man die vorgelegte Frage nur unter dem Aspekt der Lehre und des Glaubens betrachtete, wäre nichts dagegen einzuwenden.» Das aber war doch die eigentliche Aufgabe des Heiligen Offiziums als Vorläufer der *Glaubens*kongregation. Sales wich indes bereits im zweiten Satz seines Gutachtens auf eine andere Ebene, die der «Convenienza», aus: «Wenn man nach der Nützlichkeit der Reform fragt, so bin ich der demütigen Auffassung, daß sie nicht existiert.»

Zum einen waren die Amici Israel für den Dominikaner eine «cosa privata», ein privater Club – eine Charakterisierung, die angesichts der hochrangigen Mitglieder nur verwundern kann. «Wenn man nun die altehrwürdige, bis in die Antike zurückreichende heilige Liturgie auf die einfache Eingabe der einen oder anderen privaten Gesellschaft hin ändern würde», fuhr Sales fort, «käme man zu keinem Ende. Denn wie die ‹Freunde Israels› alles, was für jüdische Ohren hart klingt, unterdrückt sehen wollten, so könnte – um nur ein Beispiel zu nennen – morgen ein anderer Verein wünschen, im Glaubensbekenntnis den Namen von Pontius Pilatus zu streichen, weil er dadurch die Autorität der Römer in Frage gestellt sehen würde.» Aus dem gleichen Grund könne man auch die Abschaffung der Improperien der Karfreitagsliturgie verlangen. In diesen Drohreden stünden für die Juden wesentlich härtere Formulierungen als nur der Begriff «perfidia». Ferner könnte man – so Sales nicht ohne Zynismus – auch die Streichung der Fluch-Psalmen aus der Liturgie verlangen, «unter dem trügerischen Vorwand, daß von ihnen Hass ausgeht, und sie der von unserem Herrn Jesus Christus gepredigten Nächstenliebe widersprechen».

Zum zweiten wies der päpstliche Hoftheologe mit Nachdruck die in dem Promemoria vorgenommenen philologischen Überlegungen, namentlich die Unterscheidung zwischen «perfidus» und «perfidiosus», zurück. Für ihn war klar, daß «‹perfide› gemeinhin der genannt wird, der das gegebene Wort oder den abgeschlossenen Vertrag bricht», besonders, wenn ein derartiges Verhalten zur Gewohnheit geworden ist. «Nun ist es aber genau das, was Gott selbst den Juden in der Schrift vorwirft.» Als Beleg seiner Behauptung führte Sales drei Stellen aus dem Alten Testament an. Er verwies auf

Passagen aus dem Fünften Buch Mose, in denen die Juden ausdrücklich als Bundesbrecher bezeichnet werden (Deuteronomium 31,16.20.27), auf Psalm 78,57, wo es heißt: «Wie ihre Väter fielen sie treulos von ihm ab, sie wandten sich ab, wie ein Bogen, der versagt» sowie auf das Zweite Buch der Könige 17,15: «Sie verwarfen seine Gebote und den Bund, den er mit ihren Vätern geschlossen hatte.» Diese im Alten Testament dokumentierte negative Sicht der Juden fand der Gutachter auch vom heiligen Stephanus im Neuen Testament, «der sie gut kannte», bestätigt: «Ihr Halsstarrigen, ihr, die ihr euch mit Herz und Ohr immerzu dem Heiligen Geist widersetzt, eure Väter schon, und nun ihr auch» (Apostelgeschichte 7,51). Aufgrund dieser biblischen Belege stand für den Dominikaner, der sich in seinen Publikationen als Vertreter der klassischen Schule katholischer Bibelauslegung einen Namen gemacht hatte, fest: «Es ist klar, daß nur die Juden einen Pakt mit Gott und einen Bund mit ihm hatten, und daß nur die Juden diesen Pakt ständig gebrochen haben, und daß nur sie ihn ständig weiter brechen. Daher muß es nicht verwundern, daß sie als ‹perfidi› bezeichnet werden und man den Ausdruck ‹perfidia Iudaica› zur Unterscheidung von den Heiden benutzt.»

Zum dritten: Die liturgiehistorischen Differenzierungen der Ritenkongregation hinsichtlich des Wegfallens der Kniebeuge und des «Oremus» sowie des Einfügens von «perfidis» beziehungsweise «perfidia» ließ der päpstliche Hoftheologe nicht gelten. Ohne jegliche Differenzierung behauptete er lapidar, alle drei Elemente in der Liturgie der Karwoche gingen auf ein «ehrwürdiges Altertum» zurück und entzögen sich damit von selbst jeder Reformierbarkeit. Schließlich könne niemand den heiligen Pius V., auf den das gültige Missale von 1570 zurückgehe und «der sich stets mit Nachdruck für die Juden eingesetzt hat, des Antisemitismus oder seiner Förderung bezichtigen». Durch diese Formulierung insinuierte der Dominikaner, daß die von diesem Papst approbierte Karfreitagsfürbitte für die Juden eo ipso keinen antisemitischen Sinn haben könne – eine weit hergeholte und sehr bemüht wirkende Behauptung.

Außerdem hätten die Juden – so Sales abschließend – die Verantwortung für die Kreuzigung Christi durch die Formulierung «Sein Blut komme über uns und unsere Kinder» (Matthäus 27,25) doch ausdrücklich selbst übernommen. Deshalb gab es für ihn «keinen plausiblen Grund, warum man diese von den Amici Israel vorgeschlagene Veränderung annehmen soll».

Sales kam in «tiefster Unterwürfigkeit», wie die damalige Schlußformel eines Konsultorenvotums des Heiligen Offiziums lautete, zu dem Schluß: «Nihil esse innovandum» – nichts soll geändert werden. Damit war der Reformvorschlag der Karfreitagsbitte für die Juden, jedenfalls auf Konsultorenebene, klar abgelehnt.

Für die Amici sollte es indes noch viel schlimmer kommen: Ihre Bitte um Reform der Karfreitagsbitte für die Juden und die positive Entscheidung dieser Angelegenheit durch die Ritenkongregation rückte nämlich überraschenderweise die Priestervereinigung und ihre Vordenker selbst ins Visier der obersten Glaubenshüter. Obwohl sich das Heilige Offizium, wie das Votum von Sales belegt, eigentlich nur mit der dogmatischen Korrektheit der liturgischen Reform zu beschäftigen hatte, entwickelte das Verfahren eine hohe Eigendynamik. Freilich war ein Vorgehen der Suprema gegen die Amici Israel angesichts der Mitgliedschaft prominenter Kardinäle und Bischöfe und der Zahl von über dreitausend Priestern und Ordensleuten von vornherein eine äußerst delikate Angelegenheit.

Zum Auslöser der prinzipiellen Auseinandersetzung des Heiligen Offiziums mit den Amici Israel und ihren Zielen wurde eine gedruckte Einladung zum zweiten Jahrestag der Gründung der Priestervereinigung, die an alle Mitglieder ging. Bei der geplanten Jahresversammlung, die am 24. Februar 1928 im Saal der Cancelleria Apostolica in Rom stattfinden sollte, beabsichtigte Pater Himmelreich über die Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden zu sprechen, Anton van Asseldonk wollte über den Zionismus referieren. Diese Einladungskarte erhielt – mitten in den Beratungen über die Karfreitagsfürbitte – als Mitglied der Vereinigung auch der Sekretär des Heiligen Offiziums, Kardinal Merry del Val.[27]

Merry del Val galt an der Kurie als Hardliner. Als Kardinalstaatssekretär Pius' X. von 1903 bis 1914 zeichnete er entscheidend für die Verfolgung der sogenannten Modernisten in der katholischen Kirche verantwortlich. Alle Priester und Theologen, die sich für Reformen in der Kirche eingesetzt hatten, weil sie Katholizismus und Moderne, Glauben und Wissen, Dogma und moderne Wissenschaft, Kirche und Naturwissenschaft, katholisches Denken und Demokratie grundsätzlich für vereinbar hielten, waren dem Kardinal suspekt. Zwar hatte Papst Benedikt XV. die «Ketzerfresserei» seines Vorgängers beendet und manche zu Unrecht gemaßregelte Geistliche rehabilitiert, in vielen Kreisen der Römischen Kurie bestand aber nach wie

vor eine große Skepsis gegenüber der Moderne und all ihren Exponenten. Zu den Vertretern dieser Neuerungen gehörten für manche in Rom auch die wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Juden, die die Rechte und Freiheiten, welche die Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts gebracht hatte, erfolgreich nutzten, während die Katholiken vielen Antimodernisten und Integralisten im Vatikan als die großen Verlierer der Modernisierungsprozesse der Neuzeit galten. Diese Mentalität prägte auch Merry del Val, der 1914 als Kardinalstaatssekretär abserviert worden war und dem es später bei der Papstwahl des Jahres 1922 nicht gelungen war selbst zu reüssieren. Als Vertreter eines extrem reaktionären Flügels war er im Kardinalskollegium nicht mehrheitsfähig. Stattdessen setzte sich als Kompromißkandidat Achille Ratti im Konklave durch. Pius XI. berief aber nicht, wie von manchen gehofft, Merry del Val wieder zum Staatssekretär. Vielmehr behielt er mit Pietro Gasparri den Staatssekretär seines Vorgängers bei und signalisierte dadurch, daß er in bezug auf Politik und Gesellschaft nicht auf Defensive und Abgrenzung, sondern auf Kompromißbereitschaft und Verhandlungslösungen setzen wollte. Als Trostpflaster bekam Merry del Val das drittwichtigste Amt an der Römischen Kurie und wurde Sekretär des Heiligen Offiziums. Gerade in der obersten Glaubensbehörde konnte er seine antimodernistischen Affekte nun voll ausleben.



Der Chef des Heiligen Offiziums, Raffael Merry del Val, nahm sich selbst der Bitte um eine Reform der Karfreitagsfürbitte an und wies jegliche Reform der Liturgie vehement zurück.

Der integralistische Kardinal war den Amici Israel beigetreten, weil er sie für eine fromme Bruderschaft gehalten hatte, die ausschließlich für die Bekehrung der Juden zum Katholizismus beten wollte. Möglichst viele durch die Kraft des Gebets bekehrte und damit vor der ewigen Verdammnis gerettete Juden – das paßte durchaus in das Weltbild des Kardinals. Der liturgische Reformvorschlag und das in seinen Augen zionistenfreundliche Programm der geplanten Jahresversammlung brachten Merry del Val jedoch gegen die Gruppe auf. Er fühlte sich von den Machern durch das erste Werbeflugblatt von 1926 hinters Licht geführt und reagierte nach einem bei ihm fest eingespielten Handlungsmuster – mit Verdammung und Verbot. Zunächst durfte die Jahresversammlung der Amici nicht in Rom stattfinden. Das Verbot des römischen Vikariats dürfte auf Veranlassung Merry del Vals erfolgt sein.[28]

Da das Heilige Offizium nicht nur allgemein für alle Fragen des Glaubens und der Sitte zuständig war, sondern auch die Buchzensur zu einer seiner Hauptaufgaben gehörte, leitete Merry del Val umgehend eine Untersuchung des siebenundsechzig Seiten umfassenden Bändchens *Pax super Israel* ein.

Normalerweise kam ein Indizierungsverfahren nur aufgrund einer Denunziation in Gang, die Kongregation wurde also erst wegen einer Anzeige von außen tätig. In diesem Fall kam die Denunziation jedoch von innen, der Ankläger war zugleich der Richter. Und: Merry del Val hatte es eilig. Anstatt auf das gründliche, aber meist recht langwierige Prozedere eines Buchverbots zurückzugreifen, das zumindest ein gedrucktes Gutachten aus der Feder eines Konsultors voraussetzte, das zuerst von der Konsultorenversammlung, dann von den Kardinälen geprüft werden mußte, schlug der Kardinalsekretär einen anderen, wesentlich rascher zum Ziel führenden Weg ein. In einem feierlichen päpstlichen Dekret sollten ausdrücklich einzelne Sätze aus diesem Werk als besonders gefährlich beziehungsweise dem Glauben der katholischen Kirche widersprechend verurteilt werden. In einer Kurzzusammenfassung für den internen Gebrauch der Kongregation wurde die eigentliche Intention der Broschüre so formuliert: «Die ganze Haltung dieses Bändchens ist dezidiert positiv für die Juden mit recht ungünstigen Unterstellungen gegenüber der Kirche und ihren Dienern. Als ob die Braut Christi einer Nachlässigkeit oder schlimmer noch einer ungerechtfertigten Aversion gegenüber dem Volk, das das auserwählte genannt wird, angeklagt wäre.»[29] Die Amici Israel haben demnach der Kirche ausdrücklich den Vorwurf der Judenfeindschaft beziehungsweise des Antisemitismus gemacht.

Merry del Val ließ eine Liste mit einigen «irrigen oder schlecht klingenden Aussagen» anfertigen, die ein namentlich nicht mehr greifbarer Mitarbeiter der Kongregation mit Angabe der Fundstelle und kommentierenden Bemerkungen versah. Schließlich wurden sechs «gefährliche Wendungen» in sogenannten Propositionen zusammengefaßt und theologisch beurteilt.[30]

1. Zunächst wurde dem Satz, Christus sei der Erstgeborene und die Wahrheit und das Haupt Israels, auf den sich die gesamte Argumentation der Schrift stützt, nur eine sehr eingeschränkte Geltung zuerkannt. Weil man diese biblische Aussage nicht einfach negieren konnte, versuchte das Heilige Offizium, sie zu relativieren: mit dem Argument, nicht alle Abkömmlinge Israels dem Fleische nach seien, wie Paulus sagt, auch wahre Israeliten im geistlichen Sinn.
2. Die Behauptung der Amici Israel, die Juden verbinde ein gemeinsames Priestertum mit der katholischen Kirche, blieb dem Mitarbeiter des Heiligen Offiziums völlig unverständlich. Da die Juden «doch in ihrem

überlieferten Starrsinn verharren», könne es eine solche Verbindung zwischen Synagoge und Kirche nicht geben.

3. Auch der Konversionsbegriff der Freunde Israels, die statt von Bekehrung und Übertritt vom Judentum zum Katholizismus von einem eher sanften «Übergang aus dem Reich des Vaters in das Reich des Sohnes» sprachen, stieß auf entschiedene Ablehnung. Für den Gutachter waren diese Formulierungen «geradezu unerhört». Empört fragte er, wie die Juden, die mit denjenigen gemeinsame Sache gemacht hätten, die Jesus ans Kreuz geschlagen und damit Gottes Sohn getötet hätten, überhaupt dem Reich des ewigen Vaters angehören könnten.
4. Die Feststellung der Amici Israel, es bestehe ein enges geistliches Band zwischen Juden und Katholiken, hielt der Gutachter schlicht für ein «tollkühnes Prinzip», ja sogar für «eine unehrerbietige Ermahnung gegenüber der Kirche». Für ihn könnten Juden und Katholiken im Gnadenleben schlicht und ergreifend nicht verbunden sein. Hier klaffe ein garstiger Graben.
5. Zumindest Verwunderung riefen die Ausführungen in der Schrift *Pax super Israel* hervor, in denen die Aussagen der Kirchenväter über die Juden als zum Teil unbegründet hart charakterisiert werden. Der Vorwurf, dieses Fehlurteil resultiere aus einem Unverständnis der Väter für die Juden, brachte den Bearbeiter auf die Palme. Denn die Schriften der Kirchenväter und vor allem ihre Auslegung der Heiligen Schrift galten als entscheidende Quellen der katholischen Erkenntnislehre. Ihre Autorität in Frage zu stellen, rührte an die Grundlagen der neuscholastischen katholischen Dogmatik und Fundamentaltheologie.
6. Die Amici hatten ihre Aussagen zum Verhältnis zwischen Katholiken und Juden stets grundsätzlich biblisch begründet. Hier witterte der Mitarbeiter des Heiligen Offiziums – ohne dies explizit zu formulieren – nichts weniger als Kryptoprotestantismus. Er verstieg sich bei der Zurückweisung des Schriftprinzips zu einer auch für die katholische Theologie der damaligen Zeit äußerst problematischen Formulierung: Die gesunde katholische Theologie lehre, daß die ursprüngliche Quelle der Offenbarung nicht die Heilige Schrift, sondern die Tradition sei. Diese Behauptung widerspricht eindeutig den Aussagen des Konzils von Trient, wonach Schrift und Tradition die beiden Erkenntnisquellen sind, wobei

man die Reihenfolge des tridentinischen Dekrets durchaus beachten sollte: erst die Schrift und dann die Tradition.

Kardinalsekretär Merry del Val hatte während des laufenden Verfahrens den Arbeitsauftrag für die Römische Inquisition im Hinblick auf die Amici Israel erweitert. Neben der Karfreitagsfürbitte sollte es nun auch um die Programmschrift gehen. Daher beschäftigten sich die Konsultoren in ihrer Sitzung vom 27. Februar 1928 einerseits mit dem Votum Sales' und andererseits mit den sechs Propositionen.[31] Ohne große Diskussion lehnten sie, dem Gutachten des päpstlichen Hoftheologen folgend, die Reform der Karfreitagsfürbitte ab. Anstatt sich aber nun auf der Basis der sechs als gefährlich oder zumindest anstößig qualifizierten Aussagen aus *Pax super Israel* für ein Buchverbot entweder in der feierlichen Form eines päpstlichen Breve oder in der regulären Form einer einfachen Indizierung auszusprechen, wie es die Aktenlage eigentlich nahegelegt hätte, holten die Konsultoren zu einem Rundumschlag aus. Sie verlangten überraschenderweise angesichts der «gefährlichen Wendung», welche das Zentralkomitee der Amici Israel genommen habe, sogar eine Aufhebung des Vereins. Aufhorchen läßt auch ein anderer Abschnitt ihres Beschlusses: Abt Schuster sollte wegen seiner anstößigen Äußerungen vor das Tribunal zitiert und aufs schärfste ermahnt werden. Daß ein Gutachter einer Kongregation, der nur seinen Job gemacht hatte und dessen Meinung von seinen Auftraggebern, den Kardinälen der Ritenkongregation, einmütig für richtig befunden worden war, von Konsultoren einer ganz anderen Kongregation (wenn auch der Suprema des Heiligen Offiziums) für seine Gutachtertätigkeit zur Rechenschaft gezogen und getadelt werden sollte, ist ein einmaliger Vorgang in der neueren Kuriengeschichte.

Am 7. März 1928 beschäftigten sich schließlich – und das ist die zweite Stufe eines Verfahrens vor dem Heiligen Offizium – die Kardinäle der Inquisition mit dem Thema. Kardinalsekretär Merry del Val selbst trug ein ausführliches Votum vor.[32] Daß der Chef der obersten Glaubensbehörde eine Causa eigenhändig bearbeitete, war relativ selten. Bis in die Handschrift und einzelne Formulierungen seiner Stellungnahme hinein kann man spüren, wie aufgebracht der Kardinal war, wie sehr er sich hinters Licht geführt fühlte, wie sehr er sich zum Aushängeschild einer aus seiner Sicht kirchenpolitisch und theologisch äußerst brisanten Angelegenheit

instrumentalisiert sah. Dem Treiben der «sogenannten Freunde Israels» mußte aus seiner Sicht ein rasches und gründliches Ende bereitet werden.

Das Votum Merry del Vals zerfällt in drei Teile. Grundsätzlich wies er den Reformvorschlag der Amici Israel als «völlig unakzeptabel, ja sogar unsinnig» zurück. Bei den Karfreitagsfürbitten handele es sich um einen besonders alten und ehrwürdigen Ritus der katholischen Kirche, den man nicht mal eben so zur Diskussion stellen könne. Die Liturgie sei über Jahrhunderte hinweg «inspiriert und geheiligt» und bringe «die Abscheu für die Rebellion und den Verrat des erwählten, treubrüchigen und gottesmörderischen Volkes» treffend zum Ausdruck. Für den Sekretär des Heiligen Offiziums stellte die Karfreitagsliturgie gleichsam eine Summe der Heiligen Schrift und der Aussagen der Kirchenväter über die Juden dar. Was das Neue Testament den katholischen Gläubigen über dieses Volk vermitteln wollte, sah Merry del Val in der einschlägigen und oft zitierten Szene der Matthäus-Passion zusammengefaßt: Als Pilatus Jesus freilassen wollte, forderten die Juden mit Nachdruck die Freilassung des Barrabas. Als Pilatus seine Hände in Unschuld wusch, rief das jüdische Volk aus: «Sein Blut komme über uns und unsere Kinder» (Matthäus 27,25). Nicht ohne innere Logik wies der Kardinal darauf hin, daß es angesichts der insgesamt äußerst judenkritischen Architektur der ganzen Karfreitagsliturgie nicht ausreichen würde, falls man sich überhaupt zu einer Reform entschlösse, nur die Fürbitte zu verändern: «In Übereinstimmung mit dieser seltsamen Forderung müßte man den größten Teil der Karfreitagsliturgie abschaffen, die Drohreden, die Lesungen aus dem heiligen Augustinus und so weiter.»

Freilich sei in der Heiligen Schrift und ihrer liturgischen Aktualisierung und Verdichtung am Todestag des Herrn nicht von den einzelnen jüdischen Gläubigen, sondern ausschließlich vom Kollektiv des jüdischen Volkes die Rede. Das Volk als solches ist für Merry del Val verdammt. Es habe seine heilsgeschichtliche Sendung verfehlt. Für den einzelnen Juden als Individuum bestehe aber – wie Merry del Val nicht ohne Zynismus bemerkt – selbstverständlich jederzeit die Möglichkeit der Konversion zur katholischen Kirche. Und in der Tat: Nach katholischer Auffassung konstituiert die Taufe und ausschließlich sie, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Volkszugehörigkeit, die Mitgliedschaft im neuen Gottesvolk. Christ wird man durch die Taufe, Jude ist man durch die Geburt durch eine jüdische Mutter. Von einzelnen jüdischen Menschen, so führt Merry del Val

weiter aus, ist in der Karfreitagsliturgie und namentlich den Fürbitten nicht die Rede. Dort handele es sich «um das immer schon starrköpfige jüdische Volk, auf dem der Fluch lastet, daß es als Volk mit seinen Grundsätzen die Verantwortung dafür übernehmen wollte, das Blut des Heiligen der Heiligen vergossen zu haben». Anklänge an eine völkisch motivierte Interpretation sind hier nicht zu überhören. Diese sollten sich im weiteren Verlauf des Votums noch weiter verschärfen.

Zunächst ging Merry del Val jedoch ausführlich auf den gegenwärtigen «ebraismo» ein. Die Ausführungen des Apostels Paulus im Römerbrief über Israels Ungehorsam, die in dem Jesaja-Zitat kulminieren, «Den ganzen Tag habe ich meine Hände ausgestreckt nach einem ungehorsamen und widerspenstigen Volk» (Römer 10,21 nach Jesaja 65,2), bildeten den Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Als Ergebnis einer von einem tiefen Pessimismus geprägten Analyse der Gegenwartssituation hielt er fest: «Jener Tag dauert immer noch an. Der Hebraismus mit all seinen vom Talmud inspirierten Sekten ist immer noch in treuloser Weise (‹perfidamente›) dem Christentum entgegengesetzt, und heute nach dem Krieg erhebt er sich mehr denn je und versucht, das Reich Israel wieder aufzubauen, in Opposition zu Christus und seiner Kirche.» Aus diesen Formulierungen wird zugleich deutlich, was der Kardinal unter «Hebraismus» eigentlich verstand, wo er im jüdischen Bereich den Hauptgegner der Kirche ausmachte. Es ist der Zionismus, dessen Visionen von einer Rückkehr der Juden in das gelobte Land, ihrer Wiederansiedlung in Israel und der Errichtung eines eigenen jüdischen Staates ihn offenbar zutiefst beunruhigten.

Ausgehend von seiner pessimistischen Weltsicht richtete der Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums eine rhetorische Frage an die Amici Israel und ihre optimistische Gegenwartsanalyse, nach der sich angeblich die Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Umkehr Israels mehrten. «Wo ist dieser unterstellte Beginn der Reue des jüdischen Volkes?», fragte Merry del Val und antwortete: «Ich möchte nicht, daß die Amici Israel, ohne es zu merken, in eine Falle tappen, die von denselben Juden ersonnen wurde, die überall in die moderne Gesellschaft eindringen und mit allen Mitteln versuchen, die Erinnerungen an ihre Geschichte zu zerstreuen und die Gutgläubigkeit der Christen auszunützen.» Das heißt im Klartext nichts anderes als: Der Kardinal sah in den Amici Israel die fünfte Kolonne einer jüdischen Weltverschwörung. So wie die Juden alle modernen Gesellschaften

insgeheim unterwanderten – und hier greift Merry del Val auf einen klassischen Topos der antisemitischen Rhetorik jener Tage zurück –, so versuchten sie es jetzt auch bei der katholischen Kirche. Vor dieser Infiltration mußten die aus seiner Sicht naiven Freunde Israels geschützt werden. Nach diesem Exkurs kam Merry del Val auf das eigentliche Thema des ersten Teils seiner Einlassungen zurück und zog den Schluß: Er sei gänzlich gegen irgendeine Veränderung oder Weglassung des Karfreitagsgebetes für die Juden und des dazugehörigen Ritus. Deshalb habe das Heilige Offizium auf die entsprechende Anfrage der Ritenkongregation zu antworten: «Negative et amplius»!

Was er mit dem «amplius», dem «darüber hinaus» meinte, machte der Kardinalsekretär im zweiten Teil des Votums deutlich, in dem es um die Vereinigung der Amici Israel selbst ging. Deren Grundsätze und Pläne hielt Merry del Val für grundsätzlich tadelnswert und sogar für schändlich. Besonders aufschlußreich ist die geistesgeschichtliche Einordnung des Priestervereins, die der Kardinal vornahm. Für ihn war «diese Gemeinschaft mehr oder weniger im Rahmen des Interkonfessionalismus und religiösen Indifferentismus anzusiedeln». Damit gab sich Merry del Val als ausgesprochener Antimodernist zu erkennen, denn diese Stichworte hatten bereits bei der Verurteilung des Modernismus durch Pius X. zwei Jahrzehnte zuvor eine entscheidende Rolle gespielt. Nach dieser grundsätzlichen Vorbemerkung setzte sich der Kardinal mit den entscheidenden Prinzipien von *Pax super Israel* auseinander. Er versuchte dabei, die einzelnen Ansichten der Amici Israel bereits durch die Art und Weise, wie er sie in seinem Votum aufgriff, lächerlich zu machen. Man muß den Text seiner Stellungnahme ausführlich zitieren, um das ganze Ausmaß der beißenden Ironie, mit der er die Freunde Israels überzog, zu erfassen: «Man soll nicht von der Konversion der Juden sprechen, sondern von einem einfachen Übergang einer wenig vollkommenen Sache in eine vollkommenere Sache. Man soll anerkennen, daß die jüdische Religion eine Offenbarungsreligion ist, ohne dabei sagen zu dürfen, daß eine solche Offenbarung keinen Wert hat, als lediglich im Hinblick auf die christliche Offenbarung und den Glauben an Christus, durch den sie sozusagen absorbiert wird. Man soll anerkennen, daß die Juden ein Priestertum haben und … man soll das Judentum und das Christentum quasi nah beieinander und in Harmonie leben lassen. Man behauptet, daß die Apostel das jüdische Volk nicht

‹gottesmörderisch› genannt haben, während der heilige Petrus doch öffentlich in seiner Rede an das jüdische Volk im Bogengang Salomons sagte, ‹Den Urheber des Lebens habt ihr getötet, aber Gott hat ihn von den Toten auferweckt. Dafür sind wir Zeugen› (Apostelgeschichte 3,15). Man soll nicht von den Ritualverbrechen jüdischer Sekten sprechen, nicht von ihrer Vereinigung mit der Freimaurerei und auch nicht von der Wucherei, die von ihnen im großen Stil gegen die Christen ausgeübt wird, und so weiter, und so weiter.» Auch hier greift Merry del Val auf gängige antisemitische Topoi seiner Zeit zurück. Es verwundert nicht, daß der Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums für eine Aufhebung der Vereinigung Amici Israel, zumindest aber für eine ausdrückliche Beschränkung auf eine einfache Gebetsvereinigung für die Bekehrung der Juden plädierte. Ferner verlangte er die Rücknahme der bisher an die Mitglieder seitens des Generalkomitees ergangenen Handlungsmaximen sowie die Einziehung der Broschüre *Pax super Israel.*

Im abschließenden dritten Teil des Votums geriet, wie schon im Beschlußvorschlag der Konsultoren, der Gutachter der Ritenkongregation, Abt Schuster, ins Kreuzfeuer der Kritik. Merry del Val sprach sich für eine «schwerwiegende Ermahnung» des Benediktiners aus, weil er «bis zum äußersten angestachelt bereit gewesen ist, den angeblichen ‹Aberglauben› aus einem Ritus der heiligen Kirche entfernen zu wollen».

Wie angesichts dieser eindeutigen Vorschläge nicht anders zu erwarten, folgten die Kardinäle der obersten Kongregation in ihrem Beschluß weitgehend dem Votum der Konsultorenversammlung und des Kardinalsekretärs Merry del Val: Jede Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden wurde abgelehnt und eine entsprechende Weisung an die Ritenkongregation erlassen; die Amici Israel sollten aufgelöst oder mindestens zu einer einfachen Gebetsgemeinschaft herabgestuft werden; ferner waren alle Exemplare der gefährlichen Broschüre *Pax super Israel* zurückzuziehen und zu vernichten; schließlich sollten die Hauptantragsteller, also Abt Gariador, der Kreuzherr van Asseldonk und Pater Laetus Himmelreich sowie der Gutachter und Konsultor der Ritenkongregation Abt Schuster, ins Heilige Offizium einbestellt und dort streng vermahnt werden. [33]

In der üblichen Audienz für den Sekretär des Heiligen Offiziums am folgenden Tag – der dritten und letzten Stufe eines Verfahrens – beschäftigte

sich schließlich Pius XI. selbst ausführlich mit der ganzen Angelegenheit, denn ohne seine ausdrückliche Zustimmung konnte kein Beschluß Rechtskraft erlangen.[34] Im Gegensatz zu den sonst lakonisch kurzen Ergebnisprotokollen dieser Unterredungen, in denen zumeist nur die Approbation des Papstes für den Beschluß der Kardinäle und allenfalls die eine oder andere kleinere Modifikation desselben zu finden ist, fällt die Nachschrift in der Causa der Amici Israel recht umfangreich aus. Dies zeigt, wie sehr sich Pius XI. in dieser Angelegenheit engagierte, was angesichts der Brisanz des Themas und der teils prominenten Mitglieder der Amici Israel nicht zu verwundern braucht. «Seine Heiligkeit nahm persönlich Kenntnis von der ganzen Frage, hörte aufmerksam der Verlesung des Votums des Kardinalsekretärs zu und examinierte selbst das inkriminierte Opusculum des Komitees.» Nachdem er die Unterlagen geprüft hatte, kam Pius XI. zu dem Ergebnis, es handele sich hier um eine äußerst schwerwiegende, den Glauben unmittelbar tangierende Frage, die ohne Verzug gelöst werden müsse. Er stimmte deshalb dem Vorschlag der Kardinäle vom Vortag grundsätzlich zu, fügte jedoch dem Urteilstext zahlreiche Präzisierungen hinzu.

Eine bloße Zurücknahme des Antrags auf Reform der Karfreitagsfürbitte durch die Amici Israel – eine Möglichkeit, die der Beschlußvorschlag der Kardinäle des Heiligen Offiziums offensichtlich noch beinhaltet hatte – genügte Pius XI. nicht. Vielmehr sollte ein derartiges Ansinnen ausdrücklich von der Kirche verworfen werden – ein Passus, den der Sekretär in seinem Protokoll unterstrich. Der Papst lehnte jede Veränderung in der Liturgie der katholischen Kirche apodiktisch ab. Der Ritenkongregation, die dem Reformvorschlag wohlmeinend gegenübergestanden hatte, sollte diese Entscheidung auf Wunsch des Papstes umgehend – «senza ritardo» – mitgeteilt werden. Aus diesen Formulierungen spricht die tiefe Unzufriedenheit Pius' XI. mit seinen Liturgiefachleuten an der Kurie: Schon diese hätten eigentlich die ganze Sache stoppen müssen.

Im Hinblick auf die Freunde Israels war «der Heilige Vater nach angemessener Überlegung und unter Berücksichtigung der besorgniserregenden, irrigen und gefährlichen Wendung, die das Komitee genommen hat, ... zur Entscheidung gelangt, dieses aufzulösen». Besonders verärgert zeigte sich Pius XI. über die Umfunktionierung der Gebetsbruderschaft für die Konversion der Juden zu einer kirchenpolitischen

Gruppierung, die «auf besorgniserregende Weise auf falsches Terrain abgewichen ist». Dem Papst war aber völlig klar, daß man diesen Doppelbeschluß – Verbot der Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden und gleichzeitige Aufhebung der Amici Israel – nicht einfach so im Amtsblatt des Heiligen Stuhles würde publizieren können. Die Ablehnung des Vorschlags, die «perfiden Juden» aus dem Allgemeinen Gebet zu streichen, würde in der Öffentlichkeit negative Reaktionen hervorrufen und den Heiligen Stuhl massiven Antisemitismus-Vorwürfen aussetzen. Daher wünschte Pius XI. ein besonders sorgfältig formuliertes Dekret des Heiligen Offiziums zur Aufhebung der Amici. In diesem sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die katholische Kirche jede Form von Antisemitismus stets zurückgewiesen und in das allgemeine kirchliche Liebesgebot immer ausdrücklich auch Israel und die Juden mit eingeschlossen habe. Ferner sollte der Text klarstellen, «daß die Kirche immer für die Bekehrung der Juden gebetet habe, daß sie aber keinesfalls Initiativen billigen könne, die der universellen liturgischen Tradition und der Lehre der Kirche widersprechen, auch wenn sie einer heiligen und löblichen Absicht» entsprungen sein sollten. Der Präsident der Amici Israel, Abt Gariador, sollte allerdings vor Veröffentlichung des Auflösungsdekretes «aus persönlicher Rücksichtnahme auf ihn und seine Mitarbeiter über diesen Akt informiert werden». Nach der Publikation waren sowohl er als auch die Patres van Asseldonk und Himmelreich ins Heilige Offizium einzubestellen und ins Gebet zu nehmen.

Besonders erbost war der Papst über Abt Schuster als Konsultor der Ritenkongregation, der ebenfalls im Heiligen Offizium vermahnt werden sollte. Der Heilige Vater hatte einen «schmerzlichen Eindruck» von dessen Stellungnahme. Deshalb sollte sich Schuster vor der Suprema rechtfertigen, weil er sich vor der Ritenkongregation «in einer so schwerwiegenden und der Kirche gegenüber beleidigenden Form» geäußert habe. Ferner ordnete Pius XI. an, Schusters neunbändiges Werk über das Römische Meßbuch *Liber Sacramentorum* kritisch zu überprüfen, um festzustellen, wie er sich hier zur Karfreitagsfürbitte für die Juden geäußert hatte. Schließlich zeigte sich der Papst «erschüttert» und «beeindruckt» von der Meinung Merry del Vals, bei der Gründung der Amici Israel hätten die Juden selbst die Finger im Spiel gehabt und die ganze Bewegung stehe «unter der Einflüsterung derselben Juden».

Wie sehr die Angelegenheit den Papst beschäftigte, belegt die Tatsache, daß er bereits einen Tag später, am 9. März, Merry del Val erneut zur Audienz einbestellte, um mit ihm noch einmal über die «grave questione» – die schwerwiegende Frage – der Freunde Israels zu sprechen. Dabei bekräftigte Pius XI. seine Beschlüsse vom Vortag ausdrücklich und gab ein «Decreto motivato» in Auftrag. In den folgenden Tagen griff der Papst sogar mehrfach persönlich in die Redaktion dieses Textes ein und forderte immer wieder neue Fassungen an. Papst und Heiliges Offizium rangen deshalb so lange um jede einzelne Formulierung des Dekrets, weil um jeden Preis der Eindruck vermieden werden sollte, die Aufhebung der Amici Israel und alles, was damit in Zusammenhang stand, geschehe aus antisemitischen Motiven des kirchlichen Lehramts. Daß dies der springende Punkt der ganzen Redaktionsgeschichte dieses Dekrets war, wird aus einer Vorbemerkung zu der Fassung des italienischen Entwurfs deutlich, der den Kardinälen des Heiligen Offiziums für ihre Beratungen am 14. März 1928 vorgelegt wurde. Hier heißt es ohne Schnörkel: «La motivazione del Decreto è basata sulla necessità di prevenire nei riguardi della S. Sede l'accusa di ‹antisemitismo›» – die Aussageabsicht des Dekrets basiert also auf der Notwendigkeit, einer möglichen Anklage des Heiligen Stuhles wegen Antisemitismus zuvorzukommen.[35] Nicht zuletzt deswegen habe man Formulierungen eingefügt, die das konsequente Eintreten der Kirche für die Juden in ihrer Geschichte dokumentieren sollten. Nicht alle Kardinäle des Heiligen Offiziums waren indes mit dieser Wendung der Angelegenheit einverstanden. Einige plädierten sogar dafür, die Formulierung «die Kirche verdammt den Antisemitismus» zu streichen, weil sie ihnen zu undifferenziert erschien. «Der Begriff Antisemitismus wurde schließlich in seinem wörtlichen Sinn gewählt, nämlich als systematische Bekämpfung der jüdischen Rasse. Und vor allem deshalb, um daneben noch Raum zu lassen für einen uneigentlichen, im moralischen Sinn zulässigen (oder sogar gebotenen) Antisemitismus, wurde nicht gesagt», die Kirche verurteile «‹jede Art von Antisemitismus›, sondern ‹den Antisemitismus›».[36] Damit war nach Ansicht dieser Kardinäle nur der Rassenantisemitismus verurteilt, während sie einen theologischen Antisemitismus als kirchlich legitim und geboten ansahen. Diese Unterscheidung sollte in der offiziösen Kommentierung des Dekrets noch eine entscheidende Rolle spielen.

Das Aufhebungsdekret der Priestervereinigung Amici Israel erschien schließlich unter dem Datum vom 25. März 1928 in den *Acta Apostolicae Sedis,* dem Amtsblatt des Heiligen Stuhles. Bezeichnenderweise nennt der Text den eigentlichen Grund der Beschäftigung des Heiligen Offiziums mit den Freunden Israels und ihres Verbots nicht. Von der Eingabe um die Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden ist genausowenig die Rede wie von der ausdrücklichen Zurückweisung dieses Vorstoßes durch Inquisition und Papst. Auch daß ein anderes römisches Dikasterium, die für die Liturgie der Kirche eigentlich zuständige Ritenkongregation und ihre Liturgische Kommission, sich zuvor eindeutig der Eingabe der Amici Israel angeschlossen hatten, es also über dieses Thema zwischen einzelnen Büros und Persönlichkeiten der Kurie zu heftigen Kämpfen gekommen war, erfuhren weder die Gläubigen noch die Bischöfe aus dem Amtsblatt des Apostolischen Stuhles. Damit wurde der Wunsch des Papstes nach Verwischung der eigentlichen Hintergründe, wie er es in der Audienz gefordert hatte, konsequent umgesetzt. Der lapidare Hinweis im Dekret, die Amici verträten neben anderen Verstößen auch gefährliche Ansichten, die zur katholischen Liturgie im Widerspruch stünden, bleibt so allgemein, daß die eigentliche Zielrichtung der Kritik nicht erkennbar ist. Offenbar scheuten sich sowohl das Heilige Offizium als auch Pius XI., Roß und Reiter zu nennen.

Es wäre wohl auch schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen, der Öffentlichkeit zu erklären, warum man als katholische Kirche zwar stets für das jüdische Volk eingetreten sei und jede Art von Antisemitismus abgelehnt habe, aber nicht bereit war, antisemitisch klingende Formulierungen aus der katholischen Karfreitagsliturgie zu streichen, nachdem die Ritenkongregation dies für liturgisch korrekt und der päpstliche Hoftheologe als Gutachter des Heiligen Offiziums auch für dogmatisch unbedenklich erklärt hatte. Bei einer Liturgiereform wäre die Kirche souveräne Herrin des Verfahrens gewesen. Papst und Kurie hätten hier nicht auf Dritte Rücksicht nehmen müssen, wie bei «gemischten Angelegenheiten» – etwa bei den Themen Konfessionsschule, Zivilehe, Schutz katholischer Vereine und Verbände, Militärseelsorge oder Kirchensteuern – wo man auf eine vertragliche Regelung mit dem jeweiligen Staat angewiesen war, oder wie etwa ein Jahr später bei Abschluß der Lateranverträge oder 1933 bei Abschluß des Reichskonkordats. Die Rücksichtnahme auf totalitäre Systeme im Interesse

des Selbstschutzes der katholischen Kirche und im Interesse der Sicherung der Seelsorge, die von Teilen der katholischen Forschung nicht selten als Entschuldigung für die Zurückhaltung der Kirche in ihrem Eintreten für die verfolgten Juden gerne angeführt wird, hätte hier keine Rolle gespielt.

Bezeichnenderweise fehlt auch jeder Hinweis auf die Liturgie in der von den Kardinälen des Heiligen Offiziums am 14. März 1928 approbierten Fassung des Aufhebungsdekrets. Bei der Audienz für Kardinalsekretär Merry del Val am folgenden Tag, bei der dieser den Text Satz für Satz mit dem Papst durchging, bestand Pius XI. allerdings darauf, daß am Ende wenigstens «ein einfacher Hinweis auf die heilige Liturgie stehen solle».[37] Als eigentlichen Grund für die Beschäftigung mit der «Freunde Israels genannten Vereinigung»[38] nennt das Dekret vom 25.März 1928 die Broschüre *Pax super Israel.* Damit wurde eine erst im Verlauf des Inquisitionsverfahrens neu hinzugekommene Thematik zur eigentlichen Ursache stilisiert und im Grunde ein Buchverbotsprozeß vorgetäuscht. Interessanterweise sollte das inkriminierte Werk aber trotz seines Verbots nie auf dem Index der verbotenen Bücher auftauchen.

Wohl als Referenz an die zahlreichen hochrangigen Mitglieder des Vereins wurde im Aufhebungsdekret zunächst «die lobenswerte Seite dieser Vereinigung anerkannt, die darin besteht, die Gläubigen zum Gebet zu Gott anzuhalten und sich für die Bekehrung der Israeliten zur Herrschaft Christi einzusetzen». Der Text des Dekrets hob hervor, es verwundere nicht, daß eine Vereinigung, die ein solches Ziel verfolge, neben vielen Gläubigen und Priestern «auch eine ganze Reihe von Bischöfen und Kardinälen zu ihren Anhängern zählte». Über genau diese Frage, ob nämlich Kardinäle und Bischöfe als Mitglieder des aufzuhebenden Werkes Amici Israel ausdrücklich im Dekrettext erwähnt bleiben sollten oder nicht – weil dies für die Betroffenen natürlich einen Affront darstellen würde –, diskutierte Pius XI. mit Kardinal Merry del Val in der genannten Audienz vom 15. März sehr ausführlich. Der Papst entschied sich schließlich für eine Formulierung, die Kardinäle und Bischöfe im Text beließ, weil er dies als ein «positives Argument» dafür ansah, daß die Kirche prinzipiell keinerlei Vorurteile oder irgendwelche Voreingenommenheiten gegenüber den Juden habe.[39]

Dann folgte eben jener eingangs zitierte apologetische Abschnitt, der, bevor die Aufhebung der Amici Israel dekretiert wurde, den daraus möglicherweise abzuleitenden Antisemitismusvorwurf gegen die katholische

Kirche zu entkräften suchte. In diesem Passus wurde der moderne Antisemitismus zum ersten Mal vom kirchlichen Lehramt verworfen. Auch hier bestand der Papst ausdrücklich auf der Formulierung «Antisemitismus», die Merry del Val offensichtlich gestrichen sehen wollte. Obwohl Pius XI. sowohl die Programmschrift als auch das Promemoria der Amici zur Reform der Karfreitagsfürbitte mit Nachdruck zurückwies, machte er sich doch die in beiden Texten ausgesprochenen Warnungen vor dem «modernen Antisemitismus» zu eigen. Das ist in der Tat bemerkenswert, denn die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland, die den Rassenantisemitismus zum Regierungsprogramm machen sollten, oder gar die antisemitische Wende des italienischen Faschismus Ende der dreißiger Jahre konnte damals noch niemand absehen. Daß der Papst auf einer namentlichen Verdammung des Rassenhasses bestand, zeigt, wie genau Achille Ratti die Entwicklung der Ideologien des 20. Jahrhunderts verfolgt hat. In dieser Klarheit haben andere politische und religiöse Führer diese Problematik damals nicht erkannt.

Nachdem so die lobenswerte Seite der Vereinigung gewürdigt und die Kirche vor dem Antisemitismusvorwurf in Schutz genommen worden war, kam das Dekret in einem Satz zu seinem eigentlichen Anliegen, der Auflösung der Amici Israel. Als Grund wurde genannt, die Gruppierung habe in den beiden Jahren seit ihrer Gründung «eine Handlungs- und Denkweise angenommen, die zum ‹sensus Ecclesiae›, zum Denken der heiligen Väter und zur heiligen Liturgie, im Gegensatz steht». Ferner wurden grundsätzlich alle Publikationen verboten, die wie *Pax super Israel* ähnlich irrige Initiativen fördern könnten. Die Endfassung des Dekrets wurde durch die Kardinäle am 21. März beschlossen; der Papst bestätigte dieses am Folgetag.[40]

Bereits vor der Publikation des Dekrets war Abt Schuster am 16. März ins Heilige Offizium einbestellt worden. Der Kommissar der Kongregation, der Dominikanerpater Giovanni Lottini (1860–1951), hatte den Benediktiner gemäß dem Beschluß von Papst und Kardinälen zu vermahnen. Über die Unterwerfung Schusters heißt es im Protokoll, der Abt habe sich unterwürfigst («ossequientissimo») gezeigt und alle Äußerungen, die er zur geplanten Reform der Karfreitagsbitte gemacht habe, widerrufen. Seine Stellungnahme für die Ritenkongregation habe er einzig und allein aus der Hoffnung heraus verfaßt, dadurch die Konversion der Juden erleichtern zu

können.[41] In dem von ihm verlangten Unterwerfungsschreiben vom selben Tag wurde Schuster noch deutlicher: «Von ganzem Herzen ziehe ich als gehorsamster Sohn der heiligen Mutter Kirche aus meinem Votum über die Frage nach der Fürbitte für die Juden im Karfreitagsgottesdienst all das zurück und widerrufe, was den hochwürdigsten Vätern dieser Kongregation mißfällt und was sie mißbilligen. Die eilige Feder hat die Absicht des Gedankens betrogen, da das Adjektiv ‹abergläubisch›, das ich verwendete, sich nicht auf den Ritus der Liturgie, die heilig und ehrwürdig ist, bezog, sondern auf die verbreitete Einstellung des Mittelalters in bezug auf die Juden. … In jedem Fall ‹sentio cum Ecclesia›; ich tadle alles, was sie tadelt; ich ziehe eine Linie, wenn sie eine Linie zieht; ich schließe mich an, wenn sie Partei ergreift; ich greife an, wenn sie angreift.»[42] Dieses Schreiben gehört zu den erschütterndsten Dokumenten der ganzen Akte. Der Liturgiewissenschaftler und fromme Benediktinerabt, der sich ein Leben lang mit der Geschichte der Liturgie der Kirche beschäftigt hatte, war aus innerster wissenschaftlicher und spiritueller Überzeugung in seinem Votum für die Ritenkongregation zu dem Schluß gelangt, die Reformanliegen der Amici Israel seien liturgisch und geistlich mehr als gerechtfertigt. Sein erzwungener Widerruf stellte ein ganzes wissenschaftliches Leben in Frage.

In ihrer Sitzung vom 21. März nahmen die Kardinäle die bedingungslose Retractatio Schusters genauso mit höchster Befriedigung zur Kenntnis wie Pius XI. Angesichts dieser völligen Unterwerfung scheint sich der Zorn des Papstes auf Schuster sehr schnell gelegt zu haben, denn diese Vermahnung hatte für ihn keine weiterreichenden Folgen. Im Gegenteil: Bereits 1929 sollte Schuster von Pius XI. zum Erzbischof von Mailand ernannt, persönlich von ihm geweiht und zum Kardinal erhoben werden. 1996 wurde der Benediktinerabt wegen seiner allgemein geschätzten Frömmigkeit sogar von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen. Kritiker hoben dagegen seine guten Kontakte zu Faschisten und manche durchaus antisemitisch klingenden Formulierungen in seinen Arbeiten und öffentlichen Äußerungen hervor.

Der Präsident der Amici Israel und Unterzeichner der Eingabe, Abt Gariador, wurde am 3. April 1928 ins Heilige Offizium zitiert;[43] seine Unterwerfung verlief ohne Probleme, wie das auf den 11. April datierte Schreiben zeigt.[44] Anders verhielt sich die Sache beim Sekretär und eigentlichen Spiritus rector der Gruppe, Anton van Asseldonk, der am 28. März ins Heilige Offizium einbestellt wurde.[45] Er war «sehr traurig»

über die Unterdrückung der Vereinigung und übersandte erst nach Rücksprache mit seinem Beichtvater am 12. April sein Unterwerfungsschreiben. Der Kreuzherr suchte das Beste aus der Auflösung der Freunde Israels zu machen und hob daher in seinem Brief die positiven Aspekte des Dekrets ausdrücklich hervor. So dankte er dem Heiligen Offizium für die löbliche Anerkennung der guten Absichten der Amici und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in diesem lehramtlichen Text «feierlich – und besser als wir es je gekonnt hätten – der Antisemitismus auf das heftigste verdammt worden ist».[46] Außerdem hielt er es nach diesem Dekret für kirchlich ausdrücklich legitimiert, weiterhin für das jüdische Volk zu beten und für seine Bekehrung zu arbeiten.[47]

Die Kardinäle des Heiligen Offiziums waren mit seinem Unterwerfungsschreiben jedoch in keiner Weise einverstanden. Sie luden ihn erneut vor und verboten ihm am 14. April schärfstens, Dekrete der obersten Glaubensbehörde in irgendeiner Weise zu kommentieren.[48] Drei Tage später, am 17. April, mußte van Asseldonk erneut im Palazzo del Sant'Uffizio erscheinen und strengste Vermahnungen über sich ergehen lassen. Dabei wurde ihm nicht nur jede Auslegung des Auflösungsdekrets untersagt, sondern darüber hinaus jede öffentliche Äußerung zu der gesamten Angelegenheit verboten.[49] In ihrer Sitzung vom 18. April nahmen die Kardinäle der Kongregation die Unterwerfung Abt Gariadors und van Asseldonks mit der üblichen Befriedigung zur Kenntnis und schlossen damit die Akte der Amici Israel.[50]

Antisemitismus auf katholisch?

Die Causa sollte allerdings ein öffentliches Nachspiel haben. In einem Artikel in der Zeitschrift *Jewish World* vom 16. April 1928 wurde das Aufhebungsdekret nämlich auf das heftigste beanstandet.[51] Das Heilige Offizium und auch Pius XI. selbst, dem der Artikel in der Audienz vom 3. Mai 1928 vorgelegt wurde, fühlten sich durch diese Kritik offenbar getroffen. Man beschloß, die Ausgabe der *Jewish World* an den Jesuitenpater Enrico Rosa (1870–1938), den Herausgeber der einflußreichen katholischen Zeitschrift *Civiltà Cattolica,* zu übersenden. Dieser sollte im Auftrag des

Papstes zur Widerlegung der dort vorgetragenen Angriffe einen Artikel publizieren.

Pater Rosa war im Bereich des katholischen Journalismus «dreißig Jahre lang als Interpret und unerschrockener Verfechter der Direktiven des Heiligen Stuhles»[52] tätig, wie es in einem Nachruf heißt. Er kam dem Auftrag des Papstes in einem zehn Seiten umfassenden Aufsatz mit dem Titel «Il pericolo Giudaico e gli ‹Amici d'Israele›» im Maiheft der *Civiltà* nach.[53] Dieser Beitrag zum Aufhebungsdekret erschien zumindest mit Billigung Pius' XI., wenn man ihn nicht sogar als dessen offiziösen Kommentar betrachten will.

Pater Rosa unterschied zwei Typen von Antisemitismus: die «unchristliche Art des Antisemitismus» und «die gesunde Einschätzung der von den Juden ausgehenden Gefahr». Der rassistische Antisemitismus, der sich «aus parteipolitischen Gründen oder Passionen … oder materiellen Interessen» speiste, sei durch das Auflösungsdekret zu Recht ausdrücklich verdammt worden. Doch müsse die Kirche sich «mit gleichem Eifer vor dem anderen, nicht weniger gefährlichen und angesichts des Anscheins der Güte verlockenderen Extrem», in das die Freunde Israel verfallen seien, schützen, das der Freundschaft zu den Juden. Die «von den Juden ausgehende Gefahr» dürfe man nämlich keinesfalls unterschätzen. Seit der Judenemanzipation zu Beginn des 19. Jahrhunderts seien diese «dreist und mächtig» geworden. Sie dominierten weltweit große Teile des wirtschaftlichen Lebens. In Handel, Industrie und Finanzwesen besäßen sie sogar eine geradezu «diktatorische Macht» und hätten «in vielen Sektoren des öffentlichen Lebens ihre Hegemonie» aufbauen können. Neben einer gesellschaftlichen und politischen Dominanz in vielen Staaten Europas, die ihrem geringen Bevölkerungsanteil überhaupt nicht angemessen sei, unterstellte Rosa den Juden pauschal, Drahtzieher aller Revolutionen der Neuzeit von der Französischen Revolution von 1789 über die Julirevolution von 1831 und die Märzrevolution von 1848 bis zur Russischen Oktoberrevolution von 1917 gewesen zu sein. Ferner «schmieden sie als eigentliche Oberhäupter okkulter Sekten Pläne zur Eroberung der Weltherrschaft». Damit wurde das Gespenst einer jüdisch-freimaurerisch-bolschewistischen Weltverschwörung an die Wand gemalt. Manche Argumente Pater Rosas über die «jüdische Gefahr» könnten durchaus auch aus einschlägigen Schriften von Rassenantisemiten seiner Zeit stammen. Insofern stellte er die von ihm selbst gezogenen

Grenzen zwischen dem «gefährlichen» und von der Kirche verbotenen modernen biologistischen Antisemitismus und einem «guten» für die Kirche notwendigen christlichen Antisemitismus grundsätzlich in Frage. Für den Jesuiten scheinen die Übergänge doch fließender gewesen zu sein, als er sich dies selbst eingestehen wollte. In einem Artikel mit dem Titel «Semitismo e Antisemitismo» in *L'Avvenire d'Italia* vom 30. Mai 1928 versuchte Pater Rosa den Sinn des Aufhebungsdekrets erneut zu erläutern und es gegen Angriffe zu verteidigen.[54] Beide Beiträge wurden den offiziellen Akten des Heiligen Offiziums einverleibt.

Die Unterscheidung von zwei Arten von Antisemitismus, die Pater Rosa in seinem von Pius XI. abgesegneten Kommentar zum Aufhebungsdekret der Amici Israel vornahm, sollte eine bedeutende Wirkungsgeschichte entfalten. Sie wurde zum katholischen Erklärungsmodell des Verhaltens den Juden gegenüber bis zum Paradigmenwechsel auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil schlechthin. Die frühneuzeitliche Konzeption der doppelten Schutzherrschaft, auf die Thomas Brechenmacher aufmerksam gemacht hat, geriet dagegen freilich in Vergessenheit. Nach diesem Modell, das nicht ohne Widerspruch geblieben ist, hat die kirchliche Obrigkeit zwar selbstverständlich stets die Katholiken vor den Juden geschützt, umgekehrt aber genauso selbstverständlich auch die Juden vor Verfolgungen und Mordanschlägen fanatischer Katholiken in Schutz genommen. Die Trennung in einen kirchlich verbotenen «bösen» biologistisch begründeten Rassenantisemitismus und einen kirchlich erwünschten «guten» theologisch begründeten Antisemitismus, wie Pater Rosa sie vornahm, durchzieht die katholischen Äußerungen zur «Judenfrage» bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein wie ein roter Faden.

Als Beispiel für viele sei hier auf den von dem Jesuiten Gustav Gundlach (1892–1963) stammenden Artikel «Antisemitismus» in der ersten Auflage des einflußreichen *Lexikons für Theologie und Kirche* verwiesen, der 1930 erschien und ganz den Geist von Pater Rosas Beitrag atmet.[55] Genausowenig wie diesem gelingt Gundlach allerdings eine überzeugende Trennung zwischen «gutem» und «bösem» Antisemitismus, die Übergänge sind auch bei ihm fließend. Den Antisemitismus allgemein charakterisierte der Jesuit als «moderne Bewegung zur politischen oder wirtschaftlichen Bekämpfung des Judentums», die sich auf zwei Arten, einen völkisch-rassistischen und einen staatspolitisch motivierten Antijudaismus,

zurückführen lasse. «Jene bekämpft das Judentum wegen seines rassenmäßigen und völkischen Andersseins schlechthin, diese wegen des übersteigerten und schädlichen Einflusses des jüdischen Bevölkerungsteils innerhalb desselben Staatsvolkes. ... Die erste Richtung des Antisemitismus ist unchristlich, weil es gegen die Nächstenliebe ist, Menschen allein wegen der Andersartigkeit ihres Volkstums, also nicht ihrer Taten, zu bekämpfen.» Diese Richtung wende sich automatisch auch gegen das Christentum «wegen seines inneren Zusammenhangs mit der Religion des von Gott einst auserwählten Volkes». Die zweite Richtung hingegen «ist erlaubt, sobald sie tatsächlich-schädlichen Einfluß des jüdischen Volksteils auf den Gebieten des Wirtschafts- und Parteiwesens, des Theaters, Kinos und der Presse, der Wissenschaft und Kunst ... mit sittlichen und rechtlichen Mitteln bekämpft». Ausnahmegesetze für Juden lehnte Gundlach zwar ab, er führte jedoch eine ganze Reihe positiver und erlaubter Mittel des Kampfes gegen die Juden an: eine christliche Durchdringung der Gesellschaft, die Bekämpfung semitischer wie arischer «Schädlinge» im Volk gleichermaßen, schließlich die Stärkung der sittlich-gläubigen Faktoren im Judentum gegen «die liberalen, dem sittlichen Nihilismus am meisten zugänglichen Assimilationsjuden, die ... im Lager der Weltplutokratie wie des Weltbolschewismus gegen die menschliche Gesellschaft wirken und dadurch freilich dunkle Züge der vom Heimatboden vertriebenen jüdischen Volksseele auslösen». Interessanterweise spielen theologische Argumente kaum eine Rolle. Auf die Möglichkeit der Konversion von Juden zum Christentum und die Taufe geht der Artikel an keiner Stelle ein. Auch von einem eigentlichen christlichen Antijudaismus mit den hier üblichen Topoi der Juden als «Christusmörder» sowie der Vorwürfe des Ritualmordes und des Hostienfrevels ist nicht die Rede. Vor allem die zitierten Formulierungen aus dem Abschnitt «christlich erlaubter Antisemitismus» lassen jedoch eine klare Abgrenzung zur Rhetorik rassenideologischer Kulturkämpfer, die doch den kirchlich verbotenen Antisemitismus propagierten, vermissen.

Erst jüngst haben Olaf Blaschke und Urs Altermatt in umfangreichen Studien die Frage nach einem spezifisch «katholischen Antisemitismus» und seinem Zusammenhang mit dem modernen Rassenantisemitismus aufgeworfen. Ihre Publikationen haben teilweise heftige Reaktionen nach sich gezogen. Als vorläufiger Konsens der Kontroverse kristallisiert sich indes heraus, daß es unbestreitbar auch einen christlichen beziehungsweise

katholischen Antisemitismus – verharmlosend meist Antijudaismus genannt – gegeben hat. Die Frage der Kontinuität oder Diskontinuität zwischen christlichem Antijudaismus und «modernem», biologisch begründetem, rassistischem Antisemitismus blieb aber umstritten. Während manche den «modernen Antisemitismus als eine direkte Folge der christlichen antijudaistischen Tradition und als einen Versuch des Christentums, sich an die moderne industrialisierte Gesellschaft anzupassen», interpretieren, sehen andere beide Antisemitismen als «weitgehend entgegengesetzt» an, weil der Rassenantisemitismus «einen grundsätzlichen Aspekt der christlichen Heilslehre, die mögliche Konversion der Juden, leugne».[56] In Abgrenzung von der Resistenzthese (die Katholiken lehnten den Nationalsozialismus und damit auch die nationalsozialistische Rassenlehre aufgrund ihres Katholischseins grundsätzlich ab), der Indifferenzthese (die Mehrheit der Katholiken war prinzipiell weder judenfreundlich noch judenfeindlich) und Blaschkes Modell eines «endogenen katholischen Antisemitismus» (zur Stabilisierung des katholischen Milieus brauchten Katholiken die Juden als «Sündenböcke») scheint sich die Ambivalenzthese mehr und mehr in der Forschung durchzusetzen. Sie lautet verkürzt: «Obwohl sich die Katholiken vom ‹Rassen›-Antisemitismus distanzierten, lehnten sie nicht jeglichen Antisemitismus ab, sondern unterstützen vielmehr den ‹besseren› christlichen Antisemitismus.»[57] Dieser Befund wird durch die hier rekonstruierte kurieninterne Meinungsfindung im Fall der Amici Israel aus dem Jahr 1928 gestützt.

Vielleicht muß man an dieser Stelle grundsätzlicher nach der Funktion von Antisemitismus und Antijudaismus in der Römischen Kurie fragen. Manche Äußerungen Merry del Vals und Pater Rosas scheinen – zumindest auf den ersten Blick – die These von Olaf Blaschke, der den Antisemitismus als genuines katholisches Strukturmerkmal sieht, zu stützen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, daß der spezifisch kuriale Antisemitismus nur eine Facette der grundsätzlichen Positionierung der katholischen Kirche oder besser einer tonangebenden Gruppe in ihr gegenüber der Moderne darstellt. Merry del Val subsumierte die Bestrebungen der Amici Israel umgehend unter den Begriffen «Interkonfessionalismus» und «Indifferentismus», mit denen er als führender Antimodernist unter Pius X. nicht nur die christlichen Gewerkschaften in Deutschland, sondern auch den «Liberalismus» der Neuzeit grundsätzlich bekämpft hatte. Wir haben es hier mit dem

intransigenten, radikal-ultramontanen, antimodernistischen Katholizismus zu tun, der seit dem 19. Jahrhundert die Führung in der Kirche erringen und erst im Kontext des Zweiten Vatikanums überwunden werden konnte. Diese Denkschule repräsentierte aber nicht einfach die katholische Kirche als solche, sondern nur eine Partei in ihr. Die Vorgänge um die Amici Israel zeigen, wie sehr die Macht dieser Denkschule auch innerhalb der Römischen Kurie schon 1928 bröckelte und nur noch durch harte disziplinäre Maßnahmen gesichert werden konnte. Die Zukunft gehörte auf mittlere Sicht der konzilianten Richtung, zu der auch die Amici Israel zu rechnen sind. Die Pauschalvorwürfe Daniel Goldhagens, *die* Katholiken, *die* katholische Kirche, der Papst und die Kurie insgesamt seien antisemitisch gewesen, lassen sich daher nicht halten. Die Amici Israel und ihr Programm belegen das schiere Gegenteil. Hier geht es um Philo-Semitismus beziehungsweise um Anti-Antisemitismus. Im Vatikan selbst haben sich bei den Auseinandersetzungen um die Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden alle Nuancen im Spannungsfeld zwischen Kirche und Juden gezeigt: Sie reichen vom harten Antizionisten und dezidierten Antisemiten über den «klassisch» christlichen Antijudaisten bis hin zum ausgesprochenen Judenfreund. Die Kurie war auch in dieser Frage kein monolithischer Block, sondern ein Spiegel der ganz unterschiedlichen Parteiungen und Richtungen der katholischen Kirche insgesamt.

Die eindeutige Verurteilung des modernen Antisemitismus im Aufhebungsdekret der Amici Israel vom März 1928 ist immer wieder angeführt worden, um die katholische Kirche gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie habe zur Verfolgung und Ermordung der Juden geschwiegen und sei deren Schicksal gleichgültig gegenübergestanden. Tatsächlich hat das kirchliche Lehramt anders als die meisten anderen gesellschaftlichen Großgruppen lange bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen den Rassenantisemitismus klar verdammt. Weitsichtig hat der Papst damit lange vor der «Reichskristallnacht» und der «Endlösung der Judenfrage» vor den Gefahren des modernen Judenhasses gewarnt. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille, die bisher auf der Basis einer rein textimmanenten Interpretation des Dekrets im Vordergrund stand. Die andere Seite kommt nun durch eine genaue Analyse der Hintergründe des Dekrets auf der Basis der im Archiv der Glaubenskongregation zugänglich gewordenen Quellen in den Blick. Sie zeigt: Den eigentlichen, in seinem ureigenen

Zuständigkeitsbereich liegenden Schritt gegen den Antisemitismus hat Pius XI. nicht nur nicht getan. Er hat ihn sogar ausdrücklich verworfen und verurteilt. Der Papst war nicht nur nicht bereit, durch Streichung der «perfiden Juden» in der Karfreitagsliturgie den liturgischen Antisemitismus der katholischen Kirche zu beenden. Vielmehr mußte jeder einzelne, der diese Reform für richtig und christlich gehalten hatte, im Heiligen Offizium diesem Irrtum feierlich abschwören. Pius XI. hatte aber nicht den Mut, der Öffentlichkeit seine Ablehnung dieser Reform mitzuteilen. Wie hätte er sein Verhalten auch begründen wollen? Da er aber vorhersah, daß man den Heiligen Stuhl des Antisemitismus zeihen würde, falls herauskäme, daß er an den «perfiden Juden» in der Liturgie – trotz eines klaren Beschlusses der Ritenkongregation – festhielt, verlangte er prophylaktisch in einer Art Vorwärtsverteidigung eine Verurteilung des modernen Antisemitismus im Aufhebungsdekret der Amici Israel. Dieser Text kann nicht mehr länger als heroische Tat des Papstes im Kampf gegen den Antisemitismus verwendet werden. Er ist im Gegenteil ein Armutszeugnis, denn es ist leicht, den Judenhaß bei anderen zu verurteilen, das eigene antisemitische Verhalten in der Liturgie aber nicht zu ändern. Pius XI. hat eine große Chance vertan. Jahrzehnte mußten vergehen, mehr als sechs Millionen Juden ermordet werden, bis die Kirche den Mut finden sollte, ihr Verhältnis zu den Juden auch liturgisch vom Antisemitismus zu reinigen.

Laßt uns beten für das auserwählte Volk Gottes

Eine Reform der Karfreitagsfürbitte mit einer Streichung der Passagen über die «perfiden Juden» wäre ein deutlicheres Signal gegen den Antisemitismus gewesen als dessen allgemeine Verurteilung im Aufhebungsdekret der Amici Israel. Eine weltweite Änderung der katholischen Liturgie hätte vielleicht mehr Wirkung gehabt als jede Anti-Rassismus-Enzyklika, wie sie der Papst 1938 planen sollte, oder weitere päpstliche Kundgebungen gegen den Antisemitismus.

Immerhin hatten die Beuroner Benediktiner ein Jahrzehnt nach den Vorgängen um die Amici Israel den Mut, in der Ausgabe des «Schott»-Meßbuchs von 1937 den Gläubigen in Deutschland eine neue Übersetzung von «pro perfidis Judaeis» an die Hand zu geben: statt von «treulosen» im

Sinne von «perfiden» war jetzt von den «ungläubigen» Juden die Rede.[58] Damit wurde zwar der eigentlich problematische Begriff nicht aus dem offiziellen lateinischen Gebetstext entfernt, aber die negative Konnotation bei den überwiegend des Lateinischen unkundigen Gläubigen gemildert. Der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber, der nicht selten wegen seiner angeblichen Nähe zum Nationalsozialismus als «brauner Conrad» beschimpft wird, hat dieser Änderung sein Imprimatur geben lassen. Eine römische Erlaubnis war dafür nicht notwendig.

Diese Änderung blieb aber einmalig. In anderen Missalen und Volksausgaben standen weiterhin die von den Amici angekreideten Formulierungen. In Rom dauerte es noch einmal ein Jahrzehnt, bis sich die Ritenkongregation 1948 in einer in den *Acta Apostolicae Sedis* abgedruckten Antwort auf eine Anfrage zur sachgerechten Übersetzung der Karfreitagsfürbitte für die Juden dazu durchringen konnte, die Übersetzung «ungläubige Juden» als legitim zu akzeptieren. In dem Dekret wurde zugegeben, daß der Begriff «perfidus» vor allem in zahlreichen Übersetzungen, die man zum Gebrauch der Gläubigen angefertigt habe, für jüdische Ohren verletzend klingen könne. Die Übersetzung «ungläubig» approbierte man römischerseits zwar nicht ausdrücklich, die Kongregation sagte aber zu, Formulierungen nicht zurückzuweisen, die «perfidis» in diesem Sinne übersetzten.[59]

Ein Änderungswunsch, der 1928 vom Heiligen Offizium noch zurückgewiesen worden war, wurde nach über einem Vierteljahrhundert durch Pius XII. im Kontext der Neuordnung der Liturgie der Karwoche endlich erfüllt. Wie bei den übrigen Bitten sollte jetzt auch bei der Fürbitte für die Juden zwischen Gebetseinladung und Oration die Kniebeuge eingefügt werden. In der *Feier der Heiligen Woche*, die im Januar 1956 erschien, war das neue Formular erstmals auch auf deutsch greifbar.[60] Im Zuge der Reform des Pacelli-Papstes erhielten die einzelnen Fürbitten erstmals auch Überschriften. Das Gebet für die Juden wurde überschrieben mit «Pro conversione Judaeorum». Diese ausgesprochen unglücklich gewählte Formulierung stellte das Volk des Alten Bundes nicht nur auf eine Stufe mit den Ungläubigen, deren Fürbitte den Titel «Pro conversione Infidelium» trug. Vielmehr assoziierte man mit dem Begriff «conversio» gerade nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch die Absicht kirchlicher «Judenmission».

Ein entscheidender Reformschritt erfolgte durch Johannes XXIII. (1958–1963) im Jahr 1959. Bei der Karfreitagsliturgie in Sankt Peter ließ er bei der Gebetseinladung den Begriff «perfidis» aus. Vor der Oration folgte das stille Gebet mit Kniebeuge (wie von Pius XII. vier Jahre zuvor konzediert), und in der Oration selbst sprach er anstatt von «judaicam perfidiam» einfach von «judaeos». Damit verwirklichte er die Forderungen der Amici Israel. Dreißig Jahre zuvor hatten die Äbte Schuster und Gariador sowie van Asseldonk im Heiligen Offizium feierlich dieser Gebetsformel abschwören müssen.

Die bisherige Forschung mußte die Antwort auf die Frage schuldig bleiben, was den Papst letztlich zu diesem Schritt bewogen hat. Aufgrund seiner allgemeinen Sensibilität gegenüber dem jüdischen Volk scheint Angelo Giuseppe Roncalli ein später «Amicus Israel» gewesen zu sein. So folgt der Text der von ihm gehaltenen Karfreitagsfürbitte für die Juden, die ab 1960 für die gesamte Weltkirche verbindlich vorgeschrieben war, weitgehend dem Gebetsformular, das die Amici Israel 1928 bei der Ritenkongregation eingereicht hatten. Ob die Initiative dazu auf Anton van Asseldonk zurückgeht, läßt sich nicht sicher sagen. Ein Brief Asseldonks an den Papst vom 28. Oktober 1959, der im Verzeichnis der einzelnen Schriftstücke im hier ausgewerteten Bestand aus den Akten der Glaubenskongregation aufgeführt ist, läßt eine dahingehende Vermutung zumindest zu. Allerdings ist der Text des Schreibens selbst aufgrund der Sperrfrist der Forschung noch nicht zugänglich.

Trotz dieser Änderungen wurde in der Karfreitagsfürbitte aber immer noch für die Konversion der Juden gebetet. Erst das Zweite Vatikanum und das neue Meßbuch von 1970 brachten im Verhältnis zwischen Juden und Katholiken durch eine von großem Respekt für das jüdische Volk geprägte Neufassung des Textes den entscheidenden Durchbruch. In der «Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen ‹Nostra aetate›» vom 28. Oktober 1965 handelte der vierte Artikel ausführlich von diesem Thema. Karl Rahner (1904–1984) und Herbert Vorgrimler ist ausdrücklich zuzustimmen, wenn sie in ihrem Kommentar zu dieser Erklärung feststellen, im Verhältnis zwischen Juden und Christen gebe es «mehr zu bereinigen als nur eine grausame unbewältigte Vergangenheit, in der sich die Christen vieler Sünden, blutiger und moralischer Verfolgungen der Juden und heute offenkundiger Lügen … schuldig gemacht hatten. Tatsache ist, daß bis zu diesem Konzil der unmenschliche und unchristliche

Antisemitismus auch aus vielen Bestandteilen der katholischen Liturgie, Katechese und Predigt immer neue Nahrung erhielt.»[61] Der Text des Dekrets beschwor das gemeinsame Erbe von Juden und Christen, lehnte die pauschale Verurteilung der Juden als von Gott verflucht ab und beklagte «im Bewußtsein des Erbes», das die Kirche mit den Juden gemeinsam hat, alle «Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben». Die Kirche verwerfe «jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen», weil dies dem Geist Christi widerspreche. Da «das Christen und Juden gemeinsame Erbe so reich» sei, beabsichtige das Konzil, «die gegenseitige Kenntnis und Achtung» zu fördern, vor allem auf dem Weg des brüderlichen Gesprächs. Als Katholik dürfe man – so «Nostra aetate» weiter – «die Juden nicht als von Gott verworfen oder verflucht darstellen».[62]

Die Hochschätzung Israels, die bereits in «Nostra aetate» zum Ausdruck kam, wird in der Neuformulierung der bis heute gültigen Karfreitagsfürbitte für die Juden noch deutlicher. Sie lautet: «Laßt uns auch beten für die Juden, zu denen Gott, unser Herr, zuerst gesprochen hat: Er bewahre sie in der Treue zu seinem Bund und in der Liebe zu seinem Namen, damit sie das Ziel erreichen, zu dem sein Ratschluß sie führen will. Beuget die Knie. – Stille – Erhebet Euch. Allmächtiger, ewiger Gott, du hast Abraham und seinen Kindern deine Verheißung gegeben. Erhöre das Gebet deiner Kirche für das Volk, das du als erstes zu deinem Eigentum erwählt hast: Gib, daß es zur Fülle der Erlösung gelangt. Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn.»[63] Die Bitte für das jüdische Volk steht jetzt an sechster Stelle zwischen den Fürbitten um die Einheit der Christen und der Bitte für alle, die nicht an Christus glauben. Damit ist eine «Kehrtwende» (Daniela Kranemann) gegenüber dem vorkonziliaren Text vollendet. Von einer Bekehrung der Juden ist nicht mehr die Rede. Das heißt, die Gültigkeit der an Israel ergangenen göttlichen Verheißungen wird bleibend anerkannt.

Im Heiligen Jahr 2000 hat Johannes Paul II. in seinem großen Schuldbekenntnis auch um Verzeihung gebeten für die Sünden, die nicht wenige Katholiken «gegen das Volk des Bundes und der Seligpreisungen begangen haben». Der Papst hat dabei der Leiden gedacht, «die dem Volk Israel in der Geschichte auferlegt wurden».[64] Vielleicht hatte er dabei auch

die Karfreitagsbitte des Tridentinischen Meßbuchs und die gescheiterte Reform von 1928 im Blick.

Das Ende der Geschichte ist damit aber noch nicht erzählt. Denn am 7. Juli 2007 erleichterte Benedikt XVI. durch das Apostolische Schreiben «Summorum pontificum» den Gebrauch der tridentinischen vorkonziliaren Liturgie in der Form des Meßbuchs von 1962 deutlich. Was Generationen von Gläubigen heilig gewesen sei, könne nun «nicht plötzlich rundum verboten oder gar schädlich sein», erläuterte der Papst sein Engagement für diese «außerordentliche Ausdrucksform des einen römischen Ritus».[65] Die Formulierungen der Karfreitagsbitte für die Juden im alten und neuen römischen Meßbuch, die nach Meinung des Papstes nur zwei Weisen ein und derselben Liturgie sind, lassen sich jedoch nur schwer harmonisieren. Denn im Missale von 1962 fehlen zwar die inkriminierten Formulierungen «perfidis» und «perfidiam», aber trotz der Modifikationen Johannes' XXIII. ist dort nach wie vor von der «Verblendung» des jüdischen Volkes die Rede, das «der Finsternis» entrissen werden müsse. Wie nicht anders zu erwarten, haben zahlreiche Vertreter des Judentums, aber auch viele Katholiken das Schreiben des Papstes heftig kritisiert. Sie befürchteten nachhaltige Störungen des seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil hoffnungsvoll begonnenen jüdisch-christlichen Dialogs. Die nun für die Liturgie wieder zugelassene außerordentliche Form der Karfreitagsfürbitte widerspreche eindeutig der Erklärung «Nostra aetate».

Die Kritik zeigte Wirkung: Am 6. Februar 2008 veröffentlichte der *Osservatore Romano* eine Neuformulierung der lateinischen Karfreitagsfürbitte für die tridentinische Messe. Benedikt XVI. ersetzt den alten Text aber nicht einfach durch die nachkonziliare lateinische Fassung aus dem Meßbuch Pauls VI., vielmehr entschied er sich für eine Kompromißformel, die lediglich die anstößigsten Passagen vermeidet. Die deutsche Übersetzung der lateinisch zu feiernden Liturgie lautet: «Wir wollen auch beten für die Juden. Daß unser Gott und Herr ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Heiland aller Menschen. Lasset uns beten. Beuget die Knie. Erhebet euch. Allmächtiger ewiger Gott, Du willst, daß alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen. Gewähre gnädig, daß beim Eintritt der Fülle aller Völker in Deine Kirche ganz Israel gerettet wird. Durch Christus unseren Herrn. Amen.»[66] Von einem eigenen jüdischen Heilsweg ist hier nicht mehr die

Rede. Die Bekehrung aller Völker zu Christus schließt ausdrücklich auch das Volk Israel mit ein. Die ordentliche und die außerordentliche Form der «einen» katholischen Liturgie stehen demnach – zumindest was die Karfreitagsbitte für die Juden angeht – in einer nicht aufhebbbaren Spannung. Die Diskussionen um das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum dürften dadurch nicht einfacher geworden sein.

3. DER PAKT MIT DEM TEUFEL? DAS REICHSKONKORDAT UND SEINE VORGESCHICHTE (1930–1933)

Nach der fehlgeschlagenen Reform der Karfreitagsfürbitte im Jahr 1928 spielte das Thema Antisemitismus an der Römischen Kurie offenbar zunächst keine Rolle mehr. Jedenfalls finden sich weder in den Akten der obersten Glaubensbehörde noch in den Unterlagen des Staatssekretariates, dessen Leitung Eugenio Pacelli als Nachfolger seines Mentors Pietro Gasparri am 9. Februar 1930 übernahm, entsprechende Hinweise. Auch in den einschlägigen Berichten der Nuntien aus München und Berlin kommt das Thema so gut wie nicht vor. Es sollte erst Anfang April 1933 wieder auf die Agenda der Römischen Kurie zurückkehren. Bis dahin standen vor allem drei Ereignisse im Mittelpunkt des Interesses, denen im Hinblick auf das Verhältnis der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus und ihre Rolle im Kontext von Hitlers «Machtergreifung» fundamentale Bedeutung zukommt: einmal die Zustimmung der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933, dann die Rücknahme der Verurteilung des Nationalsozialismus durch die deutschen Bischöfe am 28. März und schließlich die Aufnahme von Verhandlungen über ein Reichskonkordat zwischen der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl im April desselben Jahres.

Die entscheidende, in der Forschung heftig umstrittene Frage lautet: Besteht zwischen diesen drei Ereignissen ein Zusammenhang? Oder haben sie nichts miteinander zu tun? Zugespitzt formuliert: War das Versprechen eines Reichskonkordats der Preis für die Stimmen der Zentrumsabgeordneten zur Errichtung der legalen Diktatur und der Selbstentmachtung des politischen Katholizismus in Deutschland einerseits sowie für die Aufhebung der bischöflichen Verdikte gegen die NSDAP und die dadurch erst kirchenamtlich ermöglichte Mitarbeit von Katholiken in der Bewegung andererseits? Die Annahme eines solchen Zusammenhangs ist nur dann

plausibel, wenn alle Aktionen der katholischen Kirche, hier also der Zentrumspartei, des deutschen Episkopats und der Römischen Kurie, zentral gesteuert wurden und die Entscheidungen in einer Hand lagen. Nur so hätte das Tauschgeschäft Konkordat gegen Ermächtigungsgesetz und Bischofserklärung wirklich funktionieren können. Wenn alle drei katholischen Akteure jedoch unabhängig voneinander gehandelt haben sollten, ergäbe dieser «Kuhhandel» kaum einen Sinn. Die Vertreter der sogenannten Junktimsthese haben – allerdings ohne überzeugende Quellenbelege – angesichts der hierarchischen Struktur der katholischen Kirche einfach die Römische Kurie als «Strippenzieherin» im Hintergrund ausgemacht. Letztlich war für sie Eugenio Pacelli, der Kardinalstaatssekretär Pius' XI., an allem schuld: Auf seine Weisung seien Bischöfe und Zentrum den Nationalsozialisten so weit entgegengekommen, daß er im Gegenzug sein geliebtes Reichskonkordat erhalten habe, für das er während seiner Zeit als Nuntius in Deutschland zwölf lange Jahre vergeblich gekämpft hatte.

Dagegen läßt sich einwenden, daß sowohl der ausschließliche Blick auf Pacelli als auch die Konzentration auf den Zeitraum von Ende Januar bis Anfang April 1933, also von der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler bis zur Aufnahme von Reichskonkordatsverhandlungen, zu einer problematischen Verengung der Perspektive führen. Denn Pacelli war zwar als Kardinalstaatssekretär der entscheidende politische Kopf der Römischen Kurie, aber er war in ein personelles Netzwerk eingebunden, ohne dessen genaue Kenntnis man sein Handeln nur unzureichend verstehen kann. Die letzten Entscheidungen fällte immer noch der Papst, deshalb kommt den Unterredungen zwischen Pius XI. und Pacelli, über die dieser minutiös Buch führte, zentrale Bedeutung zu. Welche Informationen leitete der Staatssekretär an Pius XI. weiter? Welche enthielt er ihm vor? Wo überließ der Pontifex Pacelli die Entscheidung? Aber auch der Kardinalstaatssekretär selbst war auf die Informationen angewiesen, die ihm die päpstlichen Nuntien aus aller Welt lieferten. Wichtige politische Gesprächspartner waren für den Chefdiplomaten des Vatikans zudem die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter, die er regelmäßig zu Unterredungen im Vatikanischen Palast empfing. Die einschlägigen Nuntiaturberichte und Pacellis Notizen über die Audienzen mit den Diplomaten sind daher wichtige Quellen zur Beantwortung dieser Fragen.

Der Aufstieg der Nationalsozialisten und der Beginn von Pacellis Amtszeit an der Spitze der vatikanischen Diplomatie fallen zeitlich eng zusammen. Durch die Wahlerfolge der NSDAP war die Kirche gefordert, das Verhältnis von katholischem Glauben und nationalsozialistischer Weltanschauung genauer zu klären. Hier waren zwar zunächst die deutschen Bischöfe als zuständige Hirten vor Ort gefragt, aber natürlich auch das oberste römische Lehramt. Die entscheidende theologische Frage lautete: Durften «gute» Katholiken bei dieser «bösen», ideologisch feindlichen Gruppe mitwirken? Oder paßten Katholizismus und Nationalsozialismus grundsätzlich nicht zusammen? Neben der prinzipiellen weltanschaulichen beziehungsweise theologischen Frage stellte sich jedoch auch die politische Frage einer möglichen Zusammenarbeit zwischen der katholischen Zentrumspartei und der NSDAP: Wie war bei diesem Thema jeweils der genaue Informationsstand des Vatikans? War die Kurie in die Entscheidungen der Bischöfe und des Zentrums in den Jahren 1930 bis Ende 1932 involviert? Hat Pacelli in diesen Jahren mit dem Gedanken gespielt, direkten Einfluß auf Deutschland zu nehmen? Kam es von seiner Seite zu faktischen Interventionen bei Zentrum oder Episkopat? Oder lief die deutsche Kirchenpolitik am Kardinalstaatssekretär vorbei? Es ist wichtig, diese Fragen zunächst für die Jahre von 1930 bis 1932 zu beantworten, um fundierte Aussagen zu den entscheidenden Ereignissen von Ende Januar bis Anfang April 1933 machen zu können. Denn erst wenn man die Kanäle und Personen kennt, auf die Pacelli sich in seinem «deutschen Spiel» 1930 bis 1932 gestützt hat, weiß man, worauf man in den entscheidenden Monaten nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler besonders achten muß.

Geheime Aufzeichnungen des Kardinalstaatssekretärs

Um die römische Sicht auf die hier angesprochenen Fragen rekonstruieren zu können, sind zunächst die Nuntiaturberichte aus Deutschland heranzuziehen: Cesare Orsenigo und Alberto Vassallo di Torregrossa hielten den Kardinalstaatssekretär von Berlin beziehungsweise München aus regelmäßig über die Entwicklung in Deutschland auf dem laufenden. Sie schrieben wenigstens einmal pro Woche nach Rom, nicht selten aber auch öfter. Naturgemäß kommt den Berichten des Berliner Nuntius über politische

Themen mehr Bedeutung zu als den Informationen aus München. Orsenigo war in der Reichshauptstadt schlicht näher am Geschehen und konnte Rom daher rascher und unmittelbarer informieren. Während die Nuntiaturberichte mit Anlagen zum Teil recht umfangreich sind, fallen Pacellis Weisungen in der Regel eher knapp aus und beschränken sich nicht selten auf einen Dank für die Berichterstattung. Diese Quellen sind bereits seit Februar 2003 einsehbar und mehrfach Gegenstand der italienischen und deutschen Forschung geworden. Zwei andere Quellengattungen hingegen werden hier erstmals umfassend ausgewertet; sie sind erst im September 2006 zugänglich geworden: Pacellis persönliche Aufzeichnungen über seine fast täglichen Unterredungen mit Pius XI. und die Audienzen, die er den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern gab. Aus beiden wird eine deutliche Veränderung im Geschäftsgang der Kurie deutlich.

Im Gegensatz zu den eher kollegial organisierten Meinungsfindungsprozessen an der Kurie des 19. Jahrhunderts kam es nämlich nach dem Ersten Weltkrieg zu einer verstärkten Konzentration der politischen Entscheidungen auf zwei Personen: den Papst selbst und seinen Kardinalstaatssekretär. Während vorher bei einer «außerordentlichen», also politisch brisanten Frage stets die Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten eingeschaltet worden war, die dem Staatssekretariat unterstand, spielte diese während der Amtszeit Eugenio Pacellis als Kardinalstaatssekretär in den Jahren von 1930 bis 1939 so gut wie keine Rolle mehr. Die Kardinäle wurden nur noch selten zu einer Sitzung zusammengerufen, um den Papst in einer wichtigen Frage zu beraten. Auch Gutachten von Konsultoren der Kongregation mit ausgiebigen Analysen des anstehenden Problems und dem Durchspielen unterschiedlichster Lösungsmöglichkeiten finden sich in den einschlägigen Akten kaum mehr. Besonders schmerzlich vermißt man die im 19. Jahrhundert üblichen, teils heftigen und kontroversen Diskussionen der Kardinäle auf den Sitzungen der Kongregation, die genau protokollliert wurden und die heute in der Serie «Sessioni» zu finden sind. Insofern sind die hohen Erwartungen, die man mit der Öffnung des Vatikanischen Geheimarchivs für das Pontifikat Pius' XI. verbunden hatte, enttäuscht worden. Als Hitler zum Reichkanzler ernannt wurde oder als das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, gab es genausowenig eine Sitzung der Kardinäle wie im Frühjahr 1933, als die Verfolgung der Juden begann und zahlreiche Persönlichkeiten den Papst

aufforderten, deswegen bei der deutschen Reichsregierung zu intervenieren. Auch zur «Reichskristallnacht» 1938 sucht man vergeblich ein Protokoll. Dies gilt für die Verhandlungen zum Abschluß des Reichskonkordats im Sommer 1933 ebenso – bisher waren die Vereinbarungen zwischen den Staaten und dem Heiligen Stuhl die Domäne und vornehmste Aufgabe der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten gewesen – wie für den «Anschluß» Österreichs 1938 und die in diesem Zusammenhang äußerst problematische Rolle Kardinal Theodor Innitzers (1875–1955) von Wien oder für die Entstehungsgeschichte der Enzyklika «Mit brennender Sorge» von 1937.

So bedauerlich das Fehlen von Sitzungsprotokollen für die Forschung auch ist, für die weitgehende Konzentration auf nur noch zwei Entscheidungsträger sprachen aus der Sicht des Tandems Ratti-Pacelli gewichtige Gründe, die vor allem mit dem äußerst hohen Amtsverständnis und Autoritätsbewußtsein Pius' XI. und seines Kardinalstaatssekretärs zusammenhängen. Außerdem war Pacelli davon überzeugt, nach zwölf Jahren in München und Berlin der Deutschlandkenner der Römischen Kurie schlechthin zu sein. Und in der Tat: Wer hätte ihm in dieser Hinsicht das Wasser reichen können? Daher verwundert es nicht, daß Pacelli die deutschen Angelegenheiten weitgehend selbständig bearbeitete und die Kongregation nicht einschaltete.

Für Pacelli machten die wachsende Dynamik und Dramatik der politischen Prozesse und die Möglichkeiten einer weltweiten Kommunikation ohne Zeitverlust, etwa durch den intensiven Einsatz der Telegraphie, offenbar flexible und schnelle Reaktionen der Kurie unabdingbar. Er konnte und wollte nicht mehr Wochen oder gar Monate auf ein Gutachten eines oder mehrerer Konsultoren der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten, ein Sitzungsprotokoll ihrer Beratungen und schließlich einen Bericht für den Papst mit Beschlußvorschlägen warten. Pacelli hätte natürlich jederzeit zum Telefon greifen können, um sich mit einem Kardinal der Kongregation zu beraten oder diesen ins Staatssekretariat einzubestellen. Ob er dies tatsächlich getan hat, läßt sich aus Mangel an Quellen leider nicht mehr feststellen. Wie dem auch sei: Die ohnehin schon starke Stellung des Kardinalstaatssekretärs wurde jedenfalls noch einmal aufgewertet. Er wurde zum entscheidenden diplomatischen Agenten der katholischen Kirche und ihres Oberhauptes auf der Bühne der Weltpolitik,

die in den dreißiger Jahren an Dramatik kaum zu übertreffen war, wenn man nur an die Brennpunkte des Spanischen Bürgerkriegs und der nationalsozialistischen Diktatur mit dem «Anschluß» Österreichs, an Stalins Sowjetunion und den spätestens mit der Sudetenkrise seine dunklen Schatten vorauswerfenden Zweiten Weltkrieg denkt. Es ist allerdings klar, daß der Kardinalstaatssekretär sein Handeln so eng wie irgend möglich mit dem Papst, dem eigentlichen und einzigen Monarchen von Kirche und Kirchenstaat, abzustimmen hatte. Er war zwar der mächtigste Kardinal im Heiligen Kollegium, aber eben doch nur der Sekretär des Stellvertreters Jesu Christi auf Erden. Aber wer hatte politisch die besseren Karten? War es der Papst aufgrund seines Amtes oder der Kardinalstaatssekretär, bei dem alle diplomatischen Drähte zusammenliefen? Traf der eher weltfremde Gelehrte Achille Ratti auf den diplomatisch versierten, mit allen Wassern gewaschenen Machtpolitiker Pacelli? Oder war Pius XI. doch der machtbewußte Pontifex maximus, gegen den sein Staatssekretär auch beim besten Willen nicht ankam?

Unter den zahlreichen neu zugänglichen Aktenserien verdienen, wie gesagt, zwei besondere Aufmerksamkeit. Bei beiden handelt es sich um handschriftliche Notizen Pacellis. In der ersten Serie notierte er sich die wesentlichen Ergebnisse seiner regelmäßigen Privataudienzen bei Pius XI.,[1] in der zweiten faßte er die Themen zusammen, die bei seinen Unterredungen mit den Vertretern der beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaften angesprochen worden waren.[2] Hier hielt er auch seine eigenen Antworten auf entsprechende Anfragen der Diplomaten fest. Beide Bestände waren zum ausschließlichen Gebrauch Pacellis bestimmt. Sie stellen sein vertrauliches Notizbuch dar, das niemand anders in der Kurie je zu Gesicht bekommen haben dürfte. Deshalb kommt beiden Serien höchste Authentizität zu. Weil sie nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, sind die Sätze teilweise unvollständig und die Handschrift entsprechend flüchtig. Beide Serien führen unmittelbar an das vatikanische Entscheidungszentrum heran und erlauben einen unmittelbaren Einblick in Arbeit und Denkart von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und Papst Pius XI. selbst.

Udienza del 1° Aprile 1933

Notizen Pacellis von seiner Audienz bei Pius XI. am 1. April 1933. Der italienische Text lautet:

Scrivere al Nunzio di Berlino che altre notabilità ebraiche
hanno rappresentato al S.P. il pericolo di eccessi antisemitici in
Germania, che si dicono in qualche luogo già avveratisi.
Veda se e come può dire o fare qualche cosa. –
[Può venire così il giorno in cui si potrà dire che é stato
fatta qualche cosa. E cosa che sta nelle buone tradizioni della
S. Sede.]

In deutscher Übersetzung lautet Pacellis Notat: «Dem Berliner Nuntius schreiben, daß weitere jüdische Persönlichkeiten dem Heiligen Vater von der Gefahr antisemitischer Exzesse in Deutschland berichtet haben, von denen man sagt, daß sie an einigen Orten bereits stattgefunden haben. Er soll sehen, ob und was man unternehmen kann. – [Es könnten Tage kommen, in denen man sagen können muß, daß in dieser Sache etwas gemacht worden ist. So was gehört zu den guten Traditionen des Heiligen Stuhls.]»

Pacelli hatte in der Regel jeden zweiten Tag eine Privataudienz beim Papst, in bestimmten Phasen trafen sich beide sogar täglich, manchmal lagen auch drei oder gar vier Tage zwischen den Unterredungen. Die Privataudienzen fanden auch während der Sommermonate statt, in denen sich Pius XI. meistens in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo in den Albaner Bergen aufhielt. Der Kardinalstaatssekretär, der auch während dieser Zeit im Vatikan blieb, fuhr dann mit dem Auto zum Papst nach Castel

Gandolfo hinaus. Lediglich während des Jahresurlaubs Pacellis, den dieser seit seiner Zeit als Nuntius meist am Bodensee, in Rorschach in der Schweiz, verbrachte, fielen die Besprechungen aus. Pacelli entwickelte seit seinem Amtsantritt als Staatssekretär im Sommer 1930 die Angewohnheit, die wesentlichen Themen und Ergebnisse dieser Privataudienzen beim Papst in seiner kleinen Handschrift auf DIN-A5-Zetteln zu notieren. Diese Praxis behielt er bis zum Tod Pius' XI. im Februar 1939 bei. In der Regel wurden – meist stichwortartig – pro Begegnung zwei Blätter auf Vorder- und Rückseite beschrieben.

Wann Pacelli sich die Ergebnisse der Audienzen notierte, wohl vor allem als Gedächtnisstütze für sich selbst und die auf Weisung des Papstes von ihm zu veranlassenden Schritte, ist nicht ganz klar, zumal manche Einträge verschiedene Stufen der Bearbeitung mit Streichungen und Einfügungen zeigen, bei denen Pacelli mitunter auch unterschiedliche Federn und Tinten verwendete. Wahrscheinlich ging er folgendermaßen vor: Vor der Audienz fertigte Pacelli für sich eine Art Tagesordnung an und notierte als Überschriften die Punkte, die er mit dem Papst unbedingt besprechen wollte. Oft ist das lediglich der Hinweis auf den Bericht eines Nuntius mit der Protokollnummer, der sich nur durch eine Konsultation des Schreibens selbst erschließt. Dieser Umstand legt nahe, daß Pacelli neben seiner provisorischen, auf dem DIN-A5-Zettel notierten Tagesordnung auch die Akten, auf die in den Überschriften Bezug genommen wurde – also die Nuntiaturberichte, Memoranden oder sonstigen Briefe – zur Audienz mit dem Papst mitbrachte, um die wesentlichen Inhalte zu referieren, entscheidende Passagen wörtlich vorzutragen oder Pius XI. selbst die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die entsprechenden Dokumente zu geben. Die Entscheidungen, die der Papst zu den einzelnen Punkten fällte, notierte Pacelli unter der jeweiligen Überschrift. Hier haben wir jeweils die Ansicht Pius' XI. vor uns – wenn auch in der Wahrnehmung und Deutung seines Kardinalstaatssekretärs. Diesen Beschluß setzte dieser dann in eine entsprechende Weisung etwa an einen Nuntius um. Pius XI. nickte die Vorschläge seines Kardinalstaatssekretärs allerdings nicht einfach nur ab. Nicht selten entwickelte er dezidierte eigene Vorstellungen oder lehnte die Vorschläge Pacellis nachdrücklich ab. Namentlich der französische Vatikangesandte François Charles-Roux (1879–1961) machte in seinen Lebenserinnerungen auf die politische Eigenständigkeit Pius' XI. im

Verhältnis zu seinem Kardinalstaatssekretär aufmerksam: «Es gibt Päpste, die, haben sie einmal ihr Vertrauen einem ihrer Minister geschenkt, diesem praktisch die gesamte Sorge für ihre Politik überlassen. So war es beispielsweise im Falle Pius' X. mit Kardinal Merry del Val, auf den sich Pius stützte, um seine Geschäfte zu erledigen. So verfuhr Pius XI. nicht. Seine Natur hätte sich mit dieser Methode auch gar nicht vertragen. Die Rolle des Staatssekretärs bedeutete bei ihm: weniger Freiheit, dafür größere Regelmäßigkeit in der Zusammenarbeit mit dem Heiligen Vater, und war daher nicht weniger anspruchsvoll.»[3]

So schlug Pacelli dem Papst beispielsweise dreimal vor, in den Auseinandersetzungen des Spanischen Bürgerkriegs deutlicher für den Nationalkatholizismus Francos Position zu beziehen, dreimal verweigerte der in dieser Frage zögerliche Papst seine Zustimmung. Ein wenig resigniert notierte der Kardinalstaatssekretär daher am Ende der Audienz vom 11. August 1936: «Ich habe dem Heiligen Vater zum drittenmal die von vielen vorgeschlagene Idee unterbreitet, die Aufgabe der Sühne und Wiedergutmachung für die Schmerzen, die Spanien verursacht hat, anzugehen. Der Heilige Vater glaubte nicht, dieser Bitte entsprechen zu können.»[4] Immerhin habe er aber den offiziellen Artikel «Der Heilige Stuhl und die religiöse Situation in Spanien» approbiert, den das Staatssekretariat, sprich Pacelli selbst, vorbereitet hatte, so daß er am selben Abend im *Osservatore Romano,* dem Sprachrohr des Vatikans, erscheinen konnte. In diesem Beitrag machte Pacelli deutlich, daß der Heilige Stuhl bei der Regierung in Madrid mehrfach entschieden gegen die «barbarischen» Verfolgungen von Priestern und Ordensleuten durch «Elemente, die von der Regierung selbst bewaffnet worden» seien, protestiert habe.[5]

Neben den Notizen Pacellis über seine Besprechungen mit Pius XI. sind die Aufzeichnungen, die er sich von seinen Unterredungen mit den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern machte, von besonderer Bedeutung. Pacelli empfing die Vertreter des Diplomatischen Corps mehrfach pro Woche und hinterließ dabei bei vielen Gesandten offenbar einen bleibenden Eindruck: «Ein Prälat, hoch gewachsen, hager, dunkler Teint, leise ergrauendes Haar, asketische Gesichtszüge, wacher Blick, wohlwollender Gesichtsausdruck, die rote Kappe auf dem kleinen, vornehmen Kopfe, den Purpurmantel aus Satin um die Schultern, den Gürtel in gleicher Farbe über der schwarzen Soutane mit Borte und funkelnden

Knöpfen, das goldene Kreuz an einer Kette über der Brust. Das ist Kardinal Pacelli, der nach seiner Audienz beim Papst seine eigenen Gemächer aufsucht, um dort zu empfangen.»[6]

Die wesentlichen Inhalte dieser Unterredungen notierte er unmittelbar nach Ende der Treffen eigenhändig wieder auf DIN-A5-Zettel. Auch wenn hier ebenfalls ein gewisser Telegrammstil vorherrscht, gibt es dennoch zahlreiche ausformulierte Passagen, in denen Pacelli die Meinung oder Anfrage eines Botschafters wörtlich wiedergibt. Von besonderem Interesse sind solche Notizen, in denen der Kardinalstaatssekretär aufschreibt, was er selbst auf eine bestimmte Frage geantwortet hat. Hier kommt man seiner persönlichen Einschätzung der politischen Lage sehr nahe. Meistens empfing Pacelli eine ganze Reihe von Diplomaten an einem Tag, teils gemeinsam, teils nacheinander. Es gab aber auch deutlich länger dauernde Einzelaudienzen. Liest man diese Aufzeichnungen über die Jahre hinweg, so kann man die Entwicklung des Informationsstandes Pacellis über die Situation in den einzelnen Ländern aufgrund der Berichte der jeweiligen Botschafter beim Heiligen Stuhl bestens nachvollziehen. Themen von internationalem Interesse, wie etwa die «Machtergreifung» der Nationalsozialisten in Deutschland oder der Spanische Bürgerkrieg, wurden von mehreren Diplomaten angesprochen, so daß der Staatssekretär ein recht differenziertes Bild der Lage gewinnen konnte. Nicht selten wurde er von den Mitgliedern des Diplomatischen Corps ausdrücklich nach seiner Einschätzung der Situation und der Möglichkeit einer Intervention des Vatikans in die eine oder andere Richtung befragt.

Bischöfe, Zentrum und NSDAP vor der «Machtergreifung»

Für den Kardinalstaatssekretär waren Hitler und der Nationalsozialismus keine unbekannten Größen. Während seiner Zeit als Nuntius in München und Berlin war er mehrfach mit dem Thema konfrontiert worden. Am 9. November 1923, dem zweiten Tag des Hitler-Putsches, hatte Pacelli Kardinalstaatssekretär Gasparri unmittelbar von den Vorgängen in München berichtet. Nach den schweren Ausschreitungen war er am 12. November froh, nach Rom melden zu können: «Hitler verhaftet. Die Ruhe scheint wiederhergestellt zu sein».[7] Am 14. November schließlich hob er hervor,

die ganze Aktion Hitlers und seiner Anhänger habe einen ausgesprochen «antikatholischen» Charakter gehabt. Das habe ihn nicht überrascht, da die Zeitungen der radikalen Rechten wie der *Völkische Beobachter* oder das *Heimatland* als Sprachrohre Ludendorffs, Hitlers und ihrer Konsorten sich in systematischer Weise gegen den katholischen Klerus «ereifert» hätten.[8] Dazu paßten ihre Attacken gegen den Münchener Kardinal Faulhaber, der sich eindeutig gegen die Verfolgung der Juden ausgesprochen hatte. Im Mai 1924 schrieb Pacelli im Zusammenhang mit dem Hitler-Prozeß sogar an Gasparri: Der Nationalismus beziehungsweise der Nationalsozialismus sei «vielleicht die gefährlichste Häresie unserer Zeit».[9]

Kurz bevor Pacelli seine Tätigkeit als Nuntius in Berlin beendete, war er im Sommer 1929 noch einmal ausdrücklich mit dem Thema Hitler beschäftigt. Der Wiener Nuntius Enrico Sibilia (1861–1948) hatte ihn um Informationen über einen «gewissen Hitler» gebeten. Pacelli antwortete seinem Wiener Kollegen am 5. August 1929: «Ein berüchtigter politischer Agitator, der jenen Namen trägt, ist Adolf Hitler. Er wurde 1889 in Braunau am Inn in Oberösterreich geboren, leistete seinen Wehrdienst als Freiwilliger bei der Deutschen Armee und trat danach in die nationalsozialistische Bewegung ein, die, aus Österreich stammend, sich unter seinem Einfluß in ganz Süddeutschland unter dem Namen ‹Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei› verbreitete. 1923 organisierte er seine Gefolgsmänner militärisch in der sogenannten Sturmabteilung und unternahm zusammen mit General Ludendorff einen Putsch, der aber den schlechten Ausgang hatte, den er verdiente. Am 1. April wurde er zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber schon Ende dieses Jahres wieder entlassen. Im Februar 1925 gründete er die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und konnte so seine Anhänger wieder um sich scharen, die sich während seiner Haft gegen seinen Willen mit der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei vereinigt hatten.» Zahlreiche deutsche Länder hätten ihm als Ausländer aus Sorge um die öffentliche Sicherheit Redeverbot erteilt. Allerdings sei dieses Verbot im Lauf des Jahres 1927 nach und nach wieder aufgehoben worden. Abschließend stellte Pacelli fest: «Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß ich selbst während meines Aufenthalts in Bayern nie irgendeinen persönlichen Kontakt mit ihm hatte.»[10]

Der Entwurf des Briefes von Pacelli an seinen Kollegen Sibilia in Wien zeigt deutlich, wie Pacelli um seine Formulierungen zu ringen pflegte.

Seit der Jahreswende 1930/31 wurde Pacelli von den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern wiederholt auf die drastischen Veränderungen der politischen Situation in Deutschland hingewiesen, die sich vor allem aus dem Aufstieg Hitlers und der NSDAP ergaben. Als erster kam der deutsche Vatikanbotschafter Diego von Bergen (1872–1944) am 9. Januar 1931 auf dieses Thema zu sprechen. Er machte dabei einige kritische Anmerkungen zur Auslandspresseschau *Illustrazione Vaticana,* in der «der Nationalsozialismus in Deutschland als mit den Kommunisten und den Anarchisten» verbündet dargestellt worden sei.[11] Pacelli enthielt sich dazu seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge genauso eines Kommentars wie zwei

Monate später, als ihn Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn (1864–1940), der bayerische Vatikangesandte, über die «Hitlerbewegung» informierte, die er als «sehr gefährlich» ansah. Die «Hitlerianer» hätten bei den letzten Wahlen «mindestens 30 Millionen Mark ausgegeben. Man wisse zwar nicht genau, woher das Geld stamme, einige vermuteten jedoch, es käme von den italienischen Faschisten.» Ritter zu Groenesteyn befürchtete offenbar eine Machtübernahme der Nationalsozialisten in Norddeutschland, speziell in Preußen, und bat den Heiligen Stuhl um Unterstützung für Bayern, damit dieses als selbständiger Staat erhalten bleiben könne und nicht zu einer bloßen preußischen Provinz degradiert werde, «auch im Interesse der katholischen Kirche, weil ansonsten der Hitlerbewegung kein Riegel mehr vorgeschoben werden könnte».[12] Eine Woche später machte der belgische Botschafter Max van Ypersele de Strihou (1870–1941), der bereits seit 1926 das Königreich beim Heiligen Stuhl vertrat, den Staatssekretär auf die ablehnende Haltung der deutschen Bischöfe der NSDAP gegenüber aufmerksam, die die nationalsozialistische Weltanschauung und den Katholizismus für grundsätzlich unvereinbar erklärt hatten.[13] Auch hierzu äußerte sich Pacelli nicht. Mit Bergen sprach er in den folgenden Monaten ebenfalls eher allgemein über «die schwierige Situation in Deutschland», vor allem «die fortdauernden wirtschaftlichen Probleme».[14]

Als es im Verlauf des Sommers 1931 zu verschärften Spannungen zwischen der Kurie und dem faschistischen Regime Italiens im Kontext der Auseinandersetzungen um die Katholische Aktion als Lieblingsidee des Papstes kam, verlangten nicht weniger als sechs Botschafter, nämlich die Gesandten Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Bayerns, Österreichs und Irlands, von Pacelli Aufklärung über die als sehr scharf empfundenen Äußerungen Pius' XI. in dieser Angelegenheit. Hier ließ sich Pacelli zu einem seltenen persönlichen Kommentar hinreißen: «Ich meinerseits habe den Ernst der Situation hervorgehoben», ließ er die Diplomaten wissen.[15] Hier deutet sich die Rollenverteilung im Tandem Ratti-Pacelli bei politischen Konflikten zumindest zwischen den Zeilen an: Der Papst impulsiv und aufbrausend, um eindeutige, teils auch verletzende Worte nicht verlegen; sein Kardinalstaatssekretär ganz Diplomat, beherrscht, stets auf Ausgleich bedacht, alles vermeidend, was Öl ins Feuer gießen könnte.

In den folgenden Monaten war die politische und wirtschaftliche Krise in Deutschland wiederholt Thema bei den Unterredungen des

Kardinalstaatssekretärs mit den Diplomaten. Vor allem die Botschafter von Deutschlands Nachbarstaaten wiesen Pacelli mehrfach auf die schwierige Lage im Reich und den «Kampf zwischen Hitler und Brüning» hin.[16] Der bayerische Geschäftsträger wurde im Dezember 1931 dann sehr deutlich, als er formulierte, den Hauptnutzen aus dem wirtschaftlichen Desaster im Reich zöge die NSDAP: «Die Hitler-Partei, stets wachsend, ist die Partei der Verzweifelten.»[17] Anfang 1932 sprach der französische Botschafter Louis Gabriel de Fontenay (1864–1946) Pacelli auf die «Hitlerianer» an, worauf dieser antwortete, viele befürchteten im Falle eines Sieges der NSDAP, daß es eine «Brücke zum Bolschewismus» geben würde, weshalb ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland nützlich wäre.[18] Am 1. April spekulierte Fontenay über einen möglichen Wahlerfolg der Nationalsozialisten in Preußen, die aber keine absolute Mehrheit erreichen dürften. In diesem Kontext entwarf der Botschafter ein Szenario für Preußen, das unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein knappes Jahr später an der Kurie auch für das Reich diskutiert werden sollte. Die französische Regierung sah offenbar eine große Chance für die Zentrumspartei, auf die NSDAP Einfluß nehmen zu können, weil diese die katholische Partei für eine Regierungsmehrheit brauche. Auf diese Weise könne man die Nationalsozialisten «mäßigen und ihnen Zügel anlegen».[19] Zumindest zwischen den Zeilen klang hier die Frage des Botschafters an Pacelli an, ob der Heilige Stuhl nicht eventuell in diesem Sinne auf den politischen Katholizismus in Deutschland Einfluß nehmen könne. Anders als im Frühjahr 1933 enthielt sich der Kardinalstaatssekretär hier noch eines Kommentars. Einer der kirchenpolitisch entscheidenden Punkte war damit aber immerhin schon angedeutet.

Im Verlauf der nächsten Monate kam vor allem der bayerische Gesandte Ritter zu Groenesteyn immer wieder auf Befürchtungen einer bevorstehenden Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu sprechen. So äußerte er etwa Ende April 1932 tiefe Sorge über das Schicksal des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held, der sich «vielleicht im Kampf gegen die Nationalsozialisten zu sehr exponiert hat».[20] Am 20. Mai setzte er den Kardinalstaatssekretär darüber in Kenntnis, daß die Bayerische Volkspartei in zwei Lager gespalten sei. Ein Teil der Partei bevorzuge eine Koalition mit den Nationalsozialisten, der andere, mit Ministerpräsident Held an der Spitze, habe sich klar für eine weitere politische

Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ausgesprochen. Ritter zu Groenesteyn machte sehr deutlich, welcher Option seine Sympathien galten: Die Nationalsozialisten entfachten einen «Orkus des Terrors», so daß man sich schon jetzt vorstellen könne, was in Deutschland passieren würde, wenn sie wirklich an die Macht kämen.[21] Einen Monat später sah aber auch der Gesandte aus Bayern keinen anderen Ausweg aus der verfahrenen Situation mehr als ein Mitte-Rechts-Bündnis und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, «daß das Zentrum einen Weg finden möge, sich mit den nationalen Parteien ins Benehmen zu setzen».[22] Den Vorschlag eines ökumenischen Konzils gegen den Bolschewismus, den Ritter zu Groenesteyn Pacelli am 2. September 1932 unterbreitete, wies dieser mit dem Hinweis auf die erheblichen Schwierigkeiten, die einer solchen Synode im Wege stünden, zurück.[23] Die gemeinsame Gegnerschaft zum Bolschewismus wurde dabei allerdings offenkundig.

Besonderes Interesse verdient die Audienz des am 27. Juni neu ernannten französischen Botschafters beim Heiligen Stuhl François Charles-Roux vom 21. Oktober 1932. Hier handelt es sich um einen der seltenen Fälle, in denen Pacelli sich notierte, was er auf eine konkrete Frage eines Diplomaten geantwortet hatte: «Er hat von mir Informationen über die Situation in Deutschland verlangt, die ich ihm gegeben habe.» Pacelli prophezeite, bei den künftigen Wahlen würden die Nationalsozialisten Stimmenverluste hinnehmen müssen, die Kommunisten dagegen zulegen. Das Zentrum werde einige Sitze abgeben müssen, die es bei den vorangegangenen Wahlen durch günstige Umstände gewonnen habe. Ferner wies er den Botschafter auf die ablehnende Haltung des Zentrums gegen die Regierung Franz von Papen (1879–1969) und die Unmöglichkeit, eine mehrheitsfähige Koalition allein aus Zentrum und Deutschnationalen zu bilden, hin.[24]

Eine Woche später kam auch der bayerische Gesandte auf die Novemberwahlen zu sprechen. Er berichtete dem Kardinalstaatssekretär von einer Reise des Reichskanzlers von Papen nach München und den von diesem dort gehaltenen Reden, die auch bei vielen Katholiken auf Zustimmung gestoßen seien. Die Katholiken wendeten sich von der Bayerischen Volkspartei ab, die, «anstatt die Regierung Papen zu unterstützen, die Deutschland vor der nationalsozialistischen Gefahr gerettet hat, diese aufs härteste attackierte», wie es auch die übrige Zentrumspartei mache. Daher würden diese Katholiken bei den nächsten Wahlen nicht mehr

für die BVP oder das Zentrum, sondern für die Deutschnationalen stimmen. Pacelli erwiderte, seinen Informationen nach liege der Grund, warum das Zentrum der Regierung des ultrarechten ehemaligen Zentrumspolitikers Papen seine Zustimmung versagen müsse, in einer befürchteten Spaltung der Partei und einem drohenden Verlust des Arbeitnehmerflügels.[25] Nach den Wahlen kamen sowohl der bayerische als auch der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl Pacelli gegenüber auf diese Thematik zurück. Während Ritter zu Groenesteyn die heftigen Angriffe der Führer von Zentrum und Bayerischer Volkspartei, Kaas und Held, gegen die Person Papens bedauerte, wies Bergen den Kardinalstaatssekretär darauf hin, daß eine Koalition aus Zentrum und NSDAP allein nicht mehrheitsfähig sei.[26] Damit sprach der deutsche Botschafter die aus seiner Sicht entscheidende Frage an, nämlich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit des Zentrums mit den Parteien der Rechten, also DNVP und NSDAP. Offenbar hoffte er auf Sympathien Pacellis für eine derartige Lösung der deutschen Regierungskrise, hatte dieser doch – wenn man den Memoiren Brünings Glauben schenken will – dem damaligen Reichskanzler zwei Jahre zuvor im August 1931 zu einer Koalition mit den Rechten geraten.[27] Pacelli ließ sich aber wiederum nicht aus der Reserve locken.

Die politische Situation in Deutschland, der Aufstieg der NSDAP und die Option einer braun-schwarzen Koalition waren somit mehrfach Thema der Audienzen des Kardinalstaatssekretärs mit den Botschaftern. Pacelli erhielt wichtige Einschätzungen über die deutsche Lage sowohl von den beiden deutschen Diplomaten Bergen und Ritter zu Groenesteyn als auch von den Botschaftern anderer europäischer Staaten. Nach Ausweis seiner eigenen Aufzeichnungen über diese Begegnungen hielt er selbst sich jedoch mit Urteilen sehr zurück und ließ sich nicht in die Karten blicken. Hier agierte der umsichtige Diplomat.

Neben diesen im direkten persönlichen Austausch mit den Gesandten im Vatikanpalast gewonnenen Erkenntnissen über die politische Lage im Deutschen Reich konnte sich Pacelli natürlich vor allem auf seine unmittelbaren Informanten vor Ort, die ihm direkt unterstellten Nuntien in Berlin und München, stützen.[28] So berichtete Pacellis Nachfolger in Berlin, Cesare Orsenigo, am 18. September 1930 vom überraschenden Ausgang der Reichstagswahlen vier Tage zuvor. Orsenigo glaubte in dem sensationellen Abschneiden der NSDAP, die von 809.000 auf über sechs Millionen Stimmen

angestiegen war, ein grundsätzliches «tiefes Mißtrauen gegenüber dem Parlamentarismus» erkennen zu können. Die Einschätzung mancher Kommentatoren, die die Hitler-Partei für ein «vorübergehendes Phänomen» hielten, teilte Orsenigo nicht. Er ging im Gegenteil von einem weiteren Anwachsen der NSDAP aus, da sich die Partei der Regierungsverantwortung nicht stellen werde und daher weitere Protestwähler auf sich werde ziehen können. Obwohl sich unter ihren Mitgliedern «ziemlich viele Katholiken» befänden, wecke ihr Programm in religiöser Hinsicht derzeit noch wenig Vertrauen. Orsenigo hob jedoch in diesem wie in zahlreichen anderen Berichten dieser Tage[29] den strikten Kampf der NSDAP gegen die Kommunisten und die «Flut des Sowjetismus» hervor. Diese Gegnerschaft zum Bolschewismus sei allerdings nicht aus religiösen Prinzipien gespeist, sondern gründe sich ausschließlich auf den Nationalismus der Partei. Das Zentrum habe seinen Stimmenanteil zwar glücklicherweise halten können, die durch die Wahlen geschaffene Situation lasse aber keineswegs auf eine beständige Politik oder gar eine stabile Regierung hoffen.[30]

Am 30. September 1930 hatte das Mainzer Generalvikariat Katholizismus und Nationalsozialismus für unvereinbar erklärt, «da das Programm der NSDAP Sätze enthält, die sich mit katholischen Lehren und Grundsätzen nicht vereinigen lassen». Namentlich die «Überschätzung der germanischen Rasse und die Geringschätzung alles Fremdrassigen, ... die bei vielen zu vollendetem Haß der fremden Rassen führt», wurde als «unchristlich und unkatholisch» gebrandmarkt.[31] Orsenigo stand diesen klaren Worten skeptisch gegenüber. Zwar gebe es durchaus Katholiken, die über die sogenannte Mainzer Erklärung begeistert seien; andere Gläubige kritisierten jedoch deren «übertriebene Strenge». Die Kirche – so schrieb er an Pacelli am 8. Oktober – habe sich dadurch die Hitler-Partei zum erbitterten Gegner gemacht, obwohl deren Haltung zum Katholizismus bislang noch nicht eindeutig negativ gewesen sei und sich durchaus noch positiv hätte entwickeln können.[32] Innerhalb des römischen Staatssekretariats war man sich über die Beurteilung der Mainzer Entscheidung offenbar nicht ganz einig. Während Unterstaatssekretär Giuseppe Pizzardo (1877–1970) dafür plädierte, den Mainzer Bischof Hugo durch Orsenigo ermahnen zu lassen, in künftigen Fällen nicht mehr ohne vorherige Abstimmung mit dem Heiligen Stuhl zu handeln, schloß sich Pacelli dieser kritischen Position nicht an.[33] Er bat den Berliner Nuntius lediglich, die deutsche Szene weiterhin sorgfältig

zu beobachten und gegebenenfalls weitere Informationen zu übersenden.[34] Tatsächlich konnte Orsenigo zunächst von der «klugen Zurückhaltung» der übrigen deutschen Bischöfe in dieser Frage berichten. Seiner Ansicht nach war die Einstellung der NSDAP zu Religion und Kirche nach wie vor als ambivalent zu beurteilen. Manche Äußerungen von nationalsozialistischen Führern rechtfertigten zwar die Aufrechterhaltung der Mainzer Verurteilung, andere ließen jedoch «auf eine vernünftigere und respektvollere Haltung der Partei der katholischen Kirche gegenüber hoffen». Der Nuntius diagnostizierte zwei Strömungen innerhalb des Nationalsozialismus: eine, bestehend aus Katholiken, «die in großer Zahl in die Partei eingeschrieben sind», denen es ausschließlich um politische Ziele gehe und die der Kirche gegenüber durchaus positiv eingestellt seien, und eine andere, die «zu offener Opposition» gegenüber dem Katholizismus tendiere und zum Großteil «aus Ungläubigen und Protestanten besteht». Orsenigo war der Ansicht, die NSDAP werde aus wahltaktischen Gründen ihre «doppelgesichtige Haltung zur Religion» beibehalten, weil sie nur so ihr Wählerreservoir umfassend ausschöpfen könne. Er gab aber sehr optimistisch der Hoffnung Ausdruck, wenn sich die Partei erst einmal endgültig etabliert habe, werde sich ihr religionsfreundlicher Flügel zweifellos durchsetzen – allerdings nur im Falle eines «geduldigen und vorsichtigen Abwartens der Katholiken».[35]

Als Orsenigo in Berlin Ende des Jahres 1930 von Sondierungsgesprächen zwischen Brüning und Hitler über die Mitarbeit der NSDAP in einer gemeinsamen Regierung hörte, meldete er befriedigt nach Rom, sowohl die Zentrumspartei als auch die deutschen Bischöfe seien jetzt «viel vorsichtiger» mit ihren Äußerungen über den Nationalsozialismus.[36] Im Januar des folgenden Jahres mußte Orsenigo jedoch von einem Scheitern dieser Gespräche berichten. Das Zentrum habe «die Unmöglichkeit einer politischen Zusammenarbeit» mit der NSDAP erkennen müssen, zumal diese nichts unternommen habe, um die vom Mainzer Ordinariat erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Ein Politik- oder gar Richtungswechsel von Bischöfen und Zentrumspartei kam für den Nuntius deshalb Anfang 1931 nicht (mehr) in Frage. Er schrieb an Pacelli, daß «es ein taktischer Fehler wäre, sich jetzt von den Sozialdemokraten zu trennen». Ohne eine Zusammenarbeit mit der SPD wäre das Kabinett Brüning am Ende, eine parlamentarische Zustimmung zu den Notverordnungen unerreichbar.[37]

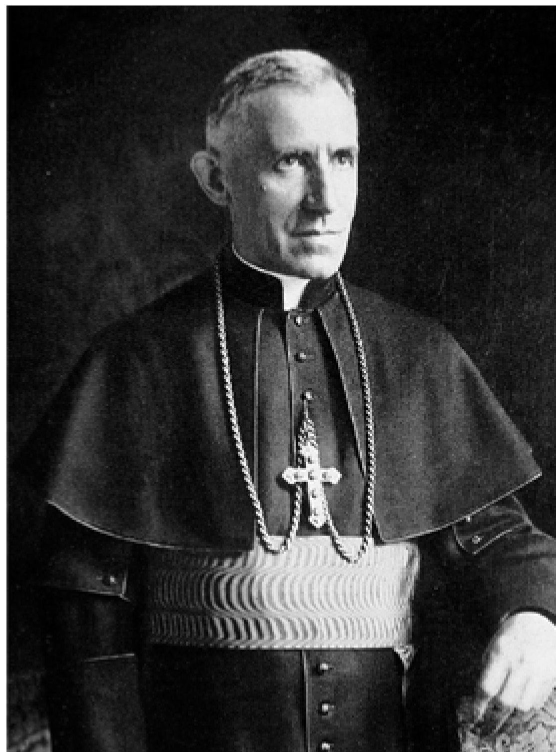
Nachdem eine Koalition zwischen NSDAP und Zentrum beziehungsweise zumindest eine Tolerierung der Regierung Brüning durch die Nationalsozialisten gescheitert war, schwenkten nach und nach alle deutschen Bischöfe auf den harten, kompromißlosen Kurs des Mainzer Ordinariates ein. Auf einer Diözesansynode für die Erzdiözese München und Freising hatte Kardinal Faulhaber bereits im November 1930 den Nationalsozialismus als «eine Häresie» bezeichnet, die «mit der christlichen Weltanschauung nicht in Einklang» zu bringen sei.[38] In pastoralen Anweisungen der bayerischen Bischofskonferenz an den Klerus vom 10. Februar 1931 wurden Irrlehren im kulturpolitischen Programm der NSDAP festgestellt, vor allem die Ablehnung des Alten Testaments und der Zehn Gebote sowie die Negierung des päpstlichen Primats, und der Rassismus der Partei nachdrücklich verurteilt: «Dem katholischen Geistlichen ist es streng verboten, an der nationalsozialistischen Bewegung in irgendeiner Form mitzuarbeiten. … Die Teilnahme von Nationalsozialisten an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossenen Kolonnen mit Uniform und Fahne ist und bleibt verboten.» Eine pastorale Prüfung jedes Einzelfalls wurde den Seelsorgern jedoch anheimgestellt – der einzelne Nationalsozialist sollte analog zum einzelnen Liberalen oder einzelnen Sozialisten behandelt werden: «Auch unter den Anhängern dieser Irrlehren gab und gibt es solche, die persönlich an ihrem Firmungsgelöbnis nicht rütteln und an der Kirche nicht zu Verrätern werden wollen.»[39] Der Münchener Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa setzte Pacelli umgehend über diesen Schritt des bayerischen Episkopats in Kenntnis, nicht ohne auf die Versuche des *Völkischen Beobachters* hinzuweisen, diese Verurteilung mit der Bemerkung herunterzuspielen, die dort angekreideten Ansichten würden der nationalsozialistischen Weltanschauung doch gar nicht entsprechen. Der Kommentar Vassallos spricht für sich: Aus Ton und Inhalt lasse sich deutlich erkennen, welches Schicksal der Kirche drohe, falls die Nationalsozialisten wirklich an die Macht kämen.[40]

Im Frühjahr 1931 folgten die übrigen deutschen Bischöfe – nach Kirchenprovinzen getrennt – dem bayerischen Vorbild einer Verurteilung des Nationalsozialismus. So hieß es etwa in der Erklärung der Oberrheinischen Bischöfe vom 19. März 1931, die «Bischöfe als die Hirten und Verkündiger der katholischen Glaubens- und Sittenlehre» müßten «vor dem Nationalsozialismus warnen, weil und solange er Anschauungen verfolgt

und verbreitet, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind. Es kann deshalb dem Katholiken nicht erlaubt sein, diese Anschauungen als wahr anzunehmen und sie in Wort und Tat zu bekennen.» Namentlich der Rassismus und die von der NSDAP vertretene Vorrangstellung der arischen Rasse wurden als mit dem katholischen Universalismus unvereinbar bezeichnet. «Darum ist es ganz ausgeschlossen, daß die katholische Kirche in ihrer Lehre und in ihrem Wirken sich von dem ‹Moral- und Sittlichkeitsgefühl einer Rasse›, etwa der germanischen, leiten oder einengen oder verführen läßt.»[41] Orsenigo, der Pacelli umgehend über die Erklärungen der deutschen Bischöfe unterrichtete, brachte in seinem Bericht nach Rom die Hoffnung zum Ausdruck, die Mahnungen ihrer Hirten möchten die Katholiken in Deutschland davor bewahren, von einer Partei aufgesogen zu werden, «die sich mehr und mehr von katholischen Prinzipien entfernt».[42]

Als der Nuntius allerdings im Oktober 1931 von einer «Vollkrise» der Regierung in Berlin zu berichten hatte und die Bildung eines neuen Kabinetts unter Führung des Zentrums, «ohne sich allzu sehr nach rechts, das heißt Richtung Nationalsozialisten zu verbiegen», für äußerst prekär hielt, setzte er Pacelli darüber in Kenntnis, daß es möglicherweise zur Installierung einer nationalsozialistischen Regierung kommen könne. Wenn auch «dieses Experiment» scheitern würde, wovon viele Beobachter ausgingen, weil eine nationalsozialistisch geführte Regierung im europäischen Ausland mit größter Skepsis betrachtet werden dürfte, würde das wahrscheinlich «zu einem Aufstieg des Kommunismus» führen.[43] Wenige Wochen später kam Orsenigo in einem ausführlichen Bericht noch einmal auf die politisch-religiöse Situation in Deutschland zu sprechen. Als «heikelsten Punkt» sah er die Beziehungen des Katholizismus zum Protestantismus und zur politischen Partei der «socialnazionalisti» an. Auf dem Feld der konfessionellen Auseinandersetzungen sei bei den Protestanten der «alte antikatholische Hass» wieder erwacht. Gewisse protestantische Kreise und Zeitungen offenbarten in diesem Kontext «eine vollständige Hingabe an den Nationalsozialismus». Während die evangelische Religion damit als national zuverlässig erscheine, werde dem deutschen Katholizismus seine Abhängigkeit von Rom vorgehalten, die «im Widerspruch zu den Interessen der Nation» stehe. Orsenigo konstatierte einen stetigen Aufwärtstrend der «Hitleriani». Die Sehnsucht nach einer nationalen

Wiedergeburt in Deutschland treibe ihnen vor allem die Masse der Jugendlichen in die Arme, was dazu führen dürfte, daß die NSDAP bei den anstehenden Wahlen in Preußen zur stärksten Partei werde. Ohne absolute Mehrheit würden die Nationalsozialisten aber gezwungen sein, sich nach einem Koalitionspartner umzusehen. Orsenigo schlug eine doppelte Strategie vor: Katholischerseits solle man einerseits zwar an den von den Bischöfen eingeschärften religiösen Prinzipien in bezug auf die nationalsozialistische Ideologie festhalten, sich andererseits aber im praktischen Umgang mit den Führern der NSDAP einer ausgesuchten Höflichkeit befleißigen, um diese zu animieren, «sich von Elementen zu reinigen, die sich antikatholisch aufführen, damit sie zu loyaler Zusammenarbeit» fähig würden. Im Grunde dachte der Berliner Nuntius erneut an eine Koalition zwischen Zentrum und NSDAP. Die Zentrumspartei habe zwar die Nationalsozialisten bisher stets heftig bekämpft, «doch immer nur aus politischen, niemals aus religiösen Motiven». Diese Trennung von Politik und Religion sah Orsenigo als äußerst nützlich an, um in der komplizierten Gemengelage mögliche Auswege zu finden.[44]



Cesare Orsenigo hatte als Nuntius in den entscheidenden Monaten des Jahres 1933 keine leichte Aufgabe zu erfüllen.

In den folgenden Monaten berichtete Orsenigo mehrfach ausführlich über die schwierige politische Situation im Reich, über den Sturz Brünings und die Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler sowie dessen Scheitern. Mit der Jahreswende 1932/33 erreichte seine Berichterstattung über die Endphase der Weimarer Republik einen letzten Höhepunkt. Papen suchte Orsenigo auf und bat ihn um eine Vermittlung beim Zentrum. Er hoffte offenbar, mit Hilfe der katholischen Partei, die er zwei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler Anfang Juni 1932 verlassen hatte, um einem Parteiausschluß zuvorzukommen, und von deren «Feindseligkeit» er immer noch überzeugt war, an die Macht zurückkehren zu können. Der Nuntius lehnte das Ansuchen Papens entschieden ab und wies auch dessen Vorhaben zurück, in derselben Angelegenheit nach Rom zu reisen und sich direkt an Pacelli zu wenden. An diesen berichtete er: «Einzig und allein in der Absicht, Eurer Eminenz einen solchen Besuch zu ersparen, der wahrscheinlich problematische Kommentare hervorrufen würde, wagte ich es, ihm zu sagen: ‹Ich habe nicht den Mut, Eurer Exzellenz zu einer derartigen Reise zu raten. Ich würde es dagegen für opportun halten, auf sie ohne weiteres zu verzichten.›» Der Kardinalstaatssekretär ziehe es vor, in rein politischen Fragen nicht angesprochen zu werden, sagte Orsenigo zu Papen, wie er in seinem Bericht an Pacelli ausdrücklich hervorhob.[45]

Obwohl der Kardinalstaatssekretär sowohl durch seine regelmäßigen Unterredungen mit den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Gesandten als auch durch die Berichte der Nuntien in München und Berlin über die politische Lage in Deutschland umfassend informiert war, legte er dem Papst von seinem Amtsantritt als Kardinalstaatssekretär bis zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler politische Themen aus Deutschland eher selten vor. Innerkirchliche Fragen wie die Besetzung von Bischofsstühlen, Kirchenfinanzen, Militärseelsorge, Buchzensur und Sondierungen zu weiteren Länderkonkordaten tauchen in den Quellen dagegen relativ regelmäßig auf. Pacelli betrachtete offenbar Deutschland zumindest politisch als sein ureigenes Terrain. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, daß die politische Situation in anderen Staaten, namentlich im faschistischen Italien, regelmäßig Gegenstand seiner Beratungen mit dem Papst war.

Als Pacelli dem Papst am 19. Dezember 1930 von Vorwürfen des italienischen Botschafters beim Heiligen Stuhl, Graf Cesare Maria de Vecchi di Val Cismon (1884–1959), gegen deutschsprachige Priester in Südtirol

berichtete, die dieser «des Pangermanismus anklagte», verlor Ratti offenbar die Contenance: «Das sind Verrückte! rief der Heilige Vater aus.» Nachdem sich der Papst beruhigt hatte, fuhr der Staatssekretär in seinen Aufzeichnungen fort: «Dennoch den Bischöfen schreiben, damit sie auch von diesen Priestern verlangen und ihnen raten, daß sie mit Klugheit handeln. … Sie sollen keine deutsche Propaganda machen, sondern das Evangelium verkünden.»[46] Als sich Graf Vecchi ein knappes Jahr später über den teils undiplomatischen Ton mokierte, den Pius XI. dem faschistischen Staat gegenüber anschlug, reagierte der Papst wieder empört. Als Bischof von Rom – so diktierte er Pacelli – habe er eine unaufgebbare pastorale Verpflichtung, und es sei absurd, von ihm zu verlangen, «daß er seine pastoralen Verpflichtungen auf diplomatischem Wege erfülle. Wenn es sich um die Ehre Gottes und das Seelenheil der Gläubigen in seiner Diözese handele, kann er nur als Bischof handeln. Ein moralischer und religiöser Primat der faschistischen Regierung hat uns nicht zu kümmern.» Der Heilige Vater wisse gut, welche Angelegenheiten er auf pastorale und welche er auf diplomatische Art und Weise zu behandeln habe. «Der Heilige Vater versäumt es nicht, in der Zeit und in der Art, die er für geeignet hält, die gebührenden Proteste gegen Staaten zu äußern, wo immer es notwendig ist.»[47]

Ähnlich klar äußerte sich der Ratti-Papst gegenüber Pacelli auch, als sich sein Staatssekretär im Zusammenhang mit den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat in Mexiko erkundigte, ob in diesem Fall die Anwendung von Gewalt im kirchlichen Widerstandskampf nicht erlaubt sein könnte. Pius XI. gab folgende Anweisung: Es seien geeignete Formulierungen zu finden, um auszudrücken, daß der Heilige Stuhl all diejenigen segne und stärke, die in diesem Kampf die Rechte Gottes und der Religion verteidigten. Unter den gegenwärtigen Umständen könne man aber «den bewaffneten Widerstand weder autorisieren noch dazu ermutigen». Der Heilige Vater unterstrich Pacellis Notizen zufolge jedoch, dies gelte «unter den gegenwärtigen Umständen. Denn ein Blick in die Geschichte zeige, daß die Päpste mehrfach äußere und innere Kreuzzüge nicht nur autorisiert, sondern sogar ausdrücklich initiiert hätten.» Als Beispiele führte er die Kriege gegen die Türken und die Häretiker an. Es sei wahr, daß man dabei auch die Zivilisation verteidigt habe. Pius V. habe in der Schlacht bei Lepanto gegen die Türken gekämpft, Pius IV. (1559–1565)

durch das Konzil von Trient gegen die Protestanten. Aber, so wiederholt Pacelli, «unter den gegenwärtigen Umständen kann Seine Heiligkeit das weder autorisieren noch dazu ermutigen, um nicht zu sagen, daß er den bewaffneten Kampf ausdrücklich mißbilligt».[48] Aus diesen wenigen Beispielen wird deutlich: Pius XI. hatte durchaus einen klaren politischen Standpunkt, den er auch Pacelli gegenüber vertrat.

Während also in den fast täglichen Audienzen Pacellis bei Pius XI. die weltpolitische Situation regelmäßig zum Gegenstand gemacht wurde und der Papst klare Weisungen gab, welche Schritte der Staatssekretär einleiten sollte und wie sich der Heilige Stuhl politisch zu positionieren hatte, sucht man solche Direktiven in bezug auf Deutschland vergeblich. Bezeichnenderweise war es der Papst selbst, der in den Audienzen Pacellis erstmals ein deutsches Thema ansprach, während sonst meist der Kardinalstaatssekretär die Tagesordnung bestimmte. Am 3. Februar 1931 notierte sich Pacelli: «Am Beginn der Audienz hat mir der Heilige Vater einen Artikel im *Figaro* vom 31. Januar 1931 gezeigt.» Das konservative Pariser Blatt berichtete von einer Rede des Zentrumsvorsitzenden Prälat Kaas. Der Papst spielte dabei «auf den falschen Weg an, den das Zentrum in Deutschland seit vielen Jahren einschlage. Daraufhin habe ich ihm die Schwierigkeiten erklärt, in denen sich diese Partei befindet, insbesondere bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags, in dem die Kommunisten auf der einen und die Nationalsozialisten (extreme Nationalisten) auf der anderen stark zugenommen haben. Wenn das Zentrum eine Politik internationaler Verständigung betreiben will, ist es gezwungen, sich an die Sozialisten anzulehnen – was der Heilige Vater nicht gern sieht. Wenn es sich dagegen an die Parteien der Rechten anlehnen will, ist eine Friedenspolitik unmöglich.» Infolge des starken Zuwachses der Rechtsparteien im Parlament würden sich die Beziehungen zu Polen und Frankreich drastisch verschlechtern. «Es bliebe also nichts anderes übrig, als die Regierung zu verlassen und in die Opposition zu gehen; dies hätte aber schwerste Nachteile, weil die Regierungsparteien ihre Kandidaten in die Ministerämter hieven könnten und dadurch viel Übel anrichteten.» Pacellis Resümee lautete: «Man sieht also nicht, wozu man in dieser Situation raten soll. Es ist ‹un fatale andare› – hat der Heilige Vater bemerkt.»[49]

Von sich aus sprach Pacelli erstmals in der Audienz am 2. Mai 1931 ein politisches Thema aus Deutschland an.[50] Er berichtete Pius XI. von der

Bitte Hermann Görings (1893–1946), des Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Reichstag, um eine Audienz im Vatikan. Dieser hatte sich als «einer der verantwortlichen Führer der NSDAP und ganz besonderer Vertrauter des Chefs dieser Partei, Adolf Hitler», in einem Handschreiben vom 30. April an den Kardinalstaatssekretär gewandt. Es liege ihm – so formulierte Göring – «am Herzen, mich Eurer Eminenz gegenüber über die Probleme unserer Bewegung aussprechen zu können». Obwohl sich Göring direkt an Pacelli wandte, hielt dieser die Angelegenheit offenbar für so brisant, daß er sich bei Pius XI. rückversichern wollte. Die Sache war auch deshalb delikat, weil Mussolini sich geweigert hatte, NS-Funktionäre zu empfangen, um das Verhältnis zur Reichsregierung nicht zu belasten. Hätte man die deutsche Rechte im Vatikan empfangen, hätte man sie damit ohne Rücksicht auf den italienischen Staat anerkannt. Der Papst lehnte für seine Person jedes Treffen apodiktisch ab und verbot auch Pacelli, Göring zu empfangen. «Es ist eine gefährliche Sache, weil es wie eine Berufung gegen eine Entscheidung der Bischöfe zu sein scheint», sagte der Papst zu seinem Staatssekretär. Pius XI. entschied, daß lediglich Unterstaatssekretär Giuseppe Pizzardo Göring empfangen solle. Pacelli erhielt den Auftrag, diesen genauestens zu instruieren, ihm die «cosa delicata» vor Augen zu führen, nachdem sich die deutschen Bischöfe in ihren Erklärungen gegen den Nationalsozialismus eindeutig festgelegt hatten. Pizzardo traf Göring schon einen Tag später, am 3. Mai, im Vatikan. Von diesem Gespräch fertigte er für seinen Chef ein Protokoll an, aus dem hervorgeht, daß Göring versucht hatte, die katholischen Bedenken gegen die NSDAP und ihre christentumsfeindliche Einstellung zu zerstreuen. «Er sei nach Rom gekommen, um sich zu erholen, aber Hitler habe ihm gesagt, er solle diesen Schritt im Vatikan unternehmen.» Die Partei erkenne die Autorität Gottes und des Papstes in moralisch-religiösen Fragen durchaus an. Wie Pizzardo festhielt, ging es in dem Gespräch tatsächlich – wie von Pius XI. befürchtet – vor allem um eine Beschwerde im Auftrag Hitlers gegen die von den deutschen Bischöfen gegen die NSDAP eingenommene Haltung. Die Ansichten Alfred Rosenbergs (1893–1946) und anderer Propagandisten stellten laut Göring nicht die Meinung der Partei dar und seien längst überholt. Besondere Kritik erfuhr angesichts der linksgerichteten und angeblich eng mit den Sozialisten verbundenen katholischen Partei die massive Unterstützung des Zentrums durch die deutschen Bischöfe. Die Mitglieder der SPD charakterisierte Göring

als Atheisten, die Deutschland in den Untergang trieben.[51] Ob Pacelli den Papst über die Ergebnisse von Pizzardos Unterredung mit Göring informiert hat, steht dahin. Jedenfalls findet sich in seinen Notaten darüber kein Eintrag.

In einem ganz anderen Zusammenhang kam der Papst einen Monat später auf die Verurteilung des Nationalsozialismus durch die deutschen Bischöfe zurück. Angesichts der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen der Kurie und dem italienischen Faschismus deutete er in einer Audienz an, er könne nicht länger ausschließen, die Partei Mussolinis in ähnlicher Weise zu verdammen, «wie dies die deutschen Bischöfe schon mit der Partei Hitlers gemacht haben».[52] Als Ende des Jahres 1931 aus den Kreisen des deutschen Hochadels Bitten an Pius XI. herangetragen wurden, die Verurteilung des Nationalsozialismus von seiten der katholischen Kirche aufzuheben, und Pacelli ihm ein entsprechendes Schreiben in der Audienz vorlegte, sah der Papst keinen Entscheidungsspielraum und bemerkte, man könne nichts anderes tun, als erneut auf die Entscheidung der Bischöfe hinzuweisen.[53]

Überraschenderweise wurde die immer schwieriger werdende politische Situation in Deutschland während des gesamten Jahres 1932 nie mehr Gegenstand der Gespräche zwischen Pacelli und dem Papst. Lediglich einzelne Formulierungen des geplanten badischen Konkordats wurden zwischen beiden diskutiert.[54] Zwar wies der Heilige Vater seinen Kardinalstaatssekretär am 17. April 1932 an, der Berliner Nuntius möge namens des Heiligen Stuhles Reichspräsident Paul von Hindenburg zu seiner Wiederwahl gratulieren,[55] der Sturz Heinrich Brünings, die Ernennung und das Scheitern Franz von Papens tauchen dagegen mit keiner Silbe auf. Ausgiebig beschäftigten Papst und Kardinalstaatssekretär sich jedoch mit einem Bericht Orsenigos über die Priesterausbildung in Berlin. Den von Bischof Christian Schreiber (1872–1933) erbetenen Segen für die geplante Errichtung eines Knabenkonvikts lehnte Pius XI. erbost ab, weil vorgesehen war, die Konviktoren auf ein protestantisches Berliner Gymnasium zu schicken.[56] Diese Episode zeigt die zumindest teilweise Verengung der vatikanischen Perspektive: Deutschland stürzte ins Chaos und der Papst war bestens darüber informiert – aber Pius XI. ereiferte sich über künftige katholische Priesteramtskandidaten auf einem evangelischen Gymnasium.

Allerdings war Pius XI. beim Thema Deutschland auch nicht ausschließlich auf die Auskünfte seines Kardinalstaatssekretärs und des hinter ihm stehenden Diplomatischen Corps angewiesen, wie sein souveräner Umgang mit dem einzig brisanten deutschen politischen Thema zeigt, das Pacelli ihm in diesen Monaten zur Entscheidung vorlegte: eben jenem Audienzersuchen Hermann Görings. Obwohl Pacelli von Vassallo di Torregrossa und Orsenigo umfassend über die Verurteilung des Nationalsozialismus durch die Bischöfe aufgeklärt worden war, hatte er diese Berichte nach Ausweis seiner Aufzeichnungen offenbar nicht an den Papst weitergeleitet. Pius XI. lag aber auch ohne diese Informationen genau richtig, als er hinter dem Audienzwunsch Görings die Intention Hitlers vermutete, den Heiligen Stuhl und die deutschen Bischöfe gegeneinander ausspielen, um den Papst zu einer Intervention zugunsten der NSDAP zu bewegen. Er war nicht bereit, sich gegen den deutschen Episkopat instrumentalisieren zu lassen und verbot Pacelli sogar, Göring zu empfangen. Ob aus diesem Schritt ein gewisses Mißtrauen des Papstes gegen seinen «deutschen» Kardinalstaatssekretär sprach, läßt sich aus den Quellen nicht erkennen, ist aber immerhin möglich. Pius XI. jedenfalls hielt die klare Brandmarkung des Nationalsozialismus durch die deutschen Bischöfe durchaus für ein Modell, das er selbst auch im Hinblick auf die Stellung der Kurie zum italienischen Faschismus für praktikabel erachtete.

Tausche Reichskonkordat gegen Ermächtigungsgesetz? Eine Forschungskontroverse

«Er hat mich nach meiner Einschätzung der Situation in Deutschland gefragt», notierte sich Pacelli am 1. Februar 1933 unmittelbar nach einer Unterredung mit dem französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, François Charles-Roux, der gerade von einer Konsultation bei seiner Regierung in Paris nach Rom zurückgekehrt war. Zwei Tage zuvor, am 30. Januar, hatte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler ernannt. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte, wie der Staatssekretär sich notierte, in Frankreich große Sorgen ausgelöst. Deshalb erörterte die französische Regierung offenbar das Szenario, die Nationalsozialisten durch eine Koalition mit der

katholischen Zentrumspartei zu disziplinieren, wenn sie schon nicht von der Regierung fernzuhalten seien. Man hoffte in Paris offensichtlich darauf, daß der Heilige Stuhl seinen Einfluß auf den politischen Katholizismus in diese Richtung würde geltend machen können. Pacelli jedoch sah diese Möglichkeit als utopisch an, wie seine klare Antwort an Charles-Roux nahelegt: «Ich habe gesagt, meiner Ansicht nach sei es wenig wahrscheinlich, daß das Zentrum in die Regierung eintritt, außer wenn es ausreichende Garantien bekäme. Was den Punkt des religiösen Lebens angeht, haben die Nationalsozialisten in der Vergangenheit jedoch eine wenig günstige Haltung eingenommen.» Diese zeigte sich nach Pacellis Ansicht besonders in ihrem Abstimmungsverhalten bei seinen Herzensprojekten, den Länderkonkordaten mit Bayern, Preußen und Baden. Hier hätten die Abgeordneten der NSDAP in den Landtagen stets mit Nein votiert, zuletzt noch wenige Monate zuvor in Karlsruhe. Hitler selbst bezeichnete der Kardinalstaatssekretär dem französischen Botschafter gegenüber zwar als «genialen Agitator». Er bezweifelte aber, daß er auch ein geeigneter Regierungschef und Staatsmann sein werde, zumal «seine Partei aus Leuten unterschiedlichster Richtung» bestehe. Im Hintergrund der politischen Krise in Deutschland habe – so Pacelli weiter – auch «die Frage der Restauration der Monarchie eine gewisse Rolle gespielt». Dieses Thema könnte sich um so dringlicher stellen, «falls statt einer parlamentarischen Regierung (was die jetzige sein will) eine Diktatur kommen würde». Auf Nachfrage von Charles-Roux fügte Pacelli hinzu, seiner Ansicht nach habe das Thema des polnischen Korridors bei der Berufung Hitlers zum Reichskanzler keine Rolle gespielt, auch wenn es natürlich «jeden Deutschen in seinem Herzen bewege». Daher – so folgerte Pacelli – glaube er nicht, «daß die Regierung an einen Gewaltakt oder Militärschlag in dieser Hinsicht denken könnte». [57]

Diese Antwort ist ungewöhnlich umfangreich. Einer Aussage Pacellis kommt dabei besondere Bedeutung zu: der Feststellung, daß er eine Zusammenarbeit des Zentrums mit der NSDAP wegen mangelnder Garantien für höchst unwahrscheinlich halte. Von einer möglichen Einflußnahme des Heiligen Stuhles beziehungsweise des Kardinalstaatssekretärs selbst auf die katholische Partei in Deutschland ist dagegen überhaupt keine Rede. Diese Antwort Pacellis führt mitten hinein in eine der spannendsten Forschungskontroversen der kirchlichen

Zeitgeschichte überhaupt, die sich auf den Zeitraum von Januar bis April 1933 bezieht. Dabei geht es um das Verhalten der katholischen Kirche und ihrer unterschiedlichen Institutionen der neuen nationalsozialistischen Regierung gegenüber. Drei Fragenkomplexe stehen dabei im Fokus des Interesses:

1. Wie hat es die Regierung Hitler erreicht, die deutschen Bischöfe dazu zu bewegen, die Anfang der dreißiger Jahre wiederholt ausgesprochene Verurteilung des Nationalsozialismus aufzuheben und damit auch Katholiken die Mitarbeit in der «Bewegung» zu ermöglichen? Schließlich korrigierte der deutsche Episkopat am 28. März 1933 seine ablehnende Haltung und erklärte, daß die allgemeinen «Verbote und Warnungen» vor dem Nationalsozialismus nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.[58]
2. Um auf legalem Wege das parlamentarische Weimarer System in eine Diktatur umwandeln zu können, benötigte Hitler die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz. Ohne die Stimmen der katholischen Partei hätte er die notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag nicht zustande gebracht. Tatsächlich stimmte das Zentrum am 23. März 1933 dem «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» zu. Welche Gründe haben die Vertreter des politischen Katholizismus zu diesem Schritt bewogen? War es der Glaube an die Notwendigkeit einer starken Regierung, oder gab die Regierungserklärung Hitlers vom selben Tag den Ausschlag? Oder steckte dahinter doch das Versprechen eines Reichskonkordats?
3. Welche Rolle spielte der Heilige Stuhl in diesem Zusammenhang? War Rom in die Entscheidungen von Fuldaer Bischofskonferenz und Zentrumspartei involviert, oder wurde man an der Kurie von den Entwicklungen in Deutschland eher überrascht, ohne selbst Einfluß nehmen zu können? Welche Rolle spielte das Reichskonkordat? Hat man Demokratie und Zentrumspartei geopfert, um das zentralistische Kirchenrecht des *Codex Iuris Canonici* von 1917 auch im Reich durchsetzen zu können? Oder blieb Pacelli nichts anderes übrig, als bei dem Spiel der Reichsregierung mitzumachen, weil er sich durch eine Ablehnung der Konkordatsofferte unmöglich gemacht hätte?

Im Grunde genommen lassen sich all diese Fragen auf eine einzige zurückführen, die auch im Mittelpunkt einer heftigen Kontroverse steht, die

mit den Namen Klaus Scholder (1930–1985) und Konrad Repgen verbunden ist: Gab es einen Zusammenhang zwischen der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, der Rücknahme der Verurteilung des Nationalsozialismus durch die deutschen Bischöfe und der Aufnahme von Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Vatikan über ein Reichskonkordat? Dieses Junktim hatte bereits Karl-Dietrich Bracher behauptet, als das Bundesverfassungsgericht in den fünfziger Jahren die Gültigkeit des Reichskonkordats prüfte. Seither haben der evangelische Kirchenhistoriker Klaus Scholder und seine Schule diesen Zusammenhang in immer neuen Beiträgen nachzuweisen versucht. Der katholische Zeithistoriker Konrad Repgen und die Kommission für Zeitgeschichte widersprachen ebenso entschieden. Da eindeutige Quellenbelege bislang nicht erbracht worden sind, kommt beiden Positionen hypothetischer Charakter sowohl in ihrem Hauptargument als auch in zahlreichen Teilaspekten zu. So bleibt es umstritten, ob die Konkordatsidee auf Vizekanzler Papen oder Hitler selbst zurückging. Genauso unklar ist, wann der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, von den Konkordatsplänen der Regierung erfuhr, ob dies bereits – wie Brüning in seinen Memoiren und ihm folgend die Scholder-Schule behauptet – vor der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 geschah, was dann das Abstimmungsverhalten des Zentrums natürlich hätte beeinflussen können, oder ob Kaas – wie Repgen annimmt – erst am 8. April, als er Papen zufällig im Zug nach Rom traf, von der Absicht der Reichsregierung erfuhr.

Zahlreiche Detailfragen dieser Kontroverse können auch durch die in Rom neu zugänglichen Quellen nicht beantwortet werden. Aber in einer Hinsicht, die Klaus Scholder selbst für zentral erklärt hat, nämlich der Rolle der Römischen Kurie im Dreieck Ermächtigungsgesetz – Bischofserklärung – Reichskonkordat, darf man vom Vatikanischen Geheimarchiv Antworten erwarten. Für den Tübinger Kirchenhistoriker stand nach eigener Aussage «die Frage nach der Beteiligung des Heiligen Stuhles an den Vorgängen im März» im Mittelpunkt des Interesses: «Wir kommen damit zu einem entscheidenden Punkt der ganzen Kontroverse. War wirklich, wie Repgen will, der Vatikan an den großen Entscheidungen des deutschen Katholizismus im März völlig unbeteiligt, ja noch mehr: war er in gewissem Sinn ein Opfer dieser falschen oder doch unglücklichen Entscheidungen, weil sie es ihm schlechterdings unmöglich machten, das Verhandlungsangebot

Papens abzulehnen? Oder gilt die These …, daß der deutsche Katholizismus – der kirchliche wie der politische – mit einer aufs ganze gesehen bewunderungswürdigen Standfestigkeit und Geschlossenheit den Nationalsozialismus ablehnte, bis Rom es aus den höheren Gründen seiner Konkordatspolitik heraus für geboten hielt, diese Front zu räumen?»[59]

Marionetten Roms oder eigenständige Akteure? Zentrumspartei und Bischöfe

Durch die Auswertung der drei wichtigen Aktenserien Nuntiaturberichte, Audienzen mit den Botschaftern und Unterredungen mit Pius XI. ergibt sich ein recht präzises Bild von dem Informations- und Diskussionsstand von Papst und Kurie in jenen entscheidenden Wochen im Frühjahr 1933.[60] Am 1. Februar hatte Pacelli, wie gesehen, eine Zusammenarbeit des Zentrums mit der NSDAP für «wenig wahrscheinlich» gehalten. Über eine mögliche vatikanische Intervention in diesem Sinne hatte er mit Charles-Roux nicht ausdrücklich gesprochen. Zwei Tage später, am 3. Februar 1933, empfing der Kardinalstaatssekretär die Botschafter Bayerns, Italiens und Österreichs.[61] Im Gespräch mit dem österreichischen Geschäftsträger spielte das Thema der «Machtergreifung» Hitlers keine Rolle. Auch über die Begegnung mit Ritter zu Groenesteyn notierte Pacelli eher allgemein, dieser habe «über die schwierige Situation in Deutschland» berichtet.

Graf Vecchi di Val Cismon, der italienische Gesandte beim Heiligen Stuhl, kam hingegen am Ende seiner Audienz am 3. Februar ausdrücklich auf die «Machtergreifung seitens der Hitlerianer in Deutschland» zu sprechen, «die er seit langem vorhergesehen» habe: Die Nationalsozialisten «haben die Macht übernommen und sie werden sie nicht wieder hergeben, wie auch immer die Wahlen ausgehen werden». Der Botschafter fügte als Beleg seiner Ansicht ein Zitat des «Duce» an: «Die Macht, sagt Mussolini, läßt nur der los, der sie loslassen will.» Die Nationalsozialisten seien nicht umsonst in ständigem Kontakt mit Mussolini; dieser berate sie sogar. «Sie haben ihre Milizen, und sie lassen sich die Macht nicht mehr wegnehmen.» Freilich sei Hitler nicht prinzipiell antimonarchistisch eingestellt. Pacelli notierte sich: Auf seine Frage, ob denn nicht der Versailler Vertrag Bewaffnung und Militär in Deutschland klar begrenze, habe ihm der Botschafter erklärt, die

Nationalsozialisten würden auf diese Vorgabe «pfeifen». Außerdem beabsichtigten sie nun nach der Machtübernahme, «den Kommunismus mit Feuer und Schwert zu vernichten». Damit vermittelte der italienische Diplomat dem Staatssekretär eine doppelte Botschaft: Hitler strebte wie Mussolini eine Diktatur unter Ausschaltung der Demokratie an. Im Grunde waren nach der Schilderung Vecchi di Val Cismons Nationalsozialismus und Faschismus, mit dem die Kirche in Italien doch gute Erfahrungen gemacht und sogar die Lateranverträge habe abschließen können, durchaus vergleichbar. Und zudem war der Kommunismus der gemeinsame Hauptfeind von Nationalsozialismus und Katholizismus, von Hitler und Pius XI. Auf die kritische Rückfrage Pacellis nach der Einstellung Hitlers und der NSDAP gegenüber Kirche und Religion bedauerte Vecchi di Val Cismon, für den Augenblick keine genaueren Auskünfte geben zu können. Er verlieh aber seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Nationalsozialisten die Kirche nicht bekämpfen würden, «da dies ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen würde». Bedingung sei allerdings, daß die deutschen Bischöfe ihre Verurteilung des Nationalsozialismus aufgäben, denn sonst würde sich die Bewegung zwangsläufig gegen die Kirche richten. Zum Abschluß der Audienz notierte Pacelli: «Der Botschafter hat sich angeboten, in unserem Sinne zu intervenieren.»

Bezeichnenderweise ging auch Nuntius Orsenigo in seinem ersten Bericht nach dem «avvento all potere dei nazionalsocialisti» am 7. Februar 1933 auf die Verurteilung des Nationalsozialismus durch die Bischöfe ein.[62] Leider hätten die Vorgaben des Episkopats das gewünschte Ergebnis nur unvollkommen erreicht. Namentlich unter den jungen Katholiken verzeichne die NSDAP beachtliche Erfolge. Hier läßt sich der Wunsch des Nuntius nach einer Modifikation der Haltung der Bischöfe herauslesen. Zwar sei nach und nach der gesamte Episkopat auf die harte Mainzer Linie eingeschwenkt, anfangs hätten sich aber nicht wenige Bischöfe «der neuen Partei gegenüber alles andere als ungewogen» gezeigt. Orsenigo wies Pacelli jedenfalls ausdrücklich auf die von Hitler gewünschte Zusammenarbeit der Zentrumspartei mit der neuen Regierung oder wenigstens die Tolerierung seines Kabinetts für ein Jahr hin. «Das Zentrum, das aus programmatischen Motiven und aus taktischen Überlegungen einem Kabinett Hitler – von Papen mißtraut hat», mache seine Mitarbeit von verschiedenen Bedingungen abhängig. Namentlich verlange es von den Nationalsozialisten Garantien für

die Sicherung der Weimarer Reichsverfassung. Da die NSDAP dies nicht akzeptieren werde, sei Hitler gezwungen, Neuwahlen auszuschreiben. Besondere Bedeutung kommt dem Kommentar des Nuntius zu: «Das Verhalten des Zentrums erscheint momentan als der einzige Grund für Neuwahlen.» Es könne so scheinen, als ob dem derzeitigen politischen Streit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein grundlegender Dissens zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus zugrunde liege, was der Nuntius verneinte. Aber auch Orsenigo mußte zugeben, daß die Spannungen zwischen den Nationalsozialisten und der Mehrheit der Katholiken sehr groß waren. Ob man Hitlers Erklärungen, das Christentum als Basis jeglicher Moral schützen zu wollen, trauen könne, sei zweifelhaft.

Am 16. Februar berichtete Orsenigo über den heftig entbrannten Reichstagswahlkampf. Während das Zentrum sich «natürlich quasi auf die Gesamtheit des Klerus und die Katholiken» stützen könne, versuchten die Nationalsozialisten zu demonstrieren, daß sie keine Gegner der Religion, sondern lediglich Gegner des «politischen Mißbrauchs der Religion» seien. Eine Unterstützung der neuen nationalsozialistischen Regierung durch die Katholiken hielt Orsenigo zwar für «naiv und inkonsequent», weil die Gründe, die zu der Verurteilung durch die Bischöfe geführt hatten, nicht ausgeräumt worden seien, «sie jedoch offen im Namen der Religion zu einem offensichtlich wahlkämpferischen Zweck zu bekämpfen, könne zu einer Verbitterung führen, ja, sogar einen echten ‹Kulturkampf› auslösen». Obwohl Vorhersagen über den Ausgang der Wahl schwer zu treffen seien, sei es möglich, daß zwei der drei Parteien allein, welche die Linken bekämpften, nämlich NSDAP, Deutschnationale und Zentrum, eine absolute Mehrheit im Parlament erhielten. Für diesen Fall hielt der Berliner Nuntius eine Koalition Hitlers mit dem Zentrum für wahrscheinlicher als mit der DNVP. «Es liegt jetzt alles daran, nicht vorher alles kaputt zu machen.»[63] Trotz aller Probleme hoffte Orsenigo offensichtlich auf eine Koalition von Zentrum und NSDAP. Voller Enttäuschung mußte er jedoch wenige Tage später feststellen: «Die Opposition zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten ist nunmehr so offenkundig und so akut, daß es mir nicht mehr länger möglich erscheint, auf jene würdevolle, aber auch zurückhaltende Haltung hoffen zu können, die dem Zentrum später die Möglichkeit hätte bieten können, ein Element des Ausgleichs und des Friedens zu werden.»[64]

Nachdem der deutsche Vatikanbotschafter Diego von Bergen in seiner Audienz bei Pacelli am 10. Februar nur allgemein «über die politische Lage in Deutschland» berichtet hatte, «ohne etwas von speziellem Interesse zu sagen»,[65] hatte er zwei Wochen später offensichtlich den amtlichen Auftrag, an der Kurie für die neue nationale Regierung gut Wetter zu machen. Zunächst berichtete er «sulla [über die] sehr freundliche» – hier notierte Pacelli die Aussage des Botschafters auf Deutsch – «risposta [Antwort] di Hitler» auf die Beileidsbekundung des Heiligen Stuhles zur Katastrophe von Neunkirchen – gemeint ist die Explosion eines Gasometers im Saarland mit vielen Todesopfern. Nach dieser positiven Einleitung «hat er mir sehr ausführliche Versicherungen gegeben, daß die gegenwärtige Regierung weder etwas gegen die katholische Kirche unternehmen noch ihre guten Beziehungen zum Heiligen Stuhl beeinträchtigen werde. Hitler ist gebürtiger Katholik;» Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), der als letzter praktizierender Katholik in der Regierung Hitler bleiben sollte, «ist bekannt als Person von höchster Korrektheit; von Papen ist cattolicissimo; daher ist volle Sicherheit gegeben.» Diese Argumentation überzeugte Pacelli offenbar nicht völlig: «Ich brachte einige Vorbehalte gegen Hugenberg zum Ausdruck.» Daraufhin gab der Botschafter zu, daß Alfred Hugenberg (1865–1951) zwar im Ruf eines «Kulturkämpfers» – von Pacelli wieder auf deutsch notiert – stehe. Er sei jedoch derzeit vollständig von ökonomischen Fragen okkupiert und werde schon deshalb nichts gegen die katholische Kirche unternehmen. In der Audienz am selben Tag hatte der französische Botschafter den Kardinalstaatssekretär auf einen möglichen Besuch Hitlers in Rom angesprochen. Dabei hatte dieser zugeben müssen, von einem derartigen Projekt nichts zu wissen. Daher nutzte Pacelli die Gelegenheit des Gesprächs mit dem deutschen Botschafter, um diesen nach dem Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte zu fragen. Bergen antwortete, daß er «über keine offiziellen Informationen» verfüge, die Angelegenheit jedoch «zu sechzig Prozent für wahrscheinlich» halte.[66]

Anders als in den Berichten Orsenigos unmittelbar vor den Märzwahlen spielte die strikt antikommunistische Haltung Hitlers und seiner Regierung in den Notizen Pacellis eine wichtigere Rolle. Am 8. Februar 1933 äußerte der neu ernannte Vertreter des Fürstentums Monaco beim Vatikan, Emilio Lorenzo Dard (1871–1947), bei der Übergabe seines Kreditivs Pacelli gegenüber die Befürchtung, «daß Frankreich aufgrund der immer enger

werdenden Achse zwischen Italien und dem Hitler-Deutschland zu einem Bündnis mit Rußland treiben würde, wobei Rußland sich wegen Hitlers Kampf gegen den Kommunismus von Deutschland trennen würde».[67] Als der bayerische Gesandte Ritter zu Groenesteyn am 4. März 1933 «die Verdienste der gegenwärtigen Regierung im Kampf gegen den Kommunismus anerkannte», aber Hitlers Polemik gegen die angebliche Untätigkeit der vorhergehenden, zumeist vom Zentrum geführten Kabinette in dieser Frage scharf kritisierte, stellte Pacelli lakonisch fest: «Es ist freilich wahr, daß diese sich als viel zu nachgiebig gegenüber dem Kommunismus gezeigt haben.»[68] Hier wird deutlich, wo Pacelli in jenen Tagen den eigentlichen Teufel am Werk sah: Es waren Stalin, der russische Bolschewismus und seine Ableger in Deutschland und Europa. Von einem Kampf gegen oder einer Dämonisierung des gerade an die Macht gekommenen Hitler war dagegen nirgends die Rede. Es blieb zwar Skepsis gegenüber der Einstellung des neuen Reichskanzlers zu Kirche und Katholizismus, die aber durch Hitlers klaren Antikommunismus weitgehend wettgemacht wurde. Diese Haltung teilte offensichtlich auch der Papst. Daher verwundert es nicht, daß Pacelli sich als ersten Satz seiner Audienz bei Pius XI. an diesem Tag notierte: «Hitler ist der erste (und einzige) Staatsmann, der bislang öffentlich gegen den Kommunismus geredet hat. Bislang war dies einzig und allein der Papst gewesen.»[69] In den folgenden Tagen teilte Pius XI. seine nunmehr positivere Einschätzung Hitlers auch dem einen oder anderen beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter mit. So notierte sich etwa Charles-Roux am 7. März 1933 nach einer Unterredung mit dem Papst, dieser habe seine Meinung über den Führer der NSDAP vor allem deshalb modifiziert, weil er in ihm «einen Alliierten gegen den Bolschewismus» gefunden zu haben glaubte.[70] Ähnlich äußerte sich Pius XI. auch den Kardinälen gegenüber in einem Konsistorium am 13. März, wie Kardinal Faulhaber festhielt.[71]

Auch die von Orsenigo im Februar wieder ins Spiel gebrachte Option einer Zusammenarbeit zwischen Zentrum und NSDAP taucht seit Anfang März in den Unterredungen des Kardinalstaatssekretärs mit den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomaten wiederholt auf. So hörte Pacelli am 4. März aus den Ausführungen des bayerischen Vertreters Ritter zu Groenesteyn ein vorsichtiges «Vielleicht» als Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit einer schwarz-braunen Koalition heraus.[72] Nach den Wahlen stellte sich

diese Frage mit neuer Dringlichkeit. Orsenigo behauptete in seinem Bericht vom 7. März an Pacelli, daß nur etwa die Hälfte der Katholiken den bischöflichen Weisungen gefolgt sei und Zentrum beziehungsweise BVP gewählt habe. Die übrigen sechs bis sieben Millionen katholischen Wähler hätten trotz der eindeutigen Verbote des deutschen Episkopats «größtenteils für den Nationalsozialismus gestimmt». Auch wenn diese Zahlen eindeutig zu hoch sind und nach neueren Untersuchungen höchstens vier der dreizehn Millionen katholischen Wähler für die NSDAP gestimmt haben, gelang es dem Berliner Nuntius durch diese Übertreibungen, seine Botschaft von der ungeheuren «Faszination» des nationalsozialistischen Gedankenguts auch und gerade auf die deutschen Katholiken nach Rom zu übermitteln.[73] Wenige Tage später wies Orsenigo Pacelli auf in Deutschland kursierende Informationen hin, die auf die römische Agentur «La Corrispondenza» zurückgingen und von einem Meinungsumschwung des Vatikans in bezug auf die Hitlerbewegung berichteten. Manche Zeitungen sahen darin «ein Vorspiel einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum», andere sprachen davon, die katholische Partei habe ihren «Frieden» mit Hitler gemacht. Orsenigo wies den Staatssekretär darauf hin, daß seiner Meinung nach die Beziehungen zwischen Zentrum und NSDAP nicht grundsätzlich zerstört seien. In manchen Landtagen wie in Hessen sei es sogar schon zu einer Zusammenarbeit beider Parteien gekommen.[74] Aus diesen Formulierungen spricht die schon wiederholt vom Berliner Nuntius geäußerte Hoffnung auf eine Kooperation der beiden Parteien auf Reichsebene. Pacelli schüttete jedoch Wasser in Orsenigos Wein, indem er ihm umgehend mitteilte, die Agentur «La Corrispondenza» verfüge über «keinerlei Beziehungen zum Vatikan», ihre Redakteure hätten «nie auch nur einen Fuß in das Staatssekretariat gesetzt».[75] Der Kardinalstaatssekretär wollte offenbar gegenüber seinem Nuntius in Berlin jeglichen Eindruck einer möglichen vatikanischen Einflußnahme auf die deutsche Innenpolitik vermeiden.

Dies war freilich nicht nur Ausfluß einer Einschätzung Orsenigos als unsicherem Kantonisten. Vielmehr sah Pacelli offenbar keine Möglichkeit, das Zentrum von seiten des Vatikans oder des Papstes zu beeinflussen und es in Richtung einer Zusammenarbeit mit der NSDAP – sei es in Form einer Koalition, sei es in Form einer parlamentarischen Tolerierung, sei es zur Unterstützung einzelner Gesetzesvorhaben – zu bewegen. Als der Botschafter Italiens am 14. März im ausdrücklichen Auftrag Mussolinis

während einer Audienz direkt die Frage stellte, was an Informationen dran sei, nach denen der Heilige Stuhl «dem Zentrum Anweisung gegeben» habe, «die gegenwärtige Regierung in Deutschland zu unterstützen», notierte sich der Kardinalstaatssekretär: «Ich habe negativ geantwortet.» Graf Vecchi di Val Cismon erwiderte Pacelli auf dessen klare Aussage jedenfalls: «Wenn es zum Zusammenstoß kommt, ist es fatal; sie werden das Zentrum auf Jahre hinaus zunichte machen.» Am Ende dieser Audienz kam der italienische Botschafter auch auf den bereits von Charles-Roux und Bergen wenige Wochen zuvor angesprochenen Besuch Hitlers bei Mussolini in Rom zu sprechen und fragte Pacelli direkt: «Wollt Ihr, daß er auch in den Vatikan kommt?» Pacelli antwortete: «Ich persönlich sehe keine Schwierigkeiten», und begründete seine Ansicht so: Bei Hitler «handelt es sich um den Chef einer legalen Regierung; daher ist es nur natürlich, daß er, wenn er nach Rom kommt, auch den Heiligen Vater besucht». Er könne aber «natürlich keine verbindliche Auskunft geben, ohne Seine Heiligkeit zu befragen».[76]

Dies geschah in der nächsten Unterredung Pacellis mit dem Papst drei Tage später am 17. März. Pius XI. äußerte wie erwartet, er habe keinerlei Probleme, den Kanzler Hitler in Privataudienz zu empfangen.[77] Diese Entscheidung teilte Pacelli dem Grafen noch am selben Tag mit. Dieser fragte erneut nach: «Aber wollt ihr, daß er kommt?» Darauf antwortete Pacelli seinen Notizen zufolge, daß es seiner «persönlichen Ansicht nach ein Fehler wäre, wenn Hitler bei seiner Reise nach Rom keinen Besuch beim Heiligen Vater machen würde. Aber es obliegt allein ihm, dies zu entscheiden.»[78]

Mitte März waren der Papst und sein Kardinalstaatssekretär zweifellos an guten Beziehungen zur neuen deutschen Regierung interessiert. Eine persönliche Begegnung zwischen Pius XI. und Hitler bei einer Privataudienz im Vatikan im Rahmen des geplanten Besuchs des deutschen Reichskanzlers bei Mussolini in Rom schien dazu ein probates Mittel zu sein, auf das die italienische Diplomatie hinwirken sollte. Von einer kritischen Einschätzung der nationalsozialistischen Weltanschauung seitens der Kurie und ihrer Spitze findet sich in den persönlichen Aufzeichnungen Pacellis jener Tage keine Spur. Die leise Skepsis gegenüber Hitlers kirchenpolitischem Kurs wurde durch seine klare und eindeutige Kampfansage gegen den Kommunismus in den Hintergrund gedrängt. Mehrfach kam Pacelli Botschaftern gegenüber, die die Äußerungen Pius' XI. im Konsistorium über

Hitler als einzigen antikommunistischen Staatsmann kritisiert hatten, auf diesen Punkt zu sprechen. So trat er einer Anfrage des belgischen Gesandten beim Heiligen Stuhl am 17. März 1933 mit Nachdruck entgegen. Auch die Befürchtungen des französischen Botschafters vor einem möglichen Krieg Italiens gegen Frankreich mit Unterstützung Deutschlands wies Pacelli mit dem Bemerken: «Italia non vuole la guerra» – «Italien will keinen Krieg» – genauso zurück wie dessen Angst vor einem «Anschluß» Österreichs. Auch hier – so Pacelli – würde sich Italien querstellen. In diesem Zusammenhang machte der Kardinalstaatssekretär einen entscheidenden Grundzug seiner Politik deutlich: den der strikten Neutralität des Heiligen Stuhles in internationalen politischen Konflikten, soweit die unmittelbare Seelsorge der Katholiken davon nicht berührt wurde. Bei rein politischen Fragen wie dem «Anschluß» – erklärte er – «bleibt der Heilige Stuhl unbefugt (estranea)». [79]



Kardinalstaatssekretär Pacelli und der «Duce», Benito Mussolini.

Neben der generellen Haltung des Vatikans zur Regierung Hitler und der fehlenden Bereitschaft, das Zentrum von Rom aus zu einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu bewegen, spielte seit der Konstituierung des

neugewählten Reichstags die Verurteilung des Nationalsozialismus durch die deutschen Bischöfe zu Beginn der dreißiger Jahre eine immer größere Rolle. Die entscheidende Frage für Hitler lautete, wie man den Episkopat zu einer Rücknahme seiner Verdikte bringen, den Katholiken so eine Mitarbeit am neuen Reich ermöglichen und damit den Nationalsozialisten den – neben der SPD – einzigen noch geschlossenen Oppositionsblock aus dem Weg räumen konnte.

Am 22. März berichtete Orsenigo dem Kardinalstaatssekretär ausgiebig von den Eröffnungsfeierlichkeiten des neuen Reichstags am Vortag in Potsdam. Bei der religiösen Feier hätten auch rund achtzig katholische Abgeordnete der NSDAP in Uniform teilgenommen. «Der schlimmste Punkt des Tages war die offizielle Erklärung, die der Reichskanzler für seine und Minister Goebbels Abwesenheit bei der katholischen Liturgie abgegeben hat.» Als Grund wurde die Verurteilung des Nationalsozialismus durch die Bischöfe namhaft gemacht. Orsenigo verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, mit etwas gutem Willen von beiden Seiten könnte man diesen Streit durchaus beilegen. Die bischöflichen Verbote einer Mitarbeit von Katholiken in der NSDAP griffen ohnehin längst nicht mehr. «Es ist leider nicht zu verneinen, daß das katholische Volk sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, dem neuen Regime mit Enthusiasmus zugewandt» und die bischöflichen Weisungen «vergessen» habe. Diese Normen beträfen ohnehin nur «den ideologisch-religiösen Gehalt der nationalsozialistischen Bewegung, sicherlich nicht aber ihre politische Einstellung». Angesichts der «Faszination», die von der nationalsozialistischen Politik auch für Katholiken ausgehe, versuchten diese, Religion und Politik irgendwie zu trennen. Es liege daher im vitalen Interesse des Katholizismus, wenn dieser Konflikt möglichst rasch beigelegt werde und die Bischöfe ihre Verurteilungen relativierten, sonst könnte er zu einem «sehr gefährlichen Funken» werden.[80]

Wie die deutschen Bischöfe selbst die neue politische Situation einschätzten, mußte für Pacelli angesichts der Informationen aus Berlin von höchstem Interesse sein. Er bat deshalb Mitte März den in Rom weilenden Münchener Kardinal Faulhaber um eine Einschätzung der Person Hitlers und der Möglichkeiten einer Rücknahme der Unvereinbarkeitserklärung von Katholizismus und Nationalsozialismus durch die Bischöfe. Faulhaber legte

seine Ansicht in einem handschriftlichen sechsseitigen und in drei Teile gegliederten Memorandum nieder, das er Pacelli übergab.[81]

In einem ersten, relativ kurzen Abschnitt hob der Kardinal drei Punkte hervor, die an Hitler «zu loben» seien. Zunächst habe er den Mut, in öffentlichen Reden «den *Namen Gottes* zu bekennen» sowie auf seinen «Segen» und die göttliche «Vorsehung» zu vertrauen. Der Erzbischof von München und Freising betonte diesen Punkt besonders, weil in der Präambel der Weimarer Reichsverfassung, wie er Pacelli gegenüber unterstrich, jeder Gottesbezug fehlte. Eine Verfassung, die nur auf der Volkssouveränität gründete und der jede Verankerung im göttlichen Recht und damit jeder Transzendenzbezug fehlte, war für Faulhaber nicht hinnehmbar. Deshalb hatte er die Weimarer Reichsverfassung entschieden abgelehnt und war einer aktiven Mitarbeit von Katholiken in der Republik skeptisch gegenübergestanden, worüber es auf dem Münchener Katholikentag von 1922 zu heftigen Auseinandersetzungen mit Konrad Adenauer (1876–1967) gekommen war. Zweitens habe es sich Hitler – so Faulhaber in seinem Memorandum weiter – zur Lebensaufgabe gemacht, «den *Marxismus* in jeder Form, besonders den Kommunismus als Wirtschafts- und Staatsprinzip zu ‹vernichten›». Schließlich beabsichtige er die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu stürzen, «*Arbeit und Brot* zu schaffen», um dadurch die Arbeiterklasse zu «entproletarisieren».

In vier wesentlich ausführlicheren Punkten legte Faulhaber in einem zweiten Teil dar, was an Hitler nicht zu loben sei. Erstens: «Er predigt den *wilden Hass* und die *Methoden der Gewalt,* statt mit geistigen Waffen zu kämpfen.» Besonders kritisierte Faulhaber die Verfolgung «hochverdienter katholischer Männer» wie etwa des ehemaligen Zentrumskanzlers Marx oder des bayerischen Ministerpräsidenten Held, «bloß deshalb, weil diese dem Zentrum oder der Bayerischen Volkspartei angehören». Der Münchener Kardinal gestand zwar zu, die Koalition zwischen Zentrum und SPD habe mitunter zu einer «Verdunklung der klaren katholischen Linie» geführt, es habe sich jedoch nur um «ein taktisches, kein prinzipielles Zusammengehen» gehandelt. Zweitens predige Hitler «den *Kult der Rasse* und damit … die Ablehnung des Christentums als einer jüdischen Importware» sowie den Krieg mit anderen Völkern. Hinsichtlich der religiösen Einstellungen, auf die Faulhaber in einem dritten Punkt eingeht, ist in seinem Memorandum deutliche Skepsis zu spüren. Hitlers «Freund» Goebbels (1897–1945) sei als

Katholik mit einer geschiedenen Frau protestantisch verheiratet, und der Führer der SA, Ernst Röhm (1887–1934), sei ein «notorischer Homosexueller». Über Hitler selbst schrieb er: «Es muß festgestellt werden, daß er, *seit er Reichskanzler* ist, nicht mehr die tobsüchtige Sprache gegen Judentum und Kapitalismus führt.» Die Reden Hitlers, «psychologisch auf die Seele des Arbeiters und Bauern abgestimmt», seien aber, wie der selbst in durchaus pathetischem Stil predigende Faulhaber bewundernd feststellte, wahre «Meisterstücke».

Im dritten Teil seines Memorandums ging der Münchener Kardinal schließlich auf die eigentliche Frage Pacellis ein und versuchte diesem zu verdeutlichen, «was zum Konflikt mit den Bischöfen führte»: «Der Nationalsozialismus will eine neue ‹Weltanschauung›, eine neue Religion sein, nicht bloß eine neue Politik.» Auch wenn Hitler sich von Ludendorffs «Heidentum und Christushaß» losgesagt habe, laufe letztlich doch alles auf die Alternative hinaus, ob Deutschland «christlich bleiben oder altgermanisch-heidnisch» werden solle. Für Faulhaber zeigte sich der Charakter des Nationalsozialismus als politische Religion, die das Christentum ersetzen wollte, an unterschiedlichen Punkten, die er für Pacelli auflistete: an der Negierung des Alten Testaments und der Geschichte des Volkes Israel als integrativem Bestandteil der biblischen Geschichte und des Christentums; am Paragraphen 24 des Parteiprogramms der NSDAP, der die christliche durch eine germanische Moral abzulösen trachte; an der Duldung der Hetzreden Alfred Rosenbergs, der «das Christentum wie das größte Unglück für uns hinstellt» und Jesus Christus, «den Erlöser der Welt, als ‹den Sohn der Jüdin› verlästern läßt»; schließlich am von Hitler propagierten «Fluch der dreifachen Internationalen (Sozialismus, Kirche, Freimaurer)». Faulhabers besondere Sorge galt der Erhaltung der katholischen Schulen. Er befürchtete deren Umwandlung in Gemeinschaftsschulen. «Der Nationalsozialismus ist in vielen äußeren Dingen, wie in Uniform und Gruß, eine Kopie des Faschismus. Während aber das italienische Volk katholisch ist, spielen in Deutschland bei jeder großen Bewegung die protestantischen Instinkte mit. Der katholische Klerus hat mit lobenswerter Disziplin die Weisungen der Bischöfe befolgt, die protestantischen Kreise sind in Haufen zum Nationalsozialismus abgeschwenkt, und viele hoffen, es werde jetzt die Reformation des 16. Jahrhunderts bis zur Ablösung von Rom durchgeführt werden können. In diesem Sinn haben die deutschen Bischöfe vor dem

Nationalsozialismus gewarnt.» Man unterscheide aber stets zwischen den Funktionären der Partei, die das ganze Programm der NSDAP teilten, und «Mitläufern», denen es nur um politische und wirtschaftliche Aspekte und namentlich um Arbeit und Brot gegangen sei. Allerdings sei die Praxis in den einzelnen deutschen Diözesen recht verschieden gewesen. Während man etwa in Würzburg und Mainz jedem eingeschriebenen Nationalsozialisten ein kirchliches Begräbnis verweigert habe, sei dies in München oder Freiburg nur dann geschehen, wenn zusätzlich ein kanonisches Hindernis wie Bigamie oder der Wunsch nach Feuerbestattung dazugekommen sei.

Prinzipiell hielt Faulhaber eine Rücknahme der bischöflichen Verurteilungen durchaus für möglich. Er formulierte Pacelli gegenüber dafür folgende Bedingungen: «Wenn die neue Regierung durch die Tat beweist, daß die Befürchtungen der Bischöfe unbegründet waren, – wenn die neue Regierung auch weiterhin im Kampf gegen den Anmarsch des Bolschewismus und die öffentliche Unsittlichkeit stark bleibt, werden die Bischöfe das Mißtrauen gegen die Partei gerne aufgeben und zum Beispiel den Kirchenbesuch in geschlossenen Kolonnen gestatten, der bisher als Demonstration galt und deshalb verboten war, und die Hakenkreuzfahne beim kirchlichen Begräbnis zulassen.»

Die bischöflichen Verurteilungen des Nationalsozialismus scheinen insbesondere im bayerischen Katholizismus im Laufe des März 1933 vermehrt zu einem Problem geworden zu sein. Jedenfalls konfrontierte der bayerische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl Pacelli wiederholt mit diesem Thema. So kam Ritter zu Groenesteyn in seiner Audienz vom 27. März auf die Ansichten des Erbprinzen Albrecht von Bayern (1905–1996) zu sprechen, der wie sein Vater Kronprinz Rupprecht «keinen anderen Weg» mehr sehe, «als der Hitlerbewegung beizutreten», «um Deutschland vor dem Kommunismus zu retten, der hier verbreiteter ist, als man gedacht hat». Schließlich sei Hitlers Regierungserklärung äußerst günstig aufgenommen worden, «aber natürlich bleiben angesichts der Erklärungen der Bischöfe Gewissenskonflikte». Deshalb wünschten Kronprinz Rupprecht und ihm nahestehende Kreise eine Versicherung seitens des Heiligen Stuhles, daß eine Mitarbeit von Katholiken in der NSDAP moralisch erlaubt sei. Die Antwort Pacellis fiel eindeutig aus: «Ich habe dem Minister geantwortet, daß die Erklärung im Reichstag – meiner Ansicht nach – zufriedenstellend war, vor allem im Hinblick auf die katholische Kirche, aber was die Gewissensfrage

angeht, habe ich geantwortet, daß ich der Entscheidung der Bischöfe nicht vorgreifen kann.»[82]

Inhaltlich war man in Rom mit Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 also zufrieden. Die Zusicherungen des Reichskanzlers, beide «christlichen Konfessionen» als «wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums» zu betrachten, die zwischen dem Heiligen Stuhl und den Ländern abgeschlossenen Konkordate zu respektieren und «in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß» einzuräumen und sicherzustellen, trafen an der Kurie durchaus auf Zustimmung. Mit besonderer Genugtuung dürften der Papst und sein Kardinalstaatssekretär jedoch Hitlers Absichtserklärung, «die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten», aufgenommen haben.[83] Pius XI. sprach Pacelli gegenüber am 25. März sogar ausdrücklich von einer «guten Erklärung» des Reichskanzlers.[84] Aber das Verbot einer Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Nationalsozialisten konnten nur die zurücknehmen, die es seit 1930 wiederholt ausgesprochen hatten: die deutschen Bischöfe selbst. Inhaltlich dürften Pacelli und Pius XI. mit einem solchen Schritt des Episkopats jedoch einverstanden gewesen sein.

Albrecht von Bayern kam am 28. März 1933 selbst in den Vatikan und wurde von Pacelli in einer Audienz empfangen. Der Wittelsbacher stellte, wie bereits einen Tag zuvor Ritter zu Groenesteyn vorgetragen hatte, nun auch persönlich und ausdrücklich dem Kardinalstaatssekretär die Frage nach einer kirchlichen «Erlaubnis für Katholiken, der Bewegung beizutreten». Dies sei um so wichtiger, als radikale Elemente versuchten, Hitler zu dominieren, weshalb es auch kirchlich opportun sei, wenn «die Guten» ihren Einfluß auf den Reichskanzler ausbauen könnten. «Ich habe geantwortet», so Pacelli, «daß die Regierungserklärung vor dem Reichstag, was den Wunsch nach guten Beziehungen zum Heiligen Stuhl, die Fortgeltung der Länderkonkordate, den Kampf gegen atheistische Organisationen angeht, mit Befriedigung aufgenommen worden ist, und der *Osservatore Romano* diese abgedruckt hat.» Daraus zog der Kardinalstaatssekretär den für ihn wichtigen Schluß, die Übernahme der Regierungsverantwortung und die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag «scheinen einen Wechsel der alten Haltung, wie sie vor allem in den Schriften Rosenbergs zum Ausdruck kam, zu belegen». Aber natürlich könne der Heilige Stuhl der Entscheidung der

deutschen Bischöfe nicht vorgreifen – eine Haltung, für die der Erbprinz «höchstes Verständnis» aufbrachte. Er machte außerdem deutlich, Kronprinz Rupprecht und das Haus Wittelsbach insgesamt hätten zunächst keinerlei Sympathien für Hitler gehegt. In der jetzigen Situation sei der Führer der NSDAP indes «das letzte Mittel, um sich der Invasion des Kommunismus entgegenzustellen, die ein viel größeres Ausmaß angenommen habe, als man sich das je habe vorstellen können». Das war ein Argument, das bei Pacelli auf offene Ohren stieß, auch wenn die reale Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in Bayern eher gering gewesen sein und es sich eher um ein Hirngespinst rechter Kreise gehandelt haben dürfte. Zumal Erbprinz Albrecht sogar bereit war, die heiligste Kuh Bayerns, die weitgehende Unabhängigkeit von Berlin und die föderale Struktur des Reichs, auf dem Altar einer gemeinsamen antikommunistischen Entente zu opfern: «Der Verlust der Autonomie Bayerns ist ein kleines Übel im Vergleich zum Kommunismus, der die höchste Gefahr ist.»[85]

Am selben Tag besprach Pacelli diese Thematik auch mit dem Papst. Eigentlicher Anlaß war Orsenigos Bericht vom 24. März 1933, zweifellos dürfte aber auch die Unterredung mit Albrecht von Bayern im Hintergrund gestanden haben. Der Nuntius hatte zunächst detailliert von Hitlers Regierungserklärung berichtet, die auch «von den Katholiken warmherzig begrüßt» worden sei. Dabei machte er besonders auf den Kontext dieser Äußerungen aufmerksam, die er als «Programmrede vor der Abstimmung über die außerordentlichen Vollmachten, die nur mit Zustimmung des Zentrums erteilt werden konnten», bezeichnete. Weiter: «Ich nehme an, daß die dieser Tage von Prälat Kaas geführten Verhandlungen, der Regierung die Stimmen des Zentrums zu sichern, die sie unbedingt brauchte, um die für die Annahme der außerordentlichen Vollmachten notwendigen zwei Drittel zu erlangen, die Regierung beeinflußt haben, insbesondere hinsichtlich der Konkordate.» Von einer Einflußnahme des Nuntius auf die Verhandlungen zwischen Zentrum und Reichsregierung ist in diesem Bericht aber keine Rede. Die Formulierung «Konkordate» im Plural bezieht sich eindeutig auf die drei abgeschlossenen Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden, deren Fortgeltung Hitler trotz der geplanten Gleichschaltung der Länder in seiner Regierungserklärung zugesagt hatte. Einen Hinweis auf ein Reichskonkordat, das bei diesen Verhandlungen eine Rolle gespielt hätte, gibt Orsenigo nicht.

Interessanterweise spielen das Ermächtigungsgesetz und die Rolle des Zentrums in der ausführlichen Besprechung dieses Nuntiaturberichts durch den Staatssekretär mit dem Papst keine Rolle. Ausschließlicher Gegenstand ihrer Unterredung war der letzte Abschnitt von Orsenigos Schreiben, in dem dieser von einem Gespräch mit Göring berichtete. Der Minister habe deutlich gemacht, «daß die Regierung sehr danach verlange, die Frage der vom Episkopat gegen die nationalsozialistische Bewegung ausgesprochenen Verurteilung zu lösen und daß man sich dafür gerne der Hilfe des Apostolischen Nuntius bedienen würde; das würde zwar positive Auswirkungen auf das Ansehen des Heiligen Stuhles haben, andererseits könnte es aber die Empfindlichkeit des Episkopats steigern. Wenn ich wirklich eingeschaltet werden sollte, werde ich Skylla und Charybdis zu vermeiden suchen.»[86]

Dem Wunsch seines Nuntius in Berlin gab Pius XI. jedoch nicht nach. Um den von Orsenigo genannten Schwierigkeiten zu entgehen, beauftragte der Papst seinen Kardinalstaatssekretär, den Nuntius anzuweisen, umgehend die Intentionen der deutschen Bischöfe in dieser Angelegenheit in Erfahrung zu bringen. Ein direktes Eingreifen seitens des Heiligen Stuhles oder seines Vertreters vor Ort lehnte er aber mit Nachdruck ab. «Eine Intervention des Papstes ist weder notwendig noch ratsam», notierte sich Pacelli bei der Audienz. Der Nuntius solle jedoch vertraulich und mündlich mit den Bischöfen sprechen, weil die Sache eilig und aufgrund der neuen Sachlage, namentlich der Zusicherungen Hitlers, auch notwendig sei. Eine neue Lage verlangte neue Entscheidungen, dieser alte Grundsatz für die Politik der Kurie müsse hier Anwendung finden, «aber man kann den Bischöfen nicht den Weg abschneiden».[87]

Damit übernahm Pius XI. exakt die Position, die Pacelli bereits zweimal gegenüber dem bayerischen Botschafter und Albrecht von Wittelsbach vertreten hatte. Daraus wird deutlich: Die Initiative zur Aufhebung der bischöflichen Warnungen vor dem Nationalsozialismus muß von den deutschen Bischöfen selbst und nicht von der Kurie ausgegangen sein. Rom war weder im voraus darüber informiert, noch ordnete Pacelli diesen Schritt an. Auch die verlockende Perspektive, durch diesen Prestigegewinn die Karten des Heiligen Stuhles bei anstehenden Gesprächen mit der Regierung Hitlers zu verbessern, konnte weder den Papst noch seinen Staatssekretär zu einer aktiven Rolle in dieser heiklen Angelegenheit motivieren. Im Gegenteil:

Man brauchte offenbar trotz des bereits vorliegenden Memorandums Faulhabers an der Kurie genauere Informationen über die Absichten der deutschen Bischöfe. Der Papst dürfte aber mit einer Rücknahme der Verurteilung des Nationalsozialismus durch die Bischöfe prinzipiell einverstanden gewesen sein und sondierte allenfalls indirekt und vertraulich beim Episkopat in diese Richtung.

Die Aufforderung an Orsenigo, vertraulich mit den Bischöfen über eine Rücknahme der Verurteilung des Nationalsozialismus zu sprechen, konnte jedoch keine Wirkung mehr entfalten. In seinem Bericht vom 26. März, der Pacelli am 28. März noch nicht vorlag, konnte Orsenigo von einer Initiative – die «Eure hochwürdigste Eminenz sicher freuen wird» – des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, zu einer Revision der Haltung des Episkopats berichten. Vordergründiger Anlaß sei die «beruhigende Rede» Hitlers gewesen, den «wahren und ausschlaggebenden Grund» glaubte der Nuntius jedoch in der ungeheuer «wachsenden Sympathie» für das neue Regime auch in katholischen Kreisen und damit in der Angst der Bischöfe vor einem «Dammbruch» – wie es Thomas Brechenmacher treffend formuliert – ausmachen zu können. Heftig kritisierte Orsenigo jedoch das einseitige Vorgehen der Bischöfe. Statt Kontakt mit der Regierung aufzunehmen und klare Bedingungen zu stellen, habe der Episkopat es vorgezogen, eine Erklärung «voller Hoffnungen» zu formulieren. «Da jede Verhandlung fehlte, war es unmöglich, an Konzessionen als Gegenleistungen zu denken.» Jedenfalls habe die Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit den «brennenden Wunsch» geäußert, daß «die von den Bischöfen ausgesprochene Verurteilung des Nationalsozialismus aufgehoben werde. Ob dieser Wunsch nur der Ausdruck von Friedensliebe ist oder aber darauf abzielt, den Weg für einen Massenbeitritt der Katholiken in die Reihen des Hitlerismus zu ebnen», sei, wie der Nuntius durchaus kritisch vermerkte, zu diesem Zeitpunkt kaum zu entscheiden gewesen.[88] Drei Tage später, am 29. März, nach dem Erscheinen der Erklärung der Bischöfe, schrieb Orsenigo nach Rom: «Mein Wirken war überflüssig.»[89]

Bereits am 28. März, dem Tag, an dem Pacelli dieses Thema mit Pius XI. besprach, hatte Kardinal Bertram eine «Kundgebung der deutschen Bischöfe über die Haltung zum Nationalsozialismus» publiziert, in der die Erklärung der prinzipiellen Unvereinbarkeit von Katholizismus und

Nationalsozialismus zurückgenommen wurde. In der Kundgebung heißt es, die deutschen Bischöfe hätten «aus triftigen Gründen» in den letzten Jahren «gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen, die solange und insoweit in Geltung bleiben sollten, wie diese Gründe fortbestehen». Nach der Regierungserklärung Hitlers glaubten die Bischöfe, das «Vertrauen hegen zu können», daß die «allgemeinen Verbote und Warnungen» vor dem Nationalsozialismus «nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen», freilich ohne die frühere «Verurteilung bestimmter religiössittlicher Irrtümer aufzuheben».[90]

Am 31. März 1933 sprachen Papst und Kardinalstaatssekretär in der Audienz ausführlich über diese «Dichiarazione». Sie bildete den ersten der sieben Tagesordnungspunkte dieser Unterredung. Man beschloß, den Text vollständig im *Osservatore Romano* zu publizieren. «Der Heilige Vater hat … sich mit der Erklärung des Episkopats einverstanden erklärt und heißt sie gut», notierte sich Pacelli und fügte hinzu: «Es ist gut, daß wir nicht abwesend bleiben.»[91]

Als der bayerische Gesandte Ritter zu Groenesteyn Pacelli am selben Tag während einer Audienz auf die Erklärung der deutschen Bischöfe zum Nationalsozialismus ansprach und zum Ausdruck brachte, er habe sie ein wenig «gebunden und verwirrend» empfunden und hätte sie sich «freier» gewünscht, äußerte der Kardinalstaatssekretär verhaltene Kritik am blauäugigen Vorgehen des deutschen Episkopats. «Ich habe ihm gesagt, daß es meiner Ansicht nach und soweit ich das beurteilen kann» – hier hört man den Diplomaten Pacelli deutlich – «besser gewesen wäre, wenn die Bischöfe von der Regierung in einigen Punkten klare Zusagen verlangt hätten», bevor sie die Verurteilung des Nationalsozialismus zurückgenommen hätten. Im Falle solcher Garantien – so der Staatssekretär weiter – hätte die Erklärung durchaus auch früher veröffentlicht werden können.[92] Im Klartext: Die Nationalsozialisten haben die für sie so wichtige Aufhebung der kirchlichen Verurteilung, die Katholiken erstmals ohne Bruch mit der Kirche den Eintritt in die NSDAP ermöglichte, von den Bischöfen zum Nulltarif bekommen. Der Chefdiplomat des Vatikans hätte hier mehr für die Kirche herausgeschlagen. Die Erklärung war zwar im Prinzip richtig, aber man hätte sie als politisches Faustpfand einsetzen und sich von den Nazis versilbern lassen sollen. Hier übernahm Pacelli fast wörtlich die Einschätzung seines Nachfolgers in

Berlin, mit dem er sonst nicht immer übereinstimmte. Aber diese Chance war durch die Bischöfe vertan. Jetzt mußte man daraus das Beste machen. Nicht zuletzt deshalb hielt der Staatssekretär als Schlußresümee seiner Audienz beim Papst an diesem Tag und vielleicht auch als Fazit der durch Ermächtigungsgesetz und Rücknahme der Unvereinbarkeitserklärung der Bischöfe in ihrer ersten und entscheidenden Phase abgeschlossenen «Machtergreifung» Hitlers fest: Jetzt könnten auch die Nuntien in München und Berlin wieder offensiv Kontakt zu den Vertretern der Regierung aufnehmen und so die «Früchte dieser unnormalen Situation» ernten.[93]

Ob Pacelli hier eine Äußerung des Papstes während der Audienz wiedergibt oder seine eigene Einschätzung der Situation in Worte faßt, muß offen bleiben. In ihrer Hoffnung, nun im Verhältnis zu den Nationalsozialisten zur Tagesordnung übergehen zu können, hatten sich beide jedoch getäuscht. Die eigentlichen Herausforderungen sollten auf die Kurie, den Papst und seinen Kardinalstaatssekretär erst noch zukommen. Der vermeintliche Schutzschild gegen den Teufel Stalin und den Kommunismus sollte sich nur zu bald als Beelzebub erweisen.

Das Reichskonkordat. Oder: Von der Pistole am Kopf des Kardinalstaatssekretärs

Zum Thema Reichskonkordat erbringen die seit 2003 und 2006 neu zugänglichen Akten im Vatikanischen Geheimarchiv leider so gut wie keine neuen Einsichten. Eine gründliche Analyse der Quellen zeigt jedoch: Ludwig Volk (1926–1984) konnte für seine beiden nach wie vor grundlegenden Publikationen zum Thema, die große Edition der *Kirchlichen Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* von 1969 und seine Monographie *Das Reichskonkordat* von 1972, bereits alle einschlägigen kurialen Dokumente, wenn auch noch ohne endgültige Signatur, benutzen. Die auf der Basis dieser Quellen von Volk selbst sowie die insbesondere von Konrad Repgen vorgenommenen Interpretationen behalten daher im Hinblick auf die Kernfrage der Kontroverse, die Rolle Roms bei den drei entscheidenden Ereignissen des März und April 1933, weiterhin Gültigkeit: Die Kurie war weder bei der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz noch bei der Erklärung der Bischöfe noch bei der Idee eines Reichskonkordats direkt

involviert. Schon gar nicht ging die Initiative zu diesen Schritten von Rom aus. Die «deutschen» Aspekte der Scholder-Repgen-Kontroverse sind von dieser «römischen» Einsicht allerdings nicht berührt. Ob die Idee zu einem Konkordatsangebot der deutschen Regierung an die Römische Kurie auf Hitler selbst oder doch auf Vizekanzler Papen zurückging, dürfte insgesamt auch eher von sekundärer Bedeutung sein. Auch wann wer von wem in Deutschland was über die Reichskonkordatspläne erfahren hat, ist für die Kernfrage des Forschungsstreites – hat Pacelli im Hintergrund die Fäden gezogen oder nicht? – ohne Belang. Auch der von Klaus Scholder erhobene Vorwurf, Ludwig Volk habe mit seiner Aktenanalyse zu spät eingesetzt, weil für ihn «die definitive Autorisierung Papens zu Konkordatsverhandlungen erst nach dem 28. März erfolgt sein konnte», spielt dabei keine Rolle.[94] Außerdem belegen die vatikanischen Dokumente seit Pacellis Amtsantritt im Frühjahr 1930 bis Ende März 1933, daß Rom diesen Zusammenhang auch vor dem 28. März nicht hergestellt hat.

Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz Adolf Kardinal Bertram und mit ihm der deutsche Episkopat waren genausowenig willenlose Marionetten in der Hand des vermeintlich eiskalt kalkulierenden Diplomaten Eugenio Pacelli wie Prälat Ludwig Kaas und die Zentrumsfraktion im Deutschen Reichstag. Sie haben beide – die Bischöfe auf ihrem Feld der lehramtlichen Beurteilung des Nationalsozialismus als politischer Partei und religiöser Weltanschauung und die Zentrumsabgeordneten bei ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz – selbständig und nicht aufgrund einer römischen Weisung entschieden. Mehrfach vertraute Pacelli seinen privaten Notizen sogar an, daß er auf Bitten von Botschaftern und besorgten Katholiken, der Heilige Stuhl möge doch auf das Zentrum und die deutschen Bischöfe einwirken, negativ antworten mußte. Er war zwar letztlich mit dem Verhalten der Bischöfe und des Zentrums einverstanden, weil er glaubte, die Kirche in Deutschland könne so aus dem befürchteten Abseits kommen. Für Pacelli hatte Hitler die Unterstützung der Katholiken mit bischöflichem Segen erhalten. Seine Mahnung an die deutschen Bischöfe via Münchener Nuntiatur vom 29. März 1933 macht dies sehr deutlich: Neue Richtlinien über die Haltung der Katholiken dem Nationalsozialismus gegenüber dürften von den Bischöfen «natürlich nur mit der nötigen Vorsicht und Zurückhaltung» aufgestellt werden.[95] Diese Mahnung kam aber zu spät.

Wäre es nach Pacelli gegangen, hätte er die Fäden in Deutschland in der Hand gehalten, dann hätte Hitler die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und die Rücknahme der bischöflichen Verurteilungen sicherlich nicht zum Nulltarif bekommen, er hätte dem Führer harte Bedingungen für das von diesem so sehr gewünschte Entgegenkommen der Kirche diktiert. Statt auf bloße Versprechen zu hoffen, hätte er wohl klare rechtsverbindliche Vereinbarungen verlangt. Dafür hätte ein Reichskonkordat in der Tat die idealen Voraussetzungen geboten, wenn es denn in Zusammenhang mit der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und der Erklärung der Bischöfe vom 28. März ins Spiel gebracht worden wäre, wenn ein solches Angebot in Rom bekannt gewesen wäre und wenn Pacelli auf Bischöfe und Zentrum überhaupt hätte Einfluß nehmen können. Der Diplomat Pacelli hätte sich in der Tat, wenn er eine Paketlösung im Auge gehabt hätte, für folgende Reihenfolge entschieden: Erstens Ratifizierung eines Reichskonkordats mit Sicherung der katholischen Seelsorge, der Bekenntnisschule und der katholischen Vereine und Verbände; zweitens im Gegenzug Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz auf politischer und Rücknahme der Unvereinbarkeitserklärung durch die Bischöfe auf lehramtlicher Ebene.

In den vatikanischen Quellen ist aber bis zum 8. April 1933 nie von einem Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich die Rede. Erstmals taucht der Begriff in einem Bericht Orsenigos an Pacelli von diesem Tag auf. Angesichts der Romreise Franz von Papens hatte Orsenigo am 2. April noch allgemein davon gesprochen, der Vizekanzler wünsche eine Audienz bei Pacelli, um mit diesem die Ansichten der Reichsregierung «über einige Punkte der Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland» zu erörtern. Orsenigo dachte dabei an die umstrittene Militärseelsorge, an Fragen einer möglichen Abschaffung der Zwangszivilehe und die Konfessionsschule.[96] Am 8. April war dann im Hinblick auf Papens Romreise von «eventuellen Verhandlungen über ein Konkordat mit dem Reich» die Rede.[97]

Tatsächlich brachte Papens Angebot rasch Konkordatsverhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung in Gang, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann. Die vatikanischen Akten, insbesondere die Audienzen bei Pius XI., zeigen, daß der Papst von seinem Staatssekretär regelmäßig über den Stand der Dinge informiert wurde.

Pius XI. hat sich persönlich bis in einzelne Formulierungen hinein mit den unterschiedlichen Stufen des Konkordatstextes intensiv beschäftigt.[98] Als Kern des Vertrags kristallisierten sich sehr bald zwei für die beiden Partner entscheidende Punkte heraus, die letztlich zu einer Art «Tauschgeschäft» führten. Für die Kirche war neben dem Schutz der katholischen Bekenntnisschulen, der tatsächlich in Artikel 23 des Reichskonkordats zugesichert werden sollte, eine Bestandsgarantie der katholischen Verbände und Vereine, die das Rückgrat des deutschen Katholizismus bildeten, von ausschlaggebender Bedeutung. Nur wenn es gelang, diese vor der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik zu bewahren, konnte der deutsche Katholizismus als eigenständige und halbwegs intakte Größe im totalitären Staat überleben. Für Hitler und die Nationalsozialisten dagegen ging es vor allem um die Ausschaltung der lästigen politischen Konkurrenz, die die katholischen Parteien Zentrum und BVP auch nach den Märzwahlen von 1933 darstellten. Nach dem Modell des italienischen Konkordats, das die Faschisten im Rahmen der Lateranverträge 1929 mit dem Heiligen Stuhl geschlossen hatten, sollte das Ende des politischen Katholizismus herbeigeführt werden. Da die Zentrumspartei sich entscheidend auf die sogenannten Zentrumsprälaten stützte, sich ihr Führungspersonal im Reichstag und den Landtagen zu einem guten Teil gerade seit Ende der zwanziger Jahre aus Klerikern rekrutierte, strebte Hitler eine Entpolitisierungsklausel an, die Geistlichen jegliches Engagement in politischen Parteien verbot. Im Grunde hätte diese Ausgangslage die Chance zu einem «fairen» Kompromiß zwischen Staat und Kirche geboten. Falls die Kurie bereit war, der Entpolitisierungsklausel zuzustimmen und das Zentrum zu opfern und damit Hitler faktisch den Weg zum Einparteienstaat zu öffnen, konnte der Reichskanzler im Gegenzug den Bestand des Vereinskatholizismus in Deutschland garantieren und diesen Teil der deutschen Gesellschaft von der Nationalsozialisierung ausnehmen. Beide Seiten – Römische Kurie und deutsche Reichsregierung – konnten sich auf das jedenfalls bis 1933 einigermaßen funktionierende Vorbild Italien berufen. Der Verzicht auf die katholische Volkspartei hatte Mussolini die politische Konkurrenz vom Hals geschafft und Pius XI. gleichzeitig die freie Entwicklung der Katholischen Aktion auf religiösem Gebiet ermöglicht.

Offenbar erwarteten hochrangige Mitglieder der Kurie, mit dem Nationalsozialismus ähnlich gute Erfahrungen machen zu können wie mit

dem italienischen Faschismus. Zu ihnen zählte Pietro Gasparri, Pacellis Vorgänger im Amt des Kardinalstaatssekretärs und Architekt der Lateranverträge. Am 30. Juni 1933, als im Vatikan um das weitere Prozedere in Sachen Reichskonkordat gerungen wurde, gab er zu Protokoll, welche Marschroute die Kurie beschreiten solle, solange Hitler nicht «dem Heiligen Stuhl oder der katholischen Hierarchie in Deutschland» den Krieg erkläre: [99]

«1. Der Heilige Stuhl und die katholische Hierarchie in Deutschland sollen damit aufhören, die Hitler-Partei zu verdammen;
2. wenn Hitler die Auflösung der katholischen Zentrumspartei *als politische Partei* will, dann gehorche man, ohne viel Aufsehens darum zu machen;
3. die Katholiken sollen frei sein, der Hitler-Partei anzuhängen, wie die Katholiken Italiens frei sind, der faschistischen Partei beizutreten;
4. die Katholiken Deutschlands sollen gleichermaßen frei sein, der Hitler-Partei nicht beizutreten; alles freilich innerhalb der gesetzlichen Grenzen, wie es die Katholiken Italiens in bezug auf die faschistische Partei ebenfalls sind.

Ich bin der Meinung, daß die Hitler-Partei dem Nationalgefühl in Deutschland entspricht. Deshalb ist ein politisch-religiöser Kampf in Deutschland wegen des Hitlerismus absolut zu vermeiden, insbesondere während seine Eminenz Pacelli Staatssekretär ist.»

Im Grunde steckt hinter diesen Äußerungen die Absicht, einen neuen Kulturkampf in Deutschland auf jeden Fall zu verhindern. In diesem Punkt war Pacelli mit seinem Vorgänger einer Meinung. Pacelli war aber nicht zu einer Kapitulation auf ganzer Linie bereit, wie sie Gasparri vorschlug, um den Nationalsozialisten von vornherein jeden Vorwand für ein Vorgehen gegen die Kirche zu nehmen. Vielmehr gedachte er, die Auflösung des Zentrums als politisches Faustpfand für die Verbandsschutzklausel des Reichskonkordats einzusetzen. Allerdings machte ihm die katholische Partei einen Strich durch die Rechnung. Sie konnte nämlich dem gewaltigen Druck von seiten der Nationalsozialisten nicht standhalten und löste sich am 5. Juli 1933, bevor das Reichskonkordat endgültig unterschriftsreif war, selbst auf und nahm damit Pacelli einen entscheidenden Trumpf aus der Hand. Gerüchte, der Vatikan stecke hinter diesem Schritt, entbehren schon aus Gründen der Logik jeder Grundlage. Seinem ehemaligen Mitarbeiter in der Münchener Nuntiatur, nunmehr Internuntius in den Niederlanden, Lorenzo

Schioppa (1871–1935) gegenüber, wurde der Kardinalstaatssekretär sehr deutlich: Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hätten sich «aus eigener Initiative aufgrund einer vom Heiligen Stuhl völlig unabhängigen Entscheidung aufgelöst». Er selbst sei stets davon ausgegangen, daß beide Parteien «vor einer Auflösung zumindest die Ratifizierung des Reichskonkordats abwarten würden». Er habe von diesem Schritt «erst aus der Zeitung» erfahren.[100]



Das Reichskonkordat wird unterzeichnet. Von links: Prälat Ludwig Kaas, Vizekanzler Franz von Papen, Erzbischof Giuseppe Pizzardo, Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, Prälat Alfredo Ottaviani, Ministerialdirektor Rudolf Buttmann vom Reichsministerium des Innern, Monsignore Giovanni Battista Montini (der spätere Papst Paul VI.) sowie Botschaftsrat Eugen Klee, der Geschäftsträger beim Vatikan.

Der Kardinalstaatssekretär war deshalb gezwungen, möglichst rasch zu einem Abschluß zu kommen, um vom Verbandsschutzartikel zu retten, was zu retten war, nachdem die Entpolitisierungsklausel das Papier nicht mehr wert war, auf dem sie stand. Aus der Eile, zu der sich der Vatikan gezwungen sah, resultiert auch die entscheidende Schwäche des Artikels 31. In ihm wurden «diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, … in ihren Einrichtungen und ihrer Tätigkeit geschützt». Katholische Verbände, die darüber hinaus «auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen», sollten ebenfalls den Schutz des Artikels 31 genießen, «sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten». Das folgenschwere Problem dieser Vereinbarung lag darin, daß es der Kurie

nicht mehr gelang, eine Liste der katholischen Vereine und Verbände, für die der Bestandsschutz konkret gelten sollte, als integrativen Bestandteil des Konkordats durchzusetzen. Die Formulierung: «Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikel fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten», sollte ihre Tücken entfalten. Denn eine solche verbindliche Liste kam nie zustande. Es war Auslegungssache, wo die religiöse Sphäre aufhörte und wo der politische Bereich anfing. Im Artikel 32, der für die Nationalsozialisten ursprünglich nach italienischem Vorbild den eigentlichen Charme eines Konkordats mit dem Heiligen Stuhl ausgemacht hatte, wurde zwar festgelegt, daß der Heilige Stuhl Bestimmungen erlassen würde, «die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen», eine politische Wirkung entfaltete diese Bestimmung aber angesichts der Selbstauflösung des Zentrums nicht mehr.[101]

Das Reichskonkordat wurde am 8. Juli paraphiert und am 20. Juli unterzeichnet. Immerhin verschaffte es der Regierung Hitler ihren ersten völkerrechtlich relevanten Vertrag und einen nicht unbeträchtlichen außenpolitischen Erfolg. Wenn sich schon der Heilige Stuhl als unumstrittene moralische Macht nicht zu gut war, mit den Nationalsozialisten Verträge abzuschließen, dann konnte es auch für säkulare Staaten kein Hindernis geben. Pacelli machte aber wiederholt deutlich, daß vom Abschluß des Reichskonkordats nicht auf eine Anerkennung der nationalsozialistischen Ideologie als solcher durch die Kurie geschlossen werden könne. Vielmehr entspreche es der Tradition des Heiligen Stuhles, zum Schutz von Kirche und Seelsorge mit allen möglichen Partnern – eben auch totalitären Systemen – zu verhandeln. Der Kardinalstaatssekretär dürfte hierbei nicht zuletzt an seine mehrfachen Versuche während seiner Zeit als Nuntius in Berlin gedacht haben, mit dem Rußland Stalins zu einem Agreement zu kommen. Nicht weniger als dreimal hatte er der Sowjetunion die diplomatische Anerkennung seitens des Heiligen Stuhles angeboten, falls das Regime ein Mindestmaß an Religionsfreiheit und Garantien für die Seelsorge einzuräumen bereit wäre. Dreimal hatte die sowjetische Führung abgelehnt. Auch hier wäre in gar keinem Fall eine Befürwortung der bolschewistischen Ideologie mit der vertraglichen Einigung verbunden gewesen. Der Satz Pius' XI., zur Rettung jeder einzelnen Seele würde er zur Not auch mit dem

Teufel in Person verhandeln, dürfte für diese Einstellung des Heiligen Stuhles signifikant sein.

Im Kontext der Unterzeichnung des Reichskonkordats machte Pacelli mehrfach – auch in einem vertraulichen Schreiben an Schioppa – deutlich, daß die Initiative dazu nicht von Rom, sondern von der deutschen Regierung ausgegangen sei. Aber er schrieb auch: Angesichts «der neuen politischen Lage, die sich in Deutschland herausgebildet hat, ohne daß der Heilige Stuhl daran den geringsten Anteil hatte, blieb kein anderer Weg, die Rechte und Ansprüche der katholischen Kirche in einem so bedeutenden Staatswesen wie Deutschland, mit zwanzig Millionen Gläubigen, zu sichern, als der eines Konkordats». Der deutsche Episkopat habe ihm einmütig signalisiert, das Reichskonkordat sei die «letzte Hoffnung», um in Deutschland «einen ‹Kulturkampf›, viel schlimmer als zu Bismarcks Zeiten, zu vermeiden».[102] Auch gegenüber dem englischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl, Ivone Kirkpatrick (1897–1964), hob der Kardinalstaatssekretär die Bedeutung der Seelsorge beim Abschluß des Konkordats hervor. Ihre Sicherung sei «die erste und tatsächlich einzige Erwägung» gewesen. Kirkpatrick berichtete seiner Regierung, Pacelli habe seine «Abscheu über das Vorgehen von Herrn Hitlers Regierung» nicht im mindesten zu verbergen gesucht, vielmehr «beklagte Kardinal Pacelli das innenpolitische Vorgehen der deutschen Regierung, ihre Verfolgung der Juden, ihr Einschreiten gegen politische Gegner, die Herrschaft des Terrors, dem die ganze Nation unterworfen» sei. Der Ansicht, nach Abschluß des revolutionären Prozesses der «Machtergreifung» «werde sich Herr Hitler beruhigen» und «zu normaleren Regierungsmethoden» zurückkehren, trat Pacelli mit Nachdruck entgegen: «Für einen so leichtfertigen Optimismus» sehe er keinen Grund.[103] In seinen 1959 erschienenen Erinnerungen unterstrich der britische Diplomat auch in der Retrospektive diese kritische Einschätzung Hitlers durch den Kardinalstaatssekretär. Pacelli, den er als «besonders interessiert an und gut informiert über Deutschland» schildert, habe auf die Frage, ob die Regierungsverantwortung Hitler mäßigen werde, eindeutig negativ geantwortet: «Wir werden sehen, daß seine Macht ihn mit jedem Jahr extremer und immer schwieriger im Umgang machen wird.»[104] In seinem Bericht nach London aus dem Jahr 1933 kam Kirkpatrick auf den entscheidenden Punkt zu sprechen: «Diese Überlegungen zu der schlimmen Haltung Deutschlands führten den Kardinal dazu, zu seiner Rechtfertigung

darzulegen, wie er dazu gekommen war, mit solchen Leuten ein Konkordat zu unterzeichnen. Eine Pistole, sagte er, sei gegen seinen Kopf gerichtet gewesen, und er habe keine Alternative gehabt.» Er habe wählen müssen zwischen einem Vertrag zu den von Hitler diktierten Bedingungen und der «praktischen Ausschaltung der katholischen Kirche im Dritten Reich». Außerdem «sei ihm für seine Entscheidung nicht mehr als eine Woche Zeit gelassen worden».[105]

Auch wenn manche «deutsche» Details im Zusammenhang mit dem Reichskonkordat nach wie vor ungeklärt sind und auch wenn man darüber streiten kann, wem das Reichskonkordat – kurz- und langfristig – den größeren Nutzen gebracht hat, dürfte feststehen, daß diese Vereinbarung die Schleusen für eine Mitarbeit deutscher Katholiken im nationalsozialistischen Staat weiter geöffnet hat. Das Reichskonkordat trug gleichzeitig entscheidend dazu bei, den deutschen Katholizismus vor einer Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus zu bewahren. Es war ein in einer Art Vorwärtsverteidigung errichteter Schutzwall, den die Nationalsozialisten in den folgenden zwölf Jahren ihres Regimes immer wieder zu schleifen versuchten, was ihnen aber letztlich nicht völlig gelang. Die katholische Kirche in Deutschland war die einzige soziale Großgruppe, an deren Vereinnahmung Hitler scheiterte. Anders als in der evangelischen Kirche kam es nicht zu einem Phänomen wie den Deutschen Christen, die nationalsozialistische Prinzipien wie etwa den Arierparagraphen und seine Anwendung auch auf den Kirchendienst zu Grundsätzen der Kirche erklärten. Es kam auch nicht wie im deutschen Protestantismus zu einer Spaltung in regimetreue und regimekritische Katholiken.

Das Reichskonkordat war ein Pakt mit dem Teufel – darüber war man sich in Rom offensichtlich völlig klar –, aber es garantierte während des «Dritten Reichs» die Seelsorge und den Bestand der katholischen Kirche. Die Kurie selbst zahlte dafür weder mit der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz noch mit der Aufhebung der Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Diese Schritte gehen auf das Konto der deutschen Kirche. Aber gab es nicht einen anderen Preis – so ist vielfach gemutmaßt worden –, den der Vatikan in den Jahren seit 1933 zu zahlen hatte: den Preis des «Schweigens» zur Judenverfolgung? Für die Jahre 1933 bis Anfang 1939 ermöglichen die neuen Quellen auch in dieser Frage erstmals neue Einblicke: Was wußte man in Rom wann von den Verfolgungsmaßnahmen der

Nationalsozialisten gegen die Juden? Wie wurde intern an der Kurie darüber gedacht? Warum hat man den Pakt mit dem Teufel nicht gebrochen, um als Anwalt der Menschenrechte für alle Verfolgten, auch und gerade für die Juden, öffentlich einzutreten? Der Übergang zur Tagesordnung, zur «Normalität» im Umgang mit dem Nationalsozialismus, von dem Pacelli Anfang April 1933 geträumt hatte, fand nicht statt. Vielmehr war das Gegenteil der Fall: Ein ständiger Ausnahmezustand, eine einzigartige Verfolgungs- und Vernichtungsmaschine wurde in Gang gesetzt. Der Vatikan sollte vor einer der größten Herausforderungen seiner Geschichte stehen.

4. MOLTO DELICATO? DIE RÖMISCHE KURIE UND DIE JUDENVERFOLGUNG (1933–1939)

Am 1. April 1933, während die SA im Deutschen Reich den Boykott jüdischer Geschäfte überwachte, trafen sich Papst Pius XI. und sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, um wie immer die wichtigsten kirchenpolitischen Themen miteinander zu diskutieren.[1] Ganz oben auf der Agenda stand an diesem Tag der Antisemitismus der neuen Machthaber in Deutschland. Mehrere hohe jüdische Würdenträger hatten den Papst nämlich über «antisemitische Exzesse in Deutschland» informiert. Pius XI. wies seinen Kardinalstaatssekretär an, den Berliner Nuntius Cesare Orsenigo umgehend sondieren zu lassen, «ob und wenn ja, was» man von seiten des Heiligen Stuhles in dieser Angelegenheit überhaupt unternehmen könne. Nach der Audienz fügte Pacelli in eckigen Klammern hinzu: «Es könnten Tage kommen, in denen man sagen können muß, daß in dieser Sache etwas gemacht worden ist» – ein Schlüsselsatz: Denn dieser Eugenio Pacelli sollte 1939 als Pius XII. den Stuhl Petri besteigen. Weil er sich im Zweiten Weltkrieg nicht öffentlich und ausdrücklich zum Holocaust äußerte, wurde er für seine Kritiker schlicht zum «Papst, der geschwiegen hat» (John Cornwell).

Seit der Uraufführung des Stücks *Der Stellvertreter* von Rolf Hochhuth am 20. Februar 1963 in Berlin sollten sich die Auseinandersetzungen um die Rolle von Kirche und Papst angesichts der Shoa immer weiter verschärfen. Während die Kritiker Pius XII. vorwarfen, er hätte in Kenntnis der Gaskammern von Auschwitz und anderer Vernichtungslager als oberster Anwalt der Menschenrechte die moralische Pflicht gehabt, die systematische Ermordung von über sechs Millionen Juden öffentlich anzuprangern, fragten die Verteidiger des Papstes nach den möglichen Folgen eines solchen öffentlichen Redens. Mit Hinweis auf den Protest der niederländischen Bischöfe im Jahr 1942, der nicht zu einem Rückgang, sondern im Gegenteil zu

einer Zunahme der Deportationen von Juden geführt habe, denen unter anderem auch Edith Stein zum Opfer fiel, hielten sie das «Schweigen» beziehungsweise das «uneigentliche» Sprechen Pius' XII. für den richtigen Weg: «Die Alternative lautete für ihn nicht einfach ‹Reden oder Schweigen›. Die Frage hieß vielmehr, wie deutlich *muß* das Wort sein, das vom Amte her geboten ist, und wie konkret *darf* es sein, wenn man die Folgen einkalkuliert» (Konrad Repgen).[2] Der Papst selbst glaubte mit seinen Aussagen in der Weihnachtsansprache des Jahres 1942, als er ausdrücklich die unveräußerlichen Grundrechte eines jeden Menschen proklamierte und der Hunderttausenden von Menschen gedachte, die «ohne eigene Schuld, zum Teil nur wegen ihrer Nationalität oder Rasse dem schnellen oder langsamen Tod» ausgeliefert seien, ans Äußerste des für ihn Möglichen gegangen zu sein, um den diplomatischen Bewegungsspielraum der Kurie nicht zu riskieren und weiterhin für die Rettung von Juden tätig sein zu können.[3]

Der Vorwurf des «Schweigens» ist Papst und Kurie aber nicht erst im Zusammenhang mit der sogenannten Endlösung der «Judenfrage» während des Zweiten Weltkriegs gemacht worden. Diese Kritik ist auch nicht erst im Nachhinein geäußert worden. Vielmehr wandten sich bereits im Frühjahr 1933 unmittelbar nach der Machtübernahme Hitlers zahlreiche jüdische und nichtjüdische Persönlichkeiten direkt an Pius XI. mit der Bitte, die Judenverfolgungen öffentlich anzuprangern. Die Kurie war daher über ganz unterschiedliche Kanäle bestens über die Vorgänge im Reich informiert. Bereits wenige Tage nach der genannten Audienz, am 4. April 1933, kam Pacelli dem Auftrag des Papstes nach und wies den Nuntius in Berlin an, die Möglichkeiten einer Intervention gegen die «antisemitischen Exzesse» zu prüfen. Besonderes Interesse verdient die Begründung, die der Kardinalstaatssekretär für das Engagement der Römischen Kurie in dieser Frage lieferte: «Es liegt in der Tradition des Heiligen Stuhles, seine universale Friedens- und Liebesmission für alle Menschen auszuüben, gleichgültig welcher sozialen Schicht oder welcher Religion sie angehören.»[4] Damit hatte Pacelli die Zuständigkeit der katholischen Kirche als Anwältin der Menschenrechte prinzipiell anerkannt.

Die Antwort Orsenigos vom 8. April war jedoch desillusionierend. Er mußte von dem am Tag zuvor erlassenen «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» berichten, das den sogenannten Arierparagraphen enthielt und es dem Regime ermöglichte, Beamte jüdischer Herkunft und

auch solche, deren Vorfahren bereits Christen geworden waren, aus dem Staatsdienst zu entfernen. Der Nuntius zog daraus folgenden Schluß: «Der antisemitische Kampf hat seit gestern gleichsam regierungsamtlichen Charakter angenommen. Eine Intervention des Vertreters des Heiligen Stuhles käme nun einem Protest gegen ein deutsches Staatsgesetz gleich.» Für den diplomatischen Vertreter des Heiligen Stuhles war es undenkbar, sich in die inneren Angelegenheiten des Staates einzumischen, bei dem er akkreditiert war. Und Orsenigo fügte hinzu: Nachdem der Heilige Stuhl in den vergangenen Jahren nicht offiziell gegen die «antideutsche Propaganda» protestiert habe, könne er jetzt auch im Kontext der Judenverfolgungen nichts tun, da sonst der Eindruck entstehe, «in der hebräischen Sache sensibler zu sein als in der deutschen».[5] Deshalb schlug er vor, der Vatikan solle sich aus der «Judenfrage» heraushalten und die Angelegenheit den deutschen Bischöfen überlassen. Tatsächlich erschien zwei Tage später eine Erklärung Kardinal Schultes aus Köln, Erzbischof Kaspar Kleins (1865–1941) aus Paderborn und Bischof Bernings aus Osnabrück, die Orsenigo umgehend nach Rom sandte. Hier hieß es unter anderem: «Erfüllt von heißester Liebe zu ihrem Vaterlande, dessen nationalen Aufstieg sie stets mit allen ihren Kräften fördern, sehen die Bischöfe mit tiefster Kümmernis und Sorge, wie die Tage nationaler Erhebung zugleich für viele treue Staatsbürger und darunter auch gewissenhafte Beamte unverdientermaßen Tage des schwersten und bittersten Leidens geworden sind.»[6] In der Formulierung «treue Staatsbürger» glaubte Orsenigo, wie er umgehend an Pacelli schrieb, «auch eine Anspielung an die Juden lesen zu können». Zwar würden in Deutschland zahlreiche Ausnahmen vom Arierparagraphen gemacht, doch «leider wurde das antisemitische Prinzip von der gesamten Regierung akzeptiert und sanktioniert», und «dieses Faktum wird leider als Schandfleck der Niedertracht gerade auf den ersten Seiten der Geschichte, die der deutsche Nationalsozialismus schreibt und die ja nicht ohne Verdienste ist, haften bleiben».[7] Bei all seiner hier durchklingenden Bewunderung für die nationalsozialistische «Machtergreifung» in Deutschland brandmarkte Orsenigo die Judenverfolgung doch in eindeutigen Worten. Zu einem Eingreifen für die verfolgten Juden war er jedoch nicht bereit. Das Reden überließen er und Kardinalstaatssekretär Pacelli – wieder einmal – den Bischöfen, auch diese sprachen sich jedoch allenfalls verklausuliert zugunsten von (konvertierten) Juden aus. Mit dem Hinweis, Mussolini habe

Hitler beschworen, sich nicht zu einer «antisemitischen Kampagne» hinreißen zu lassen, glaubte der Nuntius angesichts des hohen Einflusses auf den nationalsozialistischen Diktator, den man damals in kurialen Kreisen dem «Duce» zuschrieb, die Sache auf sich beruhen lassen zu können.[8]

Am 10. April wandte sich Kardinal Faulhaber an Pacelli, um ihm darzulegen, warum sich auch die Bischöfe ähnlich wie der Vatikan nicht offen für die Juden einsetzten, warum auch sie zu den nationalsozialistischen Maßnahmen schwiegen. «Uns Bischöfen wird zur Zeit die Frage vorgelegt, warum die katholische Kirche nicht, wie so oft in der Kirchengeschichte, für die Juden eintrete. Das ist zur Zeit nicht möglich, weil der Kampf gegen die Juden zugleich ein Kampf gegen die Katholiken werden würde und weil die Juden sich selber helfen können, wie der schnelle Abbruch des Boykottes zeigt.» Zudem hätten die Juden den Katholiken im Kulturkampf auch nicht beigestanden. Eindrücklich machte der Münchener Kardinal deutlich, daß das Augenmerk der Kirche vor allem den zum Katholizismus konvertierten Juden zu gelten habe. «Ungerecht und schmerzlich ist bei diesem Vorgehen gegen die Juden besonders die Tatsache, daß auch solche, die seit zehn und zwanzig Jahren getauft und gute Katholiken sind, sogar solche, deren Eltern schon katholisch waren, gesetzlich noch als Juden gelten und als Ärzte oder als Rechtsanwälte ihre Stelle verlieren sollen.»[9] Von der universalen Heilsaufgabe der katholischen Kirche als Anwältin aller Menschen und Verteidigerin der Menschenrechte war hier nicht mehr viel übrig geblieben.

«Wenn das Schweigen noch länger anhält ...» Edith Steins Brief an Pius XI.

Das Thema der Verfolgung der Juden in Deutschland war damit allerdings für Pacelli und die Römische Kurie noch lange nicht erledigt. Im Gegenteil: Im Frühjahr und Sommer 1933 trafen in Rom zahlreiche weitere Bittgesuche an Pius XI. ein, in denen der Papst von jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten flehentlich gebeten wurde, seine Stimme zu erheben. Unter diesen hat seit der Öffnung des Archivs im Februar 2003 ein Bittschreiben weltweite Aufmerksamkeit erregt: der Brief von Edith Stein (1891–1942). Zwar war die Tatsache eines solchen Schreibens lange bekannt. Jetzt wurden aber erstmals der genaue Wortlaut und das weitere Schicksal dieser Eingabe

öffentlich. Die Bedeutung dieses Briefes wurde allerdings vor allem in journalistischen Veröffentlichungen nicht selten überschätzt, weil man kurzsichtig davon ausging, der Brief einer Heiligen – Edith Stein war am 11. Oktober 1998 von Johannes Paul II. zu den Ehren der Altäre erhoben worden – sei für Pius XI. natürlich von höchster Priorität gewesen und fast einer Handlungsanweisung gleichgekommen.



Als «Kind des jüdischen Volkes» schrieb Edith Stein an Pius XI.

Diese Sicht verkennt jedoch die historischen Realitäten. Denn Edith Stein war im Frühjahr 1933 keineswegs eine bedeutende Persönlichkeit. Sie lehrte damals gerade seit knapp einem Jahr als weitgehend unbekannte Dozentin am Deutschen Institut für Wissenschaftliche Pädagogik in Münster in Westfalen. Edith Stein hatte zwar zu diesem Zeitpunkt bereits eine bewegte Biographie hinter sich, war aber in Rom ein völlig unbeschriebenes Blatt. Am 12. Oktober 1891 in Breslau als Kind einer jüdischen Familie geboren, konvertierte sie am 1. Januar 1922 zum Katholizismus. Diesem Schritt gingen Jahre der Entfremdung von ihrem jüdischen Kinderglauben voraus, die man durchaus als «atheistische» Phase (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz) in ihrem Leben charakterisieren kann. Nach Studien an den Universitäten Göttingen,

Breslau und Freiburg im Breisgau sowie einer glänzenden Promotion 1916 bei dem Philosophen Edmund Husserl (1859–1938), dessen Assistentin sie wurde, kam es im Sommer 1921 im Zusammenhang mit der Lektüre der Lebensbeschreibung der heiligen Teresa von Avila zu einem Bekehrungserlebnis, das ihren Weg zur katholischen Kirche einleitete. Weil für Edith Stein als Frau damals die Möglichkeit zu einer universitären Karriere noch nicht bestand, entschloß sie sich, von 1923 bis 1931 als Lehrerin für Geschichte und Deutsch an einem Lyzeum der Dominikanerinnen in Speyer tätig zu werden. Während all dieser Jahre spielte sie aber stets mit dem Gedanken, in ein Kloster einzutreten. Der mit ihr befreundete Erzabt der Beuroner Benediktinerkongregation, Raphael Walzer (1888–1966), bestimmte sie jedoch 1932 zur Übernahme der Dozentur am Münsteraner Institut.

Weil Edith Stein befürchtete, daß die Eingabe einer kleinen Dozentin und konvertierten Jüdin aus Münster im Räderwerk der Römischen Kurie untergehen und deshalb ihren eigentlichen Adressaten, den Papst, möglicherweise nicht erreichen würde, besorgte sie sich einen «Briefträger», dem man eine Antwort nicht vorenthalten konnte – nämlich den Erzabt von Beuron. Der Brief Edith Steins trägt kein Datum, dürfte aber in den ersten Apriltagen 1933 verfaßt worden sein. Sie war am 7. April selbst nach Beuron gereist, um sich mit Walzer zu treffen und die Angelegenheit mit ihm als ihrem Beichtvater zu besprechen. Im Kloster an der Donau tippte sie den Text mit der Maschine. Das Begleitschreiben Walzers an den Kardinalstaatssekretär datiert vom 12. April 1933.[10] Die Bittstellerin, schrieb Walzer, habe ihn inständig gebeten, den beiliegenden Brief dem Heiligen Vater zu übermitteln. Edith Stein sei ihm und im ganzen katholischen Deutschland als Frau bekannt, die sich durch einen tiefen Glauben und ein vorbildliches Leben auszeichne und auf dem Feld der katholischen Wissenschaft hervorragend ausgewiesen sei. Der Erzabt bat Pacelli nachdrücklich, das Anliegen von Edith Stein, das er zu seinem eigenen gemacht habe, tatkräftig zu unterstützen. Wenn es nicht zu einer Intervention kluger und besonnener Männer komme, bestehe für Deutschland und die katholische Kirche höchste Gefahr: «Meine einzige Hoffnung in dieser Welt ist der Heilige Apostolische Stuhl»!

«Heiliger Vater! Als ein Kind des jüdischen Volkes, das durch Gottes Gnade seit elf Jahren ein Kind der katholischen Kirche ist, wage ich es, vor

dem Vater der Christenheit auszusprechen, was Millionen von Deutschen bedrückt» – mit diesen Worten beginnt das Schreiben Edith Steins an Pius XI.[11] Dann folgt eine eindrückliche Schilderung der Judenverfolgung und ihrer Konsequenzen für die Betroffenen. Dabei konnte sich Edith Stein offenbar auf entsprechende Vorkommnisse in Münster stützen. «Seit Wochen sehen wir in Deutschland Taten geschehen, die jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit – von Nächstenliebe gar nicht zu reden – Hohn sprechen. Jahre hindurch haben die nationalsozialistischen Führer den Judenhaß gepredigt. Nachdem sie jetzt die Regierungsgewalt in ihre Hände gebracht und ihre Anhängerschaft – darunter nachweislich verbrecherische Elemente – bewaffnet hatten, ist diese Saat des Hasses aufgegangen. Daß Ausschreitungen vorgekommen sind, wurde noch vor kurzem von der Regierung zugegeben. In welchem Umfang, davon können wir uns kein Bild machen, weil die öffentliche Meinung geknebelt ist. Aber nach dem zu urteilen, was mir durch persönliche Beziehungen bekannt geworden ist, handelt es sich keineswegs um vereinzelte Ausnahmefälle. Unter dem Druck der Auslandsstimmen ist die Regierung zu ‹milderen› Methoden übergegangen. Sie hat die Parole ausgegeben, es solle ‹keinem Juden ein Haar gekrümmt werden›. Aber sie treibt durch ihre Boykotterklärung – dadurch, daß sie den Menschen wirtschaftliche Existenz, bürgerliche Ehre und ihr Vaterland nimmt – viele zur Verzweiflung: es sind mir in der letzten Woche durch private Nachrichten fünf Fälle von Selbstmord infolge dieser Anfeindungen bekannt geworden. Ich bin überzeugt, daß es sich um eine allgemeine Erscheinung handelt, die noch viele Opfer fordern wird. Man mag bedauern, daß die Unglücklichen nicht mehr inneren Halt haben, um ihr Schicksal zu tragen. Aber die Verantwortung fällt doch zum großen Teil auf die, die sie so weit brachten. Und sie fällt auch auf die, die dazu schweigen.»

Heiliger Vater !

Als ein Kind des jüdischen Volkes, das durch Gottes Gnade seit elf Jahren ein Kind der katholischen Kirche ist, wage ich es, vor dem Vater der Christenheit auszusprechen, was Millionen von Deutschen bedrückt.

Seit Wochen sehen wir in Deutschland Taten geschehen, die jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit - von Nächstenliebe gar nicht zu reden - Hohn sprechen. Jahre hindurch haben die nationalsozialistischen Führer den Judenhass gepredigt. Nachdem sie jetzt die Regierungsgewalt in ihre Hände gebracht und ihre Anhängerschaft - darunter nachweislich verbrecherische Elemente - bewaffnet hatten, ist diese Saat des Hasses aufgegangen. Dass Ausschreitungen vorgekommen sind, wurde noch vor kurzem von der Regierung zugegeben. In welchem Umfang, davon können wir uns kein Bild machen, weil die öffentliche Meinung geknebelt ist. Aber nach dem zu urteilen, was mir durch persönliche Beziehungen bekannt geworden ist, handelt es sich keineswegs um vereinzelte Ausnahmefälle. Unter dem Druck der Auslandsstimmen ist die Regierung zu „milderen" Methoden übergegangen. Sie hat die Parole ausgegeben, es solle „keinem Juden ein Haar gekrümmt werden". Aber sie treibt durch ihre Boykotterklärung - dadurch, dass sie den Menschen wirtschaftliche Existenz, bürgerliche Ehre und ihr Vaterland nimmt - viele zur Verzweiflung: es sind mir in der letzten Woche durch private Nachrichten 5 Fälle von Selbstmord infolge dieser Anfeindungen bekannt geworden. Ich bin überzeugt, dass es sich um eine allgemeine Erscheinung handelt, die noch viele Opfer fordern wird. Man mag bedauern, dass die Unglücklichen nicht mehr inneren Halt haben, um ihr Schicksal zu tragen. Aber die Verantwortung fällt doch zum grossen Teil auf die, die sie so weit brachten. Und sie fällt auch auf die, die dazu schweigen.



Alles, was geschehen ist und noch täglich geschieht, geht von einer Regierung aus, die sich „christlich" nennt. Seit Wochen warten und hoffen nicht nur die Juden, sondern Tausende treuer Katholiken in Deutschland – und ich denke, in der ganzen Welt – darauf, dass die Kirche Christi ihre Stimme erhebe, um diesem Missbrauch des Namens Christi Einhalt zu tun. Ist nicht diese Vergötzung der Rasse und der Staatsgewalt, die täglich durch Rundfunk den Massen eingehämmert wird, eine offene Häresie? Ist nicht der Vernichtungskampf gegen das jüdische Blut eine Schmähung der allerheiligsten Menschheit unseres Erlösers, der allerseligsten Jungfrau und der Apostel? Steht nicht dies alles im äussersten Gegensatz zum Verhalten unseres Herrn und Heilands, der noch am Kreuz für seine Verfolger betete? Und ist es nicht ein schwarzer Flecken in der Chronik dieses Heiligen Jahres, das ein Jahr des Friedens und der Versöhnung werden sollte?

Wir alle, die wir treue Kinder der Kirche sind und die Verhältnisse in Deutschland mit offenen Augen betrachten, fürchten das Schlimmste für das Ansehen der Kirche, wenn das Schweigen noch länger anhält. Wir sind auch der Überzeugung, dass dieses Schweigen nicht imstande sein wird, auf die Dauer den Frieden mit der gegenwärtigen deutschen Regierung zu erkaufen. Der Kampf gegen den Katholizismus wird vorläufig noch in der Stille und in weniger brutalen Formen geführt wie gegen das Judentum, aber nicht weniger systematisch. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird in Deutschland kein Katholik mehr ein Amt haben, wenn er sich nicht dem neuen Kurs bedingungslos verschreibt.

Zu Füssen Eurer Heiligkeit, um den Apostolischen Segen

bittend

Dr. Editha Stein

Dozentin am Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik

Münster i/W.

Collegium Marianum



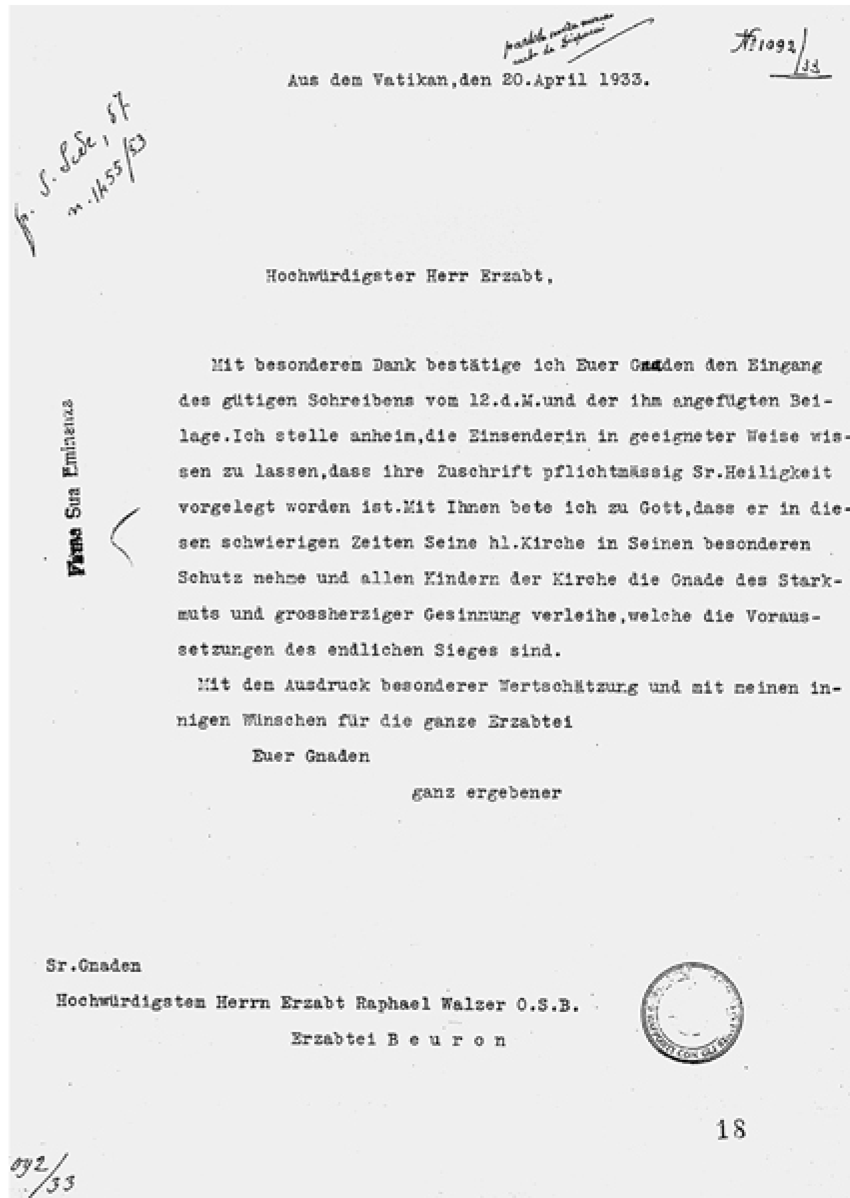
17

Edith Stein mahnte den Papst eindringlich, nicht weiter zur Verfolgung der Juden zu schweigen und seiner Verantwortung gerecht zu werden. Der berühmte Brief wurde bei der Archivöffnung im Jahr 2003 gefunden.

Damit ist das entscheidende Stichwort gefallen: Wer wegschaut, wer zu dem Unrecht schweigt, ist zwar kein Täter, aber er macht sich nach Ansicht Edith Steins mitschuldig. Ihre Forderung ist deshalb unmißverständlich: «Alles, was geschehen ist und noch täglich geschieht, geht von einer Regierung aus, die sich ‹christlich› nennt. Seit Wochen warten und hoffen nicht nur die Juden, sondern Tausende treuer Katholiken in Deutschland – und ich denke, in der ganzen Welt – darauf, daß die Kirche Christi ihre

Stimme erhebe, um diesem Mißbrauch des Namens Christi Einhalt zu tun.» Für Edith Stein lag es klar auf der Hand: Schon aus theologischen Gründen war es für Papst und Kirche zwingend, sich einzumischen. «Ist nicht diese Vergötzung der Rasse und der Staatsgewalt, die täglich durch Rundfunk den Massen eingehämmert wird, eine offene Häresie?» – so fragte sie Pius XI. und fuhr fort: «Ist nicht der Vernichtungskampf gegen das jüdische Blut eine Schmähung der allerheiligsten Menschheit unseres Erlösers, der allerseligsten Jungfrau und der Apostel? Steht nicht dies alles im äußersten Gegensatz zum Verhalten unseres Herrn und Heilandes, der noch am Kreuz für seine Verfolger betete? Und ist es nicht ein schwarzer Fleck in der Chronik dieses Heiligen Jahres, das ein Jahr des Friedens und der Versöhnung werden sollte? Wir alle, die wir treue Kinder der Kirche sind und die Verhältnisse in Deutschland mit offenen Augen betrachten, fürchten das Schlimmste für das Ansehen der Kirche, wenn das Schweigen noch länger anhält. Wir sind auch der Überzeugung, daß dieses Schweigen nicht imstande sein wird, auf die Dauer den Frieden mit der gegenwärtigen deutschen Regierung zu erkaufen. Der Kampf gegen den Katholizismus wird vorläufig noch in der Stille und in weniger brutalen Formen geführt wie gegen das Judentum, aber nicht weniger systematisch. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird in Deutschland kein Katholik mehr ein Amt haben, wenn er sich nicht dem neuen Kurs bedingungslos verschreibt. Zu Füßen Eurer Heiligkeit, um den Apostolischen Segen bittend, Dr. Editha Stein.»

Die Bittschrift der jüdischen Konvertitin wurde dem Papst tatsächlich vorgelegt. In seiner Privataudienz vom 20. April 1933 sprach Pacelli mit Pius XI. über das Thema. Allerdings fällt der Name Edith Steins in diesem Kontext nicht. Als Überschrift über den letzten seiner sechs Tagesordnungspunkte umfassenden Liste notierte der Kardinalstaatssekretär: «Der Erzabt von Beuron übersendet Schriften gegen die Nationalsozialisten.» Dahinter verbirgt sich nichts anderes als der Brief Edith Steins. Andere Schriften, die Walzer übersandt hatte, konnten in den Archivalien nicht nachgewiesen werden. Der Papst rang sich jedoch nicht zu einer Entscheidung in dieser Frage durch – jedenfalls findet sich unter dieser Überschrift keine Notiz Pacellis über eventuelle Anordnungen seitens des Papstes.[12] Weil die Forschung ausschließlich nach dem Namen Edith Steins Ausschau hielt und nicht an den «Briefträger» Erzabt Walzer dachte, ist ihr dieser Eintrag bislang entgangen.



Aus dem Vatikan, den 20. April 1933.

Hochwürdigster Herr Erzabt,

Mit besonderem Dank bestätige ich Euer Gnaden den Eingang des gütigen Schreibens vom 12.d.M. und der ihm angefügten Beilage. Ich stelle anheim, die Einsenderin in geeigneter Weise wissen zu lassen, dass ihre Zuschrift pflichtmässig Sr. Heiligkeit vorgelegt worden ist. Mit Ihnen bete ich zu Gott, dass er in diesen schwierigen Zeiten Seine hl. Kirche in Seinen besonderen Schutz nehme und allen Kindern der Kirche die Gnade des Starkmuts und grossherziger Gesinnung verleihe, welche die Voraussetzungen des endlichen Sieges sind.

Mit dem Ausdruck besonderer Wertschätzung und mit meinen innigen Wünschen für die ganze Erzabtei

Euer Gnaden

ganz ergebener

Firma Sua Eminenza

Sr. Gnaden

Hochwürdigstem Herrn Erzabt Raphael Walzer O.S.B.

Erzabtei B e u r o n

18

Der Beuroner Abt Raphael Walzer erhielt von Pacelli die Auskunft, daß Edith Steins Appell, sich gegen die Judenverfolgung einzusetzen, dem Papst «pflichtmäßig» vorgelegt worden sei.

Wie immer, wenn Pius XI. keine spezielle Weisung aussprach und Pacelli sich deshalb nichts notierte, wurde ihm die Beantwortung der Eingabe als Routineangelegenheit überwiesen. Entsprechend lakonisch fällt auch der Antwortbrief des Staatssekretariats aus, den Pacelli noch am selben Tag ausfertigen ließ. Selbstredend war dieser nicht an die eigentliche Bittstellerin gerichtet, eine vermeintlich unbedeutende Münsteraner Dozentin, sondern an den in der kirchlichen Hierarchie hochstehenden Erzabt der Beuroner

Benediktinerkongregation. Der Kardinalstaatssekretär stellte Walzer anheim, «die Einsenderin in geeigneter Weise wissen zu lassen, daß ihre Zuschrift pflichtmäßig Seiner Heiligkeit vorgelegt worden ist». Eine Antwort auf die dringende Bitte Edith Steins sucht man jedoch vergeblich. Mit keinem Wort ging Pacelli auf die Verfolgung der Juden in Deutschland ein. Er schwieg auch zum eigentlichen Thema ihres Briefes, der Beendigung des Schweigens von Papst und Kirche. Die frommen Formulierungen, die sich rein auf das Wohl der katholischen Kirche konzentrierten und dem Schicksal der verfolgten Juden keine Silbe widmeten, mußten in den Ohren Edith Steins wie Hohn klingen: «Mit ihnen bete ich zu Gott, daß er in diesen schwierigen Zeiten Seine heilige Kirche in Seinen besonderen Schutz nehme und allen Kindern der Kirche die Gnade des Starkmuts und großherziger Gesinnung verleihe, welche die Voraussetzungen des endlichen Sieges sind.»[13]

Edith Stein war es nicht gelungen, das «Schweigen» des Papstes zur Judenverfolgung zu durchbrechen. Sie war eines der ersten Opfer des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums». Als geborene Jüdin verlor sie ihre Dozentur in Münster, trat noch 1933 in den Karmel in Köln ein und verwirklichte sich damit einen lang gehegten Lebenstraum. Nach der Reichspogromnacht vom November 1938 war sie gezwungen, ins niederländische Exil zu gehen. Ihre Bitte um Aufnahme in einen Schweizer Karmel im Jahr 1942 wurde von den Behörden verschleppt, so daß die rettende Emigration nicht möglich war. Als die niederländischen Bischöfe ihr Schweigen zur Judenverfolgung brachen und am 26. Juli 1942 in einem gemeinsamen Hirtenwort öffentlich gegen die Deportationen protestierten, reagierten die NS-Machthaber umgehend und weiteten die Mord-Aktionen auch auf getaufte Juden aus. Zwei der prominentesten Opfer des öffentlichen Redens der Bischöfe waren Edith Stein und ihre Schwester Rosa (1883–1942). Beide wurden am 2. August 1942 verhaftet und in einer Gaskammer in Auschwitz – vermutlich am 9. August – ermordet.

Von Rabbinern und Lufthansapiloten: Bitten um päpstlichen Protest

Der Faszikel mit dem bezeichnenden Titel «La questione degli Ebrei in Germania» in der Position 643 im deutschen Bestand der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten enthält neben dem Brief

Edith Steins zahlreiche weitere Eingaben an den Papst mit der Bitte, sich für die verfolgten Juden in Deutschland einzusetzen. Das Schreiben der späteren Karmelitin fällt allerdings aus dem Rahmen: Denn es ist das einzige, das einer Antwort gewürdigt wurde. Die übrigen Bittsteller erhielten nicht einmal eine Eingangsbestätigung, geschweige denn einen Antwortbrief des Kardinalstaatssekretärs.

Neben den pro-jüdischen Petitionen finden sich jedoch auch antisemitische Schreiben an den Papst, deren Verfasser entweder um Unterstützung der nationalsozialistischen Rassenpolitik warben oder dem Vatikan vorwarfen, selbst jüdisch unterwandert zu sein. Als Beispiel sei hier nur auf ein Schreiben von Maximilian Roller von der Wiener «Hilfsstelle für deutsche Opfer jüdischer Betrüger» an Pacelli vom 11. September 1933 verwiesen.[14] Der Vatikan, sonst «best orientiert, wenn im entferntesten Weltwinkel eine junge Gans im Stroh raschelt», wolle nicht erkennen, daß der katholischen Kirche in Deutschland eine Explosion drohe. «Die Zeit der Verblödung des deutschen Volkes mit Hilfe des Gotteshauses und der Judenpresse – darüber sollte man sich auch im Vatikan klar sein – die ist gottlob endgültig vorbei.» Damit wird der katholischen Kirche vorgeworfen, gemeinsame Sache mit den Juden gemacht zu haben. Die Geschichte der Amici Israel sei «ein Beweis dafür, daß der Vatikan bis in die höchsten Spitzen hinauf mit jüdischem Blute, mit jüdischem Geist, mit jüdischen Grundsätzen, mit jüdischen Gepflogenheiten und mit jüdischen Gaunern durchsetzt und überwuchert» sei.

In dem Faszikel liegt auch eine Denkschrift mit dem Titel «Die Judenfrage in Deutschland», die um Verständnis für die Judenpolitik der neuen Regierung wirbt und möglicherweise aus dem Umfeld der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl stammt.[15] Die Gründe für die Kritik des Auslands an Hitlers Vorgehen werden hier auf die «unzureichende Kenntnis der Stellung und des Einflusses des Judentums in Deutschland» zurückgeführt. Die Schrift hebt besonders die kulturellen und moralischen Gefahren hervor, die angeblich von seiten der in den vorangegangenen Jahren massenhaft nach Deutschland eingewanderten «Ostjuden» drohten. Die «Judenfrage» sei kein religiöses Problem, sondern ein Problem der Rasse. Hebräisches und deutsches Blut seien schlichtweg unvereinbar. Die deutsche Rasse müsse sich gegen eine Überfremdung durch das jüdische Blut schützen. Auf dem Feld der Wirtschaft, der Banken, der Wissenschaft, der Medizin, der

Rechtsprechung übten die Juden einen dominierenden Einfluß aus. Auch auf dem Feld der Politik hätten sie sich ungebührlich eingemischt. «Die Revolutionsregierungen nach dem Umsturz von 1918 waren zum großen Teil von Hebräern gebildet.» Die kommunistische Partei sei seit ihrer Gründung jüdisch dominiert gewesen. «Der Jude Marx war der Ideengeber ihrer Doktrin.» Der Jude Lassalle habe die SPD gegründet, die Juden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die KPD, der Jude Kurt Eisner habe in Bayern das «Terrorregime» der Räteregierung eingerichtet. Schließlich seien die Juden «für die moralische und religiöse Korruption in Deutschland» verantwortlich, weil sie Kunst, Literatur, Theater, Kino und Zeitungen beherrschten. Die Bewegung zur Legalisierung der Abtreibung gehe auf sie zurück. Das Haus Ullstein sei in jüdischem Besitz. Das Memorandum schloß mit der Bemerkung, daß sich die deutsche Reichsregierung mit ihrer Judenpolitik in guter kirchlicher Tradition befinde, denn auch «die katholische Kirche habe zu vielen Zeiten erkannt, welche Gefahren aus der Zunahme des jüdischen Einflusses erwachsen» könnten.

Bei der einschlägigen Position handelt es sich um einen typischen Sammelbestand. Hier wurde in fünf Faszikeln alles gesammelt, was im Staatssekretariat seit dem 1. April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, bis zum Jahresende zum Thema «Juden in Deutschland» einging. Auch wenn sich einige antisemitische Schriften finden, überwiegen die projüdischen Petitionen. Bereits wenige Tage, nachdem die Flut der Eingaben begann, mußte man sich im Vatikan darüber klar werden, wie man mit dieser Angelegenheit grundsätzlich umgehen sollte. Den Anlaß zu einer Grundsatzentscheidung des Staatssekretariats, auf derartige Anfragen prinzipiell nicht zu antworten, bot ein Schreiben des Wiener Rabbiners Arthur Zacharias Schwarz (1880–1939). Schwarz, der aus einer Rabbinerfamilie stammte, hatte 1905 an der Universität Wien den philosophischen Doktortitel erlangt und 1907 den Besuch der Israelitisch-Theologischen Lehranstalt mit dem Rabbinerdiplom abgeschlossen. Er erwarb sich bald den Ruf eines exzellenten Kenners hebräischer Handschriften. Eine Studienreise führte ihn auch an die berühmte Biblioteca Ambrosiana nach Mailand, wo Achille Ratti, der spätere Papst Pius XI., seit 1888 als Bibliothekar und seit 1907 als Präfekt tätig war. Beide Gelehrte scheinen in jenen Jahren einen engen wissenschaftlichen Austausch gepflegt zu haben. Offensichtlich ermutigte der Handschriftenkenner Ratti Schwarz zu

bibliographischen Studien, in deren Folge in den zwanziger und dreißiger Jahren einige Kataloge hebräischer Handschriften in österreichischen Archiven und Bibliotheken entstanden. 1925 schloss der Rabbiner ein Vorwort mit einem Dank an den Papst: «Die Anregung zu bibliographischen Studien habe ich allerdings nicht in dem Kreise empfangen, dem ich durch Herkunft, Beruf und Überzeugung angehöre. Mir ist zuerst und als ich noch keine Kenntnisse besaß, in der Fremde die Eignung zugesprochen worden, hebräische Handschriften zu beschreiben. Ich bin dieses Urteils in tiefster Dankbarkeit eingedenk geblieben.»[16] Wer ihm die «Eignung zugesprochen» hatte, dürfte klar sein. Seit 1914 war Schwarz Rabbiner im Neunten, später auch im Achten Wiener Bezirk. Seine Tochter Tamar sollte später den als Bürgermeister von Jerusalem bekannt gewordenen Teddy Kollek (1911–2007) heiraten. Nach dem Anschluß Österreichs geriet Schwarz in die Fänge der Gestapo, die ihn verhaftete und folterte. Seelisch und körperlich gebrochen emigrierte er im Januar 1939 nach Palästina. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft im Heiligen Land starb er am 16. Februar in Jerusalem.

Schwarz wandte sich am 9. April 1933 an Kardinalstaatssekretär Pacelli und legte diesem Anschreiben den eigentlichen Brief an Pius XI. bei, mit der Bitte, diesen «gütigst zur Kenntnis Seiner Heiligkeit» gelangen zu lassen. Offenbar rechnete der Rabbiner von vornherein mit Schwierigkeiten und befürchtete wie Edith Stein, sein Schreiben werde in den Maschen der vatikanischen Bürokratie hängenbleiben. Er rechtfertigte deshalb seine Bitte mit seiner langjährigen und engen Bekanntschaft mit dem Papst selbst und verwies in diesem Zusammenhang auf «die Tatsache, daß Seine Heiligkeit mich bei verschiedenen Anlässen seiner Gnade gewürdigt hat». So konnte er auf einen eigenhändigen Brief Rattis vom 3. April 1920 und drei Telegramme beziehungsweise Briefe, die Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri im Auftrag Pius' XI. an ihn gesandt hatte, hinweisen.[17]

Eure Heiligkeit,

eingedenk der hohen Gnade, die Eure Heiligkeit mir in vergangenen Jahren für meine wissenschaftlichen Arbeiten zu erweisen geruhten, habe ich um die Gunst gebeten, daß dieser Brief in die Hände Eurer Heiligkeit gelange.

Ich bitte, eine Erklärung abgeben und eine Sorge aussprechen zu dürfen.

Die Huld Eurer Heiligkeit habe ich stets als ein glückbringendes Kleinod angesehen, das ich vor profanen Augen verborgen habe. In meinem Schreibtisch liegt Ihr Bild und in allen guten Stunden meines Lebens betrachte ich es mit einer Dankbarkeit, die nur hinter der für meine Eltern zurückbleibt. Von dem Dämon der Politik weiß ich mich frei; abgesehen von meinem Amt als Rabbiner in einem der großen jüdischen Gotteshäuser in Wien lebe ich nur für meine Studien und kraft des Wortes, das mir Eure Heiligkeit im Juni 1907 in Mailand mitgegeben haben, sagt mein treues Herz, daß ich wissenschaftlich Ihr Geschöpf bin und immer sein werde. Von diesem Briefe weiß kein Mensch auf der Welt.



1231/33

Die Sorge aber, die mich bewegt, ist diese:

Gegen die Judenverfolgung in Deutschland ist auch von hohen Würdenträgern der Kirche protestiert worden. Eure Heiligkeit werden jedoch kaum die Wirkung kennen, die ein von Ihrer Allerhöchsten Persönlichkeit selbst ausgehendes Wort auf die gläubigen Juden haben würde, die gleich mir jeden Radikalismus ablehnen. Wenn es Eurer Heiligkeit möglich wäre, auszusprechen, daß auch das gegen die Juden geübte Unrecht ein Unrecht bleibt, so würde ein solches Wort den Mut und die Moral von Millionen meiner jüdischen Brüder erhöhen. Es würde besonders dort Beruhigung bewirken, wo, wie hier in Oesterreich, die Sorgen trotz der Bemühungen der Regierung nicht geschwunden sind.

Ich fühle mich der Nachsicht Eurer Heiligkeit sicher, wenn ich mit der Pflicht und mit dem Recht, das mir Gott in meine erschütterte Seele legt, diesen Gedanken hier auszusprechen wage.

Ich bitte Eure Heiligkeit, meine gleichsam kindlichen Gefühle und meine tiefste Ehrfurcht in Gnaden entgegenzunehmen.

Wien, 9. April 1933.

Dr. Arthur Zacharias Schwarz,

Rabbiner in Wien IX.



30

Der Wiener Rabbiner Arthur Zacharias Schwarz bat Pius XI. inständig um einen öffentlichen Protest gegen die nationalsozialistischen Judenverfolgungen.

Auch in seinem Schreiben an den Papst selbst versuchte Schwarz zunächst, die alten freundschaftlichen Beziehungen auf wissenschaftlichem Gebiet zu beschwören, bevor er auf sein eigentliches Anliegen zu sprechen kam.[18] «Eure Heiligkeit, eingedenk der hohen Gnade, die Eure Heiligkeit mir in vergangenen Jahren für meine wissenschaftlichen Arbeiten zu erweisen geruhten, habe ich um die Gunst gebeten, daß dieser Brief in die Hände Eurer Heiligkeit gelange. Ich bitte, eine Erklärung abgeben und eine Sorge aussprechen zu dürfen. Die Huld Eurer Heiligkeit habe ich stets als ein glückbringendes Kleinod angesehen, das ich vor profanen Augen verborgen habe. In meinem Schreibtisch liegt Ihr Bild und in allen guten Stunden

meines Lebens betrachte ich es mit einer Dankbarkeit, die nur hinter der für meine Eltern zurückbleibt. Von dem Dämon der Politik weiß ich mich frei; abgesehen von meinem Amt als Rabbiner in einem der großen jüdischen Gotteshäuser in Wien lebe ich nur für meine Studien und kraft des Wortes, das mir Eure Heiligkeit im Juni 1907 in Mailand mitgegeben haben, sagt mein treues Herz, daß ich wissenschaftlich Ihr Geschöpf bin und immer sein werde. Von diesem Briefe weiß kein Mensch auf der Welt.»

Nachdem Schwarz so als jüdischer Rabbiner im Hinblick auf seine Verehrung des Oberhaupts der katholischen Kirche bis an die Grenze des Möglichen gegangen war und als Wissenschaftler Pius XI. zu seinem eigentlichen Mentor erklärt hatte, glaubte er das Terrain ausreichend vorbereitet zu haben, um dem Papst sein Anliegen vortragen zu können: «Die Sorge aber, die mich bewegt, ist diese: Gegen die Judenverfolgung in Deutschland ist auch von hohen Würdenträgern der Kirche protestiert worden. Eure Heiligkeit werden jedoch kaum die Wirkung kennen, die ein von Ihrer Allerhöchsten Persönlichkeit selbst ausgehendes Wort auf die gläubigen Juden haben würde, die gleich mir jeden Radikalismus ablehnen. Wenn es Eurer Heiligkeit möglich wäre, auszusprechen, daß auch das gegen die *Juden* geübte Unrecht ein *Unrecht* bleibt, so würde ein solches Wort den Mut und die Moral von Millionen meiner jüdischen Brüder erhöhen. Es würde besonders dort Beruhigung bewirken, wo, wie hier in Österreich, die Sorgen trotz der Bemühungen der Regierung nicht geschwunden sind.» Und der Rabbiner schloß: «Ich fühle mich der Nachsicht Eurer Heiligkeit sicher, wenn ich mit der Pflicht und mit dem Recht, das mir Gott in meine erschütterte Seele legt, diesen Gedanken hier auszusprechen wage. Ich bitte Eure Heiligkeit, meine gleichsam kindlichen Gefühle und meine tiefste Ehrfurcht in Gnaden entgegenzunehmen.»

Pius XI. erhielt indes nie Gelegenheit, die kindlichen Gefühle des Wiener Rabbiners entgegenzunehmen. Denn anders als Edith Steins Brief wurde ihm die Bittschrift von Arthur Zacharias Schwarz von Eugenio Pacelli nicht vorgelegt. Jedenfalls fehlt in den Notizen, die sich Pacelli von seinen Unterredungen mit dem Papst machte, jeder Hinweis darauf. Die Notate jener Tage handeln einerseits vom innerkirchlichen Alltagsgeschäft und andererseits von den Diskussionen um die ersten Vorentwürfe zum Reichskonkordat. Auch eine Antwort hat der Wiener Rabbiner offenbar nicht bekommen. Ein entsprechendes Konzept liegt jedenfall nicht bei den Akten.

Der Kardinalstaatssekretär hat sich offenbar der Ansicht seines Unterstaatssekretärs Giuseppe Pizzardo angeschlossen, der in einer handschriftlichen Notiz vom 26. April 1933 zur Bitte von Schwarz, «der Heilige Vater möge gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland intervenieren», festhielt: «Mir scheint es sehr heikel [molto delicato] zu sein, eine Antwort zu geben. Wäre es nicht besser, wenn zuerst die deutschen Bischöfe einen solchen Schritt unternähmen?» Und er fügte hinzu: «Vielleicht später, auf indirekte Weise, über die Nuntiatur??»[19] Dementsprechend erhielt auch der New Yorker Rabbiner William Margolis (1909–ca.1950) auf sein Telegramm, das er am 22. April 1933 an Pius XI. gesandt hatte, keine Antwort. Er hatte geschrieben: «Im Namen von all dem, was der Christenheit heilig ist, flehe ich Sie an, Ihre Stimme zu erheben, um Hitlers Verfolgungen klar zu verurteilen. Ihre Kritik wird weitreichenden Einfluß auf die deutsche Regierung haben … und zu einer Änderung der Politik führen.»[20]

Am 18. April hatte auch der bayerische Domdekan Anton Scharnagl (1877–1955), den Pacelli aus seiner Münchener Zeit kannte, in einem seiner Berichte, mit denen er den Kardinalstaatssekretär über die politische und religiöse Situation in Bayern während der Monate der «Machtergreifung» Hitlers und der Gleichschaltung der Länder informierte, die Lage der Juden angesprochen. «Mit besonderer Schärfe und besonderer Härte wird gegen die Juden vorgegangen», formulierte Scharnagl, nicht ohne im nächsten Satz diese Aussage sofort wieder zu relativieren. Denn im Zuge des Boykotts seien in Bayern «keine Greueltaten gegen jüdische Geschäfte oder deren Inhaber vorgekommen». Auch sei es «weder zu Plünderungen noch zu Zerstörungen der Geschäftsräume noch zu Mißhandlungen der Inhaber gekommen». Nach nicht einmal vierundzwanzig Stunden sei der ganze Spuk ohnehin vorbei gewesen. Die Hauptsorge Scharnagls galt der zunehmenden Verwischung der Gegensätze zwischen katholischer und nationalsozialistischer Weltanschauung in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung. Durch die Erklärung der Bischöfe vom 28. März sei bei vielen der Eindruck entstanden, «als ob die deutschen Bischöfe nunmehr gegen den Nationalsozialismus überhaupt nichts mehr einzuwenden hätten». Besonders schmerzlich für den Domdekan war, daß sich die nationalsozialistischen Maßnahmen auch «gegen solche Personen richteten, die seit Jahrzehnten

und vielfach noch länger christlich geworden waren». Für Konvertiten – also Christen gewordene Juden – war man selbstverständlich zuständig.[21]

Vienna,

il dottore Arturo Zaccaria Schwarz (rabbino)
prega il Santo Padre di volere intervenire
contro la persecuzione degli ebrei in Germania.

Mi sembra di essere molto delicato di dare una
risposta. Non sarebbe meglio se prima i Vescovi
della Germania facessero questo passo? Forse
dopo indirettamente in via della Nunziatura ??

26/4 33

Eine Intervention des Papstes wird als «molto delicato» verworfen: die handschriftliche Notiz des Unterstaatssekretärs Giuseppe Pizzardo.

Und tatsächlich: Während man in Rom auf die Bitten zur Intervention für die Juden allgemein nicht reagierte, war man stets bereit, etwas für konvertierte Juden zu tun. Diese waren Katholiken, ihnen hatte deshalb die Hirtensorge des Papstes genauso zu gelten wie allen anderen Mitgliedern der katholischen Kirche. Allerdings war diesen Aktionen so gut wie kein Erfolg beschieden. Ein sprechendes Beispiel ist der Fall von Maria Pfannenstiel (1880–1973) aus Speyer. Infolge des Arierparagraphen verlor ihr Sohn Max (1902–1976) – der nach dem Krieg eine Karriere als Professor für Geologie in Freiburg machen sollte – seine Anstellung, weil der Vater der Bittstellerin jüdischer Abstammung war. Ihre Tochter, bereits in der dritten Generation katholisch, konnte ihren Bräutigam nicht heiraten, weil dieser dann seine Beamtenstelle verloren hätte. «Es soll nun in Deutschland sogar ein Gesetz

herauskommen, das die Ehen zwischen Ariern und Nichtariern grundsätzlich verbietet; wen sollen unsere katholischen Kinder dann heiraten?» fragte sie besorgt.[22] Hier war mit dem Eherecht und der Sakramententheologie der Innenraum der katholischen Kirche, ihr ureigenes Proprium, getroffen. Die Interventionen des Nuntius zugunsten einer Dispens in der Heiratsangelegenheit erbrachten allerdings nicht das gewünschte Ergebnis, wie Unterstaatssekretär Pizzardo der Bittstellerin mitteilen ließ. Aus dieser Episode wird deutlich, wie gering die Möglichkeiten der Kurie waren, selbst in Einzelfällen etwas zu erreichen. Die Frage nach dem praktischen Nutzen einer öffentlichen Erklärung des Papstes muß hier auf jeden Fall gestellt werden.

Am 28. April 1933 berichtete Orsenigo Pacelli vom Besuch einer jüdischen Persönlichkeit bei ihm in der Berliner Nuntiatur.[23] Auf die Bitte seines Gesprächspartners, ob er nicht etwas zur «Linderung der Verfolgung der Juden» unternehmen könne, versicherte der Nuntius diesem, «daß alles mögliche bereits getan worden sei» und man entsprechend dem katholischen Prinzip universeller Nächstenliebe dies auch in Zukunft tun wolle. Dabei hatte er doch kaum zwei Wochen zuvor nach Rom geschrieben, gegen den Antisemitismus könne man kirchlicherseits jetzt nichts mehr tun, nachdem dieser durch den Arierparagraphen regierungsamtlichen Charakter angenommen habe. Als der jüdische Besucher die Bitte äußerte, der Nuntius möge sich dafür einsetzen, daß jüdische Schüler, die aus öffentlichen Schulen entfernt würden, in katholische Schulen aufgenommen werden könnten, lehnte Orsenigo ein solches Engagement mit dem Hinweis auf das Prinzip der Konfessionsschule ab und fügte hinzu, niemand werde «in dieser Weigerung eine antisemitische Schwäche» der katholischen Kirche erblicken. Orsenigo deutete immerhin an, es sei möglich, daß der Caritasverband mit dem Malteserorden kooperiere, um jüdische Krankenhäuser, die vor der Schließung standen, in katholische Trägerschaft zu übernehmen. Voraussetzung sei allerdings eine vorher einzuholende staatliche Zustimmung. «Der Herr ging zufriedengestellt», lautete das Fazit des Nuntius. Glaubhaft klingt das kaum, zumal der Nuntius hinzufügen mußte, «hier schreitet die Entfernung des semitischen Elements in der Gesellschaft in breiter Front fort», obwohl es an Appellen zur Mäßigung auch höchster Persönlichkeiten an die Regierung nicht gefehlt habe. In seiner Antwort ging der Kardinalstaatssekretär mit keinem Wort auf die Ungereimtheiten im

Bericht des Berliner Nuntius ein. Pacelli dankte Orsenigo vielmehr für sein Engagement und zeigte sich mit dem guten Ausgang des Gesprächs sehr zufrieden.[24]

Wie Hitler nach eigenen Angaben zur «Judenfrage» stand, darüber informierte Nuntius Orsenigo den Kardinalstaatssekretär am 8. Mai 1933.[25] Der Osnabrücker Bischof Berning hatte am 25. und 26. April mit Vertretern der Fuldaer Bischofskonferenz Gespräche mit Papen, Göring, dem preußischen Kultusminister Bernhard Rust (1883–1945) und schließlich auch mit Hitler selbst gehabt. Dabei habe der Führer ausgeführt, ohne religiös-christliche Grundlage könne es in Deutschland weder ein privates noch ein öffentliches Leben geben, weshalb er sich auch für eine christliche Erziehung der Jugend ausgesprochen habe: «Wir brauchen gläubige Soldaten, weil diese die besten Soldaten sind.» Durch sein Studium der Geschichte sei Hitler aber zu der Überzeugung gelangt, daß das Christentum in den letzten Jahrhunderten nicht mehr die Kraft aufgebracht habe, den Liberalismus, Sozialismus und Bolschewismus allein mit geistlichen Waffen zu bekämpfen. «Im Hinblick auf die Judenfrage versicherte er, daß er die Juden als Schädlinge ansehe; dabei erinnerte er an die Haltung der katholischen Kirche bis zum Ende des 15. Jahrhunderts und bedauerte, daß der Liberalismus diese Gefahr nicht gesehen habe.» Hitler schloß, daß er in den Vertretern dieser Rasse eine «Gefahr für den Staat und die Kirche» sehe und deshalb meine, «der Kirche einen sehr großen Dienst zu erweisen», wenn er so handle. Dagegen habe er sich von Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* distanziert und dessen Werk als Privatarbeit bezeichnet. Sein oberstes Ziel sei es, jeden Konflikt mit den Kirchen zu vermeiden. Durch diesen Bericht Orsenigos war man in Rom über Hitlers Antisemitismus genau informiert. Man wußte spätestens jetzt, was in Deutschland Sache war und was nicht: Hitler wollte die jüdischen «Schädlinge» zumindest verdrängen, wenn nicht vernichten.

Unter dem Datum des 29. Juni 1933 wandte sich der Lufthansapilot Victor Haefner (1896–1967) aus seinem Pariser Exil an Kardinalstaatssekretär Pacelli. Ähnlich wie der Rabbiner Schwarz versuchte er seinem Schreiben dadurch besondere Aufmerksamkeit zu sichern, daß er auf eine persönliche Bekanntschaft mit Pacelli hinwies: «Darf ich an den Flug Berlin – Freiburg im Breisgau erinnern, wo ich Sie, verehrter Herr Nuntius, als Fluggast nach Freiburg flog. Ich war damals Verkehrspilot bei der Lufthansa-Berlin.»[26]

Als Haefner diesen Brief schrieb, hatte er bereits eine interessante Biographie hinter sich. Während des Ersten Weltkriegs gehörte er den Königlich-Bayerischen Fliegertruppen an und war in Palästina stationiert, wo er gegen die Engländer kämpfte. Das Verhältnis der bayerischen Flieger zu den jüdischen Siedlern scheint gut gewesen zu sein. Nach der Niederlage des Kaiserreichs kehrte Haefner – mittlerweile zum Oberstleutnant befördert – nach Bayern zurück und wurde in Sonthofen repatriiert. Bis 1925 arbeitete er nach eigenen Angaben als Zivilpilot bei der Lufthansa beziehungsweise ihren Vorgängergesellschaften. Am 18. Juni 1925 wurde Haefner wegen «Verrats militärischer Geheimnisse» mit fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust bestraft. Er habe, so die Presse, militärisch relevante Informationen an «westliche Mächte» weitergegeben.[27] Seine Strafe saß er in Berlin-Spandau ab. Am 24. Dezember 1930 vorzeitig entlassen, erhielt er am 16. Januar 1931 einen Brief des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht in Berlin, in dem ihm der Rest der Zuchthausstrafe erlassen und die «Dauer des Ehrverlusts auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1935 beschränkt» wurde.[28] Es sollte freilich nicht Haefners einzige Berührung mit der Staatsgewalt bleiben. Im November 1931 wurde das katholische SPD-Mitglied auf dem Flughafen Konstanz ertappt, als es antifaschistische Flugblätter von Deutschland nach Italien fliegen wollte.

Victor Haefner ging es in dem Brief an seinen ehemaligen Passagier vor allem um Franz von Papen, der als Unterhändler des Deutschen Reichs mit Pacelli in Rom über das Reichskonkordat sprach. Er bat den Kardinalstaatssekretär darum, seinen Brief «Herrn von Papen, dessen Hände mit Blut seiner Glaubensgenossen befleckt sind», vorzulesen. Haefner gab der Hoffnung Ausdruck, daß Pacelli ihm als Katholiken und Deutschen Gehör schenken würde. Heftig kritisierte er die Katholiken in der Regierung Hitler, die duldeten, daß «Glaubensgenossen eingesperrt, geschlagen, mißhandelt werden». Dann kam er auf die Maßnahmen des Regimes gegen die Juden zu sprechen. «Ich war in Schutzhaft in Spandau-Berlin. Habe dort einen fünfundsechzig Jahre alten Justizrat angetroffen, der sechs Tage in sogenannter SA-Kaserne lag. Dieser Mann, Jude – sah aus, daß ich mich abwenden mußte. Ich habe den Krieg an der Front erlebt, doch solche Massacre sah ich nie! Viehisch, – sadistisch!» Haefner kam zu dem Schluß: «Es ist die größte Kulturschande der letzten Jahrhunderte, die wir deutsche Katholiken erleben müssen.» Er bat Pacelli inständig, Franz von Papen die

«Leviten zu lesen» und ihm gegenüber nichts anderes als Verachtung zum Ausdruck zu bringen, weil er sich zum Handlanger Hitlers gemacht habe. Der Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus würde die Vernichtung der Katholiken folgen, wenn man jetzt nicht Einhalt geböte. «Exkommunikation dieser Kreaturen ist die erste Antwort unserer Kirche.»

Haefner, der sich dem Zugriff der Nazis durch Flucht nach Paris entzogen hatte, wurde dort als mittelloser Flüchtling offenbar von französischen Juden unterstützt. Diese menschliche Größe der Juden weltweit, die nicht nur ihren verfolgten Glaubensbrüdern aus Deutschland, sondern auch «uns Katholiken» helfen, hob er in seinem Brief nachdrücklich hervor. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein würde, Hitler zu besiegen. «Wir sind mit dem Fürst Bismarck fertig geworden, – so werden wir auch – mit den Nazis fertig.» Haefner bat im Postskriptum: «Darf ich eine Bestätigung meiner Worte erhalten!» Als überzeugter Antifaschist und Nazigegner mußte er 1939 von Frankreich nach England fliehen. Am 28. Januar 1942 sollte ihn das nationalsozialistische Regime als «Reichsschädling» endgültig ausbürgern. Eine Antwort aus Rom hat er nie erhalten.

Am 24. Oktober 1933 wandte sich schließlich der aus Deutschland stammende amerikanische Jude Louis Michel an Pius XI. als «Verteidiger aller Brüderlichkeit und Menschlichkeit der Menschheit» und «gütigem katholischen Humanisten», um ihn zu bitten, «Worte der Erlösung zu sprechen, die helfen können, die unglücklichen Juden Deutschlands von weiteren Verfolgungen und Trostlosigkeit zu befreien».[29] Michel brachte die Überzeugung zum Ausdruck, «daß nur Ihr als der mächtigste geistliche Kirchenführer in der Welt die mächtigste Kraft – vom allmächtigen Gott selbst gesandt – seid, die die schmerzhaften Ketten und die furchtbaren Todesqualen der ungerecht deklassierten und völlig erniedrigten Juden … brechen kann». Nachdem er die engen Beziehungen zwischen Katholizismus und Judentum herausgestellt hatte, ging Michel auf den «herzlosen Judenquäler Adolf Hitler» ein, der seinen selbsterrichteten Gott Wotan dem wahren Gott Jehova gegenüberstelle. Deutschland sei «heute nichts anderes als eine große, einseitig versklavte Hitlerische Irrenanstalt». Die Juden seien permanent durch Hunger, Angst und Tod bedroht; viele sähen nur noch den Ausweg des Selbstmords, «um den schrecklichen Grausamkeiten des hochgradigen Scharfrichters Hitler und seinen verlogenen und mordlüsternen Gruppen brutaler Mörder zu entfliehen». In seinen Methoden

der Verfolgung der Juden sei der nationalsozialistische Führer «noch barbarischer, als es Nero je war, noch blutrünstiger als Caligula und noch unheilvoller als Alba und Torquemada». Interessanterweise charakterisierte Michel die NS-Ideologie – ohne den Begriff zu verwenden – als politische Religion. Der amerikanische Jude war überzeugt, daß das Böse nur durch den von Gott gesandten Stellvertreter Jesu Christi in seine Schranken gewiesen werden konnte.

Diese Überzeugung war damals insbesondere unter Juden aus dem angelsächsischen Bereich weit verbreitet. Deshalb überrascht eine kurze Meldung nicht, die am 1. September 1933 im *Jewish Cronicle* unter der Überschrift «Der Papst prangert den Antisemitismus an» erschien.[30] Nachdem Pius XI. Berichte über die Judenverfolgung in Deutschland erhalten habe, «hat er öffentlich seine Mißbilligung» darüber zum Ausdruck gebracht. «Er stellte fest, daß diese Verfolgungen ein Armutszeugnis für die Zivilisation eines großen Volkes sind.» Ferner habe der Papst daran erinnert, daß nicht nur Jesus Christus und die Gottesmutter Maria, sondern auch die Apostel und viele Heilige «der hebräischen Rasse» entstammten und auch die Heilige Schrift hebräischen Ursprungs sei. «Die arischen Rassen, so erklärte er, hätten keinen Anspruch auf Überlegenheit gegenüber den Semiten.» Nachdem Zweifel an der Authentizität dieser von mehreren Nachrichtenagenturen verbreiteten Erklärung aufgekommen waren, wandte sich der Herausgeber des *Jewish Chronicle* am 8. September an den Kardinalstaatssekretär und bat ihn um Klarstellung, «ob es stimmt oder nicht».[31] Eine Antwort erhielt er jedoch nicht; der Vatikan äußerte sich auch öffentlich nicht zu dieser Meldung – weder bestätigte noch dementierte er sie.

Es spricht einiges dafür, daß dem impulsiven Papst das wahre Gesicht des nationalsozialistischen Regimes im Lauf des Jahres 1933 immer deutlicher wurde. So äußerte er etwa in einer Audienz am 18. Dezember 1933, der Kardinalstaatssekretär solle ruhig scharf mit den nationalsozialistischen Unterhändlern über die konkrete Ausgestaltung des Verbandsschutzartikels des Reichskonkordats verhandeln. Falls sich hier nichts bewegen sollte, «werde der Heilige Vater zu Weihnachten eine feierliche Gelegenheit finden, öffentlich zu reden». Anstatt «sich zu beglückwünschen, wie man es wegen des Abschlusses des Konkordats gut hätte tun können, muß man traurig sein». Pacelli notierte sich: «Man kann kein Vertrauen in die Zuverlässigkeit

der Regierenden in Deutschland haben. Der Heilige Vater glaubt, daß Monsignore Orsenigo in diesem Punkt irrt.»[32] Nicht zuletzt deshalb ist es gut vorstellbar, daß Pius XI., der sich, wie der französische Vatikangesandte Charles-Roux es einmal formulierte, «dem Reiz des Unvorhergesehenen» kaum entziehen konnte und immer dann, «wenn er den Moment für passend hielt, eine nützliche Wahrheit zu verkünden», dies ohne Rücksicht auf die Umstände getan habe,[33] tatsächlich eine derartige Äußerung im internen Kreis gemacht hat, die dann – über welche Kanäle auch immer – in die Öffentlichkeit drang. Ein Schreiben, das Pacelli am 21. September an Pizzardo schickte, bestätigt diese Vermutung: «Mir hat die Indiskretion der United Press den Juden gegenüber nicht schlecht gefallen; denn es ist gut, wenn die Welt erfährt, daß sich der Heilige Stuhl der Sache angenommen hat.»[34]

Pius XI. auf dem Weg in die Öffentlichkeit

In den folgenden Jahren ging die gesetzliche Entrechtung der Juden in Deutschland immer weiter und nahm rechtsstaatlich unvorstellbare Ausmaße an. Im Novemberpogrom 1938 kam es dann zu einer offenen, deutschlandweiten Gewaltaktion gegen jüdische Einrichtungen: Synagogen wurden zerstört und in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte geplündert, jüdische Bürger verprügelt, verschleppt oder ermordet. Wie hat sich Rom zur sogenannten «Reichskristallnacht» verhalten? Konnten Papst und Kurie zu diesen Eskalationen antisemitischer Exzesse tatsächlich länger schweigen?

Das Thema der Judenverfolgung spielte in den Jahren nach 1933 nach Ausweis der einschlägigen Aktenserien des Staatssekretariats und der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten allenfalls eine marginale Rolle. Auch die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter kamen kaum auf das Problem zu sprechen. Lediglich der französische Diplomat Charles-Roux wies Pacelli gelegentlich auf die Thematik hin, freilich ohne daß dieser darauf eingegangen wäre. So sprach Charles-Roux etwa am 17. November 1933 die «Fortsetzung der antijüdischen Politik» des Hitler-Regimes an, die das Ziel verfolge, «die Hebräer von allen öffentlichen Ämtern, die irgendeine Bedeutung haben, auszuschließen»,[35] am 5. Januar 1934 äußerte er sich über «die Frage der Rasse»[36] und am 2. August 1935 über das «deutsche Neuheidentum» und

die «Verfolgungen von Katholiken und Hebräern».[37] In den regelmäßigen Unterredungen zwischen Kardinalstaatssekretär und Papst wurde die Frage so gut wie nie angesprochen. Eine Ausnahme bildet die Bitte des Führers der Zionisten, Chaim Weizmann (1874–1952), um eine Audienz bei Pius XI., die Pacelli dem Papst am 2. März 1934 vortrug. Pius XI. entschied, daß es nicht ratsam sei, Weizmann zu empfangen. «Der Zionismus ist eine problematische Sache. … Wir können nicht auf seiten der Araber stehen, weil sie die gewaltsamen Eroberer des Heiligen Landes sind. Aber auch nicht auf seiten der Zionisten. Es bleibt also nichts anderes übrig, als uns herauszuhalten.»[38]

Allerdings hielt der Berliner Nuntius Pacelli weiterhin präzise über die antijüdischen Maßnahmen der deutschen Regierung auf dem laufenden, so etwa, als am 15. September 1935 die sogenannten Nürnberger Gesetze, also das «Reichsbürgergesetz» und «Die Gesetze zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre», vom Reichstag angenommen wurden, die die jüdische Bevölkerung Deutschlands weiter entrechteten und diskriminierten. Orsenigo berichtete ausführlich vom Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP und machte deutlich, daß die Nationalsozialisten den Antibolschewismus geschickt dazu benutzten, um die Verfolgung der Juden weiter intensivieren zu können. Man mache «ausschließlich die Juden dafür verantwortlich» – so schrieb der Nuntius und fuhr fort, daß man sich «nicht wundern darf, wenn die antisemitische Jagd nach dem Parteitag noch mit größerer Hitze wieder aufgenommen wird». «Ich weiß nicht, ob der gesamte russische Bolschewismus ein ausschließliches Werk der Juden ist; aber hier hat man einen Weg gefunden, diese Behauptung Glauben zu machen und als Konsequenz daraus gegen die Juden vorzugehen. Wenn, wie es den Anschein hat, der nationalsozialistischen Regierung lange Dauer beschieden sein wird, sind die Juden dazu verurteilt, aus dieser Nation zu verschwinden.» Trotz der klaren Schlußfolgerung Orsenigos erfolgte weder von seiten der deutschen Bischöfe noch von seiten des Vatikans eine öffentliche Stellungnahme oder gar ein Protest gegen die Nürnberger Rassengesetze.

Auch der Bericht, den der Geschäftsträger des Heiligen Stuhles in der Schweiz, Aldo Laghi (1883–1942), über den Ersten Jüdischen Weltkongreß, der in Genf vom 8. bis 14. August 1936 stattfand, nach Rom sandte, löste dort offenbar keinerlei Reaktionen aus.[39] Die Unterdrückung der Juden durch

die Nationalsozialisten durch Gesetze und Verordnungen, schrieb Laghi, «zerstört jedes rechtliche Konzept, wie es in der zivilisierten Welt anerkannt ist. Die Verfolgung zielt nicht nur darauf ab, die deutschen Juden all ihrer Rechte zu berauben und sie wirtschaftlich zu ruinieren, sondern versucht auch, das antisemitische Gift in allen Ländern der Welt zu verbreiten.»

Am 12. September 1938 richtete der Generalmagister der Dominikaner, Pater Martin Gillet (1875–1951), einen leidenschaftlichen Appell an Pacelli: [40] In London erklärten die Atheisten Gott den Krieg, und in Nürnberg sei Hitler dabei, der Welt den Krieg zu erklären. «Warum erhebt sich keine Stimme, um auf diese beiden Kriegserklärungen mit einer Erklärung des Friedens zu antworten?» fragte Gillet und kam zu dem Ergebnis, der einzige, der momentan von Gläubigen und Ungläubigen in der Welt gehört werden würde, sei der Papst. Er allein verfüge über die Autorität, um gegen «Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus» im Namen der Zivilisation zu sprechen. Pacelli, der «den heiligen Petrus jeden Tag sehe», wurde aufgefordert, beim Papst in diesem Sinne tätig zu werden. Gillet fügte allerdings hinzu, selbstverständlich verfüge der Kardinalstaatssekretär in «diesen delikaten Materien» über einen größeren Überblick als er selbst, weshalb er die Opportunität eines solchen Schrittes ganz ihm überlassen wolle. Wie eine handschriftliche Notiz auf dem Brief zeigt, hat Pacelli dieses Schreiben dem Papst offenbar vorgelesen. Eine Reaktion ist nicht bekannt.

Die größte Enttäuschung stellt das Ausbleiben einer römischen Reaktion auf den Bericht Orsenigos zur «Reichskristallnacht» vom 9. November 1938 dar. Der Nuntius hatte den Kardinalstaatssekretär ausführlich über den «antisemitischen Vandalismus» informiert. Er machte auch deutlich, daß er nichts von der Behauptung des Reichspropagandaministers Goebbels hielt, das Novemberpogrom sei eine spontane Reaktion des deutschen Volkszorns auf die Ermordung des Legationssekretärs Ernst vom Rath (1909–1938) in Paris gewesen. Vielmehr seien die Aktionen «von sehr viel weiter oben angeordnet» worden. Die Botschafter Großbritanniens und der Niederlande hätten sich überdies «für die Verteidigung der Güter der Juden eingesetzt». Bedauerlicherweise klafft in den Aufzeichnungen Pacellis über seine Audienzen bei Pius XI. ausgerechnet zwischen dem 13. September und dem 3. Dezember 1938 eine Lücke. In der Zeit vom 27. September bis zum 29. Oktober vertrat der Sekretär der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten, Domenico Tardini (1888–1961), den

Kardinalstaatssekretär beim Papst, weil dieser Urlaub in der Schweiz machte. Wahrscheinlich fanden zwischen dem 30. Oktober und dem 3. Dezember gar keine Unterredungen statt.[41] Daher ist nicht klar, ob der Bericht Orsenigos zur Reichspogromnacht den Papst je erreicht hat. Die Kurie hat jedenfalls auch zu diesem offenen antisemitischen nationalsozialistischen «Vandalismus» öffentlich geschwiegen.

Wer hat dieses Schweigen der Kurie letztlich zu verantworten? War es der Papst selbst? Oder doch sein Chefdiplomat, der Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli? Auch die im Vatikanischen Geheimarchiv neu zugänglichen Quellen ermöglichen es (noch) nicht, diese Frage endgültig zu klären. Es wird jedoch deutlich, daß Pius XI. spätestens im letzten Jahr seines Pontifikats entschlossen war, entschiedener gegen den Nationalsozialismus, seine Rassenideologie und die Verfolgung der Juden einzuschreiten. Diese «Konfrontationsstrategie» (José Sánchez) verstärkte sich zusehends, als das faschistische Regime Italiens vermehrt die nationalsozialistische Rassenideologie zu rezipieren begann und der Antisemitismus auch in das italienische Recht einfloß.

Am 5. September 1938 waren durch einen Erlaß «Zur Verteidigung der Rasse in der faschistischen Schule» alle jüdischen Schüler, Lehrer und Dozenten von den staatlichen Schulen und Universitäten Italiens ausgeschlossen worden. Bei einer Audienz für belgische Pilger am folgenden Tag verlor Pius XI. die Fassung:[42] «Weinend zitierte er die Passagen aus dem heiligen Paulus, die unsere geistliche Herkunft von Abraham ins Licht rücken. … Abraham ist unser Patriarch, er ist unser Ahnherr … in Christus und durch Christus.» Der Antisemitismus sei, so der Papst, mit dem katholischen Glauben definitiv nicht vereinbar; er sei «eine abstoßende Bewegung, mit der wir Christen nichts gemein haben dürfen». Christen sei es nicht erlaubt, sich am Antisemitismus zu beteiligen: «Geistlich sind wir Semiten.»

Domenico Tardini notierte sich am 23. Oktober über eine Audienz, die Pius XI. seinem Vertrauensmann bei Mussolini, dem Jesuitenpater Pietro Tacchi-Venturi (1861–1956), gab, daß das faschistische Regime in bezug auf die Rassenfrage unnachgiebig bleiben werde.[43] Er erläuterte dem Papst, das Kulturministerium habe allen Zeitungen Italiens verboten, die Attacken des *Osservatore Romano* gegen den italienischen und den deutschen Rassismus nachzudrucken. Darauf habe der Papst ausgerufen: «Aber das ist

ungeheuerlich! Aber ich schäme mich, … ich schäme mich, ein Italiener zu sein. Und Sie, Pater, sagen das genauso zu Mussolini! Ich schäme mich, nicht als Papst, aber als Italiener! Das italienische Volk ist zu einer Herde dummer Schafe verkommen. Ich werde sprechen, ich werde keine Angst haben. Mich drückt das Konkordat, aber noch viel mehr drückt mich das Gewissen.»

Pius XI. machte seinem Ärger nicht nur mit Worten Luft, vielmehr versuchte er nun auch, den verfolgten Juden in Deutschland, Österreich und Italien konkret zu helfen. So wies er Pacelli im November und Dezember 1938 an, die diplomatischen Vertreter des Heiligen Stuhles in den Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas sowie Australiens bei ihren Regierungen sondieren zu lassen, ob diese nicht bereit wären, jüdische Emigranten aufzunehmen. Die Antwort fiel mit schöner Regelmäßigkeit negativ aus. So berichtete etwa der Apostolische Delegat von Kanada und Neufundland, Ildebrando Antoniutti (1898–1974), am 19. Dezember 1938 Pacelli von «größten Schwierigkeiten», weil die Regierung nicht bereit sei, die strengen Einwanderungsbestimmungen für verfolgte Juden zu lockern.[44]

Besonders am Herzen lagen dem Papst die von den Universitäten relegierten Studenten aller Fakultäten. Er griff einen Vorschlag des Bibliothekars und Archivars der Römischen Kirche, Kardinal Giovanni Mercati (1866–1957), auf, der sich zum Weihnachtsfest 1938 mit Nachdruck für eine Unterstützung jüdischer Wissenschaftler und Studenten eingesetzt hatte. In einem Schreiben an die drei amerikanischen Kardinäle von Boston, Philadelphia und Chicago sowie an Kardinal Jean-Marie-Rodrigue Villeneuve (1883–1947) in Montreal bat der Papst um Unterstützung für alle, die ihre Studien aufgeben mußten, weil sie nicht «der arischen Rasse» entstammten.[45] Eine solche Hilfe sei aus Gründen der Humanität und des Christentums dringend geboten, nicht zuletzt, weil der Erlöser Jesus Christus sein Blut am Kreuz auch für sein Volk der Juden vergossen habe.

Namentlich die neue Ehegesetzgebung, die Mischehen zwischen arischen und nichtarischen Italienern und Italienerinnen verbot, erboste den Papst zutiefst. Denn nach dem italienischen Konkordat von 1929 gab es eben nicht, wie in Deutschland infolge der Kulturkampfgesetze, eine Zwangszivilehe, vielmehr waren kirchlich geschlossene Ehen auch staatlich gültig. Wenn sie dieses Gesetz akzeptiert hätte, hätte sich die Kirche in ihrer Sakramentenpastoral zum Handlanger des faschistischen Staats gemacht. In Artikel 34 des italienischen Konkordats hieß es: «Der italienische Staat, in

seinem Wunsch, die Institution der Ehe wieder herzustellen, die das Fundament der Familie ist, jener Würde, die den katholischen Traditionen seines Volkes entspricht, erkennt die zivilrechtlichen Wirkungen des Sakraments der Ehe an, die durch kanonisches Recht geregelt werden.»[46] Das faschistische Ehegesetz vom 17. November 1938 erklärte hingegen in Artikel 1: «Die Ehe des italienischen Bürgers arischer Rasse mit einer Person, die einer anderen Rasse angehört, ist verboten. Ehen, die in Verletzung dessen geschlossen wurden, sind nichtig.»[47] Dies stand in klarem Widerspruch zum Konkordat, denn hier wurden gültig geschlossene katholische Ehen im nachhinein zivilrechtlich für nichtig erklärt, wenn ein Partner ein nichtarischer Italiener war. Pius XI. hatte vor, am 11. Februar 1939 – dem zehnten Jahrestag des Abschlusses der Lateranverträge – eine Ansprache vor den Bischöfen für eine Generalabrechnung mit dem Faschismus zu nutzen. Eine von Tardini im Januar 1941 zusammengestellte *Posizione* zeigt, daß der schwerkranke Papst die letzten Tage und Stunden seines Lebens der eigenhändigen Abfassung dieses Textes widmete, der für Tardini «von größter Bedeutung» war.[48] In einer weniger politisch als vielmehr stark spirituell geprägten Rede wollte Pius XI. unter anderem auf die staatliche Presse eingehen, die die Geschichte verdrehe «bis hin zur hartnäckigen Leugnung jeder Verfolgung in Deutschland, einer Leugnung, die begleitet wird von der falschen und niederträchtigen Anklage, Politik zu machen, wie die Verfolgung durch Nero begleitet wurde von der Anklage der Brandstiftung in Rom».

Den Schluß des Manuskripts bildet ein hymnischer Lobpreis der Gebeine der Apostelfürsten Petrus und Paulus, auf die sich die Autorität des römischen Papstes letztlich gründet. «Ja: Jubelt, glorreiche Gebeine der Apostelfürsten, der Jünger und Freunde Christi, die ihr dieses gesegnete Italien mit eurer Anwesenheit geehrt und geheiligt habt, mit eurem Werk, mit dem Purpur eures allervornehmsten Bluts. Jubelt an diesem denkwürdigen Tag, der daran erinnert, daß Gott Italien und Italien Gott zurückgegeben worden ist, allerbestes Vorzeichen einer leuchtenderen Zukunft. Im Lächeln eines solchen Vorzeichens bekennt auch ihr, heilige und ruhmreiche Gebeine, wie die des alten Josef. Bekennt die Fortdauer dieses Italien im Glauben, der von euch verkündet und mit eurem Blut besiegelt wurde. Heilige Gebeine, bekennt eine völlige und feste Fortdauer gegen alle Erschütterungen und alle Hinterlisten, die von nah und fern den Glauben

bedrohen und ihn bekämpfen. Bekennt Wohlfahrt, Ehre, vor allem die Ehre eines Volks, das sich seiner menschlichen und christlichen Würde und Verantwortung bewußt ist. Bekennt, verehrte und teure Gebeine, allen Völkern die Ankunft oder die Rückkehr zur Religion Christi, allen Nationen, allen Rassen, alle verbunden und blutsverwandt durch das gemeinsame Band der großen Menschenfamilie. Bekennt schließlich, apostolische Gebeine, Ordnung, Ruhe, Frieden, Frieden, Frieden für diese ganze Welt, die, wenn sie auch erfaßt scheint vom mörderischen und selbstmörderischen Wahnsinn der Aufrüstung, den Frieden um jeden Preis will und die mit Uns vom Gott des Friedens ihn erfleht und darauf vertraut, ihn zu erhalten. So sei es!»

Pius XI. konnte diese Rede am 11. Februar 1939 allerdings nicht mehr halten. Einen Tag zuvor, am 10. Februar, verstarb er. Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli ordnete als Camerlengo am 15. Februar an, die bereits gedruckten Exemplare der Rede und die Druckstöcke der vatikanischen Druckerei vernichten zu lassen. Der handschriftliche Entwurf Pius' XI. und die dazugehörigen Materialien wanderten ins Archiv. Pacelli kam auch nach seiner Wahl zum Papst mit keiner Silbe auf die geplante Rede seines Vorgängers zurück. Erst Johannes XXIII. sollte zwanzig Jahre später, im Februar 1959, die italienischen Bischöfe über den Wortlaut der geplanten letzten Rede des Ratti-Papstes in Kenntnis setzen. Daß Pacelli während der Sedisvakanz darauf achtete, daß aus dem Nachlaß des gerade verstorbenen Papstes nichts an die Öffentlichkeit gelangte, gehörte zu seinen Aufgaben. Nach seiner Wahl zum Papst stand es ihm jedoch frei, den Entwurf seines Vorgängers zu publizieren und sich so in eine Linie mit diesem zu stellen. Pacelli hat sich anders entschieden. Genauso wie auch bei dem zweiten großen Projekt der letzten Lebensmonate Pius' XI., der geplanten Enzyklika gegen den Rassismus.



Pius XI. im Jahr 1933.

Der Papst hatte am 22. Juni 1938 den Jesuiten John La Farge (1880–1963) beauftragt, ein päpstliches Lehrschreiben gegen den Rassismus abzufassen. Dieser wurde bei seiner Arbeit von seinen Ordensbrüdern Gustav Gundlach (1892–1963) und Gustave Desbuquois (1869–1959) unterstützt. Bezeichnenderweise griff der Papst dabei nicht auf die für Lehrfragen eigentlich zuständige oberste römische Glaubensbehörde, das Heilige Offizium, zurück. Offenbar weihte er auch seinen Staatssekretär Eugenio Pacelli nicht in sein Vorhaben ein. Die ganze Sache wurde vielmehr an den Organen und Personen der Römischen Kurie vorbei eingefädelt. Allein schon diese Tatsache macht hellhörig und läßt fragen: Warum entschloß sich der Papst zu einem derartigen Vorgehen? Traute er möglicherweise seiner Umgebung bei diesem Thema nicht mehr über den Weg?

Der deutsche Verfasser Gundlach erarbeitete eine Version, die in ihren Schlußabschnitten, in denen der rassistische Antisemitismus direkt thematisiert wurde, deutlich von der französischen Version Desbuquois' abwich. Ob die Entwürfe «Fischer senior» (wie Gundlach rückblickend Pius XI. nannte) oder «Fischer junior» (Pius XII.) jemals erreichten, läßt sich noch nicht mit letzter Sicherheit sagen. Dazu müßte man einerseits die

möglicherweise im Generalat der Jesuiten in Rom liegenden Quellen auswerten, andererseits bräuchte man dazu aber auch die Unterlagen aus dem Pontifikat Pius' XII. im Vatikanischen Geheimarchiv, die der Forschung auf Jahre hinaus noch nicht zugänglich sein werden. Pater Gundlach selbst war sich im Frühjahr 1939 jedenfalls nicht sicher. Einmal schrieb er, die Dokumente seien Pius XI. tatsächlich übergeben worden, dann zweifelte er wieder daran. Jedenfalls scheint der sich zusehends verschlechternde Gesundheitszustand Pius' XI. eine intensive Beschäftigung des Papstes mit diesem Projekt nicht mehr zugelassen zu haben. Pius XII. als Nachfolger Pius' XI. – der «weiße Papst» – soll, glaubt man Gundlach, die ganze Angelegenheit «mehr oder weniger im Vorbeigehen» in einer Unterredung mit dem Jesuitengeneral Wladimir Ledóchowski (1866–1942) – dem «schwarzen Papst» – «begraben» haben.[49] Jedenfalls ist dieses päpstliche Rundschreiben weder unter Pius XI. noch unter seinem Nachfolger erschienen und ging deshalb als die «verschwundene Enzyklika» in die Geschichte ein.

In Gundlachs Entwurf standen die entscheidenden Sätze zum rassistischen Antisemitismus:[50] «Die sogenannte Judenfrage ist in ihrem Wesen weder eine Frage der Rasse noch der Nation noch des Volkstums noch der Staatlichkeit, sondern sie ist eine Frage der Religion, und seit Christus eine Frage des Christentums.» Und weiter: «Nur mit Entrüstung und mit Schmerz sieht die Kirche heute eine Behandlung der Juden aufgrund von Anordnungen, die dem Naturrecht widersprechen und also niemals den Ehrennamen von Gesetzen verdienen. Ganz grundlegende Ansprüche von Gerechtigkeit und Liebe werden ohne Scheu und Hemmung verletzt.» Und schließlich: «So nehmen wir noch einmal, wie schon oft in der Geschichte, das Volk Israel vor ungerechter Bedrückung in Schutz und bestätigen nochmals jene Verurteilung, mit der das Heilige Offizium am 25. März 1928» – im Aufhebungsdekret der Amici Israel – «wie allen Neid und alle Uneinigkeit unter den Völkern so ‹ganz besonders jenen Haß, den man heutzutage mit dem Namen Antisemitismus zu bezeichnen pflegt›, verurteilt hat.»

Auch wenn die neu zugänglichen Quellen noch keine endgültige Antwort auf die Frage nach den Verantwortlichen für das «Schweigen» von Papst und Kurie zur Judenverfolgung ermöglichen, scheint doch viel für die Hypothese zu sprechen, daß Pius XI. wenigstens in den letzten Jahren seines Pontifikats

auf diesem Feld mehr wollte, als sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli bereit war zuzulassen. In seinem Artikel «Pius XII. und die Juden» kam 1960 einer der engsten Vertrauten Pius' XII., der Jesuitenpater Robert Leiber (1887–1967), zu dem Schluß, «daß Pius XI. im allgemeinen von einer öffentlichen Stellungnahme zu brennenden Fragen nicht leicht abzubringen, Pius XII. nicht leicht dazu zu bewegen war».[51] Nicht umsonst hatte Bischof Alois Hudal (1885–1963), der Rektor der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell'Anima in Rom, in seinen Lebenserinnerungen geschrieben, die «männliche Haltung» Pius' XI., den er als «starke, kampffreudige Persönlichkeit» charakterisierte, habe «einen offenen Bruch mit NS und Faschismus der schleichenden Vergiftung» vorgezogen. Er sei daran «lediglich im Interesse einer friedlichen Entwicklung mehrmals durch das Dazwischentreten des Staatssekretariates und der päpstlichen Kongregation für Außerordentliche Angelegenheiten» gehindert worden. Man habe die Absichten von Pius XI. «durchkreuzt und abgeschwächt, je mehr der Gesundheitszustand des Papstes zu wünschen übrig ließ».[52] Besonderes Interesse verdient in diesem Kontext ein Artikel aus der *Volksstimme,* dem Organ der Sozialdemokratischen Partei für das Saargebiet, vom 13. Juli 1933, der bezeichnenderweise in der Sammelposition zur «Judenfrage» in Deutschland aufbewahrt wurde und deshalb auch zur Kenntnis des Kardinalstaatssekretärs gelangt sein dürfte. «Im Vatikan kämpften in der deutschen Frage zwei entgegengesetzte Lager und Meinungen. Die Unversöhnlichen, die es auf den Kampf mit Hitler ankommen lassen wollten, stützten sich vor allem auf das katholische Frankreich, auf Polen, Österreich und die katholische Weltmeinung. In diesem Lager standen auch die Jesuiten. Das Kompromißlager wurde von Pacelli geführt, dem Staatssekretär und stärksten politischen Kirchenfürsten. Pacelli siegte.»[53]

Dieses Dazwischentreten Pacellis, die Verhinderung einer öffentlichen Äußerung Pius' XI. in der «Judenfrage», hat freilich nichts mit einer inhaltlichen Billigung oder gar Tolerierung des Antisemitismus und der daraus resultierenden Verfolgungsmaßnahmen zu tun. Im Gegenteil: Pacelli lehnte den Rassenantisemitismus klar ab und sah die allgemeine Verantwortung der Kirche für die Menschenrechte. Sein Eintreten für ein öffentliches Schweigen des Papstes hängt vielmehr engstens mit seinem Verständnis des Amtes des Oberhaupts der katholischen Kirche als *padre comune* aller gläubigen Katholiken zusammen. Nach seiner Vorstellung und

infolge der deutschen Erfahrungen plädierte er für eine strikte Neutralität des Heiligen Vaters in allen politischen Streitfragen, zu denen für ihn eben auch die Judenthematik gehörte, um die seelsorgerliche Handlungsfähigkeit von Papst und Kirche nicht zu gefährden. Dieses Handlungsmuster, das bereits Pacellis Zeit als Nuntius und Kardinalstaatssekretär Pius' XI. entscheidend prägte, sollte sich exemplarisch während seines eigenen Pontifikats an seiner Reaktion auf die berühmten Predigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen vom Sommer 1941 zeigen. Zugleich ermöglicht die Rekonstruktion von Galens schwierigem Weg in die Öffentlichkeit grundlegende Einblicke in Habitus und Mentalität einer ganzen Generation führender Kirchenmänner der nationalsozialistischen Zeit.

Bischöfe können reden, der Papst muß schweigen: Pius XII. und Bischof Galen

Clemens August Graf von Galen, der Bischof von Münster, war ein «ganz durchschnittlicher Zeitgenosse von durchaus beschränkten Geistesgaben, der daher bis in die jüngste Zeit hinein nicht gesehen hat, wohin die Reise geht, und daher immer zum Paktieren geneigt hat».[54] Diese wenig freundliche Charakterisierung Galens stammt von keinem geringeren als dem Berliner Bischof von Preysing und datiert auf den Sommer 1941, als Galen seine drei berühmten Predigten in Münster gehalten hatte. Ein ganz gewöhnlicher Mensch, ganz Kind seiner Herkunft und seiner Zeit, eher mittelmäßig begabt, dem der Mut zum öffentlichen Protest und die Zivilcourage, unter Lebensgefahr Unrecht beim Namen zu nennen, die nationalsozialistische Euthanasie als das zu brandmarken, was sie war, nämlich Mord an unschuldigen Menschen, nicht in die Wiege gelegt war. Ein Mensch, von dem man einen solchen Schritt gerade nicht erwarten konnte. Preysing geht sogar noch weiter, wenn er formuliert, Galen habe stets zum Paktieren geneigt. Das heißt im Klartext, er habe Kompromisse gesucht, um der Kirche im NS-Staat irgendwie das Überleben zu sichern. Aber, so folgerte Helmuth James von Moltke aus der Charakterisierung Galens durch Preysing: «Umso eindrucksvoller ist es, daß ihn jetzt der Heilige Geist erleuchtet hat und

erfüllt. Wieviel bedeutsamer ist dieses Zeichen, als wenn es sich um einen überragend klugen Mann gehandelt hätte.»

Zwei Schlüsselbegriffe können dabei helfen, Galens Charakter zu verstehen: Gehorsam und Gewissen. Galen war kein Rebell und kein eigenständiger, beweglicher Denker. Im Gegenteil: Wenn er aneckte, dann weil er in einer sich verändernden Welt an einmal übernommenen Grundsätzen beharrlich festhielt. Er war prinzipientreu, charakterstark, berechenbar und in dem Sinne bescheiden und gottesfürchtig, daß er geoffenbarte Wahrheiten nicht anzweifelte. Wer ihm weniger freundlich gesonnen war, konnte dieselben Charaktereigenschaften als Sturheit, Ignoranz, Arroganz und intellektuelle Trägheit empfinden. Es war für Galen selbstverständlich, auf die Eltern zu hören, den verpflichtenden Idealen seiner adligen Vorfahren gerecht zu werden, den Weisungen und Lehren der katholischen Kirche zu folgen und der staatlichen Obrigkeit Untertan zu sein. Zugleich bemühte er sich um ständige Gewissenserforschung, wie es ihm das Elternhaus und seine jesuitische Erziehung nahegelegt hatten. Eigentlich hätte es zwischen Gewissen und Gehorsam keinen Widerspruch geben dürfen, schließlich war er fest davon überzeugt, daß alle Autorität auf Gott zurückging. Trotzdem stellte sich Galen aber immer wieder die Frage: Stimmt das, was äußere Autoritäten – Eltern, Adel, Staat und Kirche – von mir verlangen, mit dem überein, was die innere Stimme Gottes mir sagt? Und wenn er diese Frage nicht mit Ja beantworten konnte und sich – meist nach langem Ringen – gegen den Gehorsam für das Gewissen entschied, waren dies Augenblicke, in denen er über sich selbst hinauswuchs.

Nach dem Studium der Theologie an der Jesuitenfakultät Innsbruck wurde Galen am 28. Mai 1904 zum Priester geweiht. Von 1906 bis 1929 war er als Pfarrer in Berlin tätig, das er als «modernes Babylon» empfand.[55] Eine innere Beziehung zum Großstadtleben und zur Kultur der «Goldenen Zwanziger» konnte er nie aufbauen. Er sehnte sich stets nach der ländlichen Idylle des katholischen Oldenburger Landes zurück. Während der Berliner Jahre lernte Galen Pacelli kennen, der offenbar keine besonders hohe Meinung von ihm hatte und vor allem seine mangelhafte Predigtkunst kritisierte. Für eine weitere Karriere empfahl sich Galen offenbar nicht, als er im März 1929 von Bischof Johannes Poggenburg (1862–1933) aus Berlin nach Münster zurückbeordert wurde, um Pfarrer und Dechant an der Stadtkirche Sankt Lamberti zu werden. Der Bischof hoffte, der klerikale Standesherr, den

er als Zentrumsmann des rechten Parteiflügels einschätzte, werde den politisch in Richtung NSDAP driftenden westfälischen Adel wieder auf Linie bringen. Galen selbst glaubte, am Ende seiner Laufbahn angekommen zu sein und sich auf seiner letzten irdischen Stelle nur noch auf den Tod vorbereiten zu müssen.

Doch es sollte ganz anders kommen. Schon 1930 brachte Bischof Poggenburg Galen als Bischofskandidaten für die neu errichtete Diözese Aachen ins Gespräch. Für Rom scheint der «sture Oldenburger» allenfalls ein Verlegenheitskandidat gewesen zu sein. Nach dem Tod des Münsteraner Bischofs am 5. Januar 1933 setzte ihn Kardinalstaatssekretär Pacelli nämlich zunächst nicht auf die Dreierliste, aus der das Domkapitel den neuen Bischof zu wählen hatte. Dabei hatten die Domherren ihn an dritter Stelle ihrer eigenen Vorschlagsliste benannt. Vier Bischöfe in Preußen hatten Galen Rom gegenüber zumindest für grundsätzlich episkopabel erklärt. Den entscheidenden Ausschlag für seine Nichtberücksichtigung auf der Wahlliste dürfte das negative Urteil von Nuntius Orsenigo gegeben haben: Galen «ist ein sicher sehr frommer, eifriger und dem Heiligen Stuhl ergebener Mensch». Aber «einige urteilen, er sei für diesen Posten wenig geeignet, sowohl wegen manch allzu arroganter Auftretensweise als auch, weil er in seinen … Ideen ziemlich starrsinnig ist».[56]

Am 9. März 1933 erhielt das Domkapitel eine Liste mit den drei Namen von Weihbischof Antonius Mönch (1870–1935) aus Trier, Adolf Donders (1877–1944), Dompropst zu Münster, und Heinrich Heufers (1880–1945), Domkapitular in Berlin. Damit hatte Rom die Bestimmung des Preußenkonkordats, unter «Würdigung» der Vorschlagsliste der Ortskirche die Dreierliste aufzustellen, so ausgelegt, daß keiner der vom Münsterschen Domkapitel vorgeschlagenen Kandidaten zur Wahl stand. Am 21. März wurde Heufers zum Bischof gewählt, der nach langem Zögern aber im Mai erklärte, die Wahl aus gesundheitlichen Gründen nicht annehmen zu können. Adolf Donders weigerte sich ebenfalls, die Kathedra des heiligen Liudger zu besteigen. So blieb nur Antonius Mönch übrig. Da man aus einer Einerliste schlecht auswählen konnte, befahl Pius XI., dieser noch Clemens August von Galen hinzuzufügen. «Es gibt keinen Grund, warum man diesen Kandidaten nicht nominieren sollte», bemerkte der Papst dazu in der Audienz für Pacelli vom 8. Juli 1933.[57] Am 18. Juli 1933 wurde Galen schließlich vom Münsteraner Domkapitel zum Bischof gewählt.

Galen stand den Nationalsozialisten von Anfang an mindestens ebenso kritisch gegenüber wie zuvor der Weimarer Republik. Vom 28. Februar 1933 datiert eine Denkschrift, in der er seine Staatsauffassung grundsätzlich beschreibt: «Freiheit und Autoritätsgehorsam sind beide von Gott gewollt, sind beide notwendige Grundhaltungen für das irdische Gemeinschaftsleben. … Der Staat von Weimar hat die individualistische Freiheit, unter Ignorierung oder Leugnung einer von Gott bestellten Autorität zu viel betont. … Er hat aber mit seinen Glücksversprechungen versagt. … Aus dieser Enttäuschung heraus wirbt der neue Nationalismus für das ebenso falsche entgegengesetzte Extrem: Die blinde Hingabe an die Autorität der ‹autoritären Regierung›, die gläubige Gefolgschaft gegen den ‹nationalen Führer› soll die schönere Zukunft bringen.»[58] Galen stand an vorderster Front im Kampf gegen den nationalsozialistischen Chefideologen Alfred Rosenberg und dessen *Mythus des 20. Jahrhunderts.* Er übernahm die katholische Gegenschrift, den sogenannten *Anti-Mythus* als Beilage zum *Kirchlichen Amtsblatt der Diözese Münster,* nachdem der Kölner Kardinal Schulte kalte Füße bekommen und seine Zustimmung zur Publikation zurückgezogen hatte. Als Rosenberg am 6. und 7. Juli 1935 auf dem Gauparteitag in Münster auftrat, ließ Galen nur einen Tag später die traditionelle Große Prozession mit fast zwanzigtausend Teilnehmern zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen das sogenannte Neuheidentum werden.

Galen war mit der zögernden Haltung der Fuldaer Bischofskonferenz und namentlich ihres Vorsitzenden Kardinal Bertram nicht einverstanden. Die geheime Eingabepolitik sah er als nutzlos an, das öffentliche Schweigen der Bischöfe sollte zugunsten einer machtvollen öffentlichen Demonstration des Episkopats aufgegeben werden. Als sich abzeichnete, daß er sich mit dieser Position in der Bischofskonferenz nicht würde durchsetzen können, wandte er sich in einer Denkschrift Anfang März 1936 direkt an den Kardinalstaatssekretär.[59] Das einzige Thema dieses Memorandums war die Frage: Wie kann sich die Kirche die öffentliche Meinung nutzbar machen? Galen zeigte auf, daß staatliche Stellen sich mit Übergriffen immer dann zurückhielten, wenn der Vatikan oder die Bischöfe öffentlich und medienwirksam protestierten. In ungewöhnlicher Deutlichkeit kritisiert er das öffentliche Schweigen der Bischöfe: «Die Taktik des Verhandelns hinter verschlossenen Türen und der nicht veröffentlichten Eingaben an

Regierungsstellen war richtig, solange man hoffen durfte, bei den Regierungsstellen wirklichen Friedenswillen und Rücksicht auf Gerechtigkeit zu finden. Zu solcher Hoffnung ist wohl kein Grund mehr vorhanden.» Das Gebot der Stunde sei jetzt eine «andere Taktik, das Hervortreten an die Öffentlichkeit», weil die Regierung jeden Anschein vermeiden wolle, «vor der Öffentlichkeit als Angreifer der Kirche erkannt zu werden». Und weiter: «Wer die Kampflage so sieht, muß sich fragen, ob es nicht notwendig ist, die alte Regel der Kampftaktik zu befolgen: dem zurückweichenden Gegner folgen, die erkannte Schwäche des Gegners ausnützen. Das heißt in unserem Fall: Bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die Öffentlichkeit treten; jede Verletzung der Lebensrechte der Kirche oder des Konkordats öffentlich anprangern; gegen jeden neuen Eingriff in die Rechte und die Freiheit der Kirche öffentlich protestieren. Ein solcher Wechsel in der Kampftaktik kann nicht die Sache eines einzelnen Bischofs sein. … Überdies würde das Vorgehen eines einzelnen dem Anschein und dem Gerede von der Uneinigkeit des deutschen Episkopats neue Nahrung geben, und in diesem Sinne vom Gegner ausgenutzt werden.»

Hatte Galen sich bisher vor allem aus kirchlichen Motiven mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt, ohne die Legitimität des Regimes selbst grundsätzlich in Frage zu stellen, so sollte sich dies im Jahr 1936 ändern. In seiner Predigt bei der Xantener Wallfahrt am 6. September formulierte Galen erstmals so etwas wie das Recht auf einen legitimen kirchlichen Widerstand gegen ein Unrechtsregime, und zwar motiviert aus dem Kampf für allgemeine Menschenrechte und Gewissensfreiheit.[60] Unter dem Motto aus der Apostelgeschichte (5,29), man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, feierte Galen die spätantiken Xantener Märtyrer, denen die Menschheit Dank schuldig sei, nicht nur wegen «des Christenglaubens, sondern auch der Menschenwürde, die sie mit ihrem Blut und Leben verteidigt haben! Denn in dem Augenblick, in welchem menschliche Obrigkeit in ihren Befehlen dem klar erkannten, im eigenen Gewissen bezeugten Willen Gottes widerstreitet, hört sie auf ‹Gottes Dienerin› zu sein, zerstört sie ihre eigene Würde, verliert sie ihr Recht zu gebieten, … versucht sie freventlich, die von Gott gegebene Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, das Ebenbild Gottes im Menschen zu erwürgen.»

Allerdings war es von der Predigt über das historische Martyrium der Xantener Heiligen zur Bereitschaft, selber zum Blutzeugen der Menschenrechte zu werden, noch ein weiter Weg. Nachdem sich die Fuldaer Bischofskonferenz des Jahres 1940 wegen der nicht abgesprochenen Geburtstagsadresse Bertrams an Hitler heftig zerstritten hatte, wurde Galens Unzufriedenheit mit dem Kurs des Vorsitzenden immer größer. Am 26. Mai 1941 schrieb er an den Osnabrücker Bischof Hermann Wilhelm Berning:[61] Der Zeitpunkt des pflichtmäßigen öffentlichen Protestes, der einschließe, «gegebenenfalls die eigene Freiheit und das Leben zum Opfer zu bringen», sei gekommen. Bislang habe er sein Gewissen mit der Überlegung beruhigt: Wenn Bertram und andere ihm «an Alter, Erfahrung und Tugend» überlegene Bischöfe ruhig blieben und sich begnügten mit den «papierenen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekannten Protesten», dann wäre es «anmaßend und für die anderen hochwürdigsten Herren ehrenkränkend, vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine ‹Flucht in die Öffentlichkeit› mich vordrängen und möglicherweise noch brutalere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde. Aber ich kann mein Gewissen mit solchen Argumenten ‹ex auctoritate› bald nicht mehr zur Ruhe bringen.»

Es fällt auf, daß Galen hier nur von der Verteidigung der Freiheit und der Rechte der Kirche redet, also zum Beispiel vom Klostersturm, und offensichtlich noch nicht die sogenannte «Euthanasie», die Vernichtung «lebensunwerten» Lebens, im Blick hatte. Dies änderte sich in den drei Predigten des Sommers 1941 grundsätzlich. Hier kam es zu einer Verbindung des Protestes gegen die Plünderungen der Klöster mit dem Protest gegen den Mord an unschuldigen Menschen. Als die Fuldaer Bischofskonferenz wieder einmal nicht aktiv wurde, trat Galen allein an die Öffentlichkeit. Den letzten Ausschlag für die Predigten, die an Klarheit und Eindeutigkeit kaum zu überbieten waren, dürfte ein Gespräch mit dem Dominikanerpater Odilo Braun (1899–1981) vom Ausschuß für Ordensangelegenheiten vom 7. oder 8. Juni 1941 gegeben haben.[62] Braun zeigte dem Bischof Listen mit in anderen Diözesen beschlagnahmten Klöstern und drängte ihn zum Handeln. Galen antwortete: «Bei mir ist noch kein Kloster besetzt worden.» Darauf Braun: «Exzellenz, man muß auch löschen, wenn das Nachbarhaus brennt. Man darf nicht warten, bis der eigene Dachstuhl Feuer gefangen hat.» Galen: «Ja, was sollen wir denn tun, Hirtenbrief?» Braun: «Es muß nicht ein

Hirtenbrief sein. Wenn ein Bischof die ganze Predigt vom Leder zieht, dann ist schon viel gewonnen.» Galen: «Ja, dann kriegen wir Redeverbot.» Braun: «Als Bischof würde ich mich daran nicht halten.» Galen: «Dann werden wir eingesperrt.» Braun: «Dann sind wir einen Schritt vorwärts, wenn ein Bischof eingesperrt ist, sag ich.» Darauf beendete Galen das Gespräch mit den Worten: «Vertrauen Sie auf Gott und den Heiligen Geist und die Klugheit der Bischöfe.»

Vier Wochen später riskierte Galen Redeverbot und Verhaftung. Jetzt wurden das Regime und sein verhaßter Handlanger, die Gestapo, von ihm direkt angeprangert: «Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber.» Jetzt ging es nicht mehr nur um die Verteidigung von kirchlichen Rechten und Ansprüchen, jetzt machte sich Galen eindeutig zum Anwalt der Menschenrechte und der Menschenwürde. Seine Formulierungen in der Predigt vom 3. August 1941 haben auch heute ihre Wirkmächtigkeit nicht verloren:[63] «So müssen wir damit rechnen, daß die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden. Warum? Nicht weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben, nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, so daß diesem nichts anderes übrig blieb, daß er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegentrat. Das sind Fälle, in denen neben der Tötung des bewaffneten Landesfeindes im gerechten Krieg Gewaltanwendung bis zur Tötung erlaubt und nicht selten geboten ist. Nein, nicht aus solchen Gründen müssen jene unglücklichen Kranken sterben, sondern darum, weil sie nach dem Urteil irgendeines Amtes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission, ‹lebensunwert› geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den ‹unproduktiven› Volksgenossen gehören. Man urteilt: sie können nicht mehr Güter produzieren, sie sind wie eine alte Maschine, die nicht mehr läuft, sie sind wie ein altes Pferd, das unheilbar lahm geworden ist, sie sind wie eine Kuh, die nicht mehr Milch gibt. Was tut man mit solch alter Maschine? Sie wird verschrottet. Was tut man mit einem lahmen Pferd, mit solch einem unproduktiven Stück Vieh? Nein, ich will den Vergleich nicht bis zu Ende führen –, so furchtbar seine Berechtigung ist und seine Leuchtkraft! Es handelt sich hier ja nicht um Maschinen, es handelt sich nicht um Pferd oder Kuh. … Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern! Arme Menschen, kranke Menschen,

unproduktive Menschen meinetwegen! Aber haben sie damit das Recht auf Leben verwirkt? Hast du, habe ich nur so lange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von anderen als produktiv anerkannt werden? Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den ‹unproduktiven› Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozeß ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingebüßt haben! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen gewaltsam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerkriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren! ... Dann braucht nur irgendein Geheimerlaß anzuordnen, daß das bei Geisteskranken erprobte Verfahren auch auf andere ‹Unproduktive› auszudehnen ist, daß es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Arbeitsinvaliden, bei den schwer kriegsverletzten Soldaten anzuwenden sei. Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher. Irgendeine Kommission kann ihn auf die Liste der ‹Unproduktiven› setzen, die nach ihrem Urteil ‹lebensunwert› geworden sind. Und keine Polizei wird ihn schützen, und kein Gericht wird seine Ermordung ahnden und den Mörder der verdienten Strafe übergeben! Wer kann dann noch Vertrauen haben zu einem Arzt? Vielleicht meldet er den Kranken als ‹unproduktiv› und erhält die Anweisung, ihn zu töten. Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welch allgemeines gegenseitiges Mißtrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot: ‹Du sollst nicht töten›, das der Herr unter Donner und Blitz auf Sinai verkündet hat, das Gott, als Schöpfer, von Anfang an in das Gewissen der Menschen geschrieben hat, nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und ungestraft ausgeübt wird!»

Die Predigten hatten eine ungeheure Wirkung, weil Galen in ihnen nicht nur als Verteidiger kirchlicher Rechte, sondern als Anwalt der Menschenrechte sprach. Für die Alliierten wurden sie zu einem eindrucksvollen Zeugnis für ein anderes und besseres Deutschland jenseits des Nationalsozialismus. Der öffentliche Protest Galens führte zu einer vorübergehenden Einstellung des Mordprogramms. Die «braunen»

Machthaber waren getroffen, mußten auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Im Umfeld des Chefs der Parteikanzlei, Martin Bormann (1900–1945), überlegte man, Galen zur Abschreckung für die anderen Bischöfe aufzuhängen, am besten am Turm der Lamberti-Kirche. Hitler wollte ihn vor den Volksgerichtshof stellen lassen. Schließlich setzte sich aber Goebbels durch, der die Abrechnung mit Galen auf die Zeit nach dem «Endsieg» verschoben wissen wollte; mitten im Kriege könne man keinen katholischen Märtyrer gebrauchen, der den katholischen Bevölkerungsteil gegen das NS-Regime auf die Barrikaden treiben würde.

Allerdings stehen bei Galen die großen Reden gegen die Euthanasie neben dem großen Schweigen zur Judenverfolgung. Galen schwieg zu den Nürnberger Gesetzen, nach der «Reichskristallnacht» und während des Holocausts. Über die Gründe seines Schweigens läßt sich nur spekulieren. Möglicherweise sind die Quellen, die darüber Auskunft geben könnten, den Bomben des Zweiten Weltkriegs, die am 10. Oktober 1943 in Münster Dom, Bischofshaus und Archiv trafen, zum Opfer gefallen. Zweifellos entstammte Galen aber einem Milieu, das sich nach außen strikt abgrenzte und in dem ein mehr oder weniger unterschwelliger, religiös und sozial argumentierender Antijudaismus zum Lebensalltag gehörte. Auch Galen blieb davon nicht unberührt. Anläßlich einer Reise nach Litauen charakterisierte er 1918 zum Beispiel die Stadt Wilna als «schmutzig und voll Juden». Sonst sind jedoch von ihm kaum judenfeindliche Äußerungen überliefert. Die rassistischen Prämissen des nationalsozialistischen Antisemitismus und die Verketzerung des Alten Testaments kritisierte er vehement. Schließlich war er von der Gottesebenbildlichkeit jedes einzelnen Menschen und der Einheit des Menschengeschlechts überzeugt. Mit dem Münsteraner Rabbiner Fritz Leopold Steinthal (1889–1969) pflegte Galen einen vertraulichen Umgang und erkundigte sich nach der «Reichspogromnacht» umgehend nach dessen Wohlergehen.

Verfolgte Juden hofften jedenfalls weiter auf die Hilfe des Bischofs, gerade nach den Predigten des Sommers 1941. Ein anonymer Bittsteller schrieb an Galen:[64] «Hochwürden, Sie werden wissen, daß am 19. September … ein Judenabzeichen für uns bestimmt ist, daß niemand mehr auf die Straße darf ohne das Abzeichen. Man ist dem Pöbel ausgeliefert, jeder darf einen anspucken, ohne daß man sich wehren darf! … Ihnen wird auch das Fortschleppen der Juden aus Stettin bekannt sein, das aus Baden, aus

Breslau, das zur Zeit im Gange ist. … Ob uns ein Helfer entsteht? … Nur der aberwitzige Wunsch, die irre Hoffnung, daß uns irgendwo ein Helfer entsteht, treibt mich zu diesem Brief. Gott segne Sie!»

In diesem Zusammenhang ist immer wieder die Frage gestellt worden: Wenn schon der öffentliche Protest eines deutschen Bischofs die Nationalsozialisten dazu bewegt hat, ihre Mordaktionen wenigstens zum Teil einzuschränken, hätte das dann nicht für Pius XII. ein klares Signal sein müssen? Hätte ihn das nicht ermutigen sollen, das uneigentliche Sprechen aufzugeben und den Holocaust öffentlich zu verurteilen und als das zu bezeichnen, was er war – systematischer Völkermord?

Die Predigten Galens müssen einen äußerst nachhaltigen Eindruck bei Pius XII. hinterlassen haben. Sie sind auch der Grund dafür, daß der Papst den Münsteraner Bischof im Frühjahr 1946 mit dem Kardinalspurpur auszeichnete. Pius XII. hatte diese Predigten offenbar so oft gelesen, daß er sie auswendig konnte. Jedenfalls berichtete die Haushälterin des Papstes, Schwester Maria Pascalina Lehnert (1894–1983), von einer Audienz, die der Papst dem neuen Kardinal gab. «Mit leuchtenden Augen» habe Galen ihr erzählt, «wie Pius XII. ihm verschiedene Stellen aus seinen … Predigten frei vorsagte, als hätte er sie auswendig gelernt, wie er immer wieder dankte, für alles, was er getan» habe.[65]



Triumph in Rom: Galen nach dem Empfang der Kardinalswürde 1946.

In einem Brief an seinen Vertrauensmann im deutschen Episkopat, Bischof Preysing, vom 30. September 1941, schrieb der Papst:[66] «Die drei Predigten des Bischofs von Galen bereiten auch Uns einen Trost und eine Genugtuung, wie Wir sie auf dem Leidensweg, den wir mit den Katholiken Deutschlands gehen, schon lange nicht mehr empfunden haben.» Der Augenblick für das «mutvolle Hervortreten» sei günstig gewählt gewesen. Das Ansehen Galens und «der sittliche Ernst und der Stärkegrad seiner Verwahrung» hätten zum Erfolg sicher beigetragen. Der Bischof habe «in sehr offenmütiger, aber edler Art den Finger auf Wunden und Schäden gelegt, die ... jeder noch rechtlich denkende Deutsche schmerzvoll und bitter empfindet». Der Papst war sich völlig klar darüber, daß die Einstellung der nationalsozialistischen Maßnahmen eventuell nur vorübergehend sein würde und daß Worte allein das Unrecht nicht wiedergutmachen könnten. Er sah aber Galens Predigten als einen Beweis dafür an, «wie viel sich durch offenes und mannhaftes Auftreten innerhalb des Reichs immer noch erreichen läßt». Dann folgt der für sein eigenes Verhalten und sein eigenes Schweigen dem nationalsozialistischen Unrecht gegenüber entscheidende Satz: «Wir betonen das, weil die Kirche in Deutschland auf Euer öffentliches Handeln um so

mehr angewiesen ist, als die allgemeine politische Lage in ihrer schwierigen und oft widerspruchsvollen Eigenart dem Oberhaupt der Gesamtkirche in seinen öffentlichen Kundgebungen pflichtmäßige Zurückhaltung auferlegt.» Pius XII. versicherte Preysing, daß öffentliche Proteste der deutschen Bischöfe immer seine volle Unterstützung gehabt hätten und auch in Zukunft immer haben würden. Pius XII. wußte, daß seine Art und Weise der Reaktion auf das nationalsozialistische Regime, die in geheimen diplomatischen Notenwechseln mit der Reichsregierung und päpstlichen Eingaben bestand, nicht den gewünschten Erfolg zeitigte. Daraus wird deutlich: Pius XII. hätte gerne genauso wie Galen öffentlich geredet. Galen konnte dies aus seiner Sicht tun, weil er als deutscher Bischof und Oberhirte der Diözese Münster nur die Verantwortung für seine Schäfchen hatte, während ihm als Papst und oberstem Hirten aller Katholiken auf der ganzen Welt die Hände gebunden waren. Der Papst war zur politischen Neutralität verpflichtet. Deshalb konnte er selbst nicht öffentlich den Bannstrahl gegen die Nationalsozialisten schleudern. Er mußte – so sah es Pacelli 1941 wenigstens selbst – den offenen Kampf mit dem Teufel den Bischöfen überlassen.

5. DOGMA ODER DIPLOMATIE? KATHOLISCHE WELTANSCHAUUNG UND NS-IDEOLOGIE (1933–1939)

Die nationalsozialistische Presse feierte im Herbst 1933 den Abschluß des Reichskonkordats zwischen der Regierung Hitler und dem Heiligen Stuhl enthusiastisch als Anerkennung des neuen Regimes und der hinter ihm stehenden Weltanschauung durch Papst und Kurie. Wenn schon der Vatikan das «Dritte Reich» so sehr schätzte, daß er mit ihm völkerrechtlich bindende Verträge abschloß, dann konnte es auch sonst keinen Staat und keine Regierung auf der Welt mehr geben, die an der Legitimität und Bonität der Herrschaft Hitlers und der NSDAP den geringsten Zweifel hegen durften. Was dem Papst als unbestreitbarer moralischer Autorität recht war, mußte auch den weltlichen Obrigkeiten billig sein. Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli trat dieser einseitigen Interpretation umgehend entgegen und stellte klar, daß es im Reichskonkordat wie bei allen anderen Konkordaten auch ausschließlich um die Regelung der sogenannten «res mixtae», der Staat und Kirche gleichermaßen berührenden Materien, gegangen sei. Mit dem Abschluß eines solchen Staatskirchenvertrags mit der deutschen Reichsregierung habe der Heilige Stuhl keinesfalls die ideologischen Grundlagen und weltanschaulichen Prinzipien des staatlichen Vertragspartners oder gar seine Regierungsform anerkannt. Ähnlich äußerte er sich auch gegenüber dem französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Charles-Roux, als dieser ihn in einer Audienz am 15. Juli 1933 fragte, ob der Abschluß des Reichskonkordats als «eine Approbation der Lehren des Hitlerismus» angesehen werden dürfte: «Ich habe ihm geantwortet, daß ein Konkordat eine solche Approbation nicht bedeutet.»[1] Die weitere Instrumentalisierung des Reichskonkordats durch die Nationalsozialisten konnte der Kardinalstaatssekretär durch seine Einlassungen freilich nicht verhindern.



Ein Wahlplakat der NSDAP wirbt im Herbst 1933 um die Gunst katholischer Wähler. Eine Begegnung zwischen dem Münchener Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa und Hitler anläßlich der Grundsteinlegung für das Münchener «Haus der deutschen Kunst» am 15. Oktober 1933 soll den Wählern vermitteln: Auch ihr könnt eure Ablehnung des Nationalsozialismus revidieren.

Angesichts des Konflikts um die Bedeutung des Reichskonkordats drängen sich eine Reihe grundlegender Fragen im Hinblick auf den Umgang der Römischen Kurie mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts im allgemeinen und mit dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland im besonderen auf: Konnte man tatsächlich mit einem staatlichen Partner einen völkerrechtlich bindenden Vertrag abschließen, wenn man nicht prinzipiell von dessen Legitimität überzeugt war? Folgte einem Konkordatsabschluß nicht zumindest implizit auch eine Anerkennung der Grundlagen, auf denen ein Regime beruhte? Oder konnte man auf der Seite der Kurie beim staatlichen Vertragspartner zwischen der legalen Obrigkeit, der jeder Katholik nach dem Römerbrief unbedingten Gehorsam schuldete, und der christentumsfeindlichen Ersatzreligion als Basis dieser Regierung, die man als Katholik natürlich entschieden zu bekämpfen hatte, unterscheiden? Im Grunde ging es bei all diesen Fragen um das grundsätzliche Verhältnis von Dogma und Diplomatie, von reiner Lehre und praktischer flexibler Politik

innerhalb der Römischen Kurie. Durfte man, wenn es im kirchenpolitischen Interesse des Vatikans lag, aus Gründen der Opportunität sogar von einer ewigen Glaubenswahrheit abstrahieren beziehungsweise sie beliebig weit auslegen? Oder mußte man einen totalitären weltanschaulichen Gegner, der zugleich als politische Religion das Christentum ablösen wollte, kompromißlos auf jedem Feld bekämpfen und auf jeden Handel mit einem solchen Teufel verzichten?

Auch im Vatikan selbst wurden diese Fragen heftig diskutiert. Insbesondere zwei Büros waren daran beteiligt: auf der einen Seite die politische Abteilung der Kurie, das Staatssekretariat und die diesem zugeordnete Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten, die im Apostolischen Palast selbst residierten; auf der anderen Seite das Heilige Offizium, das als oberste Glaubensbehörde für alle Fragen der katholischen Lehre, des Glaubens und der Dogmen zuständig war und auf der linken Seite des Petersplatzes im Palazzo del Sant'Uffizio seinen Dienstsitz hatte, wo bis heute die Kongregation für die Glaubenslehre untergebracht ist.

Kein Geringerer als Eugenio Pacelli, der Kardinalstaatssekretär selbst, vertraute seinen Aufzeichnungen über eine Privataudienz bei Pius XI. vom 10. Februar 1934 an, das Staatssekretariat und das Heilige Offizium stünden schon wegen ihrer unterschiedlichen Aufgabenbereiche in einer gewissen Spannung zueinander und könnten daher naturgemäß nicht immer einer Meinung sein. «Das Sanctum Offizium ist nicht das Staatssekretariat: Es handelt gemäß seiner Natur als Lehramt», während das Staatssekretariat vor allem die politischen Interessen des Heiligen Stuhles im Auge zu behalten habe.[2] Diese Formulierungen, die in den Kontext der Indizierung von Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* gehören, deuten gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Pacelli als politischem Kopf der Kurie und der obersten römischen Glaubensbehörde im Hinblick auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinen Vertretern an. Vielleicht kam die Verurteilung eines der Chefideologen der NSDAP politisch einfach zu einem für Pacelli ungünstigen Zeitpunkt? Der Kardinalstaatssekretär befand sich nämlich mitten in Nachverhandlungen zum Verbandsschutzartikel des Reichskonkordats, in denen es darum ging, möglichst viele katholische Vereine in Deutschland vor einer Gleichschaltung oder Auflösung zu retten und dadurch wichtige gesellschaftliche Vorposten für die Sicherung der

Seelsorge zu erhalten. Das römische Buchverbot machte es dem Kardinalstaatssekretär sicher nicht einfacher, im Gespräch mit den Nationalsozialisten das für die Kirche politisch optimale Ergebnis zu erreichen. Oder zeigt sich hier doch ein grundsätzlicher Charakterzug Pacellis? Dominierte bei ihm aufgrund seiner Prägungen im Dienst der päpstlichen Politik stets die Diplomatie über das Dogma, so daß er aus Gründen der politischen Opportunität sogar auf dem Feld der eigentlich unantastbaren reinen Lehre fünf gerade sein lassen konnte? Eine bislang unbekannte Denkschrift vom Herbst 1933, die sich in den Akten des päpstlichen Staatssekretariates findet, ermöglicht einen interessanten Blick auf die innervatikanische Einschätzung des Nationalsozialismus im Spannungsfeld von «dottrina e politica», von reiner Lehre und praktischer Politik.

Katholischer Totalitarismus gegen weltanschauliche Totalitarismen

Im Kontext der Versuche der nationalsozialistischen Propaganda, den Abschluß des Reichskonkordats als prinzipielle Anerkennung des Regimes selbst durch die Kirche zu interpretieren, entstand im römischen Staatssekretariat wahrscheinlich im September 1933 ein Gutachten, das den bezeichnenden Titel «Heiliger Stuhl und Nationalsozialismus: Lehre und Politik» trägt.[3] Der anonyme Verfasser dieses Promemorias dürfte im Kreis der Mitarbeiter der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten zu suchen sein. Vermutlich hatte er in Rom an der päpstlichen Universität Gregoriana oder einer anderen einschlägigen Einrichtung Theologie studiert. Jedenfalls zeichnete er sich durch eine umfassende neuscholastisch geprägte theologische Bildung aus, wie der mehrfache Bezug auf Thomas von Aquin und seine *Summa theologiae* in seinem Votum belegt.

«Je größer die Zugeständnisse der Kirche auf politischer Ebene» im Reichskonkordat seien, so der Gutachter, «desto wichtiger ist es, die Unveränderlichkeit der katholischen Lehre hervorzuheben». Deshalb forderte er eine feierliche öffentliche Stellungnahme der höchsten kirchlichen Autorität, möglichst des Papstes selbst, die «eine präzise Demarkationslinie zwischen Glauben und Politik» ziehen müsse, um dadurch eine

Instrumentalisierung der katholischen Kirche und des Konkordatsabschlusses durch die Nationalsozialisten auszuschließen. Im Grunde genommen war der Verfasser des Memorandums davon überzeugt, daß eine Aufspaltung des Nationalsozialismus in eine letztlich akzeptable, wenn auch nationalistische Partei, mit deren staatlichen Vertretern die Kirche durchaus Verträge schließen könne, und eine christentumsfeindliche Ideologie, die von der Kirche mit Nachdruck bekämpft werden müsse, prinzipiell nicht möglich sei. Solche Gedankenspiele einer Differenzierung der NSDAP in einen «guten» politisch deutschnationalen und einen «bösen» weltanschaulichen Nationalsozialismus wurden offenbar nicht nur in Deutschland, sondern auch an der Römischen Kurie jener Jahre angestellt. So hatte etwa der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl Diego von Bergen in einer Audienz bei Pacelli zwischen dem «Neuheidentum» mancher Nationalsozialisten, gegen das man kirchlicherseits legitimerweise vorgehen dürfe, und dem «politischen Nationalsozialismus», den man nicht attackieren dürfe, unterschieden.[4] Für jenen Gutachter dagegen war die NSDAP nicht nur eine Partei, sondern zugleich eine politische Religion. Das Kreuz Jesu Christi als das Symbol des Christentums und das Hakenkreuz als Heilszeichen der Hitlerbewegung stünden beide für einen universalen und umfassenden Anspruch. Beiden gehe es um den ganzen Menschen und die ganze Gesellschaft, beide seien – wie der Gutachter schrieb – in diesem Sinne «totalitär» und daher grundsätzlich nicht miteinander vereinbar. Es handele sich vielmehr um zwei einander ausschließende Weltanschauungen.

Die Befürchtungen des Gutachters, der Nationalsozialismus beabsichtige, das Christentum als Religion abzulösen, waren keinesfalls aus der Luft gegriffen. Man war in Rom genauestens darüber informiert, wie die Partei insbesondere in der Jugendarbeit versuchte, Adolf Hitler an die Stelle von Jesus Christus zu setzen und zum Messias zu stilisieren. Der Text eines Liedes der Hitlerjugend, das offensichtlich Bischof Joannes Baptista Sproll als Beleg für die christentumsfeindlichen Agitationen der Nationalsozialisten im Rottenburger Dom bei einer Predigt verwendet hat, liegt dem Faszikel, aus dem auch das Gutachten stammt, bei.[5]

> Wir sind die fröhliche Hitlerjugend,
> Wir brauchen keine christliche Tugend,
> Denn unser Führer Adolf Hitler
> Ist unser Erlöser, unser Mittler.

Kein Pfaff, kein böser kann uns verhindern,
Uns zu fühlen wie Hitlers Kinder.
Nicht Christus folgen wir, sondern Horst Wessel,
Fort mit Weihrauch und Weihwasserkessel!

Wir folgen singend Hitlers Fahnen,
Nur dann sind wir würdig unserer Ahnen.
Ich bin kein Christ und kein Katholik,
Ich geh mit S.A. durch Dünn und Dick.

Die Kirche kann mir gestohlen werden,
Das Hakenkreuz macht mich glücklich auf Erden;
Ihm will ich folgen auf Schritt und Tritt.
Baldur von Schirach, nimm mich mit!

Die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus wird in dem Gutachten zunächst dogmatisch auf dem Feld der Lehre entfaltet, bevor Schlußfolgerungen für die Politik des Heiligen Stuhles gezogen werden. Während die katholische Kirche gerade in ihrer weltumfassenden Sendung die Verwurzelung der Menschen in einem bestimmten Land und ihre Liebe zur Heimat als «wohlgemeinten Nationalismus» durchaus anerkenne, «wird der Nationalsozialismus sofort zur Idolatrie und falschen Lehre, weil er nur das Wohl des eigenen Volkes vor Augen hat und alle anderen Völker vergißt». Zu den metaphysischen Grundgesetzen des Universums gehöre nach katholischer Lehre aber der Grundsatz der Verschiedenheit in der Einheit, die in der einen Taufe, die Menschen unterschiedlichster Rassen und Sprachen in dem einen Gottesvolk zusammenführt, ihren sichtbaren Ausdruck gefunden habe. Es gibt nicht mehr Juden, Griechen oder Römer, vielmehr «sind alle Getauften Auserwählte Gottes». Wer wie die Nationalsozialisten «nur sein Volk für edel hält, alle anderen aber für Barbaren», stehe damit im klaren Widerspruch zur christlichen Lehre und vertrete eine vorchristliche heidnische Theorie. «Die offizielle Lehre des aktuellen deutschen Regimes» mit seinem Biologismus, der alle moralischen Qualitäten auf die Rasse zurückführe, verstoße somit grundsätzlich gegen die Prinzipien des christlichen Universalismus.

Am deutlichsten zeige sich die dogmatische Unvereinbarkeit der nationalsozialistischen Lehre mit der Lehre der Kirche auf dem Feld der nationalsozialistischen Rassentheorie. «Die Theoretiker des deutschen Regimes verleugnen den sogenannten Geist», der ohne Verwurzelung in der eigenen Rasse «durch die Welt umherirrt». «Sie stellen dem Geist die

sogenannte kollektive Seele der Rasse gegenüber», die völlig von den «körperlichen Qualitäten» abhänge und unbedingt mit den «Blutsqualitäten» übereinstimmen müsse. Diese vom katholischen Standpunkt her gesehen völlig falsche Lehre «der kollektiven Seele und des Blutes» sei um so gefährlicher, weil sie nach Hitlers «Machtergreifung» offizielle Grundlage der deutschen Zivilordnung geworden sei und auch die evangelische Kirche in Deutschland die Theorie der Rasse in ihre Lehre aufgenommen habe. Damit spielte das Gutachten auf die nationalsozialistische Kirchenpartei der Deutschen Christen an, die 1933 bei den Kirchenwahlen die Mehrheit erreicht hatte und später sogar die Nürnberger Rassengesetze mit dem Arierparagraphen auch gegen die Pfarrer der evangelischen Kirche anwenden sollten. Der Papst hingegen habe erst vor kurzem «Vertreter der farbigen Rassen zu Bischöfen geweiht» und ihnen damit das oberste Amt in der Kirche übertragen, um zu demonstrieren, «daß die Kirche keine Rassenvorurteile kennt». Gleichzeitig finde – so der Gutachter – gerade im Heiligen Jahr 1933 «eine der größten Verfolgungen der Juden statt, die die Geschichte jemals erlebt hat». Aus Gründen der eindeutigen katholischen Lehre, die jeden Rassismus und Antisemitismus klar verurteile, hoffte der Verfasser des Memorandums auf ein öffentliches Wort des Heiligen Vaters gegen die Judenverfolgung in Deutschland – eine Hoffnung, die sich jedenfalls im Jahr der «Machtergreifung» Hitlers nicht erfüllen sollte. Die Priorität der reinen Lehre vor diplomatischen Kompromissen und politischer Opportunität stand für den Verfasser des Promemorias jedenfalls eindeutig fest.

Besonderes Interesse verdienen die Überlegungen zum Totalitarismus des Nationalsozialismus – vom offiziellen Organ des Vatikans, dem *Osservatore Romano,* ein knappes Jahr später auch öffentlich ausdrücklich als «totalitarismo hitleriano»[6] bezeichnet –, dem der Gutachter den Totalitarismus der katholischen Kirche gegenüberstellt. Zwar wird lobend anerkannt, daß das nationalsozialistische Regime in Deutschland die falschen Doktrinen des Individualismus, Sozialismus und Liberalismus entschieden bekämpft habe, aber die totalitäre Theorie der Rasse, die «alle menschlichen Werte von den nordischen Völkern entstammen läßt», stehe zur europäischen Zivilisation, die auf einer Synthese von antikem und christlichem Denken basiere, in krassem Widerspruch. Nationalsozialismus und Katholizismus könnten nicht nebeneinander existieren und schon gar

nicht eine Synthese eingehen, weil beide einen totalen Anspruch auf den ganzen Menschen erheben. «Der Begriff der Totalität darf nicht dazu ausgenutzt werden, um politische und weltliche Ziele zu erreichen. Die Kirche selbst strebt nach Totalität, wenn sie den ganzen Menschen und die ganze Menschheit für Gott verlangt.» Hier werden aus der klassischen Katechismusfrage «Wozu sind wir auf Erden?» und ihrer Antwort «Um Gott zu dienen und in den Himmel zu kommen!» radikale Konsequenzen gezogen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um Sein oder Nichtsein. «Die Kirche arbeitet für das persönliche Heil jedes einzelnen. Das Christentum ist von dem unendlichen Wert jeder einzelnen menschlichen Seele überzeugt, weil Christus für jede einzelne Seele am Kreuz gelitten hat.» Deshalb müsse die Kirche auf jeden einzelnen einen totalen Anspruch erheben, jeder einzelne müsse sich ganz mit Haut und Haar für Gott entscheiden, dem als einziger Wirklichkeit das Attribut total zukomme. Der Christ könne neben dem Einzigen keine anderen Götter haben, denn «das einzige dem Menschen würdige Ziel ist der einzige Gott».

«Wie weit ist doch diese Lehre der Totalität von jener des Hakenkreuzes entfernt?» rief der Gutachter aus. Für ihn betraf «der totalitäre Begriff der Hitlerlehre» insbesondere den Staat: «Es ist der Staat, dem die Totalität des Menschen dienen muß; er muß das Symbol für alles sein. Aber auf diese Weise werden zugunsten des Staates die Eigenschaften der ‹societas perfecta› usurpiert, die ausschließlich die Kirche Christi vertritt.» Deshalb sprächen katholische Soziologen zu Recht von einer modernen Staatsvergötterung als neuer Form von Idolatrie. In diesem falschen Kollektivismus sah der Gutachter enge Berührungspunkte der «Hitlertheorie der Gleichschaltung mit dem marxistischen Kommunismus». Das Christentum kenne aber keine kollektiven Seelen, ihm gehe es ausschließlich um das Heil des einzelnen. Das letzte Ziel des Christen, seine Heimat, sei der Himmel und nicht der totale Staat als «höchstes Endziel aller menschlichen Bestrebungen», wie Hegel ihn propagiert habe. Das politische Ideal der katholischen Kirche sei eben nicht der *Principe* Machiavellis, sondern die *Civitas Dei* des heiligen Augustinus.

Hier bezieht sich der Gutachter, ohne dies ausdrücklich zu vermerken, auf eine Ansicht Pius' XI. Dieser hatte es in einem in den *Acta Apostolicae Sedis* veröffentlichten Handschreiben an Kardinal Schuster, den Erzbischof von Mailand, am 26. April 1931 mit Nachdruck abgelehnt, dem Staat eine

Totalkontrolle über die «Gesamtheit der Staatsbürger», ihr «persönliches, familienmäßiges, geistliches und übernatürliches Leben» zuzugestehen. Dieser «objektive Totalitarismus» komme auch einem totalitären Staat wie dem faschistischen Italien keineswegs zu. Ein solcher staatlicher Anspruch wäre «absurd» und geradezu «monströs». Hier sei allein die katholische Kirche aufgrund der ihr von Jesus Christus übertragenen Kompetenz zuständig.[7]

In seinem Promemoria an die deutsche Reichsregierung vom 14. Mai 1934 bezog sich Pacelli bezeichnenderweise nicht nur auf das Handschreiben des Papstes, sondern auch auf das einschlägige Aktenkonvolut im Staatssekretariat, das auch das anonyme Gutachten über den kirchlichen Totalitarismus enthielt. Eine «Totalität des Regimes und des Staates, die auch das übernatürliche Lebensgebiet umfassen wollte», sei absurd und stelle eine «wirkliche Ungeheuerlichkeit» dar. Deshalb sei auch die «Verabsolutierung des Rassegedankens und vor allem seine Proklamation als Religionsersatz ein Irrweg ..., dessen Unheilsfrüchte nicht auf sich warten lassen werden». Als Beleg für den totalitären Anspruch Hitlers und des Nationalsozialismus, der auch den Bereich der Religion umfaßte, in dem der Führer zum neuen Messias stilisiert wurde, zitierte Pacelli in seinem Promemoria das oben angeführte Lied der Hitlerjugend.[8]

Aufgrund des heilsnotwendigen Totalitarismus der katholischen Kirche und des falschen Totalitarismus des Nationalsozialismus könne vom Abschluß des Reichskonkordats nicht auf eine Anerkennung des Regimes geschlossen werden – so lautete das Resümee des anonymen Gutachters. Zwischen der klaren dogmatischen Abgrenzung der katholischen Kirche vom Nationalsozialismus, der lehramtlichen Verwerfung seiner Ideologie und dem politisch-taktisch motivierten Pakt mit dem Regime zur Sicherung des Apostolats und der Seelsorge unter den schwierigen Bedingungen der totalen Gleichschaltung sei streng zu unterscheiden. Allerdings brachte das Promemoria abschließend die Befürchtung zum Ausdruck, das Schweigen des Heiligen Stuhles zur nationalsozialistischen Rassenlehre könnte in der Öffentlichkeit und bei den einfachen Katholiken als Billigung dieser Ideologie nach dem alten Grundsatz «Indem sie schweigen, stimmen sie zu» aufgefaßt werden. Um diese Vermischung von Doktrin und Politik, Dogma und Diplomatie zu vermeiden und den Gläubigen klarzumachen, daß das Reichskonkordat nichts mit einer kirchlichen Billigung der

nationalsozialistischen Weltanschauung zu tun habe, verlangte der Gutachter vehement «eine Ansprache oder eine schriftliche Äußerung seitens des Heiligen Vaters», in der die «Unterschiede zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem Christentum» deutlich herausgestellt würden.

Diese öffentliche Äußerung des Papstes ist zunächst nicht erfolgt. Es sollte vier Jahre dauern, bis Pius XI. in der Enzyklika «Mit brennender Sorge» 1937 in feierlicher Form die Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Katholizismus betonte. Immer wieder ist diese verspätete Reaktion auf die unterschiedlichen Temperamente und politischen Konzeptionen des Ratti-Papstes und seines Kardinalstaatssekretärs zurückgeführt worden. Wie Pacelli das grundsätzliche Verhältnis von «dottrina e politica», von reiner Lehre und politischer Machbarkeit, auffaßte, läßt sich exemplarisch an einer Episode aus seiner Berliner Nuntiaturzeit zeigen, dem Streit um die Rolle von Katholiken in der ökumenischen Bewegung im Deutschland der zwanziger Jahre.

Reine Lehre oder politischer Opportunismus? Pacelli und die Ökumene in Deutschland

Gemeinsame Gottesdienste von Katholiken und Protestanten, ökumenische Friedensgebete, eine *Einheitsübersetzung* der Heiligen Schrift oder gar ein Vatikanisches «Ökumene-Ministerium», wie es heutzutage im Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen in Rom existiert, wären in der Zeit Pacellis und Pius' XI. völlig unvorstellbar gewesen. Eine theologische Einigung von Lutheranern und Katholiken in einem der zentralen Streitpunkte der Reformation, der Rechtfertigungslehre, in der es um das rechte Verhältnis von göttlicher Gnade und menschlicher Freiheit bei der Erlösung des Menschen geht, lag ohnehin außerhalb jeder Vorstellungswelt. Protestanten waren in der Sicht der Römischen Kurie nichts anderes als Ketzer, die es zu bekämpfen galt. Evangelische Christen waren schlicht Häretiker, vor denen man Katholiken unbedingt schützen mußte. Jeder Kontakt mit evangelischem Gedankengut und vor allem jede persönliche Begegnung mit Protestanten brachte Katholiken in die Gefahr, sich mit dem «protestantischen Virus» zu infizieren und damit das ewige Seelenheil zu riskieren. Die Römische Inquisition war im Jahr 1542 nicht zuletzt als Koordinationsbehörde zur

Abwehr der evangelischen Häresie gegründet worden. Für das römische Lehramt gab es nur eine einzige von Jesus Christus gegründete Kirche: die römisch-katholische Kirche mit dem Papst als ihrem sichtbaren Oberhaupt, der mit Unfehlbarkeit und universalem Jurisdiktionsprimat ausgestattet war.

Ökumene war in römischer Perspektive, wenn überhaupt, nur als Rückkehr-Ökumene vorstellbar, in der Form, daß die Protestanten ihren falschen Weg verließen und auf den rechten Weg des Katholizismus zurückkehrten. Aus dieser Grundeinsicht resultierte unter anderem das tiefe Mißtrauen der Römischen Kurie gegenüber Mischehen von Katholiken und Protestanten in Deutschland. Eigentlich sollten diese nur erlaubt werden, wenn der evangelische Partner vorher zum Katholizismus konvertierte. Jede Form von Ökumene, die die evangelischen Gemeinschaften mit der katholischen Kirche auf einer Ebene sah und von einer Annäherung beziehungsweise Vereinigung gleichberechtigter Partner ausging, wurde von Rom stets abgelehnt. Daher gehörte es zu den Hauptaufgaben des Heiligen Offiziums, derartige ökumenische Bestrebungen weltweit und natürlich vor allem in Deutschland, der Heimat Luthers und der Reformation, genauestens zu beobachten und gegebenenfalls drastische Abwehrmaßnahmen einzuleiten.

Im Sommer 1926 kam der Konsultor des Heiligen Offiziums, Ernesto Ruffini (1888–1967), dieser «heiligen Aufgabe» nach, als er die Kardinäle der obersten Glaubensbehörde auf in seinen Augen gefährliche ökumenische Umtriebe in Deutschland aufmerksam machte. Ihm waren Hefte der Zeitschrift mit dem bezeichnenden Titel *Una Sancta* in die Hände gefallen, die seiner Ansicht nach die «eindeutige Absicht» verfolgten, die «Vereinigung der Katholiken mit den Protestanten zu fördern». Herausgegeben wurde die Zeitschrift vom Hochkirchlich-Ökumenischen Bund, der sich als katholisch – allerdings nicht römisch-katholisch, wie der Gutachter spitz bemerkte – verstand, obwohl die meisten Mitglieder Protestanten waren. Ruffini hielt diese Ökumenische Bewegung für «höchst gefährlich», weil sie der «Reinheit des katholischen Glaubens» Schaden zufüge und wegen der «lieblichen und friedlichen Art» des Werbens für ihre Sache sowie der «usurpierten Bezeichnung ‹katholisch›» leicht in die Gewissen treuer Katholiken eindringen könne. Allen Katholiken und namentlich den katholischen Priestern sollten die Lektüre und vor allem die aktive Mitarbeit als Autoren an dieser Zeitschrift strikt verboten werden.[9]

Am 28. Juli 1926 beschlossen die Kardinäle des Heiligen Offiziums, der Anregung Ruffinis folgend, den Nuntius in Berlin anzuweisen, einen detaillierten Bericht über die ökumenische Bewegung in Deutschland zu verfassen und die relevanten Publikationen nach Rom zu senden. Dieser Beschluß wurde von Pius XI. am folgenden Tag bestätigt; allerdings wunderte sich der Papst darüber, daß weder Pacelli noch die deutschen Bischöfe ihn bislang auf diese offenbar vorhandene ökumenische Gefahr aufmerksam gemacht hatten.[10] Am 30. Juli wies der Kardinalsekretär der Römischen Inquisition, Merry del Val, Pacelli an, präzise Informationen über die Hochkirchlich-Ökumenische Bewegung zu sammeln und das Heilige Offizium über ihre Umtriebe und vor allem über die an der Sache beteiligten katholischen Priester ins Bild zu setzen. Ferner sollte sich der Nuntius an die deutschen Bischöfe wenden und ihnen das brisante Thema ans Herz legen.[11]

In einem Rundschreiben an die deutschen Bischöfe vom 10. September 1926 kam Pacelli diesem Teil seines Auftrags nach. Die Oberhirten sollten, wie er schrieb, «die Gläubigen, vor allem die Geistlichen, aufklären und deren Mitarbeit an der Bewegung verhindern». Der Nuntius erwies sich dabei als entschiedener Verfechter der reinen katholischen Lehre. Besonders erbost war er darüber, daß die Una-Sancta-Bewegung die eindeutige dogmatische Wahrheit entschieden bekämpfte, nach der «die römisch-katholische Kirche die einzig wahre, von Christus gestiftete Kirche ist», und stattdessen die wahre Kirche «in einer höheren, die katholische Kirche wie die sogenannten christlichen Konfessionen überragenden und verbessernden ‹ökumenischen Kirche›» suche.[12] Damit sprach der Nuntius ganz im Sinne der vom Heiligen Offizium vertretenen römisch-katholischen Lehre nicht nur den nichtkatholischen christlichen Gemeinschaften das Kirchesein ab, sondern setzte die Kirche Jesu Christi schlicht mit der römischen-katholischen Kirche gleich.

Die Umsetzung des ersten Teils seines Auftrags nahm wesentlich mehr Zeit in Anspruch, fiel deshalb aber auch um so umfangreicher aus. Am 15. November 1926 übersandte Pacelli schließlich einen siebenundvierzig Seiten umfassenden Bericht an Kardinal Merry del Val, in dem er seine Recherchen über die Ökumenische Bewegung in Deutschland zusammenfaßte und erste Beurteilungen vornahm.[13] Dieser wurde für die Kardinäle des Heiligen Offiziums im Geheimdruck vervielfältigt und sollte

deren weiteren Beratungen zugrunde liegen.[14] Der Bericht Pacellis beginnt mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Ökumenischen Bewegung in Deutschland seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. 1918 war nämlich in Berlin die sogenannte Hochkirchliche Vereinigung entstanden, von der sich wegen interner Streitigkeiten 1924 der Hochkirchlich-Ökumenische Bund abgespaltet hatte, der seit 1925 die Zeitschrift *Una Sancta* herausgab.

Pacelli spielte in seinem Bericht zunächst die Bedeutung dieser Ökumenischen Bewegung herunter, indem er die äußerst geringe Zahl ihrer Mitglieder betonte: etwa hundert Protestanten und fünfzehn Katholiken! Das klingt zugleich wie eine Entschuldigung des Nuntius dafür, daß er aus eigenem Antrieb über dieses Thema bislang nichts nach Rom berichtet hatte. Überraschenderweise kam Pacelli aber nicht umhin, dem Hochkirchlich-Ökumenischen Bund auch positive Seiten abzugewinnen. Vor allem die Anerkennung des kirchlichen Amtes, das, von Jesus Christus eingesetzt, durch die ununterbrochene Sukzession der Bischöfe weitergegeben wird, hob der Nuntius ausdrücklich hervor. Dieses katholische Amtsverständnis, an dem die Gültigkeit der Feier des Abendmahls hängt, wurde und wird auch heute noch von protestantischen Kirchen entschieden bestritten und stellt damit das Hauptproblem einer ökumenischen Einigung dar. Zudem hatte der Hochkirchlich-Ökumenische Bund ein Herzensprojekt des Nuntius, den Abschluß des bayerischen Konkordats von 1924, in dem die römischen Vorgaben des *Codex Iuris Canonici* geradezu idealtypisch in deutsches Staatskirchenrecht umgegossen worden waren, ausdrücklich gewürdigt.

Trotz dieser positiven Aspekte fiel Pacellis Gesamturteil eindeutig negativ aus. Die Ökumenische Bewegung in Deutschland strebe nämlich die Gründung einer neuen Kirche nach dem Grundsatz «evangelischer Katholizität» an, die an die Stelle der römisch-katholischen Kirche treten solle. Auch die Absicht der Hochkirchler, ausschließlich die Heilige Schrift und die Kirchenverfassung der ersten Jahrhunderte vor der Konstantinischen Wende als Norm für die Una Sancta anerkennen zu wollen, lehnte der Berliner Nuntius mit Nachdruck ab. Denn damit wären alle mittelalterlichen und neuzeitlichen Entwicklungen obsolet geworden, die das Profil des römischen Katholizismus ausmachten, wie etwa das unfehlbare Papsttum mit seinem universalen Jurisdiktionsprimat, der römische Zentralismus, die Kontrolle der Ortskirche durch die Römische Kurie und ihre Nuntien, die

einheitliche tridentinische Meßliturgie auf Latein, der Pflichtzölibat der Priester und Ordensleute und so weiter. Auf heftige Kritik stieß auch die Absicht, evangelische Eigenheiten wie die lutherische Rechtfertigungslehre «allein aus Gnade» für die neue ökumenische Kirche zu übernehmen und die «Confessio Augustana» von 1530 als Grundlage der Kirchenverfassung auf eine Ebene mit den Beschlüssen des Konzils von Trient zu stellen. Besonders echauffierte sich Pacelli über die Vorwürfe der Ökumeniker, die katholische Kirche des Spätmittelalters trage infolge der zahlreichen Mißstände, die in ihr geherrscht hätten, einen Großteil der Schuld am Ausbruch der Reformation und der daraus resultierenden Kirchenspaltung. Auch wenn die katholisierenden Tendenzen in Teilen des deutschen Protestantismus den Nuntius grundsätzlich mit Genugtuung erfüllten, weil sie für ihn einen weiteren Beleg für die Überlegenheit der katholischen Wahrheit gegenüber dem protestantischen Irrtum darstellten, beurteilte er diese Entwicklung in konfessionspolitisch-strategischer Hinsicht skeptisch: Je katholischer die evangelischen Konfessionen beziehungsweise die ökumenische Hochkirche würden, desto geringer falle der Konversionsdruck für die Protestanten aus, sich zur einzig wahren Kirche zu bekehren. Pacelli vertrat im Grunde ohne Wenn und Aber den alten Grundsatz der katholischen Ekklesiologie «extra ecclesiam nulla salus» – «außerhalb der katholischen Kirche kein Heil».

Verlangten aus Pacellis Sicht schon aus den genannten inhaltlichen Gründen die ökumenischen Umtriebe in Deutschland dringend ein Einschreiten des kirchlichen Lehramtes, so machten die am Hochkirchlich-Ökumenischen Bund beteiligten Katholiken – vor allem die Priester – einen solchen Bannstrahl geradezu unverzichtbar. Pacellis Namensliste liest sich wie ein Auszug aus dem *Who's who* der von Rom verurteilten deutschen Reformkatholiken beziehungsweise Modernisten: Neben dem exkommunizierten Breslauer Kirchenhistoriker Joseph Wittig und dem Apostaten Friedrich Heiler (1892–1967) nennt er unter anderem den Frankfurter Linkskatholiken Ernst Michel (1889–1964), den Bonner Theologen Arnold Rademacher (1873–1939) und den Schulungsleiter des Volksvereins für das katholische Deutschland, Heinrich Getzeny (1894–1970), die allesamt mit dem Heiligen Offizium in Konflikt geraten waren. Eine Vereinigung, an der sich solch vermeintlich «schlimme» Katholiken beteiligten, konnte nur vom Teufel sein. Gegen eine derartige Allianz mußte entschieden vorgegangen werden. Pacelli wies seine Auftraggeber im

Heiligen Offizium am Schluß seines Berichtes auch gleich auf Präzedenzfälle römischer Reaktionen hin. Die oberste römische Glaubensbehörde hatte nämlich in den Jahren 1864/65 und erneut im Juli 1919 im Zusammenhang mit der sogenannten Oxfordbewegung, einer auf Edward Pusey (1800–1882) und John Henry Newman (1801–1890) zurückgehenden katholisierenden Bewegung im Bereich der anglikanischen Kirche, die Mitarbeit von Katholiken an «von Protestanten verantworteten Konventen und öffentlichen und privaten Vereinigungen» eindeutig verurteilt, die sich das Ziel einer Einheit der christlichen Kirchen gestellt hatten.[15] In den vatikanischen Quellen sprach man allerdings statt von Oxfordbewegung stets von Puseyismus, um den Konvertiten und späteren Kardinal Newman nicht zu kompromittieren.

Der Berliner Nuntius erhielt für seine Recherchen über die Ökumenische Bewegung in Deutschland von der obersten römischen Glaubensbehörde hohe Anerkennung. Der Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums Merry del Val brachte in einem Schreiben vom 9. Dezember 1926 seine «höchste Zufriedenheit» mit Pacelli in dieser «äußerst diffizilen und delikaten Angelegenheit» zum Ausdruck.[16] Mehr noch: Merry del Val würdigte Pacellis Rundbrief an die deutschen Bischöfe vom September ausdrücklich als «zelante» und brachte damit das aus seiner Sicht größtmögliche Lob zum Ausdruck. Dies überrascht auf den ersten Blick, weil der Begriff «zelante» im allgemeinen eher negativ besetzt ist und mit «fanatischer Eiferer» zu übersetzen wäre. Im kurialen Sprachgebrauch hingegen assoziierte man mit dem Begriff Zelant wesentlich mehr. Seit Beginn der Frühen Neuzeit lassen sich an der Römischen Kurie im allgemeinen und im Kardinalskollegium im besonderen zwei Richtungen namhaft machen: auf der einen Seite eben jene «Zelanti», auf der anderen Seite die sogenannten «Politicanti». Die Zelanti, die nicht nur von ihren Gegnern so genannt wurden, sondern sich durchaus auch selbst so bezeichneten, verstanden sich als religiöse Hardliner, denen jeder politische Kompromiß zutiefst verhaßt war. Es ging ihnen in fast fundamentalistischer Weise um die bedingungslose Durchsetzung der katholischen Glaubenswahrheit. Das Dogma, oder das, was sie dafür hielten, durfte um keinen Preis verwässert oder gar auf dem Altar der Politik geopfert werden. Notfalls mußten Kirche und Kurie bei diesem rigiden Kurs auch Nachteile auf «weltlichem» Gebiet, etwa im Verhältnis mit den Staaten, in Kauf nehmen. Die Zelanti hatten sich nicht nur die Bekämpfung der

protestantischen Häresie auf die Fahnen geschrieben, ihnen war spätestens seit der Französischen Revolution zugleich all das zutiefst verhaßt, was auch nur entfernt an «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» erinnerte. Die feierliche Verurteilung des Liberalismus im allgemeinen und der Gewissensfreiheit als «pestilentissimus error» im besonderen seit dem 19. Jahrhundert ging im wesentlichen auf ihre Initiative zurück. Einer der wichtigsten bekennenden Zelanti des frühen 20. Jahrhunderts war eben Merry del Val, der als Kardinalstaatssekretär Pius' X. für die Modernistenverfolgung in der katholischen Kirche verantwortlich gezeichnet hatte. Demokratie, Judenemanzipation und Ökumene waren ihm zutiefst zuwider. Indem Merry del Val Pacelli mit dem – aus seiner Sicht – Ehrentitel «zelante» schmückte, nahm er ihn zugleich in seine Partei der unbeirrten Kämpfer für die katholische Wahrheit auf.

Die «Politicanti» hingegen waren eher moderate, mit den Werten der Moderne und deren Bildungsstandards vertraute Kardinäle und hohe Kurienbeamte, die bei aller Bindung an katholische Normen und Glaubensvorstellungen ihren Blick auf das politisch Machbare richteten. Sie waren grundsätzlich von einer Versöhnbarkeit von Katholizismus und Moderne überzeugt und bereit, moderne Errungenschaften wie Pressefreiheit, effizientere Staatsverwaltung und die demokratische Mitwirkung der Laien auf kommunaler Ebene auch in der Kirche und vor allem im Kirchenstaat zuzulassen. Die Politicanti versuchten, auf dem Verhandlungsweg mit den Staaten, aber auch mit den Vertretern abweichender Meinungen innerhalb der Kirche selbst, zu tragfähigen Kompromissen zu kommen. Der blinde religiöse Eifer der Zelanti war ihnen besonders verhaßt, weil dadurch notwendige Reformen in der Kirche und ihre Anpassung an die Bedürfnisse der modernen Zeit verhindert wurden. Wenn es darum ging, für die Kirche politisch das optimale Ergebnis herauszuholen, plädierten sie bei der Auslegung katholischer Glaubenswahrheiten und Moralprinzipien für Flexibilität, was den Politicanti von seiten ihrer zelantischen Gegner nicht selten den Vorwurf des politischen Opportunismus eintrug. Daß Pacelli nach Ansicht Merry del Vals nicht zur Gruppe der Politicanti gehört haben sollte und bei ihm also die reine Lehre stets vor der politischen Taktik rangiert hätte, ist nach der allgemeinen Einschätzung Pacellis als gewiefter Diplomat einigermaßen überraschend. Daher stellt sich die Frage: Hat Merry del Val Pacelli als

Zelant richtig charakterisiert, eventuell eingedenk dessen langjähriger Zusammenarbeit mit dem «Modernistenfresser» Benigni im Päpstlichen Staatssekretariat? Oder sollte sich der Kardinalsekretär der Römischen Inquisition in Pacelli getäuscht haben, weil dieser in Wirklichkeit doch ein Politicante war? Die weitere Entwicklung der Affäre um die Ökumene in Deutschland hält zu dieser Frage eine interessante Antwort bereit.

Zunächst schien sich Merry del Vals Einschätzung voll zu bestätigen. Denn am 9. Januar 1927 setzte der Nuntius das Heilige Offizium über den Versuch Kardinal Bertrams in Kenntnis, sein Zirkular an die deutschen Bischöfe vom Vorjahr zu entschärfen. Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz hatte den Kirchenhistoriker an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Breslau, Franz Xaver Seppelt (1883–1956), der seit 1925 gleichzeitig Domkapitular in Breslau war, um ein Gutachten über die Una-Sancta-Bewegung gebeten. Pacelli war ziemlich erbost, als er von der streng geheimen Aktion des Kardinals erfuhr, weil das Votum Seppelts darauf hinauslief, «das oben genannte Rundschreiben zu paralysieren». Im Gegensatz zum Berliner Nuntius war der Kirchenhistoriker nämlich zu dem Ergebnis gekommen, «daß die Artikel der katholischen Mitarbeiter der *Una Sancta* den katholischen Gesichtspunkt nicht verletzt haben, mehr noch, sie haben ihn ausgeglichen und objektiv unterstützt; daß die *Una Sancta* die Möglichkeit bietet, Kreisen, die sonst keine Gelegenheit hätten, sich über die Angelegenheiten der katholischen Kirche zu informieren, Erklärungen über die Lehre und all ihre Institutionen zu liefern». Anders als Pacelli sah man in Breslau demnach «keine Gefahren» in der Mitarbeit katholischer Autoren an der ökumenischen Zeitschrift, von der man außerdem annahm, sie werde aus Mangel an Abonnenten ohnehin schnell eingehen.[17] Durch seine Denunziation der beschwichtigenden Aktion Bertrams ordnete Pacelli den Breslauer Kardinal gegenüber Merry del Val – zumindest zwischen den Zeilen – in die Gruppe der Politicanti ein, während er selbst eindeutig in der Partei der Zelanti zu stehen schien. Merry del Val informierte umgehend Pius XI. und dankte Pacelli am 20. Januar 1927 für dessen wertvolle Informationen. Der Papst verfolge die «besorgniserregende Bewegung» mit großem Interesse.[18]

Im Heiligen Offizium zog man aus dem Bericht des Nuntius eindeutige Schlüsse. Wie es in einer zusammenfassenden Relation für die Kardinäle der Kongregation hieß, gehe aus Pacellis Äußerungen unzweifelhaft hervor, daß

die Ökumenische Bewegung in Deutschland Prinzipien vertrete, «die gänzlich im Gegensatz zum reinen katholischen Glauben» stünden: Sie negiere den Jurisdiktionsprimat des römischen Papstes und seine Unfehlbarkeit, sie transformiere das hierarchische Prinzip, stelle die Ohrenbeichte in Frage und rechtfertige jeglichen dogmatischen Dissens. Durch die Usurpation der Titel katholisch und ökumenisch stelle diese Bewegung eine große Gefahr für den gesunden katholischen Glauben dar, der unverkürzt bewahrt werden müsse. Wie in der obersten Glaubensbehörde üblich, wurde den Kardinälen und Konsultoren im Anschluß an diese Zusammenfassung eine Liste mit Fragen vorgelegt, die sie in ihrer Sitzung abzuarbeiten hatten. Dabei ging es vor allem um das Ob und Wie einer Verdammung der Ökumenischen Bewegung in Deutschland sowie um disziplinarische Maßnahmen gegen die beteiligten katholischen Priester. [19]

Mit dem notwendigen Gutachten wurde ausgerechnet jener Ernesto Ruffini betraut, der durch die Denunziation der *Una Sancta* im Vorjahr die ganze Angelegenheit erst ins Rollen gebracht hatte. Der Konsultor gab zunächst einen weiten historischen Überblick über die Reaktionen des Heiligen Offiziums auf unterschiedliche ökumenische Bestrebungen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die er als Präzedenzfälle charakterisierte. Ruffini arbeitete heraus, daß alle Ökumeniker, egal ob in England, Deutschland oder den USA, stets von «der falschen, ketzerischen Annahme» ausgingen, «die wahre Kirche Jesu Christi bestehe zum Teil aus der römischen Kirche», zum Teil aber auch aus anderen gleichberechtigten christlichen Kirchen. Für ihn gab es keinen Zweifel daran, daß auch die Hochkirchlich-Ökumenische Bewegung diesem falschen Grundsatz folgte. Deshalb schätzte er sie als «äußerst gefährlich» ein: «Ihre Basis besteht in der Tat aus Prinzipien, die den grundsätzlichen Dogmen der Kirche glatt entgegengesetzt sind.» Er nannte hier ausdrücklich die Teilbarkeit der Kirche Jesu Christi in verschiedene gleichberechtigte Kirchen, die grundsätzliche Fehlbarkeit der Kirche sowie die Ablehnung des Jurisdiktionsprimates des römischen Papstes, «weil eine Wiedervereinigung nur ohne diesen zu schaffen» sei. Ruffini hielt es daher für dringend geboten, «zum Wohl der Seelen und zum Schutz des heiligen Glaubens» alles zu tun, um angesichts der «lockeren Mentalität vieler deutscher Katholiken im Hinblick auf den rechten Glauben» eine weitere Ausbreitung dieser gefährlichen Bewegung

zu verhindern. Deshalb plädierte er für eine Instruktion, die die Falschheit dieser Prinzipien aus Schrift und Tradition und namentlich die Identität der katholischen Kirche mit der Kirche Jesu Christi nachzuweisen hätte.[20]

Am 13. Februar trafen sich die Konsultoren des Heiligen Offiziums in der sogenannten Congregatio Praeparatoria, der vorbereitenden Sitzung, um anhand des Votums von Ruffini die in der Relation vom Januar gestellten Fragen zu diskutieren.[21] Dabei kam es offensichtlich zu heftigen Auseinandersetzungen und tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten. Eine Mehrheit von acht der anwesenden dreizehn Mitglieder des Konsults sprach sich schließlich dafür aus, die Ökumenische Bewegung in Deutschland durch ein öffentliches Dokument zu verbieten. Ein Konsultor sah es dagegen für völlig ausreichend an, wenn die deutschen Bischöfe die Angelegenheit regelten, und vier Berater votierten – zumindest vorläufig – gegen eine öffentliche Verurteilung durch das Heilige Offizium. Auch in der Frage von disziplinarischen Maßnahmen gegen die beteiligten deutschen Priester gingen die Meinungen auseinander: Während manche für Suspendierung oder gar Exkommunikation eintraten, stimmten andere für ein pastoraleres Vorgehen und eine brüderliche Ermahnung durch die zuständigen Bischöfe.

In dieser vorbereitenden Konsultorenkongregation trafen somit wieder einmal Zelanti und Politicanti aufeinander, wobei die ersteren in der Mehrheit waren. Bezeichnend für die «eifernde» zelantische Position ist das Votum des Dominikaners Ludovico Ferretti (1866–1930), der den Hochkirchlich-Ökumenischen Bund schlicht eine «schismatische Bewegung» nannte, «weil sie eine Union der christlichen Kirche ohne den Chef machen will. Wenn man tatsächlich nach einem anderen Chef als dem römischen Papst sucht, dann hat man keine christliche Union, weil nur der Papst *Christus auf Erden* ist.»[22] Der Redemptorist Joseph Maria Drehmanns (1882–1959) widersprach Ferretti mit Nachdruck. Einerseits würdigte er die guten Absichten der Hochkirchler, Protestanten für die katholische Kirche zu gewinnen, andererseits lehnte er ein feierliches Verbot aus taktischen Gründen ab: «Je weniger Lärm man um diese Bewegung macht, desto besser. … Eine feierliche Verurteilung durch Rom, egal in welcher Form, wäre für sie eine Werbung», weil sie den antirömischen Affekt zahlreicher deutscher Protestanten und auch Katholiken bediente. Außerdem war ihm die Quellengrundlage für eine Verurteilung viel zu dünn. Pacellis Bericht reichte ihm offenbar nicht aus: «Bislang haben wir nur eine Darstellung gehört, und

bezüglich der Wirkung eventueller Maßnahmen verfügen wir über keine bestätigten Daten» – das Argument eines typischen Politicante![23]

Am 9. März 1927 trafen sich die Kardinäle des Heiligen Offiziums, um die Angelegenheit abschließend zu beraten. Die Berichterstattung übernahm kein geringerer als Kardinalsekretär Merry del Val, was zeigt, wie wichtig ihm dieser Vorgang war. Wenn es sich nur um eine deutsche Angelegenheit handeln würde, so der Kardinal, könnte man die Sache auf sich beruhen lassen. Merry del Val sah im Hochkirchlich-Ökumenischen Bund jedoch nur die Spitze des Eisbergs einer weltweiten Organisation des Ökumenismus, die in den Kontext des weitverbreiteten Eindringens protestantischen Gedankenguts in die Mentalität zahlreicher gebildeter Katholiken und des um sich greifenden «dogmatischen Liberalismus und Modernismus» gehöre. Die Kampagne der Gegner der katholischen Kirche sei vor allem deshalb so heimtückisch, «weil sie mit einem vagen Gefühl brüderlichen Zusammenhalts und universeller Versöhnung liebäugelt» und dabei «den Lehrirrtum mit der Nächstenliebe verwechselt». Durch dieses «Liebesgeschwätz» gehe der Begriff des geoffenbarten und unwandelbaren Dogmas von der göttlichen Errichtung «der wahren und einzigen, sichtbaren und unvergänglichen Kirche Christi» verloren. Auch Katholiken würden mehr und mehr von dieser «Pest des religiösen Indifferentismus» infiziert. Eine Wiedervereinigung der Christen war für Merry del Val nur durch strikte Unterwerfung unter das Lehramt des Papstes und Rückkehr in die «einzige Herde» Christi – die katholische Kirche – möglich. Eine Ökumene, die die Differenzen in der Lehre übertünche, war für ihn nicht akzeptabel. Mit Schaudern wies Merry del Val die Vorstellung mancher Ökumeniker zurück, die dem Papst einen Ehrenvorsitz in der Kirche einräumen und ihn «an die Spitze ihrer bunten Kongresse» setzen wollten.[24] Nach einer kurzen und kaum kontroversen Diskussion beschlossen die Kardinäle einstimmig die Verurteilung der Ökumenischen Bewegung in Deutschland durch ein Dokument des Heiligen Stuhles.[25]

Nachdem Pius XI. diesen Beschluß bestätigt hatte, erarbeitete man in der obersten Glaubensbehörde in den folgenden Wochen ein Schreiben an die deutschen Bischöfe, das schließlich mit dem Datum des 11. April 1927 fertiggestellt wurde. Es verbot allen Katholiken, sich in irgendeiner Weise in der Ökumenischen Bewegung zu engagieren oder gar an der Zeitschrift *Una Sancta* mitzuarbeiten. Namentlich wurden sechs Häresien angeführt, von

denen eine ernste Gefahr für die Reinheit des katholischen Glaubens ausging: erstens die Ablehnung des römischen Jurisdiktionsprimats; zweitens die Ungültigkeit zahlreicher, von Ökumenischen Konzilien, dem Heiligen Stuhl und der Römischen Kurie getroffenen Lehrentscheidungen; drittens die Ansicht, die Kirche Christi habe nach den ersten fünf Jahrhunderten aufgehört, eins und einzig zu sein; viertens die Auffassung, die Kennzeichen der wahren Kirche Christi seien in Form eines Kompromisses aller christlichen Gemeinschaften zu definieren; fünftens die Leugnung der apostolischen Sukzession des Papstes, seiner Stellvertreterschaft Christi auf Erden und damit seiner göttlichen Legitimation; und schließlich sechstens die Behauptung, die römische Kirche sei selbst vom wahren, ursprünglichen Glauben abgefallen und habe diesen verfälscht.[26]

Am 16. April 1927 erhielt Eugenio Pacelli eine Kopie dieses Rundschreibens. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß der Berliner Nuntius über diese klare Entscheidung des Heiligen Offiziums eine tiefe Befriedigung empfunden hätte, entsprach sie doch ganz den Schlußfolgerungen, die er selbst in seinem Bericht vom Vorjahr gezogen hatte. Ein Zelant, dem die Reinheit der wahren Lehre über alles ging, hätte jedenfalls so empfinden müssen. Die Reaktion Pacellis fiel indes völlig anders aus. Bereits wenige Stunden nach Empfang des Textes telegraphierte er nach Rom, freilich nicht an das Heilige Offizium, sondern an Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri, und sprach sich mit Nachdruck gegen eine Publikation des römischen Dekrets aus: «In Anbetracht der aktuellen großen Aufregung der Gemüter und der heftigen Polemik in Deutschland wegen des Konkordats und der Schulfragen mit Angriffen gegen den Heiligen Stuhl würde es mir unterwürfig für angebracht erscheinen, die Veröffentlichung des Rundschreibens zu verschieben und es den Bischöfen vertraulich zukommen zu lassen.»[27]

Pacelli befand sich in einer äußerst schwierigen Situation. Er hielt einerseits eine klare Weisung der obersten römischen Glaubensbehörde in Händen, der er als Nuntius strikt Folge zu leisten hatte; ein Widerspruch gegen eine solche Lehrentscheidung war eigentlich nicht möglich, wenn er seinen Posten nicht riskieren wollte. Andererseits sah er die Veröffentlichung dieses antiökumenischen und letztlich antiprotestantischen Dokuments zu einem Zeitpunkt, zu dem endlich Bewegung in die Verhandlungen um das Konkordat mit Preußen gekommen war, für politisch äußerst inopportun an.

Ein solches Urteil würde nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die zumeist protestantischen Unterhändler auf staatlicher Seite gegen Rom und seinen Vertreter vor Ort einnehmen und den Vertragsabschluß ernsthaft gefährden. Die ohnehin vorhandenen antirömischen Affekte würden neue Nahrung erhalten. Diese für einen Politicante typischen Überlegungen konnte der kleine Nuntius in Berlin aber unmöglich dem mächtigen Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums in Rom direkt mitteilen. Es bestand für Pacelli kaum eine Möglichkeit, aus dieser Zwickmühle herauszukommen, er konnte nicht Zelante und Politicante zugleich sein. Pacelli entschied sich dafür, das Argument der politischen Inopportunität stärker zu gewichten als die Reinheit der Lehre – und er fand einen Weg, das Heilige Offizium zumindest inoffiziell von seiner «politicanten» Position in Kenntnis zu setzen.

Pacelli schrieb einen privaten Brief – bewußt nicht mit dem Briefkopf der Berliner Nuntiatur – an seinen Freund Giuseppe Pizzardo, mit dem er lange Jahre in der Kongregation für die Außerordentlichen Kirchlichen Angelegenheiten zusammengearbeitet hatte. Als Sekretär dieser politischen Kongregation war Pizzardo gleichzeitig Konsultor des Heiligen Offiziums. Er sollte für Pacelli als Brücke von der politischen zur dogmatischen Abteilung der Kurie dienen. Am 17. April, dem Ostertag, übermittelte Pacelli Pizzardo im Detail die Gründe, die gegen eine Publikation des Dekrets sprachen. Zentral war für ihn der «äußere Grund» – der politische Aspekt: «Sie können sich die Angriffe der protestantischen und liberalen Presse gegen Rom kaum vorstellen, da die Frage des Schulgesetzes und des Konkordats so scharf geworden ist.» Hier mußte alles vermieden werden, was Öl ins Feuer gießen und Rom in der Öffentlichkeit in schlechtem Licht erscheinen lassen könnte. Als «innere Gründe» führte Pacelli außerdem eine Reihe von Ungenauigkeiten im Dekretstext an: Schon der Name «Hochkirchlich-Ökumenischer Bund» werde im Dekret falsch mit «Hoch-Ökumenische Kirche» wiedergegeben, was angesichts des typisch deutschen «schulmeisterlichen Geistes» scharfe Kritik hervorrufen könne, die dem Ansehen «unserer heiligen Kirche» und nicht zuletzt des Heiligen Offiziums großen Schaden zufügen würde.[28]

Der Privatbrief, dem jeder offizielle Charakter fehlte, gab Pizzardo die Möglichkeit, Pacellis Anliegen inoffiziell dem Assessor des Heiligen Offiziums, Nicola Canali, mitzuteilen. Damit lag keine offizielle Beschwerde

gegen eine Entscheidung der obersten Glaubensbehörde vor, und diese mußte sich auch nicht in einer ihrer Sitzungen mit dieser Frage beschäftigen. Auf diese Weise konnten sowohl der renitente Nuntius als auch Merry del Val und seine Behörde ihr Gesicht wahren. Bereits am 23. April 1927 wandte sich Canali in einem persönlichen Schreiben an Pizzardo und bat ihn, Pacelli «vertraulich und völlig freundschaftlich» die Reaktionen Merry del Vals auf seine Einwände gegen das Dekret mitzuteilen. Die Kritik Pacellis an angeblichen Ungenauigkeiten im Text wies der Assessor mit Nachdruck zurück: «Das Heilige Offizium nimmt die ganze Verantwortung für das oben genannte Rundschreiben auf sich, und glaubt nicht, daß es innere Gründe gibt», die eine Veröffentlichung unangebracht erscheinen lassen. Canali fügte aber hinzu, daß die Suprema dem Staatssekretariat «die Beurteilung der äußeren Schwierigkeiten» überlasse. Letztendlich habe aber der Heilige Vater «von der Höhe seiner Weisheit aus» die ganze Angelegenheit zu entscheiden.[29]

Pacelli, den Pizzardo umgehend von Canalis Brief informierte, wandte sich bereits am 28. April selbst an diesen, um «jegliche Mißverständnisse» gegenüber dem «liebsten Herrn Kardinal Merry del Val» auszuräumen. Was die Zurückweisung seiner inneren Gründe anging, räumte Pacelli die Möglichkeit eines Irrtums seinerseits durchaus ein und bat «bescheiden um Verzeihung, daß ich auch in dem vorliegenden Fall geirrt haben kann, wie ich mich bei der Erfüllung meines Amtes tatsächlich täglich irre, ein Amt, das meine Kräfte besonders bei den heutigen, höchst schwierigen Umständen viel zu sehr übersteigt, von dem ich deswegen freigestellt werden möchte, um mich ins Privatleben zur Ausübung des heiligen priesterlichen Dienstes zurückziehen zu können. Was die äußeren Gründe betrifft, so erschien es einem armen Schreiber wie mir, der hier im Kreuzfeuer der Angriffe und inmitten einer lebhaften Aufregung der Gemüter wegen der verschiedenen vorzubereitenden Konkordate und wegen des zukünftigen Schulgesetzes lebt – Angelegenheiten von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland – weniger angebracht, die Situation noch mehr verschlimmert zu sehen, und zwar … aufgrund einer Sache, die sicherlich gefährlich ist, die aber Gott sei Dank immer noch von geringer Bedeutung und Verbreitung ist und für die die hochwürdigsten Bischöfe Deutschlands selbst sorgen können, ohne daß sich der Heilige Stuhl direkt

einschaltet. Auch dieser Gesichtspunkt kann aber in dem heiteren Umfeld Roms zweifellos viel besser eingeschätzt und beurteilt werden.»[30]

Auch wenn – beziehungsweise gerade weil – Pacelli hier ein Meisterwerk des einem katholischen Priester angemessenen Demutsgestus vollbrachte, setzte er sich in der Sache durch. In zwei Audienzen am 28. April und 5. Mai 1927 besprach Canali das Thema mit Pius XI. Der Papst nahm die politischen Schwierigkeiten, die der Nuntius mit der Veröffentlichung des Dokuments hatte, zur Kenntnis, auch wenn ihm Pacelli davon «doch ein wenig zu viel beeindruckt» erschien.[31] Pius XI. ordnete an, den Druck des Dokuments in den *Acta Apostolicae Sedis*, dem offiziellen Amtsblatt des Heiligen Stuhles, einzustellen. In der Öffentlichkeit sollte der Eindruck entstehen, als ob die deutschen Bischöfe aus eigenem Antrieb ohne römische Beeinflussung gegen die Ökumenische Bewegung vorgingen.[32] Damit zogen sie die mögliche öffentliche Kritik allein auf sich, und der Heilige Stuhl sowie insbesondere Nuntius Pacelli blieben unbelastet von diesen Vorgängen. Er war zwar ein antimodernistischer Zelante, entscheidender aber war seine Prägung als «politischer» Politicante in der Schule Pietro Gasparris. So wurden die ohnehin schwierigen politischen Rahmenbedingungen für die Konkordatsverhandlungen mit dem protestantischen Preußen nicht durch ein lehramtliches Dokument aus Rom weiter belastet. Dies hinderte Pius XI. in der Folgezeit allerdings nicht, in grundsätzlicher Weise und nicht explizit auf Deutschland bezogen mehrfach ökumenische Bestrebungen aller Art zu verurteilen, wie sie besonders auch in den großen Ökumenischen Konferenzen etwa in Lausanne zutage traten.

Für den Primat der Politik vor der Reinheit des Glaubens war Pacelli bis an die Grenze des Möglichen gegangen. In äußerst geschickter Weise hatte er im Interesse seiner Konkordatspolitik eine lehramtliche Weisung des Heiligen Offiziums entschärft. Bei aller Demutsrhetorik und allen Unterwürfigkeitsfloskeln behielt er seinen politischen Spielraum als Diplomat des Heiligen Stuhles in Deutschland stets im Auge. Das Opportunitätsargument, das er verwendete, zeigt bei ihm letztendlich eine klare Priorität der Diplomatie vor dem Dogma. Das war ohnehin eine beliebte Taktik Roms, die Bischöfe, die man sonst eher klein halten wollte, vorzuschieben, wenn die Kurie sich bedeckt und dadurch alle Handlungsoptionen offenhalten wollte. Der erfolgreiche Abschluß eines Konkordats war wichtiger als die Bewahrung der reinen Lehre. In dieses

Spannungsfeld zwischen «dottrina e politica» sollten Pacelli und der Heilige Stuhl während der Zeit des Nationalsozialismus in verschärftem Maße gestellt sein. Die entscheidende Frage lautete: Konnte man, nachdem man mit den Nationalsozialisten das Reichskonkordat auf politischer Ebene geschlossen hatte, die Auseinandersetzung mit den Chefideologen der NSDAP auf lehramtlich-dogmatischer Ebene wirklich noch offensiv führen? Oder anders gefragt: Warum landete zwar Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* auf dem *Index der verbotenen Bücher,* nicht aber Hitlers *Mein Kampf?* Welche Rolle spielte das Verhältnis von Religion und Politik bei Pius XI., seinem Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und den anderen entscheidenden Akteuren der Römischen Kurie bei der Konfrontation mit dem Nationalsozialismus? Waren sie eher Zelanti oder doch Politicanti?

Alfred Rosenberg auf dem «Index der verbotenen Bücher»

Welche Möglichkeiten standen Papst und Kurie überhaupt zur Verfügung, wenn es darum ging, den katholischen Glauben gegen häretische Positionen und weltanschauliche Gegner, die sich als politische Religionen gerierten, zu verteidigen? Zunächst einmal ging es bei allen lehramtlichen Aktionen Roms darum, die Katholiken vor «gefährlichen», abweichenden Meinungen zu schützen und sie so gegen die Einflüsterungen des Teufels zu immunisieren. Dies konnte sowohl in positiver als auch in negativer Weise geschehen. Der Darlegung dessen, was gut katholisch war und was nicht, dienten seit dem 19. Jahrhundert vor allem die zahlreichen Enzykliken der Päpste. In diesen Lehrschreiben wurde jeweils aus aktuellem Anlaß die katholische Position zu einer bestimmten Frage dargelegt, und die Gläubigen wurden angehalten, sich in ihrem täglichen Leben daran zu orientieren. Gerade Pius XI. erließ eine Vielzahl von Enzykliken. Waren diese päpstlichen Lehrschreiben bereits mit hoher Autorität formuliert, so stand dem Papst mit der Möglichkeit der Dogmatisierung einer Glaubenswahrheit noch ein wesentlich feierlicheres und verbindlicheres Instrument zur Verfügung. Dabei wurde eine bestimmte Aussage beziehungsweise ein bestimmter Glaubenssatz vom Papst unter Inanspruchnahme seines unfehlbaren Lehramtes in unabänderlicher Weise zum Dogma erhoben und allen Katholiken als verbindliche Glaubenswahrheit vorgelegt. Wer einen solchen Satz nicht bejahen konnte,

war nicht mehr länger Katholik. Pius XI. machte von dieser Möglichkeit während seines Pontifikats allerdings keinen Gebrauch; im gesamten 20. Jahrhundert nahm Rom lediglich eine Dogmatisierung vor – Eugenio Pacelli sollte 1950 als Pius XII. das Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel definieren. Mit einer solchen Dogmatisierung war stets auch ein Anathem verbunden, das gegenteilige Ansichten verdammte. Beispielsweise hätte eine Erhebung des Glaubenssatzes von der Einheit des Menschengeschlechtes zum Dogma durch Pius XI. im Gegenzug eine feierliche Verwerfung von Antisemitismus und Rassismus bedeutet. Diesen Weg bestritt der Ratti-Papst nicht, obwohl er immerhin eine entsprechende Enzyklika vorbereiten ließ. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Mit der repressiven Wahrnehmung des kirchlichen Lehramtes war in Rom das Heilige Offizium, auch «Heilige Römische und Universale Inquisition» genannt, betraut. Hier wurde jede Form abweichenden religiösen, sozialen und politischen Verhaltens untersucht und geahndet. Dies geschah entweder durch ein Einzelurteil über bestimmte Personen und Gruppen oder durch eine Grundsatzentscheidung. Eine besondere Form der Verurteilung von Irrtümern stellte der sogenannte «Syllabus errorum» dar, der 1864 zum ersten Mal Anwendung fand und in einem Rundumschlag alle «gefährlichen» Strömungen der Moderne verdammte. Interessanterweise wurde auch in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Ideologie über einen solchen Syllabus, also eine Liste mit Irrtümern, nachgedacht.

Die reguläre und am häufigsten angewandte Form der Unterdrückung mißliebiger Ansichten war die Buchzensur. Im Gefolge der Reformation hatte man in Rom hellsichtig erkannt, daß das Buch das Medium schlechthin war, mit dem gefährliche Gedanken hunderttausendfach verbreitet werden konnten. Deshalb entschloß man sich mit der Gründung der Römischen Inquisition im Jahr 1542 zu einer Totalkontrolle des Buchmarktes. Werke aus allen Wissens- und Wissenschaftsbereichen sollten in Rom untersucht und gegebenenfalls verboten werden. Der *Index der verbotenen Bücher,* die berühmt-berüchtigte schwarze Liste, war geboren. Bei Strafe der Exkommunikation war es Katholiken nicht nur verboten, ein solches Buch zu lesen, vielmehr sollte schon der Besitz, die Herstellung, der Kauf oder Verkauf eines solchen Werkes zum Verlust des ewigen Seelenheils und in katholisch dominierten Milieus zugleich zu gesellschaftlicher Ächtung

führen. Für die Buchzensur fand im Heiligen Offizium, das seit 1917 auch die Aufgaben der 1571 gegründeten Indexkongregation vollständig übernommen hatte, ein klar geregeltes Verfahren Anwendung. Nach einer Denunziation und einer Vorprüfung durch den Assessor wurde mindestens ein Konsultor mit einem schriftlichen Gutachten beauftragt, das im Geheimdruck für die Kardinäle und Konsultoren der Kongregation vervielfältigt wurde. In einer Congregatio Praeparatoria formulierten die Konsultoren nach Diskussion des Votums einen Beschlußvorschlag, mit dem sich dann die Kardinäle in der eigentlichen Kongregation auseinandersetzten. Deren Beschluß konnte entweder auf Verdammung, Freispruch, Vertagung oder Einholung weiterer Gutachten lauten und bedurfte immer der Approbation des Papstes, die der Assessor meist am folgenden Tag in einer Privataudienz einholte. Der Papst stimmte zwar meistens der Beschlußvorlage zu; gerade Pius XI. nahm aber nicht selten Modifikationen vor. All die in einer Verfahrensordnung genau festgelegten Schritte finden sich in der Regel im Archiv der römischen Glaubenskongregation dokumentiert, so daß man die Zensurprozesse zumeist minutiös rekonstruieren kann.

Nach Ausweis des zuletzt 1948 gedruckten römischen *Index* wurden in der Tat mehrere einschlägige Bücher faschistischer und nationalsozialistischer Autoren verboten. Andere sucht man dagegen auf dem *Index librorum prohibitorum* vergeblich. Immerhin finden sich auf der «schwarzen Liste» eine Reihe einschlägiger italienischer Werke, die eindeutig im Zusammenhang mit dem Faschismus standen: im Jahr 1930 Mario Missiroli (1886–1974), *Date a Cesare. La politica di Mussolini con documenti inediti,* sowie die anonym erschienene Schrift *Stato Fascista. Chiesa e Scuola,* im Jahr 1934 sämtliche Werke *(opera omnia)* des Philosophen und ehemaligen Kultusministers Mussolinis, Giovanni Gentile (1875–1944), und im Jahr 1937 das Werk von Giulio Cogni (1908–1983) mit dem bezeichnenden Titel *Il razzismo.* Zum anderen waren die Schriften folgender nationalsozialistischer Verfasser verboten: Ernst Bergmanns (1881–1945) Werke *Die deutsche Nationalkirche* (1934) und *Die natürliche Geistlehre* (1937), von Raoul Francé (1874–1943) *Von der Arbeit zum Erfolg* (1937), von Burghard Aßmus (1855–1950) *Enthüllungen über die Sittenverderbnis in den Klöstern* (1937) sowie schließlich Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* (1934) samt dessen Reaktion auf das Buchverbot und die kirchlichen Gegenschriften

An die Dunkelmänner unserer Zeit (1935). Dabei kam der Indizierung des *Mythus* zweifellos die höchste Bedeutung zu.

Bis zur Archivöffnung des Jahres 2003 war lediglich die Tatsache der genannten Buchverbote bekannt; über die Hintergründe und Motive der Damnatio konnte jedoch bislang nur spekuliert werden. Leider erweist sich das Inquisitionsarchiv im Fall Rosenberg als große Enttäuschung. Denn in der einschlägigen Akte findet sich – anders als üblich – weder ein Denunziationsschreiben noch ein Gutachten als eigentliche Zensur. Daher kann weiterhin darüber spekuliert werden, ob die Anzeige von den deutschen Bischöfen, aus dem Umfeld des Jesuitenordens oder gar aus der Römischen Kurie selbst kam.[33] Auch die Behauptung von Bischof Alois Hudal, der als Rektor der deutschen Nationalstiftung Santa Maria dell'Anima in Rom zugleich Konsultor des Heiligen Offiziums war, er selbst habe das Gutachten über Rosenbergs *Mythus* ausgearbeitet, ist nicht mit letzter Sicherheit zu verifizieren. Hudals Tagebücher, aus denen diese Information stammt, wurden in der Forschung bislang – insbesondere insoweit sie sich auf sein Verhältnis zu Nationalsozialismus und Faschismus bezogen – als wenig zuverlässig eingeschätzt, galt er doch selbst als «braun». Die Aktenlage legt die Vermutung nahe, daß ursprünglich gar kein Buchverbotsverfahren gegen Rosenbergs *Mythus* in Rom geplant war. Vielmehr geriet Rosenberg im Kontext der Affäre Bergmann sozusagen nebenher als weiterer Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie ins Visier der Glaubenswächter.

Hudal, der Ernst Bergmanns *Deutsche Nationalkirche* begutachtete, regte in seinem Votum an, diese Schrift nicht isoliert zu betrachten, sondern sie als Beispiel für die gefährlichen Ideologen des Nationalsozialismus anzusehen, die er von «guten» Nationalsozialisten wie Adolf Hitler abgrenzte.[34] Der Beschluß der Konsultoren vom 29. Januar 1934 fiel – Hudals Anregungen aufgreifend – klar und deutlich aus. Bergmanns Buch stehe für einen «übertriebenen Nationalismus», eine «Rückkehr zum Heidentum» und eine vollständige «Absorption des Individuums durch den Absolutismus des Staates». Die Konsultoren betrachteten den Nationalsozialismus als «wahre und eigentliche Ketzerei», die sie sogar für schlimmer als den Modernismus hielten. Und sie sprachen sich gegen ein isoliertes Buchverbot der *Deutschen Nationalkirche* aus und verlangten, daß auch die anderen von Hudal genannten Werke, nämlich *Der falsche Gott* und das *Handbuch der*

Judenfrage von Theodor Fritsch (1852–1933), *Erlösung von Jesu Christo* von Mathilde Ludendorff (1877–1966), *Germanische Weltdeutung* von Bernhard Kummer (1897–1962) sowie der *Völkische Beobachter* und vor allem Rosenbergs *Mythus,* unbedingt in das Verfahren einbezogen werden sollten.[35]



Alfred Rosenberg (links) geriet wegen seines Hauptwerks «Der Mythus des 20. Jahrhunderts» aus dem Jahr 1930, in dem er für eine «neue Religion des Blutes» eintrat, ins Visier der obersten Glaubenswächter. Sein Buch wurde indiziert – Adolf Hitlers «Mein Kampf» dagegen nicht.

Der Prozeß entwickelte eine merkwürdige Eigendynamik. Obwohl es eigentlich nur um Bergmann gehen sollte und nur dieser auf der Tagesordnung stand, verurteilten die Kardinäle in ihrer Sitzung vom 7. Februar 1934 Rosenbergs *Mythus* gleich mit.[36] Die übrigen inkriminierten Titel blieben überraschenderweise jedoch unbeachtet. Bezeichnenderweise erschien genau an dem Tag, an dem die Kongregation des Heiligen Offiziums zu ihrer entscheidenden Sitzung zusammentrat, im *Osservatore Romano* ein anonymer Artikel über Rosenbergs Buch mit der

Überschrift «Un libro di odiose falsità per la gioventù tedesca» – «Ein Buch voll gehässiger Falschheiten für die deutsche Jugend», den die Kardinäle als Abonnenten der offiziellen vatikanischen Zeitung vor ihren Beratungen zur Kenntnis genommen haben dürften.[37] Rosenbergs *Mythus,* bereits in über dreiundsiebzigtausend Exemplaren verbreitet, stelle – so war in dem Beitrag zu lesen – vor allem für die Jugend eine große Gefahr dar. In einer gotteslästerlichen Weise und basierend auf einer radikal materialistischen Auffassung beabsichtige Rosenberg, einen neuen Rasseglauben zu schaffen und damit zugleich eine neue Weltanschauung zu entwerfen. Sein Buch sei zutiefst antichristlich und antikatholisch. Das werde schon dadurch deutlich, daß Rosenberg den Juden Jesus kurzerhand zum unehelichen Sohn eines römischen Soldaten mache. Jede Seite des *Mythus* sei voll von «verleumderischen gotteslästerlichen Ungeheuerlichkeiten». Kaum ein Dogma, kaum eine Persönlichkeit und so gut wie keine religiöse Praxis des Christentums würden von Rosenberg nicht in den Schmutz gezogen – ein Werk voller Fanatismus, Rassen- und Religionshaß! Allerdings dürfe, so fügte der anonyme Verfasser des Artikels im *Osservatore Romano* mit Nachdruck hinzu, für diese «Verirrung des Menschenverstandes» bei Rosenberg und Konsorten keinesfalls Adolf Hitler verantwortlich gemacht werden, denn der Reichskanzler habe schließlich mehrfach öffentlich erklärt, das «Dritte Reich» auf den Fundamenten des positiven Christentums aufbauen zu wollen. Insbesondere dieses Argumentationsmuster könnte tatsächlich für Alois Hudal als Verfasser des Artikels sprechen, denn es war die erklärte Absicht des Rektors der Anima, die «guten» Nationalsozialisten um Adolf Hitler von den «schlechten» rassistischen Ideologen um Rosenberg, die den Nationalsozialismus als neue Religion propagierten, zu unterscheiden.

Jedenfalls scheinen die Kardinäle des Heiligen Offiziums den anonymen Artikel aus dem *Osservatore Romano,* der auch im Stil einem Konsultorenvotum durchaus entsprach, als Ersatz für das fehlende Gutachten zur Grundlage ihrer Verurteilung des Werks von «Hitlers Chefideologen» (Ernst Piper) genommen zu haben. Insofern hätte Hudal in seinen Lebenserinnerungen dann doch die Wahrheit geschrieben, wenn er sich als Verfasser des Zensurgutachtens gegen Rosenberg bezeichnete. Das Dekret des Heiligen Offiziums mit dem Verbot des *Mythus des 20. Jahrhunderts* wurde vom Notar der Kongregation am 9. Februar unterzeichnet.[38]

Nachdem es der Papst tags zuvor nach der Überarbeitung durch Kardinalstaatssekretär Pacelli für gut befunden hatte, erschien es am 14. Februar 1934 im *Osservatore Romano.[39]* Zur Begründung heißt es: «Das Buch verachtet alle Glaubenssätze der katholischen Kirche, ja sogar die Fundamente der christlichen Religion, und verwirft sie völlig. Es kämpft für die Notwendigkeit der Gründung einer neuen Religion oder einer germanischen Kirche und verkündigt das Prinzip: ‹Es erwache heute ein neuer Glaube, der Mythus des Blutes, der Glaube, mit dem Blute auch das göttliche Wesen des Menschen überhaupt zu verteidigen; der mit hellstem Wissen verkörperte Glaube, daß das nordische Blut jenes Mysterium darstellt, welches die alten Sakramente ersetzt und überwunden hat.›»

Die Akten lassen keine Schritte Pacellis erkennen, die darauf gezielt hätten, die Indizierung Rosenbergs zu verhindern, obwohl die Notiz von seiner Audienz bei Pius XI. vom 10. Februar 1934, wie gesehen, seine Zweifel deutlich vor Augen führt, ob eine solche Entscheidung im Hinblick auf die laufenden Nachverhandlungen zum Reichskonkordat politisch wirklich opportun sei. Es bleibt auch offen, warum die übrigen von Hudal angeführten Werke nationalsozialistischer Autoren, namentlich Fritschs *Handbuch der Judenfrage,* nicht indiziert wurden. Hier glaubte Hudal Pacellis bremsenden Einfluß erkennen zu können, der einen Generalangriff gegen nationalsozialistische Autoren habe verhindern wollen. Der Rektor der Anima spricht in seinen Tagebüchern in diesem Zusammenhang von «den Spinnengeweben diplomatischer Berechnungen»[40] an der Kurie. Er meinte damit, wie er an anderer Stelle seiner «Lebensbeichte» ausführt, niemand anderen als das päpstliche Staatssekretariat und dessen Leiter Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli. Das Staatssekretariat sei in mancher Hinsicht einflußreicher als die Suprema Congregatio des Heiligen Offiziums, «weil die Entscheidungen im wesentlichen von politischen Erwägungen des Augenblicks beeinflußt werden». «Im Staatssekretariat werden auch die vom Heiligen Offizium, der obersten Stelle für das Gebiet des Glaubens und der Sitten, ausgearbeiteten Maximen … auf ihre augenblickliche politische Tragbarkeit und Opportunität einer Veröffentlichung überprüft, um allen Schwierigkeiten mit den Staaten auszuweichen. So kann heute etwas an sich absolut richtiges als inopportun verurteilt werden, was übermorgen, wenn ein parteipolitischer Szenenwechsel eintritt, von der gleichen Stelle als eigene Auffassung vertreten wird.»[41] Hudal schätzte Pacelli somit zumindest im

Kontext des Falles Rosenberg offensichtlich als Politicante ein, was letztlich auch dessen Amt als politischem Kopf der Kurie entsprach. Er konnte aber für seinen Vorwurf, Pacelli habe sich im Hinblick auf die Indizierung anderer NS-Größen als Bremser erwiesen, keine stichhaltigen Belege vorlegen. Zur Probe aufs Exempel sollte der Fall Adolf Hitler werden.

Hitlers «Mein Kampf» im Visier der römischen Glaubenswächter

Bischof Hudal wollte sich mit Bergmann und Rosenberg allein auf dem *Index der verbotenen Bücher* keinesfalls zufriedengeben. Er strebte vielmehr weiterhin einen lehramtlichen Rundumschlag gegen den ideologischen Flügel des Nationalsozialismus an, der das Christentum durch eine arische Religion ersetzen wollte. Gleichzeitig sollte dadurch die aus seiner Sicht konservativ-nationalistische Gruppe der NSDAP um Hitler und Rudolf Heß gestärkt werden. «Es muß vermieden werden, Hitler selbst, den NS, oder Deutschland, sei es publizistisch, in Reden oder Ansprachen anzugreifen!!!» heißt es über diese Strategie in einem Papier aus dem Nachlaß Hudals mit dem Titel «Einige Informationspunkte für den Vatikan! ‹Auf die Taktik kommt es an›».[42] Es sei darum besser, die «für die heidnische beziehungsweise antireligiöse Entwicklung in Deutschland Verantwortlichen *einzeln* anzugreifen!!» Exemplarisch genannt wurden Joseph Goebbels, Rosenberg und Baldur von Schirach.

Dieses Ziel ließ sich für Hudal eindeutig nicht über den Kardinalstaatssekretär, sondern nur über den Papst selbst erreichen. Im Oktober 1934 nutzte der Rektor der Anima daher die Gelegenheit einer Privataudienz bei Pius XI., um ihm ein Gesuch zu unterbreiten, in dem er die feierliche Verurteilung dreier fundamentaler Zeitirrtümer in der Form einer Enzyklika oder eines neuen Syllabus vorschlug: «1. Der totalitäre Staatsbegriff, der den Persönlichkeitswert des einzelnen Menschen unterdrückt, 2. der radikale Rassenbegriff, der die Einheit des Menschengeschlechts auflöst, 3. der radikale Nationalismus mit der Preisgabe des Naturrechts infolge der ausschließlichen Geltung des positiven von Nation und Staat dekretierten Rechtes.» Pius XI. war offenbar stark beeindruckt und auch bereit, diese Fragen durch das Heilige Offizium prüfen zu lassen. Hudal bemerkte dazu rückblickend: «Vielleicht wäre manches dem

deutschen Volk und Österreich erspart geblieben, wenn 1934 rechtzeitig der Bannstrahl gegen diese Irrtümer geschleudert worden wäre, die so viel Unglück über Europa bringen sollten.» Glaubt man Hudal, so hat das Heilige Offizium umgehend eine Kommission eingesetzt, «um die im Syllabus zu verurteilenden Thesen der Rassenlehre, des radikalen Nationalismus und der Staatsautorität herauszuarbeiten».[43]

Allerdings ist ein solcher Syllabus der Römischen Inquisition nie erschienen. Dies könnte bedeuten, daß Hudal seine in den *Römischen Tagebüchern* geschilderte Initiative bei Papst und Heiligem Offizium schlicht erfunden hat, um sich ex post als strammer Kämpfer gegen den Nationalsozialismus zu stilisieren. Anlaß dazu hätte er gehabt: Hudal mußte sich nach dem Krieg heftiger Angriffe erwehren. Man sah in ihm einen Sympathisanten der NS-Ideologie, der nach 1945 im Zusammenhang mit der sogenannten «Rattenlinie» NS-Größen mithilfe vatikanischer Pässe zur Flucht nach Lateinamerika verholfen haben soll. Die im Archiv der Glaubenskongregation gefundenen Quellen stützen Hudals Aussagen allerdings eindeutig. Der Fondo «Rerum Variarum» mit der Signatur «1934 N° 29», der aus vier Faszikeln und zwanzig Einzeldokumenten besteht, trägt die bezeichnende Überschrift «Deutschland – Ob Rassismus, Naturalismus, Totalitarismus, Kommunismus durch einen feierlichen päpstlichen Akt verurteilt werden sollen oder nicht?» Schon die Ortsangabe läßt vermuten, daß die Hauptzielrichtung (zumindest ursprünglich) Deutschland – sprich der Nationalsozialismus – war, obwohl es in der Akte daneben auch um Faschismus und Kommunismus ging.

Nach seiner Papstaudienz richtete Hudal am 7. Oktober 1934 ein Schreiben an den Nachfolger Merry del Vals als Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums, Donato Sbarretti (1856–1939), in dem er mit Nachdruck auf die Gefahren der modernen Rassen- und Blutlehre in Deutschland und Österreich hinwies.[44] Geschichte, Kultur, Kunst und Religion würden vom Nationalsozialismus «nur noch unter dem Gesichtspunkt von Rasse und Blut betrachtet». Darin sah Hudal eine besondere Gefährdung der Jugend, die zu einer nichtchristlichen, arisch-nordischen Religiosität ohne Erbsünde und Erlösung, ohne Moral und Askese verführt würde. Die bloß diesseitige nationalsozialistische Naturreligion stehe in klarem Widerspruch zum christlichen Glauben: «So ist es also eine vorgetäuschte Behauptung, der

Nationalsozialismus sei nur eine politische Partei» und «gründe sich auf ein positives Christentum». Vielmehr handle es sich um «eine Theorie, die die Grundlagen der christlichen Religion umstürzt und um so gefährlicher wird, als sie zur Zeit eines extremen Nationalismus verkündet wird, der schon an und für sich eine Häresie bedeutet». In den dunkelsten Farben malte der Rektor der Anima die möglichen Folgen des Neuheidentums an die Wand und forderte nachdrücklich eine grundsätzliche Beschäftigung des kirchlichen Lehramtes mit der nationalsozialistischen Ideologie: «Die Verdammung der Bücher von Rosenberg und Bergmann seitens des Heiligen Offiziums war gewiß ein erster Schritt, scheint mir aber nicht ausreichend gegenüber einer Bewegung, die um so gefährlicher ist, als die beiden anderen falschen Lehren von Nationalismus und vom Totalitärstaat sie begleiten und unterstützen.» Hudals Tagebücher erweisen sich in diesem Punkt als zuverlässig. Der von ihm auf Deutsch abgedruckte Brief an Kardinal Sbarretti vom 7. Oktober 1934 findet sich nämlich in präziser italienischer Übersetzung in den Akten des Heiligen Offiziums.

Dem Wunsch Hudals entsprachen die Kardinäle des Heiligen Offiziums in ihrer Sitzung vom 25. Oktober 1934, die unter dem Vorsitz von Pius XI. stattfand. Der Heilige Vater selbst ordnete ein internes Studium der «delicata questione» an und beauftragte nach Rücksprache mit dem Jesuitengeneral Wladimir Ledóchowski die beiden zunächst in Valkenburg und nun an der Gregoriana in Rom lehrenden Professoren Franz Hürth (1880–1963) und Johann Baptist Rabeneck (1874–1950) mit Gutachten zur Blut- und Rassenlehre des Nationalsozialismus.[45] Interessanterweise wurden damit zwei deutsche Jesuiten herangezogen, die nicht Mitglieder des Konsults des Heiligen Offiziums waren. Da es sich um eine interne Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Ideologie handelte, lag es nahe, deutsche Gutachter einzusetzen. Deutsche Muttersprache und eine genaue Kenntnis der inkriminierten Werke waren für die Bewältigung der Aufgabe sicher ideale Voraussetzungen. Warum aber griff der Papst nicht auf den Konsultor Hudal selbst zurück, von dem die Anregung ausgegangen war? Hielt Pius XI. ihn nicht für zuverlässig genug? Oder sollten es eben deutschsprachige Moraltheologen und Dogmatiker der Gesellschaft Jesu sein, die für eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenbild und Gesellschaftsmodellen der totalitären neuzeitlichen Ideologien am ehesten wissenschaftlich gerüstet waren? Bezeichnenderweise sollte sich der Ratti-Papst auch 1938 bei der

Vorbereitung der nicht erschienenen Anti-Rassismus-Enzyklika ebenfalls der Hilfe der Jesuiten bedienen. Und Hudal fiel spätestens 1936 beim Papst in Ungnade. Vielleicht war Pius XI. aber auch schon 1934 so mißtrauisch geworden, daß er den Rektor der Anima bei der Bestellung der Gutachter überging. Oder er wollte, daß auch *Mein Kampf* untersucht würde, was Hudal ja gerade abgelehnt hatte.

Bis Mitte März 1935 lagen der Kongregation zwei ausführliche Gutachten vor. Der Moraltheologe Hürth listete im ersten Votum die wesentlichen Irrtümer der NS-Ideologie auf – die Blut- und Rassenlehre, die autoritäre Staatsform, den Biologismus – und kam zu dem Schluß, daß sich nationalsozialistische Rassentheorie und christliches Menschenbild fundamental widersprächen.[46] Die ersten Menschen seien, so Hürth, den biblischen Schöpfungsglauben resümierend, von Gott unmittelbar geschaffen worden. Von Adam und Eva leite sich deshalb das gesamte Menschengeschlecht ab. Daher seien alle Menschen und Völker vor Gott grundsätzlich gleichwertig. Eine Herrenrasse, die andere beherrsche, könne es nach katholischer Auffassung nicht geben. Gott wolle das Heil aller Menschen, weil Jesus Christus für alle als Erlöser am Kreuz gestorben sei. Es gebe also nicht mehr Juden und Griechen, nicht mehr Sklaven und Freie, wie Hürth in Anlehnung an den Galater-Brief des Paulus formulierte.

Gleichzeitig reichte Jesuitengeneral Ledóchowski ein weiteres, namentlich nicht unterzeichnetes Votum ein, das von Johann Baptist Rabeneck stammen dürfte. Dieses Gutachten stellt eine kleine Sensation dar. Denn Rabeneck beschäftigte sich fast ausschließlich mit Hitlers *Mein Kampf* und wollte das Hauptwerk des Führers und Reichskanzlers zur Grundlage einer feierlichen Verurteilung der modernen Zeitirrtümer machen. Damit war nicht nur ein einfaches Buchverbot angestrebt, mit dem *Mein Kampf* auf den *Index* gesetzt worden wäre, sondern eine in ihrem Verbindlichkeitsgrad wesentlich höhere feierliche Verurteilung von Sätzen aus Hitlers Werk. Diese Entwicklung der von Hudal angestoßenen Beschäftigung des Heiligen Offiziums mit der nationalsozialistischen Ideologie stand dessen Intentionen jedoch diametral entgegen. Denn Hudals Absicht war es ja gerade gewesen, durch eine Verurteilung der NS-Ideologen Hitler als Vertreter des aus seiner Sicht «guten» Nationalsozialismus zu schützen.

Im Gutachten wurde die nationalsozialistische Rassenlehre in siebenunddreißig vorwiegend aus Hitlers *Mein Kampf* herausdestillierten

sogenannten Propositionen auf lateinisch zusammengefaßt.[47] Nach der Praxis des Heiligen Offiziums sollten diese Sätze die gefährlichsten Hauptthesen eines Werkes auf den Punkt bringen. Wenn ein solcher «Grundsatz» von einem Konsultor formuliert wurde, war damit zugleich die Feststellung verbunden, daß dieser eindeutig der katholischen Lehre widersprach und deshalb vom obersten Lehramt der Kirche verdammt werden mußte. Damit die Konsultoren und Kardinäle des Heiligen Offiziums als Leser des Votums die Argumentation beziehungsweise die Herleitung der Propositionen besser nachvollziehen konnten, wurden in ausführlichen Notae nicht nur die etwa zwanzig einschlägigen Belegstellen aus *Mein Kampf*, sondern auch aus anderen Werken nationalsozialistischer Autoren wie Rosenberg, Bergmann oder Wilhelm Frick auf deutsch zitiert.[48] Gleichzeitig bot Rabeneck eine italienische Übersetzung dieser Passagen, weil nur wenige Mitglieder der obersten römischen Glaubensbehörde des Deutschen mächtig waren. Drei Beispiele mögen die Arbeitsweise Rabenecks illustrieren.

Die erste Proposition der Lehre Hitlers und der Nationalsozialisten faßte der Gutachter in folgende Formulierung: «Von Tag zu Tag wird mit wahrhaft fanatischem Eifer eine gewisse neue Betrachtungsweise (‹Weltanschauung›) der Natur und der menschlichen Dinge weiter verbreitet, welche als letzte Grundlage die Beschaffenheit des Blutes und die natürliche Anlage hat, durch die eine Rasse bestimmt wird.» Als Beleg für diese Aussage führte der Jesuit einen Abschnitt aus dem Kapitel «Zusammenfassung zur Partei» aus *Mein Kampf* an: «Deshalb sah ich meine eigene Aufgabe besonders darin, aus dem umfangreichen und ungestalteten Stoff einer allgemeinen Weltanschauung diejenigen Kernideen herauszuschälen und in mehr oder minder dogmatische Formen umzugießen, die in ihrer klaren Begrenztheit sich dazu eignen, jene Menschen, die sich darauf verpflichten, einheitlich zusammenzufassen. Mit anderen Worten: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei übernimmt aus dem Grundgedanken einer allgemeinen völkischen Weltvorstellung die wesentlichen Grundzüge, bildet aus denselben, unter Berücksichtigung der praktischen Wirklichkeit, der Zeit und des vorhandenen Menschenmaterials sowie seiner Schwächen, ein politisches Glaubensbekenntnis, das nun seinerseits in der so ermöglichten straffen organisatorischen Erfassung großer Menschenmassen die

Voraussetzung für die siegreiche Durchsetzung dieser Weltanschauung selber schafft.»[49]

Die fünfte Proposition Rabenecks lautete: «Also gibt es nicht die eine und gleiche Natur aller Menschen, sondern das gesamte Menschengeschlecht ist durch die Natur selbst weiter eingeteilt in Rassen.» Als Beleg für diese zu verurteilende Aussage stützte der Jesuit sich auf Hitlers Ausführungen zum Begriff «völkisch»: Nach landläufiger Auffassung habe der Staat mit rassischen Voraussetzungen nichts zu tun. Aber die «Ableugnung der Verschiedenheit der einzelnen Rassen in bezug auf ihre allgemeinen kulturbildenden Kräfte muß zwangsläufig diesen größten Irrtum auch auf die Beurteilung der Einzelpersonen übertragen. Die Annahme von der Gleichartigkeit der Rassen wird dann zur Grundlage einer gleichen Betrachtungsweise für die Völker und weiterhin für die einzelnen Menschen.»[50]

In der achten Proposition ging der Zensor auf den Irrtum der Lehre von der «arischen Rasse» ein: «Die arische Rasse hat, weil sie von Natur aus eine vortreffliche Anlage des Körpers und Blutes und deswegen des Geistes erlangte, den ersten Patz inne.» In der Belegstelle hatte Hitler den «Arier als Kulturbegründer» postuliert, auf den «nahezu ausschließlich» alles «an menschlicher Kultur, an Ergebnissen von Kunst und Wissenschaft und Technik» zurückgehe, weil der Arier «allein der Begründer höheren Menschentums überhaupt war, mithin den Urtyp darstellt, was wir unter dem Wort ‹Mensch› verstehen».[51]

In der Sitzung des Heiligen Offiziums am 21. März 1935 wurden die beiden Voten ausführlich diskutiert. Pius XI., der den Vorsitz führte, bat dabei den Jesuitengeneral, einige Patres zu beauftragen, die «principi erronei», die irrigen Prinzipien der NS-Ideologie, noch stärker zusammenzufassen. Ledóchowski reichte daraufhin am 1. Mai eine auf dem zweiten Gutachten beruhende Liste mit siebenundvierzig Propositionen ein: Acht Sätze handelten vom Nationalismus, fünfzehn vom Totalitarismus und vierundzwanzig vom Rassenkult.[52] Nach Prüfung der Liste in der Sitzung des Heiligen Offiziums vom 2. Mai 1935 ordnete Pius XI. eine weitere Bearbeitung nach der üblichen Vorgehensweise an; jetzt gingen die eigentlichen Mitarbeiter der Suprema Congregatio, die ordentlichen Konsultoren, selbst ans Werk. Es sollte allerdings fast ein Jahr dauern, bis

sich die Kardinäle des Heiligen Offiziums wieder mit dieser Thematik beschäftigten.

Pater Martin Gillet, von 1929 bis 1946 Generalmagister der Dominikaner, sah in seinem Gutachten vom 20. April 1936 in Rassismus, Nationalismus und Totalitarismus nichts anderes als «sozialen Modernismus». Dieser führe zu einer Vergottung des Staates sowie einer völligen Absorbierung des Individuums durch die Volksgemeinschaft und müsse – vor allem wegen der Gefährdung der Jugend – unbedingt verurteilt werden. Im Grunde handle es sich dabei nicht nur um allgemein heidnische Irrtümer, vielmehr seien sie dezidiert antireligiös und antikatholisch ausgerichtet: mithin ein neuer Götzenkult, gleichgültig ob er unter dem Namen Nationalismus, Kommunismus, Totalitarismus oder Rassismus auftrete.[53] Konsultor Ruffini, der bereits in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Ökumenismus eine wichtige Rolle gespielt hatte, kam in seinem Votum zu dem Schluß, der Ultranationalismus sei die Häresie des 20. Jahrhunderts schlechthin, von der mehr oder weniger alle Völker infiziert seien, auch Katholiken und sogar Priester. Der vorgelegte Syllabus war ihm aber nicht präzise genug. Er vermische Punkte, die eindeutig gegen den Glauben verstießen, mit anderen, die man durchaus diskutieren könne. Die Irrtümer zum Thema Nationalismus konnten seiner Ansicht nach schlicht in drei Punkten zusammengefaßt werden: 1. Alles hängt vom Blut ab; 2. Förderung der eigenen Rasse um jeden Preis; 3. Erziehung der Jugend zur Liebe zur eigenen Rasse als höchstes Gut.[54]

Konsultor Domenico Tardini hingegen stellte in seinem Gutachten drei grundsätzliche Fragen.[55] Zunächst: Soll Rom diese Ideologien überhaupt verurteilen? Diese Frage wurde von Tardini eindeutig bejaht, weil Rassismus und Totalitarismus die individuelle Freiheit zerstörten, die Erziehung der Jugend ruinierten und zu einer Vergottung des Staates führten. Zum zweiten: Auf welche Weise soll die Verdammung erfolgen? Wegen der Schwere der Irrtümer reiche eine einfache Buchzensur nicht aus. Vielmehr sollten zwei gewichtigere Dokumente erscheinen: eine Enzyklika Pius' XI. zur feierlichen Verurteilung von Rassismus, Nationalismus und Totalitarismus und ein Dekret des Heiligen Offiziums, das die irrigen Propositionen einzeln aufliste und verdamme. Als historische Vorbilder für dieses Vorgehen führte Tardini neben dem «Syllabus errorum» von 1864 auch die antimodernistischen Aktionen Pius' X. und des Heiligen Offiziums aus den Jahren 1907 und 1910

an. Schließlich fragte Tardini drittens: Ob die vorgelegten siebenundvierzig Propositionen nicht zu ausführlich seien und zu viele scholastische Fachbegriffe enthielten, was ihre Rezeption entschieden beeinträchtigen könnte? Tardini glaubte, diese Frage bejahen zu müssen, und forderte daher einige wenige, klar geordnete und exakt formulierte Sätze, die allgemeinverständlich sein und die zu verurteilenden Ansichten knapp auf den Punkt bringen müßten. Beide Dokumente bedürften einer äußerst sorgfältigen Vorbereitung, wobei die Reihenfolge ihres Erscheinens (Enzyklika des Papstes vor Syllabus des Heiligen Offiziums oder umgekehrt) gleichgültig sei. Aus der Argumentation Tardinis wird deutlich: Enzyklika und Syllabus sollten sich nicht an Theologen und Bischöfe allein, sondern vor allem an die einfachen Gläubigen richten. Deshalb sollten beide Dokumente in klarer Sprache formuliert sein und ohne theologisches Fachchinesisch auskommen, eine Aufgabe, die den Konsultoren und Kardinälen, die in neuscholastischen Formeln und Sprachspielen sozialisiert worden waren, vermutlich nicht ganz leicht gefallen sein dürfte.

Tardinis Position setzte sich in der Inquisition im Frühjahr 1936 weitgehend durch. Die Konsultorenversammlung vom 20. April charakterisierte die Ausführungen der verschiedenen Konsultoren zwar als wertvolle Arbeitsgrundlage, hielt es aber für nötig, die Propositionen weiter zu prüfen und sie in einer allgemeinverständlichen Sprache zu formulieren. Die Kardinäle setzten deshalb in ihrer Sitzung vom 29. April 1936 eine zehnköpfige Kommission zur Neufassung des Syllabus ein, die sich neben Faschismus und Nationalsozialismus nun auch noch dem Kommunismus zuwenden sollte und die bis Ende Juni nicht weniger als siebenmal tagte.

Im Juli 1936 ging ein vierundvierzig Seiten umfassender Entwurf in Druck, der in drei Teilen eine Generalabrechnung mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts enthielt:[56] Teil eins bot die grundsätzlichen Prinzipien der katholischen Lehre über den Menschen als Individuum und Gemeinschaftswesen, in Teil zwei wurde auf der Basis dieser Grundsätze die wahre Lehre über Rasse, Nation und Proletariat entfaltet, wobei man von der Einheit des Menschengeschlechtes ausging. Teil drei schließlich listete die einzelnen zu verurteilenden Irrtümer in einem Syllabus von fündundzwanzig Propositionen auf: acht zum Rassismus, fünf zum Hypernationalismus, acht zum Kommunismus und vier zum Totalitarismus. Weil die Konsultoren offenbar mit dem Vorwurf rechneten, das Ganze sei zu lang und zu

umfassend, wiesen sie diesen von vornherein mit dem Argument zurück, viele Verfehlungen und Unsicherheiten auch und gerade unter Katholiken basierten eben genau darauf, daß diese «fundamentalen Wahrheiten entweder nicht verstanden worden oder in Vergessenheit geraten sind». Deshalb müsse das Lehramt sie erneut umfassend einschärfen. Allerdings bekam man im Heiligen Offizium gleichzeitig Angst vor der eigenen Courage, wenn man an eine mögliche Veröffentlichung dieses Textes dachte. Hier spielte das Opportunitätsargument eine entscheidende Rolle. Weil die Konsultoren Konflikte mit den Regierungen in Deutschland und Italien fürchteten, gaben sie zu bedenken, ob es nicht nützlicher wäre, den dritten Teil des Dokuments, den Syllabus mit den zu verurteilenden Sätzen aus Schriften von Mussolini und Hitler, nicht und stattdessen nur die grundsätzlichen positiven Darlegungen der beiden ersten Teile zu publizieren, um so politischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Man beschloß eine weitere Überarbeitung und Straffung der Liste. Im Oktober 1936 lagen schließlich vierundzwanzig Propositionen mit den wesentlichen weltanschaulichen Irrtümern des 20. Jahrhunderts neu formuliert vor. Dieser Syllabus zerfiel in vier Teile:[57] Nach acht Sätzen über den Rassismus mit Quellennachweisen vorwiegend aus Hitlers *Mein Kampf* und fünf Propositionen über den Hypernationalismus beziehungsweise Faschismus, geschöpft aus Schriften Mussolinis, folgten acht Sätze zum Kommunismus, die sich vor allem auf Texte von Lenin und Stalin bezogen, sowie drei Propositionen zum Totalitarismus, die wiederum aus Schriften Mussolinis zusammengestellt waren. In ihrer Sitzung vom 18. November 1936 entschlossen sich die Kardinäle dann aber überraschend, die endgültige Entscheidung der Totalitarismus-Frage auf unbestimmte Zeit zu vertagen – der entsprechende Vermerk lautete «dilata sine die». Man ordnete aber immerhin ein «continuare lo studio», also eine weitere Beschäftigung mit der Thematik an.[58] Wenn der Papst sich jedoch derzeit öffentlich in der Sache äußern wolle, dann solle er dies speziell zu den Irrtümern des Kommunismus tun. Faschismus und Nationalsozialismus hatten zumindest vorläufig zurückzustehen. In der Privataudienz für den Assessor des Offiziums vom folgenden Tag bestätigte Pius XI. diese Resolution der Kardinäle und ließ erkennen, daß er tatsächlich beabsichtigte, gegen den Kommunismus vorzugehen.[59] Dem Beschluß vom 18. November entsprechend erarbeitete das Heilige Offizium im Februar und März 1937

neue Propositionen, die sich speziell mit Marx, Lenin und Stalin auseinandersetzten. In der Sitzung vom 17. März 1937 wurde aber auch das Projekt eines Syllabus gegen den Kommunismus zunächst ad acta gelegt, weil man das Erscheinen und die Wirkung der zwei Tage später veröffentlichten Enzyklika «Divini Redemptoris» abwarten wollte, in der sich Pius XI. gegen den Kommunismus aussprach.[60]

An der gesamten Liste mit den wichtigsten gefährlichen Sätzen aus den Publikationen der totalitären Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts wurde trotz der Vertagung der Entscheidung auf unbestimmte Zeit weiter gearbeitet. Man erhöhte dabei die Zahl der zu verurteilenden Sätze zum Thema Rassismus beziehungsweise Nationalsozialismus von acht auf zehn. Die lateinischen Propositionen, die am 26. April 1937 im Konsult des Heiligen Offiziums beraten wurden, lauten in deutscher Übersetzung:[61]

1. Aus dem «Blut», in dem die Anlagen der Rasse enthalten sind, strömen alle intellektuellen und moralischen Eigenschaften des Menschen wie aus einer überaus mächtigen Quelle.
2. Die Rassen der Menschen unterscheiden sich voneinander in ihrer angeborenen und unveränderlichen Wesensart so sehr, daß die niedrigste von der höchsten Rasse der Menschen weiter entfernt ist als von der höchsten Tierart.
3. Die Kraft der Rasse und die Reinheit des «Blutes» sind auf jede erdenkliche Art und Weise zu bewahren und zu fördern, und jedes Mittel, das hierzu nützlich und wirksam ist, ist als solches ehrbar und erlaubt.
4. Das vorrangige Ziel der Erziehung ist es, die Anlagen der Rasse weiterzuentwickeln, indem man den Körper veredelt, damit er stark und wohlgestaltet ausgebildet werde, und den Geist mit brennender Liebe zur eigenen Rasse als dem höchsten Gut entflammt.
5. Die christliche Religion muß dem Gesetz der Rasse unterworfen werden. Deshalb muß die Lehre von der Ursünde, von der Erlösung durch das Kreuz Christi und von der auszuübenden Demut und Buße *abgelehnt* oder verändert werden, insofern sie den Menschen dem heroischen Geist entfremdet.
6. Die christliche Religion soll aus dem öffentlichen Leben völlig *ausgetilgt werden;* daher sollen jegliche katholische Zeitschriften, Schulen und Verbindungen aus dem Wege geräumt werden.

7. Die Lehre, die Verfassung, die Leitung und der Kult der katholischen Kirche sind nicht von der Art, daß in ihr unterschiedliche Völker, Nationen und Rassen in der Lage wären, gemäß der jeweils eigenen natürlichen Anlage zu leben, sich zu entwickeln und zur völligen Perfektion zu gelangen.
8. Der Gottesbegriff und die Religion werden durch Nation und Rasse definiert. Der religiöse Glaube ist nichts anderes als das Vertrauen in das künftige Schicksal des eigenen Volkes; die Unsterblichkeit des Menschen ist aber ausschließlich im Weiterbestehen des eigenen Volks und der eigenen Rasse gegeben.
9. Die ursprüngliche Quelle und höchste Regel der allgemeinen Rechtsordnung ist der Rasseninstinkt.
10. Der «Selektionskampf» und das «Recht des Stärkeren» verleihen im Erfolgsfall dem Sieger von selbst das Recht zu herrschen.

Nach der Verfahrensordnung des Heiligen Offiziums hätte dieser Syllabus jetzt nur noch von den Kardinälen der höchsten Kongregation endgültig beschlossen und von Pius XI. approbiert werden müssen. Danach wäre er im Amtsblatt des Heiligen Stuhles erschienen und in Kraft getreten. Einen solchen Text sucht man allerdings in den *Acta Apostolicae Sedis* vergeblich. Was war geschehen? Am 2. Juni 1937 vertagten die Kardinäle der Inquisition den Syllabus zu Kommunismus und Rassismus erneut auf unbestimmte Zeit. [62] Zwei Tage später bestätigte der Papst auch diesen Beschlußvorschlag. [63] Damit endet die einschlägige Akte im Archiv der Glaubenskongregation.

Warum aber versandete letztendlich die feierliche Verurteilung des Rassismus und der übrigen Zeitirrtümer und damit zumindest auch eine öffentliche Verdammung von Hitlers *Mein Kampf* nach intensiver dreijähriger Arbeit im Heiligen Offizium? Zunächst wird man einem Trend der Forschung folgend vermuten, Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli habe aus politisch-taktischen Gründen die ganze Sache verhindert. Die Sitzungsberichte der Inquisition belegen jedoch eindeutig: Pacelli war bei den entscheidenden Sitzungen am 17. März und am 2. Juni 1937, in denen es um den Syllabus ging, gar nicht anwesend. Er hat sich somit – zumindest offiziell – nicht an den Diskussionen beteiligt und im zuständigen Gremium keinen direkten Einfluß auf die Entscheidung genommen. Dies schließt freilich eine indirekte Beeinflussung nicht aus. Zu Pacellis Profil als

Politicante hätte eine skeptische Einstellung gegenüber einer Verurteilung des «Führers und Reichskanzlers» jedenfalls gut gepaßt.

Tatsächlich schrieb Alois Hudal die entscheidende Bremserfunktion Francesco Marchetti-Selvaggiani (1871–1951) zu, einem engen Vertrauensmann Pacellis. Der erste Nuntius bei der neuen Republik Österreich hatte mit dem Kardinalstaatssekretär zusammen studiert und galt als einer der gewandtesten Diplomaten der Kurie. Marchetti-Selvaggiani habe einen «offenen Kampf gegen den NS wegen seiner Rückwirkung auf Italien, dessen faschistische Partei in eine immer gefährlichere Abhängigkeit von Berlin geriet, nicht für opportun» gehalten.[64] Dagegen hatte sich aber der Kardinalsekretär des Heiligen Offiziums Sbarretti ausdrücklich für eine Weiterbeschäftigung mit den Propositionen zum Rassismus ausgesprochen. Politische Rücksichtnahme spielte in seinem Kalkül keine Rolle, ihm ging es um die Reinheit der Lehre und die konsequente Bekämpfung des Irrtums.[65]

Der entscheidende Mann der Römischen Inquisition, ihr eigentlicher Präfekt, war indes kein geringerer als der Papst selbst. Ohne seine Bestätigung konnte kein Beschluß der Suprema in Kraft treten. Das Sitzungsprotokoll der Kardinalsversammlung des Heiligen Offiziums vom 2. Juni 1937 gibt denn auch in der Frage des Syllabus gegen die Zeitirrtümer näheren Aufschluß. Die durch die Kardinäle beschlossene Vertagung auf unbestimmte Zeit wurde von Pius XI. am 4. Juni in der Audienz für den Assessor des Offiziums ausdrücklich bestätigt. Damit steht der Papst selbst – zumindest formal – als derjenige fest, der den Anti-Rassismus-Syllabus des Heiligen Offiziums auf Eis legte. Der Papst fügte jedoch hinzu, die aktuelle schwierige politische Situation lasse einen Syllabus zu den Irrtümern des Rassismus derzeit nicht zu. Wenn die gegenwärtigen Stürme jedoch vorbei seien und sich die kirchenpolitische Situation ein wenig beruhigt habe, könne man das Studium der Frage ja wieder aufnehmen.[66] Hier spielte Pius XI. auf die für die Kirche immer schwieriger werdende Gesamtlage in Deutschland und Europa – namentlich in Italien und Spanien – an. Vielleicht waren aber auch die Enzyklika «Mit brennender Sorge» von 1937 und ihre enorme Wirkung in Deutschland der entscheidende Grund für den Papst, sich zunächst zurückzuhalten. Von wem der Papst allerdings bei dieser Entscheidung, die strategisch-politischen Überlegungen über die klare dogmatische Linie zu stellen, beraten wurde, ob er aus eigenem Antrieb handelte, ob er einfach dem Votum der Kardinäle des Heiligen Offiziums

folgte oder ob doch Pacelli im Hintergrund stand, darüber geben die in der Glaubenskongregation zugänglichen Akten keinen eindeutigen Aufschluß. Der Kardinalstaatssekretär scheint im Jahr 1937 auf jeden Fall entschlossen gewesen zu sein, auf politischem Gebiet die Konflikte mit den faschistischen Regimes möglichst gering zu halten.

Eine Äußerung Pacellis aus einer der seltenen Sitzungen der Kongregation für die Außerordentlichen Angelegenheiten vom 14. Juli 1937 verdient in diesem Zusammenhang besonderes Interesse. Es ging um die recht kontroverse Diskussion, ob der Heilige Stuhl das «Nationalspanien» Francos anerkennen und damit dem republikanischen Spanien weiterhin die Anerkennung verweigern sollte. Kardinal Camillo Laurenti (1861–1938) hatte zu bedenken gegeben, eine Unterstützung Francos könnte den Eindruck erwecken, die Kirche habe sich dem «faschistischen Block» angeschlossen. Am Schluß der Debatte faßte Pacelli seine Meinung knapp zusammen: «Es ist für den Heiligen Stuhl nützlich, sich in den faschistischen Block hineinzustellen, der im wesentlichen aus Italien und *Deutschland* besteht (Japan ist weit entfernt).» Diese prinzipielle Aussage relativierte der Kardinalstaatssekretär jedoch sofort durch zwei rhetorische Fragen: «Das nationalsozialistische Deutschland? Das die Kirche verfolgt?» Die Antwort für den Spitzendiplomaten des Vatikan ist klar: So nützlich es generell wäre, wenn sich der Heilige Stuhl dem faschistischen Block anschließen würde, es kommt aus taktischen Gründen nicht in Frage. Denn «selbst ohne Absicht des Heiligen Stuhles würde es so aussehen, als ob der Heilige Stuhl mit einer Gruppe paktiert, die die Religion vernichten will». Auch unter den Anhängern Francos gebe es schließlich nicht wenige, die die nationalsozialistische Idee verträten und «Hitler vergöttern». Deshalb plädierte Pacelli – sich alle Optionen offenhaltend! – für den Erhalt des Status quo, das heißt: Der Heilige Stuhl äußert sich vorläufig nicht in der spanischen Frage. Er erkennt weder Franco noch die Volksfront an, bis die Lage klar ist.[67] Nachdem die Volksfront-Regierung militärisch besiegt war, stellte sich die Kurie klar auf die Seite Francos. Diese Haltung paßt gut zum «dilata sine die», zur Vertagung der Indizierung von Hitlers *Mein Kampf*.

Ein typisch römischer Kompromiß?

Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* klar und eindeutig ohne viel Federlesens im Februar 1934 auf den *Index der verbotenen Bücher* gesetzt; Hitlers *Mein Kampf* hingegen von 1934 bis 1937, also fast drei Jahre lang, im Heiligen Offizium intensiv beraten, zur Grundlage eines feierlichen Syllabus und nicht nur eines einfachen Buchverbots genommen und trotzdem nicht indiziert: dieser Befund spricht zumindest für eine gewisse Priorität der Diplomatie vor dem Dogma an der Römischen Kurie jener Jahre. Denn offensichtlich konnte man einen der Chefideologen einer gefährlichen antichristlichen Weltanschauung wie des Nationalsozialismus – Alfred Rosenberg – auch nach Abschluß des Reichskonkordats noch indizieren, den allem Anschein nach legal an die Macht gekommenen Regierungschef eines Staates, mit dem man einen völkerrechtlich bindenden Vertrag abgeschlossen hatte – Adolf Hitler – indes kaum mehr. Durch seine Ernennung zum Reichskanzler und nicht zuletzt durch das mit den Stimmen der katholischen Zentrumspartei verabschiedete Ermächtigungsgesetz war aus dem weltanschaulichen Gegner und Führer einer politischen Ersatzreligion die legale staatliche Obrigkeit geworden. Dieser war man nach katholischer Auffassung zu striktem Gehorsam verpflichtet.

Die entscheidende Stelle im Römerbrief des Apostels Paulus lautet: «Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht verfallen» (Römerbrief 13,1–2). Rom waren also – wenn man den Prinzipien der katholischen Staatslehre folgt – im Hinblick auf ein direktes Vorgehen gegen Hitler und eine namentliche Indizierung von *Mein Kampf* die Hände gebunden. Das heißt aber nicht, daß man grundsätzlich keine Möglichkeit hatte, sich kritisch mit den Inhalten von Hitlers Hauptwerk zu beschäftigen und ihm die «gesunde» katholische Lehre entgegenzustellen, man mußte es allerdings anonym tun, das heißt, es durfte öffentlich nicht gesagt werden, daß die Positionen, mit denen sich das Römische Lehramt auseinandersetzte, im Grunde genommen aus *Mein Kampf* stammten. Tatsächlich entschloß sich Pius XI. zu einem indirekten Vorgehen gegen Hitlers Positionen, und zwar in doppelter Weise.

Am 14. März 1937 erließ der Papst die berühmte Enzyklika «Mit brennender Sorge» gegen den deutschen Nationalsozialismus. Im Juli 1936,

während die Beratungen über mögliche vom Lehramt zu verurteilende Sätze zu Rassismus und Nationalsozialismus im Heiligen Offizium auf Hochtouren liefen, gab Kardinalstaatssekretär Pacelli dem in Rom weilenden Trierer Bischof Franz Rudolf Bornewasser (1866–1951) den Hinweis, der Papst wolle, gestützt auf eine umfassende Dokumentation der «Verletzungen des Konkordats» durch den NS-Staat, ein «Pastorale» erlassen.[68] Daher baten die deutschen Bischöfe auf ihrer Konferenz in Fulda am 18. August 1936 um eine Stellungnahme des Papstes zur Lage in Deutschland.[69] Der Hintergrund dieser Entscheidung ist in den kirchenfeindlichen Vorgängen im Reich zu suchen. Vorausgegangen waren eine erste Welle der sogenannten Sittlichkeitsprozesse und die gescheiterten Nachverhandlungen zum Reichskonkordat, so daß man sich über die kirchenpolitische Lage keinerlei Illusionen mehr zu machen brauchte. Am 12. und 13. Januar 1937 versammelten sich die deutschen Bischöfe zu einer außerordentlichen Plenarsitzung in Fulda. Unmittelbar danach reisten die drei deutschen Kardinäle Adolf Bertram, Michael Faulhaber und Karl Joseph Schulte sowie die Bischöfe Clemens August Graf von Galen und Konrad Graf von Preysing auf Einladung des Papstes zu Beratungen nach Rom. Am Freitag, dem 15. Januar, wurden Bertram und Faulhaber vom Kardinalstaatssekretär abends zu einer informellen Vorbesprechung empfangen, und Faulhaber bot an, sein in Fulda gehaltenes Referat zur Lage in Deutschland als Gesprächsgrundlage zu übersenden. Bei der Sitzung der Bischöfe am Samstag, den 16. Januar, gab Pacelli einige Punkte bekannt, über die sich Pius XI. besonders informieren wollte. Dabei äußerten die Bischöfe die Überzeugung: «Für die Kirche geht es zur Zeit auf Leben und Tod: Man will direkt ihre Vernichtung.»[70] Ein persönliches Handschreiben des Papstes an Hitler hielten die Vertreter des deutschen Episkopates nicht für ausreichend; sie sprachen sich stattdessen für eine päpstliche Enzyklika mit doktrinellem Charakter aus. Pacelli war skeptisch. Er versuchte, jede lehramtliche Verurteilung zu verhindern, die als einseitige politische Parteinahme gewertet werden könnte und damit die Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles gefährdet hätte. Zu einer Enzyklika gegen den Nationalsozialismus ließ er sich nur bewegen, weil die Entwicklung des Spanischen Bürgerkriegs gleichzeitig eine Verurteilung des Bolschewismus und seiner Expansion in Europa möglich machte. Nur durch eine «Symmetrie» der Verdammung sah

er die Überparteilichkeit Roms gewährleistet. Trotz seiner Vorbehalte bat er Faulhaber um einige Stichpunkte für ein solches päpstliches Rundschreiben.

Die Audienz bei Pius XI. fand am Sonntagvormittag am Krankenlager des Papstes statt. Bei einem anschließenden Mittagessen Pacellis mit den Bischöfen erörterten diese die Konsequenzen, die ein päpstliches Hirtenschreiben in Deutschland haben würde. Am Abend des Montags, 18. Januar, präzisierte der Kardinalstaatssekretär dann seine Absicht und bat Faulhaber, einen ersten Entwurf einer Enzyklika auszuarbeiten. Unter strengster Geheimhaltung verfaßte der Münchener Kardinal in den drei folgenden Nächten einen handschriftlichen Entwurf in deutscher Sprache, den er am 21. Januar Pacelli übergab. «Niemand weiß von diesem Schreiben. Darum habe ich es in den Nachtstunden geschrieben, damit auch kein Maschinenschreiber davon erfahre», bemerkte Faulhaber zu seinem Entwurf.[71] Der einzige, der von Pacelli in Rom ins Vertrauen gezogen wurde, war der Jesuitengeneral Ledóchowski, der schon die ersten Vorarbeiten des Heiligen Offiziums begleitet hatte. Die weitere Überarbeitung des Entwurfs wurde vom Staatssekretär persönlich geleitet und überwacht. In den folgenden Wochen wurde so aus dem Entwurf Faulhabers ein umfassendes päpstliches Lehrschreiben, das am 21. März 1937 von allen deutschen Kanzeln verkündet wurde. Die Enzyklika «Mit brennender Sorge» entfachte den Kampf der völlig überraschten Nationalsozialisten gegen die Kirche neu. Wenige Tage zuvor hatten sie die Verurteilung des Kommunismus durch den Papst in «Divini Redemptoris» noch frenetisch bejubelt.

Gliederung und Gedankenführung des Faulhaberschen Entwurfs waren von Pacelli weitgehend übernommen worden. Der Text wurde allerdings deutlich erweitert, insbesondere im ersten Teil, wo es um die nationalsozialistischen Übergriffe ging. Das war das genuine Feld des Chefpolitikers des Vatikans. Er hatte das Konkordat unterzeichnet, deshalb trafen ihn die «Vertragsverletzungen», die «Mit brennender Sorge» ansprach, besonders. Der zweite, eher theologische Teil stellte die wahre katholische Lehre nationalistischen und rassistischen Umdeutungen entgegen. Hier läßt sich durchaus eine Verwandtschaft zwischen den Arbeiten am Syllabus und der Enzyklika feststellen, was auch nicht verwundert, da Pacelli als Staatssekretär von Amts wegen der obersten Glaubensbehörde angehörte und über den Stand der dort verhandelten Themen auf dem laufenden war. Nicht zuletzt erhielt er die Geheimdrucke

aller Gutachten und sonstigen Dokumente. Diese Vorlagen dürfte er bei seiner Redaktion am Text der Enzyklika benutzt haben.

So formulierte Pacelli an einer Stelle der Enzyklika, die im Entwurf Faulhabers keine unmittelbare Entsprechung hat und somit vom Kardinalstaatssekretär eigenständig verfaßt wurde: «Die von dem Erlöser gestiftete Kirche ist eine – für alle Völker und Nationen. Unter ihrem Kuppelbau, der wie Gottes Firmament die ganze Erde überwölbt, ist Platz und Heimat für alle Völker und Sprachen, ist Raum für die Entfaltung aller von Gott dem Schöpfer und Erlöser in die einzelnen und in die Volksgemeinschaften hineingelegten besonderen Eigenschaften, Vorzüge, Aufgaben und Berufungen. Das Mutterherz der Kirche ist weit und groß genug, um in der gottgemäßen Entfaltung solcher Eigenarten mehr den Reichtum der Mannigfaltigkeit zu sehen als die Gefahr von Absonderungen. Sie freut sich des geistigen Hochstandes der einzelnen und der Völker. Sie sieht in ihren echten Leistungen mit Mutterfreude und Mutterstolz Erziehungsfrüchte und Fortschritte, die sie segnet und fördert, wo immer sie es im Gewissen kann. Aber sie weiß auch, daß dieser Freiheit Grenzen gezogen sind durch die Majestät des Gottesgebotes, das diese Kirche in allem Wesenhaften als untrennbare Einheit gewollt und gegründet hat.»[72] Dies ist eine klare Widerlegung der Proposition zum Thema Rassismus – und damit Hitlers – durch eine positive Entfaltung der Lehre der katholischen Kirche. Rabeneck hatte in seinem Votum vom 17. März 1934 die Ansicht Hitlers so zusammengefaßt: «Also gibt es nicht die eine und gleiche Natur aller Menschen, sondern das gesamte Menschengeschlecht ist durch die Natur selbst eingeteilt in Rassen.»

Mit einem interessanten internen Dokument aus dem Heiligen Offizium vom April 1937 – einen Monat nach Erscheinen der Enzyklika – läßt sich eine Gegenprobe für die enge Verwandtschaft von Syllabus und Enzyklika durchführen. Auch den Kardinälen und Konsultoren der Kongregation war nämlich nicht entgangen, daß «Mit brennender Sorge» Passagen enthielt, die sich zumindest mit der gleichen Materie wie der eigene geplante Syllabus beschäftigten. Man gab daher am 1. April eine Synopse in Auftrag, welche die Propositionen zu Rassismus und Hypernationalismus beziehungsweise Totalitarismus mit den Aussagen der Enzyklika vergleichen sollte.[73] Dabei wurden die positiven Lehraussagen des päpstlichen Schreibens, das bestimmte nationalsozialistische Ansichten zumindest indirekt zurückwies,

so behandelt, daß man aus ihnen wieder Propositionen destillierte, in denen man die irrigen NS-Positionen zusammengefaßt sah.

So heißt es zum Beispiel in der Enzyklika: «Wer die Rasse, oder das Volk, oder die Staatsform ... zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge.»[74] Hieraus gewann man im Heiligen Offizium die zu verwerfende Proposition: «Alles, was dem Volk, oder der Rasse nützt, ist allein dadurch moralisch gut oder ehrenhaft.» Dadurch sah man die dritte Proposition des Syllabus durch «Mit brennender Sorge» zurückgewiesen. Und: In der Enzyklika wurde festgehalten, daß Eltern ein «erstes und ursprüngliches Recht» hätten, «die Erziehung ihrer Kinder im Geiste des wahren Glaubens und in der Übereinstimmung mit seinen Grundsätzen und Vorschriften zu bestimmen».[75] In der Synopse vom April 1937 wurde dieser Satz als irrige Ansicht der Nationalsozialisten einfach umgedreht und negativ formuliert. Die vierte Proposition des Syllabus zum Rassismus, in der als zu verurteilende und aus *Mein Kampf* gewonnene Ansicht formuliert worden war, einziges Ziel der Erziehung sei es, die Art der Rasse fortzuentwickeln und den Körper zu formen nach der eigenen Rasse als höchstes Gut, galt damit als durch die Enzyklika widerlegt.

Das Erscheinen der Enzyklika «Mit brennender Sorge» wurde im Heiligen Offizium somit als klare lehramtliche Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und seiner Rassenlehre ganz im Sinne der eigenen Vorarbeiten zum geplanten Syllabus aufgefaßt. Eine Äußerung des Kardinalsekretärs der Suprema, Sbarretti, vom Mai 1937 stützt diese Interpretation zusätzlich: Anders als noch im Sommer 1936, als man aus Opportunitätsgründen die Propositionen gegen den Rassismus aus Rücksicht auf eine mögliche negative Reaktion der deutschen und italienischen Regierungen nicht publizieren und sich auf eine positive Darstellung der katholischen Prinzipien zu diesem Thema beschränken wollte, war Sbarretti nun der Meinung, nach Erscheinen der Enzyklika «gebe es keine Gründe mehr, die es ratsam erscheinen lassen könnten, die Thesen zum Rassismus auszuschließen».[76] Mit anderen Worten: Nachdem «Mit brennender Sorge» das getan hatte, wovor man im Heiligen Offizium aus Rücksicht auf die Regierungen in Deutschland und Italien noch zurückgeschreckt war, nämlich den Rassismus direkt anzuprangern, brauchte auch das Heilige Offizium keine Zurückhaltung mehr zu üben.

Sbarretti konnte damals allerdings noch nicht wissen, daß Pius XI. aus politischen Gründen die Studienkongregation mit der Weiterverfolgung des Syllabus gegen den Rassismus beauftragen sollte. In der Forschung ist bereits wiederholt auf die nahe Verwandtschaft zwischen der Enzyklika und dem Anti-Rassismus-Syllabus der Studienkongregation hingewiesen worden. Dieser erschien am 13. April 1938 als ein Reskript der Studienkongregation an die katholischen Universitäten und Fakultäten, das acht Thesen mit Aussagen über den Rassismus enthielt, die der katholischen Lehre widersprachen.[77] Die Theologen erhielten den Auftrag, diese Sätze kritisch zu diskutieren, den Grad ihrer Verderbtheit zu bestimmen und sie zu widerlegen. Bislang galten diese Sätze als Ergebnis interner Beratungen der Studienkongregation, die für die Aufsicht des katholischen Bildungswesens allgemein und die Kontrolle der theologischen Studien an den Universitäten und Priesterseminaren im besonderen zuständig war. Die neuen Quellen im Archiv der Glaubenskongregation belegen jedoch eindeutig, daß diese Thesen auf die Beschäftigung der obersten römischen Glaubensbehörde mit Hitlers *Mein Kampf* zurückgehen. So ist etwa die zweite Proposition, in der es um die Entfernungen zwischen den verschiedenen menschlichen Rassen und Tierarten ging, mehr oder weniger wortgleich in beiden Dokumenten zu finden.

Der Syllabus der Studienkongregation war ursprünglich nur zum internen Gebrauch bestimmt, ausschließlich die katholischen Theologen wurden beauftragt, sich mit diesen Thesen auseinanderzusetzen. Dennoch bekam die Presse vor allem in Italien, Frankreich und Deutschland schnell Wind von dieser Aktion. Hier erhielten die acht Thesen rasch den Titel «Syllabus gegen den Rassismus», den bezeichnenderweise auch die *Nationalsozialistischen Monatshefte* übernahmen. Unter der Überschrift «Der Papst organisiert den Kampf gegen die deutsche Rassenlehre» wies das von Alfred Rosenberg herausgegebene Parteiorgan – ohne zu wissen, daß Rom diese Sätze aus Hitlers *Mein Kampf* abgeleitet hatte – die römischen Unterstellungen mit Nachdruck zurück. Nicht nur würden die Ergebnisse der deutschen Rassenforschung «entstellt» wiedergegeben, vielmehr würden ihr auch «‹Lehrsätze› unterschoben, die von dieser nie aufgestellt worden sind».[78] Mit der Publikation der Thesen wurde wenigstens der Teil des großen Syllabus des Heiligen Offiziums, der sich mit dem nationalsozialistischen Rassismus beschäftigte, doch noch veröffentlicht –allerdings erfolgte die

Verurteilung nicht mit der größtmöglichen Öffentlichkeitswirksamkeit; weil sie statt der Suprema die wesentlich weniger bedeutende Studienkongregation publizierte und der eigentliche Autor der verurteilten Sätze, Adolf Hitler, nicht namentlich genannt wurde.

Pius XI. hatte somit einen typisch römischen Kompromiß zwischen Dogma und Diplomatie gefunden. Der Sache nach waren die gefährlichen Ansichten, die sich in *Mein Kampf* fanden, im Syllabus der Studienkongregation widerlegt und in der Enzyklika «Mit brennender Sorge» der wahren katholischen Lehre gegenübergestellt worden. Damit entsprach der Papst den Erfordernissen der reinen Lehre. Aus politischen Gründen war er jedoch nicht bereit, Roß und Reiter zu nennen, weil er den Führer und Reichskanzler nicht persönlich angreifen wollte und konnte. Das katholische Obrigkeitsdenken dürfte den Papst letztlich daran gehindert haben, Hitler namentlich zu verurteilen und sein Werk auf den *Index* zu setzen. Vielleicht folgte er auch einem Ratschlag des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber, der argumentiert hatte, die bisherigen Äußerungen Pius' XI. «beweisen genug, wie sehr unsere heilige Kirche diese Bewegung als geradezu satanische verurteilt» habe. Eine «neue weitere Zensurierung durch die Kongregation des Heiligen Offiziums» hielt Gröber schlicht für kontraproduktiv.[79]

Damit schied eine dritte Option, gegen den nationalsozialistischen Diktator vorzugehen, die an der Kurie erwogen wurde, von vornherein ebenfalls aus – die der Exkommunikation Hitlers. Der Jesuit Tacchi-Venturi, der Mittelsmann Pius' XI. beim «Duce», berichtete dem Papst am 10. April 1938 in einer Audienz von Forderungen Mussolinis, von seiten der Kurie entschiedener gegen den Führer vorzugehen.[80] Am 7. April habe Mussolini Tacchi-Venturi in einer privaten Unterredung mitgeteilt, man solle einen günstigen Augenblick abwarten, «um wirkungsvollere Maßnahmen zu ergreifen», wie zum Beispiel die Exkommunikation Hitlers. Der Diktator sei keine vorübergehende Erscheinung und habe für Deutschland zahlreiche Erfolge erreicht. Letztlich sei er nur durch einen Krieg aufzuhalten, den aber niemand wollen könne. Die Einlassungen Mussolinis zu einem entschiedeneren Vorgehen der Kurie gegen Hitler standen offenbar im Zusammenhang mit seiner Analyse der kirchenpolitischen Situation in Deutschland nach Erscheinen der Enzyklika «Mit brennender Sorge». Vor allem, um den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus zu

intensivieren, sei es notwendig, Hitler mit allen Mitteln zum Frieden mit der Kirche zu bringen.

Der Apostolische Nuntius in Italien, Francesco Borgongini Duca (1884–1954), kam in einem Schreiben an Kardinalstaatssekretär Pacelli vom 2. Mai 1938 ebenfalls auf dieses Thema zu sprechen. Er berichtete von einem Treffen mit dem italienischen Außenminister und Schwiegersohn Mussolinis, Galeazzo Ciano (1903–1944), in dem dieser sein tiefes Bedauern über die Verfolgungen der Kirche in Deutschland zum Ausdruck gebracht habe. Anders als Mussolini würdigte Ciano ausdrücklich die Zurückhaltung der Kurie Hitler und dem nationalsozialistischen Regime gegenüber: Die Kirche habe glücklicherweise «keine außerordentlichen Sanktionen wie Exkommunikation oder Abbruch der diplomatischen Beziehungen ergriffen». [81]

Die übereinstimmenden Berichte Tacchi-Venturis und Borgongini Ducas machen es wahrscheinlich, daß der «Duce» tatsächlich an kirchliche Sanktionen gegen Hitler dachte und dabei auch die Exkommunikation nicht ausschloß. Die diplomatischere Ansicht seines Schwiegersohns, der zur Mäßigung riet, scheint an der Kurie indes auf offenere Ohren gestoßen zu sein. Jedenfalls hatten die Überlegungen Mussolinis keine Folgen. Von der Einleitung eines Exkommunikationsverfahrens gegen Adolf Hitler finden sich in den Vatikanischen Archiven keinerlei Spuren. Die Beugestrafe des Kirchenbanns kam für einen Reichskanzler als staatliche Obrigkeit schlicht nicht in Frage. Hitler blieb bis zu seinem Tod Mitglied der katholischen Kirche. Auch ein Teufel konnte wie der Papst katholisch sein.

DANK

Achtzig Jahre nach der Verurteilung des Rassenantisemitismus durch den Heiligen Stuhl im Jahr 1928, fünfundsiebzig Jahre nach der «Machtergreifung» Hitlers 1933, siebzig Jahre nach der Reichspogromnacht 1938, fünfzig Jahre nach dem Tod Pius' XII. 1958, schließlich fünf Jahre nach der Öffnung der deutschen Bestände des Pontifikats Pius' XI. im Vatikanischen Geheimarchiv 2003 – das Jahr 2008 als Jahr der «Jubiläen» scheint sich in der Tat anzubieten, um Studien über das Verhältnis der katholischen Kirche zum «Dritten Reich» vorzulegen. Und es dürften aus diesem Anlaß nicht wenige neue Bücher erscheinen: Biographien über die Päpste Pius XI. und Pius XII. und vielleicht auch einige «Gesamtdarstellungen» zum Verhältnis von Vatikan und Nationalsozialismus von 1933 bis 1945. Aber nach wie vor sind manche Zusammenhänge nicht endgültig geklärt; vor allem sucht man verzweifelt nach einer Erklärung für die Haltung der Päpste zur Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten und zum Holocaust.

Angesichts von über hunderttausend archivalischen Einheiten, also Schachteln, Faszikeln und Aktenbündeln mit teilweise bis zu tausend Blatt Umfang allein für die Zeit von 1922 bis 1939, dem gesamten Pontifikat Pius' XI., die seit September 2006 im Vatikanischen Geheimarchiv der Forschung zugänglich sind, ist es für den Historiker schlicht unmöglich, eine «Gesamtdarstellung» zum Verhältnis von Vatikan und Nationalsozialismus oder gar eine abschließende Biographie der beiden Pius-Päpste vorzulegen. Wenn dies auf breitester Quellengrundlage methodisch verantwortungsvoll geschehen soll, werden dafür noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte intensiver Arbeit in den Archiven notwendig sein. Die Zielsetzung des vorliegenden Buches ist daher bescheidener. Anhand von fünf ausgewählten Themenfeldern geht es um die historische Rekonstruktion des «view from Rome» auf Deutschland zwischen 1917 und 1939. Denn der «Stellvertreter Christi auf Erden» und seine Mitstreiter sahen sich im Kampf mit den immer gefährlicheren Mächten der Moderne, einem kirchenfeindlichen Liberalismus,

dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Die Lage in Deutschland beobachteten sie durch die römische Brille, die ihre ganz eigene Tönung und ihren ganz eigenen Fokus hatte. Vielen Katholiken erschien die Neuzeit als Kampf zwischen Papst und Teufel.

Die Verleihung des Leibniz-Preises durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Jahr 2003 hat meinen Mitarbeitern und mir hervorragende Möglichkeiten geboten, an den neu zugänglichen Quellen in Rom zu arbeiten. Aus den Vorarbeiten sind unter anderem ein Forschungsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur «Kritischen Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis» der Jahre 1917 bis 1929 und ein Projekt über «Die Katholische Kirche und die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts» im Rahmen des Münsteraner Exzellenzclusters «Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne» hervorgegangen.

Den zahlreichen Diskussionen im Zusammenhang mit diesen Projekten verdankt das vorliegende Buch wesentliche Impulse. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie fruchtbar und anregend konstruktive Gespräche in einem guten Team von Geisteswissenschaftlern unterschiedlichster Disziplinen sein können. Daß ich mit einem solch großen und darüber hinaus auch hervorragenden Team arbeiten darf, hängt sicher damit zusammen, daß mir der Leibniz-Preis und andere Drittmittel viele umfangreiche Forschungsprojekte ermöglichen. Ohne die besondere Förderung durch meine Universität aber wäre eine solche Projektarbeit in bester Kombination von Forschung und Lehre nicht denkbar. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich bei der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bedanken.

Mein Dank richtet sich aber auch an meine Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Welt. Aus der Arbeit an diesem uns alle gemeinsam interessierenden Thema und den Begegnungen in den römischen Archiven ergeben sich immer wieder neue Fragen und Antworten. Stellvertretend seien hier nur genannt Professorin Emma Fattorini, Professor Philippe Chenaux, Professor Matteo Napolitano, Professor Gerald Fogarty und Professor Thomas Brechenmacher. Herzlich möchte ich mich auch bedanken bei Monsignore Alejandro Cifres für die guten Arbeitsmöglichkeiten im Archiv der Kongregation für die Glaubenslehre. Und ein ganz besonderer Dank geht an den Präfekten des Vatikanischen Geheimarchivs, Bischof Sergio Pagano, der mit der Präzision und Unbestechlichkeit eines Archivars

bester Schule ein Vorbild für alle jungen Historikerinnen und Historiker ist und durch seine eigene Arbeit immer wieder belegt, wie wichtig es ist, sich mit den Quellen selbst zu beschäftigen.

Nun aber zu all denen, die ganz konkret an «Papst & Teufel» mitgearbeitet haben. Zunächst möchte ich mich bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen bedanken: bei Privatdozentin Dr. Kirsi Salonen, unserer Frau im Vatikanischen Geheimarchiv, für die unermüdliche Suche nach Quellen und die große Übersicht über die weit verzweigten Bestände; bei Verena Imhorst, meiner Sekretärin, für die Mitarbeit am Manuskript und insbesondere für die vielen in die Datei übertragenen handschriftlichen Korrekturen; bei Dr. Maria Pia Lorenz-Filograno, meiner Fremdsprachenkorrespondentin, für die nicht immer einfachen Übersetzungen der zum Teil kryptischen Quellennotate; bei Elke Surmann, der Sekretärin im Bereich Wissenschaftskommunikation, für die Recherche und Zusammenstellung von Archivalien und Fotographien sowie für das präzise Korrekturlesen.

Auch meinen männlichen Mitarbeitern schulde ich Dank und Anerkennung: Privatdozent Dr. Thomas Bauer, der mir als Geschäftsführer meines Seminars immer den Rücken freihält; Dr. Klaus Unterburger, meinem Wissenschaftlichen Assistenten, der vor allem seine immense Belesenheit und Kenntnis der Theologiegeschichte des 20. Jahrhunderts eingebracht hat; Dr. Thies Schulze, der schon aufgrund seiner profunden Kenntnis der italienischen Geschichte für die Arbeit an den Nuntiaturberichten Pacellis und am Manuskript einen großen Gewinn darstellt; Martin Baxmeyer, der im Exzellenzcluster für das Thema Spanischer Bürgerkrieg zuständig ist und als der «produktive Anarchist» aus unserem Team nicht mehr wegzudenken ist; Dr. Holger Arning, verantwortlich für die Wissenschaftskommunikation, der als Kommunikationswissenschaftler mit Argusaugen und höchster Kompetenz über die Verständlichkeit und Lesbarkeit des Textes gewacht hat und keiner inhaltlichen Diskussion aus dem Weg gegangen ist.

Ohne die intensive Zusammenarbeit mit Dr. Barbara Schüler, der Leiterin meines Büros für Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsmanagement, hätte dieses Buch aber überhaupt nicht geschrieben und abgeschlossen werden können. Bei ihr möchte ich mich für die hervorragende Koordination des ganzen, aber besonders auch für die vielen Streitgespräche und intensiven Diskussionen bedanken. Gleiches gilt

auch für Dr. Ulrich Nolte vom Verlag C.H.Beck. Er hat die notwendige Geduld aufgebracht und es immer wieder verstanden, durch kluge Nachfragen dafür zu sorgen, daß die Konzeption weiterentwickelt wurde. Daß das Lektorat von ihm und seiner Mitarbeiterin Gisela Muhn-Sorge mustergültig ist und man vom Verlag eine Betreuung erhält, wie man sie sich besser nicht wünschen könnte, braucht eigentlich nicht gesagt zu werden.

Ich widme dieses Buch in tiefer Dankbarkeit meinen Eltern Elisabeth und Rupert Wolf zu ihrer Goldenen Hochzeit am 1. Mai 2008. Sie dürfen in diesem Jahr wirklich ein «Jubiläum» begehen!

Münster in Westfalen, im Februar 2008 *Hubert Wolf*

ANHANG

ZEITTAFEL

1914	*27. Mai*	Das Breslauer Domkapitel postuliert Adolf Bertram zum Fürstbischof.
	28. Juni	Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo.
	28. Juli	Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.
	1. Aug.	Generalmobilmachung in Deutschland und Kriegserklärung an Rußland.
	3. Aug.	Deutsche Kriegserklärung an Frankreich, tags darauf Kriegseintritt Großbritanniens.
	20. Aug.	Tod Pius' X. Das Konklave fällt in die ersten Kriegswochen. Die italienische Regierung gewährleistet die Freiheit des Konklaves.
	3. Sept.	Nach mehreren ergebnislosen Wahlgängen wird Giacomo della Chiesa zum Papst gewählt.
	6. Sept.	Mit Rücksicht auf den Krieg wird della Chiesa nicht im Petersdom, sondern in der Sixtinischen Kapelle zum Papst gekrönt. Er nennt sich Benedikt XV.
	13. Okt.	Kardinalstaatssekretär von Benedikt XV. wird Pietro Gasparri.
	14. Okt.	Raffaele Merry del Val wird Sekretär und damit Chef des Heiligen Offiziums. Dieses Amt hat er bis zu seinem Tod 1930 inne.
1916	*27. Jan.*	Gründung des Spartakusbundes in Berlin.
	27. Mai	Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson schildert in einer Rede seine Vorstellungen von einer Weltfriedensordnung mit einem Selbstbestimmungsrecht für alle Völker.
	Nov.	Im Staatssekretariat entsteht die Generalinstruktion für Giuseppe Aversa, der als Nachfolger von Andreas Frühwirth Nuntius in München werden soll.
	18. Nov.	Friedensnote von Woodrow Wilson.
1917	*17. Jan.*	Giuseppe Aversa wird Nuntius in München.
	11. März	Beginn der «Februarrevolution» in Rußland.
	6. April	Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich.
	9. April	Giuseppe Aversa stirbt überraschend.
	17. Mai	Benedikt XV. promulgiert das neue, maßgeblich von Pietro Gasparri und Eugenio Pacelli ausgearbeitete Kirchenrecht, den *Codex Iuris Canonici.*
	29. Mai	Eugenio Pacelli tritt sein Amt als Nuntius in München an. Für ihn gilt ebenfalls die Generalinstruktion vom November 1916.
	19. Juli	Eine von Matthias Erzberger (Zentrum) initiierte Resolution für einen Frieden ohne Annexionen wird mit den Stimmen von Zentrum, Deutscher Fortschrittspartei und SPD angenommen.
	1. Aug.	Friedensappell Benedikts XV.; Eugenio Pacelli, der im Namen des Papstes die Friedensinitiative ausgehandelt hat, muß das Scheitern seiner Bemühungen mit ansehen.
	24. Aug.	Michael Faulhaber, seit 1911 Bischof von Speyer, wird durch Nomination König Ludwigs III. von Bayern Erzbischof von München und Freysing. Seine Inthronisation am 3. September steht ganz im Schatten der Kriegsnot.
	7. Nov.	Beginn der «Oktoberrevolution» in Rußland.
1918	*8. Jan.*	14-Punkte-Programm Woodrow Wilsons.
	3. März	Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland.
	25. April	Achille Ratti wird Apostolischer Visitator in Polen und Litauen.
	16. Juli	Erschießung des Zaren Nikolaus II. und seiner Familie.

	7. Nov.	Kurt Eisner ruft in München die «Volksrepublik Bayern» aus.
	9. Nov.	Reichskanzler Max von Baden verkündet die Abdankung des Kaisers und überträgt sein Amt an Friedrich Ebert (SPD). Philipp Scheidemann (SPD) ruft die demokratische Republik aus, Karl Liebknecht die sozialistische Räterepublik. Vorausgegangen waren diverse Aufstände, unter anderem von Marinesoldaten («Novemberrevolution»).
	11. Nov.	Abschluß des Waffenstillstandes.
	28. Nov.	Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seinen Thronverzicht.
	30. Dez.	In Berlin wird die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet.
1919	*19. Jan.*	Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung.
	25. Jan.	Die Alliierten beschließen die Gründung des Völkerbundes.
	6. Febr.	Die Verfassunggebende Nationalversammlung tritt in Weimar zusammen.
	13. Febr.	Regierungsbildung durch die Parteien der «Weimarer Koalition»: Zentrum, Deutsche Demokratische Partei (DDP) und SPD.
	21. Febr.	Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner wird erschossen, vor allem in München kommt es darauf zu anhaltenden Unruhen.
	2.–6. März	Gründungskongreß der Kommunistischen Internationalen (Komintern) in Moskau.
	23. März	Der ehemalige Sozialist Benito Mussolini gründet die Organisation «Fasci di combattimento».
	7. April	In München wird die Räterepublik ausgerufen.
	29. April	Die Münchener Nuntiatur wird von Kommunisten besetzt.
	2. Mai	Gewaltsames Ende der Münchener Räterepublik.
	6. Juni	Achille Ratti wird Nuntius in Polen. Als er darauf drängt, das Verbot politischer Propaganda seitens des Klerus zu beachten, setzt die polnische Regierung seine Abberufung durch.
	28. Juni	Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles.
	31. Juli	Verabschiedung der Weimarer Verfassung.
	11. Nov.	Tod des Kölner Erzbischofs Felix Kardinal von Hartmann; der Vorsitz der Fuldaer Bischofskonferenz geht an den Breslauer Fürstbischof Adolf Bertram über.
1920	*10. Jan.*	Der Versailler Vertrag tritt in Kraft.
	4. Febr.	Der Vatikan übermittelt der bayerischen Regierung den Entwurf für ein bayerisches Konkordat. Die Verhandlungen dauern bis 1924.
	24. Febr.	Adolf Hitler verkündet das Parteiprogramm der Deutschen Arbeiterpartei (DAP, später NSDAP).
	13.–17. März	Lüttwitz-Kapp-Putsch, in der Folge Generalstreik und Aufstand der Roten Ruhrarmee.
	16. April	Eugenio Pacelli wird zum Nuntius beim Reich in Berlin ernannt. Am 30. Juni wird er sein Beglaubigungsschreiben an Reichspräsident Friedrich Ebert übergeben.
	6. Juni	Bei den ersten Reichstagswahlen erleiden die Parteien der «Weimarer Koalition» erhebliche Verluste.
	11. Aug.	Erste Ökumenische Konferenz («Weltkirchenkonferenz») in Genf. Die römisch-katholische Kirche beteiligt sich nicht.
	18. Nov.	Als Nachfolger für Pacelli in München wird Alberto Vassallo di Torregrossa ernannt. Dieser wird sein Amt aber erst 1925 antreten, um Pacelli die Beendigung der Konkordatsverhandlungen mit Bayern zu ermöglichen.
1921	*13. Juni*	Benedikt XV. ernennt Achille Ratti zum Erzbischof von Mailand und zum Kardinal.
	26. Aug.	Matthias Erzberger wird ermordet.
1922	*22. Jan.*	Tod Benedikts XV.
	6. Febr.	Im 14. Wahlgang des seit dem 2. Februar andauernden Konklave wird Achille Ratti zum Papst gewählt. Er bestätigt am selben Tag Gasparri als Kardinalstaatssekretär.
	12. Febr.	Inthronisation Achille Rattis. Er wählt den Namen Pius XI. Den bei der Vorstellung des Neugewählten üblichen Segen «Urbi et orbi» spendet er erstmals seit 1870 wieder von der

äußeren Loggia des Petersdoms aus.

27./28. Okt. Der «Marsch auf Rom» der italienischen Faschisten beginnt.

30. Okt. Mussolini wird zum Ministerpräsidenten berufen. Die faschistische Umformung des Staates beginnt.

23. Dez. Pius XI. prägt in seiner ersten Enzyklika «Ubi arcano» den Begriff der «Katholischen Aktion». Alle Getauften sollen in strenger Unterordnung unter die Hierarchie zur Ausbreitung und Erneuerung des Reiches Christi auf Erden beitragen.

1923 *11. Jan.* Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet, Beginn des «Ruhrkampfes».

10. März Alfred Rosenberg wird Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters.*

8./9. Nov. In München scheitert der Hitler-Putsch; Hitler wird zu fünf Jahren Haft verurteilt, im Dezember 1924 jedoch vorzeitig entlassen.

16. Nov. Mit einer Währungsreform endet die Zeit der Hyperinflation.

1924 *21. Jan.* Tod Lenins, der in einem Nachtrag zu seinem Testament eindringlich vor Stalin warnt.

29. März Das bayerische Konkordat wird unterzeichnet und löst eine erregte öffentliche Debatte aus.

10. Juni Der italienische Oppositionspolitiker Giacomo Matteotti wird von Personen aus dem engeren Umfeld Mussolinis ermordet. Beginn der «Matteotti-Krise», an deren Ende Mussolini im Jahr 1925 seine totalitäre Herrschaft festigt.

1925 *27. Febr.* Hitler gründet in München die NSDAP neu.

26. April Paul von Hindenburg wird mit 48,3 Prozent der Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Wilhelm Marx, Kandidat der «Weimarer Koalition», unterliegt knapp mit 45,3 Prozent.

24. Juni Das bayerische Konkordat tritt in Kraft.

18. Juli Im Münchener Eher-Verlag erscheint der erste Band von Hitlers *Mein Kampf.*

5.–16. Okt. Die Konferenz von Locarno versucht, die Beziehungen zwischen den Siegermächten und Deutschland zu normalisieren.

18. Aug. Pacelli siedelt als Nuntius endgültig nach Berlin über.

1926 *24. Febr.* Gründung des Priesterwerks «Amici Israel».

24. April Deutschland und die Sowjetunion schließen den «Berliner Vertrag».

15. Nov. Pacelli verfaßt im Auftrag des Heiligen Offiziums einen Bericht über die Ökumenische Bewegung in Deutschland.

6. Dez. Der zweite Band von Hitlers *Mein Kampf* erscheint.

1927 *11. April* In einem Schreiben an die deutschen Bischöfe will das Heilige Offizium allen Katholiken die Mitarbeit in der Ökumenischen Bewegung verbieten. Pacelli gelingt es, den Druck dieses Dokuments zu verhindern.

1928 *2. Jan.* Die «Amici Israel» bitten um eine Reform der Karfreitagsbitte für die Juden.

6. Jan. In der Enzyklika «Mortalium animos» bekräftigt Pius XI., daß nur die katholische Kirche die eine und wahre Kirche Christi sei.

18. Jan. Die Liturgische Kommission der Ritenkongregation stimmt für eine Reform der Karfreitagsfürbitte.

15. Febr. Die Parteien der Mitte-Rechts-Koalition brechen ihre Verhandlungen über ein neues Reichsschulgesetz nach heftigem Streit ab.

7. März Das Heilige Offizium lehnt eine Reform der – Karfreitagsfürbitte für die Juden ab.

25. März Das Dekret des Heiligen Offiziums, in dem Judenhaß und Antisemitismus verurteilt werden, erscheint.

30. März Die italienische Regierung verbietet alle nichtfaschistischen Jugendorganisationen.

9. Dez. Prälat Ludwig Kaas, ein Vertrauter Pacellis, wird zum Vorsitzenden des Zentrums gewählt.

1929 *11. Febr.* Unterzeichnung der Lateranverträge zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl, die aus drei Dokumenten bestehen: einem Abkommen, mit dem der Vatikan zu einem souveränen neutralen Territorium unter päpstlicher Hoheit wird, einem Konkordat und einer finanziellen Übereinkunft. Dadurch wird die «Römische Frage» gelöst.

14. Juni Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen wird unterzeichnet und tritt am 13. August in Kraft.

5. Aug. Pacelli berichtet dem Wiener Nuntius Enrico Sibilia von einem «gewissen Hitler».

24. Okt. Dramatischer Kurssturz an der New Yorker Börse; Beginn der Weltwirtschaftskrise.

18. Nov. Pacelli übersendet seine gut hundertseitige Schlußrelation als Resümee seiner deutschen Jahre nach Rom.

29. Nov. Pacelli schlägt der badischen Regierung den Eintritt in Verhandlungen über ein Konkordat vor.

16. Dez. Pacelli wird zum Kardinal ernannt und nach Rom zurückberufen.

1930 *7. Febr.* Eugenio Pacelli wird Pietro Gasparris Nachfolger als Kardinalstaatssekretär.

14. Febr. Cesare Orsenigo wird zum Nuntius in Berlin ernannt.

29. März Unter Reichskanzler Heinrich Brüning wird das erste Präsidialkabinett gebildet.

Juni Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* erscheint.

18. Juli Der Deutsche Reichstag wird aufgelöst.

14. Sept. Bei den Wahlen zum 5. Deutschen Reichstag erzielt die NSDAP bedeutende Stimmengewinne und wird zur zweitstärksten Partei nach der SPD.

30. Sept. Das Mainzer Generalvikariat erklärt Katholizismus und Nationalsozialismus für unvereinbar. Alle deutschen Bischöfe verurteilen in der Folge den Nationalsozialismus.

5. Okt. Reichskanzler Heinrich Brüning spricht mit führenden Nationalsozialisten über deren mögliche Mitarbeit in der Regierung.

1931 *30. Mai* Mussolini verbietet katholische Laiengruppen. Pius XI. protestiert dagegen heftig.

9. Okt. Bildung des zweiten Kabinetts Brüning.

10. Nov. Unterredung Paul von Hindenburgs und Heinrich Brünings mit Hitler.

9. Dez. Spanien erhält eine neue republikanische Verfassung, die die Rechte der Kirche massiv beschneidet.

1932 *10. April* Wiederwahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten.

29./30. Mai Reichspräsident Hindenburg entläßt Brüning; Bildung des Präsidialkabinetts Franz von Papens.

2. Juni Franz von Papen verläßt das Zentrum und kommt damit seinem Parteiausschluß zuvor.

4. Juni Der Deutsche Reichstag wird aufgelöst.

20. Juli Franz von Papen setzt die geschäftsführende preußische Regierung ab und wird zum Reichskommissar für Preußen ernannt.

31. Juli Bei den Wahlen zum 6. Deutschen Reichstag wird die NSDAP zur stärksten Partei.

9. Sept. Konrad von Preysing wird Bischof von Eichstätt.

12. Sept. Auflösung des Reichstags, nachdem dieser der Regierung Franz von Papens das Mißtrauen ausgesprochen hat.

12. Okt. Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und die badische Regierung unterzeichnen das Konkordat, das am 11. März 1933 in Kraft tritt.

6. Nov. Wahl zum 7. Deutschen Reichstag: Die NSDAP erleidet zwar Stimmenverluste, bleibt aber stärkste Partei.

17. Nov. Das Kabinett Franz von Papen tritt zurück.

3. Dez. Reichspräsident Hindenburg ernennt Kurt von Schleicher zum neuen Reichskanzler.

1933 *28. Jan.* Rücktritt Kurt von Schleichers.

30. Jan. Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, Franz von Papen wird Vizekanzler.

27. Febr. Reichstagsbrand; am Tag darauf werden die Notverordnungen «zum Schutz von Volk und Staat» erlassen.

5. März Wahl zum 8. Deutschen Reichstag: Die NSDAP erzielt zusammen mit der DNVP die absolute Mehrheit.

20./21. März Erste Konzentrationslager in Dachau und Sachsenhausen.

Mitte März Kardinal Michael von Faulhaber verfaßt ein Memorandum zu den Möglichkeiten, die

Unvereinbarkeitserklärung von Katholizismus und Nationalsozialimus zurückzunehmen.

21. März «Tag von Potsdam»: Hindenburg und Hitler inszenieren einen Tag der nationalen Einheit.

23. März Regierungserklärung Hitlers. Der Reichstag, auch das Zentrum, stimmt dem «Ermächtigungsgesetz» («Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich») zu.

28. März Die deutschen Bischöfe nehmen die Verurteilung des Nationalsozialismus zurück.

1. April Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte in Deutschland.

7. April Berufsverbote für Juden und Regimegegner durch das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums».

8. April Ludwig Kaas trifft von Papen im Zug nach Rom. Im Kontext dieser Romreise ist von Verhandlungen über ein Konkordat mit dem Reich die Rede.

12. April Erzabt Raphael Walzer übersendet einen Brief von Edith Stein an Pacelli. Edith Stein bittet den Papst darum, für die verfolgten Juden einzutreten.

20. April Der Brief Edith Steins ist Gegenstand der Audienz Pacellis bei Pius XI. Pacelli schreibt an Walzer, geht aber mit keinem Wort auf die Verfolgung der Juden in Deutschland ein.

24. April Im Staatssekretariat wird entschieden, daß es «sehr heikel» wäre, wenn der Papst gegen die antisemitischen Vorgänge in Deutschland protestiert.

10. Mai Bücherverbrennungen in Deutschland.

30. Mai Die Fuldaer Bischofskonferenz tagt bis zum 1. Juni. Erstmals sind auf ihr alle deutschen Diözesen, auch die bayerischen, vertreten.

5. Juli Das Zentrum löst sich selbst auf. Einparteienstaat.

18. Juli Clemens August Graf von Galen wird vom Münsteraner Domkapitel zum Bischof gewählt.

20. Juli Unterzeichnung des Reichskonkordats.

Sept. Im Staatssekretariat wird ein Gutachten über das Verhältnis von Heiligem Stuhl und Nationalsozialismus angefertigt.

21. Sept. Der am 7. September gegen die «Deutschen Christen» gegründete evangelische Pfarrernotbund, dem bald auch Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer beitreten, konstituiert sich offiziell. Spaltung der evangelischen Kirche in Deutschland.

1934 *24. Jan.* Alfred Rosenberg wird Beauftragter für die weltanschauliche Schulung der NSDAP und ihrer Organisationen.

14. Febr. Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* wird vom Heiligen Offizium auf den *Index der verbotenen Bücher* gesetzt.

30. April Österreich führt eine «ständestaatliche Verfassung» ein.

21. Mai Gründung der «Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung».

29. Mai Erste Synode der Bekennenden Kirche.

14. Juni Erstes Zusammentreffen von Hitler und Mussolini in Venedig.

30. Juni Dem sogenannten «Röhm-Putsch» fallen neben der Führung der SA auch mehrere prominente Katholiken zum Opfer.

2. Aug. Tod Paul von Hindenburgs. Hitler nennt sich fortan «Führer und Reichskanzler».

25. Okt. Das Heilige Offizium befaßt sich mit der Blut- und Rassenlehre des Nationalsozialismus. Der Gutachter Johann Baptist Rabeneck beschäftigt sich in diesem Zusammenhang intensiv mit Hitlers *Mein Kampf*. In der Folge entsteht ein «Syllabus», der eine Generalabrechnung mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts enthält.

1935 *13. Jan.* In einer Volksabstimmung votieren 90 Prozent der Saarländer für eine Wiederangliederung an das Deutsche Reich.

5. April Konrad Graf von Preysing wird Bischof von Berlin.

15. Sept. Die antisemitischen «Nürnberger Gesetze» («Gesetze zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» und «Reichsbürgergesetz») entrechten und diskriminieren die jüdische Bevölkerung Deutschlands.

3. Okt. Beginn des italienischen Krieges gegen Abessinien.

1936	*7. März*	Deutsche Truppen marschieren in das entmilitarisierte Rheinland ein.
	17. Juli	Beginn des Spanischen Bürgerkrieges.
	1. Aug.	Hitler eröffnet die Olympischen Spiele in Berlin.
	6. Sept.	Clemens August von Galen formuliert in seiner Predigt bei der Xantener Wallfahrt ein Recht auf einen legitimen kirchlichen Widerstand gegen ein Unrechtsregime.
	1. Nov.	Mussolini spricht erstmals von der «Achse Berlin-Rom». Beginn einer weiteren Annäherung zwischen Deutschland und Italien.
	18. Nov.	Die Kardinäle des Heiligen Offiziums entscheiden, den «Syllabus» «auf unbestimmte Zeit» zu vertagen. Trotzdem will man sich weiter mit dem Thema beschäftigen.
1937	*14. März*	In der Enzyklika «Mit brennender Sorge» verurteilt Pius XI. den Nationalsozialismus. Die Enzyklika wird am 21. März von den deutschen Kanzeln verlesen.
	19. März	Die Enzyklika «Divini Redemptoris» gegen den Kommunismus erscheint.
	26. April	Die «Legion Condor» zerbombt Guernica.
	2. Juni	Der «Syllabus» wird endgültig vertagt. Pius XI. bestätigt am 4. Juni diesen Beschluß der Kardinäle.
	25. Sept.	Beginn eines fünftägigen Staatsbesuches Mussolinis in München.
	13. Dez.	Pacelli wird Camerlengo des Kardinalkollegiums.
1938	*12./13. März*	Deutsche Truppen marschieren in Österreich ein; «Anschluß» an das Deutsche Reich.
	10. April	In einer Audienz bei Pius XI. ist von einer Exkommunikation Hitlers die Rede.
	13. April	Ein Reskript der Studienkongregation mit acht Thesen zum Rassismus, die auf den Arbeiten des Heiligen Offiziums zum Syllabus basieren, wird an die katholischen Fakultäten zur Diskussion verschickt.
	3. Mai	Beginn eines Staatsbesuches Hitlers in Rom. Pius XI. zieht sich nach Castel Gandolfo zurück.
	22. Juni	Pius XI. beauftragt die Jesuiten John La Farge, Gustav Gundlach und Gustave Desbuquois mit der Abfassung eines Lehrschreibens gegen den Rassismus. Die «verschwundene Enzyklika» erscheint jedoch nie.
	1. Okt.	Nach der «Münchener Konferenz» marschiert die Wehrmacht in das Sudetengebiet ein.
	9./10. Nov.	Antijüdische Pogromnacht in Deutschland.
	17. Nov.	In Italien wird das «Gesetz zur Verteidigung der Rasse» erlassen.
1939	*10. Jan.*	Pius XI. setzt sich bei den nordamerikanischen Kardinälen für jüdische Wissenschaftler und Studenten ein.
	30. Jan.	Hitler droht für den Fall eines erneuten Kriegs mit der «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa».
	10. Febr.	Tod Pius' XI.
	11. Febr.	Pius XI. plante, seine Rede zum 10. Jahrestag des Abschlusses der Lateranverträge für eine Generalabrechnung mit dem Faschismus zu nutzen. Pacelli als Camerlengo läßt die bereits gedruckte Rede vernichten.
	2. März	Eugenio Pacelli wird zum Papst gewählt und nimmt den Namen Pius XII. an.

ANMERKUNGEN

Die in den Literaturhinweisen aufgeführten Titel werden in den Anmerkungen in Kurzform zitiert.

Papst und Teufel?

1 Nostre Informazioni [Bericht über die Audienz vom 15. Mai 1929], in: L'Osservatore Romano Nr. 114 vom 16. Mai 1929, S. 3. Danach das Folgende.

2 Santa Sede e Nazionalsocialismo: Dottrina e politica o. D. [Herbst 1933]; Archivio Segreto Vaticano, Vatikanstadt (künftig: ASV), Archivio della Congregazione degli Affari Ecclesiastici Straordinari (künftig: A. E. S.), Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 160, fol. 11–15 (nur r).

3 Voegelin, Religionen, S. 6f.

4 Conrad Gröber, Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen, Freiburg i. Br. 1940, S. 601.

5 Viertes Laterankonzil, Konstitution über den katholischen Glauben, in: Dekrete der Ökumenischen Konzilien, besorgt von Giuseppe Alberigo u.a. Bd. 2: Konzilien des Mittelalters, hg. von Josef Wohlmuth, Paderborn u.a. 2000, S. 230f., hier S. 230.

6 Engelbert Krebs, Art.: Teufel, in: Lexikon für Theologie und Kirche[1] 10 (1938), Sp. 10–17, hier Sp. 11.

7 Conrad Gröber, Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen, Freiburg i. Br. 1940, S. 93.

8 Annuario Pontificio per l'anno 1930, Vatikanstadt 1930, S. 29.

9 Rede von Kardinal Riarius Sforza auf dem Ersten Vatikanischen Konzil vom 12. Dezember 1869, in: Collectio Conciliorum recentiorum Ecclesiae Universae, hg. von Ludovico Petit/Ioanne Baptista Martin (Mansi 53), Arnheim/Leipzig 1927, Bd. 17, S. 401.

10 Rede von Bischof Bartholomaeus d'Avanzo auf dem Ersten Vatikanischen Konzil vom 20. Juni 1870, in: ebd. Bd. 16 (Mansi 52), S. 760–767, hier S. 767.

11 August Bernhard Hasler, Wie der Papst unfehlbar wurde. Macht und Ohnmacht eines Dogmas, München/Zürich 1979, S. 19.

12 Erstes Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über den katholischen Glauben «De fide catholica». Dritte Sitzung vom 24. April 1870, in: Dekrete der Ökumenischen Konzilien, besorgt von Giuseppe Alberigo u.a. Bd. 3: Konzilien der Neuzeit, hg. von Josef Wohlmuth, Paderborn u.a. 2002, S. 804–811, hier S. 806.

13 Erstes Vatikanisches Konzil, Erste dogmatische Konstitution über die Kirche Christi «Pastor aeternus». Vierte Sitzung vom 18. Juli 1870, in: ebd. S. 811–816, hier S. 811, S. 812 und S. 816.

14 Zitiert nach Martin Hülskamp, Art.: Tiara, in: Lexikon für Theologie und Kirche[3] 10 (2001), Sp. 20.

15 Theologe: Papst Pius XII. wollte Hitler vom Teufel befreien; dpa-Meldung vom 23. Januar 2002, 15.17 Uhr (pl bdt dpa 387).

16 Dan Brown, Illuminati. Aus dem Amerikanischen von Axel Merz, Bergisch Gladbach [33]2006, S. 249–251.

1. Das Böse neutralisieren? Vattikanische Diagnosen und Rezepte für Deutschland (1917–1929)

1 Istruzioni per Monsignore Giuseppe Aversa Nunzio Apostolico di Baviera vom November 1916; ASV, Archivio della Nunziatura di Monaco (künftig: ANM) Vol. 257, Fasz. 10, fol. 1–108. Hervorhebungen im Original. Danach das Folgende.

2 Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters Pius X., durch göttliche Vorsehung Papst, über die Lehren der Modernisten vom 8. September 1907 «Pascendi dominici gregis», Freiburg i. Br. 1907, S. 83.

3 Eugenio Pacelli, Im Dienste des Friedens, 29. Mai 1917, in: Pacelli, Reden, S. 25–27, hier S. 26.

4 Vgl. als Beispiel Pacelli an Benigni vom 8. Juni 1912; ASV, Fondo Benigni Vol. 36, fol. 45r.

5 Pacelli an Gasparri vom 8. September 1919; ASV, A.E.S., Germania, 3. periodo, Pos. 1665, Fasz. 878, fol. 7r–13r, hier fol. 9v.

6 Scottà, Diario Bd. 1, S. 469.

7 Gasparri an Pacelli vom 15. Mai 1917; ASV, ANM Vol. 329, Fasz. 1, fol. 37r–v.

8 Istruzioni per Monsignore Giuseppe Aversa Nunzio Apostolico di Baviera vom November 1916; ASV, ANM Vol. 257, Fasz. 10, fol. 1–108. Danach das Folgende.

9 Pacelli an Gasparri vom 30. Juni 1917; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 3. periodo, Pos. 1317, Fasz. 470, fol. 111r–120v, hier fol. 112r.

10 Kanon 329 § 2, in: Codex Iuris Canonici. Pii X Pontificis Maximi iussu digestus Benedicti Papae XV auctoriate promulgatus, Vatikanstadt 1917.

11 Pacelli, Lage, S. 218–223. Danach das Folgende.

12 Ebd. S. 240–242. Danach das Folgende.

13 Ebd. S. 248–253. Danach das Folgende.

14 Ebd. S. 229.

15 Pacelli an Vassallo di Torregrossa vom 27. Juli 1932; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 185, Fasz. 31, fol. 28r–v.

16 Triennalliste des Domkapitels von München und Freising vom 18. Juni 1926; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 165, Fasz. 14, fol. 9r–v.

17 Triennalliste des Domkapitels von Speyer vom 21. Mai 1926; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 165, Fasz. 14, fol. 20r–26r.

18 Protokoll der Sitzung der Freisinger Bischofskonferenz vom 7. bis 9. September 1926; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 165, Fasz. 14, fol. 52r–55v, 56r–59v, 60r, 61r.

19 Vgl. die entsprechenden Triennallisten; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 165, Fasz. 14 und 15.

20 Vassallo di Torregrossa an Pacelli vom 16. August 1932; ASV, A.E.S.,Baviera, 4. periodo, Pos. 185, Fasz. 31, fol. 36r–37r.

21 Held an Ritter zu Groenesteyn vom 16. Juli 1932; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 185, Fasz. 31, fol. 32r.

22 Pacelli an Ritter zu Groenesteyn vom 30. August 1932 (Entwurf); ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 185, Fasz. 31, fol. 34r.

23 Zur Berliner Bischofswahl von 1933 vgl. ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 648, Fasz. 192.

24 Zur Berliner Bischofswahl von 1935 vgl. ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 674, Fasz. 234. Dazu auch Brechenmacher, Teufelspakt, S. 624–628.

25 Pacelli an Preysing vom 27. November 1935; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 674, Fasz. 185, fol. 80r–v.

26 Die Encyclica Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. vom 8. December 1864 und der Syllabus (die Zusammenstellung der 80 hauptsächlichsten Irrthümer unserer Zeit) und die wichtigsten darin angeführten Actenstücke, Köln ^{2}1865, S. 51–74, hier S. 53.

27 Pacelli, Lage, S. 109.
28 Ebd. S. 103.
29 Ebd. S. 105.
30 Ebd. S. 139.
31 Ebd. S. 141.
32 Ebd. S. 117.
33 Ebd. S. 111.
34 Ebd. S. 139 und S. 141.
35 Ebd. S. 147.
36 Ebd. S. 173 und S. 179.
37 Ebd. S. 131.
38 Ebd.
39 Ebd. S. 135.
40 Ebd. S. 137.
41 Julius Bachem, Wir müssen aus dem Turm heraus, in: Historisch-Politische Blätter 137 (1906), S. 376–386.
42 Pacelli, Lage, S. 163 und S. 165.
43 Zitiert nach Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914, Bd. 3, Köln 1927, S. 413.
44 Brüning, Memoiren, S. 358.
45 Ebd. S. 135f.
46 Pacelli an das Staatssekretariat vom 20. Februar 1919; ASV, Archivio della Nunziatura di Berlino (künftig: ANB) Vol. 91, Fasz. 2, fol. 35r–36v, hier fol. 36v.
47 Gasparri an Pacelli vom 12. September 1924; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 1r.
48 Pacelli an Gasparri vom 22. Oktober 1924; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 359, Fasz. 248, fol. 11r-2or, hier fol. 15r, 16v, 17r, 18r.
49 Gasparri an Pacelli vom 29. April 1925; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 87r.
50 Pacelli an Gasparri vom 22. Mai 1925; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 359, Fasz. 248, fol. 24r-25r, hier fol. 25r.
51 Gasparri an Pacelli vom 28. Mai 1925; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 95r–96r, hier fol. 95v–96r.
52 Ebd. fol. 96r.
53 Gasparri an Pacelli vom 17. September 1925; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 145r.
54 Pacelli an Gasparri vom 6. September 1925; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 359, Fasz. 248, fol. 49r–50v, hier fol. 50r (Ausfertigung); ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 137r–138v, hier fol. 138r (Entwurf).
55 Pacelli an Gasparri vom 9. Dezember 1925; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 359, Fasz. 248, fol. 57r–60r (Ausfertigung); ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 4, fol. 53r–54r, hier fol. 54r (Entwurf).
56 Pacelli an Gasparri vom 1. Dezember 1925; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 4, fol. 49r–52r.
57 Pacelli an Pizzardo vom 6. Januar 1927; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 163r–164r, hier fol. 163v und 164r.
58 Pacelli, Lage, S. 171. Hervorhebung im Original.
59 Koalitionsverbreiterung? Stegerwald gegen Spahn, in: Germania Nr. 536 vom 17. November 1926, S. 1f., hier S. 1.
60 Pacelli an Pizzardo vom 6. Januar 1927; ASV, ANB Vol. 92, Fasz. 6, fol. 164r–v.
61 Pacelli, Lage, S. 167 und S. 169. Hervorhebung im Original.
62 Ebd. S. 249. Hervorhebung im Original.

63 Eugenio Pacelli, Zurück nach Rom, 10. Dezember 1929, in: Pacelli, Reden, S. 187–190, hier S. 190.
64 Reinhard, Anthropologie, S. 67.
65 Pacelli an Gasparri vom 25. August 1926; ASV, A.E.S., Germania, 3. periodo, Pos. 559, Fasz. 76, fol. 72r–75v, hier fol. 72r–v.
66 Pacelli an Gasparri vom 29. Mai 1917; ASV, ANM Vol. 328, Fasz. 2, fol. 1r.
67 Pacelli an Gasparri vom 30. Juni 1917; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 3. periodo, Pos. 1317, Fasz. 470, fol. 111r–120v, hier fol. 111r.
68 Pacelli an Gasparri vom 30. April 1919; ASV, A.E.S., Baviera, 3.periodo, Pos. 62, Fasz. 40, fol. 42r–45v, hier fol. 42v und fol. 45r.
69 Pacelli an Gasparri vom 5. Oktober 1920; ASV, A.E.S., Germania, 3. periodo, Pos. 1706, Fasz. 894, fol. 2r–4r, hier fol. 2v.
70 Pacelli an Gasparri vom 29. März 1923; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 151, Fasz. 2, fol. 68r–69v, hier fol. 68v.
71 Pacelli an Gasparri vom 26. April 1924; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 546, Fasz. 69, fol. 43r–44r, hier fol. 43r.
72 Pacelli an Gasparri vom 30. April 1919; ASV, A.E.S., Baviera, 3.periodo, Pos. 62, Fasz. 40, fol. 42r–45v, hier fol. 45v.
73 Pacelli an Gasparri vom 18. April 1919; ASV, A.E.S., Baviera, 3.periodo, Pos. 62, Fasz. 40, fol. 36r–38v, hier fol. 36v–37r.

2. Perfide Juden? Streit im Vatikan über den Antisemitismus (1928)

1 Goldhagen, Kirche, S. 391, Anm. 15.
2 Dekret vom 25. März 1928, in: Acta Apostolicae Sedis 20 (1928), S. 103.
3 Anselm Schott, Das Meßbuch der heiligen Kirche. Lateinisch und Deutsch mit liturgischen Erklärungen, Freiburg i. Br. [31/32]1927.
4 Missale Romanum ex decreto sacrosancti Concilii Tridentini restitutum. Editio secunda juxta editionem typicam. Regensburg 1887, S. 152.
5 Pius Bihlmeyer (Hg.), Das Meßbuch der heiligen Kirche lateinisch und deutsch mit liturgischen Erklärungen. Freiburg i. Br. [25]1923, S. 341.
6 Faulhaber an van Leer vom 30. Januar 1930 sowie vom 21. April 1930; Erzbischöfliches Archiv München (künftig: EAM), Nachlaß (künftig: NL) Faulhaber 6284.
7 Werbeschreiben «Pax super Israel» [1926] im Umfang von 3 Seiten; EAM NL Faulhaber 6284.
8 Pax super Israel, Rom 1928; Archivio della Congregazione per la Dottrina della Fede, Vatikanstadt (künftig: ACDF), Sanctum Officium (künftig: SO) Rerum Variarum (künftig: RV) 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 16/2. Danach das Folgende. Vgl. auch die Zusammenfassung der Schrift, die ein Mitarbeiter des Heiligen Offiziums für die Beratungen der Kongregation fertigte; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 17.
9 Vgl. dazu EAM, NL Faulhaber 4500 und 4501. Die Verbindung mit demselben wird in dem «Status Operis» genannt; ACDF, SO RV 1928 N°2 Fasz. 1, Nr. 22.
10 Faulhaber an Asseldonk vom 20. April 1927; EAM, NL Faulhaber 6284.
11 Lateinische Zusammenfassung des Homiletischen Kurses von Faulhaber o. D. [1927/28]; ACDF, SO RV N° 2 Fasz. 1, Nr. 23. Ein Exemplar, registriert vom Heiligen Offizium am 13. März 1928, findet sich bei den Akten. Danach das Folgende.

12 Gariador und Asseldonk an Pius XI. vom 2. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 2.

13 Fürbittformular; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 4.

14 Promemoria explicative o. D. [registriert vom Heiligen Offizium am 27. Januar 1928]; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 6.

15 Gariador und Asseldonk an Pius XI. vom 2. Januar 1928 mit Vermerk des Sekretärs der Ritenkongregation: «Ad R. P. Abb. Ilde. Schuster OSB, Consultorem pro studio et voto»; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 2.

16 Poorthuis/Salemink, van Leer, S. 277; Poorthuis/Salemink, Himmelreich, S. 58.

17 Promemoria; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 5. Danach das Folgende.

18 Totius Latinitatis Lexicon, consilio et cura Jacobi Facciolati, opera et studio Aegidii Forcellini, Bd. 3, Schneeberg [3]1833, S. 346.

19 Marcus Magistretti (Ed.), Manuale Ambrosianum ex codice saec. XI olim in usum canonicae vallis Travalliae in duas partes. Pars altera, Mailand 1904, S. 194.

20 Schuster an Mariani vom 16. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 9. Zu Mariani, von 1925 bis 1929 Sekretär der Ritenkongregation, konnten keine biographischen Daten ermittelt werden.

21 Auftrag des Sekretärs der Ritenkongregation an Monsignore Luigi Grammatica vom 9. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 6.

22 Giovanni Castoldi an Luigi Grammatica vom 16. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 7.

23 Variazioni o. D. [als Beilage 2 von der Ritenkongregation an das Heilige Offizium übersandt und dort am 27. Januar 1928 registriert]; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 8.

24 Beschluß der Liturgischen Kommission der Ritenkongregation vom 18. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 3.

25 Mariani an Canali vom 25. Januar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 1.

26 Gutachten von Sales; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 15. Danach das Folgende.

27 Einladungskarte zur Jahresversammlung [privates Exemplar von Merry del Val]; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 13.

28 Eine Seite maschinenschriftliche Informationen über die Amici, wohl vom Assessor, der berichtet, Monsignore Palica habe im Heiligen Offizium darüber referiert; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 18.

29 Brevissimo riassunto di questa prima communicazione periodica del Comitato Centrale degli Amici d'Israele; ACDF, SO RV 1928 N°2 Fasz. 1, Nr. 17.

30 «Amici d'Israele», Alcune proposizioni erronee o mal sonanti riscontrate nell'Opuscolo dall motto «Pax super Israel» o. D.; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 16/2. Danach das Folgende.

31 Konsultorenversammlung Feria Secunda vom 27. Februar 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 19.

32 Votum von Merry del Val für die Kardinalsplenaria Feria Quarta vom 7. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 20. Danach das Folgende.

33 Protokoll der Sitzung der Kardinalskongregation Feria Quarta vom 7. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 21.

34 Protokoll der Audienz des Assessors bei Pius XI. vom 8. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 21bis. Danach das Folgende.

35 Italienische Fassung des Dekrets für die Sitzung am 14. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 25.

36 Modificazioni al surreferito Schema di Decreto … da alcuni Eminentissimi Cardinali; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 27[bis]; Übersetzung nach Brechenmacher, Vatikan, S. 160.

37 Protokoll der Audienz von Merry del Val bei Pius XI. vom 15. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 27.

38 Dekret vom 25. März 1928, in: Acta Apostolicae Sedis 20 (1928), S. 103. Danach das Folgende.

39 Protokoll der Audienz von Merry del Val bei Pius XI. vom 15. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 27.

40 Protokoll der Sitzung des Heiligen Offiziums und der nachfolgenden Audienz bei Pius XI. vom 20./21. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 34.

41 Protokoll der Unterredung von Lottini mit Schuster vom 16. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 29.

42 Eigenhändiges Unterwerfungsschreiben Schusters an Lottini vom 16. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 1, Nr. 30.

43 Protokoll der Unterredung von Alfonso Gasparini mit Gariador vom 3. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 39.

44 Unterwerfungsschreiben Abt Gariadors vom 11. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 41.

45 Protokoll des Gesprächs von Asseldonk mit Lottini vom 28. März 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 38.

46 Unterwerfungsschreiben Asseldonks vom 12. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 42.

47 Offizieller Unterwerfungsakt Asseldonks im Namen der ganzen Direktion der Amici Israel vom 13. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 43.

48 Beschluß der Kardinäle vom 14. April 1928 im Hinblick auf die beiden Schreiben Asseldonks; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 44.

49 Protokoll der Vermahnung Asseldonks durch Alfonso Gasparini vom 17. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 46.

50 Protokoll der Sitzung der Kardinäle des Heiligen Offiziums Feria Quarta vom 18. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 2, Nr. 47.

51 Jewish World vom 16. April 1928; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 3, Nr. 48.

52 D. Mondrone, Il padre Enrico Rosa D.C.D.G. In memoriam patris, in: Civiltà Cattolica 89,4 (1938), S. 481–496.

53 Enrico Rosa, Il pericolo Giudaico e gli «Amici d'Israele», in: Civiltà Cattolica 79,2 (1928), S. 335–344; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 3, Nr. 49. Danach das Folgende.

54 Enrico Rosa, Semitismo e antisemitismo. A propositio del decreto del Sant'Uffizio su «gli Amici di Israele», in: L'Avvenire d'Italia Nr. 128 vom 30. Mai 1928, S. 2; ACDF, SO RV 1928 N° 2 Fasz. 3, Nr. 50.

55 Gustav Gundlach, Art.: Antisemitismus, in: Lexikon für Theologie und Kirche[1] 1 (1930), Sp. 504f.

56 Altermatt, Katholizismus, S. 51.

57 Ebd. S. 55.

58 Anselm Schott, Das Meßbuch der heiligen Kirche. Mit liturgischen Erklärungen und kurzen Lebensbeschreibungen der Heiligen. Neubearbeitet von Mönchen der Erzabtei Beuron, Freiburg i. Br. [43]1937, S. 330.

59 Erklärung der Ritenkongregation vom 10. Juni 1948, in: Acta Apostolicae Sedis 40 (1948), S. 342.

60 Die Feier der Heiligen Woche (Beiheft zum Laudate), Münster 1956; Das vollständige Römische Meßbuch lateinisch und deutsch mit allgemeinen und besonderen Einführungen im Anschluß an das Meßbuch von Anselm Schott herausgegeben von Benediktinern der Erzabtei Beuron, Freiburg i. Br. 1956, S. 392.

61 Karl Rahner/Herbert Vorgrimler, Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanums mit Einführungen und ausführlichem Sachregister, Freiburg i. Br. [13]1979, S. 351.

62 Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen «Nostra aetate» vom 28. Oktober 1965, in: Das Zweite Vatikanische Konzil. Konstitutionen, Dekrete und Erklärungen. Lateinisch und Deutsch, Teil II (Lexikon für Theologie und Kirche. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage), Freiburg i. Br. 1967, S. 488–495, hier S. 493 und S. 495.

63 Meßbuch. Die Feier der heiligen Messe. Für die Bistümer des deutschen Sprachgebietes. Teil I: Die Sonn- und Feiertage deutsch und lateinisch. Die Karwoche deutsch, Einsiedeln u.a. 1975, S. 48.

64 Verzeihen ist Voraussetzung zur Versöhnung. Inständiges Gebet und besinnliche Stille, in: L'Osservatore Romano (Deutsche Ausgabe) Nr. 11 vom 17. März 2000, S. 6.

65 Benedikt XVI., Apostolisches Schreiben «Summorum pontificum» vom 7. Juli 2007 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhles 178), Bonn 2007, S. 11.

66 Nota della Segretaria di Stato, in: L'Osservatore Romano Nr. 31 vom 6. Februar 2008, S. 1.

3. Der Pakt mit dem Teufel? Das Reichskonkordat und seine Vorgeschichte (1930–1933)

1 ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 340–355.

2 ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 356–364.

3 Charles-Roux, Huit ans, S. 70.

4 Audienz vom 11. August 1936; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 353, fol. 62r.

5 La Santa Sede e la situazione religiosa in Spagna, in: L'Osservatore Romano Nr. 186 vom 11. August 1936, S. 1.

6 Charles-Roux, Huit ans, S. 74.

7 Pacelli an Gasparri vom 12. November 1923; ASV, ANM Vol. 396, Fasz. 7, fol. 5r.

8 Pacelli an Gasparri vom 14. November 1923; ASV, ANM Vol. 396, Fasz. 7, fol. 6r–7v (Entwurf); ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 151, Fasz. 3, fol 9r–10r (Ausfertigung).

9 Pacelli an Gasparri vom 1. Mai 1924; ASV, ANM Vol. 396, Fasz. 7, fol. 79r–v (Entwurf); ASV, A.E.S., Germania, 4.periodo, Pos. 546, Fasz 69, fol. 49r–v (Ausfertigung).

10 Pacelli an Sibilia vom 5. August 1929; ASV, ANB Vol. 94, Fasz. 1, fol. 682r–683r.

11 Audienz vom 9. Januar 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 356, fol. 20r–v.

12 Audienz vom 6. März 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 356, fol. 57r–v.

13 Audienz vom 13. März 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 356, fol. 64r–65v.

14 Vgl. als Beispiel Audienz vom 19. Juni 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 357, fol. 9r–10v.

15 Audienz vom 10. Juli 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 357, fol. 21r–v.

16 Vgl. als Beispiel Audienz vom 11. November 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 357, fol. 54r–55r.
17 Audienz vom 18. Dezember 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 357, fol. 77r–78r.
18 Audienz o. D. [Anfang Januar 1932]; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 357, fol. 87r–88r.
19 Audienz vom 1. April 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 2r–3v.
20 Audienz vom 29. April 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 13r–14r.
21 Audienz vom 20. Mai 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 25r–26v.
22 Audienz vom 24. Juni 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 42r–v.
23 Audienz vom 2. September 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 72r–73r.
24 Audienz vom 21. Oktober 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 79r–80v.
25 Audienz vom 28. Oktober 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 83r–86v.
26 Audienz vom 11. November 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 358, fol. 96r–99v.
27 Brüning, Memoiren, S. 358.
28 Vgl. dazu Besier, Heiliger Stuhl, S. 140–145, S. 152–162; Sale, Hitler, S. 275–313. Eine Edition aller Berichte Orsenigos bereitet Thomas Brechenmacher in Zusammenarbeit mit dem DHI Rom und der Kommission für Zeitgeschichte vor; vgl. www.dhi-roma.it/denq.html.
29 Vgl. Brechenmacher, Teufelspakt, S. 605–607 mit zahlreichen Nachweisen.
30 Orsenigo an Pacelli vom 16. September 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4.periodo, Pos. 606, Fasz. 117, fol. 18r–19v.
31 Schreiben des Generalvikars des Bistums Mainz, Philipp Jakob Meyer, an die Gauleitung der NSDAP des Gaues Hessen-Darmstadt über die Gründe für das Verbot der Parteizugehörigkeit für Katholiken vom 30. September 1930, in: Gruber, Kirche, S. 2–4, hier S. 2 und S. 3.
32 Orsenigo an Pacelli vom 8. Oktober 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4.periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 3r–4r.
33 Notiz Pizzardos zur Weisung an Orsenigo vom 13. Oktober 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 11r. Vgl. Brechenmacher, Teufelspakt, S. 603.
34 Pizzardo im Auftrag Pacellis an Orsenigo vom 13. Oktober 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 11r.
35 Orsenigo an Pacelli vom 8. Dezember 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 19r–20v.
36 Orsenigo an Pacelli vom 29. Dezember 1930; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 604, Fasz. 112, fol. 49r.
37 Orsenigo an Pacelli vom 27. Januar 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 25r–26r.
38 Bericht über die Verhandlungen der Diözesansynode für die Erzdiözese München und Freising über den Nationalsozialismus vom 19. November 1930, in: Gruber, Kirche, S. 4f., hier S. 5.
39 Anweisung der bayerischen Bischöfe an den Klerus über seine Haltung zum Nationalsozialismus vom 10. Februar 1931, in: Gruber, Kirche, S. 6–8, hier S. 7 und S. 8.

40 Vassallo di Torregrossa an Pacelli vom 17. Februar 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 27r–v.

41 Erklärung der Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz über den Nationalsozialismus vom 19. März 1931, in: Gruber, Kirche, S. 9–11, hier S. 11.

42 Orsenigo an Pacelli vom 8. März 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 33r–v.

43 Orsenigo an Pacelli vom 11. Oktober 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 604, Fasz. 112, fol. 84r–85r.

44 Orsenigo an Pacelli vom 21. November 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 604, Fasz. 112, fol. 92r–94r.

45 Orsenigo an Pacelli vom 23. Januar 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 604, Fasz. 113, fol. 41r–42v.

46 Audienz vom 19. Dezember 1930; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 340, fol. 98r.

47 Audienz vom 12. April 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 342, fol. 8v–9v.

48 Audienz vom 20. Dezember 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 344, fol. 47v.

49 Audienz vom 3. Februar 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 341, fol. 35r.

50 Audienz vom 2. Mai 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 342, fol. 21r; Göring an Pacelli vom 30. April 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 38r. Danach das Folgende. Vgl. dazu auch Besier, Heiliger Stuhl, S. 152–156

51 Aktennotiz Pizzardos vom 3. Mai 1931; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 138, fol. 40r–v.

52 Audienz vom 6. Juli 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 343, fol. 3r–v.

53 Audienz vom 15. November 1931; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 344, fol. 12r–v.

54 Audienz vom 6. August 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 346, fol. 36r.

55 Audienz vom 17. April 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 345, fol. 38r.

56 Audienz vom 29. April 1932; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 345, fol. 49r.

57 Audienz vom 1. Februar 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 35r–36r.

58 Kundgebung der deutschen Bischöfe über die Haltung zum Nationalsozialismus vom 28. März 1933, in: Gruber, Kirche, S. 39f.

59 Scholder, Altes, S. 194.

60 Vgl. dazu Sale, Hitler, S. 31–62 und Besier, Heiliger Stuhl, S. 169–199. Beiden standen allerdings nur die Nuntiaturberichte zur Verfügung. Eine Auswahl der Audienzen Pacellis beim Papst und mit den Botschaftern hatte bereits Volk, Reichskonkordat, benutzen können, freilich macht er keine genauen Angaben des Fundortes.

61 Audienz vom 3. Februar 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 37r–39v. Danach das Folgende.

62 Orsenigo an Pacelli vom 7. Februar 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 13r–14v.

63 Orsenigo an Pacelli vom 16. Februar 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 18r–19v.

64 Orsenigo an Pacelli vom 22. Februar 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 62r–63v.

65 Audienz vom 10. Februar 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 43–46v.

66 Audienz vom 24. Februar 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 54r–57v.

67 Audienz vom 8. Februar 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 42r–v.

68 Audienz vom 4. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 66r.

69 Audienz vom 4. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 3r. Vgl. auch Volk, Reichskonkordat, S. 64, Anm. 24.

70 Charles-Roux an Paul-Boncour vom 7. März 1933, in: Volk, Reichskonkordat, S. 65, Anm. 25.

71 Faulhaber an den bayerischen Episkopat vom 24. März 1933, in: Stasiewski (Hg.), Akten Bd. 1, S. 16–18, hier S. 17.

72 Audienz vom 4. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 66rv.

73 Orsenigo an Pacelli vom 7. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 21r–22r. Zur Wahl vgl. Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 178f. Gründliche Analyse des Berichts Orsenigos bei Brechenmacher, Teufelspakt, S. 610, Anm. 49.

74 Orsenigo an Pacelli vom 16. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 159, fol. 69r–70r.

75 Pacelli an Orsenigo vom 19. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 159, fol. 73v.

76 Audienz vom 14. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 68r–69v.

77 Audienz vom 17. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 11v.

78 Audienz vom 17. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 72r.

79 Audienz vom 17. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 70r–71v.

80 Orsenigo an Pacelli vom 22. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 31r–32v.

81 Memorandum Faulhabers [eigenhändige Ausfertigung] o. D. [Mitte März 1933]; ASV, A.E.S., Germania, 4.periodo, Pos. 643, Fasz. 159, fol. 119r–121v. Hervorhebung im Original. Danach das Folgende. Eine auf dem stenographischen Entwurf beruhende Fassung aus EAM, NL Faulhaber, hat bereits Volk, Reichskonkordat, S. 221–223, publiziert. Hier ist allerdings im Druck des ersten und zweiten Teils einiges durcheinander geraten.

82 Audienz vom 27. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 82r.

83 Regierungserklärung des Reichskanzlers Hitler bei der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes vor dem Reichstag vom 23. März 1933, in: Gruber, Kirche, S. 34f.

84 Audienz vom 25. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 15r–16v.

85 Audienz vom 28. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 82v–83v.

86 Orsenigo an Pacelli vom 24. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 645, Fasz. 162, fol. 11r–12r. Vgl. Edition und Übersetzung dieses Dokuments bei Volk, Akten, S. 3–5 (hier noch ohne Angabe der Signatur im ASV).

87 Audienz vom 28. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 18r–19r.

88 Orsenigo an Pacelli vom 26. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 139, fol. 77r–78r.

89 Orsenigo an Pacelli vom 29. März 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 621, Fasz. 140, fol. 2r–3v.

90 Kundgebung der deutschen Bischöfe über die Haltung zum Nationalsozialismus vom 28. März 1933, in: Gruber, Kirche, S. 39f.

91 Audienz vom 31. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 20r.

92 Audienz vom 31. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 359, fol. 84r–85v.

93 Audienz vom 31. März 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 20r.

94 Scholder, Altes, S. 193.

95 Pacelli an Vassallo di Torregrossa vom 29. März 1933; ASV, ANM Vol. 418 Fasz. 4, fol. 39r.

96 Orsenigo an Pacelli vom 2. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 645, Fasz. 162, fol. 13r–14v.

97 Orsenigo an Pacelli vom 8. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 70r–71r.

98 ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, passim.

99 Handschriftliche Notiz Gasparris vom 30. Juni 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 645, Fasz. 163, fol. 20r. Hervorhebung im Original.

100 Pacelli an Schioppa vom 15. Juli 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 645, Fasz. 166, fol. 71r–73r.

101 Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, in: Volk, Akten, S. 283–294, hier S. 290f.

102 Pacelli an Schioppa vom 15. Juli 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 645, Fasz. 166, fol. 71r–73r. Vgl. auch Edition und Übersetzung des Textes, allerdings ohne Signatur, in: Volk, Akten, S. 162–164.

103 Kirkpatrick an Robert Vansittart vom 19. August 1933, in: Volk, Reichskonkordat, S. 250–252. Vgl. auch Audienz vom 18. August 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 360, fol. 37r–v.

104 Kirkpatrick, Inner circle, S. 48.

105 Kirkpatrick an Robert Vansittart vom 19. August 1933, in: Volk, Reichskonkordat, S. 250–252, hier S. 252.

4. Molto delicato? Die Römische Kurie und die Judenverfolgung (1933–1939)

1 Audienz vom 1. April 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 21r–v.

2 Repgen, Außenpolitik, S. 94. Hervorhebung im Original.

3 Weihnachtsbotschaft Pius' XII. vom 24. Dezember 1942, in: Acta Apostolicae Sedis 35 (1943), S. 9–24, hier S. 23.

4 Pacelli an Orsenigo vom 4. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 4r.

5 Orsenigo an Pacelli vom 8. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 5.

6 Kundgebung Schultes, Kleins und Bernings vom 9. April 1933, in: Stasiewski (Hg.), Akten Bd. 1, S. 51.

7 Orsenigo an Pacelli vom 11. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 6r–v.

8 Dokument o. D., ohne Unterzeichnung [geschrieben auf dem Papier des «Segreteria di Stato di Sua Santità, Ufficio Cifra». Wahrscheinlich handelt es sich um die Dechiffrierung des Berichts Orsenigos vom 11. April 1933; ebd.]; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 8.

9 Faulhaber an Pacelli vom 10. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 11r–v.

10 Walzer an Pacelli vom 12. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 15r.

11 Edith Stein an Papst Pius XI. o.D. [Anfang April 1933]; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 16r, 17r. Danach das Folgende.

12 Audienz vom 20. April 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 30r–v.

13 Pacelli an Walzer vom 20. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 18r.

14 Roller an Pacelli vom 11. September 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 62r–63r. Zu Maximilian Roller konnten keine biographischen Daten ermittelt werden.

15 Memorandum o. D. [1933]; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 49–59 (nur r).

16 Arthur Zacharias Schwarz, Die hebräischen Handschriften der Nationalbibliothek in Wien, Leipzig 1925, S. VIII.

17 Schwarz an Pacelli vom 9. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 31r.

18 Schwarz an Pius XI. vom 9. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 29r, 30r. Hervorhebung im Original.

19 Handschriftliche Notiz Pizzardos vom 26. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 32r.

20 Margolis an Pius XI. [Telegramm] vom 22. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 27r.

21 Scharnagl an Pacelli vom 18. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 86–94 (nur r).

22 Pfannenstiel an Vassallo di Torregrossa vom 20. November 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 73r–v.

23 Orsenigo an Pacelli vom 28. April 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4.periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 33r–34r.

24 Pacelli an Orsenigo vom 19. Mai 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 35r.

25 Orsenigo an Pacelli vom 8. Mai 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 157, fol. 107r–108v. Vgl. dazu auch die Gegenüberlieferung in Stasiewski (Hg.), Akten Bd. 1, S. 97–100 (Gespräch mit Rust), S. 96/97 und S. 114 (Papen), S. 115 (Göring), S. 100–103 (Hitler).

26 Haefner an Pacelli vom 29. Juni 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 159, fol. 12–18 (nur r). Danach das Folgende.

27 Vgl. dazu den Artikel «Das antifaschistische Propaganda-Flugzeug. Die Angelegenheit geklärt», in: Konstanzer Zeitung Nr. 265 (Zweites Blatt) vom 13. November 1931, S. 1.

28 Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin W.57 an Haefner vom 16. Januar 1931; Bundesarchiv Berlin Zc 19261.

29 Michel an Pius XI. vom 24. Oktober 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 64–68 (nur r). Zu Louis Michel konnten keine biographischen Daten ermittelt werden. Es könnte sich um den Konzertagenten Michel (1875–1939) handeln, allerdings sind keine Hinweise über dessen Auswanderung bekannt.

30 Jewish Chronicle vom 1. September 1933. Ein Ausschnitt der Meldung liegt in ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 48r.

31 Schreiben der Redaktion des Jewish Chronicle an Pacelli vom 8. September 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 47r.

32 Audienz vom 18. Dezember 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 349, fol. 19r.

33 Charles-Roux, Huit ans, S. 62.

34 Pacelli an Pizzardo vom 21. September 1933; ASV, A.E.S., Baviera, 4. periodo, Pos. 190, Fasz. 34, ohne fol. [fol. 17 vom Anfang, r und v].

35 Audienz vom 17. November 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 360, fol. 29r–31r.

36 Audienz vom 5. Januar 1934; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 360, fol. 68r–70r.

37 Audienz vom 2. August 1935; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 362, fol. 94r–95r.

38 Audienz vom 2. März 1934; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 349, fol. 52r.

39 Laghi an Pacelli vom 11. September 1936; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 541, Fasz. 563, fol. 3r–8r.

40 Gillet an Pacelli vom 12. September 1938, ASV, A.E.S., Cecoslovacchia, 4. periodo, Pos. 144, Fasz. 183, fol. 22r–23r.

41 Orsenigo an Pacelli vom 15. November 1938; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 742, Fasz. 356, fol. 40r–41v. Titelblatt des Diariums vom 27. September bis 29. Oktober 1938 von Tardini; ASV, A.E.S. Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 560, Fasz. 592, fol. 94.

42 A propos de L'Antisémitisme. Pèlerinage de la Radio catholique belge, in: La Documentation Catholique vom 5. Dezember 1938, S. 1459f., hier S. 1460. Vgl. auch Fattorini, Pio XI, S. 181.

43 Audienz Tardinis bei Pius XI. vom 23. Oktober 1938; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 560, Fasz. 592, fol. 123v–126v, hier fol. 124r–v.

44 Antoniutti an Pacelli vom 19. Dezember 1938; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 575, Fasz. 606, fol. 55r–v.

45 Pius XI. an die nordamerikanischen Kardinäle vom 10. Januar 1939; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 575, Fasz. 606, fol. 115r–v.

46 Pietro Scoppola, La Chiesa e il Facismo. Documenti e interpretazioni (Universale Laterza 175), Rom/Bari 1967, S. 186.

47 Provvedimenti per la difesa della razza italiana, in: Renzo de Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il facismo, Turin [3]1972, S. 562–566, hier S. 562. Vgl. dazu auch Gudrun Jäger/Liana Novelli-Glaab (Hg.), … denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt. Judentum und Antisemitismus im modernen Italien (Frankfurter Kulturwissenschaftliche Beiträge 2), Berlin 2007.

48 Decennale della Conciliazione o. D. [geschrieben in der Nacht vom 31. Januar auf dem 1. Februar 1939]; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 576, Fasz. 607, fol. 1–223. Druck der Ansprache bei Fattorini, Pio XI, S. 240–244.

49 Gundlach an La Farge vom 10. Mai 1939, in: Passelecq/Suchecky, Enzyklika, S. 112 und Rauscher (Hg.), Rassismus, S. 45.
50 Text der Enzyklika in: Rauscher (Hg.), Rassismus, S. 76–167, hier Nr. 171 auf S. 161, Nr. 182 auf S. 166 und Nr. 183 auf S. 167. Danach das Folgende.
51 Leiber, Pius XII., S. 436.
52 Hudal, Tagebücher, S. 118.
53 «Hitler verschachert die österreichischen Nazis. Paris 13. Juli. (Eig. Meld.)», in: Volksstimme vom 13. Juli 1933; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 161, fol. 75.
54 Helmuth James Graf von Moltke an seine Frau Freya vom 6. September 1941, in: Moltke, Briefe, S. 281.
55 Galen an seine Mutter vom 21. August 1919; Bistumsarchiv Münster, Sammlung Galen A 4.
56 Orsenigo an Pacelli vom 24. Februar 1933, in: ASV, ANB Vol. 102, Fasz. 4 (Galen), fol. 41–46 (nur r).
57 Audienz vom 8. Juli 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 76r–v.
58 Clemens August von Galen, Denkschrift über Autorität vom 28. Februar 1933, in: Westfälisches Archivamt, Nachlaß Franz von Galen 46.
59 Denkschrift von Galens von Anfang März 1936; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, «Scatole» 46a, fol. 29r (Brief von Galens), 30–39 (nur r) (Denkschrift). Danach das Folgende.
60 Predigt Galens in Xanten vom 6. September 1936, in: Löffler (Bearb.), Galen Bd. 1, S. 439–447.
61 Galen an Berning vom 26. Mai 1941, in: Löffler (Bearb.), Galen Bd. 2, S. 1460–1463, hier S. 1462.
62 Leugers, Mauer, S. 207f.
63 Predigt von Galens vom 3. August 1941, in: Löffler (Bearb.), Galen Bd. 2, S. 874–883. Danach das Folgende.
64 Schreiben eines anonymen Juden an Galen o. D. [vor dem 19. September 1941], in: Löffler (Bearb.), Galen Bd. 2, S. 901–908, hier S. 901f.
65 Lehnert, Erinnerungen, S. 151.
66 Pius XII. an Preysing vom 30. September 1941, in: Schneider (Hg.), Briefe, S. 154–156.

5. Dogma oder Diplomatie? Katholische Weltanschauung und NS-Ideologie (1933–1939)

1 Audienz vom 15. Juli 1933; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 360, fol. 13r–v.
2 Audienz vom 10. Februar 1934; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 349, fol. 43r.
3 Santa Sede e Nazionalsocialismo: Dottrina e Politica o. D. [nach dem 15. August 1933]; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 160, fol. 11–15 (nur r). Danach das Folgende.
4 Audienz vom 25. Januar 1935; ASV, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430, Fasz. 362, fol. 15r–16r.
5 Kopie des Allegato Nr. 9 (fol. 118r–v) zum Bericht Torregrossas an Pacelli vom 23. Oktober 1924 über «Controversia fra la ‹Evangelisch-Lutherische Kirche› e la ‹Reichskirche›. Preoccupazioni pubbliche» (fol. 98r–101r); ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 160, fol. 119r. Zum Liedtext Scholder, Kirchen Bd. 2, S. 143.
6 Le cause della rivolta e della repressione tedesca. Il bilancio delle giornate sanguinose – Il totalitarismo hitleriano ed i contrasto fra la destra e sinistra – Il costume morale delle milizie d'assalto – La nuova situazione, in: L'Osservatore Romano Nr. 152 vom 4. Juli 1934, S. 1.

7 Pius XI. an Schuster vom 26. April 1931, in: Acta Apostolicae Sedis 23 (1931), S. 145–150, hier S. 147f.

8 Promemoria des Heiligen Stuhles an die Deutsche Reichsregierung vom 14. Mai 1934, in: Albrecht (Bearb.), Notenwechsel Bd. 1, S. 125–164, hier S. 146f. und S. 137.

9 Ruffini an die Kardinäle des Heiligen Offiziums vom 26. Juli 1926; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

10 Kardinalsversammlung Feria Quarta vom 28. Juli 1926, Kardinalsversammlung Feria Quinta vom 29. Juli 1926; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

11 Merry del Val an Pacelli vom 30. Juli 1931 (Druck als Allegato I der Relazione vom Januar 1927); ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

12 Zirkular Pacellis an die deutschen Bischöfe vom 10. September 1926; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

13 Pacelli an Merry del Val vom 15. November 1926; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 569, Fasz. 84, fol. 7r–29v.

14 Pacelli an Merry del Val vom 15. November 1926 [Geheimdruck]; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta. Danach das Folgende.

15 Dekret des Heiligen Offiziums «De participatione catholicorum societati ‹Ad procurandam Christianitatis unitatem›», in: Acta Apostolicae Sedis 11 (1919), S. 309.

16 Merry del Val an Pacelli vom 9. Dezember 1926 (Druck als Allegato II zur Relazione vom Januar 1927); ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

17 Pacelli an Merry del Val vom 9. Januar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

18 Merry del Val an Pacelli vom 20. Januar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

19 Relazione e Quesiti vom Januar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

20 Votum von Ruffini vom 14. Februar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

21 Protokoll der Sitzung der Congregatio Praeparatoria Feria Secunda vom 13. Februar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

22 Votum von Ferretti in der Konsultorenversammlung Feria Secunda vom 13. Februar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta. Hervorhebung im Original.

23 Votum von Drehmanns in der Konsultorenversammlung Feria Secunda vom 13. Februar 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

24 Votum von Merry del Val vom 26. Februar 1927, vorgetragen in der Sitzung des Heiligen Offiziums Feria Quarta vom 9. März 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

25 Sitzung des Heiligen Offiziums Feria Quarta vom 9. März 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

26 Entwurf Feria Quarta vom 16. März 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta. Druck in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 107 (1927), S. 348–350.

27 Pacelli an Gasparri (Telegramm) vom 16. April 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

28 Pacelli an Pizzardo vom 17. April 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

29 Canali an Pizzardo vom 23. April 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

30 Pacelli an Canali vom 28. April 1927; ACDF SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

31 Audienz von Canali bei Pius XI. vom 28. April 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

32 Audienz von Canali bei Pius XI. vom 5. Mai 1927; ACDF, SO RV 1927 N° 28 Una Sancta.

33 ACDF, SO Censurae Librorum (künftig: CL) 4304/1933 (1) für Rosenberg, (2) und (3) für Bergmann und (4) für Fritsch. Zum ganzen Burkard, Häresie.

34 Gutachten Hudals zu Bergmanns Nationalkirche vom Januar 1934; ACDF, SO CL 4304/1933 (2), Nr. 6/b und 6/c.
35 Protokoll der Konsultorenversammlung vom 29. Januar 1934; ACDF, SO CL 4304/1933 (2), Nr. 5/1.
36 Sitzung der Kardinäle vom 7. Februar 1934; ACDF, SO CL 4304/1933 (1), Nr. 2 und (2), Nr. 6 und 6/a.
37 Un libro di odiose falsità per la gioventù tedesca, in: L'Osservatore Romano Nr. 30 vom 7. Februar 1934, S. 3.
38 Dekret vom 9. Februar 1934; ACDF, SO CL 4304/1933 (1), Nr. 3–3/1.
39 Suprema Sacra Congregatio Santi Officii, in: L'Osservatore Romano Nr. 36 vom 14. Februar 1934, S. 1.
40 Hudal, Tagebücher, S. 145.
41 Ebd. S. 47f.
42 Archiv von Santa Maria dell'Anima Rom, Nachlaß Alois Hudal K65, fol. 208; zitiert nach Burkard, Häresie, S. 178. Hervorhebung im Original.
43 Hudal, Tagebücher, S. 120f.
44 Gedrucktes Votum vom Juli 1935; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 3, fol. 1–5. Abdruck des Briefes Hudals an Kardinal Sbarretti vom 7. Oktober 1934 und eine deutsche Fassung, übergeben an Canali am 18. Oktober 1934, in: Hudal, Tagebücher, S. 122–126.
45 Gedrucktes Votum vom Juli 1935 und Notiz von Canali über die Sitzung vom 25. Oktober 1934; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 3, fol. 5.
46 Votum von Hürth vom Juli 1935; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 3, fol.6–16.
47 Anonymes Votum [Johann Baptist Rabeneck] (31 Seiten im Druck) vom 17. März 1935; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 1.
48 Notae zum Typoskript Nr. 1 (45 Seiten); ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 2. Danach das Folgende.
49 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1927, S. 423f.
50 Ebd. S. 419f.
51 Ebd. S. 317.
52 Notiz des Assessors des Heiligen Offiziums und Liste der 47 Propositionen; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 1, Nr. 3, fol. 16–27.
53 Französisches Votum von Gillet vom April 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 2, Nr. 4, fol. 1–3.
54 Votum von Ruffini vom 20. April 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 2, Nr. 4, fol. 4f.
55 Votum von Tardini vom 20. April 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 2, Nr. 4, fol. 6–11.
56 Schema di decreto su razzismo, nazionalismo, comunismo, stato totalitario (44 Seiten im Druck) vom Juli 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 12.
57 Raccolta di testi su razzismo, nazionalismo, comunismo, totalitarismo (proposizioni da condannare) (41 Seiten im Druck) vom Oktober 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 13.
58 Decretum Feria Quarta vom 18. November 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 13bis.
59 Decretum Feria Quinta, Papstaudienz vom 19. November 1936; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 13bis.
60 Decretum Feria Quarta vom 17.März 1937; ACDF, SO RV 1934 N°29 Fasz. 4, Nr. 16bis.
61 Syllabus der Propositionen mit Vorbemerkungen (15 Seiten); ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19. Hervorhebung im Original. Danach das Folgende. Eine genaue Aufstellung der Quellenbelege aus Hitlers *Mein Kampf* bei Wolf, Pius XI.
62 Decretum Feria Quarta vom 2. Juni 1937; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19bis.

63 Papstaudienz vom 4. Juni 1937; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19bis.
64 Hudal, Tagebücher, S. 121.
65 Syllabus di proposizioni relative al comunismo e al razzismo vom Mai 1937 (15 Seiten im Druck); ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19.
66 Papstaudienz vom 4. Juni 1937; ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19bis.
67 Sessio vom 14. Juni 1937: Spanien, politische und religiöse Lage; ASV, A.E.S., Sessioni, anno 1937, ohne fol.
68 Aufzeichnungen des Speyerer Bischofs Ludwig Sebastian von der Plenarkonferenz des deutschen Episkopates Fulda 18.–20. August 1936, in: Stasiewski (Hg.), Akten Bd. 3, S. 468.
69 Grußadresse des deutschen Episkopats an Pius XI. vom 18. August 1936, in: Stasiewski (Hg.), Akten Bd. 3, S. 437.
70 Kurzer Bericht der Besprechung mit den zur Zeit in Rom weilenden Kardinälen und Bischöfen am 16. Januar 1937; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 719, Fasz. 314, fol. 5r–6r.
71 Stenographischer Entwurf des Begleitschreibens Faulhabers an Pacelli vom 21. Januar 1937, in: Volk, Akten Faulhabers Bd. 2, S. 282.
72 Mit brennender Sorge, in: Albrecht (Bearb.), Notenwechsel Bd. 1, S. 416f.
73 Synopse (12 Seiten im Druck); ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 18.
74 Mit brennender Sorge, in: Albrecht (Bearb.), Notenwechsel Bd. 1, S. 410.
75 Ebd. S. 431.
76 Syllabus di proposizioni relative al comunismo e al razzismo vom Mai 1937 (15 Seiten im Druck); ACDF, SO RV 1934 N° 29 Fasz. 4, Nr. 19.
77 Hürten, Kulturkampf, S. 177–181.
78 Nationalsozialistische Monatshefte 9 (1938), S. 822f., hier S. 823.
79 Gröber an Orsenigo vom 28. Februar 1933, in: Burkard, Häresie, S. 247, Anm. 951.
80 Audienz vom 10. April 1938; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 720, Fasc. 329, fol. 31r.
81 Borgongini Duca an Pacelli vom 2. Mai 1938; ASV, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 720, Fasc. 329, fol. 25r–v.

LITERATURHINWEISE

Papst und Teufel?

Accademia Nazionale dei Lincei/Congregazione per la Dottrina della Fede, L'Apertura degli Archivi del Sant'Uffizio romano (Atti dei Convegni Lincei 142), Rom 1998.

Achille Ratti. Pape Pie XI. Actes du colloque organisé par l'École Française de Rome (Rome 15–16 mars 1989) (Collection de l'École Française de Rome 223), Paris/Rom 1996.

Besier, Gerhard/Lübbe, Hermann (Hg.), Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 28), Göttingen 2005.

Brandmüller, Walter, Ein neuer Streit um Pius XII. Zum Desaster der katholisch-jüdischen Historikerkommission, in: Die Neue Ordnung 55 (2001), S. 371–381.

Brechenmacher, Thomas, Teufelspakt, Selbsterhaltung, universale Mission? Leitlinien und Spielräume der Politik des Heiligen Stuhls gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland (1933–1939) im Lichte neu zugänglicher vatikanischer Akten, in: Historische Zeitschrift 280 (2005), S. 591– 645.

Chenaux, Philippe, Pie XII. Diplomate et pasteur, Paris 2003.

Chiron, Yves, Pie XI (1857–1939), Paris 2004.

Das Geheimarchiv des Vatikan. Tausend Jahre Weltgeschichte in ausgewählten Dokumenten, Stuttgart/Zürich 1992.

Del Re, Niccolò, La Curia Romana. Lineamenti storico-giuridici, Vatikanstadt 1998.

Fattorini, Emma, Pio XI, Hitler e Mussolini. La solitudine di un papa, Turin 2007.

Feldkamp, Michael F., Pius XII. und Deutschland, Göttingen 2000.

Greschat, Martin (Hg.), Das Papsttum. Bd. 1: Von den Anfängen bis zu den Päpsten in Avignon (Gestalten der Kirchengeschichte 11), Stuttgart u.a. 1985; Bd. 2: Vom Großen Abendländischen Schisma bis zur Gegenwart (Gestalten der Kirchengeschichte 12), Stuttgart u.a. 1985.

Hürten, Heinz, Deutsche Katholiken 1918 bis 1945, Paderborn u.a. 1992.

Le Saint Siège et la Guerre en Europe. Mars 1939 – AoÛt 1940, hg. von Pierre Blet/Angelo Martini/Burkhart Schneider (Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale 1), Vatikanstadt 1970.

Maier, Hans, Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum, Freiburg i. Br. u.a. 1995.

Ökumenische Kirchengeschichte, hg. von Raymund Kottje/Bernd Moeller zusammen mit Thomas Kaufmann und Hubert Wolf. Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis 1989, Darmstadt 2007.

Pagano, Sergio, Vatican opens up German Material from 1922 to 1939 in Secret Archives, in: L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in englischer Sprache Nr. 8 vom 20. Februar 2002; deutsche Kurzfassung: Vatikan öffnet im Jahr 2003 Teile seiner Archive, in: L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in deutscher Sprache Nr. 8 vom 22. Februar 2002.

Ratzinger, Joseph Kardinal, Das Archiv der Glaubenskongregation. Überlegungen anläßlich seiner Öffnung 1998, in: Hubert Wolf (Hg.), Inquisition, Index, Zensur. Wissenskulturen der Neuzeit im Widerstreit (Römische Inquisition und Indexkongregation 1), Paderborn u.a. 2001, S. 17–22.

Schmidlin, Josef, Papstgeschichte der neuesten Zeit. Bd. 3: Papsttum und Päpste im XX. Jahrhundert. Pius X. und Benedikt XV. (1903–1933), München 1936; Bd. 4: Papsttum und Päpste im XX. Jahrhundert. Pius XI. (1922–1939), München 1939.
Tornielli, Andrea, Pio XII. Eugenio Pacelli. Un Uomu sul Trono di Pietro, Mailand 2007.
Voegelin, Eric, Die politischen Religionen, Wien 1938, Neuausgabe München 1993.

1. Das Böse neutralisieren? Vatikanische Diagnosen und Rezepte für Deutschland (1917–1929)

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
Fattorini, Emma, Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli fra la Grande guerra e la Repubblica di Weimar (Annali dell'Istituto storico italo-germanico. Monografia 18), Bologna 1992.
Gatz, Erwin (Hg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983.
Gatz, Erwin (Hg.), Die Bistümer der deutschsprachigen Länder von der Säkularisation bis zur Gegenwart, Freiburg i. Br. 2005.
Gatz, Erwin, Zum Ringen um das Bischofswahlrecht in Deutschland vom Ende der Monarchie (1918) bis zum Abschluß des Preußischen Konkordates (1929), in: Römische Quartalschrift 100 (2005), S. 97–141.
Götz, Roland, «Charlotte im Tannenwald». Monsignore Umberto Benigni (1862–1934) und das antimodernistische «Sodalitium Pianum», in: Manfred Weitlauff/Peter Neuner (Hg.), Für euch Bischof – mit euch Christ. Festschrift Friedrich Kardinal Wetter, St. Ottilien 1998, S. 389–438.
Greipl, Egon Johannes, Das Archiv der Münchener Nuntiatur in der Zeit von 1904 bis 1934, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 66 (1986), S. 402–406.
Hamers, Antonius, Die Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Württemberg von 1919 bis 1932 nach Lage der Akten in den Vatikanischen Archiven. Ein Beitrag zur Konkordatspolitik Eugenio Pacellis in Deutschland, in: Römische Quartalschrift 102 (2007), S. 76–140.
Hildebrand, Dietrich von, Memoiren und Aufsätze gegen den Nationalsozialismus 1933–1938. Mit Alice von Hildebrand und Rudolf Ebneth hg. von Ernst Wenisch (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 43), Mainz 1994.
Höhle, Michael, Die ersten Berliner Bischöfe Christian Schreiber (1872–1933) und Nicolaus Bares (1871–1935), in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin 44/45 (2004/2005), S. 96–112.
Huber, Ernst Rudolf/Huber, Wolfgang (Hg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts. Bd. 4: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988.
Morsey, Rudolf, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32), Düsseldorf 1966.
Morsey, Rudolf, Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland, in: Schambeck (Hg.), Pius XII., S. 103–139.
Pacelli, Eugenio, Die Lage der Kirche in Deutschland 1929, bearb. von Hubert Wolf/Klaus Unterburger (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 50), Paderborn 2006.
Pacelli, Eugenio, Gesammelte Reden, ausgewählt und eingeleitet von Ludwig Kaas, Berlin 1930.
Petersen, Jens, Hitler–Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936 (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 43), Tübingen 1973.
Puschner, Uwe, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001.

Reinhard, Wolfgang, Historische Anthropologie frühneuzeitlicher Diplomatie: Ein Versuch über Nuntiaturberichte 1592–1622, in: Michael Rohrschneider/Arno Strohmeyer (Hg.), Wahrnehmungen des Fremden. Differenzerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert, Münster 2007, S. 53–72.
Ruppert, Karsten, Der deutsche Katholizismus im Ringen um eine Standortbestimmung des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 104 (1993), S. 198–229.
Ruppert, Karsten, Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumspartei in ihrer Weimarer Epoche, in: Historische Zeitschrift 285 (2007), S. 49–97.
Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar: Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.
Samerski, Stefan, Primat des Kirchenrechts. Eugenio Pacelli als Nuntius beim Deutschen Reich (1920–1929), in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 170 (2001), S. 5–22.
Schambeck, Herbert (Hg.), Pius XII. zum Gedächtnis, Berlin 1977.
Scheuermann, Audomar, Die Konkordatspolitik Pius' XII., in: Schambeck (Hg.), Pius XII., S. 71–102.
Scholder, Klaus, Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze, hg. von Karl Otmar von Aretin/Gerhard Besier, Berlin 1988.
Scottà, Antonio, «La conciliazione ufficiosa». Diario del barone Carlo Monti «incaricato d'affari» del governo italiano presso la Santa Sede (1914–1922) (Storia e attualità 15), 2 Bde., Vatikanstadt 1997.
Steglich, Wolfgang (Hg.), Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte. Diplomatische Aktenstücke des Deutschen Auswärtigen Amtes, des Bayerischen Staatsministeriums des Äußern, des Österreichisch-Ungarischen Ministeriums des Äußern und des Britischen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1915–1922, Wiesbaden 1970.
Stehlin, Stewart A., Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years, Princeton 1983.
Trinchese, Stefano, La Repubblica di Weimar e la Santa Sede tra Benedetto XV e Pio XI (1919–1922) (Pubblicazioni dell'Università degli Studi di Cassino. Sezione di studi filologici, letterari, storici, artistici e geografici 5), Neapel 1994.
Wolf, Hubert, München als Reichsnuntiatur? Aus Anlaß der vollständigen Öffnung des Archivio della Nunziatura di Monaco, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 103 (1992), S. 231–242.
Wolf, Hubert, Pius XII. als Nuntius in Deutschland. Pacellis Schlußrelation vom November 1929, in: Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 31 (2005), S. 333–353.
Wolf, Hubert, Verlegung des Heiligen Stuhls: ein Kirchenstaat ohne Rom? Matthias Erzberger und die römische Frage im Ersten Weltkrieg, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 11 (1992), S. 251–270.

2. Perfide Juden? Streit im Vatikan über den Antisemitismus (1928)

Altermatt, Urs, Katholizismus und Antisemitismus. Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918–1945, Frauenfeld u.a. 1999.
Benz, Wolfgang, Was ist Antisemitismus? München 2004.
Blaschke, Olaf, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 122), Göttingen 1997.

Brechenmacher, Thomas, Das Ende der doppelten Schutzherrschaft. Der Heilige Stuhl und die Juden am Übergang zur Moderne (1775–1870) (Päpste und Papsttum 32), Stuttgart 2004.

Brechenmacher, Thomas, Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2005.

Bugnini, Annibale, Die Liturgiereform: 1948–1975. Zeugnis und Testament, Freiburg i. Br. u.a. 1988.

Damberg, Wilhelm, Christen und Juden in der Kirchengeschichte: Methoden, Perspektiven, Probleme, in: Peter Hünermann/Thomas Söding (Hg.), Methodische Erneuerung der Theologie. Konsequenzen der wiederentdeckten jüdisch-christlichen Gemeinsamkeiten (Quaestiones disputatae 200), Freiburg i. Br. u.a. 2003, S. 93–115.

Goldhagen, Daniel Jonah, Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne. Aus dem Englischen übersetzt von Friedrich Griese, Berlin 2002.

Groen, Bert, Antijudaismus in der christlichen Liturgie und Versuche seiner Überwindung, in: Joachim Kügler (Hg.), Prekäre Zeitgenossenschaft: Mit dem Alten Testament in Konflikten der Zeit – Internationales Bibel-Symposium Graz 2004 (bayreuther forum Transit: Kulturwissenschaftliche Religionsstudien 6), Münster 2006, S. 247–278.

Häussling, Angelus A., Das Missale deutsch. Materialien zur Rezeptionsgeschichte der lateinischen Messliturgie im deutschen Sprachgebiet bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Bd. 1: Bibliographie der Übersetzungen in Handschriften und Drucken (Liturgiewissenschaftliche Quellen und Forschungen 66), Münster 1984.

Kertzer, David, The Popes against the Jews. The Vatican's Role in the Rise of Modern Anti-Semitism, New York 2001. Deutsche Ausgabe: Die Päpste gegen die Juden. Der Vatikan und die Entstehung des modernen Antisemitismus, Berlin 2001.

Kranemann, Daniela, Israelitica dignitas? Studien zur Israeltheologie Eucharistischer Hochgebete (Münsteraner Theologische Abhandlungen 66), Altenberge 2001.

Lill, Rudolf, Katholizismus nach 1848. Der Heilige Stuhl und die Juden, in: Karl Heinrich Rengstorf/Siegfried von Kortzfleisch (Hg.), Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen. Bd. 2, Stuttgart 1970, S. 358–369.

Moro, Renato, Le premesse dell'atteggiamento cattolico di fronte alla legislazione razziale fascista. Cattolici ed ebrei nell'Italia degli anni venti, in: Storia contemporanea 19 (1988), S. 1013–1119.

Poorthuis, Marcel/Salemink, Theo, Chiliasme, anti-judaisme en antisemitisme. Laetus Himmelreich OFM (1886–1957), in: Trajecta 9 (2000), S. 45–76.

Poorthuis, Marcel/Salemink, Theo, Op zoek naar de blauwe ruiter. Sophie van Leer. Een leven tussen avant-garde, jodendom en christendom (1892–1953), Nimwegen 2000.

Salemink, Theo, Katholische Identität und das Bild der jüdischen «Anderen». Die Bewegung Amici Israel und ihre Aufhebung durch das Heilige Offizium im Jahre 1928. Vortrag auf der 19. Tagung des Schwerter Arbeitskreises Katholizismusforschung, 11.–13. November 2005 (http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2006/08.html).

Sanders, Wim, Die Karfreitagsfürbitten für die Juden vom Missale Pius' V. zum Missale Pauls VI., in: Liturgisches Jahrbuch 4 (1974), S. 240–248.

Schuller, Florian/Veltri, Giuseppe/Wolf, Hubert (Hg.), Katholizismus und Judentum. Gemeinsamkeiten und Verwerfungen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Regensburg 2005.

Wolf, Hubert, «Nihil esse innovandum». Der Magister Sacri Palatii Marco Sales OP und sein Votum gegen eine Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden (1928), in: Elias H. Füllenbach/Gianfranco Miletto (Hg.), Dominikaner und Juden (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Dominikanerordens), Berlin 2008, S. 129–150.

Wolf, Hubert, «Pro perfidis Judaeis». Die «Amici Israel» und ihr Antrag auf eine Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden (1928). Oder: Bemerkungen zum Thema katholische Kirche und Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 279 (2004), S. 611–658.

3. Der Pakt mit dem Teufel? Das Reichskonkordat und seine Vorgeschichte (1930–1933)

Besier, Gerhard (in Zusammenarbeit mit Francesca Piombo), Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären, München 2004.

Biffi, Monica M., Mons. Cesare Orsenigo. Nunzio Apostolico in Germania (1930–1946), Mailand 1997.

Bracher, Karl-Dietrich, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat. Ein Gutachten zur Frage des geschichtlichen Zusammenhangs und der politischen Verknüpfung von Reichskonkordat und nationalsozialistischer Revolution, in: Friedrich Giese/Friedrich August von der Heydte (Hg.), Der Konkordatsprozeß (Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik 7). Bd. 3, München 1958, S. 947–992.

Brechenmacher, Thomas (Hg.), Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 109), Paderborn u.a. 2007.

Brechenmacher, Thomas, Der Heilige Stuhl und die europäischen Mächte im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs, in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Kösters (Hg.), Kirchen im Krieg. Europa 1939–1945, Paderborn u.a. 2007, S. 25–46.

Charles-Roux, François, Huit ans au Vatican. 1932–1940, Paris 1947.

Charles-Roux, François, Une grande ambassade à Rome 1919–1925, Paris 1961.

Gruber, Hubert, Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930–1945. Ein Bericht in Quellen, Paderborn u.a. 2006.

Kirkpatrick, Ivone, The inner circle. Memoirs, London 1959.

Napolitano, Matteo L./Tornielli, Andrea, Il Papa che salvò gli Ebrei. Dagli Archivi del Vaticano tutta la verità su Pio XII, Casale Monferrato 2004.

Repgen, Konrad, Nachwort zu einer Kontroverse, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 159–161.

Repgen, Konrad, Über die Entstehung der Reichskonkordats-Offerte im Frühjahr 1933 und die Bedeutung des Reichskonkordats. Kritische Bemerkungen zu einem neuen Buch, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 499–534.

Sale, Giovanni, Hitler, la Santa Sede e gli ebrei, con documenti dell'Archivio Segreto Vaticano, Mailand/Rom 2004.

Scholder, Klaus, Altes und Neues zur Vorgeschichte des Reichskonkordats. Erwiderung auf Konrad Repgen, in: Ders., Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze herausgegeben von Karl Otmar von Aretin und Gerhard Besier, Berlin 1988, S. 171–203.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt a. M. 1977; Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Barmen und Rom, geringfügig ergänzte und korrigierte Ausgabe, Frankfurt a. M./Berlin 1988.

Stasiewski, Bernhard (Hg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. 1: 1933–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 5), Mainz 1968; Bd. 3: 1935–1936 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 25), Mainz 1979.

Volk, Ludwig, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 5), Mainz 1972.

Volk, Ludwig (Hg.), Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 11), Mainz 1969.

4. Molto delicato?
Die Römische Kurie und die Judenverfolgung (1933–1939)

Albrecht, Dieter (Bearb.), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung. Bd. 3: Der Notenwechsel und die Demarchen des Nuntius Orsenigo 1933–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 29), Mainz 1980.

Ales Bello, Angela/Chenaux, Philippe (Hg.), Edith Stein e il Nazismo (Idee filosofia. Nuova serie 144), Rom 2005.

Besier, Gerhard, Eugenio Pacelli, die Römisch-Katholische Kirche und das Christentum (1933–1945) in historisch-religiöser Kritik, in: Rainer Bendel (Hg.), Die katholische Schuld? Katholizismus im Dritten Reich zwischen Arrangement und Widerstand, Münster u.a. 2002, S. 200–220.

Blet, Pierre, Papst Pius XII. und der Zweite Weltkrieg. Aus den Akten des Vatikans. Aus dem Französischen übersetzt von Birgit Martens-Schöne, Paderborn u.a. 2000.

Brechenmacher, Thomas, Der Dichter als Fallensteller. Hochhuths *Stellvertreter* und die Ohnmacht des Faktischen – Versuch über die Mechanismen einer Geschichtsdebatte, in: Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher (Hg.), Geschichte als Falle. Deutschland und die jüdische Welt, Neuried 2001, S. 217–258.

Cornwell, John, Pius XII. Der Papst, der geschwiegen hat. Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Kochmann, München 1999.

Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München [2]1998; Bd. 2: Die Jahre der Vernichtung 1939–1945, München 2006.

Hudal, Alois C., Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz/Stuttgart 1976.

Lehnert, M. Pascalina, Ich durfte ihm dienen. Erinnerungen an Papst Pius XII., Würzburg 1983.

Leiber, Robert, Pius XII. und die Juden in Rom 1943–1944, in: Stimmen der Zeit 167 (1960/61), S. 428–436.

Leugers, Antonia, Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuß für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996.

Löffler, Peter (Bearb.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 42), 2 Bde., Paderborn u.a. [2]1996.

Longerich, Peter, «Davon haben wir nichts gewußt!» Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.

Maier, Martin, Eine versteckte Enzyklika Pius' XI.? In: Stimmen der Zeit 214 (1996), S. 279–281.

Miccoli, Giovanni, I Dilemmi e i Silenzi di Pio XII. Vaticano, Seconda guerra mondiale e Shoah, Mailand 2000.

Moltke, Helmuth James von, Briefe an Freya 1939–1945, hg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988.

Passelecq, Georges/Suchecky, Bernard, Die unterschlagene Enzyklika. Der Vatikan und die Judenverfolgung, München 1997.

Rauscher, Anton (Hg.), Wider den Rassismus. Entwurf einer nicht erschienenen Enzyklika (1938). Texte aus dem Nachlaß von Gustav Gundlach SJ, Paderborn u.a. 2001. Repgen, Konrad, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: Hubert Jedin/Konrad Repgen (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. 7: Die Weltkirche im 20. Jahrhundert, Freiburg i. Br. u.a. 1979, S. 36–96.

Repgen, Konrad, Hitlers «Machtergreifung», die christlichen Kirchen, die Judenfrage und Edith Steins Eingabe an Pius XI. vom [9.] April 1933, in: Edith Stein-Jahrbuch 10 (2004), S. 31–68.

Sale, Giovanni, La legislazione antisemita in Germania e la Santa Sede, in: Civiltà Cattolica vom 17. Januar 2004, S. 116–129.

Sánchez, José M., Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Karl Nicolai, Paderborn u.a. 2003.
Schmid, Johanna E., Pius XII. und die Juden. Der endlose Streit um ein historisches Dilemma, in: Stimmen der Zeit 220 (2002), S. 397–409.
Schneider, Burkhart (Hg.), Die Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939–1944 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 4), Mainz 1966.
Wolf, Hubert, Clemens August Graf von Galen. Gehorsam und Gewissen, unter Mitarbeit von Ingrid Lueb, Freiburg i. Br. u.a. 2006.
Wolf, Hubert/Flammer, Thomas/Schüler, Barbara (Hg.), Clemens August von Galen. Ein Kirchenfürst im Nationalsozialismus, Darmstadt 2007.
Ziegler, Walter, Die deutschen katholischen Bischöfe unter der NS-Herrschaft. Religiöses Amt und politische Herausforderung, in: Historisches Jahrbuch 126 (2006), S. 395–437.

5. Dogma oder Diplomatie? Katholische Weltanschauung und NS-Ideologie (1933–1939)

Albrecht, Dieter (Bearb.), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung. Bd. 1: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika «Mit brennender Sorge» (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 1), Mainz 1986.
Burkard, Dominik, Alois Hudal – ein Anti-Pacelli? Zur Diskussion um die Haltung des Vatikans gegenüber dem Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 59 (2007), S. 61–89.
Burkard, Dominik, Häresie und Mythus des 20. Jahrhunderts. Rosenbergs nationalsozialistische Weltanschauung vor dem Tribunal der Römischen Inquisition (Römische Inquisition und Indexkongregation 5), Paderborn u.a. 2005.
Burkard, Dominik, … Unam Sanctam (Catholicam?). Zur theologiegeschichtlichen Verortung des Ökumenismusdekrets «Unitatis redintegratio» aus der Sicht des Kirchenhistorikers, in: Thomas Franz/Hanjo Sauer (Hg.), Glaube in der Welt von heute. Theologie und Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, 2 Bde. Bd. 1: Profilierungen, Würzburg 2006, S. 57–109.
Chenaux, Philippe, Pacelli, Hudal et la question du nazisme (1933–1938), in: Rivista di storia della Chiesa in Italia 57 (2003), S. 133–154.
Engel-Janosi, Friedrich, Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938, Wien/München 1971.
Frieling, Reinhard, Art.: Ökumene, in: Theologische Realenzyklopädie 25 (1995), S. 46–77.
Frieling, Reinhard, Der Weg des ökumenischen Gedankens. Eine Ökumenekunde (Zugänge zur Kirchengeschichte 10), Göttingen 1992.
Hürten, Heinz (Bearb.), «Kulturkampf, Berichte aus dem Dritten Reich, Paris». Eine Auswahl aus den deutschsprachigen Jahrgängen 1936–1939, Regensburg 1988.
Klein, Aloys, Art.: Ökumene I–III, in: Lexikon für Theologie und Kirche^3 7 (1998), Sp. 1017–1024.
Piper, Ernst, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005.
Plöckinger, Othmar, Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers «Mein Kampf» 1922–1945, München 2006.
Raem, Heinz-Albert, Die ökumenische Bewegung, in: Erwin Gatz (Hg.), Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Katholische Kirche. Bd. 3: Katholiken in der Minderheit, Freiburg i. Br. 1994, S. 145–164.
Raem, Heinz-Albert, Pius XI. und der Nationalsozialismus. Die Enzyklika «Mit brennender Sorge» vom 14. März 1937 (Beiträge zur Katholizismusforschung B), Paderborn u.a. 1979.

Repgen, Konrad, Judenpogrom, Rassenideologie und katholische Kirche 1938 (Kirche und Gesellschaft 152/153), Köln 1988.

Volk, Ludwig (Bearb.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945. Bd. 2: 1935–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 26), Mainz ²1984.

Wolf, Hubert, Der «Syllabus errorum» (1864). Oder: Sind katholische Kirche und Moderne unvereinbar? In: Manfred Weitlauff (Hg.), Kirche im 19. Jahrhundert, Regensburg 1998, S. 115–139.

Wolf, Hubert, Index. Der Vatikan und die verbotenen Bücher, München 2006.

Wolf, Hubert, Ökumene auf schwäbisch? Walter Kasper zwischen «Tübinger» und «Römischer» Schule, in: zur debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern 37 (2007), Nr. 6, S. 4–6.

Wolf, Hubert, Pius XI. und die «Zeitirrtümer». Die Initiativen der römischen Inquisition gegen Rassismus und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 1–42.

Zehnpfennig, Barbara, Hitlers *Mein Kampf.* Eine Interpretation, München ³2006.

BILDNACHWEIS

Seite 15: akg-images
Seite 22: Archivio Segreto Vaticano, Vatikanstadt
Seite 33: Aus: Pascalina Lehnert, Ich durfte ihm dienen. Erinnerungen an Papst Pius XII., Würzburg [7]1985, nach S. 32
Seite 43: SV-Bilderdienst/Scherl
Seite 50: Aus: Herbert Schambeck (Hg.), Pius XII. zum Gedächtnis, Berlin 1977, zwischen S. 128 und S. 129
Seite 60: SV-Bilderdienst/Scherl
Seite 63: Aus: Pascalina Lehnert, Ich durfte ihm dienen. Erinnerungen an Papst Pius XII., Würzburg [7]1985, nach S. 64
Seite 66: SV-Bilderdienst/Scherl
Seite 84: SV-Bilderdienst/S.M.
Seite 89: Konzernarchiv der DaimlerChrysler AG, Stuttgart-Untertürkheim
Seite 100: Buckfast Abbey, Buckfastleigh Devon
Seite 102: Erzbischöfliches Archiv München, NL Faulhaber 6284
Seite 106: Aus: Il Cardinale Ildefonso Schuster. Cenni Biografici, Viboldone [2]1959, S. 64a
Seite 116: Aus: Marie Cecilia Buehrle, Rafael, Cardinal Merry del Val, Glasgow [4]1957, S. 3
Seite 151: Archivio Segreto Vaticano, A.E.S., Stati Ecclesiastici, 4. periodo, Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 21r
Seite 156: Archivio Segreto Vaticano, ANB Vol. 94, Fasc. 1, fol. 682r
Seite 165: Aus: Monica M. Biffi, Mons. Cesare Orsenigo. Nunzio apostolico in Germania (1930–1946) (Archivio Ambrosiano 75), Mailand 1997, Cover
Seite 183: Verlag C.H.Beck Seite 199: ullstein bild
Seite 209: Aus: Waltraud Herbstrith, Edith Stein. Ein Opfer unserer Zeit, Straßburg 1997, Cover
Seite 212/213: Archivio Segreto Vaticano, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 16r und 17r
Seite 215: Archivio Segreto Vaticano, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 18r
Seite 220/221: Archivio Segreto Vaticano, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 29r und 30r
Seite 224: Archivio Segreto Vaticano, A.E.S., Germania, 4. periodo, Pos. 643, Fasz. 158, fol. 32r
Seite 237: SV-Bilderdienst/Scherl
Seite 250: Institut für die Geschichte des Bistums Münster, Sammlung Gottfried Melcher
Seite 254: Bundesarchiv, Berlin, Plak 003-003-001
Seite 282: ullstein bild

Die Karte auf Seite 56/57 wurde von Peter Palm, Berlin, gezeichnet, nach einer farbigen Vorlage in: Erwin Gatz (Hg.), Die Bistümer der deutschsprachigen Länder von der Säkularisation bis zur Gegenwart, Freiburg 2005, Beilage.

PERSONENREGISTER

Dieses Buch erschien zuerst 2008 in gebundener Form im Verlag C.H.Beck.
Für die Ausgabe in der Beck'schen Reihe wurde die 2., durchgesehene Auflage 2008 nochmals durchgesehen.

Mit 28 Abbildungen und 1 Karte

1. Auflage in der Beck'schen Reihe. 2012

Umschlaggestaltung: malsyteufel, Willich, nach einem Entwurf von roland angst + Wunderamt
ISBN Buch 978 3 406 63090 3
ISBN eBook 978 3 406 63091 0